einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 21.01.2013 1/13

DGB

inhalt

Seite 3
Vorsicht Kamera
„George Orwell im Betrieb" – der schwarz-gelbe Entwurf zum Arbeitnehmerdatenschutz wird von DGB und Gewerkschaften scharf kritisiert

Seite 5
2013 auf einen Blick
Die Bundestagswahl, drei Landtagswahlen, vier Gewerkschaftskongresse. einblick zeigt, was 2013 aus Sicht der Gewerkschaften wichtig ist

Seite 7
Demokratiedefizit abbauen
Der EU mangelt es bei vielen Entscheidungen am Rückhalt in der Bevölkerung. WSI-Direktorin Brigitte Unger erläutert, wie das Demokratiedefizit überwunden werden kann

DGB im Wahljahr 2013

Gewerkschaften fordern Politikwechsel

Eine neue Ordnung der Arbeit ist das wichtigste Anliegen des DGB und der Gewerkschaften im Bundestagswahljahr 2013. „Wir werden mobilisieren, damit nach der Bundestagswahl keine Partei daran vorbei kommt, die bestehenden Missstände auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen", betonte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf der DGB-Neujahrspressekonferenz am 10. Januar in Berlin. Er stellte ausdrücklich klar: „Auch im anstehenden Wahlkampf bleiben wir dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet, überparteilich, aber nicht neutral." Der DGB werde keine Wahlempfehlung für eine Partei, eine Koalition, Kandidaten oder Konstellationen aussprechen: „Entscheidend sind die Inhalte."

Wenig Hoffnung auf Veränderungen im Sinne der Beschäftigten setzt der DGB-Vorsitzende in die schwarz-gelbe Koalition. Das letzte Regierungsjahr sei von „parteitaktischem Geplänkel und koalitionsinternen Manövern" geprägt gewesen. Von Schwarz-Gelb erwartet Sommer im Wahljahr „außer dem einen oder anderen Klientelgeschenk keine substanzielle, zukunftsweisende Politik". Bereits im Oktober 2012 hat der DGB den Parteien seine Anforderungen zur Bundestagswahl übermittelt. „Wir wollen einen Politikwechsel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer", so Michael Sommer. Drei politische Schwerpunkte werden die Aktivitäten der Gewerkschaften 2013 prägen: Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa. Mit bundesweiten, regionalen und betrieblichen Aktionen wollen sich DGB und Mitgliedsgewerkschaften in den Wahlkampf einmischen.

Dabei geht es darum, einerseits prekäre Arbeit wie den Missbrauch von Werkverträgen einzudämmen und einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Zentral ist aus Sicht des DGB andererseits aber auch, die Tarifautonomie zu stärken, zum Beispiel dadurch, dass die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert wird. In Sachen Rente hat der DGB ein eigenes, durchgerechnetes Konzept vorgelegt, das zeigt, dass sichere Renten finanzierbar sind. Auch in der Europapolitik verlassen sich die Gewerkschaften nicht allein auf die Politik. Sie fordern einen neuen „Marshall-Plan" für die EU, statt weiter auf eine Kürzungspolitik zu setzen, die sich schädlich auf Wachstum und Gesellschaft auswirkt. Die Gewerkschaften haben vorgerechnet: Der auf zehn Jahre angelegte Plan mit einem Volumen von 260 Milliarden Euro jährlich ist finanzierbar.

Mehr: www.dgb.de/-/5Vx

1. Mai, unser Tag – gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa: Die Hauptforderungen des DGB spiegeln sich auch im 1.Mai-Motto 2013 wider. Die zentrale Maikundgebung, auf der der DGB-Vorsitzende Michael Sommer spricht, findet in diesem Jahr in München statt.

plusminusBERLIN

+ ***Die steigenden Mietpreise belasten auch Studierende immer mehr. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Swen Schulz, fordert deshalb: „Das BAföG muss auch mit Blick auf die steigenden Wohnkosten dringend angepasst werden."***

– ***Mehr als ein Drittel der Beschäftigten im Bundesgesundheits- und Wirtschaftsministerium sind befristet beschäftigt. Im Verbraucherministerium arbeiten 21 Prozent der MitarbeiterInnen befristet. Im Arbeitsministerium sind es elf Prozent.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://edekanns-besser.de
ver.di-Blog, um für gute Arbeitsbedingungen beim Lebensmittelkonzern Edeka zu werben

Hintergrund

www.dgb.de/-/5ct
Statement des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und Informationen des DGB für das Jahr 2013

POLITIK AKTUELL

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa: Die Vorsitzenden des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften haben auf ihrer Klausurtagung im Januar die Schwerpunkte des DGB im Wahljahr 2013 diskutiert. Zu Gast waren die Spitzenkandidaten von CDU und SPD, Kanzlerin Angela Merkel und Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Die Kanzlerin zeigte sich nach der Debatte sensibilisiert in Sachen Arbeitnehmerdatenschutz und Werkverträge. Steinbrück sicherte den Gewerkschaften Unterstützung beim Mindestlohn, bei der Regulierung von Werkverträgen und gegen Überwachung am Arbeitsplatz zu.

ILO-Konvention

Deutschland will ratifizieren

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) begrüßt, dass die Bundesregierung signalisiert hat, die ILO-Konvention über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte in Kürze dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen. Damit gehöre Deutschland zu den ersten europäischen Ländern, die sich dafür einsetzen, dass Hausangestellte die gleichen Rechte wie andere ArbeitnehmerInnen erhalten, stellt Sabine Baun, Direktorin der ILO Deutschland, fest. Die Konvention tritt im September 2013 in Kraft. Sie fordert für Hausangestellte ein Recht auf Arbeitszeitregelungen, auf Sozialversicherung, auf Urlaub oder auch auf eine gewerkschaftliche Vertretung.

Weltweit arbeiten laut ILO 52 Millionen Menschen in diesem Sektor. Häufig ohne jeden Arbeitsschutz, selbst freie Tage werden oft nicht gewährt, und die Einkommen sind extrem niedrig. Der DGB schätzt, dass rund 2,6 Millionen Haushalte in Deutschland Hausangestellte auf Teilzeitbasis beschäftigen – überwiegend ohne Arbeitsvertrag, ohne Anmeldung und Sozialversicherung. Die ILO hat gerade einen Report zur Situation der Hausangestellten vorgelegt. Er soll Grundlage sein, um die Verbesserungen in einer Branche zu messen, in der weltweit immerhin 7,5 Prozent aller Frauen beschäftigt sind. •

www.bit.ly/ilo-report

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Aus Prinzip gerecht und solidarisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Azubi-Vergütungen

Stark gestiegen

Mit einem Plus von 4,3 Prozent im Durchschnitt sind die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2012 stark gestiegen. 2011 waren es 3,2 Prozent. Azubis kommen auf durchschnittlich 737 Euro brutto im Monat. Allerdings zeigt die Auswertung der Ausbildungsvergütungen durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) nach wie vor große Unterschiede nach Ausbildungsberuf, Geschlecht sowie Ost und West. Mit einem Anstieg von fünf Prozent fiel die Anhebung im Osten höher aus als im Westen mit 4,1 Prozent. Dennoch erreichen die Ausbildungsvergütungen in Ostdeutschland unverändert nur 91 Prozent der Westvergütungen.

Eine starke Ost-West-Differenzierung zeigt sich im Kfz-Handwerk, wo Azubis im Westen auf durchschnittlich 670 Euro, im Osten nur auf 535 Euro kommen. In den stark von jungen Männern besetzten Bau- und Metallberufen liegen die Vergütungen im Westen bei über 900 Euro. In den Dienstleistungsberufen Lebensmittelverkauf, Floristin und Friseurin, die vor allem von jungen Frauen erlernt werden, liegen die Monatseinkommen unter 500 Euro, Friseur-Azubis in Ostdeutschland bekommen gar nur 269 Euro. Ausgeglichen sind die Ausbildungsvergütungen im öffentlichen Dienst mit durchschnittlich 795 Euro im Osten wie im Westen. •

www.bit.ly/azubi_entgelt

Europa

Kurswechsel gefordert

Europäische WissenschaftlerInnen fordern einen radikalen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik in Europa. Die Arbeitsgruppe Europäische WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa (EuroMemo Group) kritisiert in ihrem EuroMemorandum 2013: „Die EU ist eine adäquate Antwort auf die Krise innerhalb der Eurozone schuldig geblieben." Die Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beruhten auf der irrigen Annahme, dass die Marktkräfte zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung führen würden, wenn die öffentlichen Defizite in Grenzen gehalten werden. Nach Ansicht der WissenschaftlerInnen können Wachstum und soziale Gerechtigkeit jedoch nur mit Investitionen „in Beschäftigung und nachhaltige Industrien sowie sozialer Sicherheit gelingen". Der Arbeitsgruppe gehören 350 ÖkonomInnen und SozialwissenschaftlerInnen aus ganz Europa an. •

www.euromemo.eu

Bundesagentur für Arbeit

Personalmangel in der Altenpflege

In einer Analyse der Bundesagentur der Arbeit (BA) zum Fachkräftemangel stellen die Nürnberger Experten fest, dass „es aktuell keinen flächendeckenden Fachkräftemangel" gebe. Allerdings hat die BA „Warnsignale" ausgemacht. So fehlt vor allem im Pflegebereich das Personal. Bundesweit werden in erster Linie examinierte Altenpflegefachkräfte gesucht. Die Situation habe sich hier gegenüber der letzten Analyse vom Juni 2012 noch einmal verschlechtert. Auf 100 gemeldete Stellen kommen rechnerisch 35 Arbeitslose.

Etwas besser, aber dennoch angespannt ist die Situation auch bei den Gesundheits- und Krankenpflegefachkräften. Hier betrage die Vakanzzeit von Stellenangeboten im Bundesdurchschnitt 112 Tage. 100 gemeldeten Arbeitsstellen stehen 75 Arbeitslose gegenüber. Eine Mangelsituation registriert die BA ebenso im Bereich Sanitär, Klempnerei, Heizung und Klimatechnik. Gut abgedeckt scheint hingegen der Arbeitsmarkt für IT-Systemanalyse, IT-Vertrieb, Netzwerktechnik und IT-Koordination. Hier kommen auf 100 gemeldete Stellen rechnerisch 106 arbeitslose IT-Experten. •

www.bit.ly/BA-Analyse

Beschäftigten-Datenschutz

Vorsicht Kamera

Widerstand ist angesagt: Der DGB setzt auf den Rückenwind der Beschäftigten, um die von Schwarz-Gelb geplante Neuregelung des Datenschutzes am Arbeitsplatz zu verhindern.

„Schreiben Sie an Volker Kauder", fordert der DGB über das soziale Netzwerk Facebook. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion soll möglichst viele Mails erhalten. Der DGB-Textvorschlag ist kurz: „Sagen Sie Nein zu diesem Gesetz, Herr Kauder" (volker.kauder@bundestag.de). Die Gewerkschaften sind entsetzt über die Möglichkeiten, die nach dieser Vorlage Arbeitgebern für die Überwachung und Überprüfung ihrer MitarbeiterInnen künftig legitim zur Verfügung stehen.

Einen „Anschlag auf Arbeitnehmerrechte" sieht der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in dem Entwurf. Hier würde der „gläserne Arbeitnehmer" geschaffen und Call-Center-Beschäftigte seien künftig „Freiwild". Zwar wird die heimliche Videoüberwachung mit diesem Gesetz untersagt, aber dafür dürfen die Unternehmen ohne besonderen Anlass und dauerhaft offen überwachen. Auch der Bundesdatenschützer Peter Schaar mahnt, für die Call-Center-MitarbeiterInnen werde „ein nicht hinnehmbarer Überwachungsdruck erzeugt".

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die ärztliche Untersuchung, die nun auch in einem bestehenden Arbeitsverhältnis verlangt werden kann. Im Arbeitsleben kann das bedeuten, dass beispielsweise eine Beförderung von einer solchen Untersuchung abhängig gemacht wird. Michael Sommer befürchtet, dass sich diese Regelung insbesondere für ältere ArbeitnehmerInnen negativ auswirken kann, „das könnte bis zur krankheitsbedingten Kündigung gehen".

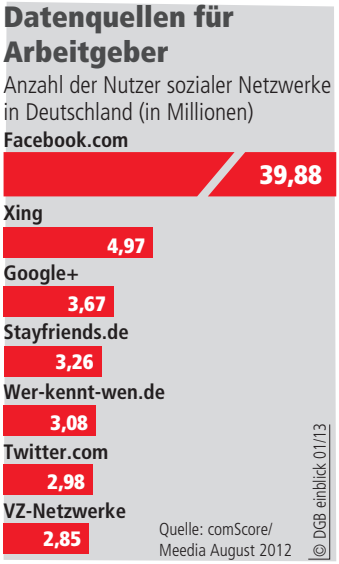
Professor Peter Wedde, Leiter der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt, der bereits als Sachverständiger im Mai 2011 den Gesetzentwurf kritisiert hatte, stellt fest: „Im Ergebnis verschlechtert der Entwurf die datenschutzrechtliche Situation von Beschäftigten grundlegend und erheblich." Entsprechend hart fallen die Kommentare der Gewerkschaften aus. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, spricht von einem „Arbeitnehmerüberwachungsgesetz". Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske ist es ein „Arbeitnehmer-Ausforschungsgesetz", und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft hält es für „Überwachungs-Wahnsinn".

Die Oppositionsparteien im Bundestag lehnen den Entwurf ebenfalls ab. Der SPD-Abgeordnete Gerold Reichenbach sieht in dem Entwurf „viele Verschlechterungen und wenige kleine Verbesserungen" für die Beschäftigten. Konstantin von Notz, innenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, wirft der schwarz-gelben Koalition vor, „einseitig Arbeitgeberinteressen" zu vertreten. Der Ausspähung der Beschäftigten werde „Tür und Tor geöffnet".

So wird den Arbeitgebern auch das Recht eingeräumt, öffentlich zugängliche Daten über Beschäftigte zu erheben. Ein Freibrief, die Suchmaschinen im Internet anzuwerfen. Informieren muss der Arbeitgeber über eine solche Aktion nicht. Bei der Einstellung dürfen auch Informationen über die BewerberInnen genutzt werden, die aus sozialen Netzwerken stammen. Selbst nicht allgemein zugängliche Daten dürfen erhoben werden – sofern ein Beschäftigter einwilligt. Eine Einwilligung, die auch für Michael Sommer ihre Tücken hat. Wer würde schon bei einem Einstellungsgespräch eine solche Zustimmung verweigern, fragt sich der DGB-Vorsitzende.

Der DGB will dieses Gesetz, das – so Sommer – jetzt „auf der Zielgerade durchgepeitscht werden soll", auf jeden Fall verhindern. „Ich kann die Regierungsfraktionen nur davor warnen, ein solches Gesetz jetzt noch zu beschließen. Das werden die Gewerkschaften nicht stillschweigend hinnehmen."

Der Protest zeigt erste Wirkung: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärte nach einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), sie sei „durchaus sensibilisiert" für das Thema. So sensibel offenbar, dass das Thema am folgenden Tag von der Tagesordnung des Innenausschusses gestrichen wurde. SPD-Ausschussmitglied Gerold Reichenbach sieht es zumindest als „Etappensieg". •



Vorsicht ist geboten. Wer allzu großzügig mit privaten Informationen im Netz agiert, muss damit rechnen, dass auch sein Arbeitgeber diese Informationen nutzt. Nach dem Gesetzentwurf könnte sich der Arbeitgeber schon bei der Einstellung mit der Zustimmung des Bewerbers einen Freibrief für eine solche Datensammlung geben lassen. Über den Inhalt muss er die Betroffenen nicht informieren.

Petition gestartet

Der DGB und die Gewerkschaften wollen das Gesetz zum Beschäftigten-Daten schutz in der vorliegenden Form verhindern. Der DGB hat eine Petition gestartet, um einen gesetzlichen Beschäftigungsdatenschutz zu erreichen, der diesen Namen auch verdient. Sie kann unter www.change.org/ueberwachung unterzeichnet werden.

Schon im Mai 2011 forderten die Gewerkschaften Änderungen an dem Gesetzentwurf, der seit Mitte 2010 auf dem Tisch liegt. Für den Paragraphen 32, der im Bundesdatenschutzgesetz die Rechte und Pflichten von Beschäftigten und Arbeitgebern regelt, hörte sich die Regierungskoalition am 23. Mai 2011 die Meinung von Sachverständigen an.

Es gab reichlich Kritik, nicht nur von Gewerkschaftsseite. Danach herrschte Ruhe, bis im Januar 2013 die schwarz-gelbe Koalition plötzlich Tempo vorlegte. Spätestens im Februar sollte das Gesetz mit Zustimmung des Bundestages auf den Weg gebracht werden.

Doch Gewerkschaften und Opposition und auch der Bundesdatenschützer kritisierten nicht nur den Inhalt, sondern auch das Eiltempo, das die Parlamentarier von CDU/CSU und vor allem der FDP nun vorlegten. Mit erstem Erfolg. Die für den 16. Januar angesetzte Diskussion im Innenausschuss wurde kurzfristig von der Tagesordnung genommen.

www.bit.ly/dbt_daten

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Broschüre

Tipps für gute Pflege

Seit dem 1. Januar gelten neue Regeln in der Pflege. Mit der Broschüre „Pflegereform 2013" informiert der DGB Versicherte und Angehörige über die Leistungen der Pflegeversicherung und insbesondere über die Neuerungen in diesem Jahr. Die groß angekündigte Reform hat außer dem „Pflege-Bahr", dem Versuch der schwarz-gelben Bundesregierung, den Aufbau einer privaten Pflegeversicherung zu forcieren, wenig gebracht. Für den DGB steht fest: Der „Pflege-Bahr" löst die Probleme nicht. Die Gewerkschaften fordern stattdessen eine solidarische Bürgerversicherung. Und doch gibt es einige wenige Verbesserungen für Pflegebedürftige. Diese werden in der Broschüre übersichtlich dargestellt. So können beispielsweise Angehörige von Demenzkranken mehr Leistungen in Anspruch nehmen. Auch pflegende Angehörige erhalten mehr Unterstützung während der Kurzzeit- oder Verhinderungspflege.

Zudem greift der Ratgeber viele praktische Fragen rund um die Pflege von kranken und alten Menschen auf. Etwa zur Beitragshöhe, zu den Versicherungsleistungen oder zur Heimpflege. Der DGB erläutert praxisnah und verständlich, wie eine Pflegebedürftigkeit festgestellt wird. Der Ratgeber zeigt auch, was zu tun ist, wenn der Antrag auf Pflegebedürftigkeit abgelehnt wurde. Ein Exemplar kostet 29 Cent zuzüglich Porto und Versand. •

www.bit.ly/pflege2013

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Mobilität ist kein Privileg für Reiche!
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Ratgeber

Risiko Datenwolke

Mit dem Einsatz von Smartphones und Tablet-PCs ist Internet in jeder Lebenslage möglich. Dabei kann es vorteilhaft sein, wenn die eigenen Daten samt Software nicht mehr auf den eigenen Endgeräten gespeichert sind, sondern in einer so genannten Wolke – also einem Speicherplatz im Internet. Doch wie sicher ist das? Welche Folgen hat das in der Arbeitswelt? Worauf müssen Beschäftigte achten? Antworten auf diese Fragen sowie eine detaillierte Erklärung, um was es bei dieser Entwicklung geht, liefert die Technologieberatungsstelle des DGB NRW. Die Broschüre „Virtualisierung und Cloud Computing" zeigt Risiken und Perspektiven auf, etwa zu den Themen Datenschutz und Interessenvertretungen. Sie kann für 4,50 Euro zuzüglich Versandkosten bei der TBS NRW e.V. bestellt werden. •

tbs-hauptstelle@tbs-nrw.de

Arbeit und Leben e.V.

Programm veröffentlicht

Mit dem neuen Jugendbildungsprogramm 2013 hat Arbeit und Leben e.V. ein umfassendes und facettenreiches Angebot für junge Menschen zusammengestellt. Von der Berufsorientierung und gewerkschaftlichem Engagement über Interkulturalität und Medienpraxis bis hin zu spannenden Geschichtsthemen – mehr als 100 Seminare und Workshops bietet Arbeit und Leben mit Kooperationspartnern bundesweit an. Anmelden können sich Menschen zwischen 14 und 26 Jahren. Das Bildungsprogramm steht im Internet zum Download. •

www.bit.ly/aul_jb_2013

Gelbe Hand

Preisträger gesucht

„Gegen Ausgrenzung, Rassismus und für die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt", das ist auch in diesem Jahr wieder Motto des Wettbewerbs „Die gelbe Hand". Bis zum 31. Januar können sich SchülerInnen an Berufsschulen und Jugendliche für den Preis bewerben. Gesucht werden Arbeiten, die sich kritisch mit den Themen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb befassen. Die Darstellungsform ist frei – von der Collage bis zum Youtube-Video ist alles erlaubt. Weitere Infos gibt es im Internet. •

www.gelbehand.de

www.lohnspiegel.de

Löhne von 350 Berufen

Das vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung betriebene Gehaltsportal *www.lohnspiegel.de* stellt nun Löhne und Gehälter aus 354 Berufen online zur Verfügung. Auch in diesem Jahr ruft das WSI-Tarifarchiv Beschäftigte auf, an der Online-Erhebung teilzunehmen. Rund 19500 BesucherInnen haben 2012 den Online-Fragebogen zu den Einkommensbedingungen ausgefüllt. Die Ergebnisse sind Grundlage für den kostenlosen Gehaltscheck. Den Erfolg belegen die Zugriffszahlen auf das Angebot. Täglich greifen rund 3500 Interessierte auf die Daten zurück. •

interregio

••• Das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, in dem unter anderem der ***DGB Berlin-Brandenburg*** Mitglied ist, hat zum 20. Mal das ***„Band für Mut und Verständigung"*** ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden Menschen, die durch ihr mutiges Eingreifen MitbürgerInnen vor rassistischer Gewalt beschützt oder durch ihre langjährige engagierte Arbeit zur Verständigung beigetragen haben.

http://berlin-brandenburg.dgb.de/-/yOZ

••• Die ***DGB-Senioren Hamburg*** haben sich in einem ***Positionspapier*** für eine strategische Neuausrichtung der Gewerkschaften zum Thema Altersarmut ausgesprochen. Es brauche neue kämpferische Ansätze, um vernünftige Alterseinkommen durchzusetzen. Ziel der gewerkschaftlichen Alterssicherungspolitik müsse es sein, dass das Alterseinkommen den Lebensstandard weitgehend absichere.

http://hamburg.dgb.de/-/Pvh

••• Der ***DGB Bayern*** ruft alle BürgerInnen in Bayern dazu auf, sich am ***Volksentscheid „Nein zu Studienbeiträgen in Bayern"*** zu beteiligen. „Nur wenn alle mitmachen, können wir in Bayern eine gebührenfreie Bildung erreichen." Noch bis zum 30. Januar können die BürgerInnen teilnehmen. Wie das geht, erklärt der DGB im Internet:

www.bayern.dgb.de/-/tXC

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Stark für die Schwachen im Verkehr.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

2013: Jubiläen, Kongresse, Wahlen

Was dem DGB und den Gewerkschaften 2013 wichtig ist, zeigt einblick in einer ersten Übersicht.

2013 ist ein Superwahljahr. So entscheiden die WählerInnen bei der Bundestagswahl und bei drei Landtagswahlen (Niedersachsen, Bayern und Hessen) über den politischen Kurs der kommenden Jahre. DGB und Gewerkschaften werden die Wahlkämpfe kritisch-konstruktiv begleiten. Mit betrieblichen und örtlichen Aktivitäten wollen sie für ihre Positionen werben. Zeitlich sind die Aktionen in drei Wellen geplant, die erste im April nach Ostern, die zweite für Anfang Juni und die dritte für Anfang September.

Auch gewerkschaftsintern stehen wichtige Termine auf dem Kalender. Die Gewerkschaften GEW, IG BAU, IG BCE und NGG werden auf ihren anstehenden ordentlichen Gewerkschaftskongressen die Weichen für die kommenden Jahre stellen. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat bereits angekündigt, auf dem Kongress im November wieder für den Vorsitz zu kandidieren. Nicht mehr zur Wahl antreten wird der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne.
Mit einer zentralen Gedenkveranstaltung in Berlin und vielen örtlichen Aktionen werden DGB und Gewerkschaften zudem an die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 erinnern. Zum 80. Jahrestag der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis wird Bundespräsident Joachim Gauck im Berliner Historischen Museum eine Grundsatzrede über die Bedeutung der freien Gewerkschaftsbewegung halten. •

28.1.	40 Jahre Europäischer Gewerkschaftsbund, Madrid
30.1.	EVG, Fachkonferenz „Soziale Medien in der Mitbestimmung“, Frankfurt am Main
21./22.2.	WSI, FES, „Zehn Jahre ‚Hartz-Reformen‘ – was bleibt?“, Berlin
5.3.	EVG, Fachkonferenz „Mitbestimmung“, Berlin
8.3.	Internationaler Frauentag
12.3.	EVG, DGB Berlin-Brandenburg und ver.di, „Tagung zur künftigen Finanzierung des ÖPNV“, Berlin
16.3.	DGB-Jugend, Aktionstag „Jugend macht Ansagen“, in sechs Städten
18.3.	DGB-Jugend, Internationale Konferenz, Berlin
19.3.	ver.di, Beamtenpolitische Bundesfachtagung 2013, Berlin
21.3.	Equal Pay Day
19./20.4.	NGG, Bundesjugendkonferenz, Gladenbach
23./24.4.	IG Metall, Anti-Stress-Kongress, Berlin
23./24.4.	GdP, Die föderale Polizei im demografischen Wandel, Berlin
24./25.4.	ver.di und HBS, „Dienstleistungspolitik und -forschung“, Düsseldorf
25.4.	Girls` Day
1.5.	**DGB, zentrale 1. Mai-Kundgebung, München**
1.5.-15.6.	Ruhrfestspiele Recklinghausen
2.5.	**DGB, Gedenkveranstaltungen zur Erstürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis vor 80 Jahren, zentrale Veranstaltung in Berlin**
14.5.	ver.di und WSI, „Workshop zur Europäischen Tarifpolitik“, Berlin
15.5.	IG Metall, Fachtagung zu Berufskrankheiten
17.-20.5.	IG BCE-Jugend, 5. Ordentliche Jugendkonferenz, Hannover
29.5.	DGB/WSI, Tagung „Neue Ordnung der Arbeit“, Berlin
4.6.	EVG, Aktionstag Frauen
4./5.6.	ver.di, Potsdamer Forum, Potsdam
9.6.	DGB Niedersachsen, Verleihung des DGB-Filmpreises im Rahmen des Filmfestes Emden-Norderney
11.6.	IG BCE, Tagung „Frauen Macht Erfolg“
12.-16.6.	**GEW, 27. Gewerkschaftstag, Düsseldorf**
15.6.	IG BAU, Tag der Gebäudereinigung
9.-13.9.	**IG BAU, 21. Ordentlicher Bundeskongress, Berlin**
25.9.	EVG, Aktionstag Senioren
7.10.	**IGB, 6. Welttag für menschenwürdige Arbeit**
9.-12.10.	GEW, 7. GEW-Wissenschaftskonferenz, Berlin-Köpenick
10.10.	Tag der Entgeltgleichheit in den Betrieben
13.-18.10.	**IG BCE, 5. Ordentlicher Gewerkschaftskongress, Hannover**
8.-10.11.	DGB-Jugend, Bundesjugendkonferenz, Berlin
11.-14.11.	**NGG, 16. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin**
20./21.11.	**EVG, „Kleiner Gewerkschaftstag“, Fulda**
21.-23.11.	DGB-Bundesfrauenkonferenz, Berlin
26./27.11.	DGB, Schöneberger Forum, Berlin
7.12.	IG BCE, Recklinghäuser Tagung, Recklinghausen

Stand: 17.1.2013; mehr Termine: ***www.einblick.dgb.de/termine_2013***

Tarifjahr 2013

Insgesamt laufen im Jahr 2013 Einkommenstarifverträge für rund 12,5 Millionen Beschäftigte aus. Bereits in Kürze starten Verhandlungen im öffentlichen Dienst, bei der Deutschen Bahn und in einigen Energiekonzernen. Im Februar folgen die Eisen- und Stahlindustrie, Ende März das Bauhauptgewerbe, das Versicherungsgewerbe und erste Bereiche des Einzel-, Groß- und Außenhandels, wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) berichtet. Dann stehen die Verträge der Metall- und Elektroindustrie auf dem Plan. Die vorliegenden Forderungen der Gewerkschaften bewegen sich zwischen 5,0 und 6,5 Prozent.

Angesichts einer eher unsicheren ökonomischen Ausgangslage für die Tarifrunde 2013 plädieren die WSI-Tarifexperten dafür, die Binnenkonjunktur zu stärken. Der Leiter des WSI-Tarifarchivs Reinhard Bispinck macht deutlich: „Vor diesem Hintergrund und angesichts des krisenhaften Umfeldes in vielen europäischen Ländern kommt einer dauerhaften Stärkung der Binnennachfrage gerade in Deutschland aktuell eine besondere Bedeutung zu.“ Die Tarifpolitik könne dazu einen Beitrag leisten.

www.wsi.de

kurz&bündig

Anlässlich der Grünen Woche in Berlin hat Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der NGG, gefordert, die Situation der arbeitenden Menschen in der deutschen Fleischbranche zu verbessern. „Der Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit und absolute Dumpinglöhne sind in dieser Branche an der Tagesordnung", so Möllenberg. Die Hersteller gäben den Preisdruck gnadenlos an die Beschäftigten weiter.

Im Kampf gegen Finanz- und Wirtschaftskriminalität spricht sich die GdP für eine effektiv aufgestellte Bundesfinanzpolizei aus. „Mit Umsatzsteuerkarussellen, Waffen-, Kriegswaffen-, Rauschgift- und Zigarettenschmuggel, mit Subventionsbetrug, kriminellem Außenhandel, Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Steuerhinterziehung werden Milliarden illegal verdient", stellt der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut fest.

Die EVG hat die deutschen Bahnunternehmen aufgefordert, mehr Fachkräfte einzustellen und deutlich mehr auszubilden. Der Fachkräftemangel nehme allmählich kritische Züge an. „Wir fordern die Eisenbahnverkehrsunternehmen schon seit Jahren mit Nachdruck auf, deutlich mehr auszubilden, doch es tut sich viel zu wenig", sagt der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner.

40 Jahre EGB

Soziales Europa

Mit einer Konferenz zur „Sozialen Dimension der Europäischen Union" begeht der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) sein vierzigjähriges Bestehen. Die Veranstaltung findet am 28. Januar in Madrid statt. Viele europäische Gewerkschaftsführer sowie Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, und Olli Rehn, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, werden an der Konferenz teilnehmen.

Der Gründungskongress des EGB fand 1973 in Brüssel statt. Mit rund 60 Millionen Mitgliedern ist der EGB heute die größte politische Organisation Europas. 85 Gewerkschaftsdachverbände aus 36 Staaten Europas gehören dem EGB als Vollmitglieder an. Der EGB vertritt die gewerkschaftlichen Interessen gegenüber Kommission, Parlament und Rat. Gleichzeitig verhandelt der EGB mit den privaten und öffentlichen Arbeitgeberverbänden UNICE und CEEP im Sozialen Dialog. Der EGB koordiniert die Arbeit der 44 Interregionalen Gewerkschaftsräte, unterstützt die Europäischen Betriebsräte und koordiniert die europäische Tarifpolitik. Unter dem Dach des EGB arbeiten EUROCADRES (Rat der Angestelltengewerkschaften) und FERPA (Verband der Rentner und Senioren). Zum EGB gehören das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI), das Europäische Technikbüro (ETB) und die Europäische Gewerkschaftsakademie (EGA). •

www.etuc.org

DGB-Weiterbildungsprogramm

Angebot ausgeweitet

Das Interesse am Weiterbildungsprogramm für die Hauptamtlichen des DGB wächst. Entsprechend wurde das Weiterbildungsprogramm für 2013 organisatorisch und inhaltlich weiter entwickelt. Inhaltlich wurden die Schwerpunkte auf die Jahresthemen von DGB und Gewerkschaften gelegt: Von der „Neuen Ordnung der Arbeit" und den Herausforderungen der Euro-Krise bis hin zur politischen Lobbyarbeit reicht das Angebot. Themen wie Energiewende, Rechtsextremismus und aktuelle Tarifpolitik und Seminare für die ehrenamtliche Ebene des DGB runden das Programm ab.

Zu den organisatorischen Veränderungen gehört die Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk, das künftig die TeilnehmerInnen betreut. Elektronische Anmeldung und Verwaltung des Bildungsprogramms sollen im Laufe des Jahres auf ein Internetportal des DGB umgestellt werden. •

80 Jahre Machtergreifung

Gedicht vertonen

„Kunst und Kultur", die kulturpolitische Zeitschrift von ver.di, die ver.di-Arbeitsgruppe Kunst und Kultur und die Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport, freie Berufe Österreich rufen anlässlich des 80. Jahrestages der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten Liedermacher und Komponisten dazu auf, den kaum bekannten Text „Zwölf unterwegs" des Dichters Hans Sahl zu vertonen. Sahl, der 1902 als Sohn einer jüdischen Familie geboren wurde, beschreibt in seinem 1933 im „Neuen Vorwärts" erschienenen Gedicht das Schicksal von Emigranten, die Nazi-Deutschland verlassen, um aus dem Ausland Widerstand zu leisten.

Einsendeschluss für die Kompositionen ist der 31. März 2013, hörbar sollen die Werke bei den Gedenkveranstaltungen der Gewerkschaften im Mai 2013 sein. Die zentrale Gedenkveranstaltung des DGB findet am 2. Mai im Historischen Museum in Berlin statt. •

www.bit.ly/zwoelf_unterwegs

Anzeige

IGR-Dokumentation

Altersarmut grenzüberschreitend

Die Arbeitssituation von Frauen im Grenzraum Deutschland-Polen-Tschechien ist geprägt von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Niedriglohn. Am Ende steht Altersarmut. Das belegt die Dokumentation einer Veranstaltung der Interregionalen Gewerkschaftsräte Elbe-Neiße und Viadrina zum Thema „Von prekärer Arbeit in die Altersarmut? Die Arbeitssituation von Frauen im Grenzraum Deutschland-Polen-Tschechien". Die Dokumentation zeigt die Missstände auf und fasst daraus resultierende Forderungen und „Arbeitsaufträge" für die beteiligten Gewerkschaften zusammen. Die Zusammenarbeit soll intensiviert und gegenseitige Unterstützung im Grenzraum organisiert werden. Mit einer Offensive für mehr Frauen in politischen Ämtern in den Kommunen und auf Landesebene sollen die politischen Rahmenbedingungen mittel- bis langfristig verbessert werden. •

www.igr-elbe-neisse.org
www.igr-viadrina.org

Europäische Union

Demokratiedefizit überwinden

Der EU mangelt es bei vielen Entscheidungen am Rückhalt in der Bevölkerung. WSI-Direktorin Brigitte Unger erläutert, wie das Demokratiedefizit überwunden werden kann.

Urteile, die die Wettbewerbs- und Niederlassungsfreiheit vor das Sozial- und Arbeitsrecht stellen (Viking, Laval und Rüffert), haben gezeigt, dass der Europäische Gerichtshof in seinen Entscheidungen massiv in nationale Arbeitsbeziehungen eingreift. Die EU befasst sich mit dem Reinheitsgebot für deutsches Bier und macht den Briten ihre Banger-Wurst madig, weil sie zu viel Mehl enthält. Nun entscheidet sie auch über Sparpakete und Haushaltsrecht. Aber weder der Europäische Gerichtshof noch die EU-Kommission oder die Europäische Zentralbank sind gewählte Organe.

Natürlich gibt es ein EU-Parlament, das die meisten Entscheidungen absegnen muss. Aber Demokratie in der EU, die Herrschaft (Kratie) des Volkes (Demos), benötigt für ein demokratisch gewähltes Parlament auch EU-BürgerInnen, die es wählen. **Der EU mangelt es aber am Demos.** Welcher Deutsche fühlt sich schon als Europäer? Und wer kennt die EU-Parlamentarier seines Landes? Von den Richtern des Europäischen Gerichtshofs ganz zu schweigen.

Deutsche Politikwissenschaftler wie Fritz Scharpf oder Wolfgang Streeck sprechen von einem Demokratiedefizit in der EU. Das heißt, die Institutionen der EU sind weniger demokratisch als die Institutionen ihrer Mitgliedstaaten. Postdemokratie, die Beherrschung der EU-Politik durch nicht demokratisch legitimierte Organe, die die Interessen der Finanzmärkte absichern, sei **das politische Dilemma unseres Zeitalters.** Sie fordern deshalb eine Rückkehr zur nationalen (Wirtschafts-)politik. Aber kommen wir damit weiter?

Andrew Moravcsik, Professor für Politikwissenschaft an der Princeton University in den USA, spricht über Mythen,die diese Debatte bestimmen: Es seien die 27 mächtigen Mitgliedstaaten und ein direkt gewähltes demokratisches EU-Parlament, die zusammen Brüssel beherrschen. Moravcsik stellt klar: Nur 15 Prozent der Gesetze der Mitgliedstaaten würden auf EU-Ebene gemacht. Die EU werde genau von den nationalen Regierungen, dem EU-Parlament und einer technokratischen EU-Kommission kontrolliert. EU-Gesetzgebung sei transparenter und darum auch langsamer als nationale Gesetzgebung, so der Politikwissenschaftler. Und auch der niederländische Historiker und Publizist Dirk-Jan van Baar

Foto: Manfred Vollmer

Prof. Dr. Brigitte Unger ist seit 2011 Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Wirtschaftspolitik und Steuerwettbewerb.
www.wsi.de

sieht das Demokratiedefizit nicht in der EU sondern in den Mitgliedstaaten, die die EU als **Vorwand für unpopuläre Maßnahmen** missbrauchen.

Egal, ob man die Schuld im Demokratiedefizit der EU oder bei den Mitgliedstaaten sucht: Massenproteste in Griechenland, Jugendproteste in Spanien, Kinderarmut in Deutschland sind Ausdruck von Ungleichgewichten im wirtschaftspolitischen System, die politisch korrigiert werden müssen. Aber der von Scharpf und Streeck vorgeschlagene Rückzug ins Nationale ist meines Erachtens ein Rückschritt.

Die Korrektur des systemischen Ungleichgewichts kann nur durch ein vereintes Europa erfolgen. Dabei ist nicht nur die vertikale demokratische Beziehung der BürgerInnen zur EU wichtig, sondern auch die horizontale Beziehung der BürgerInnen zueinander. Solidarität der Deutschen mit den Griechen kann helfen, Demokratiedefizite zu überwinden. Internationale oder zumindest europäische Solidarität ist ein gemeinsamer Wert, auf dem die EU aufbauen kann, um Sprachbarrieren zu überwinden und ein Bewusstsein für eine EU-Bürgerschaft zu schaffen.

Gemeinsam dazu beitragen, die Finanzmärkte zu regulieren und die Schere zwischen Arm und Reich zu begrenzen, kann **das systemische Überleben der EU und ihrer Mitgliedstaaten sichern.** Dies sollte die Botschaft sein, die nationale, demokratisch gewählte Regierungen an die EU richten sollten. Die Mehrheit der Stimmen der EU-Bevölkerung wäre ihr sicher, wenn durchdringt, dass die EU Arbeit, Einkommen und Sicherheit für alle möglich machen kann. Der Frieden in Europa wäre dann nicht nur durch einen Friedensnobelpreis an die EU „für über sechs Jahrzehnte Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa" gesichert, sondern auch durch eine solide solidarische Wirtschaftspolitik. •

Sparkurs stoppen

Um die Krise im Euroraum zu bewältigen, fordert das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), „überharte Sparprogramme" in den Euro-Krisenländern zu beenden. Diese würden mittlerweile die staatlichen Schuldenstände eher erhöhen als reduzieren, legen aktuelle Studien und neue Berechnungen des IMK nahe.

So zeigt eine neue Untersuchung des Internationalen Währungsfonds (IWF), dass striktes Sparen im Abschwung die Wirtschaft weitaus stärker bremst als bislang angenommen. Jeder Euro, den ein Staat spart, senke demnach das Bruttoinlandsprodukt um zwei Euro. Die schlechte Entwicklung koste wiederum öffentliches Geld, Steuereinnahmen gehen zurück, und Fürsorgekosten steigen.

Neben einem Ende der strikten Sparpolitik empfiehlt das IMK Staaten mit wirtschaftspolitischen Spielräumen, fiskal- und lohnpolitische Impulse zu setzen. Besonders die deutsche Politik sei gefragt. Zum einen soll in Infrastruktur und Bildung investiert werden. Um die Binnenkonjunktur zu stärken, soll zum anderen ein allgemeiner Mindestlohn eingeführt und das Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen vereinfacht werden.

www.boeckler.de/14_41920.htm

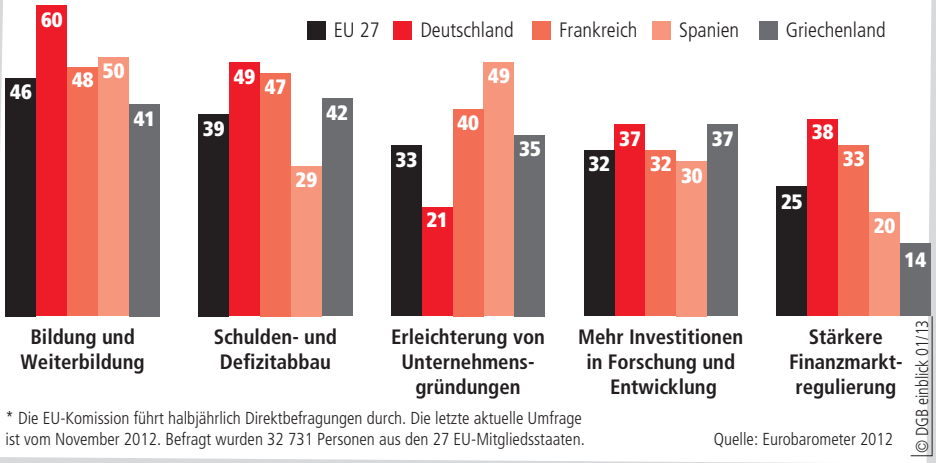
DIES & DAS

die DGB grafik

WEGE AUS DER KRISE: Mehr Investitionen in Bildung

Der DGB fordert einen „Marshallplan" für Europa, um mit Zukunftsinvestitionen – etwa in Bildung oder in Infrastruktur – die Krise zu überwinden (einblick 22/12). Das aktuelle Eurobarometer zeigt, dass die Vorschläge des DGB sich mit den Wünschen vieler EU-BürgerInnen decken. Mehr Investitionen in Bildung und berufliche Weiterbildung haben für sie oberste Priorität, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern. ***www.europarl.de/view/parlament/Eurobarometer.html***

Welche politischen Initiativen sind aus Sicht der EU-BürgerInnen zur Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise die wichtigsten? (Antworten in Prozent)*



* Die EU-Komission führt halbjährlich Direktbefragungen durch. Die letzte aktuelle Umfrage ist vom November 2012. Befragt wurden 32 731 Personen aus den 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Quelle: Eurobarometer 2012

© DGB einblick 01/13

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

23.1. EGB und andere, Europäische Demonstration gegen die geplante Durchsetzungsrichtlinie, Brüssel

24.-26.1. Hans-Böckler-Stiftung, Heimvolkshochschule Hustedt, Helmut-Schmidt-Universität, Tagung „Emanzipative politische Bildung", Celle

29./30.1. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, „9. Konferenz für ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat börsennotierter Unternehmen", Frankfurt am Main

27.1. Jahrestag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

28.1. EGB, Festveranstaltung „40 Jahre Europäischer Gewerkschaftsbund", Madrid (Spanien)

28.1. ver.di-Bezirk Stuttgart, Diskussion „Was sind die Ursachen der Eurokrise", Stuttgart

30.1. DGB, Fachtagung „Faire Chancen für Familienernährerinnen", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (65 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent).

personalien

••• ***Oliver Malchow,*** 49, ist neuer stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Er folgt ***Frank Richter,*** 53, der zum Polizeipräsidenten in Hagen berufen wurde. Malchow ist seit 2010 Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. Zudem ist ***Arnold Pilckert,*** 55, zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. Bundesschriftführer ist ***Jörg Bruchmüller,*** 53. Neu im GdP-Bundesvorstand ist ***Rüdiger Seidenspinner,*** 52.

••• ***Marion von Wartenberg,*** 54, bisher stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende in Baden-Württemberg, wird neue Staatssekretärin im Kultusministerium Baden-Württemberg.

••• ***Dorothea Braunert,*** 47, bisher Pressesprecherin beim DGB-Bundesvorstand, ist neue Büroleiterin des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Sie folgt ***Barbara Susec,*** 44, die die Leitung der Abteilung Internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand übernommen hat. Ihr Vorgänger ***Wolfgang Lutterbach,*** 59, wechselt demnächst zur Internationalen Arbeitsorganisation ILO nach Genf. ***Jan Piegsa,*** 36, vormals Internetredakteur beim DGB, verstärkt als Pressesprecher die Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit beim DGB-Bundesvorstand. Neue Internetredakteurin ist ***Christiane Menze,*** 52, bisher in der DGB-Pressestelle tätig.

Schlusspunkt.

„Wir können uns den Idealvorsitzenden doch nicht backen. Da kann ich noch so angestrengt quer durch die Länder schauen: Das Personal ist ein Problem."

Ex-FDP-Parteivize Walter Döring am 13.1. in „Die Welt" zu den Perspektiven seiner Partei

Arbeitszeugnis

Gute Wünsche sind entbehrlich

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, das Arbeitszeugnis mit Formulierungen abzuschließen, in denen er dem Arbeitnehmer dankt, das Ausscheiden bedauert oder ihm alles Gute wünscht.

Der Fall: Der Leiter eines Baumarktes erhielt ein Arbeitszeugnis mit überdurchschnittlicher Leistungs- und Verhaltensbeurteilung. Das Zeugnis endete mit: „Herr K scheidet aus betriebsbedingten Gründen aus dem Unternehmen aus. Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute." Der Arbeitnehmer vertrat die Auffassung, der Schlusssatz entwerte sein gutes Zeugnis. Er habe Anspruch auf die Formulierung „Wir bedanken uns für die langjährige Zusammenarbeit und wünschen ihm für seine private und berufliche Zukunft alles Gute." Die Klage, um diesen Anspruch durchzusetzen, blieb ohne Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Das einfache Zeugnis muss Angaben zu Art und Dauer der Tätigkeit enthalten. Der Arbeitnehmer kann verlangen, dass sich die Angaben darüber hinaus auf Leistung und Verhalten im Arbeitsverhältnis erstrecken. Schlusssätze, mit denen Dank oder gute Wünsche zum Ausdruck gebracht werden, sind nicht „beurteilungsneutral". Sie sind geeignet, objektive Zeugnisaussagen zu Führung und Leistung des Arbeitnehmers zu bestätigen oder zu relativieren. Wenn ein Arbeitgeber solche Schlusssätze formuliert und diese nach Auffassung des Arbeitnehmers mit dem übrigen Zeugnisinhalt nicht in Einklang stehen, ist der Arbeitgeber nur verpflichtet, ein Zeugnis ohne Schlussformel zu erteilen. Mangels gesetzlicher Grundlage besteht kein Anspruch auf eine Dankesformel.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 11. Dezember 2012 - 9 AZR 227/11

Heilpraktikererlaubnis

Auch bei Erblindung möglich

Die Voraussetzungen für die Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde können auch im Fall einer blinden Heilpraktikerin erfüllt sein.

Der Fall: Das zuständige Bezirksamt in Berlin lehnte den Antrag auf Erteilung einer Heilpraktikererlaubnis mit der Begründung ab, der Antragstellerin fehle aufgrund einer Erblindung die gesundheitliche Eignung zur Ausübung des Berufes.

Das Bundesverwaltungsgericht: Nach Heilpraktikergesetz besteht ein Rechtsanspruch auf die Erlaubniserteilung, wenn kein Versagungsgrund greift. Blindheit begründet dabei keinen Versagungsgrund im Sinne des Gesetzes. Zwar kann die Antragstellerin Heilpraktikertätigkeiten nicht ausüben, die eine eigene visuelle Wahrnehmung voraussetzen. Es verbleiben aber Bereiche, in denen sie selbstverantwortlich heilpraktisch tätig sein kann. Dazu gehört insbesondere die Behandlung jener Erkrankungen, die sich allein mit manuellen Methoden diagnostizieren und therapieren lassen. Es ist unverhältnismäßig, der Frau die Heilpraktikererlaubnis unter Hinweis auf eine mangelnde gesundheitliche Eignung zu versagen. Das folgt sowohl aus dem Grundrecht auf freie Berufswahl als auch aus den Bestimmungen des Grundgesetzes, wonach niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung wird hinreichend dadurch Rechnung getragen, dass die Heilpraktikerin die Erlaubnis nur unter der Voraussetzung einer ergänzenden Prüfung erlangen kann, in der sie nachweist, dass von ihrer Tätigkeit als Heilpraktikerin keine Gefahren zu erwarten sind.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 13. Dezember 2012 - 3 C 26.11

Frauenbenachteiligung

Frage nach Schwangerschaft unzulässig

Auch eine Frau, die befristet zur Vertretung einer schwangeren Mitarbeiterin eingestellt wird, muss dem Arbeitgeber vor Abschluss des Arbeitsvertrages nicht offenbaren, dass sie ebenfalls schwanger ist. Die Frage nach einer Schwangerschaft wird grundsätzlich als unmittelbare Benachteiligung wegen des Geschlechts bewertet. Eine schwangere Frau braucht deshalb auch weder von sich aus noch auf entsprechende Frage vor Abschluss des Arbeitsvertrages eine bestehende Schwangerschaft zu offenbaren. Das gilt selbst dann, wenn nur ein befristeter Arbeitsvertrag begründet werden soll und die Bewerberin während eines wesentlichen Teils der Vertragszeit nicht arbeiten kann.

Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 11. Oktober 2012 - 6 Sa 641/12

Lohnsteuer

Telefonkosten als Werbungskosten

Kosten für Telefongespräche, die während einer Auswärtstätigkeit von mindestens einer Woche Dauer anfallen, können als Werbungskosten abzugsfähig sein. Zwar handelt es sich bei den Aufwendungen für Telefonate privaten Inhalts etwa mit Angehörigen und Freunden regelmäßig um steuerlich unbeachtliche Kosten der privaten Lebensführung. Nach einer mindestens einwöchigen Auswärtstätigkeit lassen sich die notwendigen privaten Dinge aber aus der Ferne nur durch Mehrkosten regeln, die über den normalen Lebensbedarf hinausgehen.

Bundesfinanzhof,
Urteil vom 5. Juli 2012 - VI R 50/10

Öffentlicher Dienst

Sonderzahlungsregelung ist rechtmäßig

Nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst haben Beschäftigte, die am 1. Dezember in einem Arbeitsverhältnis stehen, Anspruch auf eine Jahressonderzahlung. Wer vor diesem Stichtag wegen Erreichens des gesetzlichen Rentenalters aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet, erleidet nicht eine unzulässige altersbedingte Benachteiligung; denn der Anspruch auf die Sonderzahlung hängt nicht vom Alter des Beschäftigten ab.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 12. Dezember 2012 - 10 AZR 718/11

Lebenspartnerschaft

Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung

Sieht die Dienstordnung einer Berufsgenossenschaft für die Hinterbliebenenversorgung die entsprechende Geltung der Vorschriften über die Versorgung für Beamte des Bundes vor, so hat der hinterbliebene eingetragene Lebenspartner des Dienstordnungsangestellten seit dem 1. Januar 2005 einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung wie Hinterbliebene verheirateter Dienstordnungsangestellter.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 11. Dezember 2012 - 3 AZR 684/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 04.02.2013 2/13

DGB

inhalt

Seite 3
Defizite und Hindernisse
Um Fachkräfte zu sichern, muss die Politik bestehende Defizite beseitigen, fordert der DGB. Institutionelle Hindernisse erschweren zum Beispiel Müttern und Langzeitarbeitslosen den Zugang zum Arbeitsmarkt

Seite 5
Mehr ist machbar
Täglich sind 2012 knapp 1000 Menschen in die Gewerkschaft eingetreten. Die Gewerkschaften haben den Mitgliederrückgang gestoppt

Seite 7
Schöngefärbte Botschaften
Auf Sonntagsreden zu familienfreundlichen Arbeitszeiten folgen Werktagsreden zur Alltagsrealität, stellt Autor Thomas Gesterkamp fest. Positive Beispiele sind eher selten zu finden

Europa

Hände weg von der Tarifautonomie

Widerstand ist angesagt: Im Schatten der Krise propagieren konservative Politiker einen Komplettumbau der Europäischen Union. Sie wollen Europa mit Strukturreformen flexibler und wettbewerbsfähiger machen – und meinen damit den Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialen Kahlschlag. Wohin die Reise gehen soll, hat Ende Januar der britische Premier David Cameron in London klar gemacht. „Seine Rede ist eine Kampfansage an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europas ", stellt Annelie Buntenbach fest, im DGB-Bundesvorstand für Europapolitik zuständig. „Endlich gibt einer zu, was viele denken, aber nicht offen aussprechen. Man nutzt die Krise, um Europa vollständig umzubauen und auf neoliberalen Kurs zu bringen." So hat Cameron unverblümt erklärt: „Die Europäische Union wird eine ganz andere sein, wenn sie die Krise der Eurozone überstanden hat. Die Maßnahmen, die zur Rettung der Eurozone notwendig sind, werden sie möglicherweise bis zur Unkenntlichkeit verändern."

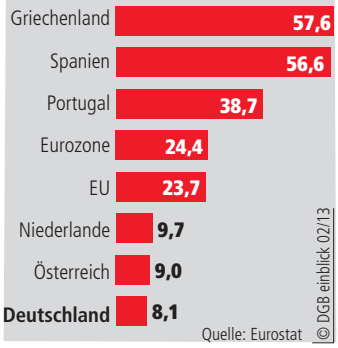
An diesem Umbau arbeiten Troika wie EU-Kommission derweil bereits mit Hochdruck. Sie fordern von den Krisenländern, das Arbeitsrecht zu schleifen, Löhne zu senken und Gewerkschaften zu schwächen. Zudem sind neue EU-Vorgaben in Arbeit, um die Wirtschaft zu entlasten, euphemistisch wird dies im EU-Jargon „smart regulation" genannt.

Selbst die in Deutschland und anderen EU-Ländern verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie hat Brüssel längst ins Visier genommen. Seit Beginn der Eurokrise mischt sich die EU-Kommission immer stärker in die Belange der Tarifpartner ein, obwohl die EU-Verträge das eindeutig ausschließen. „Beschäftigungsfreundlich" sind aus Kommissionssicht „Reformen", die den Geltungsbereich von Tarifverträgen reduzieren, die Tarifverhandlungen zunehmend auf die betriebliche Ebene verlagern und die „insgesamt zu einer geringeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaften führen".

Mit dem „Mechanismus gegen makroökonomische Ungleichgewichte" wurden Obergrenzen festgelegt: Steigen die Löhne in einem Land nach Ansicht der EU-Kommission zu schnell und unternimmt die jeweilige Regierung nichts dagegen, drohen hohe Geldstrafen. Eine „tripartite Lohnbeobachtungsgruppe", der Arbeitgeber, Kommission und Gewerkschaften angehören, soll die Lohnpolitik der EU-Mitgliedsstaaten „koordinieren".

Diese Angriffe auf die Tarifautonomie stoßen nicht nur auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften, auch der Arbeitgeberverband BDA lehnt den Vorstoß aus Brüssel strikt ab. Der DGB hat sich jetzt für eine „Politik des leeren Stuhls" entschieden und nimmt an dem ersten dreigliedrigen EU-Treffen zur Lohnpolitik nicht teil. „Wir lassen uns nicht zum Erfüllungsgehilfen der Kommission machen und wollen die Angriffe auf die Tarifautonomie nicht durch unsere Teilnahme legitimieren", stellt Annelie Buntenbach klar. •

Jugend ohne Chance
Saisonbereinigte Jugendarbeitslosenquote in ausgewählten EU-Staaten, Stand: November 2012 (in Prozent)



Die Krisenpolitik der EU und die rigide Sparpolitik der Mitgliedstaaten schaden dem Wachstum und sorgen nicht für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Vielmehr steigt die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, vor allem in den Krisenländern.

plusminusBERLIN

+ ***Johannes Singhammer (CDU), Bundestagsfraktionsvize der Union, kritisiert die Richtlinienpläne der EU zur Konzessionsvergabe. Private Unternehmen würden „nicht immer wirtschaftlicher arbeiten als die öffentliche Hand".***

– ***Bestehende Kontrollen über Missbräuche bei Werksverträgen hält der Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel (CDU) für ausreichend. Im Bundesarbeitsministerium gehe man davon aus, „dass die Behörden ihrer Verpflichtung in vollem Umfang nachkommen".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ruhrfestspiele.de
Das aktuelle Programm der Ruhrfestspiele Recklinghausen 2013 ist online

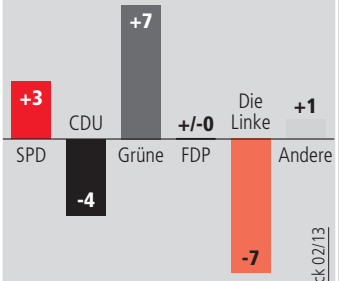
Hintergrund

www.nord.dgb.de/-/tJ7
Tipps und Ratschläge des DGB Nord zum Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz"

Mit zusammen 61 Prozent erreichen SPD und Grüne bei der Wahl in Niedersachsen unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen die absolute Mehrheit. Den höchsten Zuwachs unter den GewerkschafterInnen können die Grünen mit einem Plus von sieben Prozentpunkten verbuchen. Hohe Verluste musste die Linke mit einem Minus von sieben Prozentpunkten hinnehmen. Vor allem bei den Gewerkschaftsfrauen steht Rot-Grün hoch im Kurs: 67 Prozent von ihnen votierten für Rot-Grün (SPD: 47,2%, Grüne: 19,8%) gegenüber 58,1 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Männer (SPD: 46,4%, Grüne: 11,7%).

Gewinne für die Grünen, Verluste für die Linke

Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2013 in Niedersachsen – Veränderungen gegenüber 2008 (in Prozent)

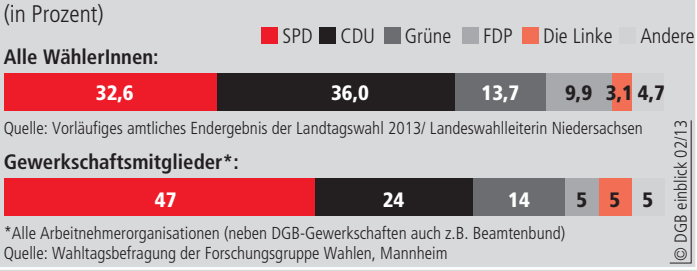


*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 02/13

GewerkschafterInnen: Klare Mehrheit für Rot-Grün

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Niedersachsen vom 20. Januar 2013 (in Prozent)



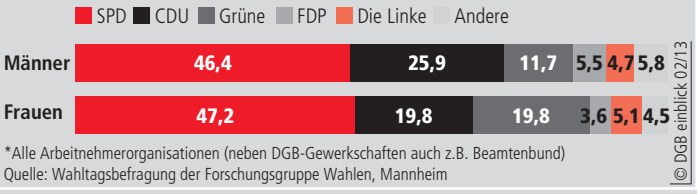
Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2013/ Landeswahlleiterin Niedersachsen

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 02/13

Gewerkschaftsfrauen: Grüne und CDU gleich auf

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Landtagswahl 2013 in Niedersachsen nach Geschlecht (in Prozent)



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

© DGB einblick 02/13

Finanzmarkt

Künftige Steuer sinnvoll einsetzen

Die Besteuerung des börslichen und außerbörslichen Handels von Wertpapieren – von den Gewerkschaften schon lange gefordert – hat die erste Hürde genommen. Die so genannte Finanztransaktionssteuer (FTT) will Deutschland gemeinsam mit weiteren zehn EU-Ländern einführen. Erwartet wird jetzt, dass die EU-Kommission möglichst schnell einen entsprechenden Richtlinienentwurf erarbeitet, der dann zwischen den Staaten verhandelt und anschließend in nationales Recht umgesetzt werden muss. Der DGB und auch das Bündnis „Steuern gegen Armut", dem neben dem DGB weitere 96 Organisationen angehören, warten derzeit auf die Details dieses Entwurfs. Dabei wird es vor allem darum gehen, zu verhindern, dass durch ungerechtfertigte Ausnahmen und zu geringe Sätze aus der Steuer kein stumpfes Schwert im Kampf gegen die Finanzspekulation wird.

Nach den bisherigen Plänen der EU-Kommission sollen Aktien und Anleihen mit 0,1 Prozent und der Derivatehandel mit 0,01 Prozent besteuert werden. Ebenso ist die Verwendung der Einnahmen offen. Der DGB möchte die FTT-Mittel für den „Europäischen Zukunftsfonds" einsetzen, den er in seinem Marshallplan für die EU *(einblick 22/12)* fordert. Neben der Bekämpfung der Krisenlasten in Deutschland und der EU will das Bündnis „Steuer gegen Armut" das Geld auch für den Schutz von Klima und Umwelt sowie für die Entwicklungszusammenarbeit verwendet wissen. Derzeit ist jedoch nicht nur die Ausgestaltung der Richtlinie noch offen, sondern ebenso, wie die elf Länder diese zusätzlichen Steuereinnahmen einplanen. •

www.dgb.de/-/5Vx

www.steuer-gegen-armut.org

Aufsichtsräte

Erfolgsfaktor Mitbestimmung

„Mitbestimmung ist ein unverzichtbarer Bestandteil guter Unternehmensführung", betonte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel Ende Januar auf der Tagung „Mitbestimmung im Weltkonzern – Handlungsspielräume für Aufsichtsräte", veranstaltet von DGB und Hans-Böckler-Stiftung. ArbeitnehmerInnen im Aufsichtsrat hätten durch die Mitbestimmung einen „gleichberechtigten Anteil an der Kontrolle und Beratung des Vorstandes", unterstrich Hexel. So werde aus der „Blackbox Aufsichtsrat ein für die Beschäftigten begreifbares Unternehmensorgan". •

Tarifrunde 2013

Deutliches Plus erwartet

Für rund 12,5 Millionen Beschäftigte laufen in diesem Jahr die Lohn- und Gehaltstarifverträge aus. Die Tariforderungen der Gewerkschaften liegen zwischen 5 und 6,6 Prozent. Nach dem Überblick des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung wurden bislang folgende Forderungen aufgestellt: Im Öffentlichen Dienst (Länder) fordert ver.di 6,5 Prozent mit einer sozialen Komponente. Die EVG will bei der Deutschen Bahn ebenfalls 6,5 Prozent durchsetzen. In der Holz- und Kunststoffindustrie geht die IG Metall mit dem Angebot von 5 Prozent in die Verhandlungen. Für die Energiewirtschaft fordern ver.di und IG BCE ein Plus von 6,5 Prozent. Im Bauhauptgewerbe geht es um 6,6 Prozent. Die NGG erwartet je nach Branche eine Steigerung zwischen 5 und 6 Prozent. •

www.bit.ly/wsi_tarifinfos

Stress am Arbeitsplatz

Politik gefordert

Über 40 Prozent der Berufstätigen klagen über Stress am Arbeitsplatz. Der „Stressreport 2012" der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) belegt zudem, dass sich jede/r Fünfte überfordert fühlt. Für die Gewerkschaften bestätigt das ihre Forderung nach einer Anti-Stress-Verordnung. Auch deshalb, weil eine Vereinbarung von DGB, Arbeitgeberverbänden (BDA) und Bundesarbeitsministerium zum Thema am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert ist. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erwartet nun klare Regeln, mehr Mitbestimmung und Sanktionen gegen die Unternehmen, die das Arbeitsschutzgesetz nicht einhalten. •

Infos zum Thema liefert der DGB-Index Gute Arbeit 2012: www.dgb.de/-/taf

Fachkräftesicherung

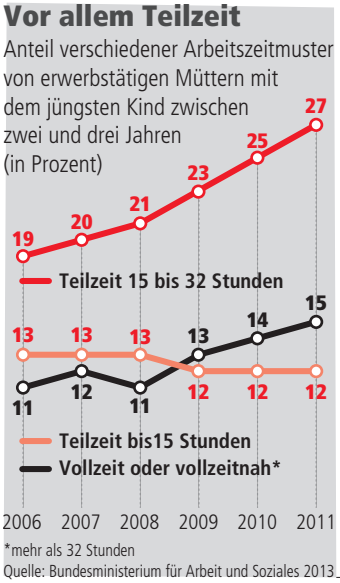
Potenziale nutzen, Defizite beseitigen

Der Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Fachkräftesicherung zeigt vor allem eines: In Deutschland kann und muss mehr getan werden, um bestehende Potenziale besser zu nutzen.

Für die schwarz-gelbe Bundesregierung belegt der von ihr vorgelegte Fortschrittsbericht zur Fachkräftesicherung erste positive Effekte. Sie hält die gestiegene Erwerbsbeteiligung und den leichteren Zugang ausländischer Fachkräfte zum Arbeitsmarkt für Erfolge. Dagegen steht für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fest: „Die Fachkräftesicherung funktioniert allenfalls bei der Zuwanderung, während es nach wie vor Defizite und institutionelle Hindernisse gibt, das bestehende Fachkräftepotenzial im Inland auszuschöpfen."

So sei es beispielsweise nicht gelungen, Langzeitarbeitslose stabil in Beschäftigung zu bringen. Vielmehr hätten prekäre Arbeitsverhältnisse zugenommen. Statt die Arbeitssuchenden durch Qualifizierungsmaßnahmen zu unterstützen, haben Jobcenter und Bundesagentur „fast 900 Millionen Euro an Mitteln für die Arbeitslosen nicht ausgegeben". Durch den deutlich reduzierten Einsatz von Mitteln für Qualifizierung seien von den Maßnahmen keine Impulse für die Fachkräftesicherung ausgegangen. Buntenbach betont: „Im Inland ist mehr möglich, aber Fachkräftesicherung gibt es nicht zum Nulltarif."

Wie zum Beispiel im Pflegebereich. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis 2030 um 41,7 Prozent steigen. Damit geht ein höherer Bedarf an Pflegekräften einher. Nach Angaben von ver.di werden dann rund 260 000 Beschäftigte fehlen. Herbert Weisbrod-Frey, Bereichsleiter Gesundheitspolitik beim ver.di-Bundesvorstand, erläutert, was zu tun ist: „Wer in der Pflege arbeitet, braucht Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, eine tarifliche Bezahlung und geregelte Arbeitsbedingungen. Die Ausbildung muss gefördert werden. Dass es noch Bundesländer gibt, in denen für die Altenpflegeausbildung Schulgeld erhoben wird, ist ein Skandal. Nur mit guter Arbeit und fairen Bedingungen lassen sich mehr Menschen für die Altenpflege gewinnen."



Auch die Arbeitszeit spielt beim Thema Fachkräftesicherung eine Rolle. Doch dem Wunsch vieler Frauen nach einer höheren Wochenarbeitszeit stehen Hindernisse im Weg. So gibt es weiterhin nicht genügend Kitas. Eine Folge: 39 Prozent der erwerbstätigen Mütter mit Kindern im Alter zwischen zwei und drei Jahren arbeiteten im Jahr 2011 lediglich in Teilzeit.

Auch in anderen Branchen muss mehr für die Nachwuchssicherung getan werden. Ein großer Anteil unbesetzter Stellen und eine hohe Abbruchquote deuten häufig auf massive Probleme hin. So beendete fast jeder zweite Koch oder Kellner vorzeitig seine Ausbildung. Bei Fleischern, Bäckern und Gebäudereinigern fast jeder Dritte. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fordert deshalb, dass ausbildungsbegleitende Hilfen zum Standardangebot werden. „Jedem Jugendlichen muss eine fachliche und sozialpädagogische Begleitung zur Verfügung stehen." Außerdem sei es notwendig, dass künftig unabhängige Stellen die Unternehmen von Zeit zu Zeit kontrollieren und – wenn nötig – auch sanktionieren, so Sehrbrock.

Annelie Buntenbach kritisiert zudem, dass immer noch zu viele Jugendliche in Warteschleifen sind, weil sie keinen passenden Ausbildungsplatz finden. „Die Unternehmen müssen sich mehr um schwächere Jugendliche kümmern." Dafür bedürfe es in Mangelberufen bessere Rahmenbedingungen: eine höhere Ausbildungsvergütung und Aussicht auf Übernahme. Kritisch weist der Fortschrittsbericht auf die geringe durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen hin. „Zu Recht", findet Annelie Buntenbach. Allerdings nennt sie auch einen wichtigen Grund für den in einigen Regionen hohen Anteil von Minijobberinnen. „Hauptursache hierfür ist die Minijobregelung, die von der Bundesregierung noch ausgeweitet statt eingedämmt wurde."

Fest steht: Der Fortschrittsbericht zeigt viele Bereiche, in denen weitere Anstrengungen notwendig sind. So müssen Bildungschancen verbessert, Aus- und Weiterbildung gestärkt und Ältere, Geringqualifizierte und MigrantInnen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. •

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Verkehrssicherheit vor Motorsport!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Grundbildung stärken

Rund 14 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung hierzulande – mehr als 7,5 Millionen Menschen – sind funktionale Analphabeten. Um die Fachkräfte der Zukunft zu sichern, müssen auch diese Menschen Chancen auf einen Job haben. Aus diesem Grund hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz die „Nationale Strategie für Grundbildung und Alphabetisierung" ins Leben gerufen.

Der DGB unterstützt das Bündnis. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock erklärt: „Analphabetismus ist in Deutschland stärker verbreitet, als man denkt. Lesen und Schreiben sind der Schlüssel zum Arbeitsmarkt." Kritik übt Sehrbrock an den Arbeitgebern, die sich nicht am Bündnis beteiligen. Es sei unglaubwürdig, „lauthals über den Fachkräftemangel zu klagen und sich dem Thema der Alphabetisierung zu verschließen."

Mehr dazu:
www.www.dgb.de/-/tdz

PROJEKTE UND PARTNER

Finanzmarkt

Gefährliche Produkte gesucht

Die Nichtregierungs-Organisationen „WEED" und „share" haben gemeinsam mit dem grünen Europaabgeordneten Sven Giegold einen Wettbewerb gestartet, um das gefährlichste Finanzprodukt in Europa zu finden. Bis zum 15. Februar können BürgerInnen, VerbraucherschützerInnen und FinanzexpertInnen ihre Vorschläge online einreichen. Eine Expertenjury wählt dann in einer Vorauswahl die drei gefährlichsten Produkte aus. Über diese kann vom 25.Februar bis zum 3. März im Netz abgestimmt werden. Nach dem der „Sieger" auserkoren ist, will das Bündnis dann ein Verbot durch die europäische Finanzaufsicht erwirken. Weitere Infos zum Wettbewerb und zur europäischen Finanzaufsicht gibt es im Internet. •

www.gefaehrlichstes-finanzprodukt.eu

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gelebte Demokratie mit 5 Buchstaben? ACE e.V.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

ver.di-Projekt

Innovation für gute Arbeit

Im Jahr 2010 erwirtschaftete der Dienstleistungssektor rund 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ein wichtiger Erfolgsfaktor dabei waren Innovationen, die in den Unternehmen durchgesetzt wurden – nicht zuletzt durch Beschäftigte und Betriebsräte. ver.di zeigt im Reader „Dienstleistungsinnovationen", welche Potenziale stetige Neuerung in den Branchen haben. ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis stellen erfolgreiche Ansätze aber auch Herausforderungen dar. So können Innovationen im Dienstleistungsbereich gute Arbeit ermöglichen. Mehrere Beiträge erläutern die Möglichkeiten von ArbeitnehmervertreterInnen, innovative Prozesse zu initiieren und stellen tarifliche Regelungen zur Weiterbildung vor. Der Reader steht im Internet zum Download bereit. •

www.bit.ly/verdi_inno2013

Mobile Arbeitnehmer

Neues Büro eröffnet

ArbeitnehmerInnen aus den osteuropäischen Ländern können sich ab sofort in Mainz rechtliche Unterstützung für ihren Job in Deutschland holen. Klaus Wiesehügel, IG BAU-Vorsitzender und Vorstandsmitglied im Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW), hat gemeinsam mit dem DGB-Landesvorsitzenden Dietmar Muscheid eine neue Beratungsstelle in der Landeshauptstadt eröffnet.

„Ob auf dem Bau, in der Gebäudereinigung, in der Pflege oder Agrarwirtschaft: Immer wieder stoßen wir auf Formen der ausbeuterischen Beschäftigung", so Wiesehügel. Fehlende Sprachkenntnisse und Unwissen über die deutschen Arbeitsmarktregeln machten Wanderarbeiter zur „leichten Beute". Die Beschäftigten können sich auf Rumänisch, Englisch und Deutsch beraten lassen. Das Büro befindet sich im DGB-Haus. •

www.west.dgb.de/-/twF

Arbeiterbewegung

Ausstellung eröffnet

Mit einer großen Themenausstellung zur Arbeiterbewegung beleuchtet das Landesmuseum für Technik und Arbeit (Technoseum) vom 2. Februar an die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Unter dem Motto „Durch Nacht zum Licht" zeigen Dokumente Erfolge und Niederlagen der Gewerkschaften, Parteien und Vereine. Die Ausstellung ist bis zum 25. August in Mannheim, anschließend in Chemnitz zu sehen. •

www.technoseum.de

ver.di-Wettbewerb

Beste Kurzfilme gesucht

„Traumjob" ist das Thema des ersten Kurzfilmwettbewerbs, den ver.di nun gestartet hat. Alle Interessierten sind aufgerufen, ihre Ideen und Assoziationen mit der Videokamera umzusetzen. Ob Animations-, Trick-, Puppen- oder Spielfilm – den RegisseurInnen sind keine Grenzen gesetzt. Einzige Bedingung: Der Film darf nicht länger als fünf Minuten sein. Einsendeschluss ist der 1. Mai. Weitere Infos gibt es im Internet. •

www.bit.ly/verdi_film2013

Personalräte-Preis 2013

Einsatz für Beschäftigte

Unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte" will die Zeitschrift „Der Personalrat" auch 2013 wieder engagierte Personalräte auszeichnen. Für den Personalräte-Preis 2013 werden Projekte und Initiativen gesucht, die sich in den Jahren 2011 bis 2013 für gute Arbeitsbedingungen und bessere soziale Rahmenbedingungen stark gemacht haben. Wichtige Kriterien der Jury bei der Bewertung sind Innovationsgrad, Originalität, Nachhaltigkeit und sozialer Einsatz. Jedes eingereichte Projekt nimmt am von der HUK-Coburg ausgelobten Sonderpreis teil. Einsendeschluss ist der 31.Mai 2013. •

www.bit.ly/per_preis_2013

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Verkehrspolitik mit Zukunft: sozial und ökologisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

interregio

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** und der gewerkschaftliche Bildungsträger Arbeit und Leben e.V. Berlin haben ein ***Projekt zur Alphabetisierung in der Speditions- und Logistikbranche*** gestartet. Laut Studien können 7,5 Millionen Menschen nicht richtig lesen und schreiben. Rund die Hälfte ist erwerbstätig, viele davon in dieser Branche. Die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke erklärt das Projektziel: „Grundbildung sichert Arbeitsplätze." Schirmherr ist Ralf Wieland (SPD), Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses.

www.berlin-brandenburg.dgb.de/-/5vE

••• Der ***DGB Hessen-Thüringen*** hat gemeinsam mit vier anderen Organisationen das ***Bündnis für eine faire Vergabe*** in Hessen gestartet. Es fordert den hessischen Landtag auf, ein Vergabegesetz zu verabschieden, das soziale und ökologische Standards „so weit wie möglich berücksichtigt". Den von CDU und FDP vorgelegten Entwurf lehnen sie ab. Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell kritisiert: „Einem Wettbewerb, der Lohndumping und die Ausbeutung von Mensch und Natur zur Grundlage hat, erteilen wir eine klare Absage."

www.hessen-thueringen.dgb.de/-/tfg

Mitgliederentwicklung

Mehr ist machbar

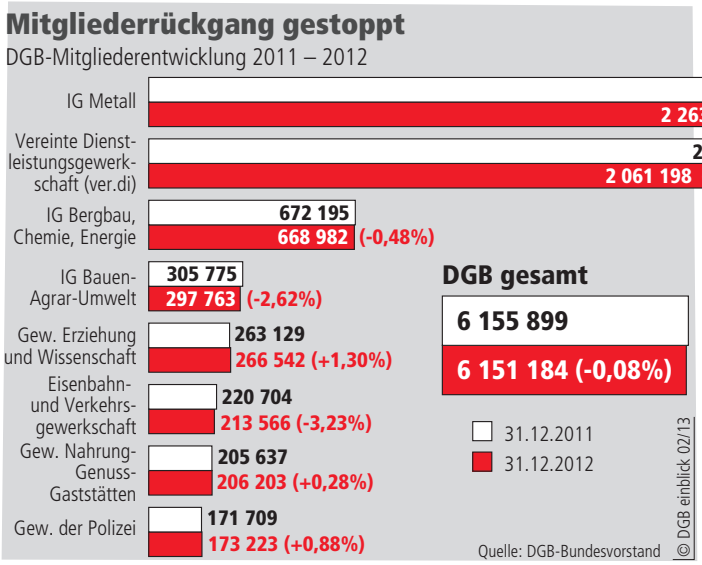
Den Gewerkschaften ist es 2012 gelungen, den Mitgliederrückgang zu stoppen und die Mitgliederzahlen bei rund 6,15 Millionen zu stabilisieren. Vier Gewerkschaften, die IG Metall, die NGG, die GEW und die GdP, konnten 2012 ein Mitgliederplus erzielen.

Ende 2012 zählten die acht DGB-Gewerkschaften insgesamt 6 151 184 Mitglieder. „Das entspricht einem kleinen Rückgang von 0,08 Prozent, liegt damit also im Promillebereich. Mit dieser ‚roten Null' ist erfreulicherweise der Mitgliederrückgang der letzten Jahre gestoppt", erklärt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. „Die deutschen Gewerkschaften sind wieder sehr attraktiv", resümiert er. Im Schnitt sind 2012 täglich 923 Menschen neu in die Gewerkschaft eingetreten, deutlich mehr als in den Vorjahren. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Abgänge verringert. „Über fast 1000 neue Mitglieder täglich würde sich manche andere Organisation freuen", so Hexel. Insgesamt haben die Gewerkschaften im DGB 337 971 neue Mitglieder geworben. Mit der GEW, (+ 1,3 %), der GdP (+ 0,9 %), der IG Metall (+ 0,8 %) und der NGG (+ 0,3%) sind vier DGB-Gewerkschaften auch im Saldo nach Abzug der Abgänge im Plus.

Wie bereits 2011 konnten die Gewerkschaften insbesondere bei der Jugend punkten. Bei den Mitgliedern bis 27 Jahre beträgt der Zuwachs 3,6 Prozent, und der Jugendanteil unter allen Mitgliedern ist auf über acht Prozent gestiegen. Für Dietmar Hexel ist das ein Signal, „dass auch morgen mit starken, selbstbewussten DGB-Gewerkschaften zu rechnen ist". Beispiel IG Metall: Mit einem Plus von 4,5 Prozent sind nun rund 223 000 unter 27-Jährige in der Gewerkschaft organisiert. „Wir bauen unsere Position als größte politische Jugendorganisation in Deutschland aus", freut sich Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Auch ver.di konnte die Zahl der jungen Mitglieder um über 5000 auf nunmehr 108 746 steigern. Und die IG BCE war 2012 bei der Mitgliederwerbung unter den Auszubildenden so erfolgreich wie im vergangenen Jahr. Zwei von drei Jugendlichen des aktuellen Ausbildungsjahrgangs sind bereits Mitglied.

„Mehr ist machbar", stellt Detlef Wetzel fest, nachdem die IG Metall gegenüber dem Vorjahr den Zuwachs von Mitgliedern von 0,28 auf 0,80 Prozent steigern konnte. Ende 2012 betrug die Zahl der Mitglieder der größten DGB-Mitgliedsgewerkschaft 2 263 707. Das sind 17 947 mehr Mitglieder als 2011. „Unsere Mitgliederstärke macht uns durchsetzungsfähig", betont Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall. Bereits im fünften Jahr in Folge ist es der GEW gelungen, 2012 ein Mitgliederplus zu erreichen. „Wir ernten die Früchte der Mitgliederoffensive, für die der Gewerkschaftstag 2005 den Startschuss gegeben hat. Wir freuen uns, dass sehr viele junge Pädagoginnen und Pädagogen in die Bildungsgewerkschaft eintreten", erklärt der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Auch die GdP hat wie bereits in den letzten drei Jahren ihre Mitgliederzahl erhöht – 2012 um 0,88 Prozent.

Die zweitgrößte DGB-Gewerkschaft ver.di hat das Jahr 2012 mit dem geringsten Mitgliederverlust seit der Gründung abgeschlossen. Zum 31.12.2012 waren insgesamt 2 061 198 Mitglieder in ver.di organisiert. 2012 traten 118 602 Mitglieder neu ein. „Die Trendwende ist noch nicht geschafft, aber sie kommt in Sicht", fasst der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske zusammen. Auch bei der IG BAU „hält der Trend zur Stabilisierung weiter an", sagt ihr Vorsitzender Klaus Wiesehügel. So konnte der Mitgliederrückgang gegenüber 2011 um 0,2 Prozentpunkte verringert werden. Für 2013 rechnet er wegen der Tarifrunden und der besseren Beschäftigungssituation in der Baubranche mit mehr Neuaufnahmen. Dauerarbeitslosigkeit sei nach wie vor ein Hauptgrund der Mitglieder, die Gewerkschaft zu verlassen, betont Wiesehügel. •



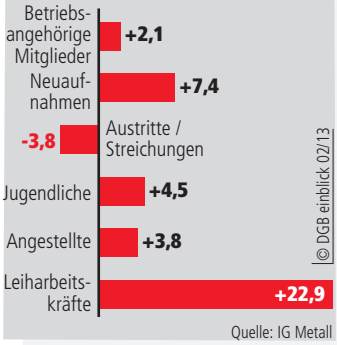
2012 ist es den DGB-Gewerkschaften gelungen, den Mitgliederrückgang zu stoppen. Vier Gewerkschaften – die GEW, die GdP, die NGG und die IG Metall – konnten ihre Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr erhöhen.

Immer mehr Berufstätige

„Zum zweiten Mal in Folge wachsen wir in den Betrieben wieder", erklärt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Wie die IG BCE konnte 2012 ein Großteil der DGB-Gewerkschaften den Anteil ihrer Mitglieder, die aktiv im Berufsleben stehen, erhöhen. Der NGG ist das bereits zum siebten Mal gelungen. „Der Mitgliederzuwachs ist keine Eintagsfliege. Wir gewinnen Mitglieder vor allem im Gastgewerbe sowie im Bäckerhandwerk", stellt der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg fest. Und auch ver.di verzeichnete erneut mehr Eintritte (114 647) als Austritte unter den Berufstätigen. Damit bleibt der Anteil erwerbstätiger Mitglieder, der bei der Gründung im Dezember 2001 bei gut 70 Prozent lag, stabil über 75 Prozent.

Erfolge bei Jugend und Leiharbeitskräften

Veränderungen in der Mitgliederentwicklung der IG Metall in 2012 gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)



Bereits 2011 hatte die IG Metall die Trendwende in der Mitgliederentwicklung erreicht. Im 2012 hat sie ihren erfolgreichen Kurs in der Mitgliederwerbung fortgesetzt. Besonders viele neue Mitglieder konnte sie bei der Jugend, bei den Leiharbeitskräften und den Angestellten werben.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg kritisiert das neue Siegel der Bundesregierung zur Kennzeichnung regionaler Lebensmittel. Es sorge für mehr Verwirrung als für Klarheit. Der NGG fehlt zudem die soziale Komponente, dass die Ware auch in guter Arbeit hergestellt wurde.

Zu vage ist für ver.di die Gesetzesvorlage zum Leistungsschutzrecht für Presseverlage, die in der vergangenen Woche im Bundestag diskutiert wurde. Es fehle eine klare Aussage über die Beteiligung der UrheberInnen. Mindestens 50 Prozent verlangt ver.di für die Verfasser der Inhalte anstelle einer „angemessenen Beteiligung".

Nach einer aktuellen Umfrage der EVG ist rund die Hälfte der Beschäftigten der Deutschen Bahn mit ihrem Arbeitgeber unzufrieden. Fast jeder Zweite kritisiert die fehlende Rücksichtnahme auf körperliche und psychische Gesundheit. Die EVG hofft, dass der Bahnvorstand sich eingehend mit den Ergebnissen auseinandersetzt.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Wer sichere Autos und gute Straßen baut, braucht sichere Arbeit und gute Löhne.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

IG Metall

Umfrage geplant

Ein positives Fazit des vergangenen Jahres hat die IG Metall auf ihrer Jahrespressekonferenz Ende Januar gezogen. Erneut habe sie einen Mitgliederzuwachs erzielt (siehe S. 5), ihre Beitragssituation weiter verbessert und ihre Durchsetzungsfähigkeit maßgeblich gesteigert, erklärten Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, und Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 betonte Huber: „Die IG Metall erwartet von allen Parteien verantwortungsvolles Handeln gegenüber den Beschäftigten. Dazu gehört ein flächendeckender Mindestlohn ebenso wie die Möglichkeit zur Kurzarbeit für Leiharbeiter. Der Niedriglohnsektor muss mit allen verfügbaren Mitteln eingedämmt werden." Ein weiterer politischer Schwerpunkt sei der flexible Altersausstieg für die Beschäftigten. Die Gewerkschaft werde die Frage nach der Zukunft der Arbeit zum Maßstab für alle Parteien machen. „Wir werden die Beschäftigten bundesweit direkt befragen. Wir wollen diese Befragung bis Anfang April abschließen. Mit den Anforderungen der Beschäftigten werden wir die Politik bei regionalen Veranstaltungen vor der Bundestagswahl konfrontieren", kündigte Huber an. •

Datenschutz

Erfolgreicher Protest

Das Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz *(einblick 1/13)* wird nun doch noch einmal überarbeitet. Nach harscher Kritik der Gewerkschaften wurde der Gesetzentwurf ein zweites Mal kurzfristig von der Tagesordnung des Bundestags-Innenausschusses genommen. CDU-Fraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer erklärte, die Bundesregierung wolle nach den erheblichen Protesten noch einmal mit allen Beteiligten Gespräche führen. •

?...nachgefragt

Foto: GdP

Die Polizei hat angesichts der demografischen Entwicklung bei Straftaten immer öfter mit Senioren als Opfer aber auch als Tatverdächtige zu tun. Welche Konsequenzen dies für die BeamtInnen hat, erklärt Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

„Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen bei ihrer Arbeit besser auf den Umgang mit älteren Menschen bei der Kriminalitätsbekämpfung vorbereitet sein. Egal ob Täter oder Opfer, sie erscheinen nach Straftaten oft äußerst hilflos oder emotional stark angegriffen. In diesen Ausnahmesituationen müssen die Betroffenen möglichst aufgefangen werden, auch um Hinweise für die Ermittlungen zu erhalten. Zudem ist zu bedenken, dass es im höheren Lebensalter eine durch Altersprozesse entstehende Schuldunfähigkeit geben kann.

Wir regen deshalb – wie beim Umgang mit jungen Leuten schon praktiziert – eine spezielle Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten an, damit sie auch mit diesem Phänomen professionell umgehen können. Die Zeit drängt. Die Zahl der tatverdächtigen Männer und Frauen ab 60 Jahre nahm seit 1993 um fast 50 Prozent auf über 152 000 zu, die der Opfer im vergangenen Jahrzehnt um etwa 20 Prozent auf fast 53 200.

IG BAU

Rente im Fokus

Eine gerechte Rente, mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und in die Infrastruktur sowie eine Abkehr von der Schuldenbremse sind die wichtigsten politischen Forderungen der IG BAU im Wahljahr 2013. Gleichzeitig stehen auch tarifpolitische Herausforderungen auf der Agenda. Mit dem Bauhauptgewerbe, der Gebäudereinigung und der Baustoffindustrie stehen gleich in drei großen Branchen Tarifverhandlungen an. Für die 750 000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe fordert die IG BAU 6,6 Prozent mehr Entgelt. Die Verhandlungen beginnen am 20. Februar. Die Branche stünde wirtschaftlich gut da, betont der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel und warnt: „Ein Loblied der Arbeitgeber über ihre gute, stabile Situation passt nicht zu einer Blockadehaltung, wenn es um faire Bezahlung geht." •

DGB und GEW

Prüfstelle gefordert

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sorgen sich um das Unterrichtsfach Wirtschaft. Das Material für die SchülerInnen werde zunehmend – meist auch kostenfrei – aus der Finanz- und Wirtschaftsbranche zur Verfügung gestellt. In einem gemeinsamen Schreiben an die Kultusministerkonferenz fordern DGB und GEW eine „staatliche verantwortete Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien" einzurichten. In dem Schreiben sprechen sie sich ausdrücklich gegen ein zusätzliches beziehungsweise monodisziplinäres Unterrichtsfach Wirtschaft aus, wie es von den Arbeitgebern gefordert wird. Ökonomische Fragestellungen müssten im Zusammenhang mit politischen oder ökologischen Aspekten behandelt werden. •

www.schule.dgb.de

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Schöngefärbte Botschaften

Die Studie einer Beratungsfirma beschreibt, wie bis 2025 eine neue Vätergeneration Familie, Gesellschaft und Wirtschaft verändert. Der gut gemeinte Ausblick ignoriert die Interessenkonflikte zwischen Unternehmen und ArbeitnehmerInnen, meint der Publizist Thomas Gesterkamp.

Im Mittelpunkt der familienpolitischen Debatte der letzten Jahre stand das Thema Elternzeit. Langfristig aber entscheidet sich an den Arbeitsplätzen von Vätern und Müttern, ob Rollenexperimente möglich sind. Eine neue Trendstudie beschreibt jetzt, wie Väterlichkeit künftig zwischen Familie und Beruf gelebt werden kann. Sie präsentiert das Thema als Win-win-Situation und unterstellt Firmen ein profitables Eigeninteresse, wenn Beschäftigte berufliche und persönliche Belange ins Gleichgewicht bringen können. Institute wie Prognos haben der familienfreundlichen Personalpolitik schon vor Jahren eine Rendite von bis zu 25 Prozent bescheinigt. **Mit ökonomischen Argumenten sollen zögerliche Manager überzeugt werden,** dass es sich keineswegs um „Sozialklimbim" handelt. Die gut gemeinte Argumentation ist nicht besonders realistisch. In der kurzfristig angelegten Logik der Betriebswirtschaft ist ein Workaholic, solange er nicht ernsthaft seine Gesundheit gefährdet, schlicht effektiver als eine Teilzeitkraft.

Schöngefärbte Botschaften prägen die öffentliche Diskussion. Den politischen Sonntagsreden über die Bedeutung von Familien folgen „Werktagsreden" über die Notwendigkeit totaler Flexibilität im Betrieb. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt gibt gemeinsam mit Ministerin Kristina Schröder eine Erklärung zu „familienbewussten Arbeitszeiten" ab; bald darauf fordert er, die Dauer der Elternzeit zu reduzieren. Das Ziel lautet, Mütter schnell wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das unternehmensnahe Institut der deutschen Wirtschaft verlautbart, der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen sei viel geringer als oft dargestellt und beruhe auf weiblicher Teilzeit und „familienbedingten Erwerbspausen". Dass Väter ständig zur Verfügung stehen, höchstens zwei Papamonate nehmen und danach auf keinen Fall weniger arbeiten, versteht sich ohnehin von selbst.

Kinder und pflegebedürftige Angehörige sollen im Betrieb vor allem nicht stören und weitgehend unsichtbar bleiben. Zwar wächst die Bedeutung der Loyalität von ArbeitnehmerInnen angesichts des Fachkräftebedarfs in bestimmten Branchen und Regionen. Eine langsam wachsende Minderheit auch der männlichen Mitarbeiter sucht einen alternativen Karriereweg. Luxushotels und schnelle Dienstwagen sind nicht mehr alles, **Rücksichtnahme auf private Verpflichtungen wird erwartet.** Das gewerkschaftspolitische Thema Arbeitszeitverkürzung taucht in der Expertise allerdings nur am Rande auf. Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit existieren selbstverständlich auch beim Thema Vereinbarkeit. Hier offenbart sich das Dilemma jener

Thomas Gesterkamp, 55, arbeitet als freier Journalist in Köln. Er hat über „Männliche Arbeits- und Lebensstile in der Informationsgesellschaft" promoviert und mehrere Bücher zum Thema geschrieben.
www.thomasgesterkamp.de

„Work-Life-Experten", die Beratung für Firmen anbieten: Allzu radikal dürfen sie nicht für kürzere Arbeitszeiten plädieren, wenn sie Aufträge von den Unternehmen erhalten wollen.

In der aktuellen Studie fehlt vor allem eine präzise Beschreibung des Wertekonflikts zwischen dem Interesse der modernen Väter an einem ganzheitlichen Leben und dem Festhalten traditioneller Vorgesetzter am männlichen Arbeitsethos. **Die Führungsetagen beklagen Freizeitorientierung, nachlassenden Aufstiegswillen und Scheu vor Verantwortung** in der „Generation Y", den Geburtsjahrgängen ab 1980. Es sei eine Herausforderung, den Fokus der sinnsuchenden Ypsiloner „konstant auf Leistung zu richten", orakelt eine Personalexpertin. Die Top-Etage lehnt kürzere Arbeitszeiten nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen ab. Sie will die jüngeren Kollegen erziehen: Schluss mit der Kuschelpädagogik, ab ins kalte Wasser!

Nur einzelne Firmen haben bisher überzeugende Konzepte vorgelegt, die Eltern oder pflegenden MitarbeiterInnen helfen. Die Vorzeigebeispiele prägen aber den Diskurs auf Tagungen, in Wettbewerben oder Zertifizierungsverfahren. So entsteht der falsche Eindruck, es handele sich um einen vorherrschenden Trend. Unberührt davon hält sich in den meisten Unternehmen eine Betriebskultur, die durch lange Arbeitszeiten, Überstunden und fehlende Zeitsouveränität geprägt ist. Flexibilisierung im Firmeninteresse deckt sich oft nicht mit den Wünschen der Beschäftigten. Die digitale 24-Stunden-Ökonomie verhindert eine gelungene Balance. •

Väter in Unternehmen 2025

Grundlage der Trendstudie „Moderne Väter – Wie die neue Vätergeneration Familie, Gesellschaft und Wirtschaft verändert" ist eine Online-Umfrage unter 1000 Vätern in Deutschland. Zusätzlich wurde auf andere Einstellungsuntersuchungen und auf Experteninterviews zurückgegriffen. Finanzielle Förderer waren die Stadt Hamburg, die Hessenstiftung, die Unternehmensberatung Ernst & Young sowie die deutsche Niederlassung des spanischen Konzerns Telefonica. Die Studie kann unter www.vaeter-ggmbh.de als pdf-Datei heruntergeladen werden.

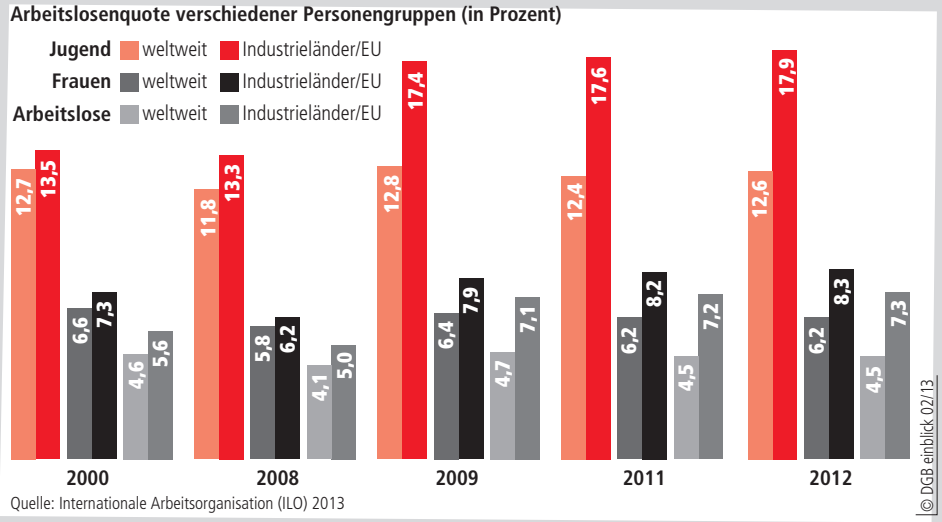
Der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen liege in Deutschland bei unter zwei Prozent, behauptet eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Der niedrige Wert steht im Gegensatz zu Berechnungen etwa der EU oder der OECD, die Differenzen von über 20 Prozent belegen. Der IW-Vergleich berücksichtigt Faktoren wie Teilzeitbeschäftigung, Bildungsstand, Dauer der Betriebszugehörigkeit und familienbedingte Auszeiten. Frauen, so die arbeitgebernahen Wissenschaftler, machen seltener Karriere, weil sie deutlich mehr in Teilzeit arbeiten – „eine Beschäftigungsform, die sich mit Führungsverantwortung schwer vereinbaren lässt".

DIES & DAS

die DGB grafik

GLOBALE JOBKRISE: Vor allem junge Menschen arbeitslos

Die weltweite Beschäftigungskrise hat sich nach einer leichten Erholung zu Beginn des Jahrzehnts wieder verschlimmert. Das ist das Ergebnis des gerade veröffentlichten ILO-Berichts zu globalen Beschäftigungstrends. Am schlimmsten trifft es junge Menschen: 2012 waren weltweit 73,9 Millionen Jugendliche ohne Arbeit, bis 2014 dürfte ihre Zahl um eine halbe Million steigen. In Europa sind zurzeit 12,7 Millionen Jugendliche arbeitslos. Das sind zwei Prozent mehr als vor Beginn der Krise im Jahr 2008.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

6.2. GEW, Diskussion „Was für ein Hochschulgesetz wollen wir? Was ist gute Personalpolitik?", Hamburg

7.2. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum – Natur- und Umweltschutz: Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung", Berlin

12.2. DGB, Diskussion „Man glaubte 1933 nicht an 12 Jahre Hitler-Diktatur", Bremen

13.2. DGB Sachsen, Menschenkette im Stadtzentrum und Protestaktionen gegen geplanten Neonaziaufmarsch, Dresden

14./15.2. Hans-Böckler-Stiftung, „15. Hans-Böckler-Colloquium: Wissenschaftlicher Nachwuchs zum Arbeits- und Sozialrecht", Erfurt

14.2. DGB, Ringvorlesung „Abschlussveranstaltung Wohlstand ohne Wachstum", Berlin

16.2. DGB Berlin-Brandenburg, Tagung „umFAIRteilen – aber wie?", Berlin

18.2. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Ein menschenwürdiges Leben kommt nicht von allein", Berlin

19.2. DGB Nord, Diskussion: Staatlicher Arbeitsschutz – Quo Vadis?, Kiel

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Beilagenhinweis: Einer Teilauflage des *einblick* liegt eine Information des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim „Technoseum" bei.

personalien

••• ***Christian Plaep,*** 40, ist seit 15. Dezember neuer Pressesprecher beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt. Seit 2009 war er in gleicher Funktion beim World Wide Fund For Nature (WWF) tätig. Als Journalist hat er zudem für WDR, NDR und N-TV gearbeitet.

Tipp

DGB-Broschüre: Arbeitszeiten in verschiedenen Lebensphasen gestalten, Bestellungen: www.bit.ly/dgb_zeit (kostenlos, es fallen lediglich Versandkosten an)

Die klassische (männliche) Erwerbsbiografie – Schule, Ausbildung, Arbeit, Rente – ist überholt. Heute ist die Rede von nicht-kontinuierlichen Lebensläufen für beide Geschlechter. Deshalb stehen Familien verstärkt vor der Aufgabe, ihre gemeinsame Zeit zu gestalten. Mit der Broschüre „Arbeitszeiten in verschiedenen Lebensphasen gestalten" erläutert der DGB das Konzept der lebenslauforientierten Arbeitszeitgestaltung. Unter anderem berichten ArbeitnehmerInnen, Betriebsräte und GewerkschafterInnen aus der Praxis. Rechtliche Grundlagen und Tipps, um Zeitkonten zu regeln, ergänzen den DGB-Ratgeber.

Schlusspunkt.

„Wegen 500 Euro pro Semester wandert keiner zum kostenlosen Studium nach Berlin aus."

Der frühere bayrische Wissenschaftsminister Thomas Goppel (CSU), der die Studiengebühren einführte, zum Volksbegehren der Bayern gegen die Studiengebühren in einem Interview mit der „Augsburger Allgemeinen" vom 30. Januar 2013

Arbeitnehmerüberlassung

Darf nur vorübergehend sein

Eine auf Dauer angelegte Arbeitnehmerüberlassung verstößt gegen das Gesetz; denn nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz erfolgt die Genehmigung zur Überlassung nur, wenn diese vorübergehend ist. Wird dagegen verstoßen, so entsteht ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Leiharbeitnehmer und dem Entleiher.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 9. Januar 2013 - 15 Sa 1635/12

Dienstreisen

Nicht bei zeitlicher Versetzung

Ein Polizeibeamter, der zeitlich befristet an ein Polizeiausbildungsinstitut versetzt ist, darf seine Fahrten von der Wohnung zur Arbeitsstätte nicht als Dienstreisen abrechnen. Er kann nur die Entfernungspauschale geltend machen.

Finanzgericht Münster,
Urteil vom 28. Februar 2012 - 6 K 644/11 E

Gesetzliche Unfallversicherung

Schneeballschlacht ist geschützt

Erleidet ein Lehrer bei einer Schneeballschlacht mit seinen Schülern eine Augenverletzung, so ist dies ein Dienstunfall. Auch wenn der Lehrer gegen ein wirksames Verbot des Dienstherrn verstoßen hat, verliert er damit nicht dessen dienstunfallrechtliche Fürsorge. Denn wie im gesetzlichen Unfallversicherungsrecht schließt selbst verbotswidriges Verhalten einen Versicherungsfall nicht aus.

Verwaltungsgericht Freiburg,
Urteil vom 4. Dezember 2012 - 5 K 1220/11

Internet

Keine Kündigung bei Surfen im Dienst

Einem Arbeitnehmer darf allein wegen des Besuchs von Internetseiten mit pornografischem Inhalt nicht gekündigt werden. Der Arbeitgeber hat zunächst eine Abmahnung als milderes Mittel zu wählen. Das gilt auch, wenn die private Nutzung des Internets im Dienst untersagt ist.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. April 2012 - 2 AZR 186/11

Mobbing

Ist keine Berufskrankheit

Mobbing am Arbeitsplatz und seine gesundheitlichen Folgen sind keine anerkannte Berufskrankheit. Die Erkrankung kann auch nicht „wie" eine Berufskrankheit entschädigt werden, weil keine Erkenntnisse vorliegen, dass eine bestimmte Berufsgruppe bei ihrer Tätigkeit in weitaus höherem Maße als die übrige Bevölkerung Mobbing ausgesetzt ist. Vielmehr kommt Mobbing in allen Berufsgruppen sowie im privaten Umfeld vor. Da keine zeitlich auf höchstens eine Arbeitsschicht begrenzte Einwirkung vorliegt, ist ferner auch kein Arbeitsunfall anzuerkennen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 23. Oktober 2012 - L 3 U 199/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Längerer Weg zur Arbeit ohne Schutz

Tritt der Arbeitnehmer den Weg zur Arbeit von der Wohnung der Freundin an, schützt ihn die Unfallversicherung nicht, wenn dieser Weg über achtmal so lang ist, wie der von der eigenen Wohnung.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war von der 55 km entfernten Wohnung seiner Verlobten zur Arbeit gefahren. Der Weg von seiner Wohnung hätte nur etwa 6,5 km betragen. Auf dem Weg zur Arbeit erlitt er einen Verkehrsunfall. Die Unfallkasse lehnte die Anerkennung des Wegeunfalls ab, der längere Weg zur Arbeit sei nicht durch die betriebliche Tätigkeit geprägt. Das Sozialgericht als erste Instanz erkannte den Wegeunfall an. Auch der Weg von einem anderen Ort könne Ausgangpunkt eines versicherten Weges sein, wenn wegen der häufigen Übernachtungen bei der Freundin von einer gespaltenen Wohnung auszugehen sei. Diese Entscheidung hat das Landessozialgericht aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Das Landessozialgericht: Nach der Beweisaufnahme ist davon auszugehen, dass der Arbeitnehmer die Wohnung der Freundin nicht wie eine eigene Wohnung nutzt, sondern nur zu Besuch war. Die Differenz zwischen den Arbeitswegen ist unverhältnismäßig. Von einem versicherten Arbeitsweg ist deshalb nicht auszugehen.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 27. September 2012 - L 4 U 225/10

Fristlose Kündigung

Wegen Böller im Dixi-Klo

Die Verletzung eines Arbeitskollegen durch einen explodierenden Feuerwerkskörper rechtfertigt die fristlose Kündigung des Arbeitsverhältnisses, ohne dass es einer vorherigen Abmahnung bedarf. Das gilt auch, wenn die Verletzung des Kollegen nicht beabsichtigt, sondern Folge eines fehlgeschlagenen Scherzes war.

Der Fall: Der 41 Jahre alte Arbeitnehmer war seit 15 Jahren als Vorarbeiter in der Firma beschäftigt, als er in einem Dixi-Klo einen Feuerwerkskörper zur Explosion brachte, während sich ein Arbeitskollege dort aufhielt. Der in der Toilette befindliche Kollege zog sich bei der Explosion Verbrennungen am Oberschenkel, im Genitalbereich und an der Leiste zu. In der Folge war er drei Wochen arbeitsunfähig. Wegen des Vorfalls wurde eine fristlose Kündigung ausgesprochen. Die dagegen gerichtete Klage blieb ohne Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Es ist unerheblich, ob – wie von dem Arbeitnehmer dargestellt – der Böller von oben in die Toilettenkabine geworfen oder an der Tür befestigt wurde, und sich aus Versehen löste. In beiden Fällen liegt ein tätlicher Angriff vor, bei dem mit erheblichen Verletzungen zu rechnen war. Bereits darin liegt ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung. Dass der nicht sachgerechte Umgang mit Feuerwerkskörpern zu schweren Verletzungen führen kann, ist bekannt. Das gilt erst recht, wenn wie hier in einer Weise damit hantiert wird, dass dem Betroffenen keinerlei Reaktions- und Fluchtmöglichkeit gegeben ist. Einer vorhergehenden Abmahnung bedurfte es angesichts der Umstände des Falles nicht. Trotz der bereits langen Betriebszugehörigkeit von 15 Jahren war dem Arbeitgeber hier auch nicht einmal mehr die Einhaltung einer Kündigungsfrist zuzumuten. Dabei war zum einen die Schwere der Pflichtverletzung ausschlaggebend und zum anderen auch der Umstand, dass der Arbeitnehmer als Vorarbeiter gerade gehalten gewesen wäre, solches Fehlverhalten zu unterbinden.

Arbeitsgericht Krefeld
Urteil vom 30. November 2012 - 2 Ca 2010/12

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 18.02.2013 3/13

DGB

inhalt

Seite 3
Tarifrunde läuft
6,5 Prozent mehr Einkommen und bessere Perspektiven für junge Menschen wollen die Gewerkschaften in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder durchsetzen

Seite 5
Hohe Dunkelziffer
Gewerkschafterinnen sind überzeugt: Wo Arbeitgeber das Thema sexuelle Belästigung ernst nehmen, sind die Beschäftigten besser geschützt

Seite 7
Steuern korrigieren, statt klagen
Die schwarz-gelben Landesregierungen in Bayern und Hessen wollen gegen den Länderfinanzausgleich klagen. Warum das falsch ist und was stattdessen zu tun ist, erklärt Stefan Körzell

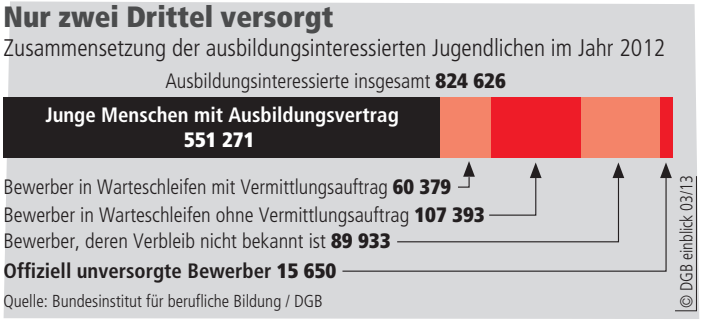
Ausbildungsmarkt

Trickserei mit Zahlen

Gerade mal 7700 BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz seien 2012 unversorgt geblieben, lautet das positive Fazit der Partner im Ausbildungspakt. Dazu gehören die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, die Bundesregierung, die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Kultusminister der Länder. Aus Sicht des DGB ist diese Bilanz eine Mogelpackung – Arbeitgeber und Bundesregierung ignorieren rund 250 000 Jugendliche, die offiziell als versorgt gelten, aber keine Lehrstelle erhalten haben. „Die tatsächliche Lage wird verschleiert", erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. „Von einem Bewerbermangel für Ausbildungsplätze in Deutschland kann nicht die Rede sein." So zählt der Ausbildungspakt zum 30. September 2012 mehr als 160 000 junge Menschen als versorgt, die von der BA als „ausbildungsreif" eingestuft wurden, aber nur in Ersatzmaßnahmen – wie zum Beispiel Einstiegsqualifizierungen oder Praktika – gelandet sind.

Die Bilanz suggeriere, der Ausbildungsmarkt sei entspannt, kritisiert Ingrid Sehrbrock und fordert: „Wir brauchen eine ehrliche Ausbildungsmarktstatistik, die keine geschönte Lage vermittelt." Notwendig sei ein Paradigmenwechsel: Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, dürften in der Statistik nicht als „versorgt" gezählt werden. Junge Menschen, die in Warteschleifen geparkt werden, müssten auch als unversorgte Bewerber geführt werden. Zudem sortiere die BA frühzeitig junge Menschen als „nicht ausbildungsreif" aus, die damit nicht mehr von der Statistik erfasst werden.

Mehr als 2,2 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Der DGB fordert deshalb mehr Anstrengungen, junge Arbeitslose ohne Ausbildung zu qualifizieren, etwa durch ein steuerfinanziertes Bundesprogramm „Zweite Chance" (siehe Seite 6). Was in den Betrieben möglich ist, „nicht ausbildungsreife" Jugendliche zu unterstützen, zeigen die Chemie-Sozialpartner. Mit dem Programm „Start in den Beruf" fördern sie erfolgreich Schulabgänger, denen Voraussetzungen zu einer Berufsausbildung fehlen. Das betriebliche Programm bietet ihnen die Chance, ihre Ausbildungsfähigkeit zu verbessern und im Anschluss eine Ausbildung zu absolvieren. Bereits rund 2500 junge Leute haben daran teilgenommen, die Erfolgsquote liegt bei über 80 Prozent. Die IG BCE hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen vorgeschlagen, die Sozialpartner an einen Tisch zu holen und zu überlegen, wie dieses Modell auf andere Branchen übertragen werden könnte. Bisher ohne jegliche Resonanz der Ministerin. •



Lediglich 66,9 Prozent der über 800 000 jungen Menschen, die 2012 ernsthaft an einer Ausbildung interessiert waren und als „ausbildungsreif" gelten, haben tatsächlich einen Ausbildungsplatz gefunden.

plusminusBERLIN

+ ***„Die Absenkung von Einkommensschwellen ist definitiv der falsche Weg", wenn man Hochqualifizierte ins Land locken wolle, kritisiert Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die Regierung anlässlich des Zuwanderungsberichts der OECD.***

– ***Rot-grünes „destruktives Verhalten" erwartet Stefan Müller, CSU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Vermittlungsausschusses im Bundesrat, durch den Regierungswechsel in Niedersachsen. Das schade dem Land und sei „Politik gegen die Menschen".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.resistance-archive.org
Online-Archiv mit Videoportraits über Menschen, die aktiv Widerstand geleistet haben, unter anderem gegen Nationalsozialismus und Unterdrückung

Hintergrund

www.dgb.de/-/tNO
DGB-Papier: „Klein gerechnet – wie der Ausbildungspakt die Lage am Ausbildungsmarkt schönt"

Bundesarbeitsgericht

Höchster Neuzugang an Klagen

Mit 4082 neu eingegangenen Klagen ist 2012 ein Rekordzugang beim Bundesarbeitsgericht (BAG) erreicht worden. Das sind 16,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die BAG-Richter haben im vergangenen Jahr 4304 Verfahren abgearbeitet. Zum Jahreswechsel 2012/13 lagen noch 1883 Streitsachen dem höchsten Arbeitsgericht zur Entscheidung vor. Die durchschnittliche Verfahrensdauer beziffert das BAG auf sechs Monate.

Gut 40 Prozent der neuen Verfahren beziehen sich auf Betriebsrenten, Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeit. Diesen hohen Anteil führt das BAG auf mehrere hundert Verfahren eines Unternehmens zurück. Mit 18,7 Prozent sind Kündigungsstreitigkeiten auf Platz zwei vor Klagen zum Arbeitsentgelt (11,2 Prozent). Auseinandersetzungen über Tarifrecht und Tarifauslegungen haben einen Anteil von 6,7 Prozent bei den Neueingängen, gefolgt von 6,3 Prozent neuen Klagen zum Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht.

Auf eine wachsende Bedeutung des EU-Rechts im Arbeitsrecht hat die BAG-Präsidentin Ingrid Schmidt hingewiesen. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs würden bei der Umsetzung in deutsches Recht auch zu Verfahren beim BAG führen. Zu den häufigen Streitfragen zählt sie Altersdiskriminierungen sowie in zunehmenden Maße Leiharbeit in Verbindung mit der Tariffähigkeit von Verbänden. •

Wasserinitiative

Million geknackt

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist Menschenrecht" hat eine Million Unterschriften erreicht. Allerdings wurden die erforderlichen Quoren bisher nur in Belgien, Deutschland und Österreich erfüllt. Benötigt werden ausreichend Stimmen in mindestens sieben EU-Ländern, damit sich EU-Parlament und Kommission mit dem Anliegen beschäftigen müssen. Es zeichnet sich aber bereits ab, dass die erste Initiative dieser Art „eine Erfolgsgeschichte" ist, sagt ver.di-Vorstand Erhard Ott. Der EU-Vorstoß, die Wasserwirtschaft zu privatisieren, führte zu europaweiten Protesten.

Die europäischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nutzen die Möglichkeit der EBI, um das „Menschenrecht auf Wasser" zu fordern. Mitte Februar war es soweit: Die Millionengrenze wurde überschritten. Bei ver.di liegen zudem weitere Unterschriftenlisten vor. Die Aktion läuft bis zum 31. Oktober. •

www.wasser-ist-menschenrecht.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Hilfe für Menschen statt Kommerz für Konsumenten.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Rente

Koalition konzeptlos

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach kritisiert, dass eine Debatte innerhalb des Koalitionsausschusses zur Rente ergebnislos blieb. Kein Vorschlag, der von der Union und FDP käme, helfe, die drohende Altersarmut wirksam zu bekämpfen. In der ersten Februarwoche hatten sich die Spitzen der schwarz-gelben Koalition getroffen und beschlossen, eine Arbeitsgruppe zum Thema Altersarmut einzurichten. Der DGB fordert, das Rentenniveau zu stabilisieren. •

?...nachgefragt

Foto: DGB/Steinle

„Wenig effektiv" seien die rund 200 Milliarden Euro für familienpolitische Leistungen eingesetzt, besagt laut „Spiegel" eine noch unveröffentlichte Regierungsstudie. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock überrascht diese Diagnose nicht. Seit langem kritisieren die Gewerkschaften falsche Weichenstellungen in der Familienpolitik und fordern einen Kurswechsel.

Ein Bruch mit veralteten Rollenvorstellungen und Stereotypen ist überfällig. Frauen und Männer wollen heute beides: einen Beruf, ein eigenes Einkommen und Zeit für die Familie. Der Staat muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen. Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Ergebnisse der Evaluation der familienpolitischen Leistungen auf den Tisch kommen. Dann muss der zweite Schritt folgen: der Abbau bestehender Widersprüche und Fehlanreize in der geltenden Gesetzgebung, allen voran im Steuer- und Sozialrecht.

Das derzeit praktizierte Ehegattensplitting ist unzeitgemäß und ungerecht: Es bevorzugt die Alleinverdiener-Ehe mit hohem Einkommen und verlockt Frauen zum Verzicht auf Erwerbstätigkeit. In der Folge bleiben Frauen ihr Leben lang finanziell abhängig vom Partner und seinem Einkommen. Fällt dies weg, ist Armut nicht nur im Alter vorprogrammiert. Das Ehegattensplitting sollte schrittweise in Richtung einer Individualbesteuerung weichen. Die Mehreinnahmen, die sich daraus ergeben, sollten vor allem in die Förderung von Familien mit Kindern und den Ausbau der Kinderbetreuung für alle Altersstufen investiert werden.

Wir brauchen eine stringente Gleichstellungspolitik, die Erwerbs- und Sorgearbeit von Frauen und Männern gleichermaßen fördert. Mit dem Elterngeld haben wir einen Schritt in die richtige Richtung gemacht: die Lohnersatzleistung orientiert sich am vormaligen Erwerbseinkommen und führt dazu, dass die Baby-Pause verhältnismäßig kurz ausfällt. Das Betreuungsgeld ist der falsche Ansatz. Nun zeigt sich, dass sich die staatlichen Ausgaben für Betreuungskosten rechnen: Durch einen schnellen Wiedereinstieg in den Beruf ist Frauen eine eigenständige Existenzsicherung möglich, und der Staat profitiert über Steuern und Sozialabgaben. Deswegen ist es notwendig, in der Familienförderung auf den Ausbau von Betreuungseinrichtungen zu setzen – und familienpolitische Relikte, die mittlerweile aus der Zeit gefallen sind, durch zeitgemäße Angebote zu ersetzen.

Globalisierungsfonds

Weniger Geld

Der 500 Millionen Euro umfassende EU-Globalisierungsfonds soll nach dem Willen des Europäischen Rates auf fast die Hälfte gekürzt werden. Der Fonds wurde eingerichtet, um ArbeitnehmerInnen bei Standortverlagerungen oder in Wirtschaftskrisen zu unterstützen. Über den Fonds wurden zum Beispiel Transferkurzarbeitergeld, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen finanziert. Nach Angaben des EU-Parlaments erhielt Deutschland zuletzt 2012 rund 5,4 Millionen Euro aus dem Fonds für die Beschäftigten des insolventen Manroland-Konzerns. •

Tarifrunde öffentlicher Dienst der Länder

Mehr Geld und bessere Perspektiven für Junge

6,5 Prozent mehr Einkommen fordern die Gewerkschaften für die rund 800 000 Angestellten im öffentlichen Dienst der Länder. Zudem sollen Auszubildende eine Übernahmegarantie erhalten und 200 000 angestellte LehrerInnen erstmalig tariflich eingruppiert werden.

„Gute Arbeit, gute Leute, gutes Geld – das gehört zusammen", mit diesen Worten fasst der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske das Leitmotiv für die aktuelle Tarifrunde der Länder zusammen. Gemeinsam mit der GEW, der GdP, der IG BAU und dem Beamtenbund will ver.di 6,5 Prozent mehr Einkommen für die Beschäftigten. Auszubildende sollen 100 Euro mehr pro Monat erhalten.

Diese Tarifsteigerung ist aus Sicht der Gewerkschaften dringend notwendig. Denn die Einkommensschere hat sich auch mit Blick auf den öffentlichen Dienst weiter geöffnet. Während die Vergütungen von 2000 bis 2012 in der Gesamtwirtschaft um 30,1 Prozent gestiegen sind, waren es im öffentlichen Dienst nur rund 27 Prozent. Hier bestehe Nachholbedarf, um den Abstand zunächst zu reduzieren und ihn mittelfristig zu schließen, betont Bsirske, der für die Gewerkschaften die Verhandlungen führt. Eine stärkere Binnennachfrage sei vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklung im Euro-Raum dringend erforderlich. Der Tarifvertrag soll eine Laufzeit von 12 Monaten haben und zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

Dafür setzt sich auch der DGB ein. Karsten Schneider, Abteilungsleiter beim DGB-Bundesvorstand und zuständig für Beamtenpolitik, kritisiert, dass die Bundesländer in den vergangenen Jahren immer seltener die Tarifergebnisse auf die BeamtInnen übertragen haben. „Mit Blick auf Länder wie Berlin und Brandenburg, deren Beamte im Vergleich bis zu 4500 Euro brutto jährlich weniger bekommen als etwa ihre Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern, gilt es, die Spreizung zu minimieren", so Schneider.

Zudem wollen die Gewerkschaften eine Übernahmegarantie für Auszubildende mit erfolgreichem Abschluss, zumindest dort, wo bedarfsgerecht ausgebildet wurde. Denn, so warnt Bsirske, 20 bis 25 Prozent der Beschäftigten werden bis 2023 ausscheiden. Ein Gros dieser Stellen müsse wieder besetzt werden und zwar unter verschärften Bedingungen. Darum sei eine Übernahmegarantie ein klarer Akzent im Interesse der Jugend, aber auch mit Blick auf die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber.

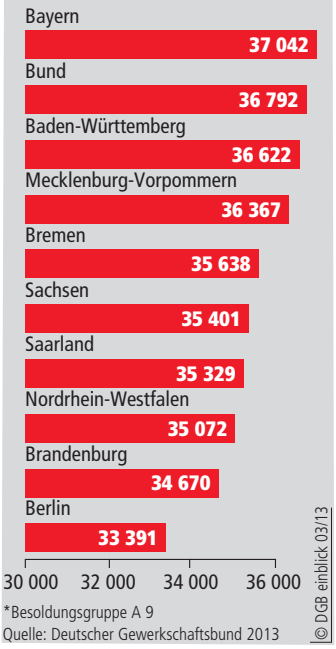
Ebenso entschieden kämpfen die Gewerkschaften für eine Eingruppierung der 200 000 angestellten LehrerInnen. GEW-Vorstandsmitglied Ilse Schaad erläutert: „Unser Ziel ist es, dass alle Lehrer für ihre Leistung gleich bezahlt werden." Es dürfe keine Rolle spielen, ob sie an einem Gymnasium oder einer Grundschule arbeiten oder ob sie beispielsweise in Sachsen-Anhalt oder Bayern unterrichten.

Um den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern, wollen die Gewerkschaften den Missbrauch befristeter Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst einschränken. So etwa an Hochschulen, wo 81 Prozent der akademisch ausgebildeten BerufsanfängerInnen mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung befristet eingestellt sind. Die Gewerkschaften fordern daher „einen substantiellen Einstieg in die Entfristung von Arbeitsverträgen". Zudem wollen sie sich für ausreichend Erholungsurlaub der Beschäftigten einsetzen – „am besten" seien 30 Urlaubstage. Eine Verschlechterung beim Urlaubsanspruch lehnen sie entschieden ab.

In der ersten Verhandlungsrunde haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Für den weiteren Verlauf der Verhandlungen macht der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut deutlich, worauf es den Gewerkschaften ankommt: „Wir haben der Tarifgemeinschaft deutscher Länder deutlich zu verstehen gegeben, dass wir eine unterschiedliche Bezahlung gleicher Arbeit auf Bundes- und Landesebene nicht weiter hinnehmen." •

Besoldung: Große Differenzen

Jahresbruttobesoldung* von BeamtInnen des Bundes und ausgewählter Länder im Jahr 2012 (in Euro)



*Besoldungsgruppe A 9
Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund 2013

Die Beamtenbesoldung weist große Unterschiede zwischen den Ländern auf. So verdienen BeamtInnen in Berlin in der Besoldungsgruppe A9 rund 3600 Euro weniger als ihre KollegInnen in Bayern. Ein Grund: Seit 2002 ist in Berlin die Besoldung nur um 3,3 Prozent gestiegen, in Bayern dagegen um 14,6 Prozent.

Der Fahrplan

Im öffentlichen Dienst der Länder sind rund 2,1 Millionen Menschen beschäftigt. Zu den 800 000 Angestellten kommen laut Statistischem Bundesamt noch 1,2 Millionen BeamtInnen, 23 000 Auszubildende und gut 93 000 BeamtenanwärterInnen. Die Bundesländer haben sich zur Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zusammengeschlossen. Das Bundesland Hessen ist allerdings im Jahr 2004 wieder ausgetreten.

Verhandlungsführer der TdL ist seit 2012 der sachsen-anhaltinische Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD). Die zweite Verhandlungsrunde fand am 14. und 15. Februar statt, die dritte ist für den 7. und 8. März in Potsdam angesetzt. Die Gewerkschaften vertreten unter anderem angestellte LehrerInnen, Krankenschwestern, AltenpflegerInnen, Theaterbeschäftigte, Beschäftigte im Polizeidienst, ForstarbeiterInnen, FeuerwehrleuteundHochschulangestellte.

Weitere Infos zur Tarifrunde gibt es im Internet:
www.bit.ly/verdi_oedl

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Von Gewerkschaftern gegründet.
Diese Wurzeln geben uns Halt seit 1965.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

PROJEKTE UND PARTNER

Arbeit und Leben NRW

Social Media im Betrieb

Eine Kündigung wegen eines Facebook-Kommentars oder eine Abmahnung wegen einer Twitter-Nachricht sind heute keine Seltenheit mehr. Ein Grund für Betriebsräte, sich mit Social Media vertraut zu machen. Arbeit und Leben NRW stellt die „Arbeitsrechtstage Rhein-Ruhr" am 14. März und 24. April deshalb unter das Motto „Arbeitsrecht und Web 2.0". ArbeitsrechtsexpertInnen analysieren und diskutieren Möglichkeiten und Perspektiven für Betriebsräte, das Thema zu regeln. Außerdem auf dem Programm: Wann sind Abmahnungen und fristlose Kündigungen wegen sexistischer Äußerungen wirksam? Hinweise zur Anmeldung gibt es auf der Homepage von Arbeit und Leben NRW. •

www.aulnrw.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Damit Lohnzuwächse nicht an der Zapfsäule bleiben.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Willi-Bleicher-Preis

Journalistenpreis ausgeschrieben

Die IG Metall Baden-Württemberg hat auch in diesem Jahr den Willi-Bleicher-Preis ausgeschrieben. Bis zum 31. Mai 2013 können sich JournalistInnen aus Print, Hörfunk, TV und Internet bewerben. Der Wettbewerb ist in diesem Jahr dem Wandel in der Arbeitswelt gewidmet. Sein Motto: „Verändert sich die Arbeit, verändert sich der Mensch." JournalistInnen würden diese Veränderung begleiten und „erlebbar machen", erklärt die IG Metall in der Ausschreibung. Egal in welchem Medium der Beitrag erschienen ist, wichtig ist, dass ein Bezug zu Baden-Württemberg deutlich wird. Eine unabhängige Jury entscheidet über den/die Preisträger/in. Die Verleihung erfolgt am 18. Juli. •

www.willi-bleicher-preis.de

Ruhrfestspiele Recklinghausen

Moderne auf der Bühne

In Literatur und Kunst gilt die Zeit vom Wilhelminischen Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik als Beginn der Moderne – experimentelle Stile und Ideen setzen sich durch, Industrialisierung und Urbanisierung bringen neue Themen. Unter dem Motto „Aufbruch und Utopie" widmen die Ruhrfestspiele Recklinghausen ihr Programm vom 1. Mai bis zum 16. Juni dieser Epoche.

So werden unter anderem Stücke von Gerhart Hauptmann, Arthur Schnitzler, Frank Wedekind, Thomas Mann, Franz Kafka, Hans Fallada und Bertolt Brecht aufgeführt. Eröffnet wird das Festival mit dem Stück „Hedda Gabler" von Henrik Ibsen. Zu sehen sind unter anderem Thomas Manns „Tod in Venedig" mit Josef Bierbichler und Karl Schönherrs „Der Weibsteufel" mit Birgit Minichmayr und Tobias Moretti. Uraufgeführt wird das Stück „Wer ist die Waffe, wo ist der Feind" von Oliver Bukowski.

Foto: Ruhrfestspiele

Die Schauspielerin Corinna Harfouch liest „Elektra" von Hugo von Hofmannsthal

Zu Lesungen werden die SchauspielerInnen Hannelore Hoger, August Zirner, Corinna Harfouch und Sophie Rois erwartet. Auch Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, wird gemeinsam mit dem Festspielleiter Frank Hoffmann Texte von Kurt Tucholsky lesen. Zudem gibt es wieder ein hochkarätiges Kabarett- und Musikprogramm. Zum Abschluss des Festivals spielen die Fantastischen Vier. •

Programm und Kartenbestellung: www.ruhrfestspiele.de

Otto-Brenner-Stiftung

Europa erfahren

Wie wichtig ist das soziale Europa in Polen, Tschechien und Deutschland? Diese und weitere Fragen werden auf der 14. Internationalen Konferenz am 10. und 11. April in Leipzig erläutert. Auf Einladung der Otto-Brenner-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes (ETUI) sollen drei Diskussionsrunden die Debatte über Europa in Polen, Tschechien und Deutschland beleuchten. Unter dem Motto „Das soziale Europa verteidigen! – grenzüberschreitende Erfahrungen" stellen GewerkschafterInnen aus verschiedenen Ländern ihre Sicht dar. •

www.bit.ly/obs_14int

interregio

••• Die ***DGB-Region Ostbrandenburg*** und die polnische Gewerkschaft NSZZ Solidarność laden am 26. Februar zu einer ***Rentenkonferenz*** nach Slubice (Polen) ein. Unter dem Motto „Rente mit 67? Anspruch und Wirklichkeit" analysieren und diskutieren GewerkschafterInnen, Arbeitgebervertreter und PolitikerInnen aus beiden Ländern die aktuelle rentenpolitische Situation. Denn auch in Polen hat das Parlament im Jahr 2012 ein höheres Renteneintrittsalter beschlossen. Anmeldungen per Mail (*kowa-int@europa-uni.de*) an die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt.

www.ostbrandenburg.dgb.de/-/PW3

••• Der ***DGB Sachsen*** unterstützt ***Zimmermädchen*** aus Tschechien und Polen, die in Sachsen arbeiten, bei Problemen in ihrem Job. Immer öfter würden Fälle bekannt, wo Beschäftigte um ihren verdienten Lohn betrogen werden, erklärt der DGB. Viele Zimmermädchen sind nicht direkt im Hotel angestellt, sondern bei einem Dienstleistungsunternehmen – in der Regel Unternehmen der Gebäudereinigerbranche. Damit gelte ein Mindestlohn von 7,56 Euro in der Stunde, stellt der DGB Sachsen klar. Die Info-Broschüre steht in deutscher, tschechischer und polnischer Sprache auf der Homepage zum Download bereit.

www.sachsen.dgb.de/-/tol

••• Der ***DGB NRW*** unterstützt die vom nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedeten ***Klimaschutzziele***. Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, erklärt: „Damit die Energiewende zum Erfolg wird, müssen Umweltschutz, wirtschaftliches Wachstum und sozialer Fortschritt – insbesondere Beschäftigung und gute Arbeit – als gleichrangige Ziele betrachtet werden." Der DGB fordert die Landesregierung auf, für klare Beschäftigungsstrategien zu sorgen. Die Energiewende dürfe nicht dazu führen, dass gute Arbeitsplätze von unsicheren und schlecht bezahlten Jobs verdrängt werden.

www.nrw.dgb.de/-/td3

Sexuelle Belästigung

Hohe Dunkelziffer

Entscheidend ist das Arbeitsklima. Die Gewerkschaftsfrauen sind überzeugt, wo die Arbeitgeber das Thema sexuelle Belästigung ernst nehmen, sind die Beschäftigten besser geschützt.

Von dummen Witzen bis hin zu Übergriffen reicht das Spektrum an Belästigungen, mit denen sich Frauen auseinandersetzen müssen. Gewerkschaften, die das Thema aufgreifen, scheitern jedoch nicht selten am Desinteresse der Arbeitgeber. Die stellvertretende NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger kennt aus eigener beruflicher Erfahrung einen der klassischen Tatorte: Hotels und Gastronomie.

Dabei hätte sie eine einfache Idee, wie der Anmache durch Gäste oder Kollegen zumindest ein Warnschuss verpasst werden könnte. „Es könnten in jedem Hotel Aushänge angebracht werden, aus denen klar hervorgeht, dass Verstöße auch geahndet werden." Wenn ein Gast weiß, dass Übergriffe gemeldet werden und sein Name öffentlich werden könnte, wäre das eine Hemmschwelle, ist sich die gelernte Hotelfachfrau sicher. Und wenn Kollegen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen müssen, würde sich vermutlich auch hier etwas ändern. Aber, so Rosenberger, „das Interesse der Arbeitgeber an dieser Problematik fehlt vollständig".

Fast die Hälfte aller Frauen in Deutschland (42 Prozent) sind an ihrem Arbeitsplatz sexuell belästigt worden. Europaweit sind es 40 bis 50 Prozent, schreibt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in einem Bericht von 2011. Die Zahlen sind nicht aktuell. Für Deutschland stammen sie aus einer Studie von 2004. Es ist bislang die letzte Studie des Bundesfamilienministeriums über Gewalt gegen Frauen.

Eine weitere Studie stammt aus dem Jahr 2002. Damals galt noch das Beschäftigtenschutzgesetz, das 2006 durch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) ersetzt wurde. In dieser nicht repräsentativen Befragung stellten die Autorinnen fest, dass von den Personalverantwortlichen über 64 Prozent das Gesetz überhaupt nicht kannten. Im Gegensatz zu den Betriebsräten, von denen 95 Prozent informiert waren. Eine Nachfolgeuntersuchung zum AGG gibt es bislang nicht. Gerichtsurteile existieren – trotz AGG – eher wenige. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ist sich aber sicher, dass sich gegenüber den Zahlen aus 2002 und 2004 wenig geändert habe und die Dunkelziffer hoch sei.

Für Lisanne Straka, zuständig für Frauen und Gleichstellung beim DGB Nord, sind Betriebs- und Personalräte die richtigen Ansprechpartner. Ihr Appell richtet sich aber auch an die Frauen selbst: Sie sollen sich wehren, das Gesetz sei auf ihrer Seite. Einen noch besseren Schutz verspricht sich nicht nur die DGB-Frau von einer Quote: „Wo Frauen in Führungspositionen sind, hören Macker-Sprüche auf." Christiane Benner, Mitglied im Vorstand der IG Metall, schätzt ebenfalls, dass mehr Frauen in Führungspositionen das Gesamtbild verändern können.

Edeltraud Glänzer, Vorstandsmitglied der IG BCE, sieht das ähnlich. Es gehe in der aktuellen Situation nicht um „Prüderie", sondern „um Macht und Machtverhältnisse". Die IG BCE arbeite daran, dass sich die „Rollenbilder verändern". Einen Wandel verspricht sie sich nicht nur von mehr Frauen in „bedeutenden Positionen", auch Männer müssten „ihre Rollenmuster hinterfragen".

GdP-Bundesvorstandsmitglied Elke Gündner-Ede kann aus ihrem Organisationsbereich bestätigen, dass mehr Frauen auch für ein besseres Arbeitsklima sorgen. Natürlich sei das Thema immer noch „sehr wichtig", und Verbalentgleisungen fänden nach wie vor statt. Doch der massiv erhöhte Frauenanteil bei der Polizei habe erkennbar zu anderen Verhaltensmustern geführt. Ebenso die Gleichstellungsgesetze, da sich auch der Anteil von Frauen in Führungspositionen verbessert habe. Polizistinnen hätten aber ein weiteres Problem: Extreme Beleidigungen ihrer „KundInnen" seien nicht selten. Da helfe weder die Uniform noch die Tatsache, dass die Betroffenen durchaus die gesetzlichen Gegenmaßnahmen kennen.

Karin Schwendler, zuständig für Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di, kann zwar auch nicht mit konkreten Zahlen aufwarten. Die meisten Frauen schwiegen nach wie vor, betont sie. Sie fordert ausreichend Gleichstellungsbeauftragte und analog den Ländergesetzen mehr verbindliche Regeln zur Gleichstellung auch in der Privatwirtschaft. •

Anstarren, betatschen, verfolgen

Formen sexueller Belästigungen, die Frauen erleben (in Prozent)

Quelle: Repräsentative Umfrage des Bundesfamilienministeriums 2004

Die Autorinnen fragten in der Gewaltstudie gezielt nach unterschiedlichen Handlungen. Mehrfachnennungen waren möglich.

„Nein heißt nein"

In den 1970er-Jahren gab es die erste große Debatte über sexuelle Belästigung und Gewalt gegen Frauen. Sie mündete in der Gründung von Frauenhäusern. 1987 gab die DGB-Frauenabteilung mit ihrer Broschüre „Nein heißt nein" einen vielbeachteten und diskutierten Bericht heraus. Er war der Anstoß für die erste große Studie des Bundesfamilienministeriums zum Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Sie erschien 1991.

Drei Jahre später trat das Beschäftigtenschutzgesetz in Kraft, das erstmals eine rechtliche Handhabe gegen Übergriffe bot. 2002 ließ die damalige Bundesfrauenministerin Renate Schmidt (SPD) das Gesetz auf seine Praxistauglichkeit untersuchen. Ein Jahr später wurde vom Ministerium die bis heute einzige aktuelle repräsentative Untersuchung zu „Gewalt gegen Frauen in Deutschland" in Auftrag gegeben. Sie erschien 2004.

2006 wurde das Beschäftigungsschutzgesetz aufgrund neuer EU-Vorgaben durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) abgelöst.

Die Gewerkschaften bieten sowohl für ihre Mitglieder aber auch für ihre Betriebs- und Personalräte Handlungshilfen und Muster-Betriebsvereinbarungen an.

Die Studien und das Gesetz gibt es unter :
www.bit.ly/StudienBMFSJ
www.bit.ly/GesetzAGG

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG Metall will mit der „Offensive Handwerk" gute Arbeit im Handwerk durchsetzen. Neben besseren Arbeitsbedingungen gehören auch faire und vergleichbare Einkommen dazu, erklärt die IG Metall.

Die IG BAU fordert mehr Fahnder bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FSK). Das Personal müsste auf mindestens 7500 BeamtInnen aufgestockt werden. „Kriminelle Unternehmen dürften nicht darauf vertrauen können, dass kein Kontrolleur kommt", so die IG BAU.

Die IG BCE hat sich gemeinsam mit Chemie-Organisationen aus Wirtschaft und Wissenschaft für mehr Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgesprochen. In einem Positionspapier fordert sie unter anderem den Ausbau des naturwissenschaftlichen Unterrichts an Schulen. ***www.bit.ly/bce_bild***

Kritisch sieht ver.di die Novelle des Postgesetzes. Befürchtet wird, dass der Wettbewerb zu Lasten sozial und tariflich geschützter Arbeitsplätze forciert wird.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das verkehrspolitische Herz am „richtigen" Fleck.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Junge Erwachsene

Förderung für Ungelernte

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) startet eine neue Initiative. Junge Arbeitslose ohne Ausbildung sollen qualifiziert werden. Der DGB-Arbeitsmarktexperte und Arbeitnehmervertreter im BA-Verwaltungsrat, Wilhelm Adamy, unterstützt das Angebot. Allerdings betont der DGB-Experte, dass dies nur eine Teil-Strategie sein kann. Es fehlten Bildungsinitiativen für jüngere Erwachsene ohne Ausbildung. Nach einer aktuellen DGB-Studie liegt die Ungelernten-Quote bei den 25- bis 43-Jährigen konstant bei 15 Prozent.

In den letzten zehn Jahren erhöhte sich die Arbeitslosenquote der Jüngeren ohne Berufsabschluss um zehn Prozent. Die Schlussfolgerung für Adamy heißt: „Wenn wir jetzt nicht mehr in die Bildung dieser Menschen investieren, wird die ökonomische und soziale Ungleichheit weiter steigen." Handlungsbedarf sieht der DGB vor allem im Hartz IV-System. Gefordert wird ein Sonderprogramm mit einem eigenen Haushaltstitel. Darüber hinaus sollte ein steuerfinanziertes Bundesprogramm „Zweite Chance" aufgelegt werden.

Damit könnte eine abschlussorientierte Weiterbildung Geringqualifizierter finanziert werden. Mit einem Fördervolumen von 400 bis 500 Millionen Euro jährlich könnten voraussichtlich 30 000 Qualifizierungsmaßnahmen realisiert werden. Gesellschaftliche Initiativen für die rund 1,5 Millionen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss „sind längst überfällig", betont Adamy. •

Die Studie im Internet: www.dgb.de/-/tzi

Fotowettbewerb

Gute Arbeit, schlechte Arbeit

Der DGB sucht im Rahmen seiner Mindestlohnkampagne Fotos, die zeigen, was gute Arbeit ausmacht. Willkommen sind aber ebenso Dokumente, die schlechte Arbeit abbilden, oder welche Folgen sie haben kann. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki sieht bislang keine nennenswerten Anstrengungen der Bundesregierung zur Umsetzung der DGB-Forderung nach einem Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde. Der Fotowettbewerb soll noch einmal aufrütteln und das Thema mit nach vorne bringen.

Ob Hobby- oder Profifotograf, ob in Farbe oder schwarz-weiß, jede/r kann auf der Kampagnen-Homepage bis zum 30. April bis zu drei Fotos im JPEG-Format hochladen. Neben einer Jury dürfen auch alle Nicht-FotografInnen die Bilder online bewerten. Für den ersten Preis gibt es 1000 Euro, Platz zwei wird mit 500 Euro belohnt, und 250 Euro erhält der/die Drittplatzierte. Im Frühsommer werden die prämierten Fotos im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. •

www.mindestlohn.de

EVG

Güterverkehr stärken

Trotz aller Bekenntnisse der Bundesregierung, mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, sagen die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes etwas anderes. Danach ist die Transportleistung auf der Schiene im vergangenen Jahr um 3,1 Prozent gesunken. Für EVG-Vorstandsmitglied Martin Burkert sind die Zahlen „ein Alarmsignal". Schieneninfrastrukturprojekte „müssen endlich Vorrang bekommen". Doch auch die Unternehmen mahnt der Gewerkschafter. Sie müssten ihren Kunden gute Angebote machen. Das sei nur möglich „mit gutem Personal". •

IG BAU

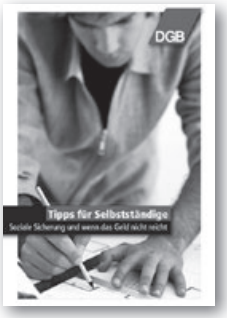
Demokratie stützen

Nicht nur mit Rat, sondern auch mit finanzieller Hilfe will die IG BAU dafür sorgen, dass in Tunesien ein demokratischer Staat entsteht, der die Rechte der ArbeitnehmerInnen respektiert. Über ihre Stiftung „Soziale Gesellschaft – nachhaltige Entwicklung" will die IG BAU den Aufbau der Gewerkschaftsarbeit mit 40 000 Euro unterstützen. Ziel sei, „Arbeitern zu helfen, ihre sozialen und politischen Interessen mit demokratischen Mitteln durchzusetzen". •

DGB-Broschüre

Hilfe für Selbstständige

Die Mehrheit der Selbstständigen hat keine Angestellten, sie sind so genannte Solo-Selbstständige. Ihr Einkommen reicht zwar zum Leben, für die soziale Sicherung und vor allem für die Altersvorsorge ist es oft zu gering. Mit dem Ratgeber „Tipps für Selbstständige – Soziale Sicherung und wenn das Geld nicht reicht" zeigt der DGB, worauf Selbstständige achten müssen. Was ist bei der privaten Krankenversicherung zu berücksichtigen? Wie beantrage ich unterstützende Sozialleistungen, wenn die Geschäfte schlecht laufen? Anschaulich erklärt der DGB-Ratgeber solche Fragen und hält viele hilfreiche Tipps rund um die Selbstständigkeit bereit. Der Ratgeber kann beim DGB-Bestellservice bezogen werden. Ein Exemplar kostet einen Euro zuzüglich Porto und Versand (ab einer Bestellmenge von 20 Exemplaren 0,60 Euro). •



www.bit.ly/dgb_se_bro

Länderfinanzausgleich

Steuerpolitische Korrekturen statt Klage

Die Bundesländer Bayern und Hessen wollen gegen den Länderfinanzausgleich klagen. Warum die schwarz-gelben Landesregierungen damit falsch liegen und was stattdessen zu tun ist, erklärt der DGB-Bezirksvorsitzende von Hessen-Thüringen Stefan Körzell.

Seit 1950 gibt es in der Bundesrepublik den Länderfinanzausgleich als eine Art finanzielle Solidargemeinschaft. Die reicheren Länder leisten Ausgleichszahlungen für die Ärmeren. **Damit wird ein Ziel verfolgt, das im Grundgesetz verankert ist.** Obwohl die einzelnen Länder unterschiedliche Wirtschaftskraft haben, soll es überall gleichwertige Lebensverhältnisse geben.

Die drei Geberländer Bayern, Hessen und Baden-Württemberg sind der Auffassung, dass sie zu viel Geld im Rahmen des Länderfinanzausgleichs zahlen. Die bayerische und die hessische Landesregierung haben jetzt angekündigt, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich zu klagen.

Warum aber jetzt die Klage? Der Länderfinanzausgleich in seiner derzeitigen Form ist 2001 vom damaligen bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber ausgehandelt worden **und läuft 2019 ohnehin aus.** Dann müsste sowieso neu verhandelt werden. Das Bundesverfassungsgericht würde unter Umständen nur wenige Jahre vorher entscheiden. Das Vorhaben lässt sich am besten mit den Landtagswahlen erklären, die im September in Hessen und Bayern stattfinden. Die klagewilligen CDU-FDP-Regierungen können sich so als aktive Besitzstandswahrer inszenieren.

Problematisch ist aus unserer Sicht, dass bei der Begründung der Klage ein zentrales Gebot des Grundgesetzes in Frage gestellt wird: das Sicherstellen ‚gleichwertiger Lebensverhältnisse' in allen Bundesländern, eben das Solidarprinzip. Bayern zum Beispiel hat bei seinem Strukturwandel vom Agrar- zum Industrieland selbst mehr als 40 Jahre lang Geld aus dem Länderfinanzausgleich erhalten.

Zudem gibt es haushaltspolitische Zusammenhänge. In Deutschland hat die Politik in den vergangenen Jahren massiv die Steuern gesenkt. **Profitiert haben davon vor allem reiche Haushalte und Unternehmen.** Eine Folge: Das Land Hessen steht jetzt vor der Herausforderung, mit einem großen strukturellen Defizit die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllen zu müssen. Da verwundert es nicht, wenn Hessen als Geberland meint, es könne seinen Haushalt auf Kosten der Nehmerländer sanieren. Den eigenen Kommunen hat das Land bereits auf Dauer pro Jahr 350 Millionen Euro bei den Landeszuweisungen gestrichen.

Es sähe anders aus, wenn es heute noch das Steuerrecht des Jahres 1998 gäbe. Dann wären die Einnahmen zum Beispiel aus der Einkommens- und der Unternehmenssteuer wesentlich höher. Dementsprechend würden den Landeshaushalten in Bayern und Hessen im laufenden Jahr 3,4 beziehungsweise 1,6 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen. **Die Klagedrohungen von Bayern und Hessen wären dann gegenstandslos.** Die öffentlichen Haushalte aber wären wesentlich solider finanziert.

Foto: privat

Seit 2002 ist Stefan Körzell, 50, DGB-Vorsitzender des Bezirks Hessen-Thüringen.

Kritisch ist auch der Wunsch der beiden Landesregierungen nach mehr Steuerautonomie für die Bundesländer. Damit würde hierzulande ein **ruinöser Steuersenkungswettbewerb** in Gang gesetzt, wie wir ihn in den letzten 15 Jahren innerhalb der EU erlebt haben. In der Praxis würde dieser Vorschlag bedeuten, dass die Beschäftigten in einem Unternehmen, das mehrere Standorte in unterschiedlichen Bundesländern hat, bei gleicher Entlohnung unterschiedlich besteuert würden.

Der DGB und die Gewerkschaften fordern deshalb: Statt den Länderfinanzausgleich zu ändern muss es einen **Richtungswechsel in der Steuerpolitik** geben. In Deutschland wird die Einkommens- und Vermögensverteilung immer ungleicher. Mittlerweile besitzen die reichsten zehn Prozent in Deutschland über 60 Prozent des gesamten Vermögens. Der Niedriglohnbereich wächst immer weiter. Die Unternehmensgewinne aber explodieren. Die Lösung dieses Problems liegt auf der Hand: Eine **Besteuerung von hohen Einkommen und großen Vermögen** muss kommen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht kann jedenfalls nur abgelehnt werden, wenn die einen versuchen, eine finanzielle Besserstellung auf Kosten der anderen zu erreichen. Der Länderfinanzausgleich ist vorerst weiter notwendig. •

Der Länderfinanzausgleich

Im vergangenen Jahr haben Baden-Württemberg, Bayern und Hessen rund 7,9 Milliarden Euro an die Nehmerländer überwiesen. Anfang Februar kündigten die schwarz-gelben Landesregierungen von Bayern und Hessen nun an, gegen den Länderfinanzausgleich zu klagen.

In einer gemeinsamen Presseerklärung haben sich die DGB-Bezirke Bayern und Hessen-Thüringen gegen das Klagevorhaben der Landesregierungen ausgesprochen. So kritisiert der bayrische DGB-Bezirksvorsitzende Matthias Jena den Wunsch der beiden Landesregierungen nach mehr Steuerautonomie für die Bundesländer scharf. Er betont: „Regionale Zu- beziehungsweise Abschläge bei Einkommens-, Grund- oder Erbschaftssteuer lehnen wir ab."

Welche positiven Effekte der Länderfinanzausgleich haben kann, zeigt das Beispiel Bayern. Das Bundesland erhielt selbst von 1950 bis 1986 und dann nochmal 1992 Ausgleichszahlungen (insgesamt 3,4 Milliarden Euro) und konnte so den Wandel vom Agrar- zum Technologieland vollziehen.

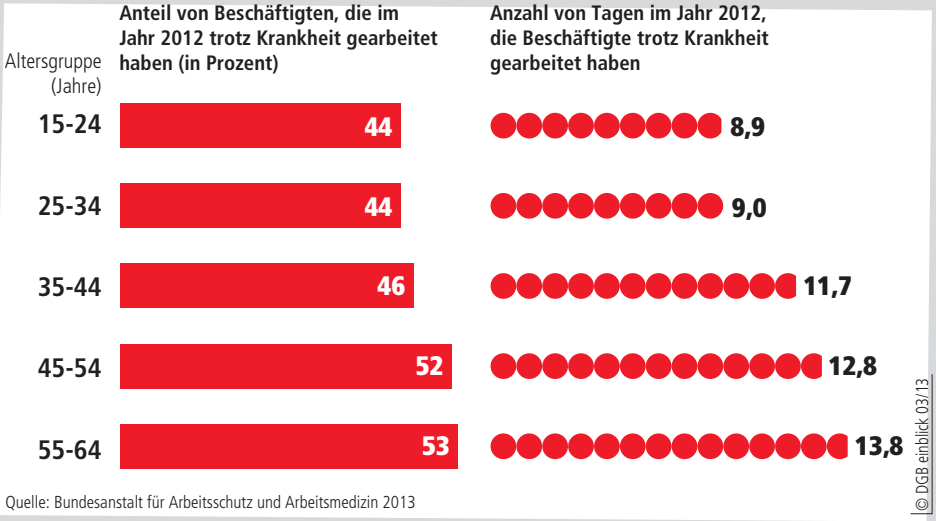
www.bayern.dgb.de/-/tsy

DIES & DAS

die DGB grafik

GESUNDHEIT: Jede/r Zweite erscheint krank bei der Arbeit

57 Prozent aller Beschäftigten gehen auch krank arbeiten. Das zeigt eine Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). 36 Prozent davon lassen sich zumindest zeitweise krankschreiben. Besonders Ältere erscheinen oft bei der Arbeit, auch wenn sie nicht gesund sind. Im Schnitt gaben die befragten 55- bis 64-Jährigen an, trotz Krankheit rund 14 Tage gearbeitet zu haben. Gesundheitsexperten warnen vor den Folgen.



Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2013

Tipp

***Buch:* BAB – Bundesverband Arbeitsorientierte Beratung e.V. (Hg.): Mitbestimmung braucht Beratung. Stand und Perspektiven Arbeitsorientierter Beratung, Graewis Verlag GmbH, Berlin 2013, 192 Seiten, 19,95 Euro (verlag@graewis.de)**

Arbeitsorientierte Beratung von Unternehmen bezieht die Beschäftigten im Beratungsprozess aktiv mit ein – in guten wie in schlechten Zeiten. Für die BeraterInnen, die sich im BAB e.V. zusammengeschlossen haben, gilt darüber hinaus: Ihre Beratung soll die Mitbestimmung stärken und nachhaltige Lösungen entwickeln, die die Interessen der Beschäftigten berücksichtigen. Arbeitsorientierte Beratung ist kein geschützter Begriff, und noch spielt sie auf dem Consulting-Markt nur eine marginale Rolle. Aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten die Beiträge in dem Band die Facetten arbeitsorientierter Beratung, ihre Potenziale und die künftigen Herausforderungen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

18.2. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Ein menschenwürdiges Leben kommt nicht von allein", Berlin

19.2. DGB Nord, Diskussion „Staatlicher Arbeitsschutz – Quo Vadis?", Kiel

20.2. Welttag der sozialen Gerechtigkeit

21.2. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Europäische Betriebsräte", Berlin

21.2. DGB Sachsen, Frauenfachtagung „Gleichberechtigt geht's leichter. Faire Chancen für erwerbstätige Frauen", Dresden

21./22.2. Hans-Böckler-Stiftung, DGB, „5. Hochschulpolitisches Forum: Hochschulfinanzierung in Krisenzeiten", Berlin

21./22.2. WSI, Friedrich-Ebert-Stiftung, Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF e.V.), Jahrestagung „Zehn Jahre Hartz-Reform – was bleibt?", Berlin

21.2. DGB-Jugend Region Nordwürttemberg, IG Metall-Jugend Esslingen, KEB Esslingen, und andere, Seminar „Vorsicht Falle! Gefahren im Internet begegnen", Esslingen

23.2. GEW Hamburg, Seminar „Selbstbehauptung und Selbstverteidigung", Hamburg

26.2. DGB Ostbrandenburg, NSZZ Solidarność, Viadrina, Konferenz „Rente mit 67? Anspruch und Wirklichkeit", Słubice/Polen

1.-3.3. Konferenz „Erneuerung durch Streik", Stuttgart

Schlusspunkt.

„Wir haben keine Rohstoffe, aber Grips, davon leben wir."

Außenminister Guido Westerwelle (FDP) im Interview in der Thüringer Allgemeinen vom 10. Februar

Mutterschutz

Arbeitgeber muss Verbote beachten

Die Beschäftigungsverbote des Mutterschutzgesetzes richten sich ausschließlich an den Arbeitgeber. Die schwangere Arbeitnehmerin ist nicht Adressatin des Beschäftigungsverbots, sie wird beschäftigt. Der Arbeitgeber muss ein Beschäftigungsverbot deshalb auch beachten, wenn die werdende Mutter bereit wäre, trotz des Beschäftigungsverbots zu arbeiten. Ein Beschäftigungsverbot enthält kein Vergütungsverbot. Hat die schwangere Arbeitnehmerin verbotswidrig gearbeitet, so verliert sie nicht deswegen ihren Vergütungsanspruch.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 27. Januar 2012 - 12 Sa 46/11

Hartz IV

Umzug auch bei körperlichen Problemen

Ein Umzug ist erforderlich, wenn für den Wohnungswechsel ein plausibler, nachvollziehbarer und verständlicher Grund vorgelegen hat, von dem sich auch ein Nichthilfebedürftiger hätte leiten lassen. Dafür ist es ausreichend, dass das Treppensteigen für den Leistungsberechtigten mit Schmerzen verbunden ist und keine Verbesserung des gesundheitlichen Zustands zu erwarten ist. Die Grenze der Unzumutbarkeit muss nicht abgewartet werden.

Sozialgericht Gießen, Beschluss vom 10. Januar 2013 – S 25 AS 832/12 ER

Gleichbehandlungsgesetz

Ohne Religion – Keine Diskriminierung

Weist ein Krankenhaus in kirchlicher Trägerschaft die Bewerbung eines Krankenpflegers allein mit der Begründung zurück, er sei nicht Mitglied einer Religionsgemeinschaft, stellt dies eine Diskriminierung im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes dar. Der benachteiligte Arbeitnehmer hat Anspruch auf eine Entschädigung.

Arbeitsgericht Aachen, Urteil vom 13. Dezember 2012 - 2 Ca 4226/11

Ein-Euro-Job

Bei Krankheit kein Geld

Ein-Euro-Jobber erhalten eine Aufwandsentschädigung. Diese wird nur für die tatsächliche Anwesenheit gezahlt. Bei krankheitsbedingten Fehlzeiten gibt es kein Geld. Denn bei Ein-Euro-Jobs liegt weder ein Beschäftigungsverhältnis vor, noch fallen während der Krankheit Mehraufwendungen an, die entschädigt werden müssten.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 24. Mai 2012 - L 2 AS 397/10

Arbeitslosengeld

Sperrzeit bei Arbeitsablehnung

Lehnt der Arbeitslose eine von der Arbeitsagentur angebotene Stelle ohne wichtigen Grund ab oder bewirbt sich nicht um die Arbeitsstelle, so wird eine Sperrzeit von drei Wochen verhängt. Bei Wiederholung beträgt die Sperrzeit sechs Wochen. Der Eintritt einer zweiten Sperrzeit setzt voraus, dass dem Arbeitslosen wegen der vorangegangenen Sperrzeit zuvor ein Bescheid erteilt worden ist.

Sozialgericht Kassel, Urteil vom 7. November 2012 – S 7 AL 214/10

Hartz IV

Ausgezahlter Resturlaub kein Einkommen

Eine gezahlte Urlaubsabgeltung ist nicht auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld II anzurechnen.

Der Fall: Der Arbeitnehmerin stand bei Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses noch ein Resturlaubsanspruch zu, der durch Urlaubsabgeltung in Höhe von etwa 300 € netto ausgezahlt wurde. Das Jobcenter rechnete diesen Betrag mindernd auf das Arbeitslosengeld II an. Die dagegen erhobene Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Das Jobcenter ist zur Auszahlung des angerechneten Betrags verpflichtet. Bei der gezahlten Urlaubsabgeltung handelt es sich um eine zweckbestimmte Einnahme, die nach Sozialgesetzbuch II nicht als Einkommen anzurechnen ist. Die Urlaubsabgeltung dient dem Zweck, den (vormaligen) Arbeitnehmer für den aus betrieblichen Gründen entgangenen Urlaub zu entschädigen und ist daher mit einer Entschädigungszahlung zu vergleichen, die den Empfänger finanziell in die Lage versetzen soll, die verpasste Erholungsphase durch anderweitige Aktivitäten (Restaurantbesuche, Wellness oder Ähnliches) nachzuholen. Um diesen Zweck nicht zu unterlaufen, ist die Urlaubsabgeltung nicht auf das Arbeitslosengeld II anzurechnen.

Sozialgericht Düsseldorf, Urteil vom 18. Oktober 2012 – S 10 AS 87/09

Betriebsratsmitglieder

Müssen über Mobbing Bescheid wissen

Ob der Betriebsrat ein Betriebsratsmitglied zu einer Schulung über Mobbing entsendet, entscheidet der Betriebsrat selber.

Der Fall: Der Betriebsrat einer Münchener Firma beschloss, den stellvertretenden Vorsitzenden zu einem Seminar über Mobbing zu entsenden. Der Arbeitgeber weigerte sich, die Kosten zu übernehmen. Im Betrieb bestehe ein Sozialdienst, der sich der Anliegen der Beschäftigten und deren Gesundheitsschutz annehme und der der Schweigepflicht unterliege. Zudem habe der Betriebsratsvorsitzende acht Jahre zuvor bereits ein Seminar über Mobbing besucht. Der Antrag des Betriebsrats, den Arbeitgeber zur Kostenübernahme zu verpflichten, hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Betriebsrat überschreitet sein Ermessen, ein Betriebsratsmitglied zu einer Spezialschulung zum Thema Mobbing zu entsenden, nicht, wenn er aktuelle betriebliche Konflikte vortragen kann oder wenn er sich mit dem Thema (Abschluss einer Betriebsvereinbarung zu Thema Mobbing) befassen will. Der Schulungsteilnahme steht auch nicht entgegen, dass acht Jahre zuvor eine Schulung zu diesem Thema besucht wurde. Der Betriebsrat kann die Schulung eines weiteren Betriebsratsmitglieds für Vertretungsfälle ins Auge fassen.

Das Bestehen einer betrieblichen Sozialberatung steht einer Schulung eines Betriebsratsmitglieds nicht entgegen. Das Betriebsverfassungsgesetz weist dem Betriebsrat hier ebenso Beteiligungsrechte zu, sodass eine ausreichende Zahl seiner Mitglieder geschult sein muss, falls Mitarbeiter des Betriebes den Betriebsrat wegen (vermeintlichen) Mobbings kontaktieren.

Der Betriebsrat hat ein gewisses Auswahlermessen, zu welcher Schulung er Mitglieder entsendet. Er muss auch nicht zwingend eine kostenfreie eintägige Veranstaltung buchen, sofern diese Veranstaltung nicht als inhaltlich gleichwertig hinsichtlich der Bedürfnisse des Betriebsrats zu bewerten ist.

Landesarbeitsgericht München, Beschluss vom 30. Oktober 2012 – 6 TaBV 39/12

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 3/13

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 04.03.2013 4/13

DGB

inhalt

Seite 3
Weniger Kontrollen
Die Pläne der EU-Kommission zur Entsenderichtlinie fördern Lohndumping und den Abbau von Arbeitnehmerrechten

Seite 5
Nachwuchs auf dem Sprung
Die Personalplanung der Gewerkschaften ist langfristig angelegt. einblick zeigt, wie IG Metall und Co. ihren Nachwuchs ausbilden

Seite 7
Bündnis gegen Armut
DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärt, warum der DGB gemeinsam mit Bündnispartnern für ein menschenwürdiges Existenzminimum kämpft

Werkverträge

Weder sicher noch fair

Der DGB verlangt eine gesetzliche Regelung für Werkverträge. Zunehmend nutzen Unternehmen Werkverträge als Schlupfloch, um Arbeitnehmerrechte zu umgehen. Die Folge sind unsichere Arbeitsverhältnisse, oft verbunden mit Lohneinbußen.

Seit die Leiharbeit besser reguliert wurde, steigt die Zahl der Werkverträge. Sie sind für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer die neue Strategie der Arbeitgeber, „um billig im Geschäft zu bleiben". Nachprüfbare Zahlen über das Ausmaß gibt es nicht. Selbst Betriebsräte erfahren häufig nicht, wer in ihrem Unternehmen auf einer Werkvertragsbasis arbeitet.

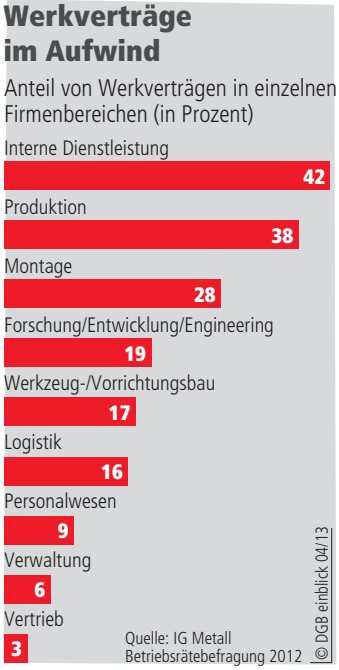
Bei der Sachverständigenanhörung im Bundestag über Anträge der Grünen und der Linken zur Regulierung von Werkverträgen im April 2012 berichtete Jörg Spies, Mitglied in Gesamtbetriebsrat und Aufsichtsrat von Daimler, von der „akribischen Arbeit" der Daimler-Betriebsräte. Sie hatten aufgrund eigener Recherche herausgefunden, dass die 2300 Beschäftigten im Entwicklungsbereich von 800 MitarbeiterInnen unterstützt werden, die nur einen Werkvertrag haben. Diese verdienten zudem 40 Prozent weniger als ihre festangestellten KollegInnen, erläuterte Spies.

Ende Februar 2013 beschäftigten sich die Bundestagsabgeordneten erneut mit dem Thema Werkverträge. Die SPD und die Linke hatten mit neuen Vorlagen die Debatte angestoßen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach lobte den Vorstoß der SPD, denn die aktuellen Regeln ließen „große Schlupflöcher offen". Die SPD greift einige der Forderungen des DGB auf. So will sie die Beteiligungsrechte der Betriebsräte bei Werkverträgen erweitern. Die Mitbestimmungsrechte „greifen zu kurz, sind zu unbestimmt" und bedürften einer „klarstellenden Aufnahme in das Betriebsverfassungsgesetz", heißt es in einem DGB-Positionspapier vom Oktober vergangenen Jahres.

Klare gesetzliche Vorgaben sollen eine Abgrenzung zwischen echten und Umgehungswerkverträgen sicherstellen. Auch bessere Kontrollen hält der DGB für unabdingbar. Buntenbach hofft, dass die Bundestagsdebatte dazu führt, „dass die Bundesregierung endlich handelt". Doch in der Diskussion zeigten die Redner von Schwarz-Gelb wenig Neigung, den Missbrauch durch Gesetze zu stoppen.

Für die CDU-Abgeordnete Gitta Connemann ist die Vorlage „ein übermäßiger Eingriff in die unternehmerische Freiheit und damit verfassungswidrig". Ihr FDP-Kollege Heinrich Kolb ist sicher, dass Werkverträge „zu einer Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt" beitragen. Der SPD-Entwurf wird nun in den zuständigen Fachausschüssen beraten. •

DGB-Positionspapier im Netz: www.dgb.de/-/5X9



Konkrete Angaben über die Zahl von Werkverträgen gibt es nicht. Im September 2012 befragte allerdings die IG Metall 4000 Betriebsräte nach dem Einsatz von Werkverträgen in ihren Unternehmen. Eine Zunahme wurde von den Betriebsräten generell bestätigt. Am häufigsten werden interne Dienstleistungen per Werkvertrag geregelt.

plusminusBERLIN

+ ***Entgeltgleichheit für Frauen will die SPD-Bundestagsfraktion jetzt gesetzlich regeln. Die Abgeordnete Anette Kramme betont, dass ein solches Gesetz es Frauen künftig „viel einfacher mache", gegen Entgeltdiskriminierung vorzugehen.***

– ***Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach findet ein solches Gesetz überflüssig, es schränke die Tarifautonomie unzulässig ein. Die CDU/CSU setze darauf, „Frauen durch geeignete Maßnahmen im Erwerbsleben zu unterstützen".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/2877_42314.htm
WSI-Arbeitskampfbilanz: Deutliche Zunahme der Arbeitskämpfe im Jahr 2012

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Stellungnahme zu Gesetzesanträgen, die die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt verbessern wollen

Bundessozialgericht

Immer mehr Verfahren

Hoch komplexe Regelungen und häufige Änderungen im Sozialrecht belasten die Sozialgerichtsbarkeit und führen nach wie vor zu zahlreichen Klagen. Dabei sorgt Hartz IV für hohe Arbeitsbelastungen der SozialrichterInnen – vor allem in der Erstinstanz. Mit 3667 neuen sozialrechtlichen Streitsachen ist beim Bundessozialgericht (BSG) im vergangenen Jahr ein neuer Höchststand erreicht worden. Revisionen, Nichtzulassungsbeschwerden und sonstige Streitfälle haben um neun Prozent zugenommen. Obwohl 2012 insgesamt 3686 Fälle abgeschlossen werden konnten, liegen noch 1116 zur Befassung vor. Laut BSG-Jahresbericht geht es vor allem um „Leitentscheidungen im Bereich der Grundsicherung" und die Einkommensanrechnung von Partnern der Leistungsbezieher.

Hartz IV führt besonders in Berlin und Brandenburg zu hoher Belastung der Sozialgerichte. „Allein am Sozialgericht Berlin sind seit der Einführung von Hartz IV über 165 000 Jobcenter-Streitigkeiten eingegangen. Noch in diesem Frühjahr erwarten wir das 170 000. Hartz-IV-Verfahren", kündigt Sabine Schudoma, Präsidentin des Berliner Sozialgerichts an. •

Europäische Betriebsräte

Großes Potenzial

Das Innovations- und Solidaritätspotenzial der Europäischen Betriebsräte (EBR) ist groß, betonte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel auf einer Fachtagung Ende Februar in Berlin. Die EBR seien ein gemeinsames Bekenntnis zur Arbeitnehmerpartizipation in Europa, so Hexel. Der rasante Wandel der Arbeitswelt erfordere, dass alle mehr Verantwortung übernehmen. „Wir müssen in Europa dafür sorgen, dass die Entscheidungen, die in den Konzernen fallen, rascher kommuniziert werden." ArbeitnehmerInnen müssten sich europaweit in die Gestaltung des Arbeitsplatzes und der Unternehmenspolitik einbringen können, und zwar von Beginn an. •

Betreuungsgeld

Hamburg klagt

Ab 1. August soll das umstrittene Betreuungsgeld gezahlt werden. Nun hat Hamburg beim Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht. Die Hamburger begründen den Schritt u.a. damit, dass eine bundeseinheitliche Regelung nicht erforderlich sei. Die Justizsenatorin Jana Schiedek (SPD) kritisiert das Gesetz aber auch, weil es „aus gleichstellungspolitischer Sicht falsch" sei. •

Wir trauern um

Ernst Breit

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1982 bis 1990
Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft 1971 bis 1982

Ernst Breit wurde geachtet, verehrt und gemocht, weit über die Gewerkschaften und den DGB hinaus. In Wirtschaft und Politik wurde er geschätzt und genoss hohes Ansehen, auch nachdem er aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden war. Wir Gewerkschafter sind stolz darauf, dass er einer von uns war und dass wir gemeinsam mit ihm für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestritten und gekämpft haben. Viele Kolleginnen und Kollegen erinnern sich noch heute gerne an die Zusammenarbeit mit Ernst Breit, an seinen typisch norddeutschen Humor, den er auch in schwierigen Zeiten nicht verloren hat.

Er gehörte zu jener Generation, die mit Leidenschaft und Tatkraft die Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg wieder aufgebaut hat. Nach dem Mauerfall hat er den Weg bereitet für die Gewerkschaftseinheit im vereinten Deutschland. Die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und der Gewerkschaftsfreiheit lagen ihm immer besonders am Herzen. Er hat viele Herausforderungen seiner Amtszeit gemeistert, mit eiserner Disziplin und Entschlossenheit, mit dem nötigen Geschick und einem klaren Kurs.

Seine aufrechte, geradlinige Art wird uns weiter Vorbild sein. Nach innen hat er die DGB-Gewerkschaften geeint, nach außen klare Kante gezeigt. Sein Leitmotiv war dabei immer die menschliche Arbeit und ihr Wert.

Wir werden ihn vermissen.

Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand

Die Beisetzung findet im engsten Familien- und Bekanntenkreis statt.

Anstelle von freundlich zugedachtem Blumenschmuck bittet die Familie um eine Spende für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Sonderkonto für Kondolenzspenden: Kontonummer 107 002 2029, Bremer Landesbank, BLZ 290 500 00, Stichwort Ernst Breit oder die Deutsche Krebshilfe: Kontonummer 82 82 82, Kreissparkasse Köln, BLZ 370 502 99, Stichwort Ernst Breit.

NACHRUF

Foto: DGB/Simone M. Neumann

„Die Gewerkschaftsbewegung hat einen ihrer Großen verloren"

Am 22. Februar 2013 ist der ehemalige DGB-Vorsitzende ***Ernst Breit*** *im Alter von 88 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit verstorben. „Ernst Breit wurde geachtet, verehrt und gemocht, weit über die Gewerkschaften und den DGB hinaus", würdigt ihn der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Mit ihm hat die Gewerkschaftsbewegung einen ihrer Großen verloren." Von 1982 bis 1990 war der gelernte Postinspektor aus dem norddeutschen Dithmarschen Vorsitzender des DGB.*

Kondolenzschreiben senden Sie bitte an: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Vorsitzender, Henriette-Herz-Platz 2,10178 Berlin.

Entsenderichtlinie

EU will Kontrollen einschränken

Statt den Schutz entsandter ArbeitnehmerInnen zu erhöhen, will die EU-Kommission Kontrollen einschränken und Lohndumping Tür und Tor öffnen. Nichts anderes beinhaltet ihr Vorschlag für eine „Durchsetzungsrichtlinie" zur Entsendung, der jetzt vom Europaparlament und seinen Gremien sowie vom Ministerrat beraten wird. Ende Februar hat der EU-Binnenmarktausschuss die Verschlechterungen durchgewunken. Für den DGB ein Grund mehr, massiv gegen die Folgen – eine Aufweichung der Arbeitnehmerrechte und eine Ausweitung des Lohndumpings in Europa – vorzugehen.

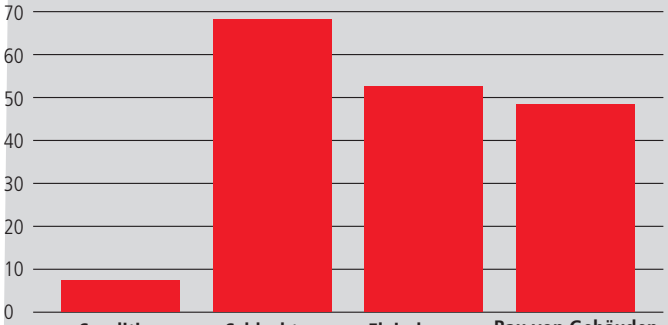
Sozialdumping und Missbrauch im Zusammenhang mit Entsendungen sind weit verbreitet. Viele Entsendefirmen halten sich nicht an die Regeln der geltenden Entsenderichtlinie, die wenigstens einen Mindestsschutz für entsandte Beschäftigte vorsieht. „Der Betrug etwa an polnischen, bulgarischen und rumänischen Entsendearbeitern ist hierzulande so häufig, dass Einzelfälle kaum noch dokumentiert werden können", stellt die IG BAU fest. Vor allem am Bau, in den Schlachthöfen und in der Pflege kommt Missbrauch häufig vor. Jahr für Jahr gibt es Tausende von Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Umfeld der Entsendungen. Und das ist aus Sicht der Gewerkschaften nur die Spitze des Eisbergs. Diesen Missbrauch will die EU-Kommission jedoch nicht bekämpfen. „Anstatt endlich die Rechte entsandter Beschäftigter zu stärken, plant die EU-Kommission im Gegenteil, die Entsendeunternehmen vor angeblich zu strengen Kontrollen zu schützen und leistet damit Lohndumping und Missbrauch Vorschub", stellt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fest.

Ende Februar hat sich der konservativ-liberal dominierte Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments (EP) mit der „Durchsetzungsrichtlinie zur Arbeitnehmerentsenderichtlinie" befasst. Aus der Sicht des Ausschusses soll die Finanzkontrolle Schwarzarbeit künftig weniger Möglichkeiten der Kontrolle erhalten. Zudem sollen die Entsendefirmen Dokumente wie etwa Arbeitsverträge nur noch übersetzen müssen, wenn sie nicht zu lang sind. Damit würden wirksame Kontrollen kaum möglich. Pikant ist, dass die deutschen EP-Abgeordneten von Union und Liberalen im Binnenmarktausschuss das Gegenteil von dem mitbeschlossen haben, was die Bundesregierung im Rat und ihre eigenen Parteikollegen zusammen mit SPD, Grünen und Linken in anderen Ausschüssen vehement fordern. Der Binnenmarktausschuss will weder eine europäische Regelung zur Generalunternehmerhaftung noch die Einrichtung von Beratungsstellen für entsandte Beschäftigte.

Die Gewerkschaften wollen, so Annelie Buntenbach, „dass am Ort der Arbeit das geltende Sozial- und Arbeitsrecht eingehalten wird, damit die Beschäftigten vor Ausbeutung geschützt werden". Die Praxis habe gezeigt, dass die Entsenderichtlinie keinen ausreichenden Schutz vor Ausbeutung bietet. Der DGB erwartet vom EU-Parlament und der Bundesregierung, den Richtlinienentwurf grundlegend zu überarbeiten und sich für eine Revision der Entsenderichtlinie einzusetzen. „Wir brauchen effektive Prävention, wirksame Kontrollen und Sanktionen, um entschieden gegen Briefkastenfirmen, jegliche Form von Sozialbetrug und den missbräuchlichen Einsatz von Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit vorgehen zu können. Wir wollen die Gleichstellung aller Beschäftigten – unabhängig von Herkunft und Beschäftigungsform und dies unter guten Bedingungen", betont Annelie Buntenbach.

Einsatz vor allem in Schlachtereien

Entsendebescheinigungen für nach Deutschland entsandte Beschäftigte ausländischer Firmen im Jahr 2011 nach Branchen (in Tausend)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund zitiert nach: Deutscher Bundestag, Drucksache 17/8222 vom 16.02.2011, DGB-Bildungswerk

© DGB einblick 04/13

Wie viel ArbeitnehmerInnen tatsächlich von ausländischen Firmen nach Deutschland entsandt werden, weiß niemand. Anders als etwa in Belgien gibt es hierzulande keine Meldepflicht für entsandte Beschäftigte. Die abgegebenen Meldebescheinigungen bei der Rentenversicherung zeigen aber zumindest, in welchen Branchen entsandte Beschäftigte vor allem eingesetzt werden: in Schlachtereien und im Baugewerbe .

Schlechter statt besser

Seit Jahren mahnen die Gewerkschaften an, dass die EU-Entsenderichtlinie überarbeitet werden muss, um Missbrauch zu bekämpfen. Notwendig ist eine Überarbeitung aus Sicht der Gewerkschaften vor allem auch wegen einer Reihe von EuGH-Urteilen (Laval, Viking, Kommission gegen Luxemburg, Rüffert), die die wirtschaftlichen Grundfreiheiten in der EU über die sozialen Grundrechte stellen und die Mindestbedingungen der Entsenderichtlinie als Maximalforderungen interpretieren.

2011 legte die Kommission daraufhin ihr „Entsendepaket" vor. Dazu gehören die „Monti-II-Verordnung", die unter anderem das Streikrecht einschränken wollte, sowie die „Durchsetzungsrichtlinie" zur Entsendung. Monti II ist aufgrund des Widerstandes einiger Mitgliedsstaaten und vor allem der Gewerkschaften mittlerweile vom Tisch. Anders die Veränderungen bei der Entsenderichtlinie.

www.einblick.dgb.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsame Werte & politisches Denken verbinden.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DGB und Linke im Dialog

Für ein soziales Europa

Am 25. Februar traf sich der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand mit den Parteivorsitzenden der Linkspartei Katja Kipping und Bernd Riexinger zum Gedankenaustausch. Neben der Regulierung des Arbeitsmarktes war das Konzept für ein soziales Europa eines der zentralen Themen des Treffens.

Der Kürzungspolitik der Bundeskanzlerin erteilte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer eine erneute Absage. „Wir wollen eine Bresche schlagen in die Wand der Deregulierung. Europa darf nicht sozial absacken und in seinem Sozialaufbau verkommen. Die Menschen haben es verdient, trotz und gerade während der Krise sozial gerecht behandelt zu werden", sagte Sommer. Nötig sei eine Politik, die ökonomischen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet.

Bernd Riexinger und Katja Kipping betonten die Gemeinsamkeiten der politischen Ziele der Linkspartei mit denen des DGB. Übereinstimmungen gebe es bei den Positionen zur Regulierung des Arbeitsmarktes, Mindestlohn, Vermögensumverteilung, Arbeitszeitverdichtung und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz, so die beiden Parteivorsitzenden.

Auch der vom DGB vorgeschlagene „Marshallplan für Europa" trifft bei der Linkspartei auf Zustimmung. Kipping: „Die europäische Idee zum Leben zu bringen, bedeutet, die soziale Dimension zu stärken." Da sei der Marshallplan ein wichtiges Instrument. •

EGB-Jugend

Gemeinsam für eine bessere Zukunft

Junge Menschen in Europa sind stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als andere Altersgruppen. Die Gewerkschaften fordern europäische Investitionen in die Jugend, um ihr Ausbildung und Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Im Vorfeld des nächsten EU-Gipfels plant der EGB am 13. und 14. März unter dem Motto „Gemeinsam für eine bessere Zukunft: Nein zu Sparmaßnahmen! Ja zu Arbeitsplätzen für junge Leute!" eine Reihe von Aktionen. Während die Aktionen am ersten Tag dezentral in den EU-Ländern stattfinden, soll es am zweiten Tag eine internationale Rallye in Brüssel geben.

Unter dem Motto „Solidarität kennt keine Grenzen: Eine Welt – eine Krise" diskutieren auf Einladung der DGB-Jugend am 18. März in der ver.di-Bundesverwaltung Jugendliche aus ganz Europa darüber, wie die Perspektiven junger Menschen in Europa gesichert werden können. •

Anmeldung bis zum 8. März:
Nicole.Wagner@dgb.de
www.etuc.org/a/10843

Frauentag

Zeichen setzen

Deutschland hinkt bei der Gleichstellung von Frauen hinterher. Nach wie vor liegt die häusliche Arbeit überwiegend in weiblicher Hand. Besonders viele Mütter arbeiten in Teilzeit, das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ist im internationalen Vergleich deutlich höher. Am 8.März, dem Internationalen Frauentag, wollen die Gewerkschaften deswegen Zeichen setzen.

Sie fordern unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro/Stunde, eine soziale Absicherung aller Arbeitsverhältnisse ab der ersten Arbeitsstunde, einen qualitativ hochwertigen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder und Pflegebedürftige sowie den Verzicht auf das Betreuungsgeld. Unternehmen sollen gesetzlich verpflichtet werden, ihre Entgeltpraxis geschlechtergerecht zu gestalten. •

Der DGB-Aufruf zum 8.März:
www.einblick.dgb.de

Dienstleistungspolitik

Innovationen notwendig

Der Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung in Deutschland wächst. Dabei verändern sich die Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten schnell. Innovationen spielen deshalb in diesem Sektor eine wichtige Rolle. Die Entwicklung moderner Dienstleistungen birgt Chancen, sie bringt jedoch auch neue Verwerfungen. Themen, denen die Tagung „Dienstleistungsforschung und Dienstleistungspolitik" von ver.di und Hans-Böckler-Stiftung am 24. und 25. April 2013 in Düsseldorf nachgeht. •

Maria-Jackschitz@boeckler.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Mitreden, mitbestimmen und Einfluss nehmen.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

interregio

••• Die ***Entgrenzung der Arbeitszeit*** hat Matthias Jena, Bezirksvorsitzender des ***DGB Bayern,*** bei einem Treffen des DGB-Bezirksvorstands mit dem Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche kritisiert: „Auch an traditionellen Werktagen findet eine zunehmende Entgrenzung der Arbeitszeit statt. Die Menschen haben immer weniger gemeinsame Freizeit." Es bleibe häufig kaum noch Raum für Familie und ehrenamtliche Tätigkeiten in Kirche, Gewerkschaft und Vereinen. Jena kritisierte außerdem „die unsägliche Debatte über faule Griechen". Der DGB werde am 1. Mai eindeutige Zeichen der Solidarität mit den KollegInnen in Griechenland und anderen europäischen Ländern setzen.

www.bayern.dgb.de/-/tBk

••• Der ***DGB Thüringen*** hat den Mitteldeutschen Rundfunk aufgefordert, möglichst bald zur besten Sendezeit den ***Film „Blut muss fließen"*** zu zeigen. Es sei „ein enorm wichtiger Film, der über die Gewaltbereitschaft der Neonaziszene aufklärt", so die Landesvorsitzende des DGB Thüringen Renate Licht. Er lege schonungslos offen, wer diese Menschen sind, die auch in Thüringen regelmäßig Konzerte veranstalten. Der Musiktitel „Blut muss fließen", nach dem der Film benannt ist, wird als erschreckend klarer Gewaltaufruf immer wieder auf den Konzerten der Neonaziszene gespielt und gesungen. Dabei reißen die Anwesenden nicht selten den rechten Arm zum so genannten Hitlergruß nach oben.

www.thueringen.dgb.de/-/tQA

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Überzeugende Leistungen & überzeugende Positionen.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Berufliche Bildung

Nachwuchs für die Gewerkschaften

In den kommenden Jahren werden tausende hauptamtliche GewerkschaftssekretärInnen in den Ruhestand gehen. einblick zeigt, wie die Gewerkschaften ihren Nachwuchs ausbilden und fördern.

DGB und Gewerkschaften planen langfristig den Generationenwechsel. Denn viele GewerkschaftssekretärInnen, die in den 1970er und 1980er Jahren ihre Arbeit bei den Gewerkschaften begonnen haben, werden in den nächsten Jahren in Rente gehen. Für den potenziellen Nachwuchs gilt: Wenn Überzeugung und Engagement passen, gibt es vielfältige berufliche Perspektiven.

Zum Beispiel bei der IG Metall: Dort gehen zwischen 2005 und 2017 rund 40 Prozent der knapp 1100 hauptamtlichen GewerkschaftssekretärInnen in den Ruhestand. Seit 2000 sorgt u.a. das hauseigene Trainee-Programm für die Ausbildung des Nachwuchses. Unter dem Motto „Mach dein Engagement zum Beruf" werden insgesamt bis Ende 2013 rund 400 Menschen an dem einjährigen Programm teilgenommen haben.

Joachim Beerhorst, Ressortleiter Personalentwicklung/Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche beim IG Metall-Vorstand, erklärt: „Bei der Auswahl schauen wir sehr genau hin, ob die Bewerberinnen und Bewerber zu den Anforderungen der IG Metall passen." Das hat sich bewährt, 95 Prozent der Trainees werden übernommen. Ein Großteil hat eine abgeschlossene Berufsausbildung, betriebliche Erfahrungen und eine zusätzliche akademische Ausbildung über die Europäische Akademie der Arbeit, Fachhochschulen oder Universitäten. Rund ein Viertel kommt direkt aus dem Hochschulstudium. „Eine gute Mischung", findet Beerhorst.

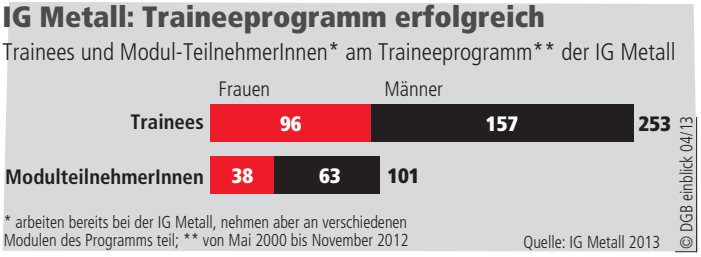
Neben theoretischen Lehrinhalten stehen Praxiseinsätze in Verwaltungsstellen, bei den Bezirksleitungen und in der Vorstandsverwaltung auf dem Programm. Zudem lernen die Trainees gewerkschaftliche Betriebsstrukturen kennen. „Die Nachwuchskräfte werden vor allem an der Basis, in den Verwaltungsstellen und in strategischen Projekten, eingesetzt", erläutert Beerhorst. Aktuell sind die Auswahlverfahren für den 24. (startet im Mai) und 25. Lehrgang (startet im November) abgeschlossen worden.

Auch ver.di kümmert sich langfristig um den Nachwuchs. „Seit 2004 läuft unser Programm ‚Jugendsekretär in Einarbeitung', um gezielt unseren Nachwuchs zu qualifizieren", erklärt Ute Grandt, Bereichsleiterin Strategische Personalentwicklung beim ver.di-Bundesvorstand. Dabei erhalten die jungen GewerkschafterInnen eine fundierte Ausbildung für die Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft. „Neben vielen rechtlichen Lehrinhalten legen wir auch Wert auf eine solide kommunikative Ausbildung." Denn Gewerkschaftsarbeit ist vor allem Kommunikation – mit den ArbeitnehmerInnen im Betrieb, in verschiedenen Gremien und natürlich auch mit den Arbeitgebern. Neben der klassischen Ansprache im Betrieb müssen GewerkschafterInnen auch in anderen Bereichen sicher und überzeugend auftreten, beispielsweise bei Tarifverhandlungen.

Das Bildungsprogramm für den Nachwuchs war letztendlich auch den Folgen der Gewerkschaftsgründung von ver.di geschuldet. Denn bereits die Vorläufer-Gewerkschaften haben ihre Personalpolitik auf die Fusion ausgerichtet. „Damals waren sich unsere Kolleginnen und Kollegen vollkommen darüber im Klaren, dass nach der Fusion viele Stellen doppelt und dreifach besetzt sein würden." Deshalb gab es mehrere Jahre einen Einstellungsstopp. „Um zu verhindern, dass der 50-jährige Jugendsekretär zur Regel wird, haben wir das Programm gestartet", so Grandt.

Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts stellt ver.di wieder ein. Dabei hat ein Großteil der neuen KollegInnen betriebliche und gewerkschaftliche Erfahrungen. „Quereinsteiger sind eher nicht die Regel", so Grandt. Einzig in den Organizing-Projekten gibt es Beschäftigte, die als Quereinsteiger mit Studium bei ver.di anfangen.

Die NGG hat in den vergangenen fünf Jahren 34 GewerkschaftssekretärInnen ausgebildet. Fester Bestandteil sind praxisnahe Einsätze in mindestens zwei NGG-Regionen, einem Landesbezirksbüro, beim DGB-Rechtsschutz sowie im NGG-Bildungszentrum in Oberjosbach. Aktuell sucht die NGG wieder BewerberInnen. Mehr Infos dazu gibt es unter *www.ngg.net*. Auch alle anderen Mitgliedsgewerkschaften und der DGB sowie gewerkschaftsnahe Bildungsinstitutionen (s. Randspalte) bieten Programme und Schulungen an, um GewerkschaftssekretärInnen fit für die Zukunft zu machen.



134 Frauen und 220 Männer haben von Mai 2000 bis November 2012 am Trainee-Programm der IG Metall teilgenommen.

Fit für die Gewerkschaftsarbeit

Seit über 90 Jahren ist die Europäische Akademie der Arbeit (EAdA) die Bildungsinstitution, wenn es um gewerkschaftliche Aus- und Weiterbildung geht. Beschäftigte mit einer abgeschlossenen Ausbildung oder mit Berufserfahrungen können an der EAdA ein elfmonatiges Studium absolvieren.

Ziel ist es, die TeilnehmerInnen für eine fundierte Interessenvertretung in Betrieben, Politik oder Nichtregierungsorganisationen fit zu machen. Zudem gilt ein Abschluss an der EAdA auch als Vorbereitung für eine Aufnahmeprüfung an einer Fachhochschule oder Universität. Die Bewerbungsphase für das Studienjahr 2013/2014 hat begonnen. Einsendeschluss ist der 11. Mai 2013.

Weitere Infos gibt es unter:
www.akademie-der-arbeit.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das Mitglied im Blick, der Mensch im Mittelpunkt.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

kurz&bündig

Der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut fordert, jede Form von Cyberkriminalität zur Anzeige zu bringen: „Der Staat darf seinen Strafverfolgungsanspruch in keinem Deliktsbereich aufgeben und sein Gewaltmonopol nicht gefährden." Mit Sorge sieht die GdP die Tendenz, Angriffe gegen EDV-Anlagen nur durch private Sicherheitsunternehmen verfolgen zu lassen.

Mit einem Strafantrag gegen die Pasta- und Pizzakette Vapiano SE haben NGG und Wahlvorstand auf Behinderungen der Betriebsratswahl in der Bochumer Filiale reagiert. Die Beschäftigten wollen dort den ersten Betriebsrat in einer von Vapiano selbst geführten Filiale wählen.

Bundesweit fehlen in Krankenhäusern rund 162 000 Vollzeitstellen. Das hat ver.di aus einer Stichprobe in bundesweit 200 Krankenhäusern hochgerechnet. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Ellen Paschke fordert: „Der Wettbewerb der Krankenhäuser um immer geringeren Personaleinsatz und die niedrigste Fachkräftequote muss beendet werden."

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis hat den Umbau des Strommarktes gefordert. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) müssten grundsätzlich reformiert und in einem neuen Strommarktgesetz zusammengefasst werden.

Mindestlohn

Klare Vorgabe statt Flickenteppich

Was sich Union und auch Teile der FDP als Lohnuntergrenze vorstellen können, hat mit einem flächendeckenden Mindestlohn per Gesetz nichts zu tun. Vor allem fehlt eine klare Ansage, wie hoch ein Stundenlohn zwingend sein muss. Für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer sind es „taktische Spielchen", auf die sich der DGB nicht einlassen würde.

„Man tut so, als ob man einen gesetzlichen Mindestlohn einführen will, und plant in Wahrheit einen Flickenteppich aus verschiedenen Lohnuntergrenzen", kommentiert DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki die Vorschläge der Regierungskoalition. Nach dem Parteitagsbeschluss der Union, dem sich nun auch die FDP anzunähern scheint, sind differenzierte Lohnuntergrenzen möglich. So könnte eine Thüringerin trotz „Mindestlohn" weiterhin weniger verdienen als ihre Kollegin in Bayern. Selbst innerhalb von Branchen oder bestimmten Arbeitnehmergruppen wären Unterschiede möglich.

Im Gegensatz dazu fordert der DGB einen gesetzlichen Mindestlohn für alle. Dies wollen nun auch sechs rot-grün geführte Landesregierungen sowie das von SPD und Linke regierte Brandenburg über eine Bundesratsinitiative umsetzen. Nach deren Gesetzentwurf würde definitiv ein Mindestlohn von 8,50 Euro bundesweit gesetzlich festgeschrieben. Selbst wenn Tarif- oder auch Arbeitsverträge unterhalb dieses Niveaus abgeschlossen werden, gilt der Mindestlohn. Das betrifft auch nach Deutschland entsandte ArbeitnehmerInnen.

Sowohl die rot-grüne-Initiative wie auch der CDU/CSU-Plan sehen vor, dass eine Kommission die Höhe des Mindestlohns ausarbeitet und dem Bundesarbeitsministerium vorschlägt. In der Bundesratsvorlage geht es darum, die jährlichen Erhöhungen festzulegen. Hier soll ein Gremium aus neun Personen, paritätisch besetzt von Arbeitnehmer- und ArbeitgebervertreterInnen sowie Sachverständigen hinzugezogen werden. Beim CDU/CSU-Vorschlag soll hingegen eine 14-köpfige Gruppe aus ArbeitnehmerInnen und ArbeitgebervertreterInnen Lohnuntergrenzen vorschlagen, die sich an den allgemein verbindlich erklärten tariflichen Entgelten orientieren.

www.mindestlohn.de
www.einblick.dgb.de/hintergrund

?...nachgefragt

Foto: DGB

Pferdefleisch in Fertiggerichten oder gefälschte Bio-Eier: Die Lebensmittelskandale reißen nicht ab. Claus Matecki, im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Verbraucherpolitik zuständig, fordert mehr Kontrollen, höhere Bußgelder und einen Informantenschutz für Beschäftigte.

„Der von den Verbraucherministern von Bund und Ländern vorgelegte Aktionsplan wird die Missstände in der Fleischproduktion und die kriminelle Energie beim Untermischen von Pferdefleisch in Fertiggerichte nicht beenden. Abhilfe kann nur eine lückenlose Dokumentation der Herkunft aller Bestandteile eines Produktes liefern. Bei der heutigen, weit verzweigten industriellen Nahrungsmittelproduktion ist ein enges Kontrollsystem sowie absolute Transparenz und Klarheit auf den Verpackungen notwendig. Nur wenn alle Bestandteile eines Produktes, die regionalen Herkunftsangaben sowie die verschiedenen Herstellstufen angegeben sind, ist eine lückenlose Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln nach dem Motto: „Vom Acker bis auf den Tisch" gewährleistet.

Der DGB stimmt mit der NGG überein, dass die derzeitige Kennzeichnung von Lebensmitteln nicht ausreichend ist. Schärfere Kontrollen, höhere Bußgelder und ein gesetzlicher Informantenschutz sind dringend notwendig. Die Beschäftigten in den Lebensmittel-Produktionsbetrieben, in den Fleischereien oder im Handel sind in der Lage, Missstände und Verstöße gegen geltendes Recht zu melden und dadurch den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten.

Der aktuelle Skandal um die Beimischung von Pferdefleisch in Fertigprodukte hat aus Sicht des DGB tiefer liegende Ursachen. Die Arbeitsbedingungen in Großfleischereien, wo Leiharbeit, Werkverträge und Niedriglohn-Bedingungen vorherrschen, sind oft alarmierend. Der Druck, immer billiger zu produzieren, wirkt sich auf die Arbeitsbedingungen verheerend aus.

Der DGB fordert, dass Qualität auch ihren Preis haben muss. Dies setzt jedoch voraus, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt werden, qualitativ hochwertig konsumieren zu können. Deshalb brauchen die Menschen dringend kräftige Lohnerhöhungen, einen gesetzlichen Mindestlohn, Equal Pay in der Leiharbeit sowie die Austrocknung des prekären Beschäftigungssektors, um auch mit mehr Geld in der Tasche qualitativ hochwertiger konsumieren zu können. Eine Ramschökonomie, in der Billigfleisch für Niedriglohnempfänger zusammengepanscht wird, lehnt der DGB entschieden ab."

Gesellschaftliches Bündnis

Ein menschenwürdiges Leben für alle

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärt, warum der DGB gemeinsam mit Bündnispartnern für ein menschenwürdiges Existenzminimum kämpft.

Bei der Diskussion um das gesellschaftliche Existenzminimum darf es keine Ruhe geben. Zu offensichtlich ist der Regelsatz nach politischen Vorgaben heruntergerechnet worden. Mit diesem Zustand will sich ein, unter anderem vom DGB im Herbst 2012 mitbegründetes, breites Bündnis nicht zufrieden geben. Neben Gewerkschaften sind Erwerbslosenitiativen vertreten sowie Wohlfahrtsverbände, attac, PRO ASYL, die Nationale Armutskonferenz aber auch Bauernverbände und der BUND.

Zentrale Forderung ist die Anhebung des Regelsatzes, der sowohl den Hartz-IV-Leistungen zugrunde liegt als auch den Leistungen der Sozialhilfe. **Der Regelsatz beeinflusst direkt die Lebenssituation von über sieben Millionen Menschen,** er ist aber auch für den steuerlichen Grundfreibetrag von uns allen von Bedeutung. Die Gewerkschaften engagieren sich vor allem deswegen, weil die Grundsicherung letztendlich auch den Preis der Arbeit, also die Löhne beeinflusst. Niedrige Sozialleistungen erhöhen den Druck auf Arbeitslose, Arbeit zu jedem (niedrigen) Lohn akzeptieren zu müssen. Die Zunahme der atypischen und prekären Beschäftigung ist ein Beleg dafür. Das zerstört die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und schwächt die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften.

Viele Menschen sind lange Zeit auf Hilfe angewiesen. PolitikerInnen gehen häufig davon aus, dass der Hilfebedarf vorübergehend ist und deswegen die Höhe der Sätze nicht der entscheidende Punkt sei. Doch dies ist eine Fehleinschätzung. Nur ein Teil der Arbeitssuchenden kann die Hilfebedürftigkeit schnell verlassen, 40 Prozent der Leistungsempfänger sind dauerhaft, allenfalls mit kurzen Unterbrechungen, auf Leistungen angewiesen. Für diese Gruppe ist die Situation besonders prekär. Hinzu kommen 1,3 Millionen Menschen, die arbeiten und trotzdem arm bleiben.

Niedrige Löhne ermöglichen keine gesunde Ernährung. Dies setzt auch die Erzeuger unter Druck und geht zu Lasten der Tiere, der Umwelt und der Gesundheit. Deswegen sind auch die Umweltverbände und die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft eingebunden. Die Bündnispartner sind sich einig, **der Regelsatz darf nicht fiskalischen Vorgaben unterworfen werden,** sondern muss korrekt nach den gesetzlichen Bestimmungen berechnet werden. Als Vergleichsgruppe dienen die Einkommen der untersten 15 Prozent (beziehungsweise 20 Prozent bei Familien) der Beschäftigten, darunter auch viele Arme, die aus Scham oder Unwissenheit auf Leistungen verzichten. Wenn auf diese ohnehin niedrigen Einkommen noch zweifelhafte Abschläge vorgenommen werden, kann dies nicht hingenommen werden. Ein Gutachten im Auftrag des DGB kommt zu dem Ergebnis, dass das Verfahren zur Ermittlung der Regelsätze verfassungsrechtlich bedenklich ist. Die Auswirkungen dieses Kleinrechnens zeigen sich vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Ihre Regelsätze werden für einen längeren Zeitraum eingefroren, weil sie angeblich zu hoch sind. Das Bündnis fordert, die Sätze für Kinder und Jugendliche stärker bedarfsorientiert zu bewerten, also danach, was Kinder und Jugendliche wirklich brauchen.

Foto: DGB/Jana Stritzke

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist unter anderem zuständig für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Die Regelsätze müssen mindestens jährlich an die Inflationsrate angepasst werden. Langlebige Gebrauchsgüter müssen extra gewährt werden, weil Ansparungen aus dem ohnehin knappen Haushaltsbudget in der Regel nicht möglich sind. Auch darf es nicht zweierlei Recht geben für Inländer und Asylbewerber. **Der Sinn des Bündnisses ist, nicht nur in der Politik sondern auch bei den Bürgern aktiv zu werben.** Die Bürger verstehen es vielleicht besser, wenn man deutlich macht, dass Billiglöhne zu Billignahrung führen, die Böden verseuchen, die Gesundheit ruinieren und die Umwelt verschmutzen.

Die soziale Mindestsicherung ist mehr als „satt und ein Dach über dem Kopf". Es geht auch um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Teilhabe an Bildung und Kultur, und es geht darum, dass Armut nicht diskriminieren darf. Dies ist mit den derzeitigen Regelsätzen nur unzureichend erreicht. Deswegen ist ein „Update" erforderlich, wie es im Untertitel des Aufrufes unseres Bündnisses heißt. •

Der Aufruf des Bündnisses: www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org

Verwässert und beschönigt

Der DGB hat den Umgang der Bundesregierung mit dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht scharf kritisiert. „Es ist einer Bundesregierung unwürdig, die Armutsprobleme kleinzureden und die Wirklichkeit so zu verbiegen, damit sie in ihr Weltbild passt", sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Die Koalition verwässere, verschleiere und beschönige entscheidende Aussagen des Berichts. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Koalition die Niedriglohn- und Armutsrisikoquote als offene Probleme aus dem Berichtsentwurf gestrichen hat.

Gerade die Entwicklung von Armutslöhnen sei charakteristisch für die Entkopplung der Arbeitslosenzahlen von den Armutszahlen. „Ein wirkliches Armutszeugnis ist, dass die Koalition den Ansatz einer Lohnuntergrenze gestrichen hat und offenbar auch keinen Wert mehr darauf legt, privaten Reichtum über die Einkommenssteuer hinaus zur Finanzierung des Staates heranzuziehen", kritisiert Buntenbach. Alles in allem zeige der Bericht, dass die Politik der Bundesregierung die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt.

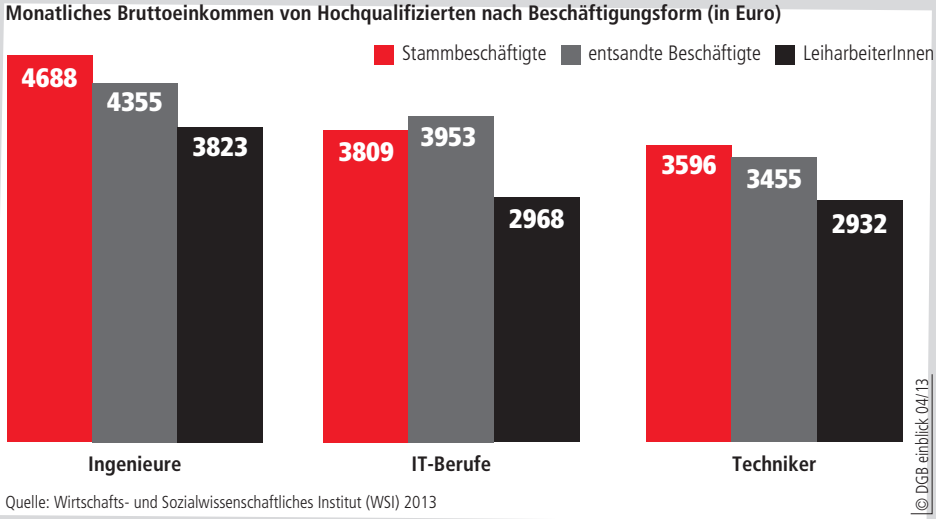
Auf der DGB-Homepage gibt es eine Stellungnahme zum Entwurf des Berichts: www.dgb.de/-/5ry

DIES & DAS

die DGB grafik

LEIHARBEIT: Auch Hochqualifizierte verdienen weniger

Lohndumping auch für Hochqualifizierte: IngenieurInnen, IT-ExpertInnen und TechnikerInnen, die als Leiharbeitskräfte beschäftigt sind, verdienen deutlich weniger als Stammbeschäftigte. Das belegt eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes (WSI). Zudem müssen sie teilweise länger arbeiten und erhalten seltener Urlaubs- oder Weihnachtsgeld. Tarifbindung wirke sich bei Stammbeschäftigten und entsandten ArbeitnehmerInnen positiv auf die Lohnhöhe aus, so das WSI.



Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) 2013

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

4.3. DGB-Region Niedersachsen-Mitte, IG Metall Hannover, GEW Hannover, DGB-Jugend Hannover, Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen, Arbeit und Leben e.V., Volkshochschule Hannover und andere, „Eröffnung der Veranstaltungsreihe „Antisemitismus in Deutschland heute", Hannover

5.3. EVG, Mitbestimmungskonferenz, Berlin

5./6.3. Universität Kassel, Tagung „Vereinbarkeit und Beruf", Kassel

6.3. IG Metall, „16. AngestelltenForum", Wolfsburg

7.3. ver.di, Tagung „Beruf und Pflege besser vereinbaren – alternsgerechte Arbeitsbedingungen gestalten", Frankfurt am Main

7./8.3. ver.di, GEW, GdP, IG BAU, dbb beamtenbund und Tarifunion, Dritte Runde Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst der Länder, Potsdam

8.3. Internationaler Frauentag

11.-17.3. Linke Medienakademie e.V., Medienakademie „#LIMA13", Berlin

12.3. DGB, ver.di, EVG, Kooperationsstelle Wissenschaft/Arbeitswelt der TU Berlin, Tagung „Mit Bus und Bahn in die Zukunft?", Berlin

12./13.3. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Betriebliche Altersversorgung", Hannover

13.3. DGB, IG BCE, Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Mannsbilder – Weibsbilder – Medienbilder? Medien und Sprache", Hannover

15./16.3. GEW Bayern, Seminar „Innere Militarisierung", München

16.3. DGB-Jugend, Aktionstage „Jugend macht Ansagen", verschiedene Städte

18.3. DGB, Internationale Jugendkonferenz „Solidarität kennt keine Grenzen: Eine Welt – eine Krise", Berlin

18.3. DGB NRW, Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Erneuerbare Energien Innovationen und Beschäftigungseffekte", Jülich

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Sabrina Klaus-Schelletter,*** 33, ist seit Januar politische Referentin in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Dort ist sie zuständig für die Themen Jugendliche, Frauen, Langzeitarbeitslosigkeit und MigrantInnen am Arbeitsmarkt. Klaus-Schelletter arbeitet seit 2006 beim DGB, zunächst als Jugendbildungsreferentin und seit 2009 in der Abteilung Jugend und Jugendpolitik.

••• ***Konstantin Kohl,*** 31, ist der neue Referent in der Abteilung Jugend und Jugendpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Seine Themen sind Jugendbildungsarbeit, JAV-Wahlen und Social Media. Konstantin Kohl war zuvor Jugendsekretär der NGG.

Schlusspunkt.

„Den Begriff haben wir uns einfallen lassen, als viele in der Union beim Thema Mindestlohn noch Pickel bekommen haben."

Der frühere CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann im Spiegel-Interview (Spiegel 9/2013) auf die Frage, warum die CDU von „Lohnuntergrenze" statt von „Mindestlohn" spricht.

Opferentschädigungsgesetz

Auch Pistolenattrappe ist Tätlichkeit

Ein Opfer eines Banküberfalls, das seitdem unter psychischen Problemen leidet, kann Anspruch auf Opferentschädigung haben.

Der Fall: Die 27-jährige Bankangestellte arbeitete am Kundenschalter, als der mit Schal und dunkler Sonnenbrille maskierte Bankräuber die Bankfiliale betrat. Mit den Worten „Geld her, das ist kein Spaß!" forderte der zwischenzeitlich zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilte Mann die Aushändigung des Kassenbestands. Dabei bedrohte er die Angestellte und einen Kollegen mit einer täuschend echt aussehenden ungeladenen Schreckschusspistole. Da sich der automatische Kassentresor nur mit Zeitverzögerung öffnen ließ, dauerte der Überfall über fünf Minuten, bevor der Bankräuber die Filiale mit seiner Beute von knapp 24 000 € verließ. Nach dem Überfall musste die Bankangestellte wegen psychischer Beschwerden durch einen Psychologen behandelt werden. Ihr Antrag auf Bewilligung einer Beschädigtenversorgung wurde abgelehnt. Das beklagte Land wandte ein, ein tätlicher Angriff könne nur bei einer Bedrohung mit einer scharf geladenen und entsicherten Schusswaffe bejaht werden. Die Klage dagegen hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Bankangestellte ist Opfer eines tätlichen Angriffs geworden. Ein solcher Angriff erfordert zwar ein gewaltsames Vorgehen des Täters; ein mit einer Schusswaffenattrappe bedrohtes Opfer ist aber nicht minder schutzwürdig. Dass die Frau lediglich mit einer ungeladenen Schreckschusspistole bedroht wurde, steht der Anerkennung einer Schädigung nicht entgegen.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 13. Dezember 2012 - L 6 VG 2210/12

Gesetzliche Unfallversicherung

Greift nicht bei privatem Racheakt

Wer am Arbeitsplatz verletzt wird, steht grundsätzlich unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Entscheidend für die Frage, ob auch ein Angriff (zum Beispiel Überfall oder Amokfahrt) als Arbeitsunfall anzusehen ist, ist das Motiv des Angreifers. Der Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung entfällt nur dann, wenn die Beweggründe dem persönlichen Bereich der Beteiligten zuzurechnen sind.

Der Fall: Die Frau, Eigentümerin eines Blumenstandes, verkaufte vor dem Klinikum Berlin-Neukölln Blumen, als ihr ehemaliger Ehemann mit einem Kleintransporter in ihren Stand raste. Die Frau wurde dabei lebensgefährlich verletzt. Wenige Stunden zuvor hatte der Täter bereits versucht, auch seine aktuelle Partnerin zu erstechen. Nach seiner Verhaftung brachte sich der Täter in Untersuchungshaft um. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Es habe sich um einen privaten Konflikt gehandelt. Ein Zusammenhang zwischen der beruflichen Tätigkeit und dem Vorfall habe nicht bestanden. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Beweggründe des Angreifers waren ausschließlich persönlich motiviert. Ausschlaggebend hierfür war eine intensive Auswertung der strafrechtlichen Ermittlungsergebnisse, darunter u.a. die Angaben des Angreifers gegenüber der Polizei. Insgesamt erschließt sich als Motiv des Angreifers vor allem ein massiver Schädigungswunsch gegenüber seiner geschiedenen Ehefrau; irgendein betriebsbezogenes Motiv ist nicht ersichtlich.

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 29. November 2012 - L 2 U 71/11

URTEILE

Arbeitsunfall

Weg zur Raucherecke ohne Schutz

Wer sich auf dem Weg von der Raucherpause zum Arbeitsplatz verletzt, steht nicht unter dem Schutz der Unfallversicherung. Das Rauchen ist eine persönliche Angelegenheit und – anders als die Nahrungsaufnahme – ohne sachlichen Bezug zur Berufstätigkeit.

Sozialgericht Berlin,
Urteil vom 23. Januar 2013 - S 68 U 577/12

Arbeitsverhältnis

Blinde Ermächtigung ist unwirksam

Wird im Arbeitsvertrag der Arbeitgeber vom Arbeitnehmer ermächtigt, einseitig den im Arbeitsverhältnis geltenden Tarifvertrag durch einen anderen zu ersetzen, ist diese Vereinbarung unwirksam. Sie stellt eine unzulässige Benachteiligung des Arbeitnehmers dar.

Landesarbeitsgericht Niedersachsen,
Urteil vom 25. Januar 2013 - 6 Sa 737/12

Beamte

Überstundenvergütung ist die Ausnahme

Ein Beamter ist gesetzlich grundsätzlich verpflichtet, ohne Vergütung über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn es zwingende dienstliche Verhältnisse erfordern. Ein Ausgleich der Mehrarbeit hat durch Dienstbefreiung innerhalb eines Jahres zu erfolgen. Nur wenn dies aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich ist, sieht das Gesetz eine Vergütung vor. Konnte der Beamte keine Dienstbefreiung beanspruchen, weil er nach langer Krankheit in Pension ging, so bekommt er keine Vergütung.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 14. Januar 2013 - 2 A 10626/12.OVG

Beamte

Anspruch auf Urlaubsabgeltung

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes haben Beamte Anspruch auf Abgeltung des Mindesturlaubs, den sie krankheitsbedingt bis zum Ruhestand nicht nehmen konnten. Der Anspruch ist beschränkt auf vier Wochen pro Jahr, wie es sich aus der europäischen Arbeitszeitrichtlinie ergibt. Er erfasst also weder einen über 20 Tage im Jahr hinausreichenden Erholungsurlaub noch Arbeitszeitverkürzungstage oder Zusatzurlaube für Schwerbehinderte.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 31. Januar 2013 - 2 C 10.12

Betriebliche Altersversorgung

Mindeste Betriebstreue ist zulässig

Arbeitgeber dürfen die Zahlung von Betriebsrenten davon abhängig machen, dass der Arbeitnehmer auf eine mindestens 15-jährige Betriebszugehörigkeit vor Erreichen der Regelaltersgrenze zurückblicken kann. Eine entsprechende Regelung in einer vom Arbeitgeber geschaffenen Versorgungsordnung verstößt nicht gegen das Verbot der Diskriminierung wegen des Alters und bewirkt auch keine unzulässige Benachteiligung wegen des Geschlechts.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 12. Februar 2013 - 3 AZR 100/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 18.03.2013 5/13

DGB

inhalt

Seite 3
Berichtswesen
Über die Verteilung von Privatvermögen – oder wie aus dem Armuts- ein Reichtumsbericht wurde

Seite 5
Tag der Ansage
Mit Forderungen nach besserer Ausbildung und einem sozialen Europa beginnt für die DGB-Jugend die Bundestagswahl

Seite 7
Arbeitsmarktreformen
Warum Deutschland eine neue Ordnung der Arbeit braucht, beschreibt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach

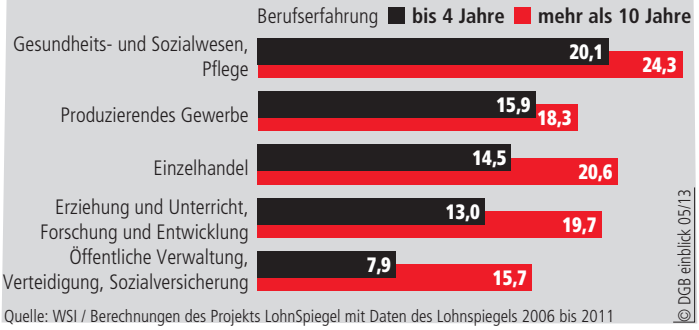
Equal Pay Day

Frauen sind mehr wert

Neu ist die Tatsache, dass Frauen deutlich weniger als Männer verdienen, nicht. Das macht sie nicht weniger skandalös. Frauen erhalten in Deutschland durchschnittlich 22 Prozent weniger Entgelt als Männer. In kaum einem anderen EU-Land ist die Entgeltlücke so groß wie hierzulande. Und daran hat sich in den letzten zwanzig Jahren fast nichts verändert. Jahr für Jahr fordern deshalb Frauen am Equal Pay Day, in diesem Jahr am 21. März, ihr „Recht auf Mehr!" ein.

Der Equal Pay Day markiert den Tag, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus weiterarbeiten müssten, um rechnerisch auf das durchschnittliche Jahresgehalt eines Mannes zu kommen. Gemeinsam rufen DGB, Deutscher Frauenbund und der Sozialverband Deutschland für diesen Tag zu Aktionen auf. Zentrale Veranstaltung ist eine gemeinsame Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin. Die drei Verbände fordern von der Politik gesetzliche Regelungen für Entgeltgleichheit. „Frauen arbeiten besonders häufig in Mini-Jobs ohne soziale Absicherung. Sie werden oft mit Dumpinglöhnen abgespeist, weil sie in Bereichen arbeiten, in denen es keine Tarifverträge gibt. Wir brauchen deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde und einen Sozialversicherungsschutz ab der ersten Arbeitsstunde", stellt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock klar.

Berufserfahrung schützt nicht vor Lohndiskriminierung
Geschlechtsspezifischer Verdienstabstand in ausgewählten Wirtschaftszweigen nach Berufserfahrung (in Prozent)



Quelle: WSI / Berechnungen des Projekts LohnSpiegel mit Daten des Lohnspiegels 2006 bis 2011

Quer durch alle Branchen zeigt sich: Je länger Frauen im Job sind, umso größer ist ihre geschlechtsspezifische Diskriminierung beim Entgelt.

Diskriminierung von Frauen beim Entgelt gibt es aber nicht nur im Niedriglohnbereich. „Die Entgeltlücke zieht sich quer durch die gesamte Einkommensskala – bis in die Spitzenpositionen der Wirtschaft", so Sehrbrock. „Wir brauchen deshalb eine gesetzliche Regelung, die Unternehmen und Verwaltungen dazu verpflichtet, ihre Entgeltpraxis systematisch zu überprüfen und geschlechtergerecht zu gestalten." Zudem sei ein Rechtsanspruch auf Rückkehr aus Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung notwendig.

Steter Tropfen höhlt den Stein – dank des beharrlichen Engagements von Gewerkschaften und Frauenorganisationen bewegt sich nun auch die Politik. Die Opposition – SPD, Grüne und Linke – hat bereits mehrfach Gesetzentwürfe vorgelegt. Auch Frauenministerin Kristina Schröder plane, so *Der Spiegel*, ein Gesetz, das die Unternehmen verpflichtet, Gehaltsstrukturen offenzulegen. Gleichzeitig formiert sich aber auch die Gegenwehr. Entgeltunterschiede, sagt etwa die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), seien „vor allem das Resultat persönlicher Entscheidungen". Und die FDP sieht bei einem Gesetz – ähnlich wie beim Mindestlohn – gar die Tarifautonomie in Gefahr. •

plusminusBERLIN

+ ***Nach dem Schweizer Volksentscheid zur Begrenzung von Managergehältern will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nun auch gegen überzogene Gehälter, Boni und Abfindungen aktiv werden und das Thema auf europäischer Ebene einheitlich regeln.***

– ***Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will dazu die Rechte der Aktionäre stärken. Nicht beantwortet hat sie bislang die Frage, weshalb ausgerechnet die Aktionäre – meist institutionelle Anleger – ein Interesse am Verbot überzogener Managerbezüge haben sollten.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://bit.ly/umfairteilen
UmFAIRteilen – Reichtum besteuern! Aktionstag am 13. April 2013

Hintergrund

http://www.boeckler.de/wsi_38957.htm
WSI-Genderdatenportal

Bildung

Mehr Geld und eine Quote

Mehr Geld für Bildung und Forschung, eine Frauenquote an den Hochschulen und der Wegfall des Kooperationsverbots sind einige der Maßnahmen, die die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) der Bundesregierung in ihrem neuesten Bericht nahe legt. Die Kritik des sechsköpfigen Gremiums: Wichtige Problemfelder seien unbearbeitet geblieben.

Die ExpertInnen fordern, dass der Bund die Länder finanziell unterstützen können muss (Kooperationsverbot). Für die Zukunft wünschen sie sich „ehrgeizige Ziele". So sollten im Jahr 2020 für Forschung und Entwicklung 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts sowie acht Prozent für Bildung festgeschrieben werden, damit Deutschland „langfristig zu den führenden Innovationsnationen aufschließen kann". Die EFI hält darüber hinaus eine Einführung von Quoten für „Führungspositionen im Wissenschafts- und Wirtschaftssystem" für notwendig, um die Gleichstellung zu beschleunigen. Die Empfehlungen der Kommission entsprechen damit Forderungen, die der DGB bereits 2012 in seinem hochschulpolitischen Programm formuliert hat. •

www.dgb/-/5W

Arbeitnehmerdatenschutz

Befragung gestartet

Der Entwurf der schwarz-gelben Bundesregierung zum Beschäftigtendatenschutz wird von Gewerkschaften und Datenschützern scharf kritisiert. Doch wie sehen eigentlich die Beschäftigten das Thema Datenschutz am Arbeitsplatz? Dieser Frage gehen Forscher der Universität Passau nach. Sie rufen alle ArbeitnehmerInnen auf, sich bis zum 31. März an der wissenschaftlichen Online-Umfrage zum Thema zu beteiligen. •

http://bit.ly/ads_unipassau

Optionspflicht

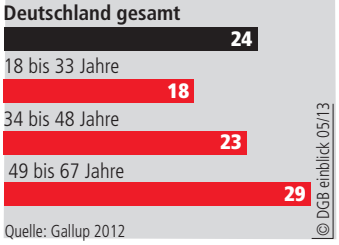
Willkommen in Deutschland

Seit 1999 haben in Deutschland geborene Kinder nichtdeutscher Eltern die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit. Allerdings hatte die Ländermehrheit von CDU/CSU und FDP über den Bundesrat die so genannte Optionspflicht durchgesetzt. Das heißt, spätestens bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres müssen sich die Betroffenen für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Die Opposition will das Optionsrecht – ebenso wie der DGB – abschaffen. Zur Sachverständigenanhörung in der vergangenen Woche appellierte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach an die Bundesregierung, diese Pflicht zu streichen. „Gemeinsames Ziel muss doch sein, junge Menschen, die hier aufgewachsen sind, für die Gesellschaft zu gewinnen", argumentiert Buntenbach, „der Optionszwang ist integrationspolitisch fatal".

Wer sich zwischen der elterlichen und deutschen Staatsangehörigkeit entscheiden muss, wird sich kaum willkommen fühlen in dem Land, in dem er geboren wurde, kritisiert der DGB: „Eine Willkommenskultur sieht anders aus." Brücken zu bauen, statt abzuschotten wäre der richtige Weg. In diesem Jahr sind von dieser Regelung 3300 junge Menschen betroffen. In den kommenden Jahren wird die Zahl bis auf 50 000 pro Jahr ansteigen. •

Immer mehr innere Kündigungen

Anteil Beschäftigter, die sich emotional gar nicht mehr mit ihrem Unternehmen identifizieren, nach Altersgruppen (in Prozent)



Immer mehr Beschäftigte haben sich innerlich bereits von ihrem Arbeitgeber verabschiedet. Das Beratungsunternehmen Gallup, das seit 2001 den so genannten Engagement-Index erhebt, registriert eine ständige Zunahme der „inneren Kündigungen". Vor allem in der derzeit stärksten Beschäftigtengruppe, ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 49 bis 67 Jahren, ist die Zahl derjenigen gestiegen, die nur noch das Notwendigste leisten. Aber auch nur 13 Prozent der jungen Beschäftigten (18 bis 33 Jahre) identifizieren sich voll mit ihrem Unternehmen, 69 Prozent leisten „Dienst nach Vorschrift", und 18 Prozent haben bereits die innere Kündigung eingereicht. Mit fatalen Folgen, wie Gallup feststellt. Wer sich emotional nicht an sein Unternehmen gebunden fühlt, zeige weniger Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein und sei häufiger krank. Das Fazit der Studienautoren: „Der Erfolg eines Unternehmens hängt von vielen Faktoren ab. Dabei wird einer oft übersehen: Die Mitarbeiter!"

Girokonto

Ein Grundrecht

Nationale Initiativen für das Recht auf ein Girokonto sind bislang an der Bundesregierung gescheitert. Nun plant die EU-Kommission eine europaweite Verpflichtung für die Banken. Das Konto für Jedermann soll als Grundrecht verankert werden. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack freut sich über den Vorstoß der EU: „Europa muss richten, wozu Schwarz-Gelb nicht im Stande ist." •

Anzeige

EVG
Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Du denkst, dass Gewerkschaften nichts „Olles" sind, sondern eine lebendige Gemeinschaft? Prima. Dann liegst Du richtig! Und Du hast Lust, dabei zu sein und mitzumachen? Nochmal prima. Denn wir, die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, brauchen Verstärkung.

Wir suchen zum 01.09.2013 zwei
Auszubildende zur/zum Kauffrau/-mann für Bürokommunikation (m/w)
Jeweils eine der Ausbildungsstellen befindet sich in unseren Zentralen Berlin und Frankfurt/Main.

Das bringst Du mit:
- Lernbereitschaft und Zuverlässigkeit
- Kommunikationsfähigkeit
- Teamfähigkeit
- Freude am Umgang mit Menschen
- Abgeschlossene Schulausbildung mit guten Noten
- Fremdsprachenkenntnisse

Und das bekommst Du bei uns:
- Eine fundierte, qualifizierte und praxisorientierte Ausbildung:
- in verschiedenen Teams unter Anwendung von Textverarbeitung und -gestaltung sowie sämtlicher Bürokommunikationstechniken
- allgemeine Sekretariats- und Assistenzaufgaben
- betrieblichen Unterricht mit einer Online-Ausbildung

Die Ausbildung dauert drei Jahre und kann bei guten Leistungen verkürzt werden. Nach erfolgreichem Abschluss besteht die Chance auf Übernahme in eines unserer Teams. Neugierig? Dann schreib uns!

Wir freuen uns auf Deine vollständige Bewerbung mit Lebenslauf, Foto und Kopien der letzten beiden Schulzeugnisse an:

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Zentrale Frankfurt am Main - Bereich Personal
Weilburger Straße 24
60326 Frankfurt am Main
E-Mail: bewerbung@evg-online.org

Fragen werden gern vorab unter 069 7536-353 beantwortet.

Armuts-und Reichtumsbericht

Beschönigt und verwässert

Irritation und Verärgerung löste die Bundesregierung mit ihrem Bericht „Lebenslagen in Deutschland" aus. Für den DGB zeigt er, dass die Bundesregierung „die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt".

Die steigende Einkommensungleichheit wird von der Mehrheit der Deutschen als ungerecht empfunden. Im 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurde diese Erkenntnis gestrichen. In der Originalfassung hieß es: Die Einkommensspreizung „verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und kann den gesellschaftlichen Zusammenhang gefährden". Der Satz wurde ersatzlos aus dem Text entfernt. An anderen Stellen wurde umformuliert.

Schon in seiner ersten Stellungnahme monierte der DGB im Herbst vergangenen Jahres: „Zentrale und richtige Aussagen finden sich im endgültigen Entwurf nicht wieder." Der Bericht beschönige und verwässere, lautet deshalb die Hauptkritik am Armutsbericht. Gewerkschaften und Sozialverbände sprechen von Schönfärberei. Die durchaus übliche Ressortabstimmung führte bei diesem für die politischen Handlungsoptionen so wichtigen Bericht zur öffentlichen Verärgerung. Der DGB stellte fest: Die „Bereinigungen" des Ursprungstextes suggerierten, dass Armut nicht mehr bekämpft werden müsse. So wird für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach aus dem Armutsbericht ein „Armutszeugnis" der Bundesregierung.

Tatsache ist, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Die Bundesregierung verschleiert diese Entwicklung, indem sie sich auf „Lebenslaufperspektiven" und „soziale Mobilität" beruft. Im amtlichen Text klingt das so: „Da die Erfolgs- und Risikofaktoren in den verschiedenen Lebensphasen eines Menschen unterschiedlich sind und frühere Lebensphasen die Chancen in den späteren beeinflussen, orientiert sich der Bericht, Empfehlungen aus der Wissenschaft folgend, an den Lebensphasen."

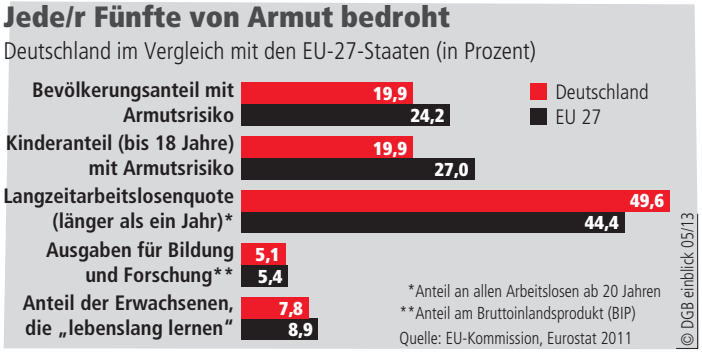
Für eine solche Sichtweise fehlen aber nach Ansicht des DGB nicht nur aussagekräftige Daten, sie suggeriere auch, dass ein Armutsprogramm überflüssig sei. Dabei ist die soziale Aufstiegsmobilität in Deutschland – auch im internationalen Vergleich – niedrig. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen ist in den letzten Jahren noch ungleicher geworden. Aus Sicht des DGB sind die Zahlen alarmierend. So liegen die mittleren Einkommen inzwischen um die Hälfte niedriger als die oberen Einkommen. Die unteren Einkommensgruppen seien gänzlich abgehängt, so der DGB. Insgesamt würden 83,3 Prozent der Bevölkerung von den Wohlstandsgewinnen der Bestverdienenden abgekoppelt.

Für den DGB wäre es deshalb wichtig, dass die Bundesregierung die Fakten „ungeschönt zur Kenntnis nehmen würde". Zentral seien die Arbeitsmarktbedingungen. Deutschland brauche statt „irgendwelcher nebulöser Lohnuntergrenzen endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde", fordert Buntenbach. Ebenso müssten prekäre Beschäftigungsformen wie Leiharbeit und Minijobs reformiert werden.

Auch beim Thema Rente macht es sich die Regierung einfach. Im Bericht heißt es, Bedürftigkeit im Alter sei „kein Problem". Konträr zur DGB-Analyse: „Das weiter sinkende Rentenniveau wird vielmehr für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung zu einem ernsthaften Problem." Ein weiterer Kritikpunkt der Gewerkschaften betrifft das Kapitel zu Gesundheit und Armut. Hier werde der Zusammenhang von Einkommen, Bildung und Gesundheit „verharmlost". Nach Ansicht der Bundesregierung müsse „eine benachteiligte Lebenslage nicht zwangsläufig" mit einer schlechteren Gesundheit einhergehen. Für den DGB ist der „Zusammenhang zwischen sozialer Lage/Kassenlage und Gesundheit wissenschaftlich unbestritten.

Alles in allem gab es in der Ursprungsfassung immerhin noch einen Hinweis auf „zu lösende Probleme" wie Armutsrisiko, Niedriglohnquote und Vermögensaufbau. In der Endfassung fehlen diese Aussagen. Die sprachliche Verschleierung setzte vor allem das FDP-geführte Bundeswirtschaftsministerium durch. Für die Liberalen begründete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heinrich Leonard Kolb die Änderungen: „Es bringt nichts, wenn man Armut irgendwie kritisch beschreibt." Die FDP setze darauf, dass die Menschen ihre eigene Lebenslage verändern können. •

www.bit.ly/ArmReich
www.dgb.de/-/5ry



Die Zahlen zum Armutsrisiko oder zur Langzeitarbeitslosigkeit zeigen, dass es auch in Deutschland noch reichlich Handlungsbedarf gibt.

Arme Kinder

Auf Kinderarmut oder auch das Armutsrisiko für Kinder geht der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht näher ein. Im 14. Kinder- und Jugendbericht, den die Bundesfamilienministerin Ende Februar vorlegte, stellen die WissenschaftlerInnen allerdings fest: „Die ökonomische Ungleichheit ist offensichtlich nicht nur bei den Erwachsenen größer geworden – auch Kinder, Jugendliche und besonders junge Erwachsene sind davon betroffen."

- ***Nach einer Analyse des DGB lebt mindestens jedes siebte Kind in einem Haushalt, der auf staatliche Fürsorge angewiesen ist.***
- ***Für Kinder Alleinerziehender steigt das Hartz-IV-Risiko bereits auf 35 Prozent.***
- ***Mitte 2012 zählten rund 510 000 Haushalte mit Kindern zu den erwerbstätigen Aufstockern.***
- ***Die Armut von Kindern geht in relativ starkem Maß auf niedrige Erwerbseinkommen zurück.***

www.dgb.de/-/thu
www.bit.ly/ArmutKinder

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsames Denken & solidarisches Handeln.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

PROJEKTE UND PARTNER

Allianz

Freier Sonntag europaweit

Mit europaweiten Aktionen hat die „Allianz für den freien Sonntag" Anfang März ihre Forderung nach einem arbeitsfreien Sonntag bekräftigt. Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegen, dass der Anteil der Sonntagsarbeit in allen EU-Mitgliedsstaaten mittlerweile gut 30 Prozent beträgt. Die Allianz fordert deshalb die Politik auf, sich gegen unvorhersehbare Bereitschaftsdienste, Schichtarbeit, unsoziale Arbeitszeiten wie Nacht- und Wochenendarbeit in den Mitgliedstaaten und in der EU auszusprechen. Die Ökonomisierung der Sonn- und Feiertage verstärke die soziale Spaltung auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und ihrer Familien. „Der gemeinsame wöchentliche Ruhetag ist ein klares und sichtbares Zeichen für die Vereinbarkeit von persönlichem, familiärem und beruflichem Leben." Unterstützt wird das Bündnis durch die IG BAU, die GdP und die GEW. •

www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Schützen, helfen und gestalten. Wir statt ich.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Elterngeld

Väter einbeziehen

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung untersucht das Institut für Sozialwissenschaftstransfer (SowiTra) langfristige Effekte des Elterngeldes für Väter. Die 2007 eingeführte Regelung soll den Wunsch erwerbstätiger Väter nach aktiver Vaterschaft in den ersten Lebensmonaten unterstützen. SowiTra geht nun den Fragen nach, ob die Regelung erfolgreich war und wie das Elterngeld möglicherweise künftig gestaltet sein muss, um nachhaltige Impulse für eine familien- und väterfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt zu geben. Das Institut sucht für eine Online-Befragung noch Väter, die seit 2007 mindestens ein Kind bekommen haben. Darüber hinaus können sich auch andere Väter und Betriebsräte, die zu ExpertInneninterviews bereit sind, per Mail an *elternzeitvaeter@sowitra.de* wenden. •

Online-Befragung: www.elternzeitvaeter.de

neueBücher

Das Vorhaben, öffentliche Dienstleistungen in private Hand zu geben, ist gescheitert. Entgegen den Versprechungen der privaten Anbieter sind die Leistungen nicht billiger, sondern teurer geworden. In vielen Kommunen und Gemeinden denkt man nun anders. Doch wie sieht der Weg der Rekommunalisierung aus? Welche Erfahrungen gibt es? Welchen Einfluss können Gewerkschaften und Betriebsräte nehmen? Antworten liefert das Buch ***Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung***. ExpertInnen aus Kommunalpolitik, Wissenschaft und Gewerkschaften berichten über ihre Erfahrungen, etwa der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) oder der ehemalige Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (Die Linke). Zudem zeigt ein Beitrag, was Rekommunalisierungsprojekte in anderen europäischen Ländern erreicht haben.

Claus Matecki, Thorsten Schulten (Hrsg.): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung, VSA-Verlag, 192 Seiten, 16,80 Euro

Global Labour University

Bewerbungsschluss

Die Global Labour University (GLU), Anbieterin spezieller Masterprogramme zum Thema Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Fragen in der Globalisierung, beginnt im Oktober 2013 an der Universität Kassel mit einem neuen Kurs. GewerkschafterInnen und Mitglieder anderer sozialer Bewegungen sind eingeladen, sich für das Masterprogramm „Labour Policies and Globalisation" zu bewerben. Das einjährige englischsprachige Studium wird gemeinsam von der Universität Kassel und der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin angeboten. Bewerbungen können bis zum 30. März in elektronischer Form an glu.germany@uni-kassel.de geschickt werden. •

Infos: www.global-labour-university.org

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Aus Prinzip gerecht und solidarisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

interregio

••• Als Ergebnis seines ersten ***FrauenDatenReports*** beklagt der ***DGB NRW*** die Folgen der nordrhein-westfälischen Gleichstellungspolitik. „Trotz immer besserer Qualifikation ziehen Frauen in der Arbeitswelt nach wie vor den Kürzeren. Und zwar beim Gehalt ebenso wie bei den Karrierechancen", erläutert Carmen Tietjen, Frauensekretärin des DGB NRW. Resultat der Ungleichbehandlung sei: Jede dritte Frau in NRW bezieht einen Niedriglohn, während es bei den Männern nur jeder siebte ist. Um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern tatsächlich durchzusetzen, fordert der DGB die Umsetzung mehrerer Maßnahmen. Dazu ngehört, so Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, vor allem ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro und die Sozialversicherungspflicht für Minijobs ab dem ersten Euro. Zudem drängt der DGB auf eine Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW.

nrw.dgb.de/-/txN

••• Um Arbeitsplätze im baden-württembergischen Maschinen- und Anlagenbau zu sichern, fordert das Expertennetzwerk „Forum Soziale Technikgestaltung" des ***DGB Baden-Württemberg*** vom Land eine eigenständige ***Software-Initiative*** zur Unterstützung der Energiewende. Um dauerhaft wettbewerbs- und marktfähig zu bleiben, müssten Geräte und Maschinen ein deutlich höheres Maß an Energieeffizienz erreichen. „Mittel- und langfristig werden vor allem solche industriellen Maschinen und Anlagen auf dem globalen Markt Bestand haben, die effizient, dezentral und mit softwaretechnischer Intelligenz an die Energienetze angedockt sind", unterstreicht Welf Schröter, Leiter des Forums Soziale Technikgestaltung.

schroeter@talheimer.de

Junge Generation

DGB-Jugend will Politikwechsel

Mit einem „Tag der Ansage" macht die DGB-Jugend klar, was sie nach der Bundestagswahl von den Parteien erwartet. Bessere Ausbildung, sichere Berufsperspektiven und ein soziales Europa sind nur einige ihrer Forderungen.

„Das muss sich ändern" – unter diesem Motto hat die DGB-Jugend ihre Kampagne zur Bundestagswahl gestartet. „Wir wollen mitbestimmen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wir wollen gehört werden. Und wenn man uns schon nicht fragt, verschaffen wir uns eben selbst eine Stimme", erklärt DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller.

Auftakt war der „Tag der Ansage" Mitte März. Junge GewerkschafterInnen haben in sechs Städten laut und kreativ auf ihre Forderungen hingewiesen. Zum Beispiel, warum sich die DGB-Jugend für bessere Ausbildungsbedingungen einsetzt. Haggenmiller betont: „Wir wollen eine umfassend qualifizierende, qualitativ hochwertige betriebliche Ausbildung für alle." Studien belegen, dass Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten und fehlende Betreuung in einigen Ausbildungsberufen keine Seltenheit sind. Um das zu ändern, muss zuallererst das Jugendarbeitsschutzgesetz eingehalten, aber auch verbessert werden. Zudem braucht es gut geschulte AusbilderInnen und Berufsschulen mit ausreichend Personal und Material.

Junge Menschen wollen eine planbare und sichere Perspektive nach der Ausbildung. Doch die Realität sieht für viele anders aus. „Deshalb sind ein Mindestlohn von 8,50 Euro und die unbefristete Übernahme Pflicht", macht Haggenmiller deutlich. 40 Prozent der Auszubildenden werden nicht übernommen. Über 50 Prozent der LeiharbeiterInnen sind jünger als 35 Jahre. Die DGB-Jugend will deshalb unter anderem Leiharbeit stärker regulieren.

Mit Blick auf die Altersvorsorge der jungen Generation von heute gibt die DGB-Jugend den Kurs für die Rentenpolitik vor. „Nachhaltige Rentenpolitik braucht mehr Weitblick und weniger Wahlkampfgeschenke. Die Rente muss armutsfest und solidarisch sein." Darum müsse die Rente mit 67 abgeschafft und stattdessen eine Demografie-Reserve aufgebaut werden. Älteren Beschäftigten soll der Ausstieg aus dem Erwerbsleben erleichtert und Jüngeren damit Perspektiven ermöglicht werden. „Mehr Geld für Bildung" lautet die zentrale Forderung in Sachen Bildungspolitik. Der Weg an die Hochschulen darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern. Darum sollen alle direkten und indirekten Bildungsgebühren abgeschafft werden.

Um die Chancen für die junge Generation in Europa zu verbessern, fordert die DGB-Jugend ein EU-Programm, um Beschäftigung zu gewährleisten. Haggenmiller warnt: „Die junge Generation ist der Krisenverlierer. Denn fast jeder vierte junge Mensch in Europa unter 25 Jahre hat keine Arbeit." Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock bezeichnet die vom Europäischen Rat beschlossene Jugendgarantie als einen ersten, wichtigen Schritt. Allen jungen Menschen unter 25 Jahren soll binnen vier Monaten nach der Schule oder dem Verlust einer Beschäftigung ein „hochwertiges" Jobangebot gemacht werden. Die Jugendgarantie dürfe kein Blendwerk sein, „daher wehren wir uns dagegen, Praktika nach einem erfolgreichen Studium oder Berufsabschluss mit einzubeziehen", betont Sehrbrock. Der DGB will kein Schönrechnen der Arbeitslosenzahlen. Die Jugend werde nur dann Zugang zu guten Arbeitsplätzen haben, wenn die Wirtschaft anspringt und wenn in Ausbildung investiert wird. „Der DGB hat mit seinem Konzept eines Marshallplans für Europa ein Gerüst für eine solche Strategie entwickelt", erläutert die stellvertretende DGB-Vorsitzende.

Die Gewerkschaftsjugend will in den kommenden Wochen und Monaten mit vielen Aktionen für ihre Themen kämpfen und sich Gehör verschaffen. Weitere Informationen gibt es auf der Kampagnen-Homepage: *www.jugend-macht-ansagen.de*

Foto: IG Metall

Solidarität mit Europas Jugend – die IG Metall zeigt sich bei einer Aktion in Frankfurt am Main solidarisch mit jungen Menschen in Spanien, Griechenland, Portugal und anderen europäischen Staaten, in denen Hunderttausende von Jugendlichen arbeitslos sind.

Revolution Bildung

Die Herkunft entscheidet in vielen Fällen, wer es in Deutschland an die Uni schafft. 83 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien studieren. Aus Arbeiterfamilien sind es nur 23 Prozent. Um das zu ändern, hat die IG Metall-Jugend die Kampagne „Revolution Bildung" gestartet. Die IG Metall-Jugend fordert „bessere Bildung, für alle, kostenfrei und mit genügend Zeit".

Auftakt der Kampagne war Anfang März eine große Konferenz, auf der 350 junge Aktive der IG Metall gemeinsam mit WissenschaftlerInnen und VertreterInnen der Bundestagsparteien über die Anforderungen an das Bildungssystem diskutierten. „Bildung ist eine Schlüsselfrage. Aber das deutsche Bildungssystem wird keiner dieser Aufgaben mehr wirklich gerecht", kritisiert Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Die IG Metall will das Thema Bildung im anstehenden Bundestagswahlkampf ganz oben auf der Agenda platzieren. Für die IG Metall steht fest: Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft.

www.revolutionbildung.de

kurz&bündig

Um den Streit zu „Stuttgart 21" zwischen Bund, der Deutschen Bahn und dem Land Baden-Württemberg zu beenden, hat die EVG einen „vertrauensbildenden Bahngipfel" gefordert. Die EVG hält es für dringend erforderlich, dass alle Projektbeteiligten den konstruktiven Dialog suchen.

Studium und Kind unter einen Hut zu bringen, ist nicht einfach. Mit der Broschüre „Studieren mit Kind" steht die IG Metall studierenden Eltern zur Seite. So zeigt sie, was man bei einer längeren Auszeit an der Uni beachten muss. *www.bit.ly/igm_uni*

Die GdP fordert, den polizeilichen Druck auf kriminelle Rockerbanden bundesweit zu erhöhen. „Rechtsfreie Räume können wir nicht dulden", betont der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut. Er begrüßt, dass Polizeikräfte an Brennpunkten verstärkt werden sollen.

DGB-Bundesvorstand

Neue stellvertretende Vorsitzende

Foto: Kay Herschelmann

Elke Hannack wird neue stellvertretende DGB-Vorsitzende. Der DGB-Bundesausschuss, das höchste Gremium des Deutschen Gewerkschaftsbundes zwischen den Kongressen, wählte sie mit 97,6 Prozent der Stimmen. Die 51-Jährige tritt das Amt am 1. Juni 2013 an. Zu diesem Zeitpunkt scheidet die bisherige stellvertretende Vorsitzende Ingrid Sehrbrock mit Erreichen des 65. Lebensjahres aus. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sagte: „Der DGB kann sich glücklich schätzen, mit Elke Hannack eine erfahrene und versierte Gewerkschafterin als neues Mitglied im Vorstand begrüßen zu können."

Derzeit ist Elke Hannack Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. Bis 2007 war sie unter anderem stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen. Hannack wird für die Themenfelder Bildungs-, Jugend- und Frauenpolitik sowie den öffentlichen Dienst beim DGB-Bundesvorstand zuständig sein. Sie ist langjähriges Mitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft und der CDU. Dazu Michael Sommer: „Dass es uns gelungen ist, mit Elke Hannack ein langjähriges CDA-Mitglied für die Arbeit im DGB-Vorstand zu gewinnen, zeigt einmal mehr, dass der DGB dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet ist." Sommer bedankte sich bei Ingrid Sehrbrock für ihre Arbeit beim DGB: „Sie war stets eine glaubwürdige Vertreterin, gerade wenn es um Belange junger Menschen, die Bildungspolitik sowie die Frauen- und Gleichstellungspolitik ging." •

Öffentlicher Dienst

5,6 Prozent mehr Gehalt

ver.di, GEW, GdP, IG BAU und die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder haben sich in der dritten Tarif-Verhandlungsrunde geeinigt. Danach sollen die rund 800 000 Beschäftigten der Länder rückwirkend zum 1. Januar 2,65 Prozent mehr Gehalt erhalten, weitere 2,95 Prozent gibt es ab 1. Januar 2014. Auszubildende erhalten 2013 monatlich 50 Euro mehr, im kommenden Jahr weitere 2,95 Prozent. Alle Beschäftigten der Länder haben jetzt Anspruch auf 30 Tage Urlaub. „Damit halten sie Anschluss an die Gehaltsentwicklung der übrigen Bereiche im öffentlichen Dienst und in der Gesamtwirtschaft", betont der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Die ver.di-Bundestarifkommission empfiehlt, dem Tarifergebnis in der anstehenden Mitgliederbefragung zuzustimmen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fordert, das Tarifergebnis unverzüglich zeit- und inhaltsgleich auf die BeamtInnen zu übertragen.

Eine tarifliche Eingruppierung der angestellten LehrerInnen ist hingegen gescheitert. Ein Grund: Die Länder wollen weiterhin allein über die Gehälter entscheiden. „Die Arbeitgeber wollten die Lehrkräfte demütigen. Sie waren nicht bereit, auf das einseitige Bestimmungsrecht bei der Eingruppierung der Lehrkräfte zu verzichten", erklärt GEW-Verhandlungsführerin Ilse Schaad. Nach Ostern will die GEW das weitere Vorgehen beraten. •

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Ob beim Mindestlohn, bei der prekären Beschäftigung oder der Rente – eine Annäherung an gewerkschaftliche Positionen ließen die Generalsekretäre der Regierungsparteien, Alexander Dobrindt/CSU (links), Hermann Gröhe/CDU (2.v.l.) und Patrick Döring/FDP (2.v.r.), auf einer Podiumsdiskussion anlässlich des DGB-Bundesausschusses Anfang März vermissen. Besonders scharf kritisierten die GeneralsekretärInnen Steffi Lemke/Bündnis90/Die Grünen (3.v.l.), Andrea Nahles/SPD (3.v.r.) und Matthias Höhn/Die Linke (rechts) die Haltung von Schwarz-Gelb zum gesetzlichen Mindestlohn. In der Bildmitte: Gastgeber Michael Sommer.

Werkverträge

NGG legt Bericht vor

Die NGG warnt vor dem massiven missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen in der Ernährungsindustrie. „Seit der Missbrauch von Leiharbeit begrenzt werden konnte, haben die Arbeitgeber mit den Werkverträgen ein neues Modell der Ausbeutung gefunden", kritisiert der stellvertretende NGG-Vorsitzende Claus-Harald Güster. Mit der Broschüre „Wenig Rechte, wenig Lohn – Wie Unternehmen Werkverträge (aus)nutzen" will die NGG nun auf die katastrophalen Bedingungen hinweisen. Ob in Fleischereien, in der Backindustrie oder im Gastgewerbe, die Publikation zeigt an Beispielen, wie der Missbrauch von Werkverträgen um sich greift. Neben vielen Zahlen, Fakten und Einzelschicksalen macht die NGG in der Broschüre auch deutlich, was getan werden muss, um dem Missbrauch ein Ende zu setzen: Scheinselbstständigkeit muss bekämpft, Mindestlohn, mehr Mitbestimmungsrechte und bessere Kontrollen müssen eingeführt werden. •

Download unter: www.bit.ly/ngg_pub_we

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mobilität ist kein Privileg für Reiche!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Arbeitsmarktreformen

Von Häppchen wird niemand satt

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erläutert, weshalb eine neue Ordnung der Arbeit der beste Weg ist, um Armut und gesellschaftliche Spaltung zu bekämpfen.

Selten wurde eine Rede so sehr bemüht wie in diesen Tagen: Vor zehn Jahren verkündete der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010. Was folgte, waren gravierende Einschnitte in den Sozialstaat, deren Nachwirkungen bis heute zu spüren sind. Die entscheidende Frage ist, was wir heute daraus lernen. Die Arbeitgeberlobby feiert die Agenda als Treibstoff der ‚Wachstumslokomotive Deutschland' und fordert weitere Verschärfungen wie die Rente ab 69. Kein Wunder, sind die Unternehmen doch bis heute die großen Profiteure der Umverteilungspolitik der letzten Jahre. Mit den Huldigungen zum zehnjährigen Geburtstag der Agenda 2010 wird vernebelt und verschleiert, **dass die Lokführerin Merkel auf diesem Weg inzwischen Wagen um Wagen verliert und immer mehr Menschen abgehängt werden,** in Deutschland und in Europa. Kann eine solche Agenda als Blaupause für mehr Wachstum und Beschäftigung dienen? Oder ist die Agenda-Politik nicht eher Zündstoff für zunehmende Armut, gesellschaftliche Spaltung und soziale Konflikte?

Vor zehn Jahren zum ‚kranken Mann Europas' erklärt, steht Deutschland heute auf den ersten Blick gut da. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen, die sozialversicherte Beschäftigung insgesamt auf Rekordniveau. Ob und in welchem Umfang dies auf die Agenda-Politik zurückzuführen ist, bleibt bis heute höchst umstritten. Nicht zuletzt die Finanzmarktkrise hat mit aller Wucht gezeigt, dass die Frage der Wettbewerbsfähigkeit nicht von Zehntelprozentpunkten bei den Lohnnebenkosten abhängt – und schon gar nicht von angeblich faulen Arbeitslosen. Fakt ist, dass Deutschland die schwere Finanzkrise 2008/2009 nicht wegen der Agenda 2010 so gut überstanden hat, sondern die Arbeitsplätze durch betriebliche Arbeitszeitkonten, die Ausweitung der Kurzarbeit, die Mitbestimmung und die Flexibilität der Beschäftigten gesichert werden konnten. Fakt ist auch, dass die Arbeitslosigkeit zuletzt gesunken ist, obwohl die Sozialabgaben gestiegen waren.

Der entscheidende Punkt ist, dass die Armut steigt, obwohl die Arbeitslosigkeit gesunken ist. So zeigt der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht erneut das eigentliche Problem der Agenda-Reformen. Die Hartz-Reformen, die Rot-Grün auf den Weg gebracht hat und die von CDU/CSU und FDP noch verschärft worden sind, haben zu einem Boom des Niedriglohnsektors geführt. Fast ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss heute zu Niedriglöhnen arbeiten. Sieben Millionen Beschäftigte im Minijob und mehr als 800 000 in der Leiharbeit warten zumeist vergeblich auf das ‚Sprungbrett' in reguläre Arbeit. Die Meisten bleiben in perspektivlosen Jobs kleben, die zur Armutsfalle werden. Beispiele wie Amazon, Schlecker und Co. sind nicht nur einzelne Missbrauchsfälle, sondern sie stehen für die Entwertung der Arbeit. In Deutschland wurde das Geschäftsmodell ‚Niedriglohn' gefördert und über Hartz IV mit Milliardenbeträgen subventioniert. Das Ergebnis: Die Unternehmensgewinne sprudeln und Geringverdiener müssen über Hartz IV aufstocken und dafür auf dem Amt die Hosen herunter lassen.

Foto: DGB/Jana Stritzke

Annelie Buntenbach ist seit 2006 Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand und unter anderem für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig.

Heute befinden wir uns in einem mühsamen Aufholprozess. Es gibt einzelne Branchenmindestlöhne, auch in der Leiharbeit. **Doch von Häppchen wird niemand satt. Wir brauchen deshalb eine neue Ordnung der Arbeit.** Billigarbeit darf nicht zum Markenzeichen für ‚Made in Germany' werden. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro ist das Mindeste, damit Hungerlöhne endlich der Vergangenheit angehören. Gleichzeitig brauchen wir wasserdichte gesetzliche Regeln für gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit und eine Reform der Minijobs. All dies würde das Tarifsystem nachhaltig stärken.

Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP verweisen im Streit um einen gesetzlichen Mindestlohn gern auf die Vorzüge des Tarifsystems. Auch wenn die Tarifautonomie kein Argument gegen den gesetzlichen Mindestlohn ist, könnten sie noch vor der Bundestagswahl **die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern oder das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Branchen ausweiten.** Das würde helfen, um Schmutzkonkurrenz und Lohndumping zu vermeiden. Zu erwarten ist dies nach dem Stand der Dinge nicht. Die Parteien sind längst im Wahlkampfmodus. •

Folgen der Agenda-Politik

Trotz des Rückgangs der Arbeitslosigkeit ist die Armutsquote gestiegen. **+++** ***Das Normalarbeitsverhältnis bröckelt weg – sein Anteil unter allen Beschäftigungsverhältnissen machte 2012 nur noch 67 Prozent aus.*** **+++** ***Prekäre Jobs boomen. Jede/r vierte Beschäftigte arbeitet in einem atypischen Job.*** **+++** ***22,8 Prozent der Vollzeitbeschäftigten und 50 Prozent der atypisch Beschäftigten arbeiten zu Niedriglöhnen.*** **+++** ***1,3 Millionen Erwerbstätige müssen ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken.*** **+++** ***Die soziale Sicherung der Arbeitslosen schwindet. Nur noch ein Drittel aller Arbeitslosen erhält Arbeitslosengeld I – jede/r Zehnte von ihnen braucht zusätzlich ALG II.*** **+++** ***Ein Viertel derjenigen, die arbeitslos werden, erhält sofort ALG II.*** **+++** ***Sowohl in der Renten- wie auch in der Krankenversicherung sind die Belastungen für die ArbeitnehmerInnen einseitig gestiegen.*** **+++** ***In der gesetzlichen Krankenversicherung ist die Beitragslast nicht mehr paritätisch auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber verteilt. Die Beschäftigten müssen 0,9 Prozentpunkte mehr zahlen.*** **+++** ***Vor allem durch die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors wird das Leistungsniveau der Gesetzlichen Rentenversicherung bis 2030 auf rund 43 Prozent sinken.***

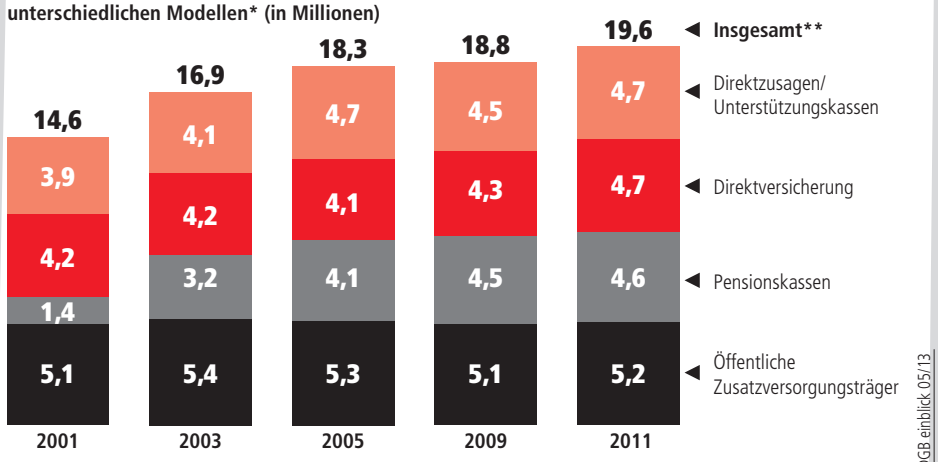
DIES & DAS

die DGB grafik

ALTERSVORSORGE: Betriebsrenten stagnieren

Trotz öffentlicher Förderung sind die Anwartschaften in der betrieblichen Altersversorgung zwischen 2005 und 2011 kaum gestiegen. Das zeigt eine Analyse des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. Um betriebliche Altersvorsorge zu stärken, fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach „mehr Arbeitgeberbeteiligung und eine Stärkung des Tarifsystems". Betriebsrenten könnten aber nur eine Ergänzung, keinesfalls Ersatz für eine ausreichende gesetzliche Rente sein.

Anzahl der Anwartschaften der betrieblichen Altersversorgung nach unterschiedlichen Modellen* (in Millionen)



*inklusive Mehrfachanwartschaften, ohne geringfügig Beschäftigte; **inklusive Pensionsfonds

Quelle: sozialpolitik-aktuell.de/IAQ

© DGB einblick 05/13

personalien

••• Der GdP-Vorsitzende ***Bernhard Witthaut,*** 58, ist zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Europäischen Polizeigewerkschaftsbundes (EuroCOP) gewählt worden.

••• ***Daniel Schneider,*** 36, ist neuer politischer Referent für Umwelt- und Klimapolitik beim DGB-Bundesvorstand. Der Umweltingenieur folgt ***Dr. Werner Schneider,*** 65, der in den Ruhestand gegangen ist. Werner Schneider war 30 Jahre lang beim DGB für Umweltpolitik zuständig und über 15 Jahre Mitglied im Umweltgutachterausschuss beim Bundesumweltministerium.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

18.3. DGB-Jugend, Internationale DGB-Jugendkonferenz zur Jugendarbeitslosigkeit und Prekarisierung in Europa „Solidarität kennt keine Grenzen: Eine Welt – eine Krise", Berlin

18.3. DGB NRW, Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Erneuerbare Energien, Innovationen und Beschäftigungseffekte", Jülich

19.3. ver.di, „Fachtagung für Beamtinnen und Beamte", Berlin

19.3. DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Volkshochschule, Diskussion „Die Macht der Ratingagenturen", Chemnitz

19.3. Friedrich-Ebert-Stiftung, Die aktuelle Situation der älteren Generation in Deutschland und Polen – mögliche Auswirkungen der Euro-Krise auf Renten und soziale Sicherungssysteme, Greifswald

19.3. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Was bleibt von Marx – Gedanken zum 130. Todestag von Karl Marx", Jena

19.3. Heinrich-Böll-Stiftung, Podiumsdiskussion „Europäische Öffentlichkeit jenseits nationaler Scheuklappen? Die Medien und die EU-Krise", Berlin

21.3. DGB, Deutscher Frauenrat, Sozialverband Deutschland, Aktionstag „Equal Pay Day", zentrale Kundgebung in Berlin

21.3. Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung

21.3. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK-Konjunkturforum „Finanzmärkte revisited", Berlin

21.3. ver.di, Fachtagung „Gute Arbeit – gute Personalausstattung", Frankfurt am Main

21.-22.3. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hugo-Sinzheimer-Institut für Arbeit, Tagung „9. Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht", Berlin

22.3. DGB, JAV-Kongress „Neuordnung der Arbeit", Kirkel

22.3. Weltwassertag

28.3. ver.di, Buchpräsentation und Lesung „Siegfried Aufhäuser (1884-1969) – Ein Leben für die Angestelltenbewegung", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Wenn man mal eine politisch kluge Haltung sucht, fährt man mit der exakten Gegenposition zu Alexander Dobrindt stets perfekt."

Blogger Sascha Lobo am 11. März auf Twitter über den CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt. Dieser hatte behauptet, Homosexuelle seien eine „schrille Minderheit".

Profifußball

Klausel im Trainervertrag unwirksam

Eine Klausel im Arbeitsvertrag zwischen einem Trainer und einem Fußballverein, wonach der Arbeitnehmer im Falle einer Kündigung auf die Erhebung einer Kündigungsschutzklage verzichtet, ist unwirksam.

Der Fall: Der Drittligist Alemannia Aachen kündigte seinem Chef-Trainer und zwei weiteren Trainern mit der Begründung, sie seien erfolglos. Dabei berief sich die Vereinsführung auf eine Klausel in den Arbeitsverträgen, die ein verhaltensbedingtes Sonderkündigungsrecht für den Verein vorsah, falls der Aufstieg in die 2. Bundesliga verpasst würde, was hier der Fall war. Darüber hinaus sei in den Arbeitsverträgen vereinbart, dass die Trainer nicht gegen ihre Kündigung klagen dürfen und sich mit einer Abfindung von drei Monatsgehältern zufriedengeben müssen. Die Kündigungsschutzklagen der Trainer hatten Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Der Verzicht auf eine Kündigungsschutzklage ist unwirksam; denn er entzieht dem Arbeitnehmer das gesetzlich verbriefte Recht, sich gegen unberechtigte Kündigungen zur Wehr zu setzen. Dieses Recht kann nicht einseitig zugunsten des Arbeitgebers verkürzt werden, auch wenn dem Arbeitnehmer für den Fall der Kündigung eine Abfindung zugesagt wird.

Arbeitsgericht Aachen,
Urteil vom 22. Februar 2013 - 6 Ca 3662/12

Gesetzliche Unfallversicherung

Auch nach einem privaten Treffen

Bei einer Geschäftsreise kann auch nach einem privaten Abendessen der Unfallversicherungsschutz wieder aufleben.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, Innenarchitekt, unternahm für seinen Arbeitgeber eine mehrtägige Geschäftsreise. Er war in einer Gaststätte untergebracht und hatte unter anderem einen Geschäftstermin in der Stadtverwaltung wahrzunehmen. Nach der Besprechung traf sich der Innnerarchitekt mit seiner Freundin und späteren Ehefrau in einem Restaurant zum Abendessen. Auf dem Rückweg zu seiner Unterkunft wurde sein PKW von einer Windbö erfasst und prallte gegen einen Alleebaum. Der Arbeitnehmer erlitt mehrere Verletzungen. Die Klage auf Anerkennung als Arbeitsunfall hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Ein wenige Stunden dauerndes privates Treffen während einer mehrtägigen Geschäftsreise führt nicht dazu, dass der Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung endgültig verloren geht. Die Rückfahrt zu dem Übernachtungshotel stand nämlich in Zusammenhang mit der ausgeübten geschäftlichen Tätigkeit. Der Arbeitnehmer hat sich wieder in das Hotel begeben, um an den nächsten Tagen weitere Geschäftstermine in der Umgebung wahrzunehmen. Bei mehrtägigen Geschäftsreisen ist es üblich, sich nach Abschluss des Arbeitstages nicht sofort ins Übernachtungshotel zu begeben, sondern den Abend gesellig oder mit Freizeitaktivitäten zu verbringen. Es würde den Unfallversicherungsschutz unangemessen verkürzen, wenn eine betrieblich veranlasste Fahrt (die Rückkehr ins Übernachtungshotel nach einem Geschäftstermin) aufgrund einer kurzen privaten Aktivität nicht mehr erfasst wäre. Bei mehrtägigen Geschäftsreisen kann eine private Unterbrechung von einigen Stunden oder sogar von mehr als einem Tag unschädlich sein.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 18. September 2012 - L 3 U 28/12

Hartz IV

Kosten für Ofen sind zu übernehmen

Im Rahmen der laufenden Hartz-IV-Leistungen können die Kosten für die Anschaffung eines Gasofens als Kosten der Unterkunft zu übernehmen sein, wenn dieser die Wohnung erst bewohnbar macht und das zuständige Jobcenter den Umzug in diese Wohnung genehmigt hat.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 28. November 2012 - L 6 AS 573/12 B ER

Betriebsvereinbarung

Altersgrenzen sind zulässig

Betriebsrat und Arbeitgeber können in einer freiwilligen Betriebsvereinbarung eine Altersgrenze für die Beendigung von Arbeitsverhältnissen regeln. Dabei haben sie die Grundsätze von Recht und Billigkeit zu beachten.
Diese sind gewahrt, wenn die Altersgrenze an den Zeitpunkt anknüpft, zu dem der Arbeitnehmer die Regelaltersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen kann.
Eine solche Regelung verstößt nicht gegen das Verbot der Altersdiskriminierung.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 5. März 2013 - 1 AZR 417/12

Wiedereingliederung

Betriebsrat ist einzubeziehen

Für die Durchführung des betrieblichen Eingliederungsmanagements kann der Betriebsrat die Einführung von Verfahrensregelungen verlangen und gegebenenfalls über die Einigungsstelle durchsetzen.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Beschluss vom 16. Januar 2013 - 2 TaBV 6/12

Justizvollzug

Sex im Gefängnis führt zur Entlassung

Ein Justizvollzugsbeamter, der mit einer Gefangenen in deren Zelle einvernehmlich Geschlechtsverkehr hatte, muss mit seiner Entfernung aus dem Dienst rechnen.
Bis zum Abschluss dieses Verfahrens sind eine vorläufige Dienstenthebung und die Einbehaltung von 20 v.H. seiner monatlichen Bezüge nicht zu beanstanden.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 22. Januar 2013 - 3 B 10064/13.OVG

Hartz IV

Rückzahlung auch bei Behördenfehler

Erhält ein Bezieher von Hartz-IV-Leistungen unrechtmäßige Zahlungen, so ist er zur Rückzahlung verpflichtet. Das gilt auch, wenn die Überzahlung auf einen Behördenfehler zurückgeht. Entscheidend ist, ob der Leistungsbezieher wissen musste, dass ihm das Geld nicht zustand.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt,
Urteil vom 4. Oktober 2012 - L 5 AS 18/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 02.04.2013 6/13

DGB

inhalt

Seite 3
Im Stich gelassen
Behinderte Menschen werden hierzulande im Stich gelassen und diskriminiert. Ein Bericht von 80 Organisationen belegt das Ausmaß der Diskrimierung

Seite 5
Gedenken und erinnern
Am 2. Mai 1933 haben die Nationalsozialisten die Gewerkschaftshäuser gestürmt. Die Gewerkschaften erinnern mit Veranstaltungen und Ausstellungen an die Opfer

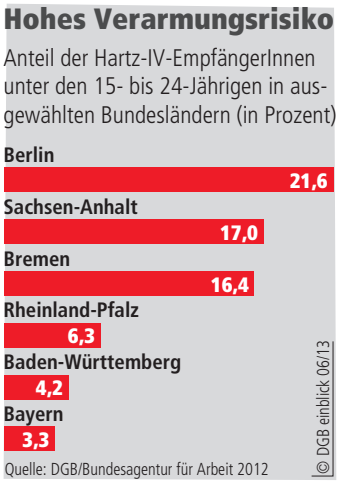
Seite 7
BAföG ausbauen
Das BAföG soll reformiert werden. Wie sich der DGB eine Reform vorstellt, erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock

Generation prekär

Jugend ohne Zukunft

Zu viele Kinder wachsen in Deutschland mit geringer Aussicht auf ein erfolgreiches Leben auf. Auch das Armutsrisiko der Jugendlichen ist hoch. Gleichzeitig freut sich die deutsche Politik über den geringen Anteil jugendlicher Arbeitsloser im europäischen Vergleich. Doch Grund zur Selbstzufriedenheit bieten diese Zahlen nicht. „Das Verarmungsrisiko Jugendlicher ist in Deutschland überdurchschnittlich hoch", stellt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fest. Eine nicht gerade kleine Minderheit wächst auf dem Hinterhof der Wohlstandsgesellschaft auf, ist das Fazit einer aktuellen DGB-Analyse.

Die Armut junger Menschen ist keine Randerscheinung. 1,2 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 34 Jahren sind hilfebedürftig. Und viele von ihnen haben ihre ersten Erfahrungen mit Hartz-IV-Leistungen schon hinter sich, bevor sie überhaupt ihren ersten Arbeitsplatz suchen können. Das heißt, die ersten negativen Erfahrungen machen diese Jugendlichen sehr früh. Sie wachsen in Verzicht auf, während andere sich vieles leisten können. Und wer arm aufwächst, lebt gleich mit einem mehrfachen Risiko von Benachteiligungen. Jeder sechste Jugendliche, der Hartz-IV-Leistungen bezieht, ist berufstätig. Aber ihr Lohn reicht nicht zum Leben. Eine bittere Erfahrung nennt das Annelie Buntenbach. Denn diese Gruppe stellt sehr früh fest, dass sie von der eigenen Arbeitsleistung nicht leben kann. Der Niedriglohnsektor müsse endlich eingedämmt werden, „damit hier keine Generation prekär entsteht", fordert Buntenbach.



Der größte Teil hilfebedürftiger Jugendlicher lebt in großstädtischen Regionen. Noch immer ist das Verarmungsrisiko in den neuen Ländern doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Außerdem ist das Hartz-IV-Risiko in den Stadt-Staaten besonders hoch.

60 Prozent der Arbeitslosen im Alter von 15 bis 24 Jahren sind auf Hartz IV angewiesen. Das sind 142 000 junge Menschen. Für den DGB zeigt dies den „Widerspruch zwischen der politischen Rhetorik von Teilhabegerechtigkeit und der tatsächlichen Bildungspolitik zugunsten benachteiligter Bildungsschichten". Benötigt wird eine besondere Förderung. Dabei sind individuelle und kreative Ansätze gefragt, die den unterschiedlichen Lebensumständen Rechnung tragen. Neue Formen praxisorientierter Qualifizierung sind ebenso notwendig wie präventive arbeitsmarkt-, sozial- und bildungspolitische Ansätze.

Gelingen kann dies nur, wenn die verschiedenen politischen Zuständigkeiten besser zusammengeführt werden. Dies gilt ebenso für die unterschiedlichen Akteure in der Jugend- und Berufshilfe. Weiteren Verbesserungsbedarf sieht der DGB in der derzeit intransparenten Förderlandschaft. Ein positives Beispiel bieten hier die Jugendberufsagenturen, in denen alle Dienstleistungen unter einem Dach gebündelt werden.

Der DGB erwartet auch eine „nachgehende Betreuung", um Abbrüche von Fördermaßnahmen möglichst zu verhindern und stabile Beschäftigung zu fördern. Buntenbach: „Jugendliche, die es schwerer haben als andere, brauchen eine zweite Chance, wenn sie die erste nicht nutzen konnten." •

Die DGB-Analyse:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

plusminusBERLIN

+ ***„Verschleierungen" wie beim letzten Armutsbericht will die Linke verhindern. Parteivorsitzende und MdB Katja Kipping fordert, die Berichterstattung über Armut und Reichtum künftig auf eine unabhängige Kommission zu übertragen.***

– ***„Ja, ich halte es für richtig und auch politisch für klug", kommentiert der Rechtsexperte der CSU-Bundestagsfraktion Hans-Peter Uhl die Entscheidung der Bundesregierung, sich nicht an dem NPD-Verbotsantrag zu beteiligen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/service/apps
Ab sofort steht die DGB-App kostenlos für Apple iOS und Android zum Download bereit

Hintergrund

www.bit.ly/verdi_video_cloud
Ein Science-Fiction-Video von ver.di über die Arbeitswelt im Jahr 2020

POLITIK AKTUELL

Minijobs

Schmaler Steg statt breite Brücke

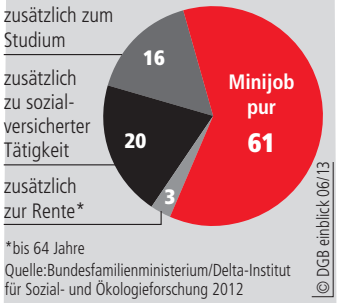
„Die Reform der Minijobs ist dringend erforderlich", mahnt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Die meisten Frauen kommen aus der Sackgasse Minijob während ihres Arbeitslebens nicht mehr heraus. Wie selten Minijobs die Chance auf eine Festanstellung eröffnen, zeigt eine Studie des Delta-Instituts für Sozial- und Ökologieforschung im Auftrag des Bundesfamilienministeriums. Minijobs funktionieren kaum als Brücke in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. „Für Frauen bleiben sie oft Dauererwerbsform", sagt Professor Carsten Wippermann, Autor der Studie. Zudem zementierten sie die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern. Nur 14 Prozent der Minijobberinnen gelingt der Sprung in eine Vollzeitstelle. Minijobs seien „ein Programm zur Erzeugung lebenslanger ökonomischer Ohnmacht und Abhängigkeit von Frauen", heißt es in der Studie. Befragt wurden über 2000 Frauen im Alter von 18 bis 64 Jahren. Über 61 Prozent der geringfügig Beschäftigten haben ausschließlich einen Minijob-Vertrag, obwohl 86 Prozent eine abgeschlossene berufliche Qualifikation vorweisen können.

Eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt darüber hinaus, dass es Arbeitgeber bei den Minijobbern mit dem Gesetz nicht so genau nehmen. 30 Prozent der befragten Betriebe gaben an, dass sie Beschäftigten in Kleinstarbeitsverhältnissen keinen Urlaub gewähren, und für 40 Prozent gibt es auch keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. •

www.dgb.de/-/JiW

Dauerhafte Notlösung

Beschäftigungssituation von Minijobberinnen (in Prozent)



Der überwiegende Teil der 18- bis 49-jährigen Frauen ist überzeugt, dass der Minijob ihnen eine Brücke in die reguläre Anstellung bietet. Doch die meisten müssen feststellen, dass sie in der Minijob-Falle festhängen. Der Minijob wird für sie zur dauerhaften Notlösung.

Zypern

Fehler wiederholt

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat das Zypern-Hilfspaket der EU kritisiert: „Wer glaubt, dass von der neuen Lösung nur die Reichen betroffen sind, der irrt." Zwar sei es positiv, dass Einlagen bis 100 000 Euro von den Sparmaßnahmen verschont blieben, doch ein großer Teil des Gesamtplans gehe nach wie vor zu Lasten der kleinen Leute. „Es ist dieselbe fatale Kahlschlagpolitik, die schon Griechenland und Spanien in eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe getrieben hat", warnt Matecki. Denn auch für Zypern heißt die EU-Vorgabe: Privatisieren, Ausgaben im Öffentlichen Dienst kürzen und weitere Staatsausgaben reduzieren. •

Werkverträge

Enger Rahmen für Mitbestimmung

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will gegen den Missbrauch von Werkverträgen vorgehen. Sie dürften „nicht als neues Schlupfloch für Lohndumping» genutzt werden, erklärte die Ministerin Mitte März gegenüber der *Welt am Sonntag*. Dafür sollen unter anderem die Kontrollrechte der Bundesagentur für Arbeit ausgeweitet und die Betriebsräte mehr Rechte erhalten. Es sei eine Entwicklung zu beobachten, so von der Leyen, dass einzelne „schwarze Schafe" unter den Unternehmern auf „Scheinwerkverträge" ausweichen würden.

Eine „hochflexible Wirtschaft" wie die deutsche brauche allerdings Werkverträge. Von der Leyen will deshalb, dass die unternehmerische Entscheidung, eine Dienstleistung nach außen zu geben, „grundsätzlich frei bleiben muss". Der Mitbestimmung von Betriebsräten will sie einen engen Rahmen setzen. Sie sollen einem Werkvertrag nur unter gesetzlich festgelegten Gründen widersprechen können – wenn Nachteile für die Stammbelegschaft drohen wie etwa Kündigungen.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist von der Leyens Vorstoß zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht ausreichend. DGB und Gewerkschaften fordern seit langem, dass Betriebsräte grundsätzlich bei der Fremdvergabe von Leistungen zustimmen müssen. „Die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten zu erweitern, ist dringend nötig – aber die Einschränkungen, die die Ministerin vorsieht, degradieren die Betriebsräte zu Papiertigern", sagt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Alle Oppositionsparteien – Bündnis 90/ Die Grünen, die Linke und zuletzt die SPD – haben bereits Gesetzesentwürfe gegen den Missbrauch von Werkverträgen in den Bundestag eingebracht, in denen sie Forderungen des DGB aufgreifen. Bei der Debatte über den SPD-Gesetzentwurf Ende Februar hatten sich die Redner der Regierungskoalition noch vehement gegen neue gesetzliche Regelungen ausgesprochen. •

DGB-Positionspapier: www.dgb.de/-/5X9

Lohndumping

Vorwürfe gegen Deutschland

Die belgische Regierung hat angekündigt, sich offiziell bei der EU-Kommission über den Missbrauch von Werkverträgen in deutschen Schlachthöfen zu beschweren. Die in deutschen Schlachthöfen gezahlten Billiglöhne von drei bis fünf Euro an Werkvertragsbeschäftigte vor allem aus Osteuropa würden immer mehr belgische Mitbewerber in den Konkurs treiben. •

Managerbezüge

Falscher Weg

Noch im April will die Regierungskoalition einen Gesetzentwurf vorlegen, nach dem nicht mehr der Aufsichtsrat, sondern die Aktionäre eines Unternehmens über Bezüge und Boni der Manager entscheiden sollen. Einen entsprechenden Änderungsvorschlag hat Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) bereits ausgearbeitet. Die Gewerkschaften lehnen diese Pläne ab. Sie bezweifeln, dass ausgerechnet Aktionäre, meist institutionelle Anleger, vor allem interessiert an Aktienkursen und schnellen Gewinnen, wirksamer gegen überzogene Managergehälter vorgehen könnten als Aufsichtsräte. „Der Aufsichtsrat, in dem auch Arbeitnehmervertreter sitzen, ist der richtige Ort zum Entscheiden", sagt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. •

UN-Behindertenrechtskonvention

Bilanz niederschmetternd

Behinderte Menschen werden von der Bundesregierung und vielen Unternehmen im Stich gelassen. Das ist das Fazit von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Ein gemeinsamer Bericht von 80 Organisationen belegt das Ausmaß der Diskriminierung von Behinderten in Gesellschaft und Arbeitswelt.

Anlässlich des vierten Jahrestages des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention hat die Bundesregierung einen so genannten Staatenbericht zur Vorlage bei den Vereinten Nationen erarbeitet. Er beleuchtet die aktuelle Menschenrechtssituation in Deutschland. Nach dem Urteil der „BRK-Allianz" (s. Randspalte), ein Bündnis von rund 80 Organisationen, findet jedoch die Situation von Menschen mit Behinderung in diesem Staatenbericht keinen Widerhall. Ende März übergab sie daher Tom Koenig, dem Vorsitzenden des Bundestags-Menschenrechtsausschusses, einen Parallelbericht. In dem achtzigseitigen Bericht werden zahlreiche Verstöße gegen die Konvention aufgelistet, von der Verweigerung des Wahlrechts, von Zwangsbehandlung, sexueller Gewalt und systematischer Freiheitsberaubung ist die Rede.

„Deutschland hat zahlreiche Gesetze, um gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu gewährleisten. Gleichwohl werden diese Gesetze nur unzureichend umgesetzt", heißt es. Insbesondere das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes (BGG) soll die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung beseitigen. Doch nach dem BGG sind lediglich Träger des öffentlichen Rechts des Bundes verpflichtet, Barrierefreiheit zu realisieren. Für private Rechtsträger sind allenfalls Zielvereinbarungen formuliert – wie so oft, ohne wirkliche Konsequenzen.

Beteiligung von Menschen mit Behinderung an Gesetzgebungsverfahren und organisatorischen Prozessen auf Augenhöhe? Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen? Freie Wahl des Wohnortes oder gar des Arbeitsplatzes? Alles Punkte, bei denen die Verbände, die sich in der Allianz zusammengeschlossen haben, deutliche Defizite sehen.

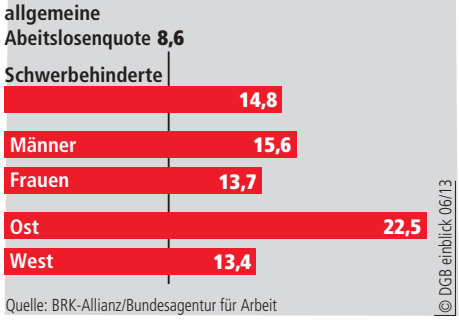
Für den DGB fordert Annelie Buntenbach, dass die Bundesregierung den Nationalen Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention endlich mit Leben füllt. „Dazu gehören echte Investitionen in Teilhabechancen und eine stärkere Verpflichtung der Arbeitgeber zur Beschäftigung Behinderter." Die sind in Deutschland deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. 2011 lag die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen bei 14,8 Prozent, die allgemeine Arbeitslosenquote betrug 7,9 Prozent (siehe Grafik). Im Aktionsplan – von der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Konvention aufgestellt – findet diese Arbeitslosenquote keinerlei Erwähnung. „Dabei wäre sie ein geeigneter Indikator, um die Inklusivität des Arbeitsmarktes zu messen", befindet der Bericht.

Laut einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liegt Deutschland gemeinsam mit Slowenien, Tschechien und Belgien auf den hintersten Rängen, wenn es um die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung geht. Annelie Buntenbach: „Schwerbehinderte Menschen werden von der Bundesregierung und vielen Unternehmen im Stich gelassen. Jedes dritte Unternehmen beschäftigt fast keine schwerbehinderten Menschen, jedes zweite hält sich nicht an die gesetzliche Quote von fünf Prozent. Es ist inakzeptabel, dass sich viele Firmen noch immer verweigern, obwohl sie weitreichende staatliche Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen können." Die Unternehmen zahlen lieber die Ausgleichsabgabe, die – je nach Unternehmensgröße – maximal 290 Euro monatlich beträgt. Überdies hat die Bundesregierung 2010 weitreichende Sparmaßnahmen bei der Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosen beschlossen, die vor allem Menschen mit Behinderung getroffen haben. Ihr Anteil an den Arbeitslosen ist gestiegen: Während die allgemeine Arbeitslosenquote 2011 um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist, wuchs der Anteil schwerbehinderter Arbeitsloser um 2,8 Prozent.

Annelie Buntenbach fordert, die Bundesregierung müsse mehr für die Chancen schwerbehinderter Menschen tun. Die Ausgleichsabgabe müsse deutlich erhöht werden. „Firmen, die sich noch nicht einmal an die Quote von drei Prozent halten, müssen besonders in die Pflicht genommen werden. Wir brauchen mehr statt weniger Einsatz für die Chancengleichheit behinderter Menschen am Arbeitsmarkt." •

Deutlich häufiger arbeitslos

Arbeitslosenquote von Menschen mit und ohne Behinderung 2010 (in Prozent)



Quelle: BRK-Allianz/Bundesagentur für Arbeit

Gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben – sie steht zwar im Grundgesetz, ist für Menschen mit Behinderung jedoch kaum zu erreichen.

BRK-Allianz

Das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, kurz UN-Behindertenrechtskonvention, UN-BRK oder BRK, ist seit dem 26. März 2009 in Deutschland in Kraft. Die Konvention enthält 50 Artikel, etwa zur Barrierefreiheit, zu Bildung, Gesundheit oder Arbeit. Artikel 35 verpflichtet alle Staaten, in denen die Konvention gilt, regelmäßig Berichte über den Stand der Umsetzung zu erstellen.

Die BRK-ALLIANZ, ein Bündnis von rund 80 Organisationen der Zivilgesellschaft zur UN-Behindertenrechtskonvention, wurde im Januar 2012 gegründet. Ihr Ziel ist es, die Staatenberichtsprüfung für Deutschland zur UN-BRK zu begleiten und einen Parallelbericht zu verfassen. Die Verbände der BRK-Allianz kommen vor allem aus den Selbstvertretungsverbänden von Menschen mit Behinderungen, der Behindertenselbsthilfe und der Sozial- und Wohlfahrtsverbände. Die Gewerkschaften sind mit DGB, GEW und ver.di vertreten.

www.brk-allianz.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Stark für die Schwachen im Verkehr.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Projekt

Familienbewusste Arbeitszeiten

Betrieben und Verwaltungen bietet das DGB-Projektteam „Vereinbarkeit von Familie und Beruf" eine kostenfreie beteiligungsorientierte Beratung an. Ziel ist es, passgenaue Lösungen zu entwickeln, die den Beschäftigten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Im Zentrum des Beratungsprojektes stehen Arbeitszeiten, die die Belastungen der Beschäftigten verringern, etwa um Pflege und Beruf besser vereinbaren zu können. Arbeitszeiten sollen an die „Wechselfälle des Lebens" angepasst, vollzeitnahe Teilzeitmodelle sollen entwickelt werden. Beschäftigten in Schichtbetrieben soll eine gute Work-Life-Balance ermöglicht werden.

Der Beratungsprozess erstreckt sich von der Erhebung des Status Quo über gemeinsame Zielentwicklung, die Entwicklung von Handlungsstrategien und das Controlling der durchgeführten Maßnahmen bis hin zur Unterstützung bei der Auswertung. Beraten werden InteressenvertreterInnen und Unternehmensleitungen, die sich auf gemeinsame Ziele und Initiativen verständigen wollen. Pro Unternehmen sind bis zu sechs kostenfreie Beratungstage möglich. •

www.familie.dgb.de

Konferenz

Neue Ordnung schaffen

Zwar ist die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren zurückgegangen, doch gleichzeitig boomt der Niedriglohnsektor. Auch Menschen in regulärer Beschäftigung müssen stetig größerem Druck im Job standhalten. Die Gewerkschaften fordern deshalb eine „Neue Ordnung der Arbeit". Darüber diskutieren ExpertInnen aus Betrieben, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft auf einer Konferenz am 29. Mai in Berlin, zu der DGB und das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung einladen. Unter dem Titel „Konturen einer Neuen Ordnung der Arbeit" sollen Perspektiven und Zukunftsstrategien analysiert und debattiert werden. Anmeldungen sind bis zum 10. Mai möglich. •

www.boeckler.de/4990_42430.htm

Taschenbuch

Tarifpolitik 2013

Wie hoch war die durchschnittliche Tarifsteigerung im Jahr 2012? Wo gibt es welche Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz? Wie viel tarifliches Urlaubsgeld wird in der Metallindustrie gezahlt? Antworten auf zahlreiche Fragen rund um das Thema Tarifpolitik gibt das Taschenbuch „Tarifpolitik 2013" des WSI-Tarifarchivs. Im handlichen Format bietet es umfangreiche Daten und Fakten zur Tariflandschaft und Tarifpolitik in Deutschland, unter anderem zu den Schwerpunktthemen Tarifvertragslandschaft, Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Tarifbewegungen und Arbeitskämpfe sowie Tarifregelungen in 50 verschiedenen Branchen und Tarifbereichen. •

www.bit.ly/tarifpolitik2013

Sommerakademie

Globalisierung gestalten

Die Kasseler Sommerakademie zur Globalisierung bietet vom 17. bis 21. Juni die Möglichkeit, sich fünf Tage intensiv mit weltwirtschaftlichen und -politischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Das Programm umfasst Seminareinheiten, in denen Grundlagen über die Funktionsweise der globalen Ökonomie, über die Globalisierung der Produktion und über Institutionen der Weltwirtschaft vermittelt werden. Es bietet auch Raum für vertiefende Diskussionen zu Gestaltungsmöglichkeiten und Strategieansätzen im Nord-Süd-Dialog. Die Sommerakademie soll außerdem zu einem Erfahrungsaustausch zwischen Aktiven aus Nichtregierungsorganisationen und Betrieben beitragen. •

hkroeck@gmx.de

Tagung

Frauen in der Politik

Frauen übernehmen Verantwortung – auch in der Politik. Doch Alltag und politische Kultur in Organisationen sind nach wie vor männlich geprägt. Wie müssen sich politische Organisationen verändern, damit sich noch mehr Frauen engagieren? Darüber diskutieren Expertinnen aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften am 26. April in Berlin auf Einladung der GEW und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Unter dem Motto „Und sie bewegt sich doch – Wie Frauen die politische Kultur verändern" sollen Handlungsoptionen aufgezeigt und Strategien entwickelt werden. •

www.gew.de/GEW-Terminkalender.html

Deutscher Betriebsrätepreis

Jetzt anmelden!

Noch bis zum 30. April können sich Betriebsräte, Gesamtbetriebsräte, Konzernbetriebsräte und Europäische Betriebsräte für den Deutschen Betriebsrätepreis 2013 bewerben. Gesucht werden Projekte und Initiativen der betrieblichen Mitbestimmung, die dazu beigetragen haben, Arbeitsbedingungen zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern. Die Jury bewertet bei ihrer Entscheidung neben den Auswirkungen der Projekte auf die betriebliche Praxis auch, ob die Initiativen auf andere Unternehmen übertragen werden können. •

www.DeutscherBetriebsraete-Preis.de

interregio

••• Am 27. April veranstaltet der ***DGB NRW*** gemeinsam mit dem ***DGB Bildungswerk NRW*** in Duisburg einen ***Kongress*** unter dem Motto *„Erinnern. Denken. Handeln. Nazis und Rassismus wirksam bekämpfen"*. GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen sowie Aktive aus Antirassismusprojekten analysieren und diskutieren, wie Rassismus effektiv bekämpft werden kann.

http://nrw.dgb.de/-/JGN

••• In einer ***Broschüre*** hat der ***DGB Hessen*** seine *„Erwartungen für die Landtagswahlen"* veröffentlicht. Der DGB-Bezirksvorsitzende Stefan Körzell erklärt: „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen brauchen einen Politikwechsel und eine Anerkennung ihrer Leistungen." Der erste und wichtigste Schritt sei, so Körzell, die Umsetzung eines echten Tariftreue- und Vergabegesetzes. Dazu gehöre ein Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ebenso wie Mindeststandards bei Ausbildung, Gleichberechtigung und Inklusion.

www.hessen-thueringen.dgb.de/-/tTm

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Vereinsmitglied statt Shareholder.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Zerschlagung der Gewerkschaften 1933

Gedenken, erinnern, lernen

Am 2. Mai 1933 haben die Nationalsozialisten die Gewerkschaftshäuser gestürmt. Bundesweit gedenken DGB und Gewerkschaften in vielen Veranstaltungen der Opfer.

Ziel der Nazis war es, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) samt seiner Gewerkschaften zu zerschlagen. Um die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, inszenierte die NSDAP am 1. Mai 1933 den „nationalen Tag der Arbeit". Einen Tag später stürmten Rollkommandos von SA und SS die Gewerkschaftshäuser im ganzen Land.

In der Zentrale des ADGB in Berlin wurden der Vorsitzende Theodor Leipart, sein Stellvertreter Wilhelm Leuschner und ADGB-Vorstandsmitglied Hermann Schlimme samt ihrer MitarbeiterInnen verhaftet. Im Kellerraum eines SA-Sturmlokals unweit des Alexanderplatzes wurden sie verhört und gefoltert. Gleiches geschah mit den GewerkschafterInnen, die im Haus des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Alten Jakobstraße und der „Roten Burg" arbeiteten, dem Berliner Gewerkschaftshaus am Engelbecken in Berlin-Kreuzberg. Die freie Gewerkschaftsbewegung war von nun an verboten. An ihre Stelle trat die nationalsozialistische „Deutsche Arbeitsfront".

Anfang April eröffnen DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin die Ausstellung „Zerschlagung der Mitbestimmung 1933". Der dazu gehörige Band kann kostenlos im Internet bestellt werden: ***www.boeckler.de/15.htm***

Zur Erinnerung an den 2. Mai 1933 haben DGB und Gewerkschaften bundesweit Ausstellungen, Lesungen und Veranstaltungen geplant. Die zentrale Gedenkveranstaltung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung findet am 2. Mai in Berlin statt. Das Motto: „80 Jahre nach dem Sturm auf die Gewerkschaftshäuser. Demokratie und Mitbestimmung stärken". Hauptredner wird Bundespräsident Joachim Gauck sein. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt: „Der Gedenktag ist uns mahnende Erinnerung. Unsere Geschichte verpflichtet uns bis heute zum Handeln gegen Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz."

Mit Blick auf das NPD-Verbotsverfahren des Bundesrates mahnt Sommer: „Nazis dürfen in diesem Land keine zweite Chance haben." Das Verfahren sei ein wichtiges Signal im Kampf gegen Rechtsextremisten, auch gerade vor dem Hintergrund der Morde der NSU-Gruppe. „Eine Demokratie, die sich ernst nimmt, bekämpft ihre Feinde, statt sie direkt oder indirekt zu finanzieren. Deshalb fordern wir seit langem das Verbot der NPD und aller ihrer Tarn- und Nachfolgeorganisationen. Wir wollen, dass energisch gegen alte und neue Nazis vorgegangen wird." •

Alle Veranstaltungen zum 2. Mai 1933: ***www.einblick.dgb.de***
Interview mit Michael Sommer: ***www.dgb.de/-/Jdg***

Um an die Verfolgung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten zu erinnern, hat der DGB eine Internetseite konzipiert. *Neben vielen Beiträgen zur Kultur der Gewerkschaften in der Weimarer Republik dokumentiert das Portal detailliert, was am 2. Mai 1933 in den Berliner Gewerkschaftshäusern geschah. Portraits von GewerkschafterInnen machen deutlich, welche individuellen Folgen der Nazi-Terror hatte. So zum Beispiel für Gertrud Hanna, Leiterin des Arbeiterinnensekretariats beim ADGB. Die engagierte Gewerkschafterin und Frauenrechtlerin wurde von 1933 an beschattet. Nach Jahren der Überwachung durch die Gestapo nahm sie sich 1944 das Leben. Oder für Max Urich, den Ersten Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin. Der gelernte Büchsenmacher wurde nach kurzer „Schutzhaft" wieder entlassen und war gemeinsam mit Wilhelm Leuschner im Widerstand tätig. Immer wieder wurde Urich festgenommen und gefoltert, dann wieder freigelassen. Von 1933 bis 1945 verbrachte er insgesamt fünf Jahre im KZ. Nach dem Attentat auf Hitler 1944 wurde er erneut verhaftet, konnte aber auf dem Transport ins KZ Flossenburg fliehen. Urich war bis zu seinem Tod 1968 engagierter Gewerkschafter und Politiker.*

www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de

Preisträger geehrt

Mit Sonderpreisen hat die Jury in diesem Jahr im „Gelbe Hand"-Wettbewerb zwei Projekte ausgezeichnet, die sich mit dem Schicksal von GewerkschafterInnen während der Nazi-Diktatur befassen. Der erste Sonderpreis geht an junge ver.di-GewerkschafterInnen und SchülerInnen, die gemeinsam mit der DGB-Geschichtswerkstatt Herne den Beitrag „Verwischte Spuren – Arbeiterwiderstand in Herne und Wanne-Eickel 1933-45" erarbeitet haben. Mit einem weiteren Sonderpreis wird die DGB-Jugend Duisburg-Niederrhein geehrt. Die Jugendlichen haben die Biografien von vier Gewerkschaftern aufgearbeitet, die am 2. Mai 1933 in Duisburg von den Nazis ermordet wurden.

Zum siebten Mal hat der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!" junge Menschen mit dem „Gelbe Hand-Preis" für ihr Engagement im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus ausgezeichnet. Der erste Preis geht an die Auszubildenden der Stadtwerke Düsseldorf für einen Videobeitrag zum Thema Vorurteile. Den zweiten Preis hat der ver.di-Bezirksjugendvorstand Weser-Ems für einen Film über die Situation von AsylbewerberInnen bekommen.

Alle PreisträgerInnen: ***www.bit.ly/YsfXle***

kurz&bündig

Gemeinsam mit Umweltverbänden will die IG BAU eine Initiative für eine Katalysator-Pflicht für Baumaschinen starten. Nicht nur die Beschäftigten im Baubereich würden durch die giftigen Abgase geschädigt, die Umwelt insgesamt leide, kritisiert der stellvertretende IG-BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers.

Eine Bundesfinanzpolizei fordert der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut. Würden die Dienste des Zolls entsprechend umgebaut, gäbe es für illegal erwirtschaftete Milliarden weniger Chancen.

„Fair zugestellt statt ausgeliefert" heißt die neue ver.di-Kampagne, die zu besseren Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bei den Kurier-, Express- und Paketdiensten führen soll.

Der IG-Metall-Vorstand will bis spätestens 2019 eine Frauenquote von 30 Prozent bei den hauptamtlichen Führungskräften und Aufsichtsräten erreichen. Aktuell liegt der Frauenanteil bei 15 Prozent.

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Verkehrssicherheit vor Motorsport!
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Leiharbeit

Mehr Rechte für Betriebsräte

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat Mitte März die Rechte von Leiharbeitskräften und Betriebsräten entscheidend gestärkt. Leiharbeitskräfte zählen bei der für die Größe des Betriebsrats maßgeblichen Anzahl der Beschäftigten mit, entschied das BAG. Das bedeutet in vielen Betrieben, dass sich die Zahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder etwa bei den 2014 anstehenden Betriebsratswahlen erhöht. DGB und Gewerkschaften begrüßen die Entscheidung des BAG. „Bisher wurden Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen bei der Berechnung der Größe eines Betriebsrates nicht berücksichtigt. Das war in denjenigen Betrieben besonders absurd, wo viele Leiharbeitnehmer beschäftigt waren und die Betriebsräte damit reichlich zu tun hatten", erklärt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Der DGB fordert gesetzliche Änderungen, um die Handlungsfähigkeit der Betriebsräte in Betrieben zu stärken, die viele Leiharbeitskräfte einsetzen. •

Bahn-Projekt für Toleranz

EVG droht mit Ausstieg

„Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt", die gemeinsame Initiative der Deutschen Bahn AG und der EVG, steht nach zwölf Jahren auf der Kippe. Die EVG trägt das Projekt finanziell mit.

EVG-Bundesjugendsekretär Marco Rafolt ärgert sich zunehmend, dass das Projekt bei der Bahn als reines „Marketinginstrument" gesehen und gerne medienwirksam angepriesen wird. Taten fehlen jedoch. Beispielsweise gibt es kaum Bemühungen, die von der EVG geforderte Anlaufstelle für junge Beschäftigte einzurichten, bei der rechtsextremistisches Gedankengut oder intolerantes Verhalten von KollegInnen gemeldet werden kann. Auch mit der Rolle der Bahn während der Naziherrschaft sollten sich die Auszubildenden auseinandersetzen. Jetzt hat die EVG die Bahn zu Gesprächen aufgefordert und droht mit dem Ausstieg aus dem Projekt. Der Bahn-Vorstand habe „Gesprächsbereitschaft signalisiert", sagt Rafolt. Doch offen sei, so Rafolt, inwieweit die Bahn AG sich tatsächlich mit den Themen Hass und Gewalt und für ein gemeinsames Miteinander auseinander- und einsetzen will. •

?...nachgefragt

Foto: DGB/Menze

Débora Alves, 34, vom Jugendausschuss der UGT, einem portugiesischen gewerkschaftlichen Dachverband, berichtete Mitte März auf der internationalen Jugendkonferenz der DGB-Jugend über die schwierige Situation der jungen Generation in Portugal.

„Offiziell liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 37,7 Prozent. Nach den aktuellen Zahlen der letzten Monate ist sie mittlerweile auf 40 Prozent gestiegen. Wer überhaupt Arbeit findet, hat in der Regel schlecht bezahlte Jobs oder ist prekär beschäftigt. Der überwiegende Teil der jungen Portugiesen lebt mittlerweile noch bei seinen Eltern, weil eine eigene Wohnung unter diesen Umständen nicht finanzierbar ist – dies schränkt natürlich auch die Mobilität ein. Dazu kommt die hohe Rate der Langzeitarbeitslosen. Sie sind völlig mutlos und lethargisch. Viele schreiben schon überhaupt keine Bewerbungen mehr.

Die Portugiesen aller Altersgruppen sind mit der Jugend solidarisch. Gerade ist auch unsere Kampagne „Operation Arbeitslosigkeit" angelaufen. Da geht es hauptsächlich um gezielte Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher. Doch die nationale Unterstützung reicht nicht aus. In Europa muss sich etwas ändern. Wir brauchen einen Kurswechsel in der Europäischen Union. Die EU muss Investitionen und nachhaltige Beschäftigung fördern. Wir wünschen uns auch, dass der Europäische Sozialfonds (ESF) Jugendinitiativen finanziell unterstützt. Natürlich nutzen wir unsere gute Vernetzung innerhalb der EGB-Jugend. So hoffen wir, dass wir gemeinsam mehr erreichen – für die Jugend in ganz Europa."

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Gelebte Demokratie mit 5 Buchstaben? ACE e.V.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Öffentlicher Dienst

Länder bleiben hart

Lediglich zwei Bundesländer haben bislang zugesagt, das Tarifergebnis des öffentlichen Dienstes auf die Beamten zu übertragen. Die Länder stellen das Prinzip „Besoldung folgt Tarif" zunehmend in Frage, kritisiert der DGB. Bayern und Hamburg übernehmen das Ergebnis. Das sind gerade einmal 2 von 15 Ländern, die der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) angehören. •

Studienfinanzierung

Chancengleichheit nicht zum Nulltarif

Was der DGB unter einer Reform des BAföG versteht, erklärt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

Für viele Studierende ist es ein Zeichen der Hoffnung: Endlich wird wieder über eine Reform des BAföG gesprochen. Die staatliche Studienfinanzierung zählt zu den bildungspolitischen Erfolgsgeschichten der Bundesrepublik. Seit ihrer Einführung 1971 hat sie mehr als vier Millionen jungen Menschen ein Studium ermöglicht, die es sich sonst aus finanziellen Gründen nicht hätten leisten können. Doch in den vergangenen Jahren drohte das BAföG auszutrocknen. Zahlreiche Nullrunden sorgten dafür, dass Bedarfssätze und Freibeträge mit den steigenden Preisen nicht mehr Schritt hielten. Wer einen Bachelor ablegte, dann arbeitete, um einige Jahre später einen Master an der Hochschule zu machen, kam kaum zum Zuge. Mehr als 20 Prozent der Studierenden studieren de facto in Teilzeit – in Vollzeitstudiengängen. Sie erziehen Kinder, pflegen Angehörige oder sind nebenbei noch berufstätig. Sie gehen unabhängig von ihrem tatsächlichen Einkommen oder Vermögen in aller Regel leer aus. Es gibt also **gute Gründe, das BAföG als Herzstück der Studienfinanzierung zu stärken.**

Wenn die neue Bundesbildungsministerin Johanna Wanka fordert, die Studienförderung den neuen Lebenswirklichkeiten anzupassen, und die Opposition auf einer Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge beharrt, ist das eine echte Chance. Verzichten Bund und Länder auf Wahlkampfgeplänkel, besteht die Möglichkeit einer umfassenden BAföG-Novelle. Für eine solche Reform hat der DGB gemeinsam mit dem Deutschen Studentenwerk in den „Zehn Eckpunkten für ein modernes BAföG" schon konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Die letzte Erhöhung gab es im Jahr 2010. Seither mussten die Studierenden trotz steigender Preise mehrere Nullrunden hinnehmen. Bund und Länder, die die Kosten für das BAföG gemeinsam tragen, konnten sich nicht auf eine Erhöhung einigen. Die Länder, die ein Drittel der Ausgaben tragen, wollten die Kosten für höhere Bedarfssätze dem Bund aufhalsen. Der Bund als Hauptfinanzier mochte das nicht mittragen.

Damit Studierende aus ärmeren Familien nicht die Leidtragenden des föderalen Gegeneinanders bleiben, muss **ein verlässlicher Inflationsausgleich festgeschrieben werden.** Um frühere Nullrunden auszugleichen, sind in einem ersten Schritt Freibeträge und Bedarfssätze um mindestens zehn Prozent anzuheben. Denn noch immer nehmen zu viele junge Menschen kein Studium auf, weil das Einkommen ihrer Eltern knapp über der Anrechnungsgrenze liegt, ihre Eltern das Studium aber nicht finanzieren können.

Damit gerade junge Menschen aus ärmeren Familien nach dem Studium nicht mit einem Schuldenberg in den Beruf starten, sollten Bund und Länder

Foto: DGB/Steinle

Ingrid Sehrbrock ist als stellvertretende DGB-Vorsitzende unter anderem für Bildung zuständig.

den Darlehensteil senken. Bisher zahlt der Staat die Förderung je zur Hälfte als Zuschuss beziehungsweise als zinsloses Darlehen. Grundsätzlich sollte das BAföG in einen Vollzuschuss umgewandelt werden.

Mehr noch: Das BAföG muss endlich Bologna-tauglich gemacht werden. Mehr als zehn Jahre nach dem Beginn der großen Studienreform ist beim Übergang vom Bachelor zum Master noch immer keine kontinuierliche Förderung gesichert. Und: Damit die Studienförderung dem Anspruch des lebenslangen Lernens gerecht wird, muss **die Altersgrenze von 35 Jahren ersatzlos gestrichen werden.** So können auch Menschen, die neben dem Beruf studieren wollen, noch gefördert werden.

Gerade die Finanzminister fragen: Wer soll solche Reformen bezahlen? Schon heute sind die Länder mit der Finanzierung der Hochschulen hoffnungslos überfordert. Mittlerweile warten Studierende mehrere Monate, bis ihre BAföG-Anträge bearbeitet werden, weil das Personal fehlt. Und der Spardruck bei den Ländern wird mit dem Auslaufen des Hochschulpaktes, dem Ende der Bundesfinanzierung für Hochschulbauten sowie der Schuldenbremse weiter steigen.

Wer in Sonntagsreden die soziale Öffnung der Hochschulen fordert, muss werktags die Voraussetzungen dafür schaffen. Deshalb brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Höhere Investitionen in unser Bildungswesen lassen sich bezahlen, wenn große Vermögen, hohe Erbschaften und Finanztransaktionen angemessen besteuert werden. **Chancengleichheit im Bildungswesen gibt es eben nicht zum Nulltarif.**

Studieren mit Stipendium

Für alle engagierten und aktiven GewerkschafterInnen gibt es neben dem BAföG noch eine weitere Möglichkeit der Studienfinanzierung: ein Stipendium durch die Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Für Mitglieder einer Gewerkschaft gilt, dass die Bewerbung immer über die Mitgliedsgewerkschaft eingereicht werden muss. Direktbewerbungen sind nicht möglich. Antragsberechtigt sind die Haupt- oder Bundesvorstände der Einzelgewerkschaften. Wer sich überwiegend beim DGB engagiert, kann auch von diesem vorgeschlagen werden. Die Bewerbungsfrist endet am 1. September für das kommende Sommersemester und am 1. Februar für das Wintersemester.

Mit der Böckler-Aktion Bildung will die Stiftung SchülerInnen unterstützen, die studieren möchten, aber nicht über die finanziellen Mittel verfügen. Bewerbungsschluss für das Wintersemester 2013/14 ist der 31. Mai. Zudem hat die HBS ihr Aktionsprogramm „Wir fördern Talente – Studieren ohne Abitur?" bis zum 30. April verlängert. Alle Infos zu den Bewerbungsverfahren und zur Böckler-Aktion gibt es auf der Internetseite:

www.boeckler.de/40936.htm

Hintergrund

www.einblick.dgb.de

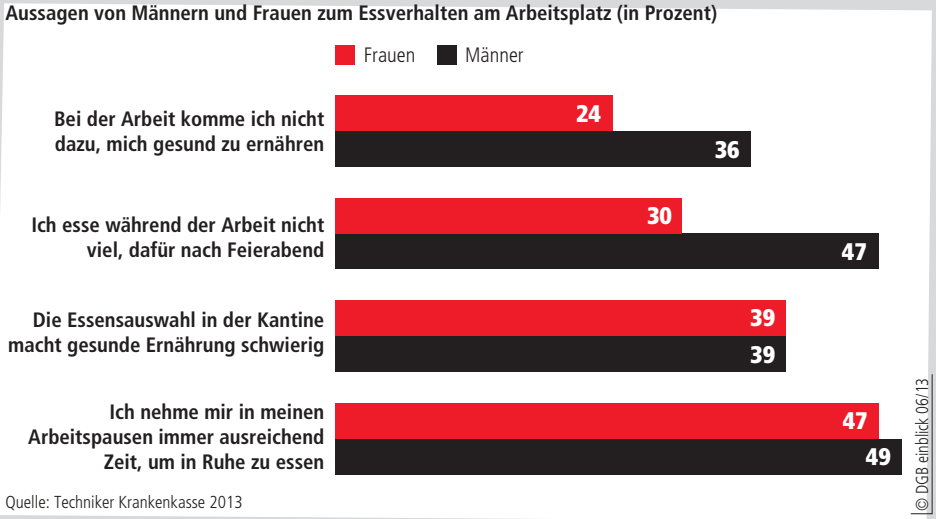
„Zehn Eckpunkte für ein modernes BAföG"

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSWELT: Gesunde Ernährung im Job schwierig

Ein Drittel aller Erwerbstätigen klagt, dass eine gesunde Ernährung für sie am Arbeitsplatz nicht möglich ist. Das zeigt eine aktuelle Studie der Techniker Krankenkasse (TK). Ein Grund dafür sind die schlechten Bedingungen am Arbeitsplatz, so die TK. Zudem fehlt vielen Beschäftigten ausreichend Zeit und ein entsprechendes Kantinenangebot, um sich gesund zu ernähren. Rund zwölf Prozent aller Erwerbstätigen greifen regelmäßig zu Süßigkeiten als Pausensnack, besonders hoch ist der Anteil bei den unter 25-Jährigen.



personalien

••• ***Eva Maria Welskop-Deffaa,*** 54, ist ab 1. Juni neues Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. Sie folgt ***Elke Hannack,*** 51, die neue stellvertretende DGB-Vorsitzende wird. Welskop-Deffaa übernimmt unter anderem die Bereiche Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Der ver.di-Gewerkschaftsrat wählte sie mit 79,7 Prozent der Stimmen. Von 2006 bis 2012 war sie Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesfamilienministerium. Welskop-Deffaa ist Mitglied der CDU. Die Delegierten wählten außerdem ***Sylvia Bühler,*** 51, mit 72,9 Prozent der Stimmen in den ver.di-Bundesvorstand. Sie folgt ***Ellen Paschke,*** 65, die aus Altersgründen ausscheidet. Bühler übernimmt die Leitung des ver.di-Fachbereichs 3 (Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt, Kirchen, Gesundheitspolitik). Bühler ist Mitglied der SPD. Seit 2001 ist sie ver.di-Landesfachbereichsleiterin in NRW.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

3.4. DGB, KDA, Arbeitsweltforum „Wie viel Ungleichheit ist noch vertretbar?", Hannover

5./6.4. Loccumer Initiative kritischer WissenschaftlerInnen in Kooperation mit dem DGB Bremen/Elbe-Weser, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, Tagung „Vorschein des Neuen? Protestbewegungen und alternative Formen der Ökonomie im Europa der Krise", Bremen

8.4. Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem DGB, Ausstellungseröffnung „Zerschlagung der Mitbestimmung 1933. Das Ende der ersten deutschen Betriebsdemokratie", Berlin

9.4. ver.di, Vortrag „Gewerkschaften am Scheideweg" mit Frank Bsirske und Lesung von Gunter Lange aus der Biografie „Siegfried Aufhäuser – Ein Leben für die Angestelltenbewegung", Berlin

10.4. DGB Niedersachsen, Netzwerktagung der Kooperationsstellen Hochschulen – Gewerkschaften „Duale Berufsbildung", Oldenburg

10.4. GEW Nordhessen, Tagung: „Von der Hand in den Mund?" Befristete Arbeitsverhältnisse in Wissenschaft und Lehre auf dem Prüfstand, Kassel

11.4. IG BCE, Gedenkveranstaltung „Zukunft verpflichtet – Für Demokratie und Sozialpartnerschaft", Hannover

12./13.4. DGB NRW, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. und andere, „Fachforum Nachhaltigkeit NRW", Bonn

13.4. Bündnis UmFAIRteilen, Aktionstag „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern", bundesweit

15.-17.4. DGB-Bildungswerk, „Impuls-Konferenz für Aktive in der Studierendenarbeit", Hattingen

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Sing uns den Flughafen fertig"

Forderung eines Demonstranten an der Berliner East Side Gallery laut „Tagesspiegel" vom 17. März an den US-Sänger David Hasselhoff. Hasselhoff hatte zuvor behauptet, durch ein Konzert in Berlin vor gut 24 Jahren zum Fall der Mauer beigetragen zu haben.

Hartz IV

Jobcenter übernimmt keine Mietschulden

Haben Hilfebedürftige die ihnen für das Begleichen der Miete gewährten Zahlungen wiederholt zweckwidrig verwendet, muss das Jobcenter aufgelaufene Mietschulden nicht übernehmen.

Der Fall: Die sechsköpfige Familie hatte in der Vergangenheit immer wieder Hartz-IV-Leistungen bezogen. Wegen sich ständig ändernder Verhältnisse mussten diese Leistungen jedoch häufig neu berechnet oder ganz eingestellt werden. Dabei verschlechterte sich die finanzielle Lage der Familie immer mehr. Wiederholt kam sie mit den Mietzahlungen in Verzug und schuldete dem Jobcenter unter anderem wegen gewährter Darlehen zur Übernahme von Mietrückständen über 20 000 Euro. Als die Eltern sich trennten, wandte sich die Ehefrau erneut ans Jobcenter. Das gewährte zwar Arbeitslosengeld II, war aber nicht bereit, die aufgelaufenen Mietschulden in Höhe von über 3000 Euro erneut zu übernehmen. Die Ehefrau ging mit einem Eilantrag dagegen vor, der aber keinen Erfolg hatte.

Das Landessozialgericht: Der Mietrückstand ist durch sozialwidriges Verhalten herbeigeführt worden. Eine erneute Hilfegewährung durch das Jobcenter ist deshalb nicht angezeigt. Die Familie hat nicht einmal einen Dauerauftrag zur regelmäßigen Zahlung der Miete eingerichtet. Vielmehr hat die Ehefrau Geld immer nur in der Höhe überwiesen, wie sie es meinte, entbehren zu können. Dieses Verhalten lässt den Schluss zu, dass die Antragsteller darauf vertraut hätten, das Jobcenter werde die auflaufenden Rückstände schon übernehmen.

Landessozialgericht Baden Württemberg,
Beschluss vom 13. März 2013 - L 2 AS 842/13 ER-B

Internetzugang

Über Intranet ist ausreichend

Ein Internetanschluss über das betriebliche Intranet erfüllt den Anspruch des Betriebsrats auf Informations- und Kommunikationstechnik aus § 40 BetrVG. Anspruch auf einen zusätzlichen externen Internetanschluss besteht grundsätzlich nicht.

Der Fall: Der Betriebsrat mit sieben Mitgliedern verfügte über einen externen Internetzugang über einen veralteten ISDN-Anschluss, der nach zeitlicher Nutzung abgerechnet wurde. Dadurch entstanden Kosten in Höhe von 2104,77 Eur. Die Arbeitgeberin entschloss sich zu einer Änderung des bisherigen Anschlusses. Sie teilte dem Betriebsrat mit, dass sie in Zukunft anfallende Kosten für einen externen Internet-by-call Anschluss nicht mehr übernehme, dem Betriebsrat aber einen Internetzugang über das firmeninterne Netzwerk (Intranet) zur Verfügung stelle, wodurch keine weiteren Kosten anfallen. Der Betriebsrat verlangte die Einrichtung eines externen Internetanschlusses zu einer Flatrate. Mit seinem Antrag hatte er keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Dem Betriebsrat steht gegen die Arbeitgeberin kein Anspruch zu, einen Internetzugang – statt in betriebsüblicher Weise über das firmeninterne Intranet – über einen externen Anbieter per Flatrate zur Verfügung gestellt zu bekommen. Ein externer Internetzugang ist gegenüber einem über das betriebliche Intranet vermittelten Internetzugang in der konkreten betrieblichen Situation nicht zur Erfüllung der Aufgaben des Betriebsrats erforderlich. Die Interessenabwägung des Betriebsrats hat ferner nicht dem berechtigten Kostenvermeidungsinteresse Rechnung getragen.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Beschluss vom 23. Januar 2013 - 13 TaBV 8/12

Rechtsanwaltskosten

Ein Beschluss für jede Instanz

Das Hinzuziehen eines Rechtsanwalts erfordert grundsätzlich für jede Instanz einen ordnungsgemäßen Beschluss des Betriebsrates. Ist der Betriebsrat erstinstanzlich unterlegen, muss er über die Fortführung des Verfahrens erneut beraten und dabei auch die Entscheidungsgründe des Gerichts berücksichtigen.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Beschluss vom 16. Januar 2013 - 7 TaBV 31/12

Beamte

In Elternzeit keine Wahlberechtigung

Beamte haben keinen Anspruch auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis zur Personalratswahl, wenn sie sich mehr als sechs Monate vor dem Wahltag in Elternzeit befinden, ohne derzeit teilzeitbeschäftigt zu sein.

Verwaltungsgericht Saarlouis,
Beschluss vom 4. Februar 2013 - 9 L 341/13

Rettungsassistent

Ist nicht versicherungspflichtig

Ein Rettungsassistent, der neben der hauptberuflichen Tätigkeit beim Deutschen Roten Kreuz stundenweise für die Deutsche Luftrettung tätig ist, übt eine selbstständige, nicht versicherungspflichtige Tätigkeit aus.

Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 24. April 2012 - S 17 R 3913/10

Streik

Betriebsblockaden sind nicht erlaubt

Betriebsblockaden sind auch während eines rechtmäßigen Streiks in der Regel rechtswidrig.
Im Rahmen der Verhältnismäßigkeit kann es allerdings rechtlich zulässig sein, den Zugang für Arbeitswillige und Dritte zu einem bestreikten Betrieb für einen angemessenen Zeitraum – hier maximal 15 Minuten – etwa durch Bildung von Menschenketten zu behindern.

Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 6 Februar 2013 - 5 SaGa 1/12

Telekom-Beamte

Beförderungsrunde gestoppt

Bei der Deutschen Telekom AG sind nach der Privatisierung der Deutschen Bundespost vor etwa 20 Jahren noch mehrere Tausend Beamte beschäftigt. Nunmehr sollten bundesweit etwa 2700 von ihnen befördert werden. Diese Beförderungsrunde kann nicht durchgeführt werden, weil die Auswahl der zu befördernden Beamten gravierende Mängel ausweist.

Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 15. März 2013 – 1 B 133/13

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 15.04.2013 7/13

DGB

Flucht in Steueroasen

DGB fordert hartes Durchgreifen

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat Europas Staats- und Regierungschefs aufgefordert, härter gegen Steuerhinterzieher vorzugehen. Die Vermögensflucht in Steueroasen müsse ein Ende haben.

Manager und Vorstände verdienen in Deutschland ein Vielfaches von dem, was einfache Angestellte am Monatsende auf ihrem Konto haben. Doch was tun mit dem Geld? Mit den „Offshore-Leaks" – einer Sisyphos-Arbeit von JournalistInnen und ProgrammiererInnen aus über 40 Ländern – ist nun deutlich geworden, wohin viel Geld fließt. Einige hundert Deutsche sollen ihr Geld in die Schweiz, nach Liechtenstein, aber auch in Steueroasen jenseits der Ozeane „in Sicherheit" gebracht haben.

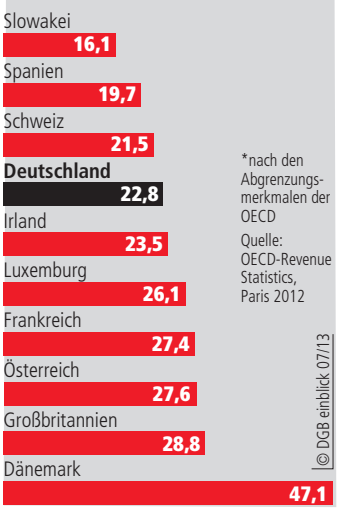
Die Datensätze aus anonymer Quelle legen Namen von Steuersündern offen. Doch deutsche Banken haben dabei wohl nicht nur eine Statistenrolle gespielt. So haben fast alle großen deutschen Bankhäuser, Versicherungskonzerne und Landesbanken Niederlassungen und Töchter in Steueroasen. 13 Tochterfirmen unterhält allein die Deutsche Bank in Singapur. Sie gründeten über 300 Treuhand- und Briefkastenfirmen oder waren dabei behilflich. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki kritisiert vor allem die Steuerflüchtigen und fordert die europäischen Finanzbehörden auf, schnell zu handeln: „Die Daten müssen umgehend den Steuerbehörden übergeben werden, damit die Steuerflucht hart bestraft werden kann", sagt Matecki. Es sei ein Skandal, dass Vermögende und Super-Reiche Milliarden Euro am Fiskus vorbei in die Steueroasen verschoben haben. „Wer sich der Verantwortung für das Gemeinwesen entzieht und durch Steuervermeidungsstrategien eigene Gewinnmaximierung betreibt, muss mit deutlichen Konsequenzen rechnen", so Matecki.

Dass auch Länder wie Griechenland von der massiven Steuerflucht in Steueroasen betroffen sind, zeige einmal mehr, dass die Finanzbehörden in allen europäischen Ländern nun hart durchgreifen müssen. „Steueroasen und Steuerdumping gehören dringender denn je auf die Tagesordnung der europäischen Staats- und Regierungschefs", sagt auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Er nennt es „einen Skandal, dass selbst innerhalb der EU die Staaten miteinander um den geringsten Unternehmenssteuersatz konkurrieren".

Die Bundesregierung hat inzwischen mit einer Reihe von Ländern einen Informationsaustausch vereinbart. Bei konkreten Verdachtsmomenten können demnach Informationen in europäischen Steueroasen wie Liechtenstein und Luxemburg und den britischen Kanalinseln eingeholt werden. Und die Finanzminister der fünf größten EU-Staaten, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien, wollen ein Pilotprojekt für einen multilateralen automatischen Informationsaustausch mit den USA starten. •

Benachbarte Steueroasen

Steuerquote 2011 im internationalen Vergleich (ausgewählte Länder), Angaben in Prozent*



Die Steueroasen liegen auch in Europa. Der DGB fordert deshalb: Steueroasen und Steuerdumping gehören dringender denn je auf die Tagesordnung der europäischen Regierungen.

plusminusBERLIN

+ ***Sönke Rix will nicht nur einen Konsens für den Atommüll-Endlagerstandort, sondern erwartet auch, dass „die Verteilung der Folgelasten und -kosten" geklärt wird, twittert der SPD-Bundestagsabgeordnete.***

– ***Der außenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion Philipp Mißfelder glaubt: „Wir machen in Europa den Fehler, uns einen Wohlfahrtsstaat zu leisten, des es weltweit so nicht noch einmal gibt."***

inhalt

Seite 3
Akademiker bevorzugt
Die Weiterbildungsquote von Erwerbstätigen steigt. Allerdings profitieren davon vor allem Beschäftigte, die bereits gut ausgebildet sind

Seite 5
Durchwachsene Bilanz
Vor rund zehn Jahren wurde die Rechtsform Europäischen Aktiengesellschaft (SE) geschaffen. Zum Renner ist sie nicht geworden

Seite 7
Im Widerstand
Mehr Anerkennung für den gewerkschaftlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus fordert der Politikwissenschaftler und Historiker Siegfried Mielke

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/oasen_2013
Ein Video der französischen Zeitung Le Monde in Kooperation mit der Süddeutschen Zeitung zum Thema Steueroasen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Aktueller Info-Newsletter der DGB-Rechtsabteilung zum Thema Leiharbeit

Ältere Beschäftigte

Gute Arbeit nur für jeden Dritten

Nach der aktuellen Statistik der Bundesagentur für Arbeit haben ältere ArbeitnehmerInnen mittlerweile bessere Chancen, im Job zu bleiben. Doch trotz steigender Erwerbstätigkeit von älteren ArbeitnehmerInnen ist nur etwa jede/r Dritte der 60- bis 65-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das heißt, dass mehr als zwei Drittel dieser Altersgruppe keine Chance auf eine gut bezahlte Arbeit bis zur Rente haben. Somit muss die Mehrheit der Älteren beim Renteneintritt mit finanziellen Einbußen rechnen.

Der Übergang in die Rente „darf nicht zur Armutsfalle werden", warnt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Wer die 60 überschritten hat und arbeitslos wird, hat kaum Aussichten auf einen neuen Arbeitsplatz. Nur 2,2 Prozent dieser Altersgruppe finden eine neue Beschäftigung. „Offensichtlich haben sich viele Betriebe noch nicht vom Jugendwahn verabschiedet", sagt Buntenbach.

Ein weiteres Problem sind die hohen Hürden für eine Erwerbsunfähigkeitsrente. Ein besserer Gesundheitsschutz und gute Weiterbildungsangebote könnten die Situation für die älteren Beschäftigten verbessern. Auch der Gesetzgeber sollte sich nach Auffassung des DGB bewegen. Der Zugang zur Erwerbsunfähigkeitsrente muss erleichtert werden, fordert der DGB. Außerdem sollten ArbeitnehmerInnen ab 60 die Chance erhalten, in Teilrente zu gehen und diese mit einer sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstelle zu verbinden. Buntenbach: „Von gleichen Chancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt sind wir noch meilenweit entfernt, die Rente mit 67 bleibt damit für viele einfach nur eine drastische Rentenkürzung." •

Eurokrise

ILO fordert Kurswechsel

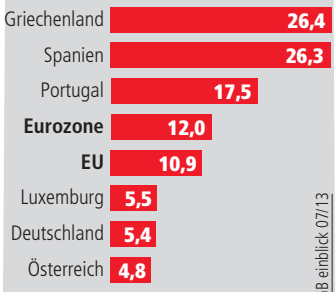
Der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit in der EU erfordert dringend einen Kurswechsel, fordert die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Auf ihrer europäischen Regionalkonferenz Anfang April in Oslo erklärte die ILO: „Haushalts- und wettbewerbspolitische Ziele sind zweifellos wichtig. Falsch wäre es aber, sie durch pauschale Sparmaßnahmen und Strukturreformen erreichen zu wollen, die an den grundlegenden Ursachen der Krise vorbeigehen." Nach ILO-Angaben haben allein in den vergangenen sechs Monaten rund eine Million Menschen in den 27 EU-Staaten ihren Arbeitsplatz verloren. Nur in fünf der Länder, in Deutschland, Österreich, Luxemburg, Ungarn und Malta, läge die Beschäftigungsquote auf Vorkrisenniveau. Inzwischen gibt es in der EU zehn Millionen Arbeitslose mehr als vor der Krise. Besonders betroffen sind junge und gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen. Laut ILO steigt auch die Langzeitarbeitslosigkeit. In 19 EU-Staaten seien mehr als 40 Prozent der Arbeitslosen schon seit mehr als einem Jahr ohne Job. Eine Situation, die das Risiko sozialer Unruhen massiv erhöhe.

Die ILO fordert, dem „Abwärtsdruck" auf Löhne entgegenzuwirken und eine Garantie für junge Menschen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz einzuführen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer teilt die Kritik der ILO mit den „unsozialen Kürzungsprogrammen kann keine Wirtschaft auf die Beine kommen", betont Sommer. •

www.ilo.org/berlin

Große Unterschiede

Arbeitslose in Europa in ausgewählten Ländern (in Prozent)



Quelle: Europäische Union/Eurostat Februar 2013 (saisonbereinigt)

Die Arbeitslosigkeit in Europa ist nicht nur in den Krisenländern problematisch. Nach Angaben der ILO liegt die Beschäftigtenquote nur in fünf der 27 EU-Länder über dem Vorkrisenniveau.

Bertelsmann-Stiftung

Garantierte Ausbildung

Die DGB-Forderung nach einer Ausbildungsgarantie wird durch eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung unterstützt. Der Bildungsexperte Professor Klaus Klemm stellt in seiner Untersuchung „Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland?" fest, dass eine solche Garantie finanzierbar sei. Die von ihm errechneten 1,5 Milliarden Euro Mehrkosten „tragen sich selbst", schreibt der Wissenschaftler.

Im August vergangenen Jahres hatten der DGB, die GEW und der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit gemeinsam eine Ausbildungsgarantie gefordert. Rund 300 000 junge Menschen würden derzeit in Deutschland davon profitieren. So hoch ist die Zahl derer, die in unterschiedlichen Warteschleifen vergeblich auf einen Ausbildungsplatz warten. Die Klemm-Studie hat nun die Kosten errechnet. Danach würde eine solche Garantie pro Person rund 11 000 Euro kosten, wenn die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze konstant bleibt. Gut angelegtes Geld, rechnet der Wissenschaftler vor, denn das Geld erhält der Staat zurück: Höhere Einnahmen aus der Lohnsteuer und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung stehen auf der Haben-Seite. Dazu kommen sinkende Ausgaben für Arbeitslosengeld und Sozialleistungen. •

www.bertelsmann-stiftung.de/uems

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Verkehrspolitik mit Zukunft: sozial und ökologisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

T-Mobile USA

Bundesregierung tatenlos

Bei der amerikanischen Telekom-Tochter T-Mobile kritisieren die Gewerkschaften seit Jahren gewerkschaftsfeindliches Verhalten und fehlende Arbeitnehmerrechte *(einblick 3/2011)*. Die SPD-Bundestagsfraktion wollte jetzt von der Bundesregierung wissen, ob sich ihr Vertreter im Aufsichtsrat der Telekom beispielsweise für faire Tarifverhandlungen bei den ausländischen Töchtern einsetze. Die schwarz-gelbe Regierungsantwort: „Alle globalen Standards sind nach Unternehmensangabe bei T-Mobile USA umgesetzt und in Anwendung." Bei Menschrechtsverletzungen in Unternehmen, deren Hauptsitz in Deutschland ist, empfiehlt die Bundesregierung den Betroffenen vor deutschen Gerichten auf Schadenersatz zu klagen. •

Betriebliche Weiterbildung

Akademiker bevorzugt

Die Weiterbildungsquote Erwerbstätiger steigt. Doch den größten Anteil stellen die ohnehin bereits gut Ausgebildeten.

Weiterbildung ist ein Schlüsselthema, wenn es um den prognostizierten Fachkräftemangel oder auch um die Innovationskraft der Unternehmen geht. In Deutschland hat die Weiterbildungsquote in den vergangenen Jahren zugenommen. Doch nach wie vor gibt es Nachholbedarf – gerade auch bei der betrieblichen Weiterbildung.

Wer mit guter Vorbildung in einem größeren Unternehmen die Karriereleiter schon ein Stück nach oben gekommen ist, der erhält auch bei der Weiterbildung die größte Unterstützung von Arbeitgeberseite. Der Trendbericht des Bundesbildungsministeriums auf der Grundlage des europäischen „Adult Education Survey" (AES) erhebt seit 2007 die Weiterbildungszahlen. Er zeigt für das vergangene Jahr, dass Weiterbildung insgesamt, aber auch gerade die betriebliche Weiterbildung von den Unternehmen ernst genommen wird. Während 2010 der Anteil der betrieblichen Weiterbildung bei 59 Prozent lag, stieg er bis zum Jahr 2012 um fünf Prozentpunkte auf 64 Prozent.

Auch bei der Kostenübernahme zeigen sich die Unternehmen großzügiger. Vor drei Jahren lag der Anteil bei 21 Prozent, in 2012 stieg er auf 25 Prozent – einschließlich nicht-betrieblicher Weiterbildung. Für die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock ist dies ein positives Signal: Es zeige, dass „immer mehr Betriebe Weiterbildung als Investition für das Unternehmen und seine Beschäftigten sehen".

Die positive Entwicklung hat allerdings auch ihre Schattenseiten. „Von einer Chancengleichheit kann nicht gesprochen werden", betont Ingrid Sehrbrock. Beim Blick auf den Erwerbsstatus zeige sich,

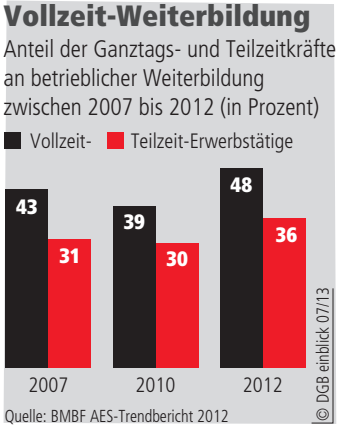
Gute Vorbildung, hohe Position und gutes Einkommen sind die besten Voraussetzungen, um lebenslang zu lernen.

dass sich zwar die Teilnahmequote der Erwerbstätigen um sieben Prozentpunkte erhöht habe, bei den Erwerbslosen lag das Plus aber gerade mal bei einem Prozent.

Auch im Segment betriebliche Weiterbildung ist das Gefälle groß. Über 50 Prozent der Bildungsangebote nahmen Beschäftigte mit einem Fachschulabschluss oder einer akademischen Ausbildung wahr, 33 Prozent hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung. Aber nur 18 Prozent der MitarbeiterInnen ohne Schulabschluss erhielten die Chance zur betrieblichen Weiterbildung. Der Trend wird beim Blick auf die berufliche Stellung bestätigt. Führungskräfte stellen mit 70 Prozent den höchsten Anteil, gefolgt von den Fachkräften mit 54 Prozent. Un- und Angelernte liegen hingegen nur bei 30 Prozent.

Weitere Merkmale sind das Einkommen und die Betriebsgröße. 71 Prozent der gut Geschulten verdienen mindestens 3000 Euro. Bei einem Lohn von 400 Euro sinkt die Zahl auf 25 Prozent. Zudem schicken größere Unternehmen ihre Beschäftigten häufiger zur Weiterbildung als kleinere Unternehmen. Entscheidend für eine solche betriebliche Förderung ist auch der Arbeitsvertrag. 51 Prozent sind unbefristet beschäftigt, 46 Prozent befristet. Wer Vollzeit arbeitet hat ebenfalls ein besser gefülltes Weiterbildungskonto (48 Prozent). Bei Teilzeit sinkt die Quote auf 36 Prozent.

Weniger signifikant sind die Altersunterschiede. Hier unterscheidet die AES allerdings nicht zwischen beruflicher und allgemeiner Weiterbildung. Zwar sinkt die Beteiligung an Weiterbildung mit zunehmendem Alter, doch bei



Nicht nur die Arbeitszeit bestimmt den Anteil an Weiterbildung. Auch wer befristet beschäftigt ist, hat weniger Chancen dazu, sich fortzubilden.

den 60- bis 64-jährigen Erwerbstätigen gibt es eine erhebliche Steigerung gegenüber den Vorjahren. 2007 lag der Anteil derjenigen, die sich weiterbilden, bei 18 Prozent, im vergangenen Jahr waren es 32 Prozent. In der Studie heißt es dazu, dass nicht klar sei, ob der Anstieg „ein Effekt der politischen Bemühungen" sei oder lediglich ein Kohorteneffekt.

Eine aktuelle Analyse des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) kommt zu dem Ergebnis, dass ein entscheidender Faktor für die Lernbereitschaft der MitarbeiterInnen die „Weiterbildungskultur" eines Unternehmens ist. Entscheidend sei, dass Weiterbildung zur strategischen Personalplanung gehöre. Nach den IW-Zahlen ist dies aber nur in 33 Prozent der Unternehmen der Fall. •

Bildung im Blick

Die Zahlen für den AES-Trendbericht „Weiterbildungsverhalten in Deutschland" werden von TNS Infratest im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung seit 2007 erhoben. Befragt wurden 7099 Personen im Alter von 18 bis 64 Jahre. Der Bericht basiert auf dem Konzept des Adult Education Survey (AES). Die Erhebung ist für die EU-Mitgliedsstaaten verbindlich.

Erfasst werden die betriebliche Weiterbildung, individuell berufsbezogene und die nicht-berufsbezogene Weiterbildung. Die vorliegende Veröffentlichung ist ein Zwischenbericht. Der Schlussbericht mit weiterführenden Analysen soll Ende des Jahres veröffentlicht werden.

Weitere Ergebnisse des Berichtes sind:

- ***58 Prozent der Weiterbildungsangebote wurden betrieblich veranlasst, 42 Prozent waren Eigeninitiativen.***
- ***39 Prozent der männlichen Beschäftigten nehmen an betrieblicher Weiterbildung, unter den Frauen sind es 31 Prozent.***
- ***Von den Deutschen mit Migrationshintergrund nahmen 22 Prozent teil.***
- ***Die höchste Beteiligung an den Weiterbildungsangeboten insgesamt stellt die Gruppe der 30- bis 34-Jährigen (60 %).***
- ***Bei den Weiterbildungsthemen führen die Bereiche Wirtschaft/Arbeit/Recht (33 %) sowie Natur/Technik/Computer (25 %).***

www.bit.ly/WeiterbildungBMBF

PROJEKTE UND PARTNER

Sozialrecht für Betriebsräte

Kein Geld verschenken

Betriebsratsarbeit ist anspruchsvoll und zeitaufwändig. Den Betriebsräten fehlt deshalb meist die Zeit, um sich umfassend über das Sozialrecht zu informieren. Dabei sind die Beschäftigten etwa bei Kündigungen auf schnelle Infos angewiesen, um beispielsweise Meldefristen bei der Arbeitsagentur einzuhalten. Ziel des neuen Projekts „recht praktisch" der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) ist es, Betriebsräten in kurzer Zeit das wichtigste Basiswissen über sozialrechtliche Ansprüche von Beschäftigten und Arbeitslosen zu vermitteln. Bereits erschienen ist das erste Info-Paket „Kein Geld verschenken – Tipps für Arbeitslos-Werdende". KOS erklärt dort unter anderem, was beachtet werden muss, um Kürzungen des Arbeitslosengelds zu vermeiden. Das Info-Paket enthält außerdem eine Musterpräsentation für Betriebsversammlungen und Flyer für Beschäftigte. •

www.erwerbslos.de

Arbeit und Leben NRW

Demokratie im Betrieb

Zum dritten Mal vergibt die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben NRW von DGB und Volkshochschulen 2013 den Preis „Demokratie im Betrieb". Damit sollen Initiativen, Projekte, Personen oder Aktionen ausgezeichnet werden, die in Betrieben Beteiligung und Demokratie gefördert haben. Zu den Kriterien, die die Jury berücksichtigt, gehören Beteiligungsorientierung und innovativer Charakter. Vorschläge können bis zum 14. Juni eingereicht werden. Die Preisverleihung soll im November stattfinden. •

www.goo.gl/Bcs0u

Schule und Arbeitswelt

Berufswahl gestalten

Die gewerkschaftliche Initiative Schule und Arbeitswelt lädt zur Jahrestagung vom 2. bis zum 4. Mai in das IG-BCE-Bildungszentrum Haltern am See ein. Unter anderem geht es um die Fragen: Wie soll die berufliche Orientierung an allgemeinbildenden Schulen gestaltet werden? Und welche Handlungsoptionen haben dabei die Gewerkschaften? In verschiedenen Workshops stellen ReferentInnen aus Wissenschaft und Gewerkschaften vor, welche Methoden in Schulklassen angewendet werden können, um Themen aus der Arbeitswelt vorzustellen. Unter anderem geht es dabei um Betriebserkundungen, Planspiele und die generelle Unterrichtsgestaltung. Anmeldungen gehen an den DGB-Bundesvorstand. •

jeanette.klauza@dgb.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Wer sichere Autos und gute Straßen baut, braucht sichere Arbeit und gute Löhne.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Otto-Brenner-Preis

Kritische Journalisten gesucht

Ab sofort können sich JournalistInnen und AutorInnen für den Otto-Brenner-Preis 2013 bewerben. Ziel des Wettbewerbs ist es, gesellschaftlich relevante Themen, die nicht ausreichend behandelt werden, ins Blickfeld zu rücken. Dies gilt beispielsweise für die Themen Korruption, Manipulation der öffentlichen Meinung oder Macht- und Amtsmissbrauch. Erlaubt sind alle Medienformate, von Print und Online über TV und Hörfunk bis hin zu Buchveröffentlichungen. Insgesamt werden Preisgelder in Höhe von 47 000 Euro vergeben. Außerdem soll mit der Kategorie Otto-Brenner-Preis „Spezial" eine herausragende publizistische Analyse, die in Form eines Leitartikels, Kommentars oder eines Essays erschienen ist, ausgezeichnet werden. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Juli. •

Foto: www.marco-urban.de

www.otto-brenner-preis.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Köln-Bonn*** lädt gemeinsam mit der Volkshochschule Köln zum dritten ***Festival für politisches Kabarett*** vom 26. April bis zum 11. Mai ein. An drei Terminen widmen sich hochkarätige KabarettistInnen der anstehenden Bundestagswahl, der Krise in der Eurozone und dem politischen Betrieb in Europa. Mit dabei sind unter anderem Dieter Hildebrandt, Lisa Fitz und Matthias Deutschmann. Karten gibt es im Internet unter:

www.streithaehne.de

••• Der ***DGB Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt*** lädt gemeinsam mit der Kooperationsstelle Hochschulen-Gewerkschaften Hannover zu einer ***Ringvorlesung*** ein. ExpertInnen aus der Wissenschaft analysieren „Alternativen für Wirtschaft und Beschäftigung". So referiert Heiner Flassbeck am 4. Mai über die Massenarbeitslosigkeit in Europa. Gustav Horn spricht am 4. Juni zum Thema „Ungleichheit und Krise", und Katja Rietzler nimmt in ihrem Vortrag am 18. Juni die Staatsverschuldung im Euroraum unter die Lupe.

www.niedersachsen.dgb.de

••• Der ***DGB-Landesvorstand Thüringen*** hat die Einführung einer so genannten ***AusbildungsCard*** durch die Thüringer Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern kritisiert. Angehende Auszubildende sollen, wenn sie einen Ausbildungsvertrag unterzeichnen, bei ihrem zukünftigen Arbeitgeber die AusbildungsCard abgeben. Ein Umorientieren auf einen anderen Ausbildungsplatz solle damit verhindert werden. Dies schränke das Selbstbestimmungsrecht junger Menschen bei der Berufswahl ein, so der DGB. Nach Überzeugung des DGB hätten vor Einführung der Karte die zuständigen Berufsbildungsausschüsse der Kammern gehört werden müssen. „Diese Anhörung hat es in keiner der sechs Thüringer Kammern gegeben. Die Arbeitnehmervertreter in den Ausschüssen haben von der Karte über die Zeitung erfahren", erklärt Sandro Witt, Referent für berufliche Bildung beim DGB Thüringen.

www.thueringen.dgb.de

Ein Jahrzehnt Europäische Aktiengesellschaft (SE)

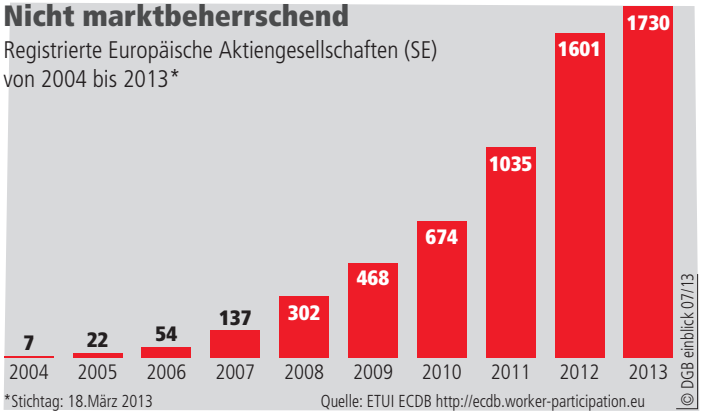
Rechtsform hat sich nicht durchgesetzt

Vor rund zehn Jahren wurde die Idee einer Europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea, SE) nach mehr als 30 Jahren Debatte umgesetzt. Die Bilanz der Gewerkschaften ist eher durchwachsen.

Europäisierung und Globalisierung der Wirtschaft erfordern neue Organisationsformen der Unternehmen. Darin sind sich Gewerkschaften mit Arbeitgebern und Politik seit Jahrzehnten einig. Vor rund zehn Jahren wurde mit der Europäischen Aktiengesellschaft eine erste völlig neue europäische Rechtsform für Unternehmen geschaffen, die transnational tätig sein wollen. Mit der SE sollte die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa gestärkt werden, hofften die Befürworter der SE. Die Kritiker befürchteten dagegen, dass die neue Rechtsform genutzt werden könnte, um Arbeitnehmerrechte zu umgehen. Weder das eine noch das andere ist eingetreten. Die SE ist eine „Nischenrechtsform" geblieben, schätzt Marie Seyboth, Abteilungsleiterin Mitbestimmungspolitik und Justiziarin beim DGB-Bundesvorstand.

Auch wenn mittlerweile über 1700 Europäische Aktiengesellschaften in 30 europäischen Staaten gegründet wurden, sind es gerade mal gut 700 000 Beschäftigte, die in einer SE arbeiten. In den meisten europäischen Mitgliedstaaten spielen Europäische Aktiengesellschaften nur eine sehr untergeordnete Rolle. Eine nennenswerte Anzahl von SE wurde lediglich in Tschechien (bis Ende 2012: 1055) und in Deutschland (243) gegründet.

Die Richtlinie regelt, dass die Arbeitnehmermitbestimmung in einer SE zwischen der Unternehmensleitung und einem besonderen Verhandlungsgremium der ArbeitnehmerInnen unter Einbeziehung von Gewerkschaften ausgehandelt werden muss. „Diese Verhandlungslösung hat sich bewährt", sagt Marie Seyboth vom DGB. Nur durch eine solche Vereinbarung könne sichergestellt werden, dass die unterschiedlichen Traditionen, Kultur und Geschichte der Arbeitnehmerbeteiligung in den Mitgliedstaaten der EU anerkannt werden. „Positiv ist aus unserer Sicht vor allem, dass durch die Mitbestimmung in der SE Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ländern, die bislang nicht über Modelle der Unternehmensmitbestimmung verfügten, in den Schutzbereich der Unternehmensmitbestimmung gelangen", betont DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.



Der Schein trügt – gerade mal gut 1700 aller Unternehmen in Europa haben in den letzten zehn Jahren die Rechtsform SE gewählt. Bei insgesamt über 20 Millionen Unternehmen bleibt ihr Anteil verschwindend gering.

Die Bilanz der Gewerkschaften offenbart aber auch, dass die gesetzlichen Regelungen zur SE Lücken enthalten. Dazu gehört etwa das statische Festschreiben des Mitbestimmungsniveaus. Zudem legen verschiedene SE-Gründungen die Vermutung nahe, dass einige kleinere Unternehmen mit einer Anzahl von ArbeitnehmerInnen knapp unter dem Schwellenwert des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 die Gründung einer SE betreiben, um die Einführung einer quasi-paritätischen Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 verhindern zu können. Die Mitbestimmung wird sozusagen „eingefroren", erklärt Marie Seyboth.

Um diesen Wildwuchs zu verhindern, müssen aus Sicht von EGB und DGB die Beteiligungsrechte der ArbeitnehmerInnen in der EU grundsätzlich ausgebaut werden. Auch bei den geplanten neuen europäischen Unternehmensformen wie etwa der Europäischen Privatgesellschaft müssen sie berücksichtigt werden. „Wir brauchen europaweite Standards der Arbeitnehmermitbestimmung", fordert Claudia Menne vom Sekretariat des Europäischen Gewerkschaftsbundes. „Demokratische Teilhabe der Arbeitnehmer und deren Gewerkschaften muss in Zukunft eine europäische Dimension besitzen, die über das, was wir kennen, weit hinausgeht", erklärt Dietmar Hexel. Angesichts der aktuellen Herausforderungen durch Umstrukturierungen und Standortkonkurrenz sei die Weiterentwicklung einer europäischen Mitbestimmungskultur sehr dringend. Dieses Ziel könnte aus Sicht des DGB über eine europäische Richtlinie für die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an der Unternehmenskontrolle erreicht werden. •

Transnationale Mitbestimmung

Gegründet werden kann eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) etwa durch die Verschmelzung zweier transnational tätiger Unternehmen sowie durch die Gründung einer gemeinsamen Holding oder Tochtergesellschaft zweier Unternehmen aus unterschiedlichen EU-Staaten. Für die Gewerkschaften war es damals ein Erfolg, dass es ihnen gelang, eine Richtlinie über die Arbeitnehmerbeteiligung in der SE durchzusetzen.

Zehn Jahre später fällt ihre Bilanz eher durchwachsen aus. „Die Hoffnungen, die durch die neuen Regelungen für die SE geweckt wurden, wurden nur rudimentär erfüllt", urteilt Claudia Menne, im Sekretariat des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) unter anderem für Mitbestimmungspolitik zuständig. Darüber täuschen auch wenige Beispiele guter Praxis, wie etwa die bei der SE von BASF ausgehandelten weitgehenden Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen, nicht hinweg.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Hilfe für Menschen statt Kommerz für Konsumenten.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die NGG fordert von der Legoland-Geschäftsführung in Günzburg ein Umdenken: „Menschen werden hier mit Dumpinglöhnen unter 8,50 Euro abgespeist, der Betriebsratsvorsitzende massiv unter Druck gesetzt. Solche Nachrichten verderben den Gästen die Laune."

ver.di Hamburg hat die Einsparungen im öffentlichen Dienst der Hansestadt kritisiert. „Ich finde es ja richtig, lieber die Fläche zu reduzieren, als Personal abzubauen", sagt Sieglinde Friess, ver.di-Fachbereichsleiterin, „aber das erinnert mich doch stark an Käfighaltung." Sie wandte sich damit gegen die Umwandlung von Einzel- in Großraumbüros, bei der den Mitarbeitern zu wenig Platz bliebe.

Mit Blick auf das NPD-Verbotsverfahren fordert die GdP, die staatliche Parteienfinanzierung zu ändern. Es müsse, so GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut, „eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, verfassungsfeindliche Parteien von der Wahlkampfkostenrückerstattung auszuschließen."

Scharfe Kritik am Solar-Ausstieg der Firma Bosch hat die IG Metall geübt. „Wer jetzt aufgibt, verabschiedet sich auf Dauer von einer Zukunftstechnologie und schadet damit dem Industrie- und Hochtechnologiestandort Deutschland", sagte der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber.

Öffentlicher Dienst

Mehr Mitbestimmung

Der DGB will die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst stärken und mehr Rechte für die Beschäftigten durchsetzen. Das hat der DGB-Bundesvorstand in einem Positionspapier zur Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts im öffentlichen Dienst deutlich gemacht. Mit der Orientierung am BetrVG könne verhindert werden, dass sich Bundes-, Landes- und Kommunalebene durch viele unterschiedliche Vorschriften rechtlich immer weiter auseinanderentwickelten. Zudem sollen Personalräte gestärkt und die Informationsrechte der Beschäftigten verbessert werden. •

Girls' Day 2013

Berufswunsch Politikerin

Am 25. April findet der diesjährige Girls' Day statt, der Mädchen-Zukunftstag. Bundesweit bieten Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen wie Forschungszentren, aber auch Gewerkschaften, Mädchen die Chance, sich in bisher männlich dominierten Berufen umzusehen. Wie in jedem Jahr wird auch eine Gruppe von Mädchen beim DGB-Bundesvorstand in Berlin zu Gast sein. Ziel ist es, den jungen Frauen den Beruf der Politikerin näher zu bringen. Um den Politikbetrieb hautnah in Erfahrung zu bringen, steht ein Rollenspiel auf dem Plan. Nach einer fundierten Einführung zum Thema Mindestlohn, werden die Mädchen bei einer fiktiven Rathaus-Debatte verschiedene politische Rollen einnehmen. Thema der Debatte: „Brauchen wir einen Mindestlohn?". Die Mädchen werden als Politikerinnen pro und contra Mindestlohn argumentieren.

Bundesweit wird es am Girls' Day mehr als 8000 Veranstaltungen geben. Über 100 000 Mädchen haben die Chance zur Teilnahme. Über freie Plätze informiert die Homepage, zudem gibt es viele Infos und Hintergründe zum Thema. •

www.girls-day.de

Nazi-Demos am 1. Mai

Bunt statt Braun

In mindestens sechs Städten im Bundesgebiet haben erneut Alt- und Neonazis Demonstrationen zum 1. Mai angemeldet. Als Veranstalter treten dabei die vor einem Verbotsverfahren stehende NPD, aber auch die so genannten „Autonomen Sozialisten" auf. Soweit bekannt, wurde der braune Spuk für Berlin, Frankfurt/M., Erfurt, Würzburg, Dortmund und Elmshorn angemeldet. Überall in diesen Städten sind Gewerkschaften und DGB in Netzwerken gegen die Neonazis aktiv oder rufen dazu auf, den Rechtsextremen am 1. Mai nicht die Straße zu überlassen. Einen eigenen Weg geht der DGB in Dortmund getreu dem 1. Mai-Motto. „Wir lassen uns unseren Tag nicht von denen nehmen", so der Organisationssekretär des DGB Dortmund-Hellweg, Ralf Beltermann. Im Gedenken an die Erstürmung des ehemaligen Gewerkschaftshauses habe man aber den Auftaktort verlegt. Die Dortmunder Maidemonstration beginnt deshalb 2013 an der Ecke Kampstraße/Weddepoth, wo die Nazis am 18. April 1933 das Gewerkschaftshaus stürmten und in der Folge viele GewerkschafterInnen verhafteten. •

Anzeige

ACE Auto Club Europa

**Von Gewerkschaftern gegründet.
Diese Wurzeln geben uns Halt seit 1965.**

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Tag der Arbeit

Unser Tag

„1. Mai - unser Tag: Gute Arbeit, sichere Rente, soziales Europa" – unter diesem Motto rufen DGB und Gewerkschaften in diesem Jahr zur Teilnahme an den Maidemonstrationen auf. Die Hauptkundgebung mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer findet ab 11 Uhr in München auf dem Marienplatz statt.

Beginn der Münchner Demonstration ist um 9.30 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus in der Schwanthaler Straße. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock wird bei der DGB-Kundgebung in Bonn reden, Dietmar Hexel in Emden, Annelie Buntenbach in Ingolstadt und Claus Matecki in Bestwig (Sauerland) und.

Die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften sprechen auf folgenden Maikundgebungen: Klaus Wiesehügel (IG BAU) wird in Solingen reden, Michael Vassiliadis (IG BCE) in Hamburg, Alexander Kirchner (EVG) in Frankfurt/Main, Berthold Huber (IG Metall) in Stuttgart, Bernhard Witthaut (GdP) in Wolfsburg, Ulrich Thöne (GEW) in Bremerhaven, Franz-Josef Möllenberg (NGG) in Gelsenkirchen und Frank Bsirske (ver.di) in Ludwigshafen. •

www.dgb.de

GewerkschafterInnen gegen den Nationalsozialismus

Der gewerkschaftliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus war breiter und intensiver als gemeinhin angenommen. Das muss auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit entsprechend gewürdigt werden, fordert der Politikwissenschaftler und Historiker Siegfried Mielke.

„Kennen Sie Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller?"
„Na klar, Widerstandskämpfer der Bekennenden Kirche."

„Dann kennen Sie sicherlich auch die Edelweißpiraten und die Geschwister Scholl?"
„Selbstverständlich, die wurden sogar im Geschichtsunterricht neben den Widerstandskämpfern des 20. Juli besprochen."

„Und Heinrich Schliestedt? Sagt Ihnen der Name etwas?"
„Nein, leider nicht. Wer war Heinrich Schliestedt?"

Foto: Laurence Thio

Prof. Dr. Siegfried Mielke, 71, ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin mit den Schwerpunkten Politische Systeme, Interessengruppen sowie Historische Grundlagen. Im Fokus seiner Lehr- und Forschungstätigkeit stand und steht seit einigen Jahrzehnten auch der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus. Gemeinsam mit Studierenden und WissenschaftlerInnen der FU Berlin hat er dazu zahlreiche Projekte realisiert und Bücher veröffentlicht. Seit 2012 gibt der Berliner Metropol Verlag die Buchreihe „Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration" heraus. Sie hat das Ziel, den umfangreichen Beitrag von GewerkschafterInnen im Widerstand gegen das NS-Regime zu belegen.

Aktuellste Veröffentlichungen von Siegfried Mielke in dieser Reihe: Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.): *Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung,* Berlin 2012, 29 Euro.

Stefan Heinz/Siegfried Mielke (Hrsg.): *Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung,* Berlin 2012, 19 Euro

Heinrich Schliestedt, vor 1933 Sekretär und Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), der größten deutschen und europäischen Einzelgewerkschaft, war nach 1933 – provokativ formuliert – **als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime bedeutender als die meisten heute bekannten Widerstandskämpfer.** Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 war Schliestedt Initiator und wohl auch treibende Kraft bei der Gründung und dem Aufbau einer Widerstandsgruppe von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionären des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Für die Bedeutung dieser Gruppe spricht, dass immerhin fünf der acht Mitglieder des geschäftsführenden DMV-Vorstandes, die Mehrheit der BezirksleiterInnen des DMV und in einigen Bezirken wie Halle, Dresden und Berlin auch 40 bis mehr als 50 Prozent der hauptamtlichen DMV-MitarbeiterInnen, in dieser Widerstandsgruppe mitarbeiteten; einer Widerstandsgruppe, deren Kontakte auf lokaler und betrieblicher Ebene noch nicht annähernd erforscht sind. Nur ein Beispiel: Als Fritz Sauer, vor 1933 DMV-Geschäftsführer für Hettstedt und dem Mannsfelder Gebirgskreis, Anfang 1936 verhaftet wurde, gelang es der Gestapo Halle, nach der „Anwendung verschärfter Vernehmungsmethoden" – das heißt Misshandlungen – allein bei „dieser Aktion 100 Festnahmen" zu erzielen. Die DMV-Widerstandsgruppe, deren Kern vermutlich aus über 100 (80 sind bekannt) ehemaligen DMV-Funktionären bestand, erreichte mit ihren Aktivitäten mehrere 1000 GewerkschafterInnen in zahlreichen Regionen des Deutschen Reiches.

Sie leisteten Aufklärungsarbeit, schufen gegen die Propaganda-Tiraden der Nazis eine, wenn auch begrenzte, Gegenöffentlichkeit, unterstützten Familien inhaftierter NS-Gegner, sammelten Berichte aus den Betrieben, etwa über die Aufrüstung oder die Verfälschungen von Ergebnissen bei den Vertrauensrätewahlen und versorgten damit unter anderem die Exilorganisation der SPD (SOPADE) in Prag und die internationalen Gewerkschaftsorganisationen. Die führenden Mitglieder dieser Gruppe, neben Schliestedt Alwin Brandes, Max Urich, Willy Rößler und Richard Teichgräber, besaßen zahlreiche Kontakte ins Ausland. Vor der Zerschlagung dieser Gruppe (1935/36) floh Schliestedt bereits 1934 in die ČSR. Dort wurde er 1935 bis zu seinem Tode 1938 – er starb bei einem Flugzeugabsturz auf dem Weg zu einer illegalen Konferenz in Mühlhausen im Elsaß – Mitbegründer und Leiter der Auslandsvertretung deutscher Gewerkschaften mit Sitz in Komotau (ČSR). Aufgrund seines frühen Todes konnte sein Ziel, **der Aufbau eines Bundes möglichst aller demokratischen GewerkschafterInnen,** in der Emigration nicht mehr realisiert werden.

Die Landesgruppen deutscher GewerkschafterInnen in Großbritannien und Schweden, Tochterorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), spielten während der letzten Kriegsjahre bei der Überwindung der Richtungsgewerkschaften und bei den Neuordnungsvorstellungen für ein postfaschistisches Deutschland eine wichtige Rolle. Die DMV-Widerstandsgruppe war zwischen 1933 und 1945 in Berlin nur eine von fünf großen Widerstandsgruppen im Bereich der Metallindustrie. Aussagen, wie die in einer Publikation aus den 1990er Jahren über den Gewerkschaftswiderstand im Dritten Reich: „Es waren nicht viele, die den Mut besaßen, zu widerstehen: Frauen und Männer, Mitglieder der freien, christlichen, der liberalen Gewerkschaften – auch der kommunistischen Gewerkschaftsopposition", werden dem Widerstand von Gewerkschaftern während der NS-Zeit nicht annähernd gerecht **und tragen dazu bei, dass der gewerkschaftliche Widerstand in der bundesdeutschen Erinnerungskultur lediglich eine randständige Rolle spielt.** •

„Wir stärken Freiheit, Demokratie und Solidarität" ist das Motto der zentralen Gedenkveranstaltung zur Zerschlagung der Gewerkschaften im Nationalsozialismus, zu der DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 2. Mai nach Berlin einladen. Hauptredner wird Bundespräsident Joachim Gauck sein.

www.dgb.de

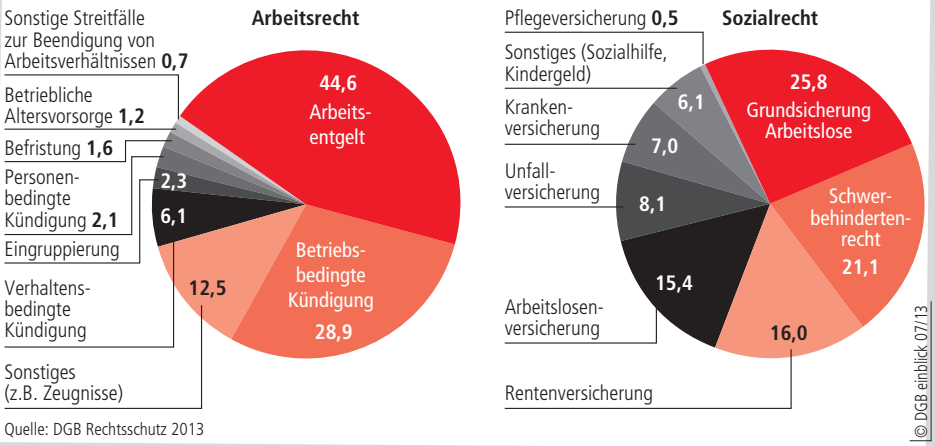
DIES & DAS

die DGB grafik

DGB RECHTSSCHUTZ 2012: Erfolgreich vor Gericht

Der DGB Rechtsschutz hat im letzten Jahr für Gewerkschaftsmitglieder vor den Arbeits- und Sozialgerichten 257 Millionen Euro erstritten. Insgesamt sind bundesweit 127 000 neue Verfahren für Gewerkschaftsmitglieder aufgenommen worden. Die meisten Mandanten waren Mitglied bei ver.di (33,06 %), der IG Metall (32,88 %) und der IG BAU (16,47%). Zu beobachten ist ein deutlicher Anstieg von Fällen im Organisationsbereich von ver.di. Dies sei zurückzuführen auf die Massenentlassungen im Handel, so der DGB Rechtsschutz.

Anteil von Verfahren vor Arbeits- und Sozialgerichten nach Streitgegenständen, in denen Gewerkschaftsmitglieder vom DGB Rechtsschutz vertreten wurden (in Prozent)



Quelle: DGB Rechtsschutz 2013

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

15./16.4. DGB-Bildungswerk, „Impuls-Konferenz für Aktive in der Studierendenarbeit", Hattingen

15.-17.4. GEW und IG Metall, Fortbildung „Arbeitswelt- und Berufsorientierung an Schulen", Berlin

17.4. ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, Tagung „Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt", Hannover

18.4. DGB Hamburg, Aktion „Verantwortung übernehmen im Norden", Hamburg

19.4. ver.di, Zukunftsforum Hannoverscher GewerkschafterInnen, Rosa-Luxemburg-Stiftung und andere, Diskussion „Das Plastikmeer von Almeria", Hannover

21.-25.4. DGB, Aktionswoche „Für ein soziales Europa", bundesweit

22.4. DGB-Kreis Gießen, ver.di Mittelhessen, IG Metall Mittelhessen, DGB-Jugend Mittelhessen und andere, Diskussion „Heute die Griechen – morgen wir? Europa verarmt seine Bürger", Gießen

23./24.4. GdP, Tagung „Die föderale Polizei im demografischen Wandel", Berlin

23./24.4. IG Metall, „Anti-Stress-Kongress", Berlin

24.4. EVG, Aktionstag „Kampf gegen Schienenlärm", bundesweit

24./25.4. ver.di und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Dienstleistungsforschung und Dienstleistungspolitik", Düsseldorf

25.4. Aktionstag „Girls' Day", bundesweit

27.4. DGB NRW und DGB-Bildungswerk NRW, Kongress „Erinnern. Denken. Nazis und Rassismus wirksam entgegentreten", Duisburg

27.4. GEW Bayern, Seminar „Black Box Bildungsmonitor?", München

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• Der GdP-Vorsitzende ***Bernhard Witthaut,*** 57, soll zum Präsidenten der Polizeidirektion Osnabrück berufen werden. Das hat das niedersächsische Innenministerium bekannt gegeben. Die GdP-Gremien werden in den kommenden Wochen über die Nachfolge an der Spitze der GdP beraten. Bis Mitte Mai soll eine entsprechende Entscheidung getroffen werden.

••• Der NGG-Vorsitzende ***Franz-Josef Möllenberg,*** 59, wird auf dem anstehenden NGG-Gewerkschaftstag im November nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden kandidieren. Um KandidatInnen für die Nachfolge auszuwählen, wird voraussichtlich im Juni eine Findungskommission zusammentreten. Möllenberg ist seit 21 Jahren NGG-Vorsitzender.

••• ***Gesa Fritz,*** 43, ist neue Pressesprecherin und medienpolitische Referentin des DGB Rheinland-Pfalz. Sie folgt ***Henrik Schmitz,*** 34. Zuvor war sie 13 Jahre Redakteurin bei der *Frankfurter Rundschau*. Zuletzt leitete sie die Redaktion in Wiesbaden.

Schlusspunkt.

„Im Grunde ist das nichts anderes, als wenn man einem Freund beim Umzug hilft."

Stefan Findel, Erbe eines Schnapsimperiums, beschreibt in der FAZ vom 2. April 2013, warum er 13,8 Millionen Euro an Unicef gespendet hat.

Sozialhilfe

Regelbedarf ist verfassungskonform

Der vom Gesetz festgesetzte Regelbedarf für ein Ehepaar mit einem zweijährigen Kind ist nicht verfassungswidrig zu niedrig bemessen. Sowohl die Methode zur Bestimmung des kindlichen Bedarfs als auch die Aufspaltung der Grundsicherungsleistungen führen nicht zu einer Verletzung von Verfassungsrecht. Zur Sicherung des Lebensunterhalts stehen einer solchen Familie monatlich 1 182,- Euro zu. Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in tatsächlicher Höhe erbracht.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 28. März 2013 - B 4 AS 12/12 R

Arbeitszeugnis

Muss abgeholt werden

Ein Zeugnis ist am Ende des Arbeitsverhältnisses im Betrieb abzuholen, sofern nicht ausnahmsweise besondere Umstände dieses unzumutbar machen. Wer ohne Abholversuch ein Zeugnis einklagt, hat deshalb in aller Regel die Prozesskosten zu tragen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Beschluss vom 6. Februar 2013 – 10 Ta 31/13

Datenschutzbeauftragter

Geht bei Betriebsübergang nicht über

Die Funktion des Arbeitnehmers als interner Datenschutzbeauftragter geht im Falle eines Betriebsüberganges nicht automatisch auf das neue Unternehmen über. Eine vom alten Arbeitgeber erfolgte Bestellung wird nicht als Zusatz zum Arbeitsvertrag erfasst.

Arbeitsgericht Cottbus,
Urteil vom 14. Februar 2013 – 3 Ca 1043/12

Umkleiden

Kann Arbeitszeit sein

Umkleidezeiten und durch das Umkleiden veranlasste innerbetriebliche Wegezeiten sind vergütungspflichtige Arbeitszeit, wenn der Arbeitgeber das Tragen einer bestimmten Kleidung vorschreibt und das Umkleiden im Betrieb erfolgen muss. Das ist zum Beispiel bei einer Krankenschwester im OP-Dienst der Fall. Von diesem Grundsatz kann jedoch durch Tarifvertrag abgewichen werden. Im vorliegenden Fall hatte das Bundesarbeitsgericht eine Entscheidung des Landesarbeitsgerichts München zur Neuverhandlung zurückverwiesen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. September 2012 – 5 AZR 678/11

LeiharbeitnehmerInnen

Zählen im Entleiherbetrieb

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz richtet sich die Zahl der Mitglieder des Betriebsrats nach der Anzahl der im Betrieb in der Regel beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Bei der Ermittlung der Anzahl der ArbeitnehmerInnen im Entleiherbetrieb nach § 9 des Betriebsverfassungsgesetzes sind LeiharbeiterInnen grundsätzlich zu berücksichtigen. Dabei heißt „in der Regel": Vorübergehende Schwankungen werden ausgeklammert.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 13. März 2013 - 7 ABR 69/11

Sozialplan

Altersrente darf berücksichtigt werden

Bei der Festlegung von Leistungen nach Sozialplan dürfen Betriebsrat und Arbeitgeber berücksichtigen, dass Arbeitnehmer eine vorgezogene gesetzliche Altersrente beziehen können. Das verstößt nicht gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Betriebsverfassungsgesetzes und das Verbot der Altersdiskriminierung im EU-Recht.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war in einem Betrieb beschäftigt, in dem ein Sozialplan existiert, nach dem sich seine Abfindung nach der Standardformel errechnet. Nach Vollendung des 58. Lebensjahres erhalten die Beschäftigten eine Abfindung, die sich auf einen 85%igen Bruttolohnausgleich unter Anrechnung des Arbeitslosengeldes bis zum frühestmöglichen Eintritt in die gesetzliche Altersrente beschränkt. Hiernach wurde dem 62-jährigen Arbeitnehmer eine Abfindung von 49 74,62 Euro gezahlt. Er hielt den Systemwechsel für die Berechnung der Abfindung für eine unzulässige Altersdiskriminierung und forderte eine weitere Abfindung in Höhe von 234 246,87 Euro nach der Standardformel. Mit seiner Klage hatte er keinen Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Ein Sozialplan soll die künftigen Nachteile ausgleichen, die Arbeitnehmern durch eine Betriebsänderung entstehen. Dafür stehen den Betriebsparteien nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Wegen der Überbrückungsfunktion einer Sozialplanabfindung ist es nicht zu beanstanden, wenn die Betriebsparteien bei rentennahen Arbeitnehmern nur die wirtschaftlichen Nachteile ausgleichen, die ihnen bis zum vorzeitigen Renteneintritt entstehen. Sie sind nicht gehalten, den rentennahen Arbeitnehmern mindestens die Hälfte einer nach der Standardformel berechneten Abfindung zu gewähren.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 26. März 2013 - 1 AZR 813/11

Fettabsaugung

Gehört nicht zu den Kassenleistungen

Die Fettabsaugung gehört grundsätzlich nicht zu den von der gesetzlichen Krankenversicherung zu erbringenden Kassenleistungen.

Der Fall: Die gesetzlich krankenversicherte Frau leidet an einer Fettverteilungsstörung. Sie wiegt 91 kg bei einer Körpergröße von 1,57 m. Durch Sport und eine Ernährungsumstellung war es ihr gelungen, ihr Körpergewicht um mehr als 10 kg zu reduzieren, ohne dass sich an den Oberschenkeln eine Veränderung zeigte. Sie beantragte bei ihrer Krankenkasse die Kostenübernahme für eine Fettabsaugung. Sie leide unter erheblichen Schmerzen und schäme sich zunehmend wegen ihres Aussehens. Eine Fettabsaugung sei als einzige Behandlungsmöglichkeit kosmetisch und medizinisch indiziert. Die Krankenkasse lehnte ab. Da die Fettverteilungsstörung keine Funktionseinschränkungen nach sich ziehe, sei eine medizinische Indikation nicht gegeben. Außerdem sei diese Methode nicht als Kassenleistung zugelassen; der für die Zulassung zuständige Bundesausschuss habe die erforderliche Empfehlung nicht abgegeben. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Fettabsaugung genügt nach dem Stand der Forschung nicht den Qualitätsanforderungen. Eine nachhaltige Wirksamkeit dieser Behandlungsmethode sei nicht belegt. Vor diesem Hintergrund verbietet vor allem das Gesundheitsrisiko für die Frau, das mit einem solchen Eingriff verbunden ist, eine Übernahme der Kosten durch die gesetzliche Krankenversicherung.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 1. März 2013 - L 4 KR 3517/11

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 29.04.2013 8/13

DGB

Tag der Arbeit 2013

Demonstrieren für den Politikwechsel

„Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa" – das sind die Forderungen, für die Hunderttausende ArbeitnehmerInnen am 1. Mai auf die Straße gehen. Mit diesen Themen mischen sich DGB und Gewerkschaften auch in den Bundestagswahlkampf ein. An mehr als 400 Orten demonstrieren Gewerkschaften am 1. Mai für einen Politikwechsel. Sie wollen am Vorabend des 80. Jahrestages des nationalsozialistischen Sturms auf die Gewerkschaftshäuser deutlich machen: Der 1. Mai ist „Unser Tag". Das ist notwendiger denn je – schließlich wollen alte und neue Nazis in Berlin, Frankfurt/M., Dortmund, Erfurt und Würzburg den Tag der Arbeit für ihren braunen Spuk instrumentalisieren (siehe Seite 6). Am Tag darauf, am 2. Mai, gedenken die Gewerkschaften der Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung. Bei der zentralen Veranstaltung in Berlin wird Bundespräsident Joachim Gauck sprechen.

Gerade im Bundestagswahljahr wollen die Gewerkschaften am Tag der Arbeit zeigen, was getan werden muss, um die Lage der arbeitenden Menschen zu verbessern. Seit Jahren ist sichtbar, wie Arbeit entwertet wird. Aus sicheren Arbeitsplätzen wurden vielfach unsichere Jobs. Fast ein Viertel der Beschäftigten steckt im Niedriglohnsektor fest. Zunehmend leiden Beschäftigte unter schlechten Arbeitsbedingungen und Stress. Und immer mehr Menschen droht Altersarmut. Zudem ist die Krise in Europa zu einer Krise für Europa geworden – und sie ist noch lange nicht ausgestanden. Sie trifft Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen und nicht zuletzt die junge Generation.

Für den DGB und die Gewerkschaften geht es am 1. Mai 2013 vor allem um eine neue Ordnung der Arbeit. Zentrale Forderungen des DGB sind, die Mitbestimmung zu stärken, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro einzuführen und die Rente so zu reformieren, dass sie zum Leben reicht. Die Diskriminierung von Frauen muss beendet werden, für ein sozial gerechtes Europa brauchen wir ein Investitions- und Konjunkturprogramm und eine solide Finanzierung eines handlungsfähigen Staats. „Eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht einen aktiven, handlungsfähigen Staat, der die öffentliche Infrastruktur und die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger garantiert, weiterentwickelt und materiell hinreichend ausstattet", erklärt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen werden sich die Gewerkschaften im Wahljahr für ihre Forderungen stark machen. So plant der DGB dezentrale Aktionstage zwischen dem 7.und 9. Juni und unmittelbar vor der Bundestagswahl in der ersten Septemberhälfte. •

1. Mai, unser Tag – gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa: Die Hauptforderungen des DGB spiegeln sich im 1.Mai-Motto wider. Die zentrale Maikundgebung, auf der der DGB-Vorsitzende Michael Sommer spricht, findet in München statt.

plusminusBERLIN

+ ***Wer auf korrupte oder strafbare Handlungen in seinem Unternehmen hinweist, „muss arbeitsrechtlich geschützt werden", fordert die SPD-Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht.***

– ***Quoten sind für die FDP-Bundestagsabgeordnete Nicole Bracht-Bendt „nichts anderes als Planwirtschaft", argumentierte sie in der Bundestags-Debatte zur Frauenquote.***

inhalt

Seite 3

Flexi-Rente
Die IG BAU hat konkrete Vorschläge für das Baugewerbe vorgelegt. „Altersflexi" soll Altersarmut verhindern

Seite 5

Bitteres Fazit
Ein Jahr nach der Schlecker-Insolvenz droht nun vielen ehemaligen Mitarbeiterinnen Hartz IV

Seite 7

Im Brandfall
Der Ökonom Thomas Fricke hält es für falsch, wenn Anleger und Sparer für Bankenprobleme aufkommen sollen

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/extra/tag-der-arbeit-2013
Informationen und Hintergrundmaterial des DGB zum 1. Mai

Hintergrund

www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de
Das DGB-Internetportal erinnert an die Stürmung der Gewerkschaftshäuser in Berlin am 2. Mai 1933

Anti-Stress-Verordnung

Mehr Schutz vor Psycho-Stress

Die Arbeitsschutzordnung regelt, was Unternehmen ihren Beschäftigten nicht zumuten dürfen. Stress fällt bislang nicht unter eine solche Regelung. Die IG Metall will das ändern. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, forderte auf dem Anti-Stress-Kongress seiner Gewerkschaft Ende April in Berlin eine Anti-Stress-Verordnung. Sie wäre der erste Schritt, um ArbeitnehmerInnen vor der zunehmenden psychischen Belastung zu schützen. Nach einer aktuellen Umfrage der IG Metall unter Erwerbstätigen fordern 88 Prozent der Befragten von den Unternehmen einen besseren Schutz vor zu hohem Leistungsdruck und gesundheitsschädigendem Stress. 69 Prozent wünschen sich dafür auch klare Vorgaben von der Politik.

Mehr politischen Rückhalt der Bundesregierung erwartet auch die IG Metall. Die zuständige Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen schrieb zwar im Vorwort des „Stressreport 2012" *(einblick 2/13)*, „Die Politik wird die psychische Gesundheit weiter in den Fokus rücken", doch die IG Metall fürchtet, dass keine „konkrete Taten" auf ihre „warmen Worte" folgen. Es geht um eine Modernisierung des Arbeitsschutzrechtes, betont Urban. Und um Rechtssicherheit für Arbeitgeber, Betriebsräte, Fachkräfte und die Arbeitsschutzaufsicht.

Wie wichtig eine Stressprävention ist, zeigen die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit. Unterstützung für die gewerkschaftliche Forderung gibt es von den Oppositionsparteien. Sowohl SPD, Bündnis 90/Die Grünen wie auch die Linke befürworten eine gesetzliche Regelung. •

www.bit.ly/igmAntiStress
www.dgb-index-gute-arbeit.de

Ausbildung

Immer weniger Verträge

„Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe befindet sich auf einem historischen Tiefstand", stellt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fest. 2012 lag die Zahl der Ausbildungsverträge mit 548 100 um 3,1 Prozent hinter dem Vorjahr. Die Ausbildungsquote liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit 1999. Ausgebildet wird nur noch in jedem fünften Betrieb. Sehrbrock kritisiert, dass die Zusagen des Ausbildungspaktes nicht eingehalten worden. Die Klagen der Wirtschaft über den Fachkräftemangel und diese Ausbildungsquote passten nicht zusammen. Gerade jetzt müssten die Firmen jungen Menschen eine Chance geben. •

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Damit Lohnzuwächse nicht an der Zapfsäule bleiben.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

IWF

Warten auf Europa

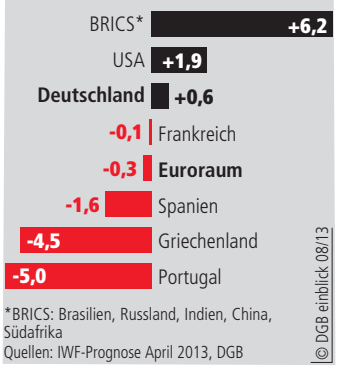
Auf der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) Mitte April in Washington mussten sich die europäischen Finanzminister einige Kritik anhören. Europa, so der IWF, werde zur Wachstumsbremse für die Weltwirtschaft. Der Sparkurs muss beendet werden, heißt es beim IWF. Für den DGB zeigen die neuen IWF-Zahlen die Spaltung der Weltkonjunktur drastisch auf. Während das globale Wachstum mit 3,3 Prozent prognostiziert wird, könnte die Eurozone um 0,3 Prozent schrumpfen.

„Die rigorose Sparpolitik hinterlässt immer mehr Spuren der wirtschaftlichen und sozialen Verwüstung", warnt der DGB. Ein Kurswechsel, wie er vom IWF gefordert wird, ist dringend nötig. Die Schritte für einen solchen Kurswechsel hat der DGB in seinem „Marshallplan für Europa" beschrieben. Ökologische, wirtschaftliche, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Ziele sollen miteinander verbunden werden. Der Plan ist die Alternative zum derzeitigen Spardiktat. •

www.dgb.de/-/34K

Europa fällt zurück

Veränderung des Bruttoinlandprodukts (BIP) 2013 gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)



Die Schwellenländer (BRICS) werden in diesem Jahr Vorreiter der Konjunktur sein. Für die schwachen Europäer fordert der IWF weitere Zinssenkungen, eine Lockerung des Sparkurses und eine Stärkung des öffentlichen und privaten Konsums.

Langzeitarbeitslose

Reelle Chancen schaffen

Die drei Oppositionsfraktionen des Bundestages, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke, wollen eine Neuordnung der öffentlich geförderten Beschäftigung. Bei der Sachverständigenanhörung Anfang April begrüßte der DGB die Initiativen und stellte seine Anforderungen an einen solchen sozialen Arbeitsmarkt vor. Da die bisherigen Konzepte – wie die Ein-Euro-Jobs – nur mäßig erfolgreich waren, wünscht sich der DGB neue Modelle. Deutschland hat im internationalen Vergleich nach wie vor einen hohen Bestand an Langzeitarbeitslosen. Wer diesen Menschen eine Perspektive geben will, muss Arbeitsplätze anbieten, die gezielt auf die einzelnen Personen zugeschnitten sind. Für den DGB heißt das auch, dass solche Arbeitsplätze sowohl von öffentlichen wie von privaten Arbeitgebern angeboten werden müssen.

Weitere unabdingbare Vorgaben des DGB sind: Es muss sich um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung handeln. Für die Bezahlung dürfen keine Sonderregelungen gelten. Dort, wo es Tarifverträge gibt, müssen sie angewendet werden. Und solange es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt, darf kein/e Arbeitslose/r gezwungen werden, eine Beschäftigung unter 8,50 Euro Stundenlohn anzunehmen. •

Steuerhinterziehung

Gesetze gelten auch für Reiche

„Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt", stellt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki klar. Dabei ist es egal, ob es sich um Fälle Prominenter – wie aktuell Uli Hoeneß – handelt oder andere sich dem Steuerrecht entziehen. Die bekannten Fälle zeigten, wie tief die Steuermoral vieler Reicher gesunken sei. Matecki: „Sie haben ihr Vermögen in diesem Land aufgebaut und haben dabei von der öffentlichen Infrastruktur, der Rechtssicherheit, dem Bildungssystem und der Leistungsbereitschaft von Millionen ArbeitnehmerInnen profitiert." Gesetze gelten auch für Reiche, betont das DGB-Vorstandsmitglied. •

Rente im Baugewerbe

Flexibel in den Ruhestand

Seit langem fordern die Gewerkschaften flexible Übergänge in die Rente. Die IG BAU hat jetzt für das Baugewerbe einen konkreten Vorschlag vorgelegt. Mit einer „Altersflexi-Regelung" will sie verhindern, dass gesundheitlich beeinträchtigte Beschäftigte in Hartz IV und später in Altersarmut abrutschen.

Rund die Hälfte der gewerblich Beschäftigten am Bau scheidet vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus. Mit fatalen Folgen: Ab Mitte vierzig werden häufig schon Invalidität oder Schwerbehinderung begleitet von Arbeitslosigkeit, Krankengeld und frühzeitigem Renteneintritt mit entsprechenden Abschlägen. Auch die alte Regelaltersgrenze von 65 Jahren erreicht im Baugewerbe kaum jemand. Nach dem Willen der IG BAU soll künftig ein flexibles Altersübergangsgeld die Verdienstausfälle der Baubeschäftigten im Alter von 58 bis 63 Jahren ausgleichen. Ziel der so genannten Altersflexi-Regelung ist ein möglichst langer Verbleib im Berufsleben. „Wenn Bauarbeiter sich kaputt gearbeitet haben und nicht mehr können, dann mussten sie bislang gehen", beschreibt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel den Status Quo. „Für Baubeschäftigte bedeutet das vorzeitige Aus im Job Armut für den Rest ihres Lebens." Dem setzt die Gewerkschaft nun ihr Altersübergangsgeld „Altersflexi" entgegen.

Die Flexi-Lösung besteht aus drei Elementen: Das Altersflexi-Geld beträgt 60 Prozent des Bemessungsentgeltes für nicht geleistete Arbeitsstunden. Kann also jemand nur zehn Stunden seinem ursprünglichen Job nachgehen und ist nicht anderweitig im Unternehmen einsetzbar, erhält er für die verbleibenden Stunden Altersflexi-Geld. Zweites Element ist der Transferberater: Er soll betroffene Beschäftigte und Betriebe bei der Suche nach einer neuen Tätigkeit unterstützen. Letztes Element ist das Zugangsverfahren. Um Missbrauch zu vermeiden, muss ein medizinisches Gutachten nachvollziehbar belegen, dass die aktuelle Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen nicht länger in Vollzeit ausgeübt werden kann. Mit Hilfe des „Betrieblichen Eingliederungsmanagements" ist zu prüfen, ob der Arbeitnehmer mit besonderen Hilfen oder Unterstützungsleistungen auf seinem Arbeitsplatz verbleiben oder eine ähnliche Tätigkeit ausüben kann. Schließlich müssen die gesundheitlichen Gründe für eine wirksame Kündigung vorliegen. Dabei kann die Regelung auch greifen, wenn es sich um einen Kleinbetrieb handelt, in dem kein Kündigungsschutz existiert. Als Faustregel gilt: Wenn alle Alternativen geprüft wurden und wenn eine wirksame Kündigung droht, gibt es Altersflexi-Geld. Die maximale Bezugsdauer für dieses Übergangsgeld soll fünf Jahre betragen.

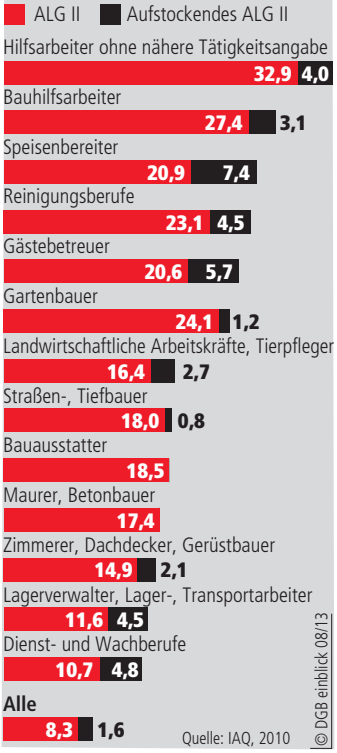
Die von der IG BAU vorgestellte Branchenlösung orientiert sich am Saison-Kurzarbeitergeld. Sie soll von den Tarifvertragsparteien und dem Staat getragen werden. Dabei zahlen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen zu tarifvertraglich festgelegten Teilen in einen Umlagefonds ein. Die weitere Finanzierung erfolgt aus den bislang als Arbeitslosengeld gezahlten Geldern der Agentur für Arbeit sowie aus Steuermitteln. Rund fünfzig Millionen Euro werden die Mehrkosten betragen, schätzt Klaus Wiesehügel. Das Umlagemodell der IG BAU muss aber noch mit den Arbeitgebern der Branche verhandelt werden. Von der Politik erwartet Wiesehügel, dass sie sich nicht raushält: „Das muss mit Gesetzen und auch finanziell unterstützt werden", betont der IG BAU-Vorsitzende. Eine grundsätzliche Kehrtwende in der Rentenpolitik sei notwendig – das gilt für Betroffene im Baubereich wie für alle anderen Branchen. „Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, darf nicht Gefahr laufen, kurz vor der Rente in Hartz IV zu stürzen." •

Die IG Metall informierte zum Auftakt der Kampagne „Gute Arbeit - gut in Rente" am Brandenburger Tor und Alexanderplatz in Berlin.

Foto: IG Metall

Von ALG II in Rente

Anteil der männlichen Altersrentner in ausgewählten Berufen, die unmittelbar vor Renteneintritt ALG II bezogen haben. (in Prozent)



Deutlich über dem Durchschnitt liegt der Anteil der gewerblichen Beschäftigten in der Bauindustrie, die aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II in die Altersrente wechseln. Schon das in der Vergangenheit geltende Renteneintrittsalter von 65 Jahren erreichten Baubeschäftigte selten. Branchenübergreifend liegt die Quote der über 64-jährigen Vollzeitbeschäftigten bei nicht einmal zehn Prozent.

Kurswechsel nötig

„Die schöne neue Arbeitswelt für die Alten ist und bleibt ein Mythos", stellt IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban fest. Das belegt eine repräsentative Umfrage von TNS Infratest im Auftrag der IG Metall. Die Befragung von Betriebsräten im Organisationsbereich der IG Metall hat ergeben: Nicht einmal vier Prozent der Beschäftigten sind 60 Jahre und älter. Knapp ein Prozent ist älter als 63. Während die Beschäftigungsquote der 60-Jährigen noch bei knapp 44 Prozent liegt, sind bei den 64-Jährigen nur noch 14 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt – inklusive Teilzeitbeschäftigten und Arbeitnehmern in Altersteilzeit.

Die IG Metall fordert deshalb mehr altersgerechte Arbeit und einen politischen Kurswechsel. Notwendig seien Ausstiegsoptionen, die die unterschiedlichen Situationen von Beschäftigten und Betrieben zum Ausgangspunkt nehmen. Zu den Forderungen gehören eine öffentlich geförderte Altersteilzeit, der erleichterte Zugang zu einer abschlagsfreien Erwerbsminderungsrente sowie der abschlagsfreie Ausstieg für Beschäftigte mit langen Versicherungszeiten.

IG Metall-Kampagne:
www.gut-in-rente.de

PROJEKTE UND PARTNER

Medien-Studie

Portionierte Armut

Armut und Reichtum werden in den Medien meist nur unzureichend oder gar fahrlässig behandelt. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Armut werde zwar mit Sorge in den Medien registriert, dann aber in „Einzelteile zerlegt und so ihrer gesellschaftlichen Brisanz beraubt", urteilen Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz, die Autoren der Studie „Portionierte Armut, Blackbox Reichtum". Armut werde in Kinder-, Alters-, Hartz-IV- und Alleinerziehenden-Armut aufgeteilt und nie grundsätzlich behandelt. Reichtum hingegen wird als „Blackbox" dargestellt, eine Auseinandersetzung mit Ursachen und Folgen der Anhäufung riesigen Reichtums in wenigen Händen findet kaum statt. „Der Journalismus zerbricht sich mehr den Kopf über die Probleme der Reichen als über die Folgen der Zusammenballung privaten Reichtums für den Rest der Gesellschaft." Die Analyse zeigt, wie die großen überregionalen Tageszeitungen die Themen aufgreifen und kommentieren. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

neueBücher

„Ein Leben für die Angestelltenbewegung" lautet der Untertitel zur **Biografie des langjährigen Vorsitzenden des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes Siegfried Aufhäuser.** Das Buch schildert facettenreich, wie Aufhäuser die Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik aufgebaut und sie neben dem ADGB als politische Kraft etabliert hat. Eindringlich zeigt Autor Gunter Lange, welche Folgen die Machtergreifung der Nazis 1933 für den Gewerkschaftsführer hatte. Als Gewerkschafter, Sozialist und Jude musste er fliehen, zuerst nach Prag, später nach Paris und schließlich nach New York. Detailliert und spannend bringt das Werk die Biografie Aufhäusers mit den politischen Vorgängen zusammen. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1951 war Aufhäuser maßgeblich am Aufbau der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) beteiligt. Fazit: Ein lesenswertes Buch zur Geschichte der Gewerkschaften im 20. Jahrhundert.

Gunter Lange: Siegfried Aufhäuser (1884–1969) – Ein Leben für die Angestelltenbewegung, Berlin 2013, Metropol Verlag, 371 Seiten, 24 Euro

Otto-Brenner-Stiftung

Solarbranche stärken

Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung zeigt: In Deutschland droht keine Zerschlagung oder Auflösung der Solarindustrie. Die Autoren sind sich sicher, dass die Branche genug Stärken und Potenziale hat, um die Energiewende mitzugestalten. Deshalb gelte es, die Rahmenbedingungen anzupassen. So sollen die Solar-Unternehmen intensiver begleitet werden, um sie vor allem in Ostdeutschland regional zu integrieren. Um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, müssen die tariflichen Arbeits- und Entgeltbedingungen verbessert werden. Die Beschäftigten sollen zudem stärker in den Innovationsprozess eingebunden werden. •

Die Studie zum Download: www.bit.ly/obs_solar

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das verkehrspolitische Herz am „richtigen" Fleck.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Faire Mobilität

Büro in Stuttgart eröffnet

Das DGB-Projekt „Faire Mobilität" unterstützt ArbeitnehmerInnen aus Südost- und Mitteleuropa. Oft sind sie hierzulande Opfer von Lohndumping und Ausbeutung. In Stuttgart hat nun ein weiteres Beratungsbüro eröffnet. Inhaltlicher Schwerpunkt des Büros ist die Situation der Beschäftigten in der Transport- und Logistikbranche. Hilfesuchende werden in deutscher, englischer, polnischer und kroatischer Sprache beraten. Stuttgart ist nach Frankfurt/Main, Berlin, Hamburg, Dortmund und München bereits der sechste Standort von „Faire Mobilität". Das neue Büro will eng mit der katholischen Betriebsseelsorge kooperieren. Finanziert wird das Projekt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, des Bundesarbeitsministeriums und des DGB. Kontakt zu den Beratungsbüros: •

www.faire-mobilitaet.de/-/P0Y

DGB und Hans-Böckler-Stiftung

Nachhaltige Wirtschaftsförderung

Das Beispiel Amazon in Ostdeutschland macht deutlich, wie wichtig es ist, Wirtschaftsförderung nachhaltig und sozial auszugestalten. Um zu zeigen, wie dies künftig gelingen kann, laden DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 16. Mai nach Berlin zu einer Fachkonferenz ein. Unter dem Motto „Gute Arbeit in der Wirtschaftsförderung" werden ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Verbänden die strukturpolitischen Perspektiven für die Jahre 2014 bis 2020 analysieren. Für die Gewerkschaften steht fest: „Wer in strukturschwachen Regionen investiert, darf keinen Freibrief für Lohn- und Sozialdumping erhalten". •

Anmeldungen: katharina-jakoby@boeckler.de

interregio

••• Der ***DGB Bayern*** hat seine ***Positionen zur Landtagswahl 2013*** veröffentlicht. Schwerpunktthema ist der Kampf gegen prekäre Beschäftigung. Auch wenn Bayern ein Land mit hoher Lebensqualität sei, würden immer mehr Menschen ausgeschlossen. Um das zu verhindern, sollen unter anderem Niedriglöhne eingedämmt und ein Mindestlohn durchgesetzt werden. Außerdem sei „in keinem anderem Bundesland die soziale Herkunft so entscheidend für den schulischen Erfolg wie in Bayern". Der DGB fordert deshalb gute und kostenlose Bildung für alle sowie die Einführung von Ganztagsschulen.

www.bayern.dgb.de/-/JoT

••• Um das 20-jährige Jubiläum des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße zu feiern, lädt der ***DGB Sachsen*** am 24. und 25. Mai zu einer ***Konferenz*** nach Görlitz/Zgorzelec ein. Gemeinsam mit den Gewerkschaften NSZZ „Solidarnosc" aus Polen und der ScSOO DP aus Tschechien will der DGB künftige Herausforderungen analysieren. Unter anderem soll ein Strategieplan für den Wirtschaftsraum bis 2020 verabschiedet werden.

www.sachsen.dgb.de/-/J2K

Schlecker-Insolvenz

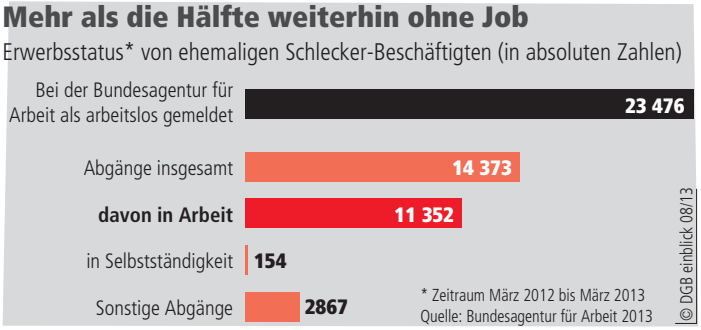
Bitteres Fazit nach einem Jahr

Aus ideologischen Gründen hat die FDP vor einem Jahr die Gründung einer Transfergesellschaft für den insolventen Schlecker-Konzern verhindert. Die bittere Bilanz zwölf Monate danach: Noch immer ist ein Großteil der ehemaligen Beschäftigten ohne neuen Job. Vielen droht nun Hartz IV.

Ein Jahr nachdem die Transfergesellschaft für die Schlecker-Beschäftigten am Widerstand der FDP scheiterte, zieht ver.di eine traurige Bilanz. Von den rund 23 500 Frauen und Männern, die damals ihren Job verloren, waren bis März 2013 nur 11 350 wieder in Arbeit. Das belegen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger kritisiert Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) scharf: „Die Behauptung von Bundeswirtschaftsminister Rösler, der Arbeitsmarkt sei aufnahmefähig, erweist sich als blanker Hohn." Rösler habe maßgeblich die Einrichtung einer Transfergesellschaft blockiert, um sich auf Kosten der Schlecker-Frauen politisch zu profilieren, so Nutzenberger. Dabei habe er Transfergesellschaften als sinnvolles arbeitsmarktpolitisches Instrument diskreditiert und obendrein seine Missachtung von Frauenarbeitsplätzen zum Ausdruck gebracht.

Nutzenberger warnt: Die Zahlen der BA verschleiern, dass bereits eine siebentägige Beschäftigung ausreiche, um statistisch nicht mehr erfasst zu werden. Fest stehe: Bei vielen der mehr als 10 000 ehemaligen Schlecker-Beschäftigten, die in der ersten Kündigungswelle Ende März 2012 ihre Arbeit verloren und noch keine neue Beschäftigung gefunden haben, laufe jetzt der Anspruch auf Arbeitslosengeld aus. „Das heißt, dass tausende Frauen ab April von Hartz IV werden leben müssen – eine absolut bittere Bilanz", so Nutzenberger.

Wie drastisch die finanziellen Folgen für die Frauen sind, weiß Christel Hoffmann, Vorsitzende des Schlecker-Gesamtbetriebsrats. Sie kümmert sich mit ihren Kolleginnen täglich um die Sorgen der



Die Mehrheit der ehemaligen Schlecker-MitarbeiterInnen ist weiterhin arbeitslos. Vielen droht nach einem Jahr Arbeitslosigkeit nun Hartz IV.

arbeitslosen KollegInnen. Hoffmann berichtet von einer ehemaligen Schlecker-Beschäftigten, die auf Weisung des Sozialamtes ihre Wohnung verlassen soll. Der Grund: Diese sei angeblich zehn Quadratmeter zu groß. Gemeinsam mit ver.di haben die Arbeitnehmervertreterinnen einen Widerspruch geschrieben. Die Frau darf nun in ihrer Wohnung bleiben.

Dramatisch ist die Situation auch für die vielen Alleinerziehenden, berichtet Hoffmann. „Eine Kollegin konnte ihrem Kind vor der Einschulung keine Schultasche bezahlen." Wie in vielen anderen Fällen stand die Paul-Schobel-Caritas-Stiftung der Frau zur Seite. Unbürokratisch und schnell bekam sie von dem eigens gegründeten Solidaritätsfonds „Schlecker Beschäftigte" ein Hilfspaket. Gegründet wurde dieser vom ehemaligen Betriebsseelsorger Paul Schobel in Kooperation mit dem ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg unter dem Dach der Caritas. Mit einer Soforthilfe von maximal 400 Euro unterstützt der Fonds die ehemaligen Schlecker-Mitarbeiterinnen in Notlagen. Etwa wenn das Geld nicht für neues Heizöl im Winter reicht oder der defekte Kühlschrank nicht ersetzt werden kann. In rund 150 Fällen ist die Stiftung bereits eingesprungen. Initiator Paul Schobel befürchtet mit Blick auf die anstehenden Hartz-IV-Bescheide nun neue Anfragen (siehe Randspalte).

Leni Breymaier, ver.di-Landesbezirksvorsitzende in Baden-Württemberg, kritisiert die immensen Kosten, die nun auf die SteuerzahlerInnen zukommen. „Die Transfergesellschaft hätte eine Bürgschaft von 70 Millionen Euro erfordert. Damit hätten 11 000 Arbeitsplätze gerettet werden können." Nun zeigen Studien, dass sich die Kosten für die Allgemeinheit aus der Schlecker-Pleite auf 160 bis 180 Millionen Euro belaufen. Breymaier fordert, die rechtlichen Grundlagen für das Geschäftskonzept des „Eingetragenen Kaufmanns" zu reformieren. „Es kann nicht sein, dass eine Person ein Unternehmen mit 50 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreibt und es dort keine demokratische Kontrolle gibt." •

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsame Werte & politisches Denken verbinden.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Notfonds hilft

Um ehemaligen Schlecker-Beschäftigten zu helfen, die in finanzielle Not geraten sind, hat die Caritas mit Unterstützung von ver.di einen Solidaritätsfonds gegründet. Unbürokratisch und schnell entscheidet eine Vergabekommission aus Caritas, Kirchlichem Dienst in der Arbeitswelt und Vertreterinnen des Gesamtbetriebsrates über finanzielle Unterstützung. Bisher hat der Fonds mehr als 55 000 Euro an Unterstützung ausgezahlt.

Paul Schobel, ehemaliger Betriebsseelsorger und Initiator des Fonds, ist vor allem besorgt über den rasanten Abstieg, den Arbeitslosigkeit in Kombination mit zum Beispiel einem laufenden Kredit haben kann. Er merkt an, dass es sich in der Regel immer um kleinere Kredite handelt, aber auch diese müssten bedient werden. Besonders für alleinerziehende Mütter in Arbeitslosigkeit seien die monatlichen Raten schwer zu bedienen. In solchen Fällen springt dann der Solidaritätsfonds ein.

Mit Blick auf die ausstehenden Hartz-IV-Bescheide ist der Fonds auf weitere Spenden angewiesen.

Das Spendenkonto:
Solidaritätsfonds „Schlecker Beschäftigte"
Kontonummer: 6402003
Bankleitzahl: 750 903 00
Liga Bank

kurz&bündig

ver.di

Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke fordert, Regeln zur Durchsetzung von Urhebervergütungen einzuführen. Eine Institution ähnlich der Zollverwaltung solle über deren Einhaltung wachen. „Die Politik muss endlich Instrumente schaffen, die UrheberInnen und KünstlerInnen angemessene Bezahlung sichern", betont Werneke.

IG BCE

Die IG BCE will das im Grundgesetz verankerte Streikrecht ergänzen. In Zukunft müsse klar sein: „Wer Leiharbeiter als Streikbrecher einsetzt, macht sich strafbar", so der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis.

GEW

Die GEW fordert, die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Qualifizierung zu verbessern. Besonders benachteiligt seien Beschäftigte in Drittmittelprojekten. Handlungsbedarf der Wissenschaftseinrichtungen sieht die GEW vor allem bei flexiblen Arbeitszeiten, familiengerechten Sitzungsterminen und bedarfsgerechter Kinderbetreuung, so GEW-Vorstand Andreas Keller.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mitreden, mitbestimmen und Einfluss nehmen.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Naziaufmärsche am 1. Mai

Verbote und Gegendemos

Alt- und Neonazis wollen am 1. Mai bundesweit an mehreren Orten demonstrieren *(einblick 7/13)*. Nach wie vor mobilisieren sie im Internet dafür, am Tag der Arbeit in Berlin, Frankfurt/M., Dortmund, Erfurt und Würzburg auf die Straße zu gehen. Insbesondere in Frankfurt/M. und Berlin wurde bereits dazu aufgerufen, die offiziellen Maikundgebungen der Gewerkschaften zu stören. Das Frankfurter Römerberg-Bündnis will sich dem entgegenstellen.

Zur Kundgebung unter dem Motto „Für ein weltoffenes Frankfurt in einem sozialen Europa, gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" rufen der DGB, PolitikerInnen aller im Bundestag vertretenen Parteien, Kirchengemeinden und der Jugendring auf. Auch in Berlin sind Gegenkundgebungen geplant, die von verschiedenen gewerkschaftlichen Gruppierungen unterstützt werden. Die Berliner Polizei will die Routen der rechten Demos frühestmöglich öffentlich machen, damit sich Anlieger und Gegendemonstranten darauf einstellen können. Vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe hieß es aus Dortmund, dass der dortige Polizeipräsident die Demonstration der Rechten verbieten lassen will. •

Aktuelle Infos: www.einblick.dgb.de

Mindestlohnkampagne

Nicht locker lassen

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat der DGB eine Online-Bilanz der seit 2007 laufenden Mindestlohnkampagne gezogen. Mit zahlreichen Aktivitäten haben die DGB-Gewerkschaften landauf, landab Druck auf die Politik ausgeübt, um dem Lohndumping Einhalt zu gebieten. Trotz aller Aktionen per Bus, Truck, Schiff und Rad quer durch die Republik: Auch nach fast sechs Jahren Kampagnenarbeit gibt es zu wenige gesetzliche Branchenmindestlöhne und keinen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn. Der erforderliche Politikwechsel ist bisher ausgeblieben. Aber der DGB wird nicht locker lassen, bis alle Löhne unter 8,50 Euro pro Stunde kassiert sind. •

www.bit.ly/ml_bilanz

Umverteilungskongress

Strategien entwickeln

„Gigantischer privater Reichtum und wenige Superreiche auf der einen, dramatisch zunehmende Armut und leere öffentliche Kassen auf der anderen Seite", so beginnt der Aufruf zum Kongress „Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit." vom 24. bis zum 26. Mai in Berlin. Der Kongress, zu dem ver.di, DGB, Hans-Böckler-Stiftung, attac und zahlreiche weitere Organisationen aufrufen, soll ein Forum sein, um Alternativen und konkrete Handlungsansätze zu erarbeiten. In elf Foren und 80 Workshops werden Strategien und Instrumente für mehr Verteilungsgerechtigkeit entwickelt. Es gelte, den Prozess der Umverteilung „von unten nach oben" umzukehren. Ein radikaler Kurswechsel sei notwendig. •

www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.eu

Streikrecht und Kirche

BAG-Entscheidung auf dem Prüfstand

ver.di hat gegen die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zum kirchlichen Arbeitsrecht Verfassungsbeschwerde eingelegt. „Weil das Bundesarbeitsgericht beim Arbeitskampfrecht als eine Art Ersatzgesetzgeber fungiert, halten wir es für zwingend notwendig, die vom BAG vorgenommene Einschränkung des Streikrechts für mehr als 1,2 Millionen Beschäftigte verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen", sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Das BAG habe das kirchliche Selbstordnungsrecht über das Grundrecht auf Streik gestellt: „Bei der Umsetzung der vom BAG festgelegten Bedingungen für den Dritten Weg wird uns das Streikrecht dauerhaft bestritten."

Nach Auffassung von ver.di ist der Schutzbereich der kirchlichen Dienstgemeinschaft durch Streik nicht beeinträchtigt. Nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hätte das BAG diese Frage erörtern müssen. Die Entscheidung des BAG vom November 2012 ist aus Sicht von ver.di auch völkerrechtlich bedenklich, weil die Richter die Vorgaben der Europäischen Sozialcharta und vor allem den Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht ausreichend in die Abwägung einbezogen haben. Das BAG verkenne auch die Bedeutung der Zugehörigkeit der ArbeitnehmerInnen zur Kirche des Arbeitgebers. In vielen Regionen werden Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kindergärten oder Pflegeeinrichtungen ausschließlich von kirchlich gebundenen Anbietern betrieben. Die Beschäftigten hätten also gar keine Wahl zwischen kirchlichen Einrichtungen und öffentlichen oder privaten Arbeitgebern. •

Zypern-Krise

Die Feuerwehr als Brandbeschleuniger

Der Wirtschaftsjournalist Thomas Fricke warnt davor, dass es eine Finanzkrise nur verschlimmert, planlos Anleger und Sparer für Bankenprobleme aufkommen zu lassen.

Die Idee scheint prima. Wenn Banken in Schieflage geraten – warum sollten dann nicht auch die zahlen, die dort ihr Geld angelegt oder in größeren Mengen auf dem Konto haben? Das Ergebnis ist dennoch ein Desaster. Weil solche Aktionen eine Finanzkrise kurzfristig nur verschlimmern – und zudem den erhofften Effekt verfehlen, dass Anleger künftig vorsichtiger werden.

Wie schnell sich das Heranziehen der Sparer in so einer Vertrauenskrise zu größeren Desastern ausweiten kann, hat die Bundeskanzlerin gerade erlebt. Es hat gereicht, dass es für eine ferne Mittelmeerinsel Pläne gab, auch kleinere Sparer zu schröpfen – schon gab es ein paar Tage später Umfragen, nach denen 60 Prozent der Deutschen ihre eigenen Ersparnisse nicht mehr sicher glaubten. Ein atemberaubend grotesker und vermeidbarer Schaden. Unser Geld- und Wirtschaftssystem hängt nun mal am Vertrauen.

Da drängt sich der Verdacht fortgesetzter Lernresistenz auf. Als Angela Merkel gegen alle Warnungen die Privatgläubigerbeteiligung beim Schuldenschnitt für die Griechen durchboxte, sprang die Panik der Anleger erst auf Irland, später auf Italien und Spanien über, die bis dahin als sicher galten. Gleicher Effekt: Angst steckt an. Noch fataler: Die griechische Umschuldung brachte anschließend Zyperns Banken so ins Wanken.

Werden Bankaktionäre und Großsparer dadurch dauerhaft wirklich so viel weiser? Das setzt voraus, dass entsprechende Bankendebakel für den Einzelnen zumindest erahnbar sind (damit er sein Geld dann den vermeintlich sichereren Banken gibt). Die Erfahrung der meisten Finanzkrisen spricht dagegen. Wer hätte noch 2008 nur im Traum daran gedacht, dass die Commerzbank mal staatlich gerettet werden müsste? Selbst Lehman wurde von den Finanzmarktanalysten bis kurz vor der Pleite als hoch solides Haus gehandelt. Die Risikoprämien auf fast alle Bankpapiere waren sogar auf Rekordtief gefallen. Absurd, aber wahr: Die Banken wurden noch am Tag vor Ausbruch der größten Bankenkrise seit den 1930er-Jahren als so sicher eingestuft wie seit langem nicht.

Wer glaubt, dass Anleger und Sparer so etwas erahnen könnten, wenn sie nur hinreichend gefährdet sind, ihr Geld zu verlieren, **verkennt die fatale Logik von Finanzkrisen.** Da geht es in der Regel um kollektive Euphorie und Panik, die sich immer wieder verselbständigen. Anders als es uns die Vordenker der Finanzglobalisierung weismachen wollten. Wenn alle glauben, Lehman ist toll, dann steigen die Kurse und fallen die Risikoprämien – was wiederum das positive Urteil zu bestätigen scheint. Und wenn alle jahrelang das zyprische Modell huldigen, lässt sich damit auch viel Geld machen. Irgendwann kippen solche Herdentriebe, ohne dass der Einzelne das prognostizieren könnte – und dann **setzt mit noch viel dramatischeren Konsequenzen die umgekehrte Spirale ein: nach unten.** Dann nährt die Angst die Angst. So wie jetzt in der Euro-Krise. Und dann führen fallende Bewertungen zu steigenden Finanzierungsproblemen. Dann reißt ein Krisenland das andere mit.

Foto: Maxim Sergienko

Thomas Fricke, 47, war von 2002 bis 2012 Chefökonom der Financial Times Deutschland und führt seit 2007 das Internetportal WirtschaftsWunder.

Viel Psychologie. Die Euro-Krise ist halt auch nichts anderes als eine typische Finanzkrise, in der sich die Angst rasch verselbständigen kann. Und wo verfehlte Rettungsversuche für die einen schon mal zur Pleite der nächsten führen: Wenn etwa die Umschuldung Griechenlands dazu führt, dass zyprische Banken kollabieren, weil sie von den griechischen Banken abhingen – und am Ende der deutsche Sparer zweifelt, ob sein Geld noch sicher ist.

Gegen so eine Krise hilft kurzfristig allein, alle Anlagen und Ersparnisse von höherer Stelle aus zu garantieren, ob durch Notenbanken oder Regierungen – um Panik gar nicht erst aufkommen zu lassen. Auch wenn das im Einzelfall ungerecht erscheint, weil so auch reiche Anleger geschützt werden, die vorher ordentlich mitspekuliert haben. Aus eben diesem Grund wurde nach etlichen Bankenpaniken ja auch eine Einlagensicherung eingeführt. Da ist jedes Strafexperiment fahrlässig. Ob nun in Zypern oder anderswo.

Für die Zeit nach der akuten Krise sollte dafür dann der ganze Eifer darauf verwandt werden, eine ganz neue Finanzära vorzubereiten – **in der die Banken und ihre Finanzgeschäfte wieder auf das Maß zurück geschrumpft werden, das sie einmal hatten,** bevor Ronald Reagan und Margaret Thatcher uns die Finanzglobalisierung bescherten. Das Experiment ist gescheitert. •

Ausstieg aus dem Finanzsystem

30 Jahre sind genug. Der volkswirtschaftliche Schaden, den die ungezügelten globalen Finanzmärkte in dieser Zeit angerichtet haben, überwiegt den gesellschaftlichen Mehrwert von Derivaten, Hedgefonds und Transaktionen auf den Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten bei weitem. Das ist das Fazit von Thomas Fricke in seinem Buch „Wie viel Bank braucht der Mensch? Raus aus der verrückten Finanzwelt“.

Fricke analysiert nicht nur Ursachen und Verlauf der Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte fundiert und auch für Nicht-Ökonomen verständlich. Er zeigt auch auf, was getan werden muss, um den Irrsinn der Spekulationsblasen zu beenden. Fricke plädiert für einen Banken- nach dem Atomausstieg, für eine Geld- nach der Energiewende. Dazu hat er einen detaillierten Aktionsplan aufgestellt. Er reicht von der Einführung einer Finanztransaktionssteuer über ein neues Weltwährungssystem und einer Bonusreform für Banker bis zur rigiden Regulierung des Handels mit Staatsanleihen und auf den Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten sowie der Spekulation auf den Finanzmärkten.

Thomas Fricke, Wie viel Bank braucht der Mensch? Raus aus der verrückten Finanzwelt“, Frankfurt/M. 2013, Westend Verlag, 256 Seiten, 19,99 Euro

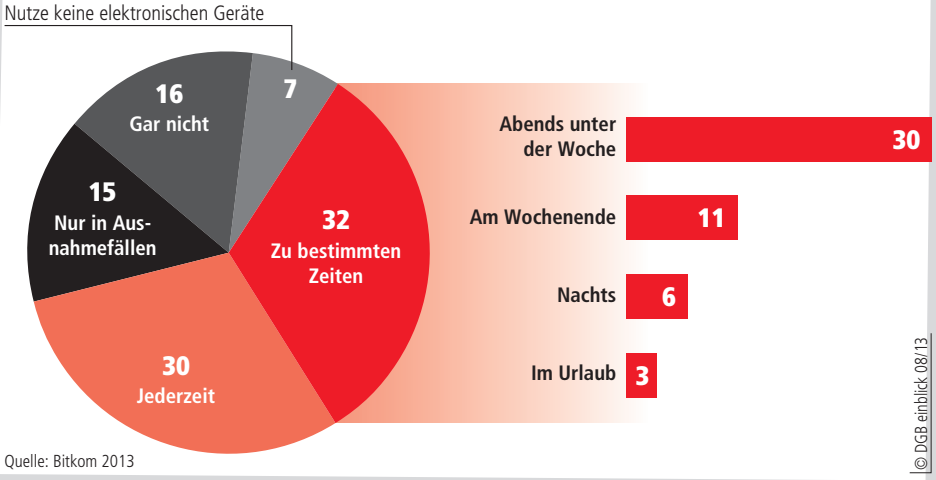
DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSWELT: 77 Prozent nach Feierabend erreichbar

Mehr als drei Viertel aller Beschäftigten sind auch außerhalb ihres Dienstes telefonisch oder per E-Mail erreichbar. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Hightech-Verbandes Bitcom. 30 Prozent der ArbeitnehmerInnen sind für Kunden, KollegInnen oder Vorgesetzte gar rund um die Uhr verfügbar. Zwei Drittel der Befragten werfen täglich nach Feierabend noch einen Blick in ihr E-Mail-Postfach. 10 Prozent tun dies bereits vor der Arbeit. In den meisten Betrieben (62 Prozent) existieren keine Regelungen zur Erreichbarkeit.

Anteil von Beschäftigten, die außerhalb ihrer regulären Arbeitszeit dienstlich erreichbar sind (in Prozent)



Quelle: Bitkom 2013

© DGB einblick 08/13

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1.5. DGB und Mitgliedsgewerkschaften, Tag der Arbeit, Hauptkundgebung in München

1.-5.5. Deutscher Evangelischer Kirchentag, Podiumsdiskussion und Lesungen mit VertreterInnen von DGB und Gewerkschaften, Hamburg

1.5.-16.6. DGB und Stadt Recklinghausen, Ruhrfestspiele, Recklinghausen

2.5. 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten

2.5. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Zentrale Gedenkveranstaltung zur Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 „Wir stärken Freiheit, Demokratie und Solidarität", Berlin

3.5. DGB Sachsen, Ausstellungeröffnung „Nicht mit uns! Sächsische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur", Dresden

4.5. NachDenkSeiten, Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB Sachsen, Veranstaltung „Dresdner Frühjahrsgespräch" mit Prof. Dr. Rudolf Hickel, Dresden

5.5. „Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung"

7.5. DGB Sachsen, NSZZ Solidarnosc, EURES-TriRegio, Konferenz „Sozialdumping und mobile Beschäftigung. Staatliche Kontrollen und Sanktionen in Polen, Tschechien und Deutschland", Bautzen

7.5. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „CSR – Soziale Verantwortung von Unternehmen", Bad Münder

10.-12.5. DGB Niedersachsen, Konferenz der Kreis- und Stadtverbände, Walsrode

13.-14.5. ver.di, Hans-Böckler-Stiftung, WSI, Workshop „Krise der Europäischen Union. Wo bleibt das soziale Europa?", Berlin

Tipp

***Buch:** Ralf Melzer, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): **Die Mitte im Umbruch – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012,** J.H.W. Dietz Verlag, 144 Seiten, 9,90 Euro*

Die Mitte der Gesellschaft ist offen für rechte Einstellungen. Das zeigt die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ein Beispiel: Mittlerweile haben rund 16 Prozent der Ostdeutschen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Die Autoren haben zudem herausgefunden, dass entgegen voriger Befunde rechte Einstellungen mit höherem Alter nicht zunehmen. Vielmehr fallen in einigen Regionen besonders junge Menschen mit rechtsextremer Gesinnung auf. Die Studie belegt: Der Handlungsbedarf gegen Rechts ist groß.

Schlusspunkt.

„Es ist schlimm, dass Sie heute Frauen zwingen, gegen Frauenrechte zu stimmen."

Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion Die Linke, kritisiert bei der Diskussion um die Frauenquote am 18. April im Bundestag Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und den FDP-Fraktionsvorsitzenden Rainer Brüderle.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Bundesagentur

Leistung auch bei Unzuständigkeit

Stellt ein Mensch mit Behinderung einen Antrag auf Leistung, so hat der Rehabilitationsträger (hier Bundesagentur) innerhalb von zwei Wochen seine Zuständigkeit zu prüfen. Hält er sich für nicht zuständig und leitet den Antrag nicht rechtzeitig an die zuständige Stelle weiter, muss er auch bei Unzuständigkeit leisten.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 12. Dezember 2012 – L 6 AL 160/09

Jobcenter

Durchwahl ist kein Geheimnis

Die Diensttelefonnummern von Behördenmitarbeitern unterliegen nicht dem persönlichen Datenschutz des einzelnen Mitarbeiters. Daher ist das Jobcenter verpflichtet, auf Verlangen Zugang zu den Durchwahlnummern der mit Bürgerkontakt tätigen Mitarbeiter des Jobcenters zu gewähren.

Verwaltungsgericht Leipzig, Urteil vom 10. Januar 2013 - 5 K 981/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Zu Kontaktlinsen gehören Pflegemittel

Wer bei einem Arbeitsunfall eine Augenverletzung erlitten hat und danach Kontaktlinsen tragen muss, hat nicht nur Anspruch auf Versorgung mit Kontaktlinsen. Der Anspruch erstreckt sich auch auf die Bereitstellung notwendiger Kontaktlinsepflegemitteln.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 22. März 2013 - L 8 U 3733/12

Arbeitsverhältnis

Keine Konkurrenz gegen Arbeitgeber

Ein Arbeitnehmer darf im Marktbereich seines Arbeitgebers keine Dienste und Leistungen anbieten. Wer seinem Arbeitgeber unerlaubt Konkurrenz macht, riskiert eine fristlose Kündigung.

Hessisches Landesarbeitsgericht, Urteil vom 28. Januar 2013 -16 Sa 593/12

Betriebsrat

Anzeige ist sorgfältig zu prüfen

Der Betriebsrat verletzt seine Verpflichtung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit, wenn er den Arbeitgeber zur Unzeit wegen einer angenommenen Ordnungswidrigkeit anzeigt. Der Betriebsrat darf die Anzeige erst nach gründlicher Prüfung des Sachverhalts und erst dann erstatten, wenn weitere Versuche aussichtslos erscheinen, den Arbeitgeber zur Einhaltung der gesetzlichen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte zu bewegen. Im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung über die Informationspflicht des Betriebsrates zeigte dieser den Arbeitgeber wegen einer angenommenen Ordnungswidrigkeit nach § 121 BetrVG an. Das Arbeitsgericht konstatierte daraufhin, der Betriebsrat habe mit seiner Anzeige gegen die Verpflichtung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verstoßen. Die Anzeige könne das Ansehen des Arbeitgebers und das Vertrauen der Belegschaft in dessen Redlichkeit erschüttern.

Arbeitsgericht Berlin, Beschluss vom 31. Januar 2013 - 4 BV 16641/12

Transsexualität

Krankenkasse zahlt kein neues Gesicht

Die Krankenkasse ist nicht verpflichtet, einer Transsexuellen die erforderlichen Operationskosten zu zahlen, um ein weibliches Gesicht zu bekommen, wenn die Gesichtspartie nicht auffallend männlich ist.

Der Fall: Die Transsexuelle hatte sich bereits diversen geschlechtsangleichenden Maßnahmen unterzogen (Hormonbehandlung, Operation, Haarepilation und Entfernung des Adamsapfels). Hierfür bezahlte die Krankenkasse rund 50 000 Euro. Nun wollte sie eine Gesichtsprofil-Harmonisierung vornehmen lassen. Die Frau verlangte von der Krankenkasse die Übernahme der voraussichtlichen Kosten in Höhe von rund 4000 Euro. Sie machte geltend, unter der stark maskulin geprägten Gesichtspartie leide sie seelisch. Die Krankenkasse lehnte die Übernahme ab. Es sei nicht Aufgabe der Krankenkasse, kosmetische Eingriffe in gesunde Körperpartien zu bezahlen. Psychische Beschwerden könnten nervenärztlich behandelt werden. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Der Gesichtsbereich der Frau wirkt weder entstellend noch offensichtlich männlich. Dass sie mit ihrem Aussehen – wie womöglich viele andere Frauen auch – unzufrieden ist, rechtfertigt keine kosmetische Operation zulasten der Krankenkasse.

Sozialgericht Heilbronn, Urteil vom 26. Oktober 2012 - S 8 KR 2808/09

Witwenrente

Auch bei kurzer Ehe

Auch bei einer nur einwöchigen (zweiten) Ehe desselben Paares kann ein Anspruch auf Witwenrente bestehen, wenn zur Eheschließung wirtschaftliche Gesichtspunkte keine Rolle gespielt haben.

Der Fall: Die 61-jährige Frau begehrte vom Rentenversicherungsträger eine Witwenrente. Ihr Mann starb im September 2010 nach einwöchiger Ehe an Krebs. Die erste gemeinsame Ehe war 2002 nach dreißig Jahren aufgrund der schweren Alkoholkrankheit des Mannes geschieden worden. Der Rentenversicherungsträger lehnte die Bewilligung einer Witwenrente ab: Die zweite Ehe sei vermutlich nur geschlossen worden, um der Frau eine Witwenrente zu verschaffen. Die Eheleute hätten den bevorstehenden Tod des Ehemannes erkennen müssen, er sei für eine Chemotherapie bereits zu geschwächt gewesen. Die Frau machte geltend, sie habe ihren Mann ein Jahr vom Beginn seiner Krebserkrankung bis zu seinem Tod gepflegt. Ihre Ehe hätten sie schon seit Längerem wieder aufgenommen. Ihr Mann habe sich gewandelt, vom Alkohol abgeschworen und „zum lebendigen Glauben an Jesus Christus" gefunden. Deshalb hätten sie sich einander „von ganzem Herzen vergeben" und „ihre Ehe vor Gott und den Menschen" bestätigt. Mit ihrer Klage hatte die Frau Erfolg.

Das Sozialgericht: Das Gericht gelangte zu der Überzeugung, dass der gemeinsame Wunsch, vor Gott „ins Reine" zu kommen, und „wahre Liebe" für die erneute Eheschließung maßgeblich waren. Wirtschaftliche Gründe haben keine Rolle gespielt: Die Frau ist finanziell mit zwei (eigenen) Renten und einem Vermögen von rund 160 000 Euro bereits ohne Witwenrente abgesichert. Durch die Eheschließung hat sie auch nicht vom Erbe ihres Ehemannes profitiert: Dieses ist durch Testament des Mannes vollständig an die drei Kinder gegangen. Sie hatte auf den Pflichtteil verzichtet.

Sozialgericht Heilbronn, Urteil vom 23. Oktober 2012 - S 11 R 561/12

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 13.05.2013 9/13

DGB

inhalt

Seite 3
Gute Praxis
Wie Arbeit altersgerecht gestaltet werden kann, zeigt die IG Metall im Rahmen ihrer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“

Seite 5
Gedenken an 1933
DGB und Gewerkschaften haben am 2. Mai der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 gedacht. Die Festansprache hielt Bundespräsident Joachim Gauck

Seite 7
Schwarz-Gelber Wirrwarr
Der Journalist und Autor Thomas Gesterkamp zieht eine Bilanz der schwarz-gelben Familienpolitik

Neue Ordnung der Arbeit

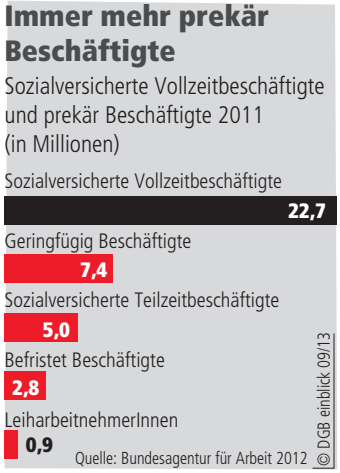
Zeit, dass sich was ändert

„Eine neue Ordnung der Arbeit ist die zwingende Voraussetzung für sichere Renten und ein soziales Europa“, beschreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Erwartungen von DGB und Gewerkschaften an die Politik. Diese neue Ordnung herzustellen, sei eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Bundesregierung. Sommer fordert: „Arbeit muss wieder ihren Wert haben, muss ihre Würde zurückbekommen. Die Arbeitnehmer müssen durch klare Regeln vor Lohndumping und Ausbeutung geschützt werden.“ Mit bundesweiten Aktionstagen vom 7. bis zum 9. Juni wollen DGB und Gewerkschaften den Druck auf die Politik erhöhen. Geplant sind hunderte dezentrale Veranstaltungen auf Marktplätzen, in Stadthallen und Fußgängerzonen. Von klassischen Diskussionsständen bis hin zu „Guerilla-Blumenaktionen“ – die GewerkschafterInnen wollen diskutieren und für ihre Forderungen werben.

So zum Beispiel in NRW, wo IG Metall, ver.di und der DGB mit einem englischen Doppeldeckerbus an Rhein und Ruhr mobilisieren wollen. Oder in Bayern: Dort planen DGB und Gewerkschaften insgesamt 70 Veranstaltungen. Der DGB-Bezirksvorsitzende Matthias Jena erklärt: „Allein in Bayern arbeiten fast 700 000 Menschen für Niedriglöhne. Es gab in Deutschland mal einen Konsens, dass jemand, der die ganze Woche hart arbeitet, von seiner Arbeit auch leben können muss. Diesen Konsens haben manche Arbeitgeber einseitig aufgekündigt.“ Deshalb müsse jetzt der Gesetzgeber handeln.

Um die neue Ordnung durchzusetzen, fordert der DGB unter anderem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro und eine Regulierung der Leiharbeit. Zudem soll der Missbrauch von Werkverträgen zum Lohn- und Sozialdumping strikt unterbunden werden. Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung sollen gestärkt werden. „Und nicht zuletzt gehört zu einer neuen Ordnung der Arbeit auch, dass Frauen für die gleiche Arbeit das gleiche Geld bekommen“, betont Michael Sommer.

Außerdem sollten alle Arbeitsverhältnisse ohne Ausnahme sozialversicherungspflichtig werden.



2011 gab es rund 7,4 Millionen geringfügig Beschäftigte, fünf Millionen in Teilzeit und circa 900 000 LeiharbeiterInnen.

Der Sonderstatus von Minijobs muss aus Sicht des DGB beendet werden. Die Gewerkschaften wollen bei niedrigen Verdiensten auch die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Bei Einkommen unter 800 Euro sollen ihre Beiträge an die Sozialversicherungen höher sein als die der Beschäftigten. Erst darüber gilt dann die paritätische Finanzierung. Bei öffentlicher Auftragsvergabe müssen soziale Kriterien berücksichtigt werden, wie etwa Tariftreue, Mindestlohn oder die Gleichstellung von Männern und Frauen. Um den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu stärken, fordern die Gewerkschaften eine Anti-Stress-Verordnung der Bundesregierung. Sie soll klare Regeln für die Arbeitgeber schaffen. Michael Sommer bekräftigt: „Dafür streiten die Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaft auch im Bundestagswahlkampf, parteipolitisch unabhängig, aber in der Sache konsequent.“ •

plusminusBERLIN

+ ***Burkhard Lischka** (SPD) fordert, auch hierzulande die Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung entsprechend internationaler Vorgaben zu regeln. Neben Deutschland hätten nur Syrien, Sudan, Saudi-Arabien und Nordkorea das Abkommen bisher nicht umgesetzt.*

– ***Wolfgang Götzer** (CSU) lehnt eine Regelung von Strafen bei Abgeordnetenbestechung strikt ab. Für ihn gilt: „Gesetze macht man, wenn Handlungsbedarf besteht.“ Er fragt: „Sind in den letzten Jahren auch nur Verdachtsfälle im Bundestag aufgetaucht?“*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/ruhrfestspiele2013
Seit dem 1. Mai laufen die Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Hier gibt es das Programm

Hintergrund

www.dgb.de/-/PMI
Die politischen Forderungen des DGB an die Parteien für die Bundestagswahl 2013

POLITIK AKTUELL

Mindestlohn

Keine halben Sachen

„Wir lassen uns nicht auf Halbheiten ein. Dafür ist das Thema Mindestlohn zu wichtig", kommentiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer den FDP-Beschluss zum Mindestlohn. Auf eine moderate Öffnung für regional- und branchenspezifische Lohnuntergrenzen einigten sich die Liberalen auf ihrem Sonderparteitag. Für den DGB ist es ein misslungener Ansatz. Michael Sommer: „Der gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro muss flächendeckend gelten. Alle darunter liegenden Löhne müssen kassiert werden, und es darf keine Differenzierungen geben, weder regional noch branchenspezifisch", alles andere sei Etikettenschwindel. Da helfe der FDP und auch der Union das Werfen von „Nebelkerzen à la Lohnuntergrenze" nicht.

Ganz im Sinne der DGB-Forderung stimmte der Bundesrat Anfang Mai einer Entschließung zu, die den Bundestag und die Bundesregierung zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von mindestens 8,50 Euro auffordert. Sie geht auf eine Initiative der rot-grün und rot-rot geführten Länder zurück. •

www.bit.ly/BuRatEntschließung

EU-Bürgerinitiative

Wasser gehört allen

Die EU-Bürgerinitiative für das Menschenrecht auf Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung hat die letzte Hürde genommen und die erforderlichen Unterschriften in acht Ländern erreicht. Nach Deutschland, Österreich, Belgien, Slowenien und der Slowakei sind jetzt auch in Luxemburg, Finnland und Litauen die notwendigen Stimmen gesammelt worden. Der nächste Schritt ist eine formale Anhörung durch die EU-Kommission.

ver.di-Vorstandsmitglied Erhard Ott erwartet nun von der Bundesregierung, dass sie sich dafür einsetzt, die Wasserwirtschaft aus der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie herauszunehmen. ver.di hatte die Initiative federführend für Deutschland betreut. Von den insgesamt 1,5 Millionen Unterschriften kamen 1,3 Millionen aus Deutschland. •

www.right2water.eu/de

Europaweite Aktionen

Frankenstein kehrt zurück

Zu einem europaweiten Aktionstag gegen die von der EU geplante „Durchsetzungsrichtlinie" zur Entsendung ruft die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) für den 15. Mai auf. Die IG BAU hat Aktionen in Berlin geplant. Das Motto: „Frankenstein ist zurück". Damit spielt die EBFH auf den am Widerstand der Gewerkschaften gescheiterten Plan des früheren EU-Kommissars Frits Bolkestein an, EU-weit das Herkunftslandprinzip für Arbeitsmigration einzuführen und Lohndumping Tür und Tor zu öffnen. Die neue Richtlinie zielt in die gleiche Richtung wie die Bolkestein-Richtlinie. Derzeit wird sie von den Ausschüssen des Europaparlamentes beraten. •

Altersgerechte Arbeit

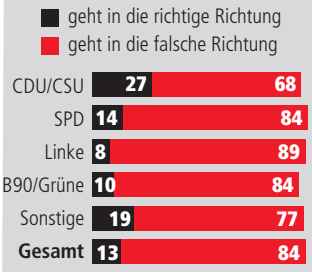
Gute Praxis

Die IG Metall ist mit ihrer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente" für flexiblere Übergänge in den Ruhestand in die Offensive gegangen (einblick 8/13). Projekte guter Arbeit auf betrieblicher Ebene sind dabei ein Baustein.

Schichtarbeit, extreme Hitze, viel Staub und Lärm: Obwohl die Produktions- und Arbeitsbedingungen bei der Salzgitter Flachstahl GmbH verbessert werden konnten, sind sie nach wie vor hoch belastend. „Bei den berufsbedingten Erkrankungen stehen Muskel- und Skeletterkrankungen an erster Stelle, gefolgt von Problemen mit den Atmungsorganen. Psychische Erkrankungen liegen im Produktionsbereich an sechster, bei den Angestellten an vierter Stelle." So beschreibt Hasan Cakir, Betriebsratsvorsitzender der Salzgitter Flachstahl, die Situation der größten Stahltochter in der Salzgitter-Gruppe. 4800 MitarbeiterInnen verarbeiten hier Rohstahl zu Flachprodukten.

Rente: 84 Prozent fordern Kurswechsel

Beurteilung der Rentenpolitik der Bundesregierung nach Parteienpräferenzen*



*alle Angaben in Prozent, fehlende Prozentangaben bis 100: „spontan keine Antwort" oder „ich weiß nicht"

Quelle: TNS Infratest/IG Metall

© DGB einblick 09/13

Rund zwei Drittel der CDU/CSU-WählerInnen fordern einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Nicht messbar war für das Umfrage-Institut TNS Infratest der Anteil der FDP-WählerInnen unter den Befragten.

Die Belegschaften werden immer älter, die Belastungen bleiben gleich oder nehmen durch Arbeitsverdichtung zu. „Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre werden die Probleme noch dramatischer", erwartet Hasan Cakir. „Bereits heute sind bei uns die Arbeiter im Durchschnitt 43, die Angestellten 45 Jahre alt." Dabei hält jeder Zweite von rund 1200 Beschäftigten, die der Betriebsrat befragt hat, es für wenig wahrscheinlich, an seinem aktuellen Arbeitsplatz das gesetzliche Rentenalter zu erreichen. 80 Prozent der Befragten wünschen sich verbesserte Regelungen zur Altersteilzeit, zwei Drittel fordern Vereinbarungen zu einem flexiblen Ausstieg.

Gemeinsam mit der IG Metall hat der Betriebsrat im Unternehmen das Projekt „Gute Arbeit – gut in Rente" ins Leben gerufen und ein Forderungspaket entwickelt, das bei der anstehenden Reorganisation eine wichtige Rolle spielen soll. „Entlastung von Älteren durch Jüngere" und „Jüngere lernen von Älteren" stehen dabei im Mittelpunkt.

Rote Arbeitszeitampel

Ähnlich sieht es auch bei der Schaeffler Technologies Schweinfurt AG & Co. KG aus. Nach der Analyse der Altersstruktur und Umfragen unter den Beschäftigten wurden neue Arbeitskonzepte entwickelt. Betriebsrat Jürgen Schenk: „Fast jeder zweite im Unternehmen ist über 45. Dabei sind die Arbeitsplätze größtenteils nicht auf eine alternde Belegschaft ausgelegt. Nach den von uns entwickelten Vorschlägen sollen familienfreundliche Schichtzeiten Burnout verhindern. Mehrarbeit soll mit Erholungszeit statt Geld ausgeglichen werden." Generell sollen Gleitzeitmodelle und konsequenter Überstunden-Abbau zu mehr Flexibilität und Erholung für die Beschäftigten führen. „Wer zu viel arbeitet, den soll eine rote Arbeitszeitampel rechtzeitig zur Freizeit zwingen."

Wie vielschichtig die Herausforderungen sind, zeigt sich für die Schweinfurter auch beim Blick auf das andere Ende der Alterspyramide. In der Region Main-Rhön ist das Angebot an qualifiziertem Nachwuchs gering. So wurde das Lösungspaket gleichzeitig zur Nachwuchsförderung. Mehr Auszubildende, mehr Durchlässigkeit im Betrieb und Qualifizierungen gegen den drohenden Fachkräftemangel, bessere Arbeitsbedingungen und attraktivere Arbeitszeitmodelle sind Bestandteil des Lösungspakets.

Qualifizierungspfade

Nach dreijähriger Vorarbeit wurde es 2009 bei Mercedes Benz in Bremen konkret. Mercedes-Betriebsrat Ralf Wilke: „Um den Beschäftigten aus der akkordabhängigen Montage die Chance zu geben, sich in anspruchsvolleren Tätigkeiten weiterzubilden, damit sie nicht bis zur Rente im 72-Sekundentakt arbeiten müssen, wurden Qualifizierungspfade eingeführt." Trotz guter Ansätze in dieser Phase, so Ralf Wilke, begann das Unternehmen, für ältere ArbeitnehmerInnen geeignete Arbeitsplätze auszulagern und als Werkverträge zu vergeben. Rund 2500 Beschäftigte besuchten die Verantwortlichen daraufhin. Sie forderten den Verzicht auf Fremdvergabe sowie das Bekenntnis der Unternehmensleitung, sich dem demographischen Wandel zu stellen. So entstand ein Projekt von Arbeitgeber, Betriebsrat und IG Metall-Vertrauensleuten, die gemeinsam Lösungsvorschläge erarbeiten wollen. Dazu gehören sinnvolle Arbeitsplätze für gesundheitlich eingeschränkte Beschäftigten, Arbeitsplatzgestaltung für MitarbeiterInnen, die nicht mehr den vollen Akkord erreichen, sowie ergonomische Arbeitsplätze, damit die Beschäftigten nicht vorzeitig verschleißen. •

Reformen im Bildungswesen

Mit einem Bildungsmanifest fordert die IG Metall im Wahljahr grundlegende Reformen im Bildungssystem. Bildung soll gerechter, für alle zugänglich, in der Regel kostenfrei und mit Arbeit besser vereinbar werden. Deutschland brauche ein Bildungssystem, das lebenslanges Lernen ermöglicht. „Wir steuern auf eine Bildungskatastrophe zu. Die Politik hat versagt und lässt die junge Generation alleine. Deshalb fordern wir Eltern, Schüler, Studierende, Azubis und Beschäftigte auf, das Bildungsmanifest zu unterzeichnen und den grundlegenden Wandel des Bildungssystems voranzutreiben", sagt Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär der IG Metall.

Das Bildungsmanifest kann online unterschrieben werden. Zeitgleich werden hunderte junger Aktiver Unterschriften in den Betrieben und auf den Straßen im gesamten Bundesgebiet sammeln. Zu den Erstunterzeichnern des Manifests gehören Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall, der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzel sowie alle geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall.

www.revolutionbildung.de

SoliServ 2.0

15 Jahre praktische Solidarität

„Praktische und handhabbare Informationen für Betriebs- und Personalräte und gedanklichen Austausch" zu liefern, das war 1998 die Grundidee für das Internetportal SoliServ.de. Es war beinahe noch die Steinzeit des World Wide Web, als Georg Dresel und Thomas Santillan die Idee in die Tat umsetzten. Betriebs- und Personalräte trafen sich im virtuellen Raum, um Zugang zu Gerichtsentscheidungen, Diskussion von Mitbestimmungsfragen oder Betriebsvereinbarungen auf leichteren Wegen zu bekommen.

15 Jahre später ist SoliServ eine Plattform, die ihresgleichen sucht. Mehr als 600 Musterbetriebsvereinbarungen, 4800 Gerichtsentscheidungen und Gesetzestexte, Musteranschreiben, Bildungsangebote und Themen aus der Arbeitswelt gehören zum Informationsangebot. Längst ist Georg Dresels Internetauftritt auch im Web 2.0 angekommen. Unter SoliDebatte tauschen sich rund 1000 NutzerInnen aus. Die Hans-Böckler-Stiftung attestierte bereits 2005: SoliServ sei eine hoch frequentierte Plattform, deren Erfolg in der „Geschwindigkeit und Qualität der Antworten" liege. Schon bloßes Mitlesen sei attraktiv, um Anregungen zu finden. Und keine Frage: Auch bei Facebook und Twitter ist der Account von Georg Dresel stark frequentiert. •

www.soliserv.de

DGB/HBS-Tagung

Neue Ordnung der Arbeit

Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze hat zugenommen, damit ist auch ein Rückgang der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit verbunden. Doch Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung breiten sich immer mehr aus. Immer mehr Vollzeitbeschäftigte können von ihrer Arbeit nicht mehr leben, der Arbeitsdruck steigt. Dem wollen DGB und Gewerkschaften durch neue Rahmenbedingungen, Regeln und Bestimmungen zu Schutz und Gestaltung von Arbeits- und Lebensbedingungen begegnen.

Bei der Tagung „Konturen einer neuen Ordnung der Arbeit" am 29. Mai in Berlin sollen Lösungswege von der Stärkung der Tarifautonomie bis zu individuellen Rechtsansprüchen thematisiert werden. Die Veranstaltung wird gemeinsam vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung und dem DGB durchgeführt und richtet sich an Wissenschaft und Betriebspraxis, Verbände und Politik. •

www.bit.ly/konturen

Gute Praxis

Familienbewusste Arbeitszeiten

20 Betriebe hat das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten" in der Projektphase 2011/2012 zu familienfreundlichen Arbeitszeiten beraten – neun dieser Prozesse hat das Projekt nun in einer Broschüre dokumentiert. Sie stehen stellvertretend für das Themenspektrum, das von der Einführung von Telearbeit über Maßnahmen zu pflegesensiblen Arbeitszeiten bis hin zur Umstellung von Schichtplänen reicht. Ziel der Beratung durch das DGB-Projekt ist es, in gemeinsamen Prozessen mit Interessenvertretung und Personalverantwortlichen passgenaue Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu finden. Die „Broschüre gute Beratungspraxis" steht auf der Projektseite zum Download bereit. •

www.bit.ly/familienfreundliche_beratung

Unternehmensinsolvenz

Mehr Mitbestimmung

Wer Arbeitnehmerinteressen im Falle einer Unternehmensinsolvenz berücksichtigen will, muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen verstehen. Das 2012 in Kraft getretene Gesetz zur Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) eröffnet Mitbestimmungsmöglichkeiten, die von Betriebsräten, Aufsichtsratsmitgliedern und Gewerkschaften gefüllt werden müssen. In einer gemeinsamen Veranstaltung der DGB-Technologieberatungsstelle Berlin-Brandenburg, des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater und des Bundesverband Arbeitsorientierter Beratung am 22. Mai in Berlin soll das Thema praxisbezogen beleuchtet und diskutiert werden. •

info@dgb-technologieberatung.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Überzeugende Leistungen & überzeugende Positionen.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Das Mitglied im Blick, der Mensch im Mittelpunkt.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

interregio

••• Der Geschäftsführer der ***DGB-Region Südosthessen*** Alexandre da Silva hat das ***Klinikkonzept*** der hessischen Landesregierung kritisiert. Die Kliniken in kommunaler Trägerschaft würden völlig unzureichend von der Landesregierung gefördert, „zum anderen ist die Idee des Klinikverbunds am Beispiel Offenbach gescheitert". Kein anderes Klinikum wollte eine gesellschaftsrechtliche Verschmelzung vollziehen, da Finanzierung und Schuldenhaftung nicht geklärt seien. Der DGB pocht auf ein öffentliches Gesundheitssystem, das alle unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten versorgen kann.

www.region-suedosthessen.dgb.de

••• Den angekündigten Rückzug der Robert Bosch GmbH aus dem Solargeschäft hat der Landesvorstand des ***DGB-Thüringen*** als schweren Schlag für den Wirtschaftsstandort Arnstadt, den Solarstandort Mitteldeutschland und für die Beschäftigten und deren Familien bezeichnet. Der Landesvorstand fordert in einer Resolution, ein ***Konzept*** zu entwickeln, das Lösungswege aufzeigt und Arbeitsplätze erhält. „Mit der Entscheidung, ob der Standort Arnstadt weiterhin ein Standort zur Fertigung im Bereich der Photovoltaik bleibt oder nicht, entscheidet sich auch die Frage, ob die deutsche Solarindustrie im internationalen Wettbewerb künftig weiterhin eine wichtige Rolle einnehmen wird."

www.thueringen.dgb.de

Gedenken an den 2. Mai 1933

Schafft die Einheit!

Überall in Deutschland gedachten am 2. Mai DGB und Gewerkschaften der Zerschlagung der Gewerkschaften vor 80 Jahren und der Opfer der Nazi-Diktatur. Die zentrale Veranstaltung fand in Berlin statt.

Foto: David Ausserhofer

Eine Institution im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist die gewerkschaftliche Initiative „Gelbe Hand". Im Rahmen der Gedenkveranstaltung in Berlin wurden die diesjährigen GewinnerInnen eines Sonderpreises ausgezeichnet. In ihren Beiträgen haben sie sich mit dem Schicksal von GewerkschafterInnen in der Nazi-Diktatur befasst. Bundespräsident Joachim Gauck (3.v.l.), der DGB-Vorsitzende Michael Sommer (2.v.l.) und DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach (l.) gratulierten den PreisträgerInnen.

Rund 600 geladene Gäste aus Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik gedachten in Berlin der GewerkschafterInnen, die von den Nationalsozialisten verfolgt, eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden. In seiner Festrede betonte Bundespräsident Joachim Gauck: „Nur wo es freie Gewerkschaften und freie Arbeitnehmervertretungen gibt, bleiben Demokratie und Teilhabe keine leeren Versprechen, sondern werden sozial verhandelte Wirklichkeit."

Gauck lobte Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung. Zudem stellte er das Engagement von GewerkschafterInnen in Geschichte und Gegenwart heraus. „Die Demokratie braucht eben derart ermächtigte Bürger, die die Verantwortung für unser Gemeinwohl übernehmen. Gerade die Gewerkschaftsbewegung ist eine Geschichte von Menschen, die sich permanent ermächtigt, für die Interessen der Arbeitnehmer, für Solidarität einzutreten."

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bezeichnete die Gewerkschaftseinheit als zentrales Vermächtnis aus den Lehren der Nazi-Diktatur. „Sie war der wichtigste Auftrag, den uns die Häftlinge der Konzentrationslager und Nazi-Gefängnisse auf den Weg gaben. Schafft die Einheit! Das ist der Kern der Lehren, die wir gezogen haben. Es ist eine Erkenntnis, die ihre Strahlkraft nicht verloren hat." •

Lob der Mitbestimmung

„Demokratie verpflichtet, und sie öffnet zugleich Entwicklungsmöglichkeiten. Dafür ist die Geschichte der Mitbestimmung nach 1945 ein herausragendes Beispiel." (…) „Gewerkschaftliche Interessenvertretung ist nicht nur ein verbrieftes Recht, sie ist auch eine Kultur, die gelernt, eingeübt und akzeptiert sein muss." (…) „Wenn im kommenden Jahr neue Betriebsräte gewählt werden, wünsche ich den Unternehmen in allen Himmelsrichtungen unseres Landes, dass genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kandidieren und noch mehr als bislang ihre Stimme abgeben." (…) „Deutschland braucht weiter eine mit Leben erfüllte Interessenvertretung der Arbeitnehmer; es braucht Mitbestimmung in seinen Unternehmen."

(Auszüge aus der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck am 2. Mai in Berlin)

Die komplette Rede und mehr zur Gedenkveranstaltung:
www.dgb.de/-/32y

An uns kommt keiner vorbei

„Das ist unser Tag. Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa", so lautete das Motto der Kundgebungen zum 1.Mai, dem Tag der Arbeit. Insgesamt nahmen rund 425 000 Menschen an den über 400 Kundgebungen teil. „Die große Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sendet in das Wahljahr 2013 ein deutliches Signal. An den Themen der Gewerkschaften, an den Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommt keiner vorbei", sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Hauptkundgebung in München. Er forderte vor allem eine neue Ordnung der Arbeit. Die Deregulierungspolitik der vergangenen 30 Jahre habe „nicht nur gute Arbeit zerstört, sondern auch die Grundlagen eines sozial verantwortlichen" Wirtschaftens. Sommer kritisierte zudem: „Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt." Es sei richtig, dass auch hoch bezahlte Fußballstars oder Manager einen Teil ihres Salärs an den Fiskus abliefern müssten. ArbeitnehmerInnen täten das Gleiche. •

Foto: DGB/Werner Bachmeier

Mehr zum 1. Mai 2013: www.dgb.de/-/tsN

Zum Nachlesen

Nur Stunden nach der Inszenierung des 1. Mai 1933 als „Feiertag der nationalen Arbeit" verwüsteten SA-Kommandos Gewerkschaftshäuser und verhafteten GewerkschafterInnen. Das Ausmaß des Nazi-Terrors gegen die Gewerkschaften in Berlin dokumentiert die Homepage:

www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de

Anlässlich der Gedenkfeier wurde dazu auch ein gedruckter Stadtführer veröffentlicht. Restexemplare sind bei der DGB-Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik erhältlich.

Bestellungen von kostenlosen Einzelexemplaren bei:
martina.hesse@dgb.de
Es fallen keine Versandkosten an.

Auch die IG BCE hat anlässlich des Jahrestages eine sehr informative Broschüre unter dem Titel „1933/2013: Ungebrochen" erstellt.

Bestellungen zum Preis von drei Euro bei:
versand@bw-h.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsames Denken & solidarisches Handeln.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

kurz&bündig

Rund 115000 Beschäftigte im Maler- und Lackiererhandwerk erhalten seit Monatsbeginn höhere Mindestlöhne. Im Westen ist die untere Lohngrenze für Gesellen von 12 auf 12,15 Euro gestiegen, Ungelernte erhalten nun 9,90 Euro statt zuvor 9,75. Der stellvertretende IG Bau-Vorsitzende Dietmar Schäfers: „Mit dem Plus beim Mindestlohn haben wir sichergestellt, dass die Maler und Lackierer nicht weiter von der Lohnentwicklung abgehängt werden."

Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen Stefan Körzell hat den hessischen Innenminister Boris Rhein (CDU) aufgefordert, über die Arbeit des hessischen Verfassungsschutzes im Umfeld einer Neonazi-Demonstration am 1. Mai in Hanau aufzuklären. „180 Neonazis veranstalten eine unangemeldete Demo und der Verfassungsschutz hat von dem Plan nichts gewusst?" Die Neonazis hatten im Vorfeld zu Störungen der Mai-Kundgebungen des DGB aufgerufen.

Die EVG hat einen Bahn-Fotowettbewerb gestartet. TeilnehmerInnen sind aufgerufen, Fotos zum Beispiel von historischen Lokomotiven oder Zügen in schönen Landschaften einzusenden. Die besten Fotos werden im neuen Bahnlandschaften-Kalender der EVG veröffentlicht. Die drei Erstplatzierten erhalten zudem Sachpreise. Einsendungen an:
evg@creadicto.de

Unterrichtsmaterialien

Prüfstelle gefordert

Der Verein LobbyControl beklagt den wachsenden Einfluss von Wirtschaft und Finanzwelt an Schulen. In einem gerade veröffentlichten Diskussionspapier beschreibt LobbyControl die Arbeit der Lobbyisten im Bildungswesen und die daraus resultierenden Gefahren. Zeitgleich fordert der Verein in einem offenen Brief an die Bildungsministerien diese dazu auf, den Lobbyismus an Schulen zu unterbinden.

Auch DGB und GEW kritisieren den Machtzuwachs der Wirtschaft an Schulen und verlangten bereits im letzten Jahr die Einrichtung einer Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien. Eine Studie der Universität Augsburg belegt die große Vielfalt der Lehrmaterialien, die online frei abgerufen werden können und keinerlei Qualitätsprüfung unterliegen. Diese Kontrolllücke wird von den Herstellern oft genutzt, um Produktmarketing zu betreiben oder auf die Verhaltensmuster von SchülerInnen einzuwirken.

DGB und GEW fordern deshalb die Kenntlichmachung der Hersteller und Finanzierungsstrukturen solcher Materialien, um LehrerInnen auf deren manipulativen Einfluss aufmerksam zu machen. Die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer kommentierte das Diskussionspapier von LobbyControl: „Wenn die Zahl frei verfügbarer und privater Unterrichtsmaterialien in die Millionen steigt – bei sinkenden Schulbuchausgaben – brauchen Schulen und Lehrkräfte mehr Orientierung und eine Anlaufstelle, die im Zweifelsfall helfen kann." Die zuständigen Ministerien lehnen die Einrichtung einer Prüfstelle bisher ab. •

IG BAU-Jugend

Wahlalter ab 16

Die IG BAU-Jugend will das Wahlalter auf 16 Jahre senken. „Die Debatte ist zwar nicht neu. Aber sie gewinnt durch die vielfach prekäre Beschäftigung junger Arbeitnehmer eine neue Brisanz", stellt der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Robert Feiger fest. Ein Großteil der Auszubildenden starte heutzutage nicht mehr mit Optimismus ins Berufsleben, sondern mit Angst vor der beruflichen Zukunft. „Nur mit einem Wahlrecht können junge Beschäftigte die Politik beeinflussen und dazu beitragen, dass ihre Interessen nicht übergangen werden", fügte Feiger hinzu. •

GEW und DGB Rheinland-Pfalz

Beamtenbesoldung verfassungswidrig

In einem gemeinsam von GEW und DGB in Auftrag gegebenen Gutachten hat der Verfassungsrechtler Ulrich Battis die Verfassungswidrigkeit der Besoldungspraxis von BeamtInnen in Rheinland-Pfalz festgestellt. Den BeamtInnen in diesem Bundesland werde „ein verfassungswidriges Sonderopfer abverlangt", heißt es in dem Gutachten. Die langfristige Festlegung einer Besoldungserhöhung über fünf Jahre erfolge völlig losgelöst von der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Dies sei „eine ausdrückliche, vorweggenommene Verweigerung der Anpassungspflicht des Besoldungsgesetzgebers".

Ende 2011 hatte der rheinland-pfälzische Landtag mit rot-grüner Mehrheit beschlossen, die Besoldung der landeseigenen BeamtInnen von 2012 bis 2016 jährlich nur um ein Prozent zu erhöhen. Battis rügt die Begründung des Finanzministeriums für die landesgesetzliche Regelung, wonach Einsparungen bei den Beamtenbesoldungen für die Konsolidierung des Landeshaushaltes, basierend auf der gesetzlich verankerten „Schuldenbremse", erforderlich seien.

Der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid hat die volle Unterstützung des DGB für Musterklagen gegen diese Regelung erklärt. Er verweist darauf, dass DGB und Mitgliedsgewerkschaften in Rheinland-Pfalz von Anfang an vehement gegen dieses Gesetz interveniert hätten, bei der Landesregierung aber auf taube Ohren gestoßen seien. „Ich erinnere zudem daran, dass in Rheinland-Pfalz 2007 und 2008 schon einmal die Beamtenbesoldung von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt worden ist." Mit dem Gesetz vom Dezember 2011 ergebe dies nun einen Zeitraum von sieben Jahren. Zusammengenommen mit den Kürzungen bei der Beihilfe und Verschlechterungen bei der Versorgung werde die Unzumutbarkeit der rheinland-pfälzischen Praxis offenkundig, kritisiert Muscheid. Auch GEW und GdP fordern die Landesregierung auf, die Konsolidierung des Landeshaushalts auf dem Rücken der Beschäftigten zurückzunehmen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Schützen, helfen und gestalten. Wir statt ich.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Familienpolitik – eine Bilanz

Verklärung der Vielfalt

In Deutschland gibt es über 150 familienbezogene Leistungen mit einem Gesamtvolumen von 200 Milliarden Euro. Experten raten, die Förderung zu bündeln. Die Bundesregierung verkauft den Wirrwarr als schlüssiges Konzept. Der Publizist Thomas Gesterkamp zieht Bilanz.

Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl dürften wir im Herbst eine neue Familienministerin bekommen. Der hessische CDU-Landesverband streute das nicht dementierte Gerücht, Kristina Schröder wolle aufhören. Die offizielle Begründung lautet „Rücksicht auf ihre Familie", doch das klingt wenig glaubhaft. Gescheitert ist Schröder eher am **widersprüchlichen Frauenbild der Union, das zu einer ebenso widersprüchlichen Politik geführt hat.**

Wenige Wochen vor der Wahl tritt am 1. August der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder unter drei Jahren in Kraft. Zum gleichen Termin kommt das Betreuungsgeld, der heftig umkämpfte Zuschuss für jene, die den Nachwuchs lieber zu Hause versorgen. Das seit 2007 als Lohnersatzleistung gezahlte Elterngeld hingegen verfolgt das Ziel, Mütter zwölf Monate nach der Geburt wieder in die Erwerbswelt zu integrieren. Das wollen auch die Arbeitgeber, die wegen des Fachkräftemangels in bestimmten Branchen und Regionen auf qualifizierte Frauen setzen.

Angesichts des Förderwirrwarrs beschloss schon die große Koalition aus CDU und SPD 2005 eine kritische Bestandsaufnahme. Die über 150 familienpolitischen Leistungen müsse man wirksamer bündeln, hieß es 2009 auch im Koalitionsvertrag der schwarzgelben Nachfolgeregierung. Wissenschaftler wurden mit einem Gutachten beauftragt, ein Zwischenbericht gelangte im Februar 2013 an die Öffentlichkeit. Darin bezeichnen die Berater die umfangreiche Unterstützung von insgesamt über 200 Milliarden Euro als „teilweise kontraproduktiv". Das Kindergeld sei „wenig effektiv", das Ehegattensplitting „ziemlich unwirksam", die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern sogar „besonders unwirksam". **Mehr Mittel müssten in Betreuung und Bildung fließen, reine Geldtransfers an Familien sind der falsche Weg,** lautete das Fazit.

Kristina Schröder kamen solche Bewertungen ungelegen. Das von der bayerischen CSU durchgesetzte und selbst in ihrer eigenen Partei umstrittene Betreuungsgeld war zwar noch gar nicht Gegenstand der Studie. Erneut aber hat direkte finanzielle Unterstützung Vorrang vor dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Trotz Rechtsgarantie fehlen vor allem im Westen Deutschlands weiterhin Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Kita- und Krippenprogramme seien ein „Modernisierungsschub" gewesen, bilanziert die Gießener Familiensoziologin Uta Meier-Gräwe: „Das Betreuungsgeld konterkariert das völlig."

Foto: privat

Thomas Gesterkamp, 55, ist promovierter Politikwissenschaftler und Journalist in Köln. Er schrieb mehrere Bücher über Vereinbarkeit und Familie, unter anderem „Gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe" (Klett-Cotta) und „Väter zwischen Kind und Karriere" (Budrich).

Im „Familienreport 2012" versucht sich Schröders Mitarbeiterstab an einer gewagten Interpretation der offensichtlichen Widersprüche. **Demzufolge steckt hinter dem Chaos System.** Unter der Überschrift „Differenzierung als Stärke" distanziert sich das Ministerium von dem selbst gesteckten Ziel, die Instrumente zu bündeln. „Bisherige Erfahrungen und Erkenntnisse sprechen nicht dafür, dass eine Zusammenführung von Leistungen tatsächlich zu mehr familienfreundlicher Effizienz oder zu staatlichen Einsparungen führt."

Die ohne klares Konzept verstreuten Milliarden erscheinen nach dieser Lesart als sinnvolles Resultat gesellschaftlicher Kompromisse. Die Vielfalt reflektiere „die komplexen Lebensrealitäten von Familien in der Lebensverlaufsperspektive", heißt es in dem Bericht. Weniger wolkig formuliert bedeutet dies: Das Chaos ist gar nicht zu vermeiden. Mit dieser resignativen Haltung **verzichtet die Politik darauf, überhaupt Einfluss zu nehmen und die derzeitige Lage zu verändern.** Statt das herrschende Durcheinander als Ausdruck von Pluralisierung zu verklären, müsste die Regierung klare Prioritäten setzen – etwa für eine Verbesserung der Situation in Kindergärten und Krippen. Denn die „Wahlfreiheit" der Eltern, die Konservative gerne beschwören, war stets eine Mogelpackung: Mit dem Steuersplitting, der Mitversicherung und der Witwenrente unterstützt die Familienpolitik seit Adenauers Zeiten die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern. •

Unterstützung für Familien

Die ehe- und familienbezogenen Leistungen umfassten 2010 insgesamt 200,3 Milliarden Euro. Zur Familienförderung im engeren Sinne zählen 125,5 Milliarden Euro; 74,9 Milliarden Euro gelten als „ehebezogene" Leistungen. Größter Posten ist das Kindergeld mit 38,8 Milliarden Euro, das Elterngeld macht gerade mal 4,6 Milliarden Euro aus.

***Kindergeld:** Der Staat zahlt 184 Euro im Monat für das erste und zweite, 190 Euro für das dritte und 215 Euro für jedes weitere Kind. Bei armen Familien wird der Zuschuss mit Hilfen wie „Hartz IV" verrechnet; Gutverdiener profitieren überproportional über den Steuernachlass auf der Basis des Kinderfreibetrags.*

***Beitragsfreiheit:** Neben Kindern sind auch Hausfrauen und GeringverdienerInnen in der gesetzlichen Krankenversicherung mitversichert.*

***Ehegattensplitting:** Die Wahl einer ungünstigen Steuerklasse hält Mütter davon ab, mehr als einen Minijob anzunehmen. Beim Splitting steigt der finanzielle Vorteil mit dem Einkommensunterschied zwischen Mann und Frau.*

***Betreuungsgeld:** Eltern, die ihren Nachwuchs nicht in die Kita schicken, erhalten ab August 2013 zunächst 100 Euro, ab 2014 sogar 150 Euro im Monat.*

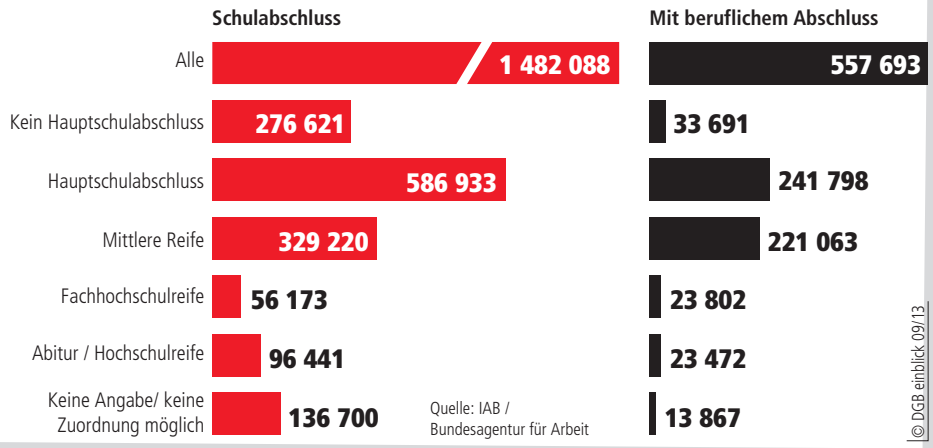
DIES & DAS

die DGB grafik

QUALIFIZIERUNG VON ALG-II-BEZIEHERN: Potenziale ausschöpfen

Ein Drittel der ALG-II-BezieherInnen hat einen beruflichen Abschluss. Das allein reicht nicht, um sie in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Das IAB hat in einer Studie untersucht, ob aus diesem Personenkreis der zusätzliche Fachkräftebedarf in den Kitas gedeckt werden kann, wenn ab 1. August für unter dreijährige Kinder ein Rechtsanspruch auf Betreuung gilt. Die Studie sieht durchaus Chancen. Der DGB fordert, die Potenziale aller Arbeitslosen und Beschäftigten durch ein Weiterbildungsgesetz besser zu erschließen.

Registrierte Arbeitslose im Alter von 25 bis 55 Jahren im Rechtskreis SGB II nach schulischer und beruflicher Ausbildung, Stand: September 2012



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

13.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Podiumsgespräch „Jugend ohne Perspektive – Spanien in der Krise", Hamburg

14.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Die Krisenpolitik in Südeuropa und die soziale Dimension der EU", Köln

14.-16.5. SoliServ, Forum für ArbeitnehmervertreterInnen „Arbeitsrecht im 21. Jahrhundert – Die Zukunft der digitalen Welt [mit]bestimmen", Berlin

15.5. Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

15.5. IG Metall-Bildungszentrum, Fachtagung zu Berufskrankheiten, Sprockhövel

15.5. GEW, Hamburger Gewerkschaftstag der GEW, Hamburg

15.5. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachkonferenz „Löcher im Haushalt, in der Straße und im Schienennetz", Berlin

15.-16.5. GdP, Redakteurskonferenz der GdP-Zeitschrift „Die Kriminalpolizei" anlässlich des 30-jährigen Jubiläums, Berlin

16.5. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachkonferenz „Gute Arbeit in der Wirtschaftsförderung – soziale und nachhaltige Strukturpolitik für die Förderperiode 2014-2020", Berlin

17.-20.5. IG BCE-Jugend, 5. Ordentliche Jugendkonferenz, Hannover

17.5. ver.di, Aktionstag „Tag der Selbstverwaltung"

21.5. Welttag der kulturellen Vielfalt für Dialog und Entwicklung

21.-22.5. ver.di-Bildungswerk, JAV-Konferenz „Brennpunkte in der JAV-Arbeit", Hannover

24.-25.5. DGB Hessen-Thüringen, Jugendbezirkskonferenz, Tabarz

24.-25.5. IGR Elbe-Neiße, Konferenz „20 Jahre IGR Elbe-Neiße – Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Arbeits- und Wirtschaftsraum 2020", Görlitz/Zgorzelec

24.-26.5. ver.di, DGB, Hans-Böckler-Stiftung u.a., Kongress „Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit.", Berlin

27.-31.5. ver.di, EVG und andere, Kongress der Europäischen Transportarbeiterföderation, Berlin

27.5.-7.6. DGB-Region Mark Brandenburg, Wanderausstellung „...gerade Dich, Arbeiter, wollen wir.", Zossen

28.5. GEW-Landesverband Schleswig-Holstein, Seminar „Argumentieren und Handeln gegen Rechts", Hamburg

personalien

••• ***Rolf Schmucker,*** 44, ist neuer Referent beim DGB-Index Gute Arbeit in Berlin. Bis 2010 war der promovierte Politikwissenschaftler wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medizinische Soziologie der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Zuletzt arbeitete er an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld.

Schlusspunkt

„Es gibt keinen schnelleren Weg, pflegebedürftig zu werden, als selbst zu pflegen."

Karl Lauterbach, SPD-Bundestagsabgeordneter und Gesundheitsexperte, auf dem evangelischen Kirchentag laut „Tagesspiegel" vom 5. Mai.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Unterstützungsstreik

Kein Schadensersatz

Die Fluggesellschaften, die 2009 vom Unterstützungsstreik der Fluglotsen des Stuttgarter Towers betroffen waren, können keine Schadensersatzansprüche gegen die Gewerkschaft der Flugsicherung geltend machen. Die Schadensersatzklagen über insgesamt rund 39 000 Euro werden abgewiesen. Damit bestätigte das Landesarbeitsgericht Hessen das Urteil der Vorinstanz.

Hessisches Landesarbeitsgericht, Urteil vom 25. April 2013 - 9 Sa 561/12

Betriebsratsmitglieder

Können Unterlagen im Büro einsehen

Die Mitglieder des Betriebsrats haben das Recht, die Unterlagen des Betriebsrats und seiner Ausschüsse jederzeit einzusehen. Daraus ergibt sich, dass sie auch einen Anspruch gegenüber dem Betriebsrat auf Überlassung eines Schlüssels für das Betriebsratsbüro haben, wenn anders ein jederzeitiges Recht zur Einsichtnahme nicht gewährleistet werden kann.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg, Beschluss vom 20. Februar 2013 - 13 TaBV 11/12

Bewerbung

Keine Auskunft vom Arbeitgeber

Ein abgelehnter Stellenbewerber hat gegen den Arbeitgeber keinen Anspruch auf Auskunft, ob dieser einen anderen Bewerber eingestellt hat und gegebenenfalls aufgrund welcher Kriterien. Verweigert der Arbeitgeber jegliche Auskunft, so begründet dies allein nicht die Vermutung einer unzulässigen Benachteiligung des Bewerbers.

Bundesarbeitsgericht; Urteil vom 25. April 2013 - 8 AZR 287/08

Haftungsbegrenzung

Gilt auch bei Sportunfällen

Auch bei einem Sportunfall im Schulunterricht gilt – wie bei Arbeitsunfällen – die Regel, dass der Schädiger nur bei Vorsatz haftet. Für die Annahme eines solchen Vorsatzes müssen objektive Tatsachen zugrunde liegen.

Oberlandesgericht Frankfurt/M, Urteil vom 14. März 2013 – 1 U 200/12

Opferentschädigung

Auch bei seelischer Misshandlung

Nach dem Opferentschädigungsgesetz kann eine Person Versorgungsleistungen beanspruchen, wenn sie infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat. Opfer seelischer Misshandlungen haben Anspruch auf Beschädigtenrente, auch wenn sie die Tat nicht beweisen können, weil – außer dem möglichen Täter – keine Tatzeugen vorhanden sind. Es reicht, wenn das Opfer seine Qualen glaubhaft darlegen kann.

Bundessozialgericht, Urteil vom 17. April 2013 - B 9 VG 1/12 R

Einrichtung der Kirche

Kündigung wegen Kirchenaustritts

Tritt ein Mitarbeiter einer vom Caritasverband getragenen Kinderbetreuungsstätte aus der katholischen Kirche aus, kann das die Kündigung des Arbeitsverhältnisses rechtfertigen.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war seit 1992 beim Caritasverband als Sozialpädagoge beschäftigt. Im Februar 2011 trat er aus der katholischen Kirche aus. Als Beweggründe gab er die zahlreichen Missbrauchsfälle in katholischen Einrichtungen, die Vorgänge um die „Piusbruderschaft" und die Karfreitagsliturgie an, in der eine antijudaische Tradition der katholischen Kirche zutage trete. Als Reaktion kündigte der Caritasverband das Arbeitsverhältnis ordentlich. Die dagegen gerichtete Klage blieb ohne Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Nach dem Grundgesetz ordnet und verwaltet jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze selbst. Dieses Recht kommt neben den verfassten Kirchen auch den ihnen zugeordneten karitativen Einrichtungen zu. Nach der Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse von 1993 ist der Austritt aus der katholischen Kirche ein schwerwiegender Loyalitätsverstoß, der eine Weiterbeschäftigung des Mitarbeiters nicht zulässt. Im Kündigungsschutzprozess haben die Arbeitsgerichte zwischen den Grundrechten der Arbeitnehmer – etwa auf Glaubens- und Gewissensfreiheit – und dem Selbstbestimmungsrecht der Religionsgesellschaft abzuwägen. Im vorliegenden Fall hat der Arbeitnehmer durch seinen Austritt gegen seine arbeitsvertraglichen Loyalitätsobliegenheiten verstoßen. Aufgrund dessen war es dem Arbeitgeber nicht zuzumuten, ihn als Sozialpädagogen weiterzubeschäftigen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 25. April 2013 – 2 AZR 579/12

Krankenversicherungsrecht

Krankenkasse zahlt Fettabsaugung

Ist eine stationäre Fettabsaugung medizinisch notwendig, kann sich die Krankenkasse nicht darauf berufen, dass der Gemeinsame Bundesausschuss diese Behandlungsmethode nicht in Richtlinien empfohlen hat.

Der Fall: Die 29-jährige Frau leidet an Armen, Beinen und Gesäß an einer schmerzhaften Fettgewebsvermehrung, einem sogenannten Lipödem. Sie beantragte bei ihrer Krankenkasse die Kostenübernahme für eine Fettabsaugung (Liposuktion). Die Krankenkasse verwies darauf, dass die konservativen Therapiemöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft seien. Die Frau ist hingegen der Ansicht, dass die bei ihr vorliegende Form des Lipödems II. Grades nicht durch Gewichtsreduktion verringert werden könne. Ferner würden Lymphdrainage wie auch Kompressionsstrümpfe lediglich eine temporäre Linderung bewirken. Mit ihrer Klage hatte sie Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Krankenkasse hat die Kosten der stationären Liposuktion zu tragen. Die Frau hat eine deutlich bauchige Oberarmsilhouette sowie einen Oberschenkelumfang von 80 cm. Bei der erheblichen Fettmenge ist eine stationäre Behandlung notwendig. Dies ergibt sich aus den Leitlinien der Deutschen Gesellschaft für Ästhetische Chirurgie zur Liposuktion. Die Frau hat darüber hinaus die konservativen Behandlungsmethoden ausgeschöpft. Dass eine Gewichtsreduktion die lipödem-typischen Fettansammlungen beeinflussen kann, ist wissenschaftlich nicht gesichert.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 5. Februar 2013 - L 1 KR 391/12

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 9/13

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 27.05.2013 10/13

DGB

inhalt

Seite 3
Spaltung verhindern
Die soziale Dimension der EU muss gestärkt werden. Dafür machen sich die Gewerkschaften stark

Seite 5
Nicht genug
Nach dem Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch ist nun ein Gebäude- und Brandschutzabkommen vereinbart worden. Doch das reicht nicht aus

Seite 7
Brücken bauen
Die Wertschätzung der Gewerkschaften ist in den letzten Jahren gewachsen. Ingrid Sehrbrock, scheidende stellvertretende DGB-Vorsitzende, zieht im Interview Bilanz

Demografischer Wandel

Klare Weichenstellung fehlt

Der DGB hat längst die Schwachstellen der Zukunft benannt. Die Probleme einer alternden Gesellschaft sind ohne ein stimmiges Gesamtkonzept kaum zu bewältigen. Die Bundesregierung wollte Mitte Mai auf ihrem zweiten Demografie-Gipfel Lösungen aufzeigen, doch die gab es nicht – trotz der neun Arbeitsgruppen, die sich nach dem ersten Gipfel intensiv mit dieser Thematik beschäftigen sollten.

DGB-Chef Michael Sommer mahnte konkrete Aussagen an: „Es reicht nicht aus, dass die Bundesregierung Handlungsfelder benennt – als Regierung ist man gewählt, zu handeln." Er vermisse die „notwendige Weichenstellung". Gerade das Thema Rente werde in einer alternden Gesellschaft eines der drängendsten Probleme. Und, da ist sich Michael Sommer sicher, auch eine Rente mit 65 „lässt sich finanzieren". Der demografische Wandel kann gestaltet werden, und der DGB hat bereits für viele Handlungsfelder entsprechende Konzepte vorgelegt, wie beispielsweise sein Rentenkonzept 2013 *(www.dgb.de/-/JLB)*.

Am 7. Mai verabschiedete der DGB-Bundesvorstand „Anforderungen der Gewerkschaften an eine Demografie-Strategie". Doch während die Gewerkschaften über Betriebs- und Dienstvereinbarungen oder auch Tarifverträge bereits aktiv an der Gestaltung des demografischen Wandels mitarbeiten, hat die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit immensen Nachholbedarf.

Auf den erwarteten künftigen Fachkräftebedarf hätte sie längst reagieren und entsprechende Schritte einleiten müssen. Dazu gehört nach Ansicht der Gewerkschaften unter anderem, die Beschäftigungschancen von Frauen zu verbessern, jungen Menschen eine zweite Chance für Bildung und Ausbildung zu bieten oder MigrantInnen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem müssten das Potenzial und die Qualifikation älterer Beschäftigter besser genutzt werden.

Gute Arbeitskräfte brauchen aber andere Voraussetzungen. Das heißt, es wird eine neue Ordnung der Arbeit notwendig. Dafür ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro ebenso notwendig wie die Eindämmung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Der Sonderstatus für Minijobs muss entfallen, und sachgrundlose Befristungen darf es nicht mehr geben.

Für die Gewerkschaften ist die demografische Entwicklung eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die auch eine Modernisierung der Infrastrukturen erfordert. Sei es im Hinblick auf öffentliche Dienstleistungen, altersgerechtes Wohnen oder einen angepassten öffentlichen Nahverkehr. Dabei warnt der DGB vor Sparkonzepten: „Die Kosten des demografischen Wandels lassen sich nicht wegreformieren." •

www.dgb.de/-/3xg

Die Rente mit 67 ist für die Deutschen alles andere als wünschenswert. Über die Hälfte von ihnen ist der Ansicht, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalter der falsche Weg ist. Selbst dann, wenn der Verzicht auf die Rente mit 67 zu einer Erhöhung der Rentenbeiträge führen würde. Außerdem glaubt die große Mehrheit nicht daran, dass es ausreichend Arbeitsplätze für Ältere geben wird.

plusminusBERLIN

+ ***Nach der Zustimmung des Bundestages zur ILO-Konvention über menschenwürdige Arbeit von Hausangestellten, erwartet die SPD-MdB Karin Roth, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, dass noch weitere Länder das Abkommen ratifizieren.***

– ***Der FDP-Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle hält die Pläne seiner Partei für „ein erfolgreiches Gegenmodell" zu Rot-Grün. Statt Steuererhöhungen würden die Liberalen nach der Wahl Spielräume für Steuersenkungen suchen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/btw2013
DGB-Portal mit Forderungen und Hintergründen zur Bundestagswahl 2013

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Newsletter Arbeitsmarkt aktuell zum Thema „Verfestigte Armut – Langzeitbeziehende im Hartz IV-System"

150 Jahre SPD

Der DGB gratuliert

Den 150. Geburtstag der SPD hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in einem Schreiben an den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel gewürdigt und die „herzlichsten Glückwünsche des DGB" übermittelt. „Damals, zu Beginn der Arbeiterbewegung stand die ‚soziale Frage' im Mittelpunkt: Die katastrophalen Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter waren der Anstoß für die Gründung von Parteien und Gewerkschaften", schreibt Michael Sommer. Aber auch vor 150 Jahren sei es schon „um mehr gegangen", nämlich „um Gleichberechtigung und Mitbestimmung". Der 150. Geburtstag sei Anlass, „inne zu halten und auf all das zurückzuschauen, was in so einer langen Zeit passiert ist". Es sei aber auch „Ansporn, weiter zu machen, sich weiter einzusetzen für die nie alt werdenden Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit". •

SPD

Mehr Rechte für Betriebsräte

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Mitbestimmung stärken und hat einen Antrag zur Modernisierung der Betriebsverfassung vorgelegt. Betriebsräte sollen künftig „ein echtes Mitbestimmungsrecht haben hinsichtlich der Umgestaltung von Arbeitsplätzen, die nicht ausreichend physischem und psychischem Verschleiß vorbeugen und nicht ausreichend auf spezifisches Leistungsvermögen von Älteren Rücksicht nehmen", so Anette Kramme, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion. Auch bei der Weiterbildung oder dem Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen will die SPD die Mitbestimmung der Betriebsräte ausweiten. So soll zum Beispiel die Unterrichtungs- und Informationspflicht des Arbeitgebers über die Personalplanung (§ 92 BetrVG) künftig auch für Fremdpersonal gelten. •

?...nachgefragt

Foto: IG BAU

Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel ist ins Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück berufen worden und dort für Arbeit und Soziales zuständig. Im Falle eines Wahlsiegs der SPD soll er neuer Arbeitsminister werden. *einblick* fragte ihn nach seinen wichtigsten Zielen und nach den Reaktionen aus der Gewerkschaft auf seine Ankündigung, beim IG-BAU-Kongress im September nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden zu kandidieren.

Die Entscheidung, nach 18 Jahren als IG BAU-Vorsitzender nicht mehr anzutreten, ist mir nicht leicht gefallen. Die Politik, insbesondere die Auswirkungen der Agenda 2010, habe ich immer kritisch begleitet. Wenn ich dann gefragt werde, ob ich es besser machen will, kann und darf ich mich nicht wegducken. Deshalb strebe ich mit aller Kraft das Amt des Arbeitsministers an. Die Chancen für einen Politikwechsel in Deutschland stehen gut.

Erste Maßnahme eines neuen Arbeitsministers sollte sein, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, wie ihn die Gewerkschaften seit langem fordern und wie ihn die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung will. Außerdem will ich den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen eindämmen. Mit der SPD bin ich mir zudem einig, dass die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre auf den Prüfstand gehören. Was die Rente betrifft, brauchen wir schnell passgenaue Übergangslösungen für alle, die mit 58, 59 Jahren ihren Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben können. Es kann nicht sein, dass sie nach einem langen Arbeitsleben von Hartz IV leben müssen. Dafür bietet die SPD gute Lösungen an, beispielsweise die abschlagsfreie Rente mit 63 für alle, die 45 Jahre gearbeitet haben. Zudem gibt es eine Überprüfungsklausel, die im Jahr 2014 das nächste Mal Anwendung findet. Die SPD sagt, dass die Hälfte der Älteren einen Job haben muss, damit es zur Rente mit 67 kommt.

Meinen Gewerkschaftskollegen habe ich erklärt, dass ich Vieles, was wir gemeinsam verfolgen, mit meinem stärkeren Engagement in der Politik besser durchsetzen kann. Die Reaktionen auf meine Pläne in der IG BAU waren denn auch gemischt: Klar sagen viele, schade, dass Klaus geht. Andererseits sind meine Kollegen auch stolz, dass einer von ihnen neuer Arbeitsminister werden soll. Im Übrigen gilt: Jeder ist ersetzbar. Und wir haben viele gute Leute bei der IG BAU, die die Organisation vernünftig weiterführen werden.

Demo in Berlin

Kraftfahrer gegen Sozialdumping

Deutschlands KraftfahrerInnen gehen auf die Barrikaden. Am 1. Juni wollen Tausende nach Berlin fahren, um gegen die massive Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu protestieren. Zunehmend sorgt die Liberalisierung im europäischen Transportsektor für Wettbewerbsverzerrung: Die Transportpreise sinken, denn westeuropäische Speditionen setzen Osteuropäer für ihre internationalen Transporte ein. In Nord- und Ostseehäfen warten die osteuropäischen Fahrer auf Ladung, um diese kreuz und quer durch Europa zu transportieren. Gleichzeitig haben sich die Arbeitsbedingungen westeuropäischer LKW-Fahrer massiv verschlechtert. Die Reallöhne sinken, es mangelt an Nachwuchs.

Die deutschen Trucker fordern die Umsetzung der „Kabotageverordnung" der EU und deren strenge Kontrolle. Diese regelt die Transportdienstleistungen innerhalb eines Landes durch ein ausländisches Verkehrsunternehmen. Die Trucker setzen auf die Anwendung der Entsenderichtlinie und wollen eine strenge Kontrolle des Verbotes von „Briefkastenfirmen". Die Kundgebung wird von der Initiative „Actie in de Transport Deutschland" organisiert. Bei der Abschlusskundgebung in Berlin ist auch ver.di dabei. •

www.bit.ly/kraftfahrer

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Aus Prinzip gerecht und solidarisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Jugendarbeitslosigkeit

Weltweit auf Jobsuche

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) warnt vor weltweit wachsender Jugendarbeitslosigkeit. Bis zum Jahr 2018 wird sie trotz wirtschaftlicher Erholung auf 12,8 Prozent steigen, prognostiziert die UN-Sonderorganisation. Zudem sind in den Industriestaaten immer mehr Arbeitsverhältnisse nur befristet oder in Leiharbeit. In den Entwicklungsländern finden Jugendliche hingegen oft nur Arbeit im informellen Sektor. •

EU-Reformen

Die Spaltung Europas verhindern

Ende Juni wollen die EU-Mitgliedsländer auf einem EU-Gipfel einen „Fahrplan für eine echte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)" verabschieden. Ob das gelingt, ist fraglich. Die Gewerkschaften fürchten zudem, dass die soziale Dimension außen vor bleibt und die Spaltung Europas weiter vorangetrieben wird.

Wieder einmal haben sich am 22. Mai die Staats- und Regierungschefs zu einem EU-Gipfel getroffen, der wenig substanzielle Ergebnisse gebracht hat. Ziel war unter anderem, die Verfolgung von Steuerbetrügern europaweit zu koordinieren. Luxemburg und Österreich stellten sich gegen eine schnelle Lösung beim Bankdatenaustausch. Auch in anderen Punkten wurde erneut deutlich: Von einem gemeinsamen Vorgehen sind die EU-Staaten meilenweit entfernt.

Umso fraglicher ist deshalb, ob, wie Ende 2012 vereinbart, der EU-Gipfel Ende Juni entscheidende Schritte in Richtung einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) geht. Hintergrund: Mit Beginn der Eurokrise wurden gravierende Defizite in der Steuerung der Eurozone sichtbar, und die Debatte zur Vertiefung der WWU nahm an Fahrt auf. Zudem wurden die Forderungen nach einer stärkeren sozialen Dimension der EU immer lauter. Denn nach fünf Jahren Wirtschaftskrise erreicht die Arbeitslosigkeit in vielen Staaten kritische Werte, die Einkommen der Haushalte sind geschrumpft, Armut, Perspektivlosigkeit und Ausgrenzungsrisiko steigen, besonders in den Mitgliedstaaten im Süden und Osten Europas. Doch der Widerstand einzelner Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, eine soziale Dimension im Rahmen der vertieften WWU zu verankern, ist groß.

Foto: Sebastian Henneke

Mit einem symbolischen „Zombiewalk" hat die IG BAU Mitte Mai in Berlin gegen die EU-Pläne für eine Reform der Entsenderichtlinie protestiert. Der Entwurf einer Durchsetzungsrichtlinie zur Entsendung sei ein Wiedergänger der Bolkestein-Richtlinie, erklärte der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers. „Die geplante Abschwächung der EU-Entsenderichtlinie bedeutet nichts anderes als eine neue Runde im Sozialdumping. Damit würde dem Entsendebetrug Tür und Tor geöffnet", so Schäfers. Gemeinsam mit den Bau-Arbeitgeberverbänden machen IG BAU und DGB-Gewerkschaften gegen die neue Richtlinie mobil. Derzeit wird sie in den Ausschüssen des Europaparlamentes beraten.

„Wenn die Vertiefung der WWU nichts anderes heißt als Strukturreformen nach dem Muster der Agenda 2010, führt das nicht aus der Krise, sondern zur weiteren Spaltung Europas", warnt Annelie Buntenbach, im DGB-Bundesvorstand für Europapolitik zuständig. Sie stellt klar: „Wir wollen mehr Europa, aber es muss demokratisch und sozial sein. Einer Politik des sozialen Kahlschlags und der Entmachtung der Parlamente werden sich die Gewerkschaften entgegenstellen." Jetzt komme es vor allem darauf an, den Worten Taten folgen zu lassen, insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. „Wer über Nacht Banken retten kann, aber der Jugend seit Monaten nur Versprechungen macht, der verschärft die soziale Krise", so Buntenbach. Sie fordert: „Nehmt endlich Geld in die Hand, startet sinnvolle Projekte und Initiativen, löst das Versprechen der Jugendgarantie ein. Sofortiges Handeln ist gefragt, keine Symbolpolitik." •

Das wollen die europäischen Gewerkschaften

- **eine Art Marshallplan für Europa, das heißt, eine Investitions- und Modernisierungsoffensive**
- **sicherstellen der Tarifautonomie, die wirksame Gewährleistung von sozialen Grundrechten wie Arbeitnehmerrechten (soziale Fortschrittsklausel) und soziale Mindestniveaus (soziales Mindesteinkommen, Mindestlöhne in Europa)**
- **Erhalt und Ausbau von betrieblicher Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung**
- **eine demokratische und transparente Gestaltung und Kontrolle der Instrumente und Verfahren**
- **eine starke Beteiligung der Sozialpartner bei wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen**
- **die Einberufung eines Konvents, der die notwendigen Änderungen am EU-Vertrag erarbeitet, unter breiter Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft.**

Neue Ordnung der Arbeit

DGB und Gewerkschaften wollen eine neue Ordnung der Arbeit. Mit Aktionstagen vom 7. bis 9. Juni wollen sie bundesweit auf vielen Veranstaltungen für eine bessere und gerechtere Arbeitswelt werben. Für die Gewerkschaften steht fest: Spätestens nach der Bundestagswahl müssen ein gesetzlicher Mindestlohn, mehr Mitbestimmung, das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit und der Abbau von prekärer Beschäftigung realisiert werden. Die Gewerkschaften erwarten von den Parteien, dass sie eine neue Ordnung der Arbeit im Bundestagswahlkampf in den Mittelpunkt stellen.

Zudem setzen sich DGB und Gewerkschaften für ein soziales Europa ein. Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) mobilisiert der DGB für europaweite Aktionswochen vom 7. bis zum 22. Juni.

Der DGB-Aufruf im Wortlaut:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mobilität ist kein Privileg für Reiche!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

PROJEKTE UND PARTNER

Lohnsteuerhilfe

Schnell informiert

Was gilt es bei der Steuererklärung 2013 zu beachten? Diese Frage stellen sich auch in diesem Jahr wieder Millionen Erwerbstätige. Hilfestellung bietet der DGB mit seiner aktualisierten Broschüre „Das ABC von 36 Lohnsteuergrundbegriffen 2013". Von „A" wie Altersentlastungsbetrag bis „Z", wie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit gibt es erklärende Hinweise.

In der Neuauflage wurden alle Gesetzesänderungen berücksichtigt, die für das Jahr 2013 relevant sind. Neben ausführlichen Erklärungen finden sich Rechenbeispiele und Tabellen, die übersichtlich über Steuerfreibeträge nach Lohnsteuerklassen oder Verpflegungskostenpauschalen bei Auslandsreisen informieren. Auch die Auswirkungen der Rente mit 67 auf die einzelnen Geburtenjahrgänge werden ausführlich beschrieben. Die Broschüre kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden. •

www.dgb-bestellservice.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Stark für die Schwachen im Verkehr.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DGB-Bildungswerk NRW

CSR gestalten

Corporate Social Responsibility (CSR), die soziale Verantwortung von Unternehmen, ist in aller Munde. Die Landesregierung NRW will Unternehmen unterstützen, nachhaltige, langfristige CSR-Konzepte zu entwickeln. Aus Sicht der Gewerkschaften sind CSR-Konzepte nur dann erfolgreich, wenn Beschäftigte und Betriebsräte beteiligt werden. Mit einem Seminar will das Mitbestimmungsprojekt „MITDrei" des DGB-Bildungswerks NRW am 12. Juni in Castrop-Rauxel über das Vorhaben der Landesregierung und die Haltung der Gewerkschaften dazu informieren.

Unter dem Motto „Verantwortung unternehmen – CSR in NRW" diskutieren ExpertInnen aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften, was sich in Unternehmen in Sachen CSR bewegt und welche Rolle Betriebsräte dabei spielen können. Das Projekt MITDrei wird von der EU und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstützt. •

www.dgb-bildungswerk-nrw.de

neueBücher

Hessen gehört zu den wirtschaftlich stärksten Bundesländern. **Doch wie gut ist die ökonomische und soziale Lage nach 14 Jahren CDU-Regierung wirklich?** Dieser Frage geht der Sammelband ***„Hessen vorne?"*** anlässlich der Landtagswahl 2013 nach. In verschiedenen Beiträgen zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik analysieren die AutorInnen die aktuelle Situation in Hessen. Kritisch prüfen sie die politischen Strategien der Landesregierung und benennen alternative Konzepte. So befassen sie sich unter anderem mit der mangelhaften Kleinkinderbetreuung, der klammen Finanzlage vieler Kommunen und der Entwicklung des Niedriglohnsektors in Hessen.

Kai Eicker-Wolf/ Stefan Körzell (Hg.): Hessen vorne?

Büchner-Verlag, Darmstadt 2013, 348 Seiten, 19,90 Euro

Otto-Brenner-Stiftung

Piratenpartei unter der Lupe

In den ersten zwölf Monaten ihrer Politkarriere eilte die Piratenpartei von Erfolg zu Erfolg. Die Partei enterte vier Landtage. Doch dann kam der Einbruch: interne Querelen, kaum inhaltliche Akzente und schlechte Presse. Nun nimmt die Studie „Die Piratenpartei – Havarie eines politischen Projekts?" der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) die Freibeuter unter die Lupe. Die Autoren Alexander Hensel und Stephan Klecha haben die Piratenpartei ein Jahr lang beobachtet und begleitet. Sie interviewten zahlreiche Parteimitglieder, analysierten die öffentliche Kommunikation und besuchten Parteitage. Herausgekommen ist eine Studie, die ein dichtes und kompaktes Bild des Politneulings liefert. Die Studie kann kostenfrei auf der OBS-Internetseite heruntergeladen werden. •

www.otto-brenner-stiftung.de

Wohnungsmarkt

Aktiver Staat

In großen Städten ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Steigende Nachfrage, aber auch Spekulationen treiben die Preise nach oben. Die Politik steht in der Pflicht, gegenzusteuern. Auf der DGB-Konferenz „Umdenken – Gegenlenken. Aktiver Staat am Beispiel der Wohnungsfrage" debattieren am 11. Juni in Berlin VertreterInnen von Gewerkschaften und Mieterverbänden, aus Wissenschaft und Politik über aktuelle Probleme. Für DGB und Gewerkschaften steht fest: Wohnen ist ein elementares Grundrecht und muss für alle bezahlbar bleiben. Der politische Rückzug aus der sozialen Wohnungsbauförderung ist das falsche Zeichen. Unter anderem diskutieren der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel und DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki mit PolitikerInnen über die Herausforderungen der Zukunft. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

interregio

••• Der ***DGB Hessen-Thüringen*** hat eine ***Unterschriftenaktion für ein Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz*** gestartet. Demnach sollen ArbeitnehmerInnen Anspruch auf fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr erhalten. Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD von 2009 sieht ein solches Gesetz vor. Der DGB fordert die Abgeordneten der schwarz-roten Koalition nun auf, einem Gesetzentwurf des thüringischen Bildungsministers Christoph Matschie (SPD) zuzustimmen. „Bildungsfreistellung ist ein Kernelement des lebenslangen Lernens", so der DGB. In anderen Bundesländern sei dies schon lang geübte Praxis.

www.hessen-thueringen.dgb.de/-/3Cf

••• Der ***DGB Baden-Württemberg*** hat gemeinsam mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie (LVI) und dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (MFW) eine ***Erklärung zum „Rohstoffdialog Baden-Württemberg"*** unterzeichnet. „Eine sichere Rohstoffversorgung ist ein Bekenntnis zu Industrie, Innovation und guter Arbeit", heißt es dort. Ziel der drei Parteien ist es, sich gemeinsam für mehr Transparenz und Fairness im Rohstoffhandel einzusetzen und die Rohstoffversorgung für den Industrie- und Innovationsstandort Baden-Württemberg zu gewährleisten.

www.bw.dgb.de/-/3xZ

Textilproduktion

Wenn billig Leben kostet

Einen ersten Erfolg können Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in der asiatischen Textilproduktion verzeichnen: Große Modeketten beugen sich nach der jüngsten Katastrophe von Bangladesch dem öffentlichen Druck und unterzeichnen ein Gebäude- und Brandschutzabkommen. Doch das reicht nicht.

Mehr als 1100 Tote und rund 2500 Verletzte – das ist die Bilanz nach dem Fabrikeinsturz Ende April in Dhaka (Bangladesch). Nachdem Gewerkschaften und NRO jahrelang auf die lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen in den oft maroden Textilfabriken Asiens hingewiesen haben, reagieren nun Modeketten wie H&M, C&A, Tchibo, Lidl, Zara und Esprit. Mitte Mai unterzeichneten sie ein Abkommen für besseren Brand- und Gebäudeschutz.

Ausgehandelt hatten dies die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die gewerkschaftlichen Dachverbände IndustriALL und UNI GlobalUnion sowie die Kampagne Saubere Kleidung. IndustriALL-Generalsekretär Jyrki Raina begrüßt die Entscheidung: „Es geht nun um eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen, die mit einem Mindestlohn von rund 30 Euro im Monat ihr Leben riskieren, wenn sie zur Arbeit gehen."

Das Abkommen sieht unabhängige Sicherheitsinspektionen durch geschultes Personal sowie verpflichtende Reparaturen und Renovierungen an den Fabrikgebäuden vor. Zudem erhalten auch die Gewerkschaften mehr Rechte. Insgesamt haben sich bereits über 30 Unternehmen angeschlossen. Doch weiterhin verweigern sich große Konzerne wie Walmart.

Der DGB-Vorsitzende und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer fordert diese Unternehmen auf, sich endlich anzuschließen. „Es ist ihre Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Produktionskette zu menschenwürdigen Bedingungen arbeiten und leben können."

Studien belegen, wie katastrophal der Alltag in den Textilhallen aussieht. Zwischen 2006 und 2009 sind allein in Bangladesch 414 TextilarbeiterInnen bei 213 gemeldeten Fabrikbränden ums Leben gekommen, wie eine Analyse der Kampagne Saubere Kleidung zeigt. Weitere 28 Brandfälle sind von November 2012 bis März 2013 gemeldet worden. Nimmt man Fabrikunglücke wie in Dhaka hinzu, kamen in den vergangenen zwölf Monaten mehr als 1800 TextilarbeiterInnen ums Leben.

Johann Rösch, ver.di-Experte für die Textilbranche und seit Jahren im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in der Kleidungsbranche aktiv, kritisiert die Unternehmen für ihre „späte" Entscheidung. Zu lange hätten sie mit Ausreden von den Problemen vor Ort abgelenkt. „Es ging mehr um geschönte Nachhaltigkeitsberichte für die Aktionäre als um wirkliche Veränderungen für die Beschäftigten."

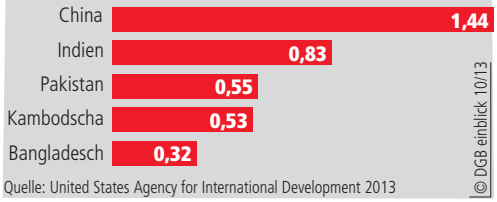
Rösch verweist auf das Engagement vieler Betriebsräte und MitarbeiterInnen in den Modeunternehmen. So seien die Manager der Konzerne unter anderem auf Betriebsrätekonferenzen mit dem Thema konfrontiert worden. Die Gesamtbetriebsräte von H&M und Zara forderten in einem gemeinsamen Schreiben ihre Unternehmensleitungen auf, das Brandschutzabkommen zu unterzeichnen. KollegInnen sammelten Geld für Opfer und initiierten Unterschriftenaktionen. Rösch ist sich sicher: „Dieser Druck der Mitarbeiter von Zara, H&M und anderen Modehändlern hat maßgeblich dazu beigetragen, die Unternehmen nun zur Unterschrift zu bewegen."

„Es bleibt allerdings noch viel zu tun", betont Rösch. Bangladesch sei das Land mit den niedrigsten Lohnkosten. Um die Ausbeutung zu stoppen, sollten die großen Textilketten faire Einkaufspreise bezahlen. So könnte jede Näherin 50 Euro mehr im Monat verdienen, wenn beispielsweise ein T-Shirt oder eine Bluse im Einkauf nur 12 Cent mehr kosten würde.

Neben den Modeunternehmen steht die Politik in der Pflicht. IGB-Präsident Michael Sommer sagt: „Auch Regierung und Parlament von Bangladesch sind gefordert, endlich dafür zu sorgen, dass Gewerkschaftsarbeit in allen Bereichen möglich ist, dass die Arbeitsgesetze den ILO-Normen entsprechen." Unter anderem hat die Regierung in Bangladesch angekündigt, den Mindestlohn von knapp 30 Euro pro Monat anzuheben. Eine neue Summe hat sie bisher nicht genannt. •

Weniger geht nicht

Arbeitskosten pro Stunde in der Textilbranche in ausgewählten Ländern 2009 (in US-Dollar)



Quelle: United States Agency for International Development 2013

In Bangladesch liegen die Arbeitskosten pro Stunde noch weit unter denen in China oder Pakistan. Viele TextilarbeiterInnen müssen von rund 30 Euro im Monat leben.

Saubere Kleidung

Verschiedene Bündnisse kämpfen für faire und gesunde Arbeitsverhältnisse in der Textilbranche. Die Kampagne Saubere Kleidung (engl. Clean Clothes Campaign) setzt sich seit über 15 Jahren für bessere Bedingungen in der Textilbranche weltweit ein. Sie richtet sich gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Missbrauch von mehrheitlich weiblichen Beschäftigten, in der Textilindustrie. Zudem will die Kampagne VerbraucherInnen über die Arbeitsbedingungen informieren. Getragen wird die Kampagne von 20 Organisationen, unter anderem von der IG Metall, ver.di, der GEW, dem KAB und Terre des Femmes.

Auch das Projekt ExChains macht sich für die ArbeiterInnen in der Textilbranche stark. Seit 2002 vernetzt das Projekt Beschäftigte entlang der Produktionskette, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Beteiligt sind neben ver.di und dem Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks auch die Gewerkschaften der KleidungsindustriearbeiterInnen aus Bangladesch, Indien und Sri Lanka.

Mehr Infos:
www.sauberekleidung.de
www.exchains.org

kurz&bündig

Michaela Rosenberger, stellvertretende Vorsitzende der NGG, befürchtet, „der neue geschäftsführende Gesellschafter Ergün Yildiz" will die Betriebsratsstrukturen bei Burger King zerschlagen und die Tarife angreifen. Seit dem Verkauf von 91 Restaurants an die Yi-Ko-Holding haben sich die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert.

Die GdP unterstützt die Absicht der Bundesregierung, die Promillegrenze bei Radfahrern zu senken. „Die bisherige Promillegrenze wird dem Anspruch auf eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr nicht mehr gerecht", sagte der Gewerkschaftsvorsitzende Oliver Malchow.

ver.di und der Bundesverband der Film- und Fernsehschauspieler (BFFS) haben eine Produzentenallianz abgeschlossen. Danach sollen alle an der Herstellung eines Kinofilms Beteiligten eine Erlösbeteiligung erhalten. „Der Tarifvertrag schafft eine neuartige Erstrechte-Vergütung für Filmschaffende", erklärte ver.di-Vize Frank Wernecke.

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Vereinsmitglied statt Shareholder.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Verkehrspolitik I

Minister auf der Bremse

Um den Verfall von Straßen und Schienen zu stoppen, hat der DGB eine gemeinsame Investitionsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen gefordert. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel kritisiert Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU): „Die dauerhafte Vernachlässigung der Verkehrswege führt zu Standort- und Wettbewerbsnachteilen in Deutschland und gefährdet damit Arbeitsplätze. Die Erkenntnis ist alt. Der Verkehrsminister handelt aber nicht." Das gefährdet den Industriestandort, so Hexel. Die Mobilitätspolitik müsse „konsequent am Gemeinwohl ausgerichtet werden" und sich an den Zielen Nachhaltigkeit, gute Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssicherung messen lassen. Der DGB plädiert deshalb für einen gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der Verkehrsinfrastruktur. Das DGB-Diskurspapier „Moderne Verkehrswege – eine Grundlage für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Lebensqualität, adäquate Mobilität sowie Umwelt- und Klimaschutz" kann im Internet heruntergeladen werden. •

www.dgb.de/-/307

Verkehrspolitik II

Massive Verschlechterungen befürchtet

Alexander Kirchner, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), hat die Neuordnung des Eisenbahnregulierungsgesetzes kritisiert. Konkurrenten der Bahn können danach ihre Züge leichter auf die Schiene bringen. Gebühren, die die Deutsche Bahn als Netzbetreiber dafür erhebt, müssen dem Gesetz zufolge von der Bundesnetzagentur genehmigt werden. Die Betreiber von Bahnhöfen werden verpflichtet, Bahn-Konkurrenten Flächen für den Fahrscheinverkauf zur Verfügung zu stellen. Bundesverkehrsminister Ramsauer: „Im Bahnverkehr muss ein „Maximum an Wettbewerb" sichergestellt werden."

Alexander Kirchner kritisiert sowohl das Vorgehen der Regierungskoalition, die das Gesetz in einer Nacht- und Nebelaktion durch den Bundestag gepeitscht habe, als auch das Ziel des Gesetzes, die Nutzung der Infrastruktur Schiene immer billiger zu machen. „Dass CDU, CSU und FDP ein Gesetz, das weitreichende Folgen für den Eisenbahnverkehr in Deutschland haben kann, mit aller Gewalt durch den Bundestag gepeitscht haben, erfüllt mich mit großer Sorge. Wir haben grundsätzlich nichts gegen regulierende Eingriffe, wenn sie Diskriminierung im Wettbewerb verhindern und dem System Schiene nutzen." Das Gesetz gehe darüber aber weit hinaus. Infrastruktur-Unternehmen werde langfristig die Möglichkeit genommen, Gewinne zu erwirtschaften, die in den Erhalt oder Ausbau der Infrastruktur investiert werden könnten. Kirchner appellierte deshalb an den Bundesrat, der dem Gesetz in seiner Juni-Sitzung zustimmen muss, es nicht passieren zu lassen. •

Tarifvertrag

Allgemein ist stark

Branchentarifverträge schützen immer weniger ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping. Das Tarifsystem wieder zu stabilisieren, ist Aufgabe der Gewerkschaften – aber auch der Politik. Dazu gehört auch, das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) zu stärken. Nur noch selten werden Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt. Der Reformbedarf ist hoch. Vorschläge für eine Reform der AVE gibt es zahlreiche. Das WSI in der Hans-Böckler-Stiftung lädt zusammen mit dem DGB für den 25. Juni zu einem Workshop nach Berlin ein, um die Reformdebatte fortzuführen. Unter dem Motto „Tarifvertrag – allgemein, verbindlich, stark" soll die Bedeutung der AVE und die geltende Rechtslage gezeigt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den Branchen des Baugewerbes und des Einzelhandels. •

www.dgb.de/-/3vB

DGB-Rechtsschutz:

5,15 Prozent mehr

Zwischen der DGB Rechtsschutz GmbH und ver.di wurde ein Tarifabschluss für die rund 750 Beschäftigten des DGB Rechtsschutzes erzielt. Zum 1. Mai 2013 wird das Gehalt um 2,1 Prozent erhöht, es folgen weitere Steigerungen um 2,4 Prozent zum 1. Januar 2014 und um 0,65 Prozent am 1. Juli 2014. Vereinbart wurde außerdem eine Einmalzahlung für Verwaltungsangestellte in Höhe von 260 Euro. RechtssekretärInnen bekommen einmalig 390 Euro. Neubeschäftigte, die bisher niedriger eingruppiert waren, erhalten zusätzlich Aufstockungsbeträge, sodass sie überdurchschnittlich an der Tariferhöhung teilhaben. Die DGB Rechtsschutz GmbH unterhält bundesweit 111 Büros und 48 Service-Points. In den letzten beiden Jahren hat sie für Gewerkschaftsmitglieder über eine halbe Milliarde Euro vor den Arbeits- und Sozialgerichten erstritten. •

DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock im Interview

Eine tragfähige Brücke

*Seit über 13 Jahren gehört **Ingrid Sehrbrock**, Mitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), dem Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand an. Ende Mai geht sie in Rente. Im einblick-Interview zieht sie Bilanz.*

Welches Fazit ziehst du nach über 13 Jahren im DGB-Vorstand? Waren sie für dich erfolgreich, oder überwiegt die Frustration?

Was sagen die Engländer? Die sagen dann immer „Yes and No". Es war eine super spannende Zeit. Ich habe sehr gern auf meinen Themenfeldern gearbeitet. Ich war im Vorstand zuständig für den gesamten Bereich Bildung, von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule, für den Öffentlichen Dienst, für Beamte und für Jugend. Ab 2006 habe ich auch die Frauen- und Gleichstellungspolitik übernommen und von 2006 bis 2010 das Arbeits- und Sozialrecht. Ich habe in allen Bereichen wahnsinnig viel gelernt. Früher hat man so etwas abwertend als „Training on the Job" bezeichnet. Ich sehe das positiver – ich hatte eine lernförderliche Arbeitsumgebung.

Wunderbare Überschrift. DGB-Vorstand fördert lernfreundliche Umgebung.

Ja, der DGB fordert das nicht nur für die Beschäftigten, sondern setzt es auch selbst um. Es hat mir natürlich gefallen, in der Politik an dem einen oder anderen Rädchen zu drehen und etwas zu bewegen. Lange Zeit war das aber sehr schwierig. Die Reputation der Gewerkschaften war eine ganze Zeit extrem schlecht. Das gilt vor allem für die Zeit der rot-grünen Koalition. Damals wurde uns die Rolle der Blockierer und Ewiggestrigen zugeschrieben. Eine Zeitlang war es schwer, im Sinne der Gewerkschaften etwas zu verändern.

Wann hat sich das geändert?

Spätestens mit der Wirtschafts- und Finanzkrise: Deutschland hat gezeigt, dass unsere Praxis der Sozialpartnerschaft das Land viel besser durch die Krise gebracht hat, als es anderen Ländern gelungen ist. Aber auch die Große Koalition war eine Konstellation, in der mehr darauf geachtet wurde, was die Gewerkschaften sagen. Mein persönliches Interesse als Christdemokratin war aber auch, das Verhältnis von CDU und Gewerkschaften ein Stück weit zu normalisieren.

Ist das gelungen?

Ja. Zuvor hatte ich den Eindruck, dass sich Gewerkschaften und Christdemokraten kaum kennen und zu selten miteinander reden. Das ist heute anders. Das ist nicht mein Verdienst allein, Michael Sommer hat viel dazu beigetragen, dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft neues Leben einzuhauchen. Insgesamt ist heute in der Gesellschaft und auch in meinem parteipolitischen Umfeld die Wertschätzung der Gewerkschaften, der Sozialpartnerschaft, unserer Kompetenzen und Ideen enorm gewachsen. Was das betrifft, gehe ich mit einem guten Gefühl. Bei einigen Themen aus meinem Zuständigkeitsbereich sieht das allerdings anders aus. Mit der schwarz-gelben Regierung wurde es schwieriger, gewerkschaftliche Forderungen in die Politik einzubringen.

Wo zeigt sich das besonders?

Schwarz-gelbe Regierungskoalitionen waren immer schwierig für Arbeitnehmerpolitik. Aus meiner Sicht waren die letzten Jahre verlorene Zeit. Immerhin ist es aber gelungen, Akzente zu setzen, beispielsweise das Nischenthema Bildung weit vorn auf die Tagesordnung zu bringen. Dazu haben wir auch mit eigenen Projekten beigetragen, etwa mit einem EU-geförderten Projekt zur betrieblichen Weiterbildung, in dem die Sozialpartner erfolgreich neue Strukturen für Weiterbildung in den Betrieben schaffen. Wichtige Schritte sind zudem gemacht worden bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse oder auch bei Nachqualifizierung von Menschen ohne Bildungsabschluss.

Was das Thema Chancengleichheit in der Bildung betrifft, steht Deutschland heute aber schlechter da als noch vor 20 Jahren.

Ja, und das bedauere ich – zumal ich selbst zu den Profiteuren der Bildungswerbung der 1960er-Jahre gehöre. Ich komme aus einer Familie, wo es außer der Cousine meiner Mutter niemanden gab, der einen akademischen Abschluss hatte, und habe mein Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg gemacht. Deshalb weiß ich: Das Geld ist nicht die einzige Barriere, die junge Menschen aus bildungsfernen Schichten davon abhält, Abitur zu machen oder ein Studium zu beginnen. Um diese Barrieren zu überwinden, braucht es mehr Beratung und Unterstützung. Die Hans-Böckler-Stiftung hat dazu ein gutes Projekt entwickelt. Was mich freut, ist, dass das Thema soziale Mobilität, die Durchlässigkeit nach oben, insgesamt wieder stärker beachtet wird.

Gibt es etwas, was du in deiner Amtszeit erreicht hast, auf das du richtig stolz bist?

Ja, dass es mir gelungen ist, eine tragfähige Brücke von den Gewerkschaften zu meiner eigenen Partei zu bauen. In der CDU gab es große Vorbehalte. Mittlerweile ist die Wertschätzung gewachsen.

Mitglied in der CDA, der Arbeitnehmerorganisation der CDU zu sein, war ja schon immer etwas Besonderes. Wo ist es dir in den letzten 13 Jahren besonders schwer gefallen, mit den unterschiedlichen Positionen der Gewerkschaften und deiner Partei umzugehen?

Es sind zwei Welten. Christdemokraten nehmen das Individuum in die Pflicht und lassen ihm Freiraum. Sozialdemokratisch geprägte Kollegen sehen eher den Gesetzgeber in der Verantwortung. So kommt man zu unterschiedlichen Lösungswegen. Das Modell der Einheitsgewerkschaft, entstanden auch aus den Erfahrungen im Nationalsozialismus, ist richtig, denn es will starke Gewerkschaften. Es funktioniert aber nur, wenn die Strömungen sich auf Augenhöhe begegnen. Ich will es mal so sagen: Hier wie da war es kein Spaziergang, Positionen Gehör zu verschaffen und Themen durchzusetzen. Man rackert sich oft ab. Und die Wertschätzung ist gering.

Foto: DGB/Steinle

Ingrid Sehrbrock, 64, gehört dem Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB seit Dezember 1999 an, seit Mai 2006 als stellvertretende Vorsitzende. Mitte der 1970er Jahre wurde sie Mitglied der Gewerkschaften und der CDA. Die gelernte Drogistin und Lehrerin für Englisch und Sozialkunde war u.a. Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union und Sozialreferentin an den deutschen Botschaften in Tschechien und in der Slowakei. Ende Mai scheidet sie aus dem DGB-Vorstand aus. Ihre Nachfolgerin ist Elke Hannack, bisher ver.di-Vorstandsmitglied.

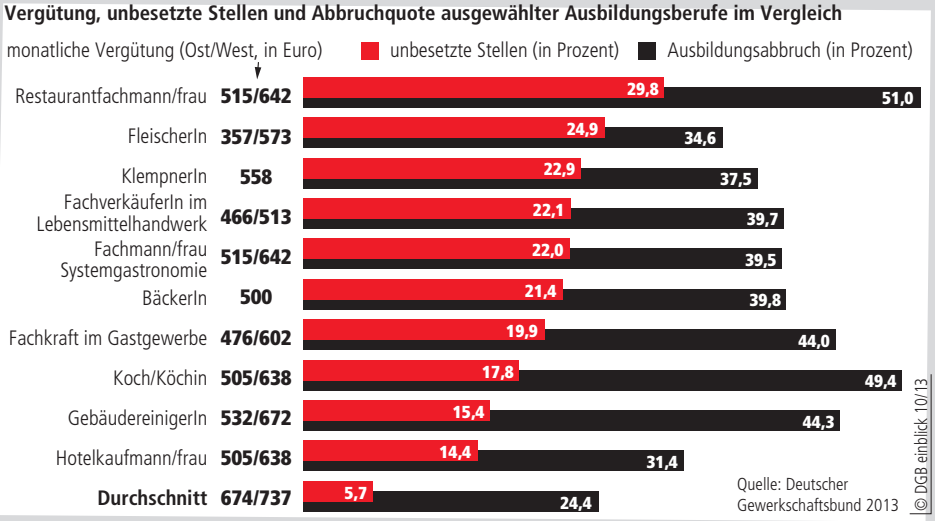
Langfassung des Interviews: www.einblick.dgb.de

die DGB grafik

AUSBILDUNG: Viele Betriebe nicht ausbildungsreif

„Gerade die Branchen, die lautstark über einen Bewerbermangel klagen, haben die schlechtesten Ausbildungsbedingungen", kritisiert der DGB in einer Expertise. In einigen der untersuchten Branchen verdienen die Azubis bis zu 200 Euro weniger als der Durchschnitt. Eine Folge: Viele Stellen bleiben unbesetzt. Dies gilt vor allem für die Ausbildung zu Restaurantfachkräften, FleischerInnen und KlempnerInnen. Im Gastgewerbe und in der Gebäudereinigung brechen viele Azubis ihre Ausbildung ab.

Vergütung, unbesetzte Stellen und Abbruchquote ausgewählter Ausbildungsberufe im Vergleich



personalien

••• ***Oliver Malchow,*** 49, ist neuer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Er folgt ***Bernhard Witthaut,*** 57, der zum Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Osnabrück berufen wurde. Seit 1997 ist Malchow Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein und seit November 2010 Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. Im Januar 2013 wurde er zum stellvertretenden GdP-Vorsitzenden gewählt. Neuer stellvertretender GdP-Vorsitzender ist nun ***Dietmar Schilff,*** 51. Schilff ist zugleich Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Niedersachsen.

••• ***Jasmin Romfeld,*** 33, ist neue Pressesprecherin des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen. Sie folgt ***Ute Fritzel,*** 47, die nun Pressesprecherin des ver.di-Landesbezirks Hessen ist. Romfeld hat von 2008 bis 2013 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Fraktion der Linken im Hessischen Landtag gemacht.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

28.5. DGB-Bezirke West, Hessen-Thüringen, Baden-Württemberg; Podiumsdiskussion „Alterssicherung gestalten!", Mannheim

29.5. DGB und WSI, Tagung „Konturen einer Neuen Ordnung der Arbeit", Berlin

30.5. DGB Schleswig-Holstein Nordwest, Diskussion „Leiharbeit/Werkverträge – Recht so?", Heide

31.5. Initiative 40 Jahre Berufsverbote in Niedersachsen, Diskussion „Der Verfassungsschutz – Gefahr für die Demokratie?!", Hannover

31.5.-1.6. DGB Niedersachsen, Bezirksjugendkonferenz, Magdeburg

31.5.-1.6. DGB Sachsen, Bezirksjugendkonferenz: „Jugend macht Ansagen – Zukunft gemeinsam gestalten", Chemnitz

1.6. Bündnis „Keine Zukunft für Nazis", Demo „Den Naziaufmarsch in Wolfsburg verhindern!", Wolfsburg

4.-5.6. ver.di, 11.Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst, Potsdam

6.6. DGB Ostsachsen, Preisverleihung 4. Ostsächsischer Mitbestimmungspreis 2013, Bautzen

7.-9.6. ver.di, 6. Bundeskonferenz für Vertrauensleute und Aktive in ver.di, Berlin

7.-9.6. DGB und Gewerkschaften, dezentrale Aktionstage zur Bundestagswahl 2013, bundesweit

11.6. DGB, Tagung „Kontrolle ist besser!", Berlin

11.6. DGB, Konferenz „Umdenken Gegenlenken – Aktiver Staat am Beispiel der Wohnungsfrage", Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Wer einen neuen Hammer hat, für den sieht alles wie ein Nagel aus."

Die TV-Journalistin Sonia Mikich kritisierte in der Talksendung „Günther Jauch" vom 12. Mai die Bereitschaft von Ärzten, bei vielen Patienten schnell und oft unnötige Operationen anzusetzen. Die Fehlsteuerung liege dabei im System.

Berufsausbildungsbeihilfe

Nebenkosten sind zu berücksichtigen

Die Agentur für Arbeit muss Nebenkosten auch bei Eigentumswohnungen berücksichtigen.

Der Fall: Die Auszubildende wohnt mit ihrem Lebensgefährten in einem beiden gehörenden Haus. Bei der Berechnung der Berufsausbildungsbeihilfe für eine Altenpflegerin hatte die Agentur für Arbeit über den gesetzlichen Pauschalbetrag von 149 Euro hinaus keine Aufwendungen der Frau berücksichtigt (Darlehensrate, Heiz- und Nebenkosten). Die Behörde verwies darauf, dass nur bei Mietwohnungen Aufwendungen bedarfserhöhend seien. Die Frau klagte erfolgreich.

Das Sozialgericht: Die Agentur für Arbeit hat nicht das Darlehen, wohl aber die Nebenkosten zu berücksichtigen. Das Gesetz spricht von „Mietkosten für Unterkunft und Nebenkosten". Damit seien nicht nur die Nebenkosten einer Mietwohnung anzusetzen. Da Nebenkosten von jedem nicht mehr bei den Eltern Wohnenden zu tragen sind, unerheblich ob bei Miete oder Eigentum, lässt sich für eine Differenzierung kein nachvollziehbarer Grund erkennen.

Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 9. April 2013 - S 4 AL 194/11

Gesetzliche Krankenversicherung

Recht auf Leben überwiegt

Können Ärzte chirurgisch, strahlen- und chemotherapeutisch ein Tumorwachstum nicht stoppen, kann die Kasse zur Kostenübernahme für nicht zugelassene Medikamente verpflichtet werden.

Der Fall: Der 46-jährige Patient war in einem lebensbebedrohlichen Stadium der Krebserkrankung. Die behandelnden Ärzte einer angesehenen Universitätsklinik sahen nur noch die Chance, mittels des für diese Krebsbehandlung nicht zugelassenen Medikaments Avastin den tödlichen Verlauf zu stoppen oder zu verlangsamen. Die Kasse lehnte es ab, die Therapie zu übernehmen. Sie stützte sich dabei auf den Medizinischen Dienst. Der Pateient beantragte im Eilverfahren, die Kasse zur Kostentragung zu verpflichten, und hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Gesetzliche Krankenversicherung darf nur solche Medikamente übernehmen, deren Nutzen und Freiheit von Nebenwirkungen völlig gesichert sind. Diese Grundentscheidung hat der Gesetzgeber vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Arzneimittel Contergan getroffen. Geht es aber um Leben oder Tod, gilt: Bieten die herkömmlichen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg und ist nach ärztlicher, wissenschaftlich fundierter Kenntnis ein neues Verfahren aussichtsreich, dann müssen die Kassen diese Verfahren übernehmen. Das gebietet die grundgesetzliche Entscheidung für Leben und Gesundheit. Die besondere Dringlichkeit verbietet es darüber hinaus, den Patienten auf ein langwieriges Gerichtsverfahren mit Beweiserhebung und Sachverständigengutachten zu verweisen. Vielmehr sind die Rechtsgüter des Patienten und der Krankenkasse gegeneinander abzuwägen. Dabei ist der im Grundgesetz verankerte Schutz von Leben und Gesundheit mit dem Interesse aller Beitragszahler abzuwägen, keine Kosten aussichtsloser Behandlungen zu tragen. Das bedeutet im Falle des Patienten: Die zugelassenen Methoden der medizinischen Wissenschaft waren als erfolglos ausgeschöpft anzusehen, nach ärztlicher Meinung war die Avastintherapie als erfolgversprechend einzuschätzen. Unter diesen Voraussetzungen überwiegt das Rechtsgut auf Leben.

Bayerisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 8. April 2013 – L 5 KR 102/13 B ER

URTEILE

Hartz IV

Wer kein Deutsch kann, muss es lernen

Erwerbsfähige EmpfängerInnen von Hartz-IV-Leistungen, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, müssen einen Integrationssprachkurs besuchen. Wenn sie sich weigern, an diesen Sprachkursen teilzunehmen, kann das Jobcenter die Regelleistungen kürzen. Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift sei unabdingbare Voraussetzung für die dauerhafte Eingliederung in Arbeit.

Sozialgericht Wiesbaden,
Urteil vom 13. Mai 2013 – S 12 AS 484/10

Hartz IV

Elterngeld ist Einkommen

Bei der Berechnung von Hartz-IV-Leistungen wird das Elterngeld – wie auch das Kindergeld – abzüglich einer Versicherungspauschale als Einkommen berücksichtigt. Dadurch wird die Leistung gemindert. Diese Regelung ist sachgerecht; denn mit dem Elterngeld hat der Gesetzgeber einen Anreiz schaffen wollen, eine Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung eines Kindes zu unterbrechen. Dies ist Eltern, die Grundsicherungsleistungen beziehen, nicht möglich.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 12. März 2013 - L 6 AS 623/11

Gesetzliche Rentenversicherung

Ehrenamt bildet keine Anrechnungszeit

Zeiten der Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit sind in der Rentenversicherung nicht als Anrechnungszeiten anzuerkennen. Ein Einstehen der Solidargemeinschaft für aus ehrenamtlicher Tätigkeit erwachsende Renteneinbußen soll nicht stattfinden.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 26. März 2013 – L 2 R 128/12

Betriebsratsmitglied

Muss Sitzungsteilnahme abwägen

Selbst wenn ein Betriebsratsmitglied zu einer Betriebsratssitzung geladen ist, entbindet die Einladung das Mitglied nicht davon, abzuwägen, ob seine Teilnahme an der Betriebsratssitzung wichtiger ist, als dringende berufliche Tätigkeiten. Der Entsendungsbeschluss bzw. die Ansetzung einer Betriebsratssitzung nach § 30 Satz 2 BetrVG bewirkt weder die Arbeitsbefreiung, noch kann er den Arbeitnehmer von einer selbstständigen Überprüfung der Rechtslage hinsichtlich des Bestehens einer Betriebsratsaufgabe entlasten.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Beschluss vom 4. Februar 2013 – 16 TaBV 261/12

Mobbing

Begründet Schmerzensgeldanspruch

Unterbeschäftigung oder Zuweisung von minderwertigen Aufgaben kann Mobbing darstellen. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Bereichsleiter im IT-Sofwareservice angewiesen wird, tägliche Arbeitsberichte zu verfassen und EDV-Schrott zu sortieren. Wer vom Arbeitgeber gemobbt wird, kann sich mit einer Schmerzensgeldklage dagegen wehren.

Arbeitsgericht Siegburg,
Urteil vom 11. Oktober 2012 - 1 Ca 1310/12

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 10.06.2013 11/13

DGB

Hartz IV

Verdeckte Armut wird ausgeblendet

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hat die Bundesregierung aufgefordert, verdeckte Armut nicht länger zu ignorieren. Gemeint sind Menschen mit geringen Löhnen, die aus Unkenntnis oder Scham trotz Anspruch keinen Antrag auf Hartz IV stellen. Laut Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nehmen 46 Prozent aller anspruchsberechtigten Haushalte Hartz IV nicht wahr. „Diese Menschen werden von der Bundesregierung komplett ausgeblendet", kritisiert Buntenbach.

Auch eine aktuelle Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg- Essen geht von einer hohen Dunkelziffer verdeckter Armut aus. Die IAQ-ForscherInnen haben die Wechselwirkungen zwischen niedrigen Löhnen und hohen Mieten untersucht. Um mit einem Vollzeitjob (37,7 Stunden / Woche) angesichts der aktuellen Mietpreise mindestens das Grundsicherungsniveau zu erreichen, benötigen alleinstehende Beschäftigte hierzulande im Schnitt einen Stundenlohn von 7,98 Euro brutto. In einer Stadt mit sehr hohen Mieten wie München müssten Singles mindestens 9,66 Euro in der Stunde verdienen.

Im Rest der Republik muss ein Paarhaushalt mit einem Kind, in denen nur eine/r verdient, der Stundenlohn im Schnitt schon mindestens 10,65 Euro brutto betragen, um das Grundsicherungsniveau zu erreichen. In München liegt die Schwelle für Paare mit Kind (AlleinverdienerIn) bei einem Stundenlohn von 16,43 Euro brutto. Dabei haben die ForscherInnen Kindergeld, Wohngeld und Kindergeldzuschlag bereits mit einbezogen.

Die Stundenlöhne vieler GeringverdienerInnen unterschreiten die erforderlichen Sätze zum Teil erheblich, so das IAQ. Der hohe Anteil so genannter Aufstocker auch bei Vollzeitbeschäftigten sei eine unmittelbare Folge niedriger Stundenlöhne und hoher Mieten, folgert das Institut. Dabei geht Prof. Dr. Gerhard Bäcker vom IAQ von einer hohen Dunkelziffer aus. Eine systematische Information über mögliche Aufstockungsansprüche gebe es nicht. „Auch die Jobcenter informieren nicht gezielt", so das IAQ.

Annelie Buntenbach kritisiert: „Das Problem Armut ist viel größer, als die Bundesregierung behauptet." Es sei ein Skandal, dass die Armut wächst, obwohl die Arbeitslosigkeit gesunken ist. Während die Gesamtzahl der Hartz-IV-EmpfängerInnen leicht sinkt, bleibt die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker stabil bei 1,3 Millionen. Der DGB geht davon aus, dass fast die Hälfte von ihnen (ca. 600 000) sozialversichert beschäftigt sind. Bei der Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze muss die verdeckte Armut mit berücksichtigt werden, fordert der DGB. So sollen diese Menschen aus der maßgeblichen Gruppe der Einkommensschwächsten herausgenommen werden. „Außerdem muss für die, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind, das Antragsverfahren transparenter und bürgerfreundlicher werden", so Buntenbach. •

Seit 2007 ist der Anteil der erwerbstätigen Hartz-IV-BezieherInnen an allen erwerbsfähigen Leistungsempfängerinnen gestiegen. Ein deutliches Zeichen, dass viele Menschen trotz Arbeit nicht mehr genug zum Leben haben und ihren Arbeitslohn aufstocken müssen.

plusminusBERLIN

+ ***CDU-MdB Wolfgang Börnsen will die Künstlersozialkasse stärken. Er findet: „Sie muss eine Säule in unserem sozialen Sicherungssystem bleiben." Die Kasse sei europaweit einmalig und für die soziale Absicherung von Künstlern unverzichtbar.***

- ***CSU-MdB Norbert Geis stimmt Kardinal Meisner zu. Frauen sollten drei bis vier Kinder bekommen und auf Karriere verzichten. Geis betont: „Die hohe Leistung der Mutter, die sie durch die Erziehung ihrer Kinder erbringt, wird nicht in gebührender Weise anerkannt."***

inhalt

Seite 3

Neue Ordnung

Im Bundestagswahlkampf 2013 macht der DGB mobil für eine neue Ordnung der Arbeit"

Seite 5

„Bildung für alle"

Der scheidende GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne im einblick-Interview

Seite 7

An der Basis

Hartmut Meine, Bernd Osterloh und Frank Paetzhold zeigen, warum Vertrauensleute wichtiger sind denn je

SPENDENAUFRUF
Der Verein „Gewerkschaften helfen" hat ein Konto für die Opfer der Flutkatastrophe eingerichtet:
Spendenkonto:
Gewerkschaften helfen e.V.
Konto: 015 201 1490
Bankleitzahl: 250 500 00
Stichwort: Flutopfer 2013

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/19F335n
IAQ-Studie zur Wirkung von Niedriglöhnen und hohen Mieten

Hintergrund

www.bit.ly/1blick_higru
Der DGB-Mediennewsletter 5/2013 mit aktuellen Beiträgen zur Medienpolitik aus gewerkschaftlicher Sicht

Rentenstudie

Erschwerter Gang in den Ruhestand

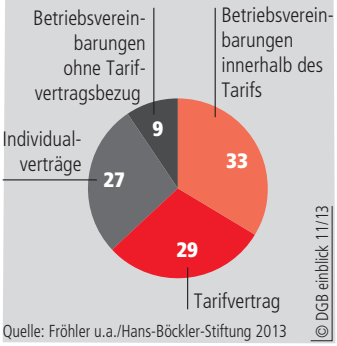
Immer weniger Beschäftigte haben noch eine Chance auf einen flexiblen Übergang in den Ruhestand. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Duisburg-Essen, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde. Die Rentenreformen der vergangenen Jahre haben die gesetzlich geregelten Möglichkeiten stark eingeschränkt, vorzeitig oder gleitend vom Erwerbsleben in die Rente überzugehen.

Die WissenschaftlerInnen kommen zu dem Ergebnis, dass lediglich neun Prozent der NeurentnerInnen „dem Idealbild einer fortlaufenden Beschäftigung bis zur Regelaltersgrenze" entsprechen. Die politisch Verantwortlichen gingen davon aus, dass tarifliche oder betriebliche Regelungen den Rückzug des Staates kompensieren könnten, heißt es in der Studie. Dies sei nicht geschehen, da immer weniger Beschäftigte unter einen Flächentarifvertrag fallen. So würden durch die Reformen die Arbeitgeber gestärkt, die Position der Beschäftigten hingegen geschwächt. Die Konsequenz lautet für die AutorInnen der Studie: Die Sozialpartner werden das Problem nicht allein lösen können, deswegen „muss die Regulierung des Rentenübergangs auch in Zukunft vornehmlich Aufgabe staatlicher Sozialpolitik bleiben". •

www.boeckler.de/14_43140.htm

Geregelter Übergang

Regelungen für Altersteilzeit in den Unternehmen (in Prozent)



Tarifliche Regelungen als Ersatz staatlicher Rentenpolitik funktionieren nur in einigen Branchen. Mitentscheidend ist auch die Betriebsgröße.

Europa

Kurs korrigieren

Die aktuellen wirtschaftspolitischen Empfehlungen der EU-Kommission an die Mitgliedsstaaten führen Europa nicht aus der Krise. Das hat der DGB kritisiert. Zwar sei die leichte Lockerung des rigiden Sparkurses für die Euro-Länder aus DGB-Sicht ein richtiger Schritt, aber das löst die Probleme noch nicht. Dass einige Länder das Tempo beim Schuldenabbau nun drosseln können, reiche nicht aus, um aus der Krise zu kommen. Zudem fürchtet der DGB, dass mit der Forderung nach weiteren „Strukturreformen" nichts anderes als Deregulierung der Arbeitsmärkte und Sozialabbau gemeint sind.

Die Kommissionsforderung, dass Deutschland seine Einkommenssteuern und Sozialabgaben reduzieren soll, hält der DGB ebenfalls für falsch. Eine solche Absenkung würde die Binnennachfrage nicht erhöhen, wohl aber die Staatseinnahmen senken. Zudem folgten auf sinkende Sozialabgaben schnell „Sozialabbau und Druck zur privater Vorsorge". •

www.dgb.de/-/sqR

Krankenversicherung

Ärzte auf FDP-Kurs

„Selbstbedienungsmentalität" wirft DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach den Ärztefunktionären vor. Auf ihrem Ärztetag hatten sie die Bürgerversicherung als „Staatsmedizin" abgelehnt. Die Mediziner sprachen sich für die Kopfpauschale aus. Für Annelie Buntenbach degradieren sich die Ärzte damit „zu einem Wahlkampfverein der FDP".

Die Finanzierungsvorschläge des Ärztetages sind für den DGB ein Affront gegen Versicherte und Patienten. Die Kopfpauschale würde zu immensen Belastungen für Versicherte und Steuerzahler führen. Mit dem Vorschlag der Ärztelobby, Gesundheits-Sparkonten für Kinder unter 18 Jahren einzurichten, um so für die Gesundheitskosten im Alter vorzusorgen, diskreditierten sich die Ärztefunktionäre selbst, erklärt Annelie Buntenbach. •

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Verkehrssicherheit vor Motorsport!
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

ILO-Bericht

Ungleiche Perspektiven

In ihrem aktuellen Weltarbeitsmarktbericht 2013 warnt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) vor einer wachsenden Ungleichheit. Zwar verbesserte sich die wirtschaftliche Lage in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern, doch dies verändert nichts an der vorhandenen Kluft zwischen Arm und Reich. In den Industrieländern werden die Einkommensunterschiede immer größer. Zudem führt die Erholung der Wirtschaft in einigen Ländern nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit. Aktuell sind weltweit rund 200 Millionen ohne Job, die ILO rechnet bis 2015 mit einem Anstieg der Arbeitslosen auf 208 Millionen. „In einigen europäischen Ländern gerät das wirtschaftliche und soziale Gefüge in Gefahr", warnt ILO-Generaldirektor Guy Ryder. Für den DGB-Vorsitzenden und IGB-Präsidenten Michael Sommer ist der ILO-Bericht „besorgniserregend".

Insbesondere in der europäischen Krisenpolitik werde ein Kurswechsel immer wichtiger. „Die Sparpolitik zerstört nicht nur den sozialen Zusammenhalt", sie führe auch zu weiterer Polarisierung der Gesellschaften. Europa braucht ein umfassendes Wachstums- und Investitionsprogramm fordern die Gewerkschaften. Der DGB habe dazu einen Marshallplan vorgeschlagen, nun müsse die Politik handeln. •

www.ilo.org, www.dgb.de/-/5Vx

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Gelebte Demokratie mit 5 Buchstaben? ACE e.V.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Solvency II

Gute Entscheidung

Die Sorge der Gewerkschaften scheint vom Tisch zu sein: Der ursprüngliche Plan von EU-Kommission und EU-Parlament, neue Aufsichts- und Kapitalregeln für Versicherungsunternehmen auch auf die betriebliche Altersversorgung zu übertragen, wurde zurückgezogen. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist das eine gute Entscheidung. Denn eine Übertragung der Eigenkapitalvorschriften für Versicherungsunternehmen (Solvency II) hätte „einen Erdrutsch" bei den Betriebsrenten verursacht. In Deutschland sind sie schon heute bestmöglich gegen Insolvenzen geschützt. •

Neue Ordnung der Arbeit

Politik soll Farbe bekennen

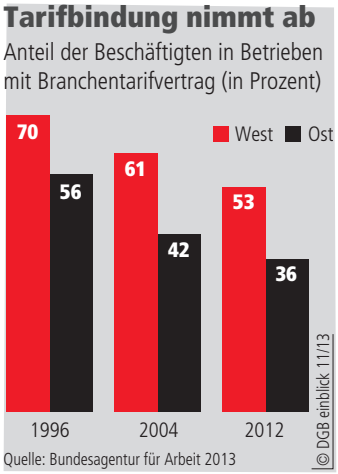
Nach drei Jahrzehnten neoliberaler Deregulierung des Arbeitsmarktes fordern die Gewerkschaften einen Politikwechsel.

Im Bundestagswahlkampf 2013 machen die Gewerkschaften mobil für eine neue Ordnung der Arbeit. „Wir wollen gute Arbeit schützen und voranbringen und prekäre Arbeit bekämpfen", bringt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Forderungen des DGB auf den Punkt. Wie die „Konturen einer neuen Ordnung der Arbeit" aussehen, fasste er in einer Grundsatzrede auf der gleichnamigen Tagung von DGB und WSI in der Hans-Böckler-Stiftung Ende Mai in Berlin zusammen. Mit mehr als hundert Aktionen bundesweit erhöhen die Gewerkschaften vom 7. bis 9. Juni den Druck für eine neue Ordnung der Arbeit. Bereits im Oktober 2012 hatte der DGB-Bundesvorstand seine Erwartungen an eine neue Bundesregierung in einem umfassenden Papier formuliert.

Es gibt viel zu tun: Der Abbau von Arbeitnehmerrechten begann nicht erst mit der Agenda 2010, sondern bereits mit dem Lambsdorff-Papier von 1982 und der Politik der Kohl-Regierungsjahre. So sorgte der damalige Arbeitsminister Norbert Blüm mit dem Arbeitsförderungsgesetz von 1996 dafür, dass mit der Erleichterung von befristeter Beschäftigung vor allem junge Menschen um sichere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt beraubt wurden.

Die letzten drei Jahrzehnte haben zu einem tief gespaltenen Arbeitsmarkt führten. Die Gewerkschaften erwarten nun im Bundestagswahlkampf, dass ihre jahrelange Kritik endlich aufgegriffen wird. Die Gewerkschaften wollen klare Antworten, was eine neue Bundesregierung umsetzen will, um den Beschäftigten eine bessere Perspektive zu bieten. Denn, so der DGB-Vorsitzende, „die Sozialpartner können viel und leisten noch mehr, aber sie können nicht alles reparieren, was die Politik zerstört hat".

Da hilft es wenig, wenn in Politikerreden immer gerne die Tarifautonomie gelobt wird. Michael Sommer erwartet, „dass dann auch was dafür getan wird". Beispielsweise bei den Allgemeinverbindlicherklärungen (AVE) von Tarifverträgen. Die sind in den letzten Jahrzehnten massiv zurückgegangen. Eine



Nur noch für die Hälfte der Beschäftigten gilt ein Branchentarifvertrag. Eine veränderte Regelung zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) könnte die Tariferosion stoppen und mehr Beschäftigte vor Dumping schützen.

der Hürden ist das erforderliche 50-Prozent-Quorum. AVE müssen möglich sein, so Sommer, wenn sie im öffentlichen Interesse liegen. Im aktuellen Fall, dem Mindestlohn im Friseurhandwerk, zeigt sich deutlich, dass das Quorum zu hoch liegt. Mehr Lohn gibt es deshalb erstmal nur für die FriseurInnen in Innungsbetrieben.

Notwendig ist eine Regelung, die das Tarifvertragssystem stabilisiert und vor Schmutzkonkurrenz und Lohndumping schützt. Tarifautonomie und -bindung greifen nicht mehr in allen Wirtschaftsbereichen. Deshalb, so der DGB-Vorsitzende, sei auch die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn „Notwehr gegen die Zerstörung der Tarifautonomie" und eine Barriere gegen das „Ausfransen der Löhne nach unten".

Die Politikerrunde auf der Veranstaltung ging auf die gewerkschaftlichen Forderungen ein. Doch Wahlkampfreden sind noch lange keine gesetzliche Regelung. Und oft liegt der entscheidende Unterschied im Detail. Beispielsweise bei der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Die Oppositionsparteien auf dem Podium, SPD, Grüne und Linke, unterstützen die Gewerkschaftsforderung. Die CDU nennt es Lohnuntergrenze und zeigt sich immerhin offen für eine Regelung. So ist sich der Bundesvorsitzende der CDA, Karl-Josef Laumann, sicher, dass es für den Mindestlohn nach der Wahl „eine robuste Regelung" geben wird.

Nicht minder sicher ist sich der aktuelle Koalitionspartner FDP, dass CDU und CSU für ein solches Gesetz „einen anderen Partner brauchen", erklärte der Vize-Fraktionschef der Liberalen Heinrich Kolb. Auch bei der CDU ist das Entgegenkommen begrenzt. Der DGB fordert, die 8,50 Euro gesetzlich festzuschreiben, weil es „ein Signal" geben muss, wie Sommer betont, dass „die Gesellschaft das will". Laumann hingegen beharrt darauf, die Höhe „nicht politisch" festzulegen, die Verantwortung müssten die Tarifpartner übernehmen.

Doch nicht nur AVE und Mindestlohn gehören zu einer neuen Ordnung der Arbeit. Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung müssen gestärkt, Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung sollen zugunsten sicherer Arbeitsverhältnisse eingedämmt werden. Arbeitslosigkeit muss bekämpft und Arbeitslose sollen wirksamer unterstützt werden. •

Mehr Infos: ***www.dgb.de/btw2013, www.dgb.de/-/PMl***

Gute Praxis in Europa

„Europa steht am Scheideweg" erklärte Prof. Brigitte Unger, wissenschaftliche Direktorin des WSI, auf der Tagung „Konturen einer neuen Ordnung der Arbeit". Es gehe letztlich um die Frage, ob die EU die „Low-Road" zu Billiglöhnen und prekären Jobs oder die „High-Road" wähle – der bessere Weg, so Unger, um Innovation, Qualifikation und betriebliche Flexibilität mit Sicherheit und Mitbestimmung zu kombinieren.

An guten Beispielen mangelt es nicht:

- ***Für eine Regelung des gesetzlichen Mindestlohns, den 20 von 27 EU-Ländern bereits haben, lohnt ein Blick auf Großbritannien.***
- ***Für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen haben Länder wie Österreich oder Belgien praktikable Verfahren.***
- ***Bei der Leiharbeit oder anderen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zeigen Briten oder auch Franzosen, dass die ArbeitnehmerInnen besser geschützt werden können.***

Das Fazit der Wissenschaftlerin: „Bei einer Neuordnung des Arbeitsmarktes kann sich die deutsche Politik an Regelungen anderer europäischer Länder orientieren."

PROJEKTE UND PARTNER

Demokratie-Aktie

Aktion gegen Rechts

Der DGB Nord unterstützt gemeinsam mit den mecklenburg-vorpommerschen Arbeitgeberverbänden eine neue Form der Spendenakquisition: Wer will, kann eine „Demokratie-Aktie" erwerben. Mit den Einnahmen aus diesen symbolischen Aktien werden regionale Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus unterstützt. Wofür das Geld ausgegeben wird, entscheidet ein Gremium, dem die Spender sowie die Kommunen oder auch betriebliche Beratungsteams angehören. Die Aktion startete am 1. Juni. •

www.nord.dgb.de

Fußball-WM Katar

IGB fordert neue Ortswahl

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) fordert den Welt-Fußballverband FIFA auf, über die Vergabe der Fußball-WM 2022 neu abzustimmen. Katar als Gastgeber der Fußball-Weltmeisterschaft steht schon lange in der Kritik. Auf der WM-Großbaustelle arbeiten Tausende unter extrem schlechten Arbeitsbedingungen. Der IGB hat jetzt die Online-Kampagne „Katar – das Richtige tun" gestartet. Er kritisiert, dass Katar für die WM-Vorbereitung 100 Milliarden US-Dollar investiert, doch die Menschen – Wanderarbeiter aus Nepal, Indien, Sri Lanka oder von den Philippinen – meist wie Sklaven behandelt. Es werden Hungerlöhne gezahlt, die Arbeiter müssen in verdreckten Lagern leben. Tödliche Unfälle sind an der Tagesordnung. Der IGB ruft die Fußballfans weltweit auf, die Petition für Arbeitnehmerrechte in Katar zu unterstützen. •

www.act.equaltimes.org/de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Verkehrspolitik mit Zukunft: sozial und ökologisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Betriebsräte-Preis

Sonderpreise für Gute Arbeit

Fast 90 Betriebsratsgremien haben sich in diesem Jahr um den Betriebsräte-Preis 2013 beworben. Eine Rekordbeteiligung, wie der Initiator, die Fachzeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* (AiB), meldet. Der Preis, der in diesem Jahr zum fünften Mal vergeben wird, ist in sieben Kategorien ausgeschrieben. Darüber hinaus verleiht die Jury in diesem Jahr vier Sonderpreise zu den Themen „Gute Arbeit", „Innovative Betriebsratsarbeit", „Europa mitbestimmen" und „Beschäftigungssicherheit".

Die Preisverleihung findet am 17.Oktober in Kooperation mit dem „Deutschen BetriebsräteTag" im ehemaligen Plenarsaal des Bundestages in Bonn statt. Schirmherrin der Veranstaltung ist wie 2012 Ursula von der Leyen (CDU), Bundesministerin für Arbeit und Soziales. •

www.dbrp.de

Förderprogramm

Akademiker ohne Abitur

Mit einem neuen Modellprojekt will die Hans-Böckler-Stiftung den Zugang zum so genannten Dritten Bildungsweg verbessern. Gemeinsam mit der Universität Essen und der Hochschule Niederrhein wurde ein Modell entwickelt, das Menschen mit Berufsausbildung, aber ohne Abitur, den Zugang zu einem Studium erleichtern soll. Bislang, so die Erfahrung der Bildungsexperten, ist der Einstieg in den Universitätsalltag für die Berufspraktiker schwierig. Künftig sollen die StudienanfängerInnen über Seminare und Kurse gezielt gefördert werden. Insgesamt 1,5 Millionen Euro stellt die HBS für dieses Projekt zur Verfügung. Bewerbungen sind bis zum 1. September möglich. •

www.boeckler.de

neueBücher

Leben und Wirken von Luise Kautsky schildert der Autor Günter Regneri im Rahmen der Buchreihe ***Jüdische Miniaturen***. Die jüdische Ehefrau von Karl Kautsky unterstützte ihren berühmten Mann und war zugleich seine konstruktive Kritikerin. In Österreich aufgewachsen, zog sie später mit ihrem Mann nach Deutschland um und engagierte sich in der SPD bzw. USPD für eine gerechte Gesellschaftsordnung. Sie war eine enge Freundin von Rosa Luxemburg und veröffentlichte nach deren Tod deren Korrespondenz mit Karl Kautsky. Kurz nach ihrem 80. Geburtstag wurde sie nach Auschwitz deportiert, dort starb sie 1944. Ein spannendes Buch, das das bewegte Leben der wenig bekannten Luise Kautsky und deren wichtigen Beitrag zur deutschen Arbeiterbewegung anschaulich beschreibt.

Günter Regneri: Luise Kautsky. Seele des internationalen Marxismus – Freundin von Rosa Luxemburg. Berlin 2013, Hentrich & Hentrich Verlag, 81 Seiten, 8,90 Euro

Neues Projekt

Bündnis gegen Ausbeutung

Menschen werden weltweit unter unwürdigen Bedingungen zur Arbeit gezwungen – auch in Deutschland. Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen findet sich in vielen Branchen. In der Gastronomie, in Schlachtereien, auf dem Bau oder auch in der Pflege- und Reinigungsbranche. Dagegen macht das „Bündnis gegen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung" seit langem mobil. Im Rahmen des Bündnisses wird Arbeit und Leben e.V. Berlin im Herbst ein neues Projekt gegen Menschenhandel, Arbeitsausbeutung und die damit verbundene Diskriminierung von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt starten.

Das Projekt wird in den drei Bundesländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz durchgeführt. Partner sind der DGB Berlin-Brandenburg, die Landesregierung Rheinland-Pfalz und die Diakonie Wuppertal. Geplant sind unter anderem Schulungen für verschiedene Berufsgruppen, der Aufbau von Kontaktstellen und Online-Informationsmaterial. •

www.buendnis-gegen-menschenhandel.de

interregio

••• Das ***„Band für Mut und Verständigung"*** wird in diesem Jahr zum 20. Mal vergeben. Ausgezeichnet werden BürgerInnen, die Zivilcourage gegen rassistische Gewalt gezeigt haben. Initiator ist das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, zu dessen Gründungsmitgliedern der ***DGB Berlin-Brandenburg*** gehört.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk West*** appelliert gemeinsam mit der evangelischen Kirche an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz, sich stärker für den ***Sonntag als Ruhetag*** zu engagieren. DGB und Kirche fordern, der „Durchökonomisierung unserer Kultur" Einhalt zu gebieten.

www.west.dgb.de

GEW-Gewerkschaftstag

Bildung muss gewollt werden

Nach acht Jahren als GEW-Vorsitzender tritt Ulrich Thöne beim GEW-Gewerkschaftstag nicht mehr an. Im einblick-Interview zieht er Bilanz.

Was sind die wichtigsten Themen des GEW-Gewerkschaftstags?

Wir wollen die jüngsten Tarifauseinandersetzungen inhaltlich aufarbeiten und daraus Schlüsse für die künftige Tarifarbeit ziehen. Ein zentrales Thema wird Inklusion sein, ein weiteres die Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Wir werden uns außerdem mit der Frage beschäftigen, wie wir künftig mit der starren Situation in der Schulorganisation in Deutschland umgehen sollen. Und natürlich wird es darum gehen, wie wir die Organisation weiterentwickeln können. Dazu gehört auch der Fortgang unserer Mitgliederwerbeprojekte. Nun geht es darum, diese Erfolge zu verstetigen.

Das Thema Bildung hat seit Jahren Hochkonjunktur, ein Bildungsgipfel jagt den nächsten. Aber gibt es tatsächlich substanzielle Verbesserungen?

Nein, im Gegenteil. Der Anstoß vom ersten Bildungsgipfel endete in einem Desaster. Das ist ein O-Ton von Angela Merkel persönlich. Aufgrund der vielen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte ist der Finanzbedarf, um den gesamten Bildungsbereich nach vorn zu bringen, enorm. Über die Finanzierung gab es erhebliche Differenzen und letztendlich keine Verständigung. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland bei der Bildungsfinanzierung nach wie vor einen der hinteren Ränge ein. Das erfolgreiche Abschneiden Finnlands bei Bildungsstudien wie PISA hat ein finnischer Bildungsexperte kürzlich in einem Interview damit erklärt, dass dort die gesamte Bildung von der Kita bis zur Weiterbildung – inklusive Schulessen oder Nachhilfe – gebührenfrei sei. Ganz lapidar empfahl er: Führt das erst mal bei euch ein – danach können wir dann über Pädagogik und Methoden reden. Entscheidend ist, dass Bildung gewollt wird und diejenigen, die sich darauf einlassen, keine großen materiellen Opfer bringen müssen.

Woran mangelt es besonders?

Wir brauchen mehr und gut ausgebildetes Personal in allen Bildungsbereichen. Und dieses Personal muss anständig bezahlt werden. Verglichen mit den anderen OECD-Staaten ist in Deutschland die Personalausstattung am schlechtesten. Das erhöht den Arbeitsdruck auf die einzelnen Pädagogen in unzulässiger Weise und macht es schwierig, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und zu betreuen.

In Sachen Chancengerechtigkeit steht Deutschland heute schlechter da als vor 30 Jahren.

Ja, und ein Wandel ist nicht in Sicht.

Ein weiteres leidiges Thema ist der Bildungsföderalismus. Auch da gibt es keine Veränderung, oder?

Nein, da treten wir auf der Stelle. Ich will die föderale Struktur der Bundesrepublik nicht antasten. Sie bereichert unser Land auch – im Sinne von kultureller Vielfalt. Aber dennoch muss es einen gewissen einheitlichen Rahmen geben. Und der ist auch möglich. Die Föderalismusreform von 2006, die durchgepeitscht wurde, ist der falsche Weg. Mit ihr wurde nur der Wettbewerb zwischen den einzelnen Bundesländern gefördert. Das ist Tinnef – Wettbewerb und Bildung passen nicht zusammen. Wettbewerb im Bildungsbereich heißt immer auch, Gewinner und Verlierer zu produzieren. Bildung heißt eigentlich für jeden Einzelnen, dass er sich anstrengen muss, besser zu werden. Bildung ist dann erfolgreich, wenn ein Lernerfolg erzielt wurde.

Inklusion ist zentrales Thema auf eurem Gewerkschaftstag. Was meint die GEW damit?

Ulrich Thöne, 62, gelernter Berufsschullehrer, ist seit April 2005 GEW-Vorsitzender.

Alle Menschen gehören dazu. Alle sollen gleichberechtigt an Bildung teilhaben können, und daraus soll eine neue gemeinsame Struktur entstehen. Das ist auch notwendig. Sie verändert Inhalte und Qualität für alle.

Bei der Mitgliederentwicklung ist die GEW Klassenprimus unter den Gewerkschaften. Bereits im sechsten Jahr seid ihr im Mitgliederplus. Was ist euer Erfolgsgeheimnis?

Der Erfolg hat viele Mütter und Väter. Ich denke, wir haben 2005 eine gute Entscheidung gefällt, als wir beschlossen haben, all unsere Aktivitäten in Hinblick auf die Mitgliederentwicklung zu überprüfen. Wir haben eine Mitgliederoffensive gestartet und auch richtig Geld in die Hand genommen. Dazu gehörte auch, den Dialog mit denjenigen zu suchen, die bewusst nicht Gewerkschaftsmitglied sind, und die Erkenntnisse daraus auf unsere Arbeit zu übertragen. Aber nicht nur wir, auch andere DGB-Gewerkschaften sind wieder attraktiver geworden. Die Gewerkschaften haben bewiesen, dass die Prognose mancher Soziologen vom Ende der Großorganisationen nicht zutrifft.

Personeller Wechsel

Vom 12. bis zum 16. Juni findet der 27. GEW-Gewerkschaftstages in Düsseldorf statt. Unter dem Motto „Alles beginnt mit guter Bildung!" werden die Delegierten die Weichen für die Arbeit der kommenden Jahre stellen. Unter anderem wird der achtköpfige geschäftsführende Vorstand neugewählt. Mit mindestens fünf ausscheidenden Vorstandsmitgliedern steht ein großer personeller Wechsel an. Nicht mehr antreten werden Ulrich Thöne, Marianne Demmer, Ilse Schaad, Anne Jenter und Dr. Stephanie Odenwald.

Für den neuen Vorsitz kandidieren Marlis Tepe, 59, und Norbert Hocke, 61. Für weitere Bereiche treten an Petra Grundmann, 55, Frauke Gützkow, 52, Andreas Gehrke, 57, Susanne Gondermann, 61, Dr. Ilka Hoffmann, 49, Dr. Andreas Keller, 47, und Ansgar Klinger, 49.

Zudem hat Sigrid Baumgardt, 54, nach Ablauf der Wahlvorschlagsfrist ihre Kandidatur angekündigt. Sie benötigt vor Ort 20 Delegierte, die sie unterstützen.

www.gew.de/Gewerkschaftstag_2013.html

Langfassung des Interviews mit Ulrich Thöne:
www.einblick.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Der Beirat der IG Metall hat einen außerordentlichen Gewerkschaftstag am 24./25. November in Frankfurt am Main beschlossen. Dort steht eine weitere Verjüngung des Vorstandes an.

Die NGG begrüßt, dass sich die Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank aus der Spekulation mit Agrarrohstoffen zurückziehen will. „Nun müssen endlich auch die Deutsche Bank und die Allianz ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen", so die NGG.

Die IG BCE hat Sofortmaßnahmen gegen steigende Energiepreise und eine neue Strommarktordnung gefordert. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis warnt, dass die unterschiedliche Preisentwicklung in den USA und Europa auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit gehe und Jobs gefährde.

ver.di hat erstmals einen Tarifvertrag mit der Diakonie vereinbart. So konnten für die MitarbeiterInnen der Diakonie in Niedersachsen höhere Einkommen vereinbart werden.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Wer sichere Autos und gute Straßen baut, braucht sichere Arbeit und gute Löhne.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

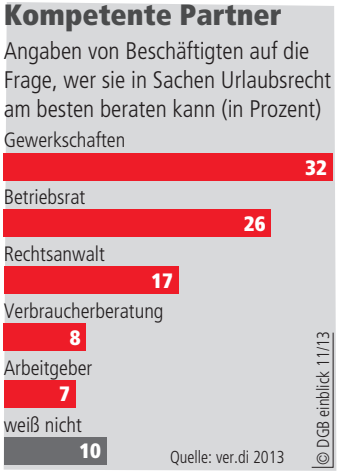
ver.di-Aktion

Selbstverständlich Urlaub

Sechs Wochen Jahresurlaub sind für viele Beschäftigte selbstverständlich. Doch oftmals wird vergessen, dass der gesetzliche Rahmen nur vier Wochen vorsieht. Alles darüber hinaus ist in der Regel Erfolg gewerkschaftlicher Verhandlungskraft. Mit einer Aktionswoche Anfang Juni hat ver.di deshalb bundesweit in Betrieben und Verwaltungen über das Thema Tarifurlaub informiert. Ziel war es unter anderem, auf die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft hinzuweisen.

Eine repräsentative Umfrage im Auftrag von ver.di zeigt, dass der Anspruch auf Urlaub ungleich verteilt ist. So bekommt jeder achte Beschäftigte (13 Prozent) bestenfalls den gesetzlichen Jahresurlaub. In Ostdeutschland sind es sogar 21 Prozent. Luft nach oben gibt es auch beim Urlaubsgeld. Gerade einmal 42 Prozent erhalten eine Sonderzahlung vom Chef. Einen Handlungsauftrag geben die befragten ArbeitnehmerInnen den Gewerkschaften mit auf den Weg. Zwei Drittel würden es gut finden, wenn die Gewerkschaften sechs Wochen Urlaub für alle durchsetzen würden. Passend zur anstehenden Ferienzeit informieren Hans-Böckler-Stiftung, DGB und Gewerkschaften zum Thema Urlaub. ●

Alle Infos und Links gibt es unter: www.bit.ly/1blick_higru



Gewerkschaften und Betriebsräte werden als kompetente Ratgeber in Sachen Urlaub wahrgenommen.

Chemie-Industrie

Sozialpartner für Nachhaltigkeit

Die Chemie-Industrie und die IG BCE wollen sich gemeinsam für mehr Nachhaltigkeit in ihrer Branche einsetzen. Den Startschuss zur Initiative „Chemie³" gaben Ende Mai die Vorsitzenden der IG BCE, des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) und des Arbeitgeberverbandes BAVC gemeinsam in Frankfurt/Main. Erstmals arbeitet mit dieser Initiative eine ganze Branche daran, Nachhaltigkeit als Leitbild zu verankern.

Nachhaltigkeit ist für die Chemie-Sozialpartner mehr als nur Ökologie. Wirtschaftlicher Erfolg soll mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung verknüpft werden. „Mit unserer Initiative verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz, der alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit umfasst", sagt Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE. In der Politik werde die Debatte um Nachhaltigkeit oft noch zu eindimensional geführt. Margret Suckale, stellvertretende Vorsitzende des BAVC, betont: „Als Arbeitgeber, Gewerkschaft und Wirtschaftsverband wollen wir zeigen, dass wir gemeinsam Verantwortung übernehmen." Ökonomische, ökologische und soziale Anforderungen in Einklang zu bringen, sei ohne Sozialpartnerschaft nicht denkbar. Kern der Initiative sind zwölf Leitlinien, an denen sich Unternehmen und Beschäftigte künftig orientieren sollen. Unter anderem geht es um Investitionsentscheidungen, gute Unternehmensführung, Arbeitsbedingungen sowie um Energie- und Ressourcenmanagement. ●

www.chemiehoch3.de

20 Jahre Brandanschlag in Solingen

Entschieden gegen Rechts

Rechte Gewalt ist zurzeit nicht nur aufgrund des NSU-Prozesses ein aktuelles Thema. Am 29. Mai jährte sich zum 20. Mal der Brandanschlag von Solingen, bei dem fünf Menschen starben. Das DGB-Bildungswerk mahnte anlässlich des Jahrestages: Rassismus und Rechtsextremismus sind in Deutschland noch immer allgegenwärtig. Das zeige sich nicht nur in den lange im Verborgenen gebliebenen Taten der NSU, sondern auch in alltäglichen Auseinandersetzungen und Diskriminierungen. Umso wichtiger ist es, sich weiterhin ständig gegen Rassismus und Rechtsextremismus einzusetzen. ●

Mitgliederentwicklung

ver.di wächst wie noch nie

ver.di hat in den ersten fünf Monaten des Jahres so viele neue Mitglieder gewinnen können wie noch nie zuvor: Insgesamt rund 68 000 Menschen. Damit ergibt sich nach Abzug der Austritte seit Jahresbeginn ein Plus von 4000 neuen Mitgliedern. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske freut sich: „Eine vergleichbare Entwicklung hat es noch nie gegeben". Ein Grund für den Erfolg sind die Tarifkonflikte der vergangenen Monate. Allein im Handel konnte ver.di rund 20 000 neue KollegInnen in den eigenen Reihen begrüßen. Aber auch bei den Finanzdienstleistungen, im Luftfahrtverkehr und im Energiebereich war ver.di erfolgreich. ●

Volkswagen

Vertrauensleute organisieren Beteiligung

Gewerkschaftliche Vertrauensleute sind heute wichtiger denn je. Das zeigen die Erfahrungen in den Volkswagen-Werken. Ein Beitrag von Hartmut Meine, Bernd Osterloh und Frank Paetzhold.

In der Schlussphase der Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie und bei Volkswagen versammeln sich vor der Konzernzentrale in Wolfsburg 31 000 Beschäftigte. Zeitgleich demonstrieren in den anderen fünf VW-Standorten weitere 19 000 IG Metall-Mitglieder. Damit findet während der tariflichen Friedenspflicht eine Aktion der Beschäftigten in den Volkswagen-Standorten statt. Eine beeindruckende Aktion, die ohne vorherigen schriftlichen Aufruf, ohne Mailing oder Kurznachrichten stattfindet. Wie geht das? Wie werden 50 000 Gewerkschaftsmitglieder ohne schriftliche Information zu einem bestimmten Zeitpunkt an verschiedenen Standorten mobilisiert, die Arbeit niederzulegen und zu demonstrieren?

Zunächst ist ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad Voraussetzung – bekanntlich sind bei Volkswagen über 95 Prozent der Beschäftigten Mitglied der IG Metall. Doch dies allein reicht nicht aus. **Entscheidend sind die gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleute.** Sie stehen im engen Kontakt mit den Mitgliedern der IG Metall in den jeweiligen Bereichen. Sie informieren, organisieren und starten Beteiligungsprozesse der Belegschaften für verschiedene Themenfelder. Themen, die den unmittelbaren Arbeitsplatz, die Tarifverträge und gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen betreffen. Dies wurde bei Volkswagen im Konflikt um den Erhalt des VW-Gesetzes, bei Demonstrationen gegen die Rente mit 67 und für die geförderte Altersteilzeit, aber auch bei Aktivitäten gegen Neonazis und Rassismus mehr als deutlich.

In den sechs Volkswagen-Werken Wolfsburg, Braunschweig, Emden, Hannover, Kassel und Salzgitter arbeiten rund 102 000 Menschen, die von 246 Betriebsratsmitgliedern vertreten werden. **Rein rechnerisch ist ein Betriebsratsmitglied für mehr als 414 Beschäftigte zuständig.** Allein aufgrund dieser Relation wird deutlich, dass der unmittelbare Dialog zwischen Betriebsräten und den Belegschaften begrenzt ist. Hier zeigt sich die Bedeutung der Vertrauensleute. In den sechs Volkswagen-Werken gibt es insgesamt 3696 gewählte Vertrauensleute der IG Metall. Sie werden alle vier Jahre demokratisch gewählt und repräsentieren die IG Metall im Betrieb. Sie sind das eigenständige Vertretungsorgan der IG Metall im Betrieb. Losgelöst vom Betriebsverfassungsgesetz agieren die Vertrauensleute auf der Grundlage der Satzung der IG Metall.

Vertrauensleute sind die gewerkschaftliche Struktur im Betrieb. Sie sind für die Arbeit der Betriebsräte unverzichtbar. Betriebsräte können in Verhandlungen ganz anders auftrumpfen, wenn sie starke Vertrauensleute und hochorganisierte Belegschaften im Rücken haben, die, wenn notwendig, kurzfristig zu Aktionen bereit sind. Der Slogan der IG Metall bringt es auf den Punkt: „Vertrauensleute – Nah dran und kompetent".

In den einzelnen Bereichen, wie etwa der Montage, führen die Vertrauensleute regelmäßig Informationsrunden durch, um die IG Metall-Mitglieder über aktuelle Entwicklungen im Betrieb, in der Tarifpolitik und in der Gesellschaft zu informieren. Im Rahmen des sogenannten „Volkswagen-Weges" spielen Vertrauensleute bei der **Gestaltung und Organisation der Abläufe im unmittelbaren Arbeitsbereich der Beschäftigten** eine wichtige Rolle. So wird beispielsweise derzeit ein Programm realisiert, um besonders belastende Arbeitsplätze ergonomisch zu gestalten. Hier wird großer Wert auf die Vorschläge der Beschäftigten gelegt, die an diesen Arbeitsplätzen arbeiten. Sie haben die Chance, durch konkrete Vorschläge sich unmittelbar an der Gestaltung ihrer Arbeitsplätze zu beteiligen.

Voraussetzung für eine professionelle Vertrauensleutearbeit ist die Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen. Seminare für Vertrauensleute auf der örtlichen und bezirklichen Ebene werden durch die Modulreihe für Vertrauensleute an den zentralen Bildungsstätten der IG Metall ergänzt. Zahlreiche Vertrauensleute haben sich zu Referentinnen oder Referenten für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit vor Ort qualifiziert und führen ehrenamtlich Seminare für Gewerkschaftsmitglieder und neu gewählte Vertrauensleute durch.

Um die Interessen ihrer Mitglieder konsequent vertreten zu können, ist die IG Metall gut beraten, **noch stärker als in der Vergangenheit die Vertrauensleutearbeit zu stärken** und zwar auf allen drei Ebenen: in den regionalen Verwaltungsstellen, in den Bezirken und im Vorstand der IG Metall. Unsere praktische Erfahrung bei Volkswagen zeigt, dass dies der richtige Weg ist. •

Ansprechpartner im Betrieb

Immer mehr Gewerkschaften setzen auf unterschiedliche Formen einer beteiligungsorientierten Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit. In der „Initiative Trendwende" aller DGB-Gewerkschaften widmete sich beispielsweise ein eigenes Projekt dieser Frage. In diesem Zusammenhang hat die alte gewerkschaftliche Institution der gewerkschaftlichen Vertrauensleute wieder mehr Gewicht bekommen.

So hat beispielsweise die IG Metall bereits auf ihrem Kongress 2003 beschlossen, die Vertrauensleute-Arbeit zu stärken, um die Kommunikation zwischen den Beschäftigten, den Mitgliedern und der Organisation zu verbessern. Gewerkschaftliche Vertrauensleute, in der Regel von den Gewerkschaftsmitgliedern in einem Betrieb gewählt, sind das Bindeglied zwischen Organisation und Beschäftigten. Sie sind die ersten Ansprechpartner in den Unternehmen.

Foto: IG Metall

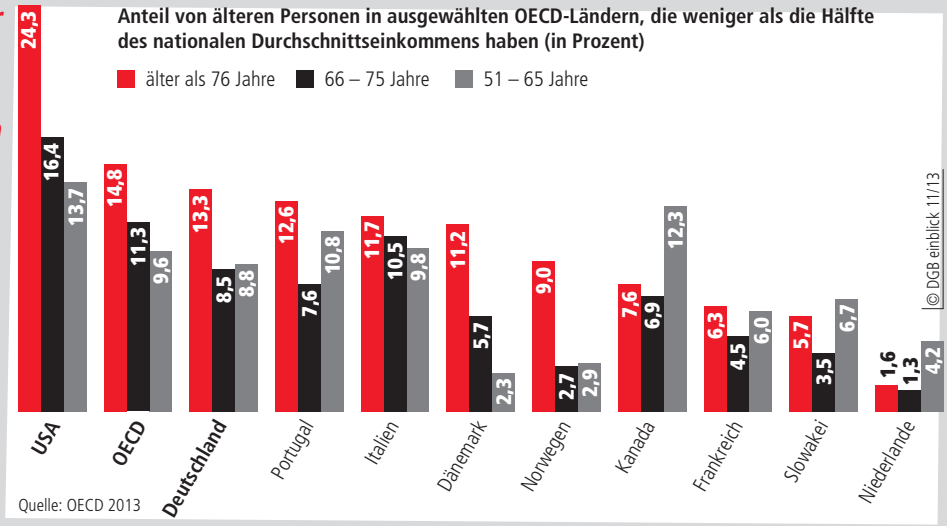
Die Autoren des Beitrags (von links nach rechts): Hartmut Meine ist IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Bernd Osterloh, Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzender von Volkswagen, war neun Jahre Vertrauenskörperleiter im VW-Werk Wolfsburg. Frank Paetzold ist seit 2012 Vertrauenskörperleiter bei VW Wolfsburg.

DIES & DAS

die DGB grafik

ALTERSARMUT IN DEUTSCHLAND: Den USA auf den Fersen

Schon heute sind 13,3 Prozent der über 76-jährigen in Deutschland arm. Das belegen Zahlen der OECD. Sie haben weniger als die Hälfte des monatlichen Durchschnittseinkommens. Deutschland liegt damit auf den vorderen Plätzen aller OECD-Länder. Die meisten armen Älteren gibt es in den USA. Dort ist fast jeder vierte über 76 Jahre arm. Um zu verhindern, dass die Zahl der armen Menschen in Deutschland steigt, fordert der DGB unter anderem, die Rente mit 67 auszusetzen und eine Demografie-Reserve aufzubauen.



personalien

••• ***Alexander Kirchner,*** 56, EVG-Vorsitzender, ist als Vizepräsident der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) wiedergewählt worden. Präsident bleibt der Schwede Lars Lindgren, Generalsekretär der Portugiese Eduardo Chagas.

••• Bundestagsvizepräsident ***Wolfgang Thierse*** (SPD), 69, erhält den Georg-Leber-Preis für Zivilcourage der IG BAU. Die Verleihung erfolgt am 60. Jahrestag des Arbeiteraufstands in der DDR am 17. Juni in Berlin. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel begründet die Ehrung Thierses mit dem aufrechten Einstehen des Politikers für das Recht aller Bürger auf friedlichen und gewaltfreien Protest sowie seinem couragierten Einsatz für Freiheit und Demokratie.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

11.6. DGB Berlin-Brandenburg, Tagung „Kontrolle ist besser!", Berlin

11.6. DGB-Bundesvorstand, Konferenz „UMDENKEN GEGENLENKEN – Aktiver Staat am Beispiel der Wohnungsfrage", Berlin

12.6. Bündnis für gute Pflege, Tagung „Das verflixte 7. Jahr – Kommt nun endlich der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff?", Berlin

12.-13.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Die IFRS – eine problemorientierte Einführung für Aufsichtsratsmitglieder", Berlin

12.-16.6. IG BAU und Building and Wood Workers' International Youth, Weltjugendtreffen, Maierhöfen

12.-16.6. GEW, 27. Ordentlicher Gewerkschaftstag der GEW, Düsseldorf

14.-16.6. Heinrich-Böll-Stiftung, Zukunftskongress „Baustellen der Demokratie", Berlin

17.-21.6. Hans-Böckler-Stiftung, Uni Kassel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Workshop „9. Internationale Kasseler Sommerakademie", Kassel

18.6. DGB-Stadtverband Leipzig, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum „Rente mit 67 oder 76?", Leipzig

18./19.6. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Haftung und Compliance in der Aufsichtsratstätigkeit", Köln

19.6. DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, u.a., Konferenz „Zukunft der Besteuerung internationaler Konzerne – Für eine gerechtere Steuerpolitik", Berlin

20.6. ver.di-Bildungswerk, Fachtagung „Dabei sein ist alles", Hannover

21.6. DGB-Region Halle-Dessau und Leipzig-Nordsachsen, Fachtagung „Rente. Im Spannungsfeld der Generationen!", Halle/Pleißen

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Schlusspunkt.

„Ich glaube es bringt nichts, wenn man wie in Norwegen eine Kaste von Goldröcken installiert."

Heinrich Kolb, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, über eine Frauenquote in Aufsichtsräten auf der Tagung „Konturen einer Neuen Ordnung der Arbeit" von DGB und WSI am 29. Mai in Berlin

Hartz IV

Nächtlicher Fußweg ist zumutbar

Einem Empfänger von Arbeitslosengeld II („Hartz IV") kann es zuzumuten sein, zur Arbeitsaufnahme einen nächtlichen Weg von der Arbeitsstelle nach Hause durch ein Industriegebiet zurückzulegen.

Der Fall: Das Job-Center hatte der Empfängerin von Hartz-IV-Leistungen eine Stelle in einer Wäscherei im Industriegebiet angeboten. Die Beschäftigung sah auch den Einsatz in der Spätschicht vor, die um 22 Uhr endet. Die Frau nahm die Tätigkeit nicht auf, da sie sich nicht traute, nachts den Weg von der Arbeitsstelle zu ihrer etwa 2,7 km entfernt liegenden Wohnung zu Fuß zurückzulegen. Ein Auto oder Fahrrad besäße sie nicht, Busse verkehrten nach 20 Uhr nicht mehr. Das Jobcenter konnte darin jedoch keinen wichtigen Grund erkennen, die Arbeitsaufnahme zu verweigern und kürzte die Leistungen der Frau. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Es war der Leistungsempfängerin zuzumuten, die Tätigkeit aufzunehmen; der Fußweg war weder von der Länge noch von der Gefährlichkeit her unzumutbar. Der Heimweg nach der Spätschicht kann auf einer noch beleuchteten Hauptstraße mit Geschäften zurückgelegt werden. Die Frau hätte ausloten können, ob sie mit anderen Beschäftigten den Heimweg gemeinsam zurücklegen konnte.

Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 11. April 2013 – S 10 AS 122/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Impfung kann Arbeitsunfall sein

Die Erkrankung einer Kinderkrankenschwester aufgrund einer betrieblich durchgeführten Schweinegrippeimpfung ist wegen der beruflichen Gefährdung als Folge eines Arbeitsunfalls anzuerkennen.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin arbeitete als Kinderkrankenschwester in der Kinder- und Jugendmedizin, als das Schweinegrippevirus H1N1 grassierte. Sie nahm an einer von der Klinik dringend empfohlenen Impfung gegen die Schweinegrippe teil. Daraufhin erkrankte sie schwer, sodass sie inzwischen eine Erwerbsunfähigkeitsrente bezieht. Die Unfallkasse lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab: Gesundheitsvorsorge sei dem unversicherten persönlichen Lebensbereich zuzurechnen. Sie berief sich auf das Bundessozialgericht. Die gegen die Ablehnung gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Der Fall unterscheide sich wesentlich von dem Fall, den das Bundessozialgericht 1974 entschieden hatte. Damals handelte es sich um eine allgemeine Grippeschutzimpfung, die Klägerin war keiner besonderen Gefährdung ausgesetzt. Im jetzt entschiedenen Fall hingegen bestand aufgrund der Tätigkeit der Kinderkrankenschwester ein erhöhtes Risiko. Die Ständige Impfkommission hatte eine Impfempfehlung für Beschäftigte im Gesundheitsdienst ausgegeben, auf die sich die Universitätsmedizin beim Impf-Angebot berief. Schließlich hatte auch die Klinik die Impfung ausdrücklich empfohlen. Unter diesen Umständen sei ein sachlicher Zusammenhang zwischen der Tätigkeit und der Impfung anzunehmen. Die Klinik hatte ein Interesse daran, ihre Mitarbeiter möglichst umfänglich zu impfen, um die Funktionsfähigkeit des Betriebes und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Schließlich hat auch das Bundessozialgericht in seiner Entscheidung aus dem Jahr 1974 darauf hingewiesen, dass bei einer besonderen beruflichen Gefährdung eine Impfung durchaus einen Arbeitsunfall begründen könne.

Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 21. März 2013 - S 10 U 48/11

URTEILE

Fristlose Kündigung

Vertrauensbruch kann Begründung sein

Besteht der dringende Verdacht, dass ein Arbeitnehmer und Betriebsratsmitglied eine Gutschrift für private Zwecke genutzt hat, die ein Lieferant im Rahmen eines Geschäfts mit seiner Arbeitgeberin gewährt hatte, rechtfertigt dieser Verdacht die außerordentliche Kündigung.

Arbeitsgericht Hamburg,
Beschluss vom 22. Mai 2013 - 26 BV 31/12

Nebentätigkeiten

Kein Waffenhandel für Gefängnisbeamte

Beamte im Justizvollzug dürfen im Rahmen einer gewerblichen Nebentätigkeit nicht mit Waffen handeln. Das ist mit dem Ansehen der öffentlichen Verwaltung nicht vereinbar.

Verwaltungsgericht Minden,
Urteil vom 21. Februar 2013 – 4 K 1627/12.

Private Pflegeversicherung

Elektrisches Pflegebett ist zu zahlen

Pflegebedürftige, die die meiste Zeit im Bett verbringen müssen, können einen Anspruch auf Versorgung mit einem elektrischen Pflegebett haben. Ist das Bett Zwecken der Pflege zuzuordnen, so richtet sich dieser Anspruch gegen die Pflegeversicherung.

Bayerisches Landessozialgericht,
Urteil vom 7. November 2012 - L 2 P 66/11

Diskriminierung

Arbeitgeber trägt die Beweislast

Besteht der Anschein einer Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung, muss der Arbeitgeber nachweisen, dass er nicht diskriminiert; das heißt, dass die Benachteiligung sachlich gerechtfertigt ist. Um diesen Anschein zu widerlegen, kann aber nicht vom Arbeitgeber der Beweis verlangt werden, dass er in der Vergangenheit Homosexuelle beschäftigt hat; denn damit würde er das Recht auf Achtung des Privatlebens verletzen.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 25. April 2013 - C-81/12

Altenhilfe

Kein Geld für Grabbesuch

Zweck der gesetzlichen Altenhilfe ist es, dazu beizutragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern. Alten Menschen ist auf diesem Wege die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Die Altenhilfe umfasst insbesondere Leistungen, die alten Menschen die Verbindung mit nahestehenden Personen ermöglicht. Die davon umfasste Besuchshilfe ist allerdings auf den Besuch lebender Personen gerichtet. Sozialhilfeempfänger erhalten für den Besuch des Grabes ihrer Eltern keine zusätzlichen Leistungen im Rahmen der Altenhilfe.

Hessisches Landessozialgericht;
Urteil vom 8. März 2013 – L 9 SO 52/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 24.06.2013 12/13

DGB

inhalt

Seite 3
Zu wenig
Die Bekämpfung der Steuerflucht hatte der G8-Gipfel auf der Tagesordnung. Die Ergebnisse bleiben weit hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurück

Seite 5
Weckruf
Eine aktuelle IG Metall-Befragung zeigt, die Parteien diskutieren im Wahlkampf bisher vollkommen an den Menschen vorbei

Seite 7
Kein Sonderopfer
Viele BeamtInnen der Länder werden nicht vom Tarifergebnis im öffentlichen Dienst profitieren. Warum das ungerecht ist, erklärt DGB-Vize Elke Hannack

Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Jugend macht Ansagen

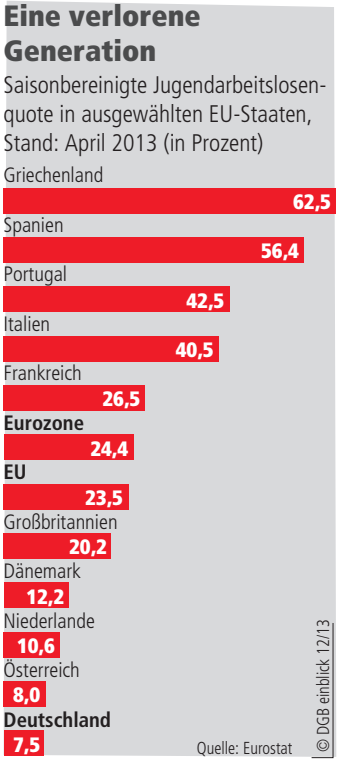
Mehr als sechs Millionen junge Menschen sind europaweit ohne Job. Insbesondere in den Eurokrisenländern gibt es kaum Perspektiven für Jugendliche – in Griechenland oder Spanien ist mehr als jede/r zweite unter 25 arbeitslos. Die EU verspricht gegenzusteuern. Sechs Milliarden Euro sollen in ein Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit fließen. Aus Sicht der Gewerkschaften ist das zu wenig.

Trotz aller politischen Beschlüsse auf EU-Ebene ist bisher nicht viel geschehen. Ein Gipfel jagt den nächsten – ohne dass es substanzielle Verbesserungen der Situation der jungen Menschen in Europa gibt. Nun haben für den 3.Juli Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident François Hollande die europäischen Staats- und RegierungschefInnen, die Arbeits- und SozialministerInnen und andere hochrangige europäische Entscheidungsträger zur Konferenz „Neue Chancen für Europas Jugend" ins Kanzleramt nach Berlin eingeladen.

Gemeinsam mit dem Jugendausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) nehmen deutsche und französische Gewerkschaften das zum Anlass, zum alternativen Jugendgipfel am gleichen Tag unweit des Kanzleramtes aufzurufen. Den Versprechen an die Jugend in Europa müssten endlich Taten folgen. Das Motto der Gewerkschaftsjugend: „Jugend macht Ansagen! Stop talking – act now!" Die Jugend brauche ökonomische Perspektiven und zwar in ihren Heimatländern, fordert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Die Gewerkschaften kritisieren: Der von der EU beschlossenen Jugendgarantie mangelt es sowohl an inhaltlicher Ausgestaltung als auch einer ausreichenden Finanzierung. Zudem führten die Spar- und Kürzungsvorgaben in den betroffenen Ländern dazu, dass eine aktive Arbeitsmarktpolitik kaum möglich ist.

Die europäischen Gewerkschaften sind sich einig: Um im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit handlungsfähig zu sein, braucht es neben einem wirksamen Sofortprogramm für Jugendbeschäftigung vor allem Zukunftsinvestitionen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Und es braucht eine Stärkung der demokratischen Strukturen und die Beteiligung der Sozialpartner. Die sechs Milliarden Euro, die im Europäischen Sozialfonds für die Länder mit mehr als 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit reserviert wurden, reichen absehbar nicht aus, um allen betroffenen Jugendlichen die versprochene Absicherung zu geben. Laut Berechnungen der ILO und der EU-Kommission würde die Umsetzung der Jugendgarantie in den 17 Ländern der Eurozone 21 Milliarden Euro kosten. •



Mehr als sechs Millionen junge Menschen in Europa sind arbeitslos –Tendenz steigend. Vor allem in den Eurokrisenländern fehlt den Jugendlichen jede Perspektive.

plusminusBERLIN

+ ***Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) kritisiert das geplante europäische Passagierdaten-Abkommen. „Ich habe sehr große Zweifel, ob wir die nächsten Datenfriedhöfe anlegen sollten." Amerika könne im Großen und Ganzen kein Vorbild sein.***

– ***Karl Schiewerling (CDU) findet: „Sinkende Rentenzahlbeträge und insbesondere eine Rente von weniger als 700 Euro sind kein Indiz für wachsende Altersarmut." Manche Senioren bezögen zusätzliche Einkünfte aus Vermietung oder anderen Kapitaleinkünften.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dubistdiewahl.de
Online-Videowettbewerb des Deutschen Bundestages zur Bundestagswahl 2013

Hintergrund

www.dgb.de/-/sJT
DGB-Info: Rechtsanspruch auf Kita-Platz – Was Eltern wissen müssen

Hochwasser

Hilfsaktion geht weiter

Die Gewerkschaften sammeln weiter für die Opfer der Flutkatastrophe. Unter „Gewerkschaften helfen e.V." bittet der DGB um Spenden. Mit einer Spende von 10 000 Euro startete der DGB die Hilfsaktion. Mit dem Geld soll auch den Hochwasseropfern in den Nachbarländern geholfen werden. Alle DGB-Gewerkschaften werben um Spenden für die Flutopfer oder informieren über arbeitsrechtliche Konsequenzen. Es ist gewährleistet, dass die Spenden schnell und unbürokratisch dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Anträge auf Unterstützung können von Betroffenen der Flutkatastrophe auch direkt an den Verein Gewerkschaften helfen e. V. gerichtet werden.

Die IG Metall und ver.di bieten ihren Mitgliedern eine Soforthilfe an. Durch das Hochwasser geschädigte Mitglieder können sich beim zuständigen ver.di-Bezirk oder der IG-Metall-Verwaltungsstelle melden. Zwischen 500 und 1000 Euro Soforthilfe gibt es für die Betroffenen von ihrer Gewerkschaft.

Die EVG hat unter dem Motto „Eisenbahner helfen Eisenbahnern" eine zusätzliche Spendenaktion gestartet. Bis zum 17. Juni sind bereits knapp 109 000 Euro eingegangen, die unbürokratisch verteilt werden sollen. Bei der GEW hat der Hauptvorstand beschlossen, den Mitgliedern ebenfalls eine Notfallentschädigung zu zahlen. Die Auszahlung erfolgt über die Untergliederungen.

Foto: Colourbox/Andromeda

Spendenkonto Gewerkschaften helfen e.V.:
Nord LB – Konto 015 201 1490 – BLZ 250 500 00
wwww.gewerkschaften-helfen.de; www.ace-online.de/ace-hilfe

Der Automobilclub Europa (ACE) hat für geschädigte Mitglieder einen Sonderfonds eingerichtet. Ein Jahr lang sind sie von ihrer Beitragszahlung befreit, bei voller Leistung. Darüber hinaus hilft der Automobilclub kostenfrei bei der Bergung überfluteter Autos. •

Griechenland

Rundfunk darf weiter senden

Die Beschäftigten des griechischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks ERT können aufatmen. Der oberste Gerichtshof hat von der Regierung verlangt, dass weiter gesendet wird. „Ein Sieg der Vernunft", kommentiert der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke die Entscheidung. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hofft, dass die richterliche Entscheidung bei der Regierung nun zu „einem verantwortungsvollen Handeln führt". Die griechische Regierung wurde international massiv kritisiert, weil sie ERT abgeschaltet hatte. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer verurteilte die Schließung als einen „schweren Angriff auf die Demokratie". Er forderte: „Medienfreiheit und Medienvielfalt müssen gerade in der Krise geschützt und bewahrt werden."

Der Sender soll nun im Spätsommer reformiert werden. Zur Reform gehört auch eine Verkleinerung. Das Gericht verbot allerdings nicht generell die komplette Schließung des Senders, sondern forderte, dass weiter gesendet werden müsse. ver.di erwartet, dass die angekündigte Reform zum Aufbau eines staatsfernen Senders genutzt wird. Werneke warnte aber auch davor, die Redaktionen zu stark auszudünnen. Der ERT müsse ausreichend Beschäftigte für ein qualifiziertes öffentlich-rechtliches Programm zur Verfügung stellen. •

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Hilfe für Menschen statt Kommerz für Konsumenten.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Mieten

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Eine Mietpreisbremse, wie sie mittlerweile auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel angedacht wurde, reicht nicht aus, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu sichern. Auf der wohnungspolitischen Konferenz des DGB erklärte Vorstandsmitglied Claus Matecki: „Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt verkommen." Dazu sei eine Rahmengesetzgebung notwendig. Für die Gewerkschaften umfasst ein sinnvolles Konzept nicht nur Mietobergrenzen bei der Wiedervermietung. Zusätzlich muss der soziale Wohnungsbau gezielt gefördert werden. Die Umwandlung von leerstehenden Büro- und Gewerbeflächen muss erleichtert werden.

Einen Rahmen muss es zudem für Luxussanierungen der noch bezahlbaren Wohnungen geben. Ebenso kritisch sehen die Gewerkschaften die zunehmende Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen. Um dies zu verhindern, erwartet Claus Matecki, dass nicht profitorientierte, städtische Wohnungsunternehmen und Genossenschaften gestärkt werden. Öffentliche Mittel sollten vor allem für den Bau altersgerechter und barrierefreier Wohnungen eingesetzt werden. •

Asylpolitik

Menschlichkeit statt Märkte

Drei Monate vor der Bundestagswahl haben DGB, Pro Asyl und Interkultureller Rat in einem gemeinsamen Positionspapier ihre Forderungen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik an die künftige Bundesregierung vorgestellt. Die drei Organisationen fordern eine grundlegende Neuausrichtung: So müsse Armut endlich EU-weit bekämpft werden, und das Recht auf Freizügigkeit dürfe nicht länger zur Disposition gestellt werden. Grundlegend ist auch ihre Kritik an der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik, die allein auf Abwehr ausgerichtet sei und die die Verantwortung an Staaten wie Griechenland oder Italien an den EU-Außengrenzen delegiere. Um Rassismus und Diskriminierung effektiv zu bekämpfen und einzudämmen, fordern die Organisationen die Entwicklung einer handlungsorientierten Strategie zum Abbau rassistischer Vorurteile und eine zukunftsfeste Finanzierung antirassistischer Initiativen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Gipfel in Nordirland

Wachsweiche Beschlüsse

Die internationalen Gewerkschaften erwarten klare Regeln zur Schließung der Steueroasen und harte Maßnahmen gegen Steuerflucht. Der G8-Gipfel erfüllte diese Erwartungen nicht.

Die Steuertricksereien multinationaler Unternehmen, die dank weltweiter Steueroasen den Staaten legal Einnahmen vorenthalten, sind für die meisten Menschen nicht länger hinnehmbar. Die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten hatten sich das Thema für das diesjährige Treffen in Nordirland vorgenommen. Das Ergebnis ist eher enttäuschend. Von den klaren Maßnahmen, die die Gewerkschaften erhofften – und die von einer Gruppe der europäischen Finanzminister angekündigt waren – blieb wenig übrig. Zwar wurde ein automatischer Informationsaustausch festgelegt, doch diese Informationen gehen ausschließlich an die Steuerbehörden. Auf einen Zeitplan für die Umsetzung haben sich die G8-Länder nicht festgelegt. Die versprochene Transparenz hält sich in engen Grenzen.

Zwar gibt es durchaus Fortschritte bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, doch, so DGB-Wirtschaftsexperte Mehrdad Payandeh: „Die G8-Beschlüsse erfüllen unsere Forderungen nicht." Und entsprechen auch nicht den Erwartungen der BürgerInnen. Im Vorfeld des Gipfeltreffens in Nordirland hatte der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) eine Umfrage in 13 Ländern gestartet. Das Ergebnis: 85 Prozent der Befragten wünschen sich klare Regelungen, die Steuerflucht künftig verhindert. Der IGB erwartete von den Gipfelteilnehmern konkrete Ergebnisse. Alle bisherigen Maßnahmen seien unzureichend gewesen. Das deutliche Umfrageergebnis kommentiert der DGB-Vorsitzende und IGB-Präsident Michael Sommer: „Die wütenden Proteste der Menschen zur ungerechten Sparpolitik der Troika in den Krisenländern zeigen, dass die Zeit reif ist für eine gerechte Verteilung der Lasten und zur gerechten Finanzierung der Staaten."

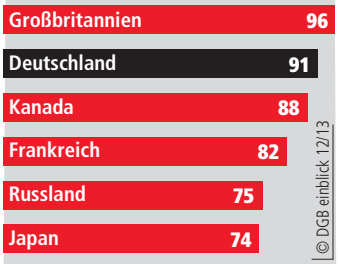
Die IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow kritisiert, dass sich die G8-Länder Kanada, Deutschland, Russland, Großbritannien und die USA „nicht an die Normen des Globalen Forums für Steuertransparenz halten". So zahlten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer „für die Finanzkrise mit ihren Arbeitsplätzen, während Großkonzerne den kränkelnden Volkswirtschaften die Einnahmen vorenthalten, die sie so dringend benötigen". ●

www.ituc-csi.org

www.bit.ly/GipfelErgebnis

Steuerflucht verhindern

Anteil der BürgerInnen in sechs der G-8-Staaten, die erwarten, dass Steueroasen trockengelegt werden (in Prozent)



Quelle: Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB) 2013

Im Auftrag des IGB wurden von TNS Opinion über 13 000 Menschen über 18 Jahre in 13 Nationen befragt. Insgesamt 85 Prozent sprachen sich für ein Ende der legalen Steuerflucht aus.

Sozialen Dialog stärken

Nur gemeinsam, im sozialen Dialog, können die Sozialpartner den künftigen Herausforderungen in der Arbeitswelt adäquat begegnen und weltweit menschenwürdige Arbeitsbedingungen erreichen. Das ist eine Botschaft der 102. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf, die am 20.Juni zu Ende ging. Etwa beim demografischen Wandel: Bis 2050 wird sich der Anteil der über 60-Jährigen weltweit verdreifacht haben, und auf einen über 65-Jährigen werden nur noch vier arbeitende Menschen kommen. 2010 war das Verhältnis noch neun zu eins. Gemeinsam mit den Sozialpartnern müssten die Regierungen deshalb nachhaltige soziale Sicherungssysteme aufbauen und auch den Pflegesektor stärker in Augenschein nehmen, empfahl der zuständige Ausschuss. Die ILO soll bis zur nächsten Konferenz überprüfen, ob die internationalen Arbeitsstandards auch den Pflegebereich ausreichend abdecken. Erstmals wurde in Genf auch debattiert, wie gewährleistet werden kann, dass die neuen „grünen" Jobs den Anforderungen an gute Arbeit genügen.

Freie Tarifverhandlungen und die Vereinigungsfreiheit sind Grundlagen des Sozialen Dialogs. Beides stand während der Krise unter Beschuss – auch im öffentlichen Dienst. Bis heute hat Deutschland die entsprechenden ILO-Richtlinien nicht ratifiziert. Über die Einhaltung der ILO-Normen zu wachen, ist auch Aufgabe der Konferenz. 25 Verstöße standen auf der Agenda des Normenüberwachungsausschusses. Unter anderem ging es um Spanien, Griechenland, die Türkei, Ägypten, Swasiland sowie Usbekistan.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Türkei-Proteste

Seit Anfang Juni protestieren immer mehr TürkInnen gegen die Politik ihrer Regierung, die auf diese Demonstrationen mit massiver Polizeigewalt reagiert. Der DGB sieht in dem Aufbegehren der Protestierenden „einen Aufschrei nach mehr Demokratie und Teilhabe an den Entscheidungsprozessen in der Türkei".

Die brutalen Übergriffe auf friedlich demonstrierende Menschen werden vom DGB scharf verurteilt. Der DGB unterstützt seine Partnergewerkschaften DISK und KESK, die mit ihren Streiks für mehr Demokratie und den Ausbau der Arbeitnehmerrechte kämpfen.

Sharan Burrow, Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), kritisiert, dass Ministerpräsident Erdogan offensichtlich auf Konfrontation setze. Der IGB fordert die türkische Regierung auf, „die Polizeigewalt gegen unschuldige Menschen zu beenden". Auch Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), protestiert und mahnt die Regierung: „Die Türkei hat ein Bekenntnis zu Europa abgegeben und ist Mitglied des Europarats. Sie muss sich auch entsprechend verhalten."

www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

mobifair e.V.

Busfahrer im Dauereinsatz

Der Verein mobifair hat einen besonders dreisten Fall von Lohndumping aufgedeckt. So schickt ein Busunternehmer im Grenzgebiet zwischen Deutschland und Tschechien seine FahrerInnen täglich 14 Stunden am Tag auf die Straße. Wie die Recherchen zeigen, ist dies kein Einzelfall. Besonders im grenzüberschreitenden Verkehr werden Gesetze zu Arbeitszeiten und Lohnstandards oft ignoriert. Die EVG fordert deshalb für ArbeitnehmerInnen in dieser Branche, dass bestehende Lohn- und Sozialstandards angewendet werden. Die im europäischen Recht verankerte Niederlassungsfreiheit dürfe nicht zum Türöffner für Ausbeutung werden. Der Verein mobifair setzt sich für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft ein. •

www.mobifair.eu

Preisträgerin

Flüchtlinge im Tourbus

Die Regisseurin Julia Oelkers ist mit dem DGB-Filmpreis im Rahmen des 24. Internationalen Filmfest Emden-Norderney ausgezeichnet worden. Im Dokumentarfilm „Can't Be Silent. On Tour With Refugees" begleitet die Filmemacherin die Band „Strom & Wasser". Gemeinsam mit Flüchtlingen aus Afrika, Russland, dem Balkan und Afghanistan sind die Musiker auf Tour durch Deutschland. Die Band ist für die Menschen die einzige Chance, aus ihrem Leben als Asylsuchende auszubrechen. Der Film sei eine beeindruckende Mischung aus Musikfilm und politisch engagierter Dokumentation, urteilte das Publikum des Filmfestes. Der vom DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt ausgelobte Preis wird mit 7000 Euro prämiert. •

www.niedersachsen.dgb.de/-/sfW

Online-Kampagne

Kein Dumping an Flughäfen

Betriebsräte der deutschen Flughäfen haben eine Online-Kampagne gestartet, um eine weitere Deregulierung der Bodenverkehrsdienste an Flughäfen zu verhindern. Alle BürgerInnen sind aufgerufen, sich auf der Kampagnen-Homepage an einer Unterschriftenaktion zu beteiligen. Sie fordert Bundestag und Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene gegen die Pläne der Kommission zu stellen.

Zudem will die Kampagne mit einem Politiker-Ranking transparent machen, welche VolksvertreterInnen sich für die Interessen der Beschäftigten einsetzen. Denn durch eine weitere Deregulierung würden sich die Arbeitsbedingungen für das Bodenpersonal auf den Flughäfen weiter verschlechtern. Dieses arbeitet schon jetzt meist unter strikten Vorgaben. Die Betriebsräte fürchten neben schlechten Arbeitsbedingungen Sicherheitsrisiken durch ungelernte Hilfskräfte beispielsweise beim Be- und Entladen von Flugzeugen. •

www.soziales-europa-ja.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Von Gewerkschaftern gegründet.
Diese Wurzeln geben uns Halt seit 1965.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

neueBücher

Die kühle Ästhetik der modernen Arbeitswelt – eine Impression aus dem Film „Work Hard – Play Hard"

Gewinnmaximierung und grenzenloses Wachstum, so lautet das Mantra vieler Manager. Doch was bedeutet das für die Kultur und die Beschäftigten in den Unternehmen? Der Dokumentarfilm „Work Hard – Play Hard" aus dem vergangenen Jahr hat eindrücklich gezeigt, wie kühl und emotionslos ArbeitnehmerInnen in Unternehmen auf maximalen Einsatz gedrillt werden. In dem nun erschienenen ***Begleitband*** legen die AutorInnen Eva Bockenheimer, Carmen Losmann und Stephan Siemens dar, was aus ihrer Sicht die Quintessenz des Films ist. Das Buch liefert Hintergrundinfos, Interviews, Pressestimmen und zusätzliches Recherchematerial.

Eva Bockenheimer, Carmen Losmann, Stephan Siemens: Work Hard – Play Hard, Das Buch zum Film, Schüren Verlag, 219 Seiten, 19,90 Euro

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Damit Lohnzuwächse nicht an der Zapfsäule bleiben.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DGB-Jugend

Aktionsbox Übernahme

In Sachen Übernahme drängt die Zeit. Mit einer Aktionsbox will die DGB-Jugend Arbeitgeber unter Druck setzen, die bis jetzt noch keine Zusage gemacht haben, ob sie ihre Auszubildenden übernehmen wollen. Die Box enthält Infomaterial, um im Betrieb oder in der Öffentlichkeit auf die Situation hinzuweisen. Die Box mit dem Titel „Es ist fünf vor 12 – Zeit für einen Politikwechsel" kostet fünf Euro zuzüglich Porto und Versand und kann online bestellt werden. •

www.bit.ly/box2013

interregio

••• Der ***DGB NRW*** hat das ***Projekt „Mento"*** zur Alphabetisierung in der Arbeitswelt gestartet. Der DGB-Bezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber erklärt, dass rund 60 Prozent der 7,5 Millionen AnalphabetInnen berufstätig sind. Der DGB will Netzwerkstrukturen schaffen, um diese Beschäftigten zu unterstützen. So sollen MentorInnen und LernberaterInnen geschult werden, um die Menschen über Lernangebote zu informieren. Vor allem im Baugewerbe, in der Gebäudereinigung und im Logistiksektor sei der Anteil von AnalphabetInnen hoch. Komplexere Arbeitsprozesse setzten diese Menschen besonders unter Druck.

www.nrw.dgb.de/-/s6I

••• Der DGB Nord hat gemeinsam mit den norddeutschen Bischöfen ***„die Wiederbelebung der europäischen Idee"*** gefordert. In einer Erklärung heißt es: „Die strukturellen Probleme der EU sind nicht zuletzt die Folge einer einseitig auf Handels- und Geldpolitik ausgerichteten europäischen Integration." Um auf Dauer mehr zu sein als ein gemeinsamer Markt, bedürfe es einer vertieften europäischen Integration. Daran wollen Gewerkschaften und Kirchen als Impulsgeber mitwirken.

www.nord.dgb.de/-/sP6

Wahlkampf 2013

Weckruf an die Politik

Die Parteien diskutieren im Wahlkampf bisher völlig an den Menschen vorbei. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der IG Metall.

Insgesamt hat die Gewerkschaft rund 514 000 ArbeitnehmerInnen danach befragt, welche Themen bei der Bundestagswahl 2013 für sie wichtig sind. Allem voran fordern die ArbeitnehmerInnen eine neue Ordnung der Arbeit. So bezeichnen 88 Prozent von ihnen einen unbefristeten Arbeitsvertrag als „sehr wichtig". 83 Prozent wollen ein verlässliches Einkommen. Über 90 Prozent fordern, dass der Niedriglohnsektor eingedämmt wird. Das sei Aufgabe der Politik, betont Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Huber kritisiert, dass die Parteien bisher im Wahlkampf nicht auf die Anliegen der Menschen eingegangen sind. Neben einer neuen Ordnung der Arbeit wollen sie vor allem faire Altersübergänge, gerechte Bildungschancen und bessere Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren. Der IG Metall-Vorsitzende vermisst bislang eine Debatte über diese Fragen. „Ich sage der Politik: Sie werden die Menschen nur dann für Wahlen begeistern, wenn sie deren Themen bearbeiten", so Huber.

Die Befragung kann den Parteien als Kompass dienen, worauf es für die Menschen ankommt. So halten es 97 Prozent für „sehr wichtig" oder „wichtig", die soziale Sicherung aus Renten-, Gesundheits-, Pflege-, und Arbeitslosenversicherung zu stärken. Jeweils 94 Prozent plädieren für bessere Bildungschancen und ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum.

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, stellt klar: „Deutschlands Beschäftigte sind es leid, dass an ihnen vorbeiregiert wird." Den einsamen Entscheidungen in den Elfenbeintürmen von Politik und Wirtschaft setze die IG Metall Demokratie entgegen. So sei Beteiligung ein Schlüsselthema, die Politik müsse die Interessen der Menschen mehr berücksichtigen. „Deshalb fordern wir neben einer Stärkung der Volksentscheide auf politischer Ebene auch in den Betrieben mehr individuelle Beteiligungsrechte der Beschäftigten – für alle Fragen zu ihrer Arbeitssituation", so Wetzel.

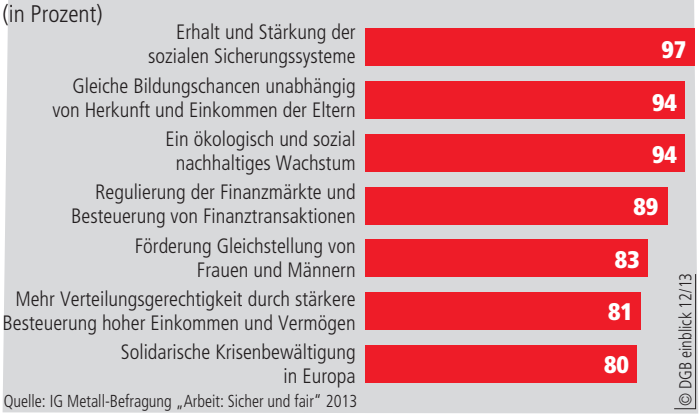
Die Befragung zeigt: Für die Unternehmen gibt es viel zu tun. Vor allem bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Weiterbildung und bei altersgerechten Arbeitsplätzen sehen die Beschäftigten großen Handlungsbedarf. So geben 57 Prozent an, dass ihr Betrieb keine ausreichenden Möglichkeiten zur Weiterbildung bietet. Jede/r Zweite vermisst jegliche Unterstützung durch den Vorgesetzten. Vielen fehlt zudem schlicht das Geld, um sich eine Auszeit zur Fortbildung zu leisten. Dabei geben 70 Prozent an, dass Weiterbildung für ihren Job wichtig ist.

Die große Mehrheit der Betriebe ist nicht auf eine älter werdende Belegschaft vorbereitet. Nur vier Prozent schätzen die Situation in ihrem Betrieb als „sehr gut" ein. 29 Prozent halten sie für „gut". Demgegenüber stehen 48 Prozent, die in ihrem Unternehmen nur sehr wenig oder keine Vorkehrungen sehen. Dabei haben die befragten ArbeitnehmerInnen klare Vorstellungen, wie sie gesund und leistungsfähig bis zur Rente durchhalten können. So fordert ein Großteil, den Arbeitsplatz ergonomischer zu gestalten. Außerdem wollen sie Arbeitsmenge und -tempo selbst einteilen. Um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, legen rund 80 Prozent Wert auf klar festgelegte Arbeitszeiten.

Die IG Metall-Befragung ist die bislang umfassendste Erhebung zu zentralen politischen und betrieblichen Gestaltungsfragen unter Beschäftigten aus Industrie und Handwerk. Insgesamt wurden ArbeitnehmerInnen aus rund 8400 Unternehmen befragt. Knapp ein Drittel der Befragten gehört keiner Gewerkschaft an. Jeder vierte Befragte ist 35 Jahre alt oder jünger. Die IG Metall will die Ergebnisse auch für die eigene gewerkschaftliche Arbeit nutzen. 44 Prozent der Befragten geben an, dass sie sich selber stärker für die Interessen ihrer KollegInnen einsetzen wollen.

Soziale Sicherung stärken

Anteil der Befragten, die die Aussagen sehr wichtig oder wichtig finden (in Prozent)



Quelle: IG Metall-Befragung „Arbeit: Sicher und fair" 2013

Soziale Sicherung, bessere Bildungschancen, mehr Verteilungsgerechtigkeit – das sind die Themen, bei denen sich die Beschäftigten mehr Einsatz der Parteien wünschen.

Republik der Nichtwähler

Die IG Metall fordert, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Aus gutem Grund, denn schon jetzt ist der Anteil der NichtwählerInnen besorgniserregend. Das zeigt eine Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Demnach ist die Wahlbeteiligung auf allen Ebenen der Politik in den vergangenen 30 Jahren stark zurückgegangen.

Der Anteil von Nicht-WählerInnen ist in den alten Bundesländern von knapp 12 Prozent bei der Bundestagswahl 1983 auf 28,7 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. In Ostdeutschland von 26,6 Prozent (1990) auf 36,4 Prozent (2009).Eine ernste Gefahr für die Demokratie, warnt die FES. Die AutorInnen der Studie machen aber auch Hoffnung: Viele der Nicht-WählerInnen seien „Wähler im Wartestand" und für die Parteien mit den richtigen politischen Themen erreichbar.

Die FES-Studie als Download:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das verkehrspolitische Herz am „richtigen" Fleck.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

kurz&bündig

Verärgert hat NGG-Vorstandsmitglied Michaela Rosenberger auf das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle reagiert. Die Wissenschaftler behaupten, Arbeitgeber würden auf einen gesetzlichen Mindestlohn mit unbezahlten Überstunden reagieren. Rosenberger empfiehlt, sich dazu die geltende Rechtsprechung anzusehen.

Erneut fordert der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner einen „Masterplan Verkehr". Die neue Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie beschränkt sich nach Ansicht der EVG wieder einmal zu sehr auf den Individualverkehr. Ein „eindeutiges Bekenntnis zur Bahn" fehle, dabei fahre die schon heute überwiegend mit Strom – im Gegensatz zu den Autos.

Die weltweite UNI-Ikea-Gewerkschaftsallianz will Kunden und Beschäftigte über das Arbeitgeberverhalten informieren. In der Türkei oder den USA ist das Möbelhaus weder gewerkschaftsfreundlich noch zahlt es entsprechende Löhne. Die Allianz, der ver.di angehört, ist ein Netzwerk aus 40 Gewerkschaften in 16 Ländern.

Die IG Metall fordert Unternehmen in der Informations- und Telekommunikationsbranche auf, mehr Frauen zu beschäftigen. Trotz steigender Zahlen von Studienanfängerinnen im Fach Informatik, sei der Handlungsbedarf noch groß.

Mindestlohn

Immer mehr dafür

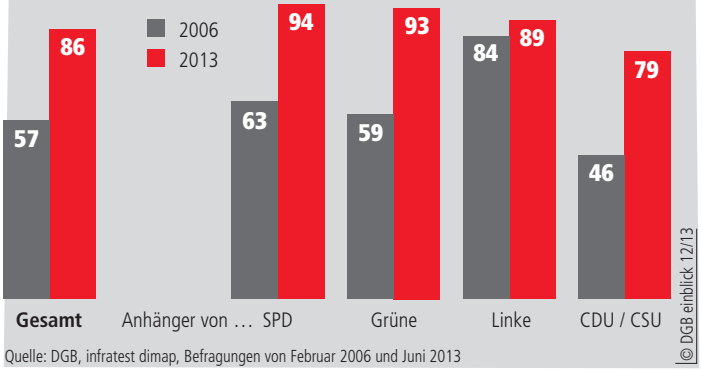
Anlässlich der Siegerehrung des DGB-Mindestlohn-Fotowettbewerbs und der Veröffentlichung der neuesten Mindestlohnumfrage des DGB hat DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki einen Politikwechsel gefordert. Er kritisierte die anhaltende Blockadehaltung der Bundesregierung, die sich zuletzt weigerte, sich mit der Bundesratsinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn zu befassen. Seit Jahren befürwortet eine große Mehrheit der Deutschen die Einführungen eines gesetzlichen Mindestlohns, wie die Umfrage des DGB bestätigt (Grafik). Die Bevölkerung sei weiter als Schwarz-Gelb. Seit 2006 ist die Zustimmung zum Mindestlohn um fast 30 Prozentpunkte gestiegen. Das sei das Verdienst der Gewerkschaften und der Mindestlohnkampagne des DGB, erklärte Matecki: „Die Stimmung in der Gesellschaft hat sich gedreht, und das ist auch unser Erfolg." Mit ihrer Blockadehaltung handle die Regierung gegen den Willen der eigenen Anhänger. Die „blumige Formel einer Lohnuntergrenze" bedeutet nichts anderes als einen „Als-ob-Mindestlohn".

Ein voller Erfolg war der DGB-Mindestlohn-Fotowettbewerb. Der DGB hatte dazu aufgerufen, fotografisch zu veranschaulichen, wie harte, schlechte, aber auch zufriedenstellende Arbeit und ihre Folgen aussehen. Über 300 Fotografien wurden eingereicht. Platz 1 ging an den ambitionierten Hobby-Fotografen Lutz Jänichen aus Berlin. Die Siegerfotos können online angesehen werden. ●

www.mindestlohn.de

Zustimmung enorm gestiegen

Anteil der Befürworter eines gesetzlichen Mindestlohns unter allen wahlberechtigten Deutschen und nach Parteienpräferenz (in Prozent)



Quelle: DGB, infratest dimap, Befragungen von Februar 2006 und Juni 2013

86 Prozent der wahlberechtigten Deutschen sprechen sich für den gesetzlichen Mindestlohn aus. Quer durch alle politischen Lager steht er hoch im Kurs – von der Linken bis zu den Unionsanhängern. Nicht messbar waren die Werte für die FDP-Anhänger: Zu wenige outeten sich in der infratest dimap-Umfrage als FDP-Wähler, um repräsentative Aussagen zu ermöglichen.

GEW-Gewerkschaftstag

40 Milliarden für die Bildung

Zusätzliche Bildungsinvestitionen von jährlich 40 Milliarden Euro hat die GEW anlässlich ihres 27. Gewerkschaftstages in Düsseldorf gefordert. Forderungen an die Politik – von der Aufhebung des Kooperationsverbots bis zu einem Tarifvertrag für angestellte Lehrkräfte – standen neben der Neuwahl des Vorstandes (siehe Seite 8) im Mittelpunkt des Kongresses.

„Inklusion, Krippenausbau und ein Tarifvertrag für angestellte Lehrkräfte stehen auch mit Blick auf die Bundestagswahl ganz oben auf meiner Agenda", erklärte Marlis Tepe, die neue GEW-Vorsitzende. Alle Reformanstrengungen blieben Makulatur, wenn sie nicht solide durchfinanziert sind. Wir nehmen nicht hin, dass das Bildungssystem allein zu Lasten der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten umgebaut und modernisiert werden soll", betonte Tepe. „Inklusive Bildung in Einrichtungen mit Ganztagsangeboten lautet das Gebot der Stunde – aus bildungs-, sozial- und familienpolitischen Gründen. Wir fordern die Politik auf, die materiellen und personellen Rahmenbedingungen für den Umbau des selektiven Bildungssystems zu einem inklusiven bereitzustellen", so Tepe. „Wir wollen eine gute Bildung für alle, keine Benachteiligung, weder für Behinderte, noch für andere, die nicht den neoliberalen Normvorstellungen entsprechen", bekräftigte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. ●

DGB-Tagung

Bilanz der Energiewende

Vor rund zwei Jahren hat der Bundestag die Energiewende beschlossen. Eine „Bilanz der Energiewende" wollen DGB und Hans-Böckler-Stiftung am 25. Juni in Berlin ziehen. Unter anderem geht es um die Fragen: Wo gibt es offene Baustellen und Defizite? Welche Weichenstellungen sind in der kommenden Legislaturperiode wichtig, damit die Energiewende sozial gestaltet, die Umwelt geschützt und Wohlstand gesichert werden kann? ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft werden ihre Sicht darstellen und gemeinsam diskutieren. ●

www.dgb.de/-/3TX

Öffentlicher Dienst

Kein Sonderopfer für Beamte

Bis auf Bayern will kein Bundesland das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder für die BeamtInnen ohne Zeitverzögerung oder Abstriche übernehmen. Das ist ungerecht und eine Gefahr für den öffentlichen Dienst, sagt die neue stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder können sich über eine Entgelterhöhung von 5,6 Prozent für die Jahre 2013 und 2014 freuen. Das gilt nicht für die BeamtInnen, trotz gleicher Arbeitsbedingungen und vergleichbarer Aufgaben. In nahezu allen Bundesländern ist das leider Realität. Mit Ausnahme von Bayern haben sich alle Länder dafür entschieden, das Ergebnis der Tarifrunde nicht zeit- und inhaltsgleich für die BeamtInnen zu übernehmen. Für den DGB und die Gewerkschaften steht fest: **Die Übertragung zu verzögern, bedeutet für die Beschäftigten weniger Geld.**

So übertragen manche Länder das Ergebnis mit leichten Abzügen, um eine Versorgungsrücklage (z. B. Hamburg) zu bilden, andere Länder wie Sachsen-Anhalt setzen es inhaltsgleich, aber zeitverzögert um, und wieder andere wie Nordrhein-Westfalen übertragen das Ergebnis weder in voller Höhe noch ohne Zeitverzögerung. So soll es in NRW und Bremen zudem nur für bestimmte Gruppen übernommen werden. Ausschließlich Besoldungsgruppen bis A 12 sollen von der Entgelterhöhung profitieren, höhere Besoldungsgruppen schauen in die Röhre. Sie müssen inflationsbereinigt sogar Einkommenseinbußen hinnehmen.

Die bisher als selbstverständlich erachtete **Konvention „Besoldung folgt Tarif" scheint bei den meisten Dienstherren nicht mehr zu gelten.** Sie nehmen damit leichtfertig eine Zersplitterung des öffentlichen Dienstes in Kauf. Tarifbeschäftigte und Beamte innerhalb eines Landes werden in Konkurrenz zueinander gesetzt. Sie erledigen oft gleiche Arbeit, werden jedoch unterschiedlich entlohnt. Neben dieser länderinternen Spaltung gibt es eine zweite Bruchlinie zwischen den Ländern. Aufgrund der unterschiedlichen Besoldungsanpassungen werden die einzelnen Bundesländer zu Konkurrenten. So beträgt beispielsweise die Differenz in der Besoldungsgruppe A 5 zwischen den Ländern Berlin und Bayern heute bereits bis zu 18 Prozent.

Die durch die Föderalismusreform verursachte **besoldungsrechtliche Kleinstaaterei hat das Potenzial, den öffentlichen Dienst zu spalten.** BeamtInnen aus unterschiedlichen Ländern sowie BeamtInnen und Tarifbeschäftigte innerhalb der Länder werden gegeneinander ausgespielt. Das gefährdet die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Die unterschiedliche Besoldung wird bereits heute als Standortvorteil genutzt. Angesichts der demografischen Entwicklung und des daraus resultierenden Wettbewerbs um Fachkräfte dürfte sich die Konkurrenz in Zukunft noch verschärfen. Der öffentliche Dienst ist aber kein Privatunternehmen, das mit anderen im Wettbewerb steht. Ihm obliegen hoheitliche Aufgaben. Um diese adäquat zu erfüllen, müssen alle Beschäftigten angemessen entlohnt werden. **Die Besoldungsunterschiede wirken demotivierend.** Auch mit Blick auf den zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte fordern DGB und Gewerkschaften deshalb, das Tarifergebnis einheitlich zu übertragen.

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Elke Hannack ist seit dem 1. Juni stellvertretende DGB-Vorsitzende. Im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand ist sie unter anderem zuständig für den Öffentlichen Dienst und die Beamtenpolitik.

Haushaltskonsolidierung lassen wir als Grund nicht gelten. Denn die BeamtInnen haben in der Vergangenheit bereits hohe Beiträge zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erbracht. Die massive Sparpolitik darf nicht zu weiteren Opfern der Beschäftigten führen. **BeamtInnen sind keine fiskalische Manövriermasse** – ihre Arbeit ist angemessen anzuerkennen. Für viele BeamtInnen ist das Verhalten der Länder angesichts der guten allgemeinen Einkommensentwicklung ein Schlag ins Gesicht. Trotz rechtlichen Anspruchs auf Teilhabe, werden sie abgekoppelt.

Deshalb fordern wir die Länder auf: Wer als Arbeitgeber gute Arbeit verlangt, muss einen Beitrag zu fairen Bedingungen leisten. Dazu gehören neben einer qualitativ hochwertigen Ausbildung vernünftige Arbeitsbedingungen, persönliche Zukunftsperspektiven und zudem eine angemessene und gute Besoldung. •

Nicht einheitlich

Die beteiligten 15 Bundesländer – Hessen ist nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL) – haben unterschiedliche Pläne, ob und wie sie die Tarifergebnisse im öffentlichen Dienst der Länder auf BeamtInnen übertragen. Das Tarifergebnis sieht vor, dass Länder-Beschäftigten rückwirkend zum 1. Januar diesen Jahres 2,65 Prozent und zum 1. Januar 2014 nochmals 2,95 Prozent mehr Entgelt bekommen.

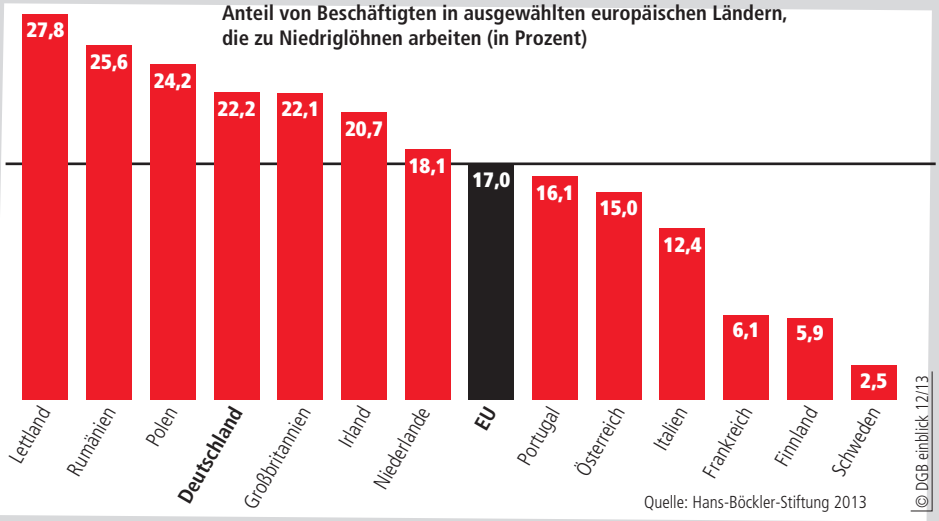
- ***Bayern will zeit- und inhaltsgleich übernehmen.***
- ***Rheinland-Pfalz will die Besoldung jährlich um ein Prozent anheben.***
- ***Baden-Württemberg setzt die Ergebnisse inhaltlich gestaffelt um. Höhere Gruppen erhalten die Anpassung später.***
- ***Berlin wird die Ergebnisse nicht übernehmen.***
- ***Bremen und NRW wollen zeitverzögert nur bis zur Besoldungsgruppe A 10 das Ergebnis eins zu eins übernehmen.***
- ***Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen favorisieren eine zeitliche Verzögerung.***
- ***Baden-Württemberg, Hamburg, Schleswig-Holstein, Thüringen führen eine Versorgungsrücklage ab.***

DIES & DAS

die DGB grafik

NIEDRIGLOHNSEKTOR: Deutschland weit über EU-Durchschnitt

Der deutsche Niedriglohnsektor ist einer der größten in der Europäischen Union. Das zeigt eine Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. 22,2 Prozent der Beschäftigten in Deutschland verdienen demnach weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohnes. Nur in den baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Zypern ist der Anteil noch größer. Das WSI erklärt: „Ein substanzieller Mindestlohn und die Stabilisierung des Tarifsystems könnten das ändern."



personalien

••• ***Marlis Tepe,*** 59, ist auf dem GEW-Gewerkschaftstag in Düsseldorf zur neuen GEW-Vorsitzenden gewählt worden. Die Hauptschullehrerin aus Schleswig-Holstein tritt die Nachfolge von ***Ulrich Thöne,*** 62, an, der nach acht Jahren als GEW-Vorsitzender nicht wieder kandidierte. Neuer stellvertretender GEW-Vorsitzender ist ***Dr. Andreas Keller,*** 47, auch wiedergewählt als Leiter des Bereichs Hochschule und Forschung. Weitere, vom GEW-Gewerkschaftstag gewählte Vorstandsmitglieder sind ***Norbert Hocke,*** 61 (Jugendhilfe und Sozialarbeit), ***Petra Grundmann,*** 55 (Finanzen), ***Frauke Gützkow,*** 52 (Frauenpolitik), ***Andreas Gehrke,*** 52 (Tarif-und Beamtenpolitik), ***Dr. Ilka Hoffmann,*** 49 (Schule) und ***Ansgar Klinger,*** 49 (Berufliche Bildung und Weiterbildung).

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

24.6.-31.7. DGB, Wanderausstellung „Nicht mit uns!" zum 80. Jahrestag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser, Leipzig

25.6. DGB Bayern und GEW Bayern, Fachkonferenz „Bildung ist MehrWert!", München

25.6. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Fachkonferenz „Bilanz der Energiewende – Stand und Ausblick nach 2 Jahren Umsetzung", Berlin

25.6. DGB und WSI, Tagung „Tarifvertrag – allgemein, verbindlich, stark! Stabilisierung des Flächentarifvertrages durch eine Reform der Allgemeinverbindlicherklärung", Berlin

27.6. DGB-Bezirk Sachsen und Arbeit und Leben Sachsen e. V., Konferenz zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Gesundheits- und Pflegebereich „Gesund für Gesundheit und Pflege", Annaberg-Buchholz

27.6. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Der Niedriglohnsektor – Welche unterstützenden Maßnahmen könnten den Menschen helfen?", Koblenz

29.6. DGB-Bayern und DGB Bildungswerk Bayern, Ökonomie-Fachtagung „Die Krise in Europa und die Antworten der Gewerkschaften", München

2.7. TBS DGB Hessen, Fachtagung des Projektes Innovative Weiterbildungskonzepte für Betriebsratsarbeit, Frankfurt am Main

2.7. DGB Hessen-Thüringen, Diskussion „Umverteilen statt kaputtsparen – Perspektiven für einen aktiven Staat", Frankfurt

3.7. DGB Baden-Württemberg, Fachtagung „FrauenStärken", Stuttgart

3.7. DGB NRW, ver.di NRW und Arbeit und Leben, 2. Tag für Betriebsrätinnen, Personalrätinnen und Interessenvertreterinnen „Frauen auf Erfolgskurs", Essen

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Schlusspunkt.

„Die Herausforderung für die SPD liegt darin, das gute Verhältnis, das sie vor Wahlen zu den Gewerkschaften hat, auch später in der Regierung beizubehalten."

Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel am 14. Juni auf dem GEW-Gewerkschaftstag in Düsseldorf

Kündigung

Ein Fehler ist kein Kündigungsgrund

Macht der Arbeitnehmer bei der Ausführung seiner Aufgaben einen Fehler, rechtfertigt das keine Kündigung, wenn nicht zu erwarten ist, dass er diesen Fehler in Zukunft wiederholen wird.

Der Fall: Die 48-jährige Arbeitnehmerin arbeitet seit 26 Jahren bei einem Bankinstitut. Zu ihren Aufgaben gehört die Überprüfung von Überweisungsbelegen und deren Korrektur. Sie hatte 603 Belege innerhalb von weniger als 1,4 Sekunden, 105 Belege innerhalb von 1,5-3 Sekunden und 104 Belege in mehr als 3 Sekunden geprüft. Dabei übersah sie einen Zahlungsbeleg, der durch einen Arbeitskollegen von 62,40 € auf 222.222.222,22 € korrigiert worden war. Der vorprüfende Kollege, nicht für die Prüfung des Betragsfelds zuständig, war bei einem Sekundenschlaf auf die Taste „2" der Tastatur geraten und hatte diese länger gedrückt. Durch eine systeminterne Prüfungsroutine wurde der Fehler berichtigt, der Bank entstand kein Schaden. Die Bank warf der Angestellten die vorsätzliche Täuschung über ihre Arbeitsleistung vor, sie habe die Belege ohne Prüfung freigegeben. Sie kündigte der Frau fristlos, hilfsweise fristgerecht. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Eine vorsätzliche Schädigung des Arbeitgebers liegt nicht vor. Nach der Vorbearbeitung durch den Arbeitskollegen kann der Sachbearbeiterin nur eine unterlassene Kontrolle des Überweisungsträgers vorgeworfen werden. Dies sei zwar ein schwerer Fehler gewesen. Die für eine Kündigung aus verhaltensbedingten Gründen notwendige negative Prognose ist nach Abwägung aller Umstände aber nicht erkennbar. Deshalb war der Bank hier eine Abmahnung statt einer Kündigung zumutbar.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 7. Februar 2013 - 9 Sa 1315/12

Laktoseintoleranz

Nicht immer Mehrbedarf

Entstehen einem Hartz-IV-Empfänger mit Laktoseintoleranz aufgrund seiner vegetarischen Lebensweise keine Mehrkosten gegenüber einem Gesunden, hat er keinen Anspruch auf Gewährung eines Mehrbedarfs wegen kostenaufwändiger Ernährung.

Der Fall: Der Hartz-IV-Empfänger ist seit Jahren Vegetarier. Er verzehrt kein Fleisch, keinen Fisch bzw. keine Produkte, die Gelatine enthalten. Er machte gegenüber dem Jobcenter höhere Kosten für Milchersatzprodukte geltend, nachdem mit einem Laktosetoleranztest eine Milchzuckerunverträglichkeit festgestellt worden war. Nach Ablehnung durch das Jobcenter erhob er Klage. Diese blieb ohne Erfolg.

Das Landessozialgericht: Grundsätzlich deckt der im Rahmen der Grundsicherungsleistungen gewährte Regelbedarf („Hartz-IV") die Kosten der gesamten Ernährung. Etwas anderes gilt bei Leistungsberechtigten, die aus medizinischen Gründen einer kostenaufwändigen Ernährung bedürfen; sie erhalten einen angemessenen Mehrbedarf. Der vom Gericht beauftragte Ernährungsberater kam in seinem ernährungswissenschaftlichen Gutachten zu dem Ergebnis, dass höhere Kosten zwar zutreffen können, wenn sich ein Laktoseintoleranter mit Fleisch und Fisch ernähre, nicht jedoch für einen sich vegetarisch Ernährenden. Aufgrund der ersparten Aufwendungen für Fleisch und Fisch habe der Mann gegenüber einem sich mit normaler Vollkost ernährenden Leistungsempfänger sogar geringfügig geringere Ausgaben.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 12. März 2013 - L 6 AS 291/10

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 12/2013

URTEILE

Parabolantenne

Vermieterinteresse überwiegt nicht

Ist keine angemessene Zahl von Programmen aus dem jeweiligen Heimatland über den bereitgestellten Kabelanschluss, sondern nur über eine Parabolantenne zu empfangen, so ist das Interesse der ausländischen Mieter am Empfang von Rundfunkprogrammen ihres Heimatlandes bei der Abwägung mit den Eigentümerinteressen des Vermieters zu berücksichtigen.

Bundesverfassungsgericht,
Beschluss vom 31. März 2013 – 1 BvR 1314/11

Schadensersatz

Nur bei grober Fahrlässigkeit

Die Bundeswehr kann von einem Soldaten nur dann Schadensersatz nach einem Unfall mit einem Dienstfahrzeug verlangen, wenn der Unfall von ihm grob fahrlässig verursacht wurde.

Verwaltungsgericht Koblenz,
Urteil vom 4. Juni 2013 - 1 K 1009/12.KO

Probezeit

Keine Kündigung wegen Rauchgeruchs

Ein Arbeitgeber darf ein Arbeitsverhältnis in der Probezeit nicht allein mit der Begründung kündigen, die Kleidung des Arbeitnehmers rieche stark nach Zigarettenrauch, Kollegen und Kunden hätten sich darüber beschwert. In der Probezeit findet das Kündigungsschutzgesetz zwar keine Anwendung, aber das allgemeine Persönlichkeitsrecht und die allgemeine Handlungsfreiheit sind zu berücksichtigen.

Arbeitsgericht Saarlouis,
Urteil vom 3. Juni 2013 - 1 Ca 375/12

Gesetzliche Unfallversicherung

Fußballturnier nicht geschützt

Ein betriebliches Fußballturnier steht, selbst wenn es von der Unternehmensleitung organisiert und finanziert worden ist, nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn das Programm nur den fußballbegeisterten Teil der Mitarbeiterschaft angesprochen hat und fast keine Beteiligung von Frauen am Turnier zu verzeichnen ist. Um unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung stehen zu können, müssen Turnier und Programm geeignet sein, die Gesamtheit der Belegschaft und nicht nur einen begrenzten Teil anzusprechen.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 14. Mai 2013 - L 9 U 2557/10

Arbeitsunfähigkeit

Das Bett hüten ist nicht zwingend

Nimmt ein Arbeitnehmer trotz Krankschreibung an einem Bewerbungsgespräch teil, rechtfertigt das nicht die Kündigung. Zwar hat ein erkrankter Arbeitnehmer während der Krankschreibung dafür zu sorgen, dass er die Ausfallzeit kurz hält. Dies bedeutet aber nicht, dass er stets im Bett liegen muss oder die Wohnung nicht verlassen darf. Vielmehr kommt es immer auf die Art der Erkrankung an.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt,
Urteil vom 29. April 2010, L 3 R 521/06

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.07.2013 13/13

DGB

inhalt

Seite 3
Jetzt handeln
Die europäische Gewerkschaftsjugend fordert die europäischen Regierungen auf, wirksam gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen

Seite 5
Tarifsystem stärken
Um Lohndumping zu stoppen, fordern DGB und Gewerkschaften, die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen zu erleichtern

Seite 7
Armut im Alter
Die kommende Bundesregierung muss beim Thema Rente ordentlich anpacken, erklärt der DGB-Experte Ingo Nürnberger

Gesetzliche Krankenversicherung

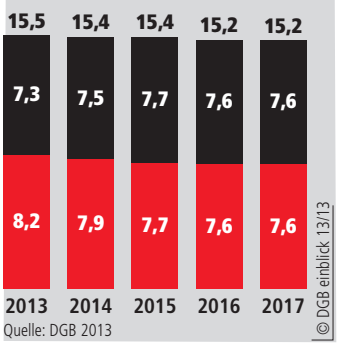
Solide, sozial und nachhaltig

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) braucht eine solide Finanzierungsgrundlage. Nach einem Stufenmodell des DGB sind stabile Beitragssätze, paritätisch finanziert, machbar. Die aktuellen Rücklagen der gesetzlichen Krankenkassen suggerieren, dass Änderungen unnötig seien. Doch DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach warnt vor einer weiteren „Politik nach Kassenlage" bei der GKV. Benötigt werde für die kommende Legislaturperiode eine Finanzierung, die den wachsenden Herausforderungen gerecht wird. Aber schon für 2014 wird für den Gesundheitsfonds – der Topf, in dem das Geld landet, aus dem die Kassen finanziert werden – ein Defizit von fast 10 Milliarden Euro prognostiziert.

Dabei sollen nicht nur den Kassen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, so Buntenbach: „Wir wollen gleichzeitig Gerechtigkeitslücken schließen und die Belastungen für eine große Mehrheit der Versicherten senken." Der Beitragssatz würde nach diesem Modell im Jahr 2017 bei 15,2 Prozent liegen – aktuell beträgt er 15,5 Prozent.

Parität sichern

Entwicklung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung nach dem DGB-Stufenplan (in Prozent)



Quelle: DGB 2013

Einen stabilen Beitragssatz und mehr Gerechtigkeit will der DGB mit seinem Stufenmodell erreichen. Für die gesetzlichen Krankenkassen bringen die Änderungen einen kalkulierbaren Kostenrahmen über den Zeitraum einer vollen Legislaturperiode

Zu einer gerechten Finanzierung gehört aber vor allem, die Arbeitgeber wieder paritätisch zu beteiligen. In mehreren Stufen soll ihr Beitragsanteil von derzeit 7,3 Prozent auf 7,6 Prozent steigen. Der Arbeitnehmeranteil würde dementsprechend von heute 8,2 Prozent auf 7,6 Prozent sinken. Durch eine schrittweise Anhebung werde niemand überfordert. Der Arbeitnehmer-Sonderbeitrag würde entfallen, und durch die Streichung der Kopfpauschale („einkommensunabhängige Zusatzbeiträge") würden die Versicherten zusätzlich entlastet.

Die Beitragsbemessungsgrenze und parallel dazu die Versicherungspflichtgrenze, müssen von derzeit 3937 Euro schrittweise bis 2017 auf 5800 Euro angehoben werden. Schon dadurch erhöht sich das Beitragsaufkommen um 0,5 Beitragssatzpunkte. Um die Kassen darüber hinaus zu entlasten, wollen die Gewerkschaften für verschreibungspflichtige Arznei- und Heilmittel einen reduzierten Umsatzsteuersatz einführen.

Den Bundeszuschuss will der DGB „auf hohem Niveau" stabil halten. Diese Steuermittel wollen die Gewerkschaften für drei Aufgaben bereitstellen: Für familienpolitisch begründete Leistungen wären 4,9 Milliarden Euro erforderlich, die Beiträge für ALG II-BezieherInnen lägen bei 5 Milliarden Euro, und für Schutzimpfungen würden den gesetzlichen Krankenkassen 1,75 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Das Gesamtpaket läge bei insgesamt 11,65 Milliarden Euro.

Der DGB erwartet, dass eine neue Bundesregierung sich mit diesem Modell auseinandersetzt. Annelie Buntenbach erklärt: „Wir erwarten, dass die Parteien ideologisch abrüsten." Der DGB-Vorschlag sei „pragmatisch" und ein erster Schritt zu einer Bürgerversicherung. •

plusminusBERLIN

+ *Hans-Joachim Hacker, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, fordert, Kleingartenbesitzer in großen Städten besser vor Immobilienspekulanten zu schützen. Dazu gehöre auch, die Pacht, an der zunehmend von den Grundstückseigentümern gerüttelt werde, zu deckeln.*

– *Das Innenministerium von Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht weiterhin keinen Anlass, den Dachverband der Deutschen Burschenschaften (DB) als verfassungsfeindlich einzustufen. Die Burschenschaftler des DB diskutieren u.a. einen „Ariernachweis" für ihre Mitglieder.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

https://duckduckgo.com
Eine datensichere Alternative zu den großen Suchmaschinen im Internet

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DGB-Aufruf zum Antikriegstag am 1. September 2013

Bündnis

Minijobs reformieren

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Frauen- und Sozialverbänden sowie WissenschaftlerInnen hat die Politik aufgerufen, Minijobs zu reformieren. Der Minijob sei kein Sprungbrett in reguläre Beschäftigung, sondern eine Niedriglohnfalle, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, warnt, besonders für verheiratete Frauen sei diese Form der Beschäftigung ein „Super-Kleber" in perspektivlosen Jobs mit einem Aushilfslohn. Deshalb fordern unter anderem DGB, Deutscher Frauenrat, Arbeiterwohlfahrt und der Verband berufstätiger Mütter, den rechtlichen Sonderstatus von Minijobs abzuschaffen. Unterstützung finden die 16 Verbände bei 23 WissenschaftlerInnen. So bezeichnet Gerhard Bosch von der Universität Duisburg-Essen Minijobs als „Absurdität in Zeiten des Fachkräftemangels" und betont, dass insgesamt 71,2 Prozent der Beschäftigten in diesem Bereich nur Niedriglöhne bekommen.

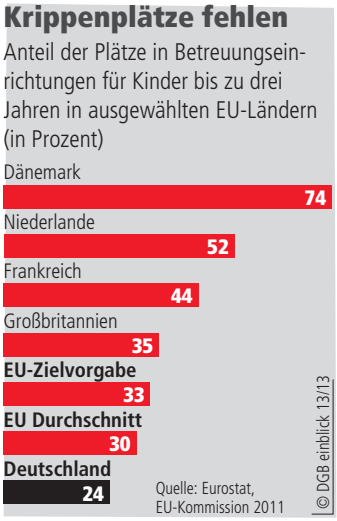
Das Bündnis fordert, alle Arbeitsplätze müssten gleich behandelt, gleich bezahlt und gleich versichert sein. Das DGB-Konzept sieht an dieser Stelle eine Gleitzone vor. So übernimmt der Arbeitgeber bei einem Einkommen bis 100 Euro die Sozialversicherung komplett. Anteilig steigt dann die Beteiligung der Beschäftigten. Ab 800 Euro sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch in die Sozialversicherungen einzahlen. •

Aufruf und DGB-Konzept unter: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Kinderbetreuung

Anspruch kontra Realität

Ab 1. August haben Eltern einen gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Eine gute Kinderbetreuung und frühe Förderung gehören, so formuliert es das Bundesfamilienministerium, „zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben in Deutschland". Zudem gelten ausreichende Kinderbetreuungsangebote als eine entscheidende Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Allerdings werden kaum alle Eltern einen Platz für ihr Kleinkind finden. Nach dem Zwischenbericht 2013 zum Kinderförderungsgesetz besteht in allen Bundesländern noch Ausbaubedarf. Nach Auskunft der Jugendämter werde in Ostdeutschland der Bedarf größtenteils abgedeckt sein (60,5 Prozent), während die westdeutschen Ämter von einer durchschnittlichen Versorgungsquote von 36 Prozent ausgehen. •



Im europäischen Vergleich schneidet Deutschland schlecht ab. Das Bundesfamilienministerium meldet zwar für 2012 eine Steigerung der Betreuungsquote auf 27,6 Prozent, Stand März 2012, dennoch wird damit nicht mal die EU-Zielquote erfüllt.

EU-Wasser-Initiative

Druck wirkt

Die erste Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht" hat ihr erstes großes Etappenziel erreicht, die Wasserversorgung wurde aus der EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen. „Ein Riesenerfolg" ist das für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. In Deutschland hatte ver.di federführend die Aufgabe übernommen, Unterschriften für die Initiative zu sammeln. Für die Gewerkschaften sind damit aber noch nicht alle Kritikpunkte an den EU-Vorgaben erledigt. Weiterhin drohe Lohndumping, warnt Matecki. Das neue Vergaberecht, das in anderen Bereichen nach wie vor angewandt werden soll, benötige dringend soziale Kriterien: „Das Tariftreue-Prinzip und gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort müssen garantiert werden."

Die Bürgerinitiative wird bis Anfang September weiter um Unterschriften werben. Zwei Millionen wollen die Initiatoren in Brüssel vorlegen. Bislang haben europaweit 1,7 Millionen BürgerInnen unterschrieben. Das soll den Druck auf die Kommission gegen die Privatisierung der Wasserversorgung aufrecht halten. •

www.dgb.de/-/seN
www.right2water.eu

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsame Werte & politisches Denken verbinden.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Korruption

Schärfere Regeln abgelehnt

Eine gesetzliche Regelung zur Abgeordnetenbestechung hatten SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf die Tagesordnung in der letzten Sitzungswoche des Bundestages gesetzt. Auch die erneute Diskussion endete mit dem bekannten Ergebnis: Die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit sieht für eine rechtliche Klarstellung keinerlei Bedarf. Rot-Grün hatte Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren gefordert. Die Anti-Korruptionsinitiative Transparency International hatte im Vorfeld der Abstimmung an die Abgeordneten appelliert, mit der Abstimmung klar zu stellen, „ob sie für oder gegen die Bekämpfung von Abgeordnetenkorruption auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene sind".

Eine Verschärfung der geltenden Regeln ist Voraussetzung dafür, dass Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren kann. Führende Industrieunternehmen wie Siemens oder BASF kritisieren, dass die fehlende Ratifizierung ihren Auslandsgeschäften schade. •

Arbeitsschutz

Schutz vor Stress

Die IG Metall hat die Novellierung des Arbeitsschutzgesetzes durch den Bundestag begrüßt. „Durch die neuen Bestimmungen wird nunmehr endlich klargestellt, dass die Betriebe auch bei arbeitsbedingtem Stress und psychischen Belastungen zur Prävention verpflichtet sind, dafür hat sich die IG Metall immer stark gemacht", betont IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban. Allerdings dürfe die Bundesregierung nun nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Urban fordert, eine Anti-Stress-Verordnung zu erlassen. Denn ohne eine konkrete Verordnung fehlten den betrieblichen Akteuren die gesetzlichen Vorgaben, um in der Praxis aktiv zu werden. „Was bei Lärm, Licht oder Gefahrstoffen üblich ist, kann für Stress am Arbeitsplatz nicht falsch sein: Wir brauchen klare Regeln für gute Arbeit", so Urban. •

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Bunt, laut und mit deutlichen Worten haben die jungen europäischen GewerkschafterInnen die Staats- und Regierungschefs im Kanzleramt auf ihre Forderungen hingewiesen.

Jugendarbeitslosigkeit

Zeit für Taten

Unter dem Motto „Jugend macht Ansagen" haben in Berlin junge GewerkschafterInnen aus ganz Europa die Staats- und Regierungschefs aufgefordert, endlich wirksam gegen Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen.

Die Zahlen werden von Monat zu Monat bedrückender: Mittlerweile sind 5,6 Millionen Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren in Europa arbeitslos. Mit einem alternativen Jugendgipfel am Kanzleramt in Berlin haben deshalb junge GewerkschafterInnen aus europäischen Ländern gegen die Spar- und Krisenpolitik der europäischen Regierungen demonstriert. Der Anlass: Nur weniger Meter weiter im Kanzleramt hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihre AmtskollegInnen sowie die Arbeitsminister der EU und die Chefs der nationalen Arbeitsagenturen zu einem Krisengipfel zusammengerufen.

Unter dem Slogan „Stop talking – act now!" haben die jungen GewerkschafterInnen ihre Forderungen deutlich gemacht. Dazu gehören ein Sofortprogramm zur Jugendbeschäftigung, eine solide Finanzierung durch mehr Geld und eine Taskforce für die Krisenländer. Zudem sei ein langfristiges Zukunfts- und Investitionsprogramm für Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur in Europa nötig.

Scharf ins Gericht mit der aktuellen Krisenpolitik gehen die JugendsekretärInnen der Gewerkschaften aus den Krisenländern. Salvatore Marra von der italienischen CGIL betont: „In Zukunft wird die EU keinen Friedensnobelpreis mehr bekommen, wenn sie nicht etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit unternimmt." Und der Vertreter der griechischen Gewerkschaft GSEE Ioannis Poupkos warnt vor aufkeimendem Rechtspopulismus. Auch in anderen Ländern Europas drohe die Entstehung von faschistischen Bewegungen wie der griechischen „Goldenen Morgenröte", wenn nichts passiere.

Eine Delegation der Gewerkschaftsjugend nutzte die Chance, Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Anliegen direkt vorzutragen. DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller begrüßt die Gesprächsbereitschaft, machte aber deutlich, dass vor allem schnelles Handeln gefragt ist: „Die arbeitslosen Jugendlichen in Europa brauchen vor allem effektive und zügige Maßnahmen, um einen Job zu finden." Merkel bot den Gewerkschaften an, im Dialog zu bleiben. Der Vorstoß von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, das duale Ausbildungssystem aus Deutschland in andere Länder Europas zu übertragen, bezeichnete Haggenmiller als „maximal mittel- bis langfristige Lösung. Aktuell bekommt dadurch kein junger Mensch einen Arbeitsplatz". Zudem müssten beim Aufbau des dualen Systems die Sozialpartner an einen Tisch. „In Spanien ist das zurzeit nicht möglich, weil sich Ministerpräsident Mariano Rajoy weigert, die Gewerkschaften mit einzubeziehen", so Haggenmiller.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer kritisiert, dass die vorgesehenen Milliarden Euro, die aus dem Europäischen Sozialfonds umgeschichtet werden sollen, zu wenig sind, um die Probleme zu lösen. Er kündigte an, den Druck hochzuhalten. „Für eine billige Show lassen wir uns nicht missbrauchen." Die junge Generation dürfe nicht im Stich gelassen werden. Angesichts der 1200 Milliarden Euro zur Rettung der Banken seien die zugesagten Mittel ein Witz – als wolle man einen Lavastrom mit einem Gartenschlauch löschen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) kam bereits vor einem Jahr zu dem Ergebnis, dass mindestens 21 Milliarden Euro für die EU-Jugendgarantie eingesetzt werden müssen. •

Mehr Infos: www.dgb.de/-/srX

Gesamtkonzept gefordert

Um die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack ein europäisches Gesamtkonzept, um den jungen Menschen in ihren Heimatländern zu helfen. Jugendliche aus der EU in Deutschland auszubilden, könne nicht das Mittel gegen vermeintlichen Fachkräftemangel sein.

„Wer zur Ausbildung nach Deutschland kommen möchte, ist uns herzlich willkommen." Aber schon die Dimension der entsprechenden Förderprogramme für Jugendliche aus den europäischen Nachbarländern zeige, dass sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein könnten, so Hannack. So reiche das vom Europäischen Sozialfonds aufgelegte „MobiPro-EU" maximal zur Schaffung von 3000 neuen Ausbildungsplätzen.

Mit vielen dieser Programme würden letztendlich die leistungsstärksten Jugendlichen aus den EU-Mitgliedstaaten abgeworben, obwohl gerade sie in ihrer Heimat dringend benötigt würden. Mit Blick auf den vermeintlichen Fachkräftemangel in Deutschland wies Hannack zudem auf die rund 270 000 Jugendlichen hin, die in berufsvorbereitenden Maßnahmen seien, aber lieber einen Ausbildungsplatz hätten.

PROJEKTE UND PARTNER

Wissensaustausch

Theorie trifft Praxis

Der Verein zur Förderung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt (KOWA) in NRW e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, Brücken zwischen Arbeitswelt und Wissenschaft zu bauen. Der Verein, der Ende Mai sein 25. Jubiläum feierte, ist Träger einer von bundesweit insgesamt 23 Kooperationsstellen, die als interdisziplinäre Schnittstellen agieren. Ziel von KOWA ist es, Wissenstransfer zu gewährleisten, sodass sich Forschungsvorhaben an der Praxis orientieren und wissenschaftliche Ergebnisse in der Arbeitswelt ankommen und umgesetzt werden. Svenja Schulze, NRW-Wissenschaftsministerin (SPD), wies anlässlich des Jubiläums darauf hin, dass die frühzeitige Einbeziehung der Arbeitswelt in Lehre und Forschung „ein Schlüssel für die Innovationsfähigkeit unseres Landes" ist. •

www.kowa.sfs.tu-dortmund.de

Analphabeten

Betreuung und Hilfe

Bis in die 1970er-Jahre war es auch für Menschen mit keinen oder nur geringen Lese- und Schreibfertigkeiten möglich, einen Arbeitsplatz zu finden. Steigende betriebliche Anforderungen durch technische Innovationen macht es für diese Gruppe zunehmend schwieriger, Arbeit zu finden. Diese Menschen haben auf dem heutigen Arbeitsmarkt kaum noch Chancen und können auch nur schwer qualifiziert werden. Das Projekt MENTO, eine Initiative des DGB-Bundesvorstandes, möchte den Betroffenen durch innerbetriebliche Beratung helfen. Das Projekt wird vom DGB-Bildungswerk getragen und bildet MentorInnen und LernberaterInnen in öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen als qualifizierte AnsprechpartnerInnen aus. MENTO wird zurzeit in den vier DGB-Bezirken Nord, Hessen-Thüringen, Berlin-Brandenburg und NRW erprobt. •

www.migration-online.de

Anzeige

interregio

Der ***DGB Niedersachsen*** befürwortet den neuen Erlass des niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur ***Wirtschaftsförderung.*** Dieser sieht vor, die Förderung zukünftig an die Einhaltung sozialer Standards zu koppeln. Der DGB bietet an, gemeinsame Kriterien für soziale Standards weiterzuentwickeln und in die Vorgaben zur Wirtschaftsförderung aufzunehmen.

www.niedersachsen.dgb.de/-/sDp

Befristete Verträge, zu hohe Arbeitsbelastung und regelmäßige Überstunden sind an den Hochschulen in NRW Standard und sorgen für Frust bei den Beschäftigen. Dies ist das Ergebnis einer ***Befragung*** unter Universitätsbeschäftigten, die der ***DGB NRW*** Anfang Juli vorgestellt hat. „Die Hochschulen in NRW sind noch meilenweit davon entfernt, ein guter Arbeitgeber zu sein", kommentierte Andreas Meyer-Lauber, der Vorsitzende des DGB NRW, die Umfrage.

www.nrw.dgb.de/-/seF

neueBücher

Während der Nazi-Herrschaft fanden sich zahlreiche jüdische und politisch unliebsame Richter der Berliner Arbeitsgerichte selbst auf der Anklagebank wieder. Noch bevor das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Frühjahr 1933 in Kraft trat, begann die Ausgrenzung: Der Zwangsbeurlaubung folgte die Entlassung. Mit ***14 beeindruckenden Kurzbiografien*** zeigt der Historiker Hans Bergemann die Schicksale von verfolgten Arbeitsrichtern. Berthold Auerbach, Kurt Kronheim und Martin Matzdorf wurden in Auschwitz beziehungsweise in Minsk ermordet. Der Autor öffnet ein schäbiges Kapitel der deutschen Justizgeschichte und bewahrt in dem lesenswerten Buch die von den Nazis ausgegrenzten Arbeitsrichter vor dem Vergessen.

Hans Bergemann: Jüdische Richter in der Berliner Arbeitsgerichtsbarkeit 1933, Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin, 2013, 172 Seiten, 19,90 Euro

Ehegattensplitting

Argumente

Die neue Ausgabe der DGB-Publikation *frau geht vor* beleuchtet das Ehegattensplitting aus verschiedenen Perspektiven und liefert Argumente für eine Reform. •

www.dgb-bestellservice.de

Amnesty International

Menschenrechte weltweit

Amnesty International hat seinen Bericht zur Lage der Menschenrechte für 2013 veröffentlicht. Der aktuelle Report belegt die teilweise katastrophale Menschenrechtssituation in 159 Ländern und Territorien. Er zeigt, wie wichtig die oft gefährliche Arbeit derjenigen ist, die sich für Menschenrechte und Menschenwürde einsetzen. So wird zum Beispiel das Schicksal von Hernán Henry Diaz geschildert, einem Mitglied des Nationalen Gewerkschaftsverbandes der Beschäftigten in der Landwirtschaft (FENSUAGRO) in Kolumbien, der mit der Koordination einer landesweiten politischen Demonstration beschäftigt war, bevor er Mitte April letzten Jahres plötzlich „verschwand". •

Fischer Verlag GmbH, 14,99 Euro

Gelbe Hand

Wettbewerb gestartet

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an" lädt zum achten Mal zum Wettbewerb „Die Gelbe Hand" ein. Gewerkschaftsjugend, Azubis und BerufschülerInnen sind aufgerufen, originelle und fantasievolle Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. Die Schirmherrschaft in diesem Jahr haben Christine Lieberknecht (CDU), Ministerpräsidentin des Landes Thüringen, und der IG-BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel übernommen. „Wir wollen eine Arbeitswelt ohne Rassismus. Der Wettbewerb zeigt, dass ein solidarisches Miteinander gelingen kann", so Wiesehügel. •

www.gelbehand.de/wettbewerb

Anzeige

Stärkung des Tarifsystems

Allgemein und verbindlich

Die Gewerkschaften fordern eine neue Ordnung der Arbeit. Um der Erosion des Tarifvertragssystems zu begegnen, gehört dazu auch, die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen zu erleichtern.

Das Tarifsystem ist unter Druck. 2012 waren gerade mal noch 32 Prozent der Betriebe im Westen tarifgebunden, im Osten 18 Prozent. Nur noch rund die Hälfte aller Beschäftigten unterliegt einem Flächentarifvertrag. Zur Schwächung des Tarifsystems haben die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahrzehnte beigetragen, erklärte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki anlässlich einer gemeinsamen Tagung von DGB und dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung Ende Juni. Immer mehr Menschen müssen ihr Gehalt mit Transferleistungen aufstocken, wodurch sich nicht tarifgebundene Arbeitgeber gegenüber tarifgebundenen Wettbewerbsvorteile verschaffen. Eine weitere Ursache neben dem wachsenden Niedriglohnsektor sind Austritte aus den Arbeitgeberverbänden und Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung. Und: Immer weniger Tarifverträge werden für allgemeinverbindlich erklärt. Um die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herzustellen, sei der Gesetzgeber gefordert, so Matecki. Dazu gehört auch, die AVE von Tarifverträgen zu erleichtern.

Die AVE ist ein bewährtes Instrument, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Sie verhindert Nachteile zu Lasten der tarifgebundenen Unternehmen und ihrer Beschäftigten. In den letzten Jahrzehnten hat die AVE stark an Bedeutung verloren: Von 1991 bis 2012 ist die Zahl allgemeinverbindlicher Tarifverträge von 622 auf 489 gesunken. Gerade mal 1,5 Prozent aller Tarifverträge sind heute noch allgemeinverbindlich. Die AVE wird vom Bundesarbeitsministerium (BMAS) auf gemeinsamen Antrag von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erlassen. Mindestens 50 Prozent der Beschäftigten der Branche müssen dem Tarifvertrag unterliegen. Dieses Quorum wird nur noch selten erreicht. Zudem muss ein „öffentliches Interesse" bestehen. Und: Der paritätisch mit Arbeitgeber- und GewerkschaftsvertreterInnen besetzte Tarifausschuss entscheidet über die Empfehlung, welche Tarifverträge allgemeinverbindlich erklärt werden sollen. Zunehmend mauern die Arbeitgeber und blockieren AVE-Anträge, selbst wenn beide Tarifpartner der Branche dafür sind.

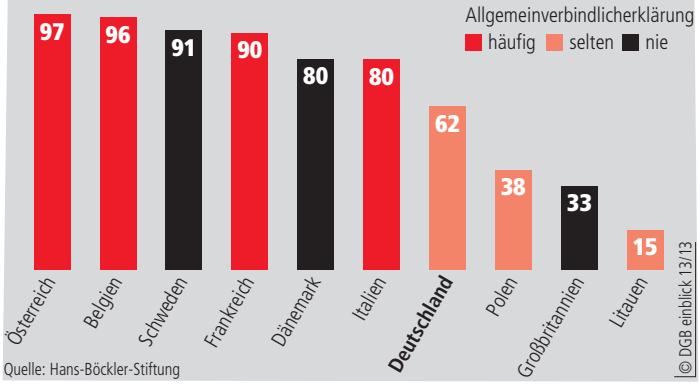
Der DGB fordert, das 50-Prozent-Quorum zu streichen. Zudem ist es aus Sicht des DGB notwendig, das „öffentliche Interesse" zu präzisieren. „Im öffentlichen Interesse liegt es, dass Lohndumping verhindert wird. Unternehmen sollten nicht über niedrige Löhne miteinander konkurrieren, sondern über die Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Öffentliches Interesse sei „auch dann gegeben, wenn es darum geht, soziale Standards und das Tarifvertragssystem zu sichern."

Auch Arbeitgebervertreter unterstützen eine Reform der AVE. Für Harald Schröer, Geschäftsführer für Sozial- und Tarifpolitik im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, ist sie eines der wichtigsten politischen Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode, „sonst bricht irgendwann das ganze Kartenhaus zusammen". Gerade in der Baubranche habe sich die AVE bewährt. Nicht nur die tariflichen Mindestlöhne sind dort für allgemeinverbindlich erklärt worden, auch die Tarifverträge über das Winter-Kurzarbeitergeld und die Bau-Sozialkasse (SOKA BAU) sorgen über die AVE für gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Während die Regierungsparteien keine Notwendigkeit zur Reform sehen, haben SPD, Grüne und Linke längst eigene Gesetzesentwürfe vorgelegt, die alle von Schwarz-Gelb abgeschmettert wurden. Die Opposition ist sich einig, dass die Voraussetzungen für die AVE erleichtert werden müssen. •

Mehr Schutz durch Allgemeinverbindlichkeit

Anteil der Beschäftigten in ausgewählten EU-Ländern, die unter einen Tarifvertrag fallen (2007 – 2010, in Prozent)



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Den besten Schutz durch Flächentarifverträge haben die Beschäftigten in den Ländern, in denen Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen gesetzlich möglich und in der Praxis weit verbreitet sind, wie etwa in Österreich oder in Belgien. Anders ist die Situation in Schweden oder in Dänemark: Dort ist vor allem der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad (mit jeweils 69 Prozent) für die hohe Tarifbindung verantwortlich.

Reformvorschläge der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften fordern, das 50-Prozent-Quorum als Voraussetzung zur Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen zu streichen. Außerdem muss die Definition des „öffentlichen Interesses" bei der AVE präzisiert werden.

Aus Sicht des DGB soll die AVE dann im öffentlichen Interesse sein, wenn sie geeignet ist,

- ***die Tarifautonomie und das Tarifvertragssystem zu stabilisieren,***
- ***angemessene Entgelt- und Arbeitsbedingungen zu erreichen,***
- ***gemeinsame Einrichtungen der Tarifpartner in ihrer sozialpolitischen Funktion zu sichern,***
- ***soziale Standards zu sichern und Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.***

Eine erleichterte AVE allein reicht nicht, um Lohndumping zu verhindern. Voraussetzung ist auch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro.

www.dgb.de/btw2013

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Überzeugende Leistungen & überzeugende Positionen.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

kurz&bündig

Die IG BAU hat die Bundesregierung aufgefordert, zu verhindern, dass durch die von der EU-Kommission geplante Reform der Entsenderichtlinie Sozialdumping gefördert wird. „Die Vorstellung, dass bald Menschen aus Rumänien oder Bulgarien zu den dortigen Minilöhnen hier arbeiten, ist unerträglich", so IG BAU-Vize Dietmar Schäfers.

Die Berliner Gewerkschaft der Polizei droht mit einem „Knöllchenstreik", wenn die Gehälter der Beamten nicht erhöht werden. GdP-Landeschef Michael Purper: „Wir haben kein Problem damit, wenn die Beamten auf Strafzettel verzichten, wenn der Finanzsenator uns kein Geld gibt."

Nach über sieben Monaten Arbeitskampf haben IG BCE und der Verpackungshersteller Neupack eine Einigung erzielt. Dazu zählen wesentliche Verbesserungen beim Entgelt, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und gerechte, vergleichbare Arbeitsbedingungen.

Die EVG will sich nach den Bundestagswahlen dafür einsetzen, dass die Investitionsmittel für die Schiene erhöht werden. Alexander Kirchner, Vorsitzender der EVG: „Das wird eine der wichtigsten Aufgaben für die nächste Bundesregierung, egal wie sie aussieht."

Pflegereform

Bessere Absicherung

Der DGB erwartet nach der Bundestagswahl die längst fällige Pflegereform. Vor allem soll der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff schnell umgesetzt werden, damit demenzkranke Menschen endlich vollen Zugang zu den Leistungen der sozialen Pflegeversicherung erhalten. Eine Forderung, die auch der Pflegebeirat – das Expertengremium der Bundesregierung – formuliert hat. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach betont: „Es ist dringend notwendig, dass 200 000 pflegebedürftige Menschen zusätzlich durch die Pflegeversicherung abgesichert werden, die bislang keine gleichberechtigten Leistungen erhalten haben." Außerdem müsse gute Pflege besser bezahlt werden. Dies sei nicht zum Nulltarif machbar.

Darum brauche es auch eine Finanzreform. Für den DGB steht fest: Die rund sieben Milliarden Euro Mehrausgaben sind nur bei einer solidarischen Finanzierung für alle tragbar. Um das zu realisieren, soll laut DGB-Konzept die private Pflegeversicherung miteinbezogen, weitere Einkommensarten berücksichtigt und der Steuerzuschuss erhöht werden. Der Beitragssatz könnte bis zum Jahr 2030 unter 2,5 Prozent stabilisiert werden. DurchschnittsverdienerInnen würde dies nur 5,40 Euro im Monat mehr kosten. Buntenbach warnt: „Angeblich kostenneutrale Modelle wären lupenreine Leistungskürzungen." •

www.dgb.de/-/seX

DGB-Jugend

Neuer Webauftritt

Mit einer vollständig überarbeiteten Homepage präsentiert sich die DGB-Jugend im Internet. Klar gegliedert und im modernen Design informiert sie über zentrale Themen der Gewerkschaftsjugend. Ob Schule, Ausbildung oder Studium – das Portal bietet zu allen wichtigen Themen übersichtlich Infos und Tipps. Etwa, wie man die Wahl einer Jugend- und Auszubildendenvertretung organisiert, oder welche Rechte und Pflichten bei einem Praktikum während des Studiums zu beachten sind. Aktuelle Analysen der Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen, Umfragen zu aktuellen Jugendthemen und viele Materialien runden das Angebot ab. •

www.jugend.dgb.de

IG Metall

Vorschlag für neuen Vorstand

Der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber hat einen Vorschlag für die zukünftige Führung der IG Metall vorgelegt. Huber, 63, der Hauptkassierer Bertin Eichler, 60, sowie Vorstandsmitglied Helga Schwitzer, 62, hatten zuvor erklärt, ihre Mandate vor Ablauf der Wahlperiode zur Verfügung zu stellen.

Als Nachfolger für das Amt des Ersten Vorsitzenden hat Huber den derzeitigen Zweiten Vorsitzenden Detlef Wetzel, 60, vorgeschlagen. Der Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Baden-Württemberg Jörg Hofmann, 57, soll Wetzel folgen. Als Hauptkassierer soll Jürgen Kerner, 44, aktuell geschäftsführendes Vorstandsmitglied, kandidieren. Als weitere geschäftsführende Vorstandsmitglieder sollen Irene Schulz, 49, Bezirkssekretärin aus Berlin-Brandenburg-Sachsen, sowie Wolfgang Lemb, 51, Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Erfurt, neu hinzukommen. Die bisherigen geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Christiane Benner, 45, und Hans-Jürgen Urban, 51, bleiben im Amt.

Endgültig wird der IG Metall-Vorstand am 9. September über die Nominierung entscheiden. Gewählt werden soll die neue Führung auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag am 24./25. November in Frankfurt/Main. •

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Das Mitglied im Blick, der Mensch im Mittelpunkt.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Vorstände

Regierung schützt hohe Einkommen

Die Begrenzung der Vorstandsvergütungen stand auf der Tagesordnung der vorletzten Sitzung des Bundestages. Im Aktienrecht regelte die Koalition, dass künftig nicht mehr der Aufsichtsrat, sondern die Hauptversammlung über die Höhe der Vergütung entscheidet. Für DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel ist damit die Gesetzesinitiative „gründlich misslungen". Schließlich würden damit die Interessen der Aktionäre bedient, die ArbeitnehmerInnen blieben außen vor. Von institutionellen Anlegern sei aber kaum zu erwarten, dass sie einen Beitrag zur Begrenzung der Vorstandsvergütung leisten. •

MEINUNG

Rentenpolitik

Komplett gescheitert

Um künftige Altersarmut zu verhindern, waren die letzten vier Jahre schwarz-gelber Regierungspolitik verlorene Zeit. Der DGB-Experte Ingo Nürnberger skizziert den Handlungsbedarf.

Die Legislaturperiode neigt sich ihrem Ende zu. Wir haben **vier Jahre rentenpolitischen Stillstands** hinter uns. Und das, obwohl der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Koalition versprochen hatte, dass die Gefahr der Altersarmut eingedämmt werden sollte. Und obwohl Frau von der Leyen einen pompösen und aufwändigen Rentendialog betrieben hat. Ein Jahr lang beriet sich das Ministerium mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Sozialverbänden. In der Analyse war man sich erstaunlich einig: So hat die Ministerin beispielsweise anerkannt, dass das sinkende Rentenniveau Teil des Problems Altersarmut ist. Auch darüber, dass dringend etwas geschehen muss bei den Erwerbsminderungsrenten, bei den Altersübergängen und beim Reha-Budget, bestand im Grundsatz Konsens.

Foto: DGB

Ingo Nürnberger, 40, leitet seit 2010 die Abteilung Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Dann aber legte die Ministerin ein „Rentenpaket" vor, das **weit hinter den Notwendigkeiten und weit hinter dem politisch Möglichen zurückblieb und massive handwerkliche Fehler aufwies.** Um die Absicherung von langjährigen Versicherten mit geringen Einkommen zu verbessern, wurde die Zuschussrente vorgeschlagen, die die Deutsche Rentenversicherung zu einem zweiten Sozialamt gemacht und trotzdem die Probleme von langjährig Versicherten nicht gelöst hätte. Bei der Erwerbsminderungsrente, bei der Gestaltung der Altersübergänge (die so genannte Kombirente) und beim Reha-Budget wollte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) nur Tippelschritte gehen – immerhin in die richtige Richtung. Was die Absicherung von Selbstständigen ohne sonstige obligatorische Absicherung angeht, wurde die Unternehmensberatung McKinsey damit beauftragt, die „Optionen" für eine Absicherung dieses Personenkreises zu untersuchen. Bis heute gibt es keinen Abschlussbericht, sondern nur eine PowerPoint-Präsentation von McKinsey, die unter Verschluss gehalten wird. Nichts von den ursprünglich vorgelegten Plänen des BMAS hat es ins Gesetzblatt geschafft: eine Bilanz des kompletten Scheiterns.

Anstatt Probleme zu lösen, hat die schwarz-gelbe Koalition die Probleme verschärft – und zwar mit unverantwortlichen Wahlgeschenken. In zwei Schritten wurde der Beitragssatz von 19,9 auf 18,9 Prozent gesenkt. Die Finanzschätzungen lassen vermuten, dass es Anfang 2014 mit dem Beitragssatz sogar noch weiter nach unten gehen könnte. Diese Wahlgeschenke kommen als Leistungskürzung und als unsozialer Bumerang zurück. Innerhalb weniger Jahre würde die „Nachhaltigkeitsrücklage" aufgebraucht sein, und wir stünden dann vor einer Steilwand an Rentenbeitragserhöhungen. Die Gefahr wächst damit dramatisch, dass die Rentenkürzungspolitik weitergeht oder sogar verschärft wird. Völlig aberwitzig ist, dass die Union jetzt weitere Wahlgeschenke verteilen und die milliardenschweren Ausgaben für die „Mütterrenten" systemwidrig ohne zusätzliches Steuergeld finanzieren will. Vor allem, wenn man bedenkt, dass Schwarz-Gelb den Bundeszuschuss um einen Milliardenbetrag gekürzt hat.

Der DGB hat ein tragfähiges Gegenmodell vorgelegt: Anstelle der Beitragssenkung haben wir eine Stabilisierung des Beitragssatzes und eine vorhersehbare und schrittweise Anhebung des Beitrags auf 22 Prozent gefordert. Auch nach der zweimaligen Beitragssenkung funktioniert das DGB-Modell noch, wenn schnell gegengesteuert wird. In einem ersten Schritt muss sofort nach der Wahl eine weitere Beitragssenkung gesetzlich verhindert werden. Darauf aufbauend kann mit kalkulierbaren und moderaten Beitragssteigerungen die Rücklage weiter aufgefüllt werden. Außerdem muss es künftig heißen: Hände weg vom Bundeszuschuss! Damit gewinnen wir Handlungsfähigkeit in der Rentenpolitik zurück. Ein stabiles Rentenniveau und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sowie abgesicherte Altersübergänge können so finanziert werden, ohne gegen die politisch gesetzte Beitragsobergrenze von 22 Prozent im Jahr 2030 verstoßen zu müssen.

Nach vier Jahren Stillstand wird die nächste Legislaturperiode rentenpolitisch von entscheidender Bedeutung sein, und es wird schon auf die ersten Entscheidungen – zum Beitragssatz – ankommen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Altersarmut und vor dem sozialen Absturz im Alter zu schützen, steht weiter auf der Agenda. **Wir brauchen einen Neuaufbruch in der Alterssicherungspolitik.**

Reform überfällig

Die Rentenreformen der letzten Jahrzehnte sind dafür verantwortlich, dass für viele Menschen die gesetzliche Rente künftig nicht mehr ausreicht, ihren Lebensstandard zu sichern. Um Altersarmut zu verhindern, fordert der DGB deutliche Leistungsverbesserungen und den Aufbau einer Demografie-Reserve zur Finanzierung und Sicherung der gesetzlichen Renten.

Kontraproduktiv ist aus Sicht der Gewerkschaften eine Senkung des Rentenbeitrags – auch wenn die Rentenkassen es derzeit hergeben. „Eine weitere Beitragssenkung wäre ein Brandbeschleuniger für die ohnehin absehbare Altersarmut", stellt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach klar. Wer den Rentenbeitrag zum dritten Mal in Folge senke, kürze gleichzeitig die Renten der kommenden Generationen, kritisiert Buntenbach. Sie fordert, die positive Entwicklung der Rentenfinanzen zur Aufstockung der Rücklagen und zu Leistungsverbesserungen zu nutzen. Eine „Beitragssenkungsbremse" sei nötig.

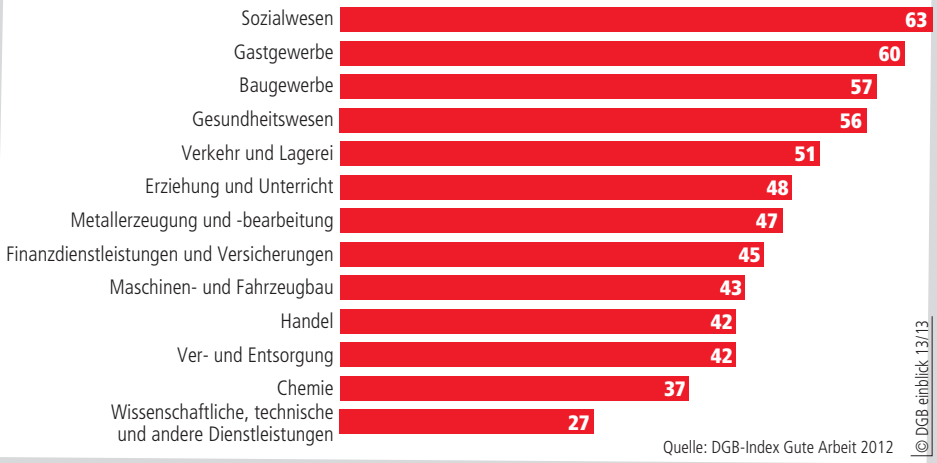
DIES & DAS

die DGB grafik

„GESUND IN RENTE": Viele haben Zweifel

Fast zwei Drittel der Beschäftigten im Sozialwesen gehen davon aus, ihren Job unter den jetzigen Bedingungen nicht bis zur Rente machen zu können. Das zeigen Zahlen des DGB-Index Gute Arbeit. Auch im Gast- und Baugewerbe sowie im Gesundheitswesen blickt die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen pessimistisch in die Zukunft. Die Umfrage belegt auch: Für vier Fünftel ist die Arbeitsintensität im Vergleich zum Vorjahr noch mal gestiegen. Insgesamt fühlen sich 56 Prozent sehr häufig oder oft gehetzt bei der Arbeit.

Anteil der Beschäftigten aus ausgewählten Branchen, die unter den jetzigen Anforderungen davon ausgehen, nicht bis zur Rente durchzuhalten (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2012

© DGB einblick 13/13

35 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

8.7. ver.di Ostsachsen, Konferenz „Personalbemessung in der Pflege", Bautzen

8.-9.7. IG Metall Bayern und IG Metall Baden-Württemberg, Fachkonferenz für Betriebsrätinnen und Betriebsräte der Auto- und Zulieferindustrie, Augsburg

10.7. GEW Baden-Württemberg, Protestaktion im Bildungsbereich, Stuttgart

13.-15.7. GEW Thüringen, 17. Sommertreffen unter dem Motto „Gesundheit – Entspannung – Wissen", Tabarz

14.7. DGB Kreisverband Rems-Murr, Sonderausstellung „150 Jahre Arbeiterbewegung – Eine Fahrt in die Vergangenheit und Zukunft", Mannheim

19.-21.7. Friedrich-Ebert-Stiftung, „Demokratiecamp des Forums Jugend und Politik", Berlin

20.7. Nationaler Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

28.7.-4.8. Hans-Böckler-Stiftung, 4th International Summer School on „Keynesian Macroeconomics and European Economic Policies", Berlin

3.8. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gedenkveranstaltung „Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus und die Schrecken des Krieges", Hamburg

personalien

••• ***Ingmar Kumpmann,*** 44, ist seit 1. Juli neuer politischer Referent für Industrie- und Dienstleistungspolitik in der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Der promovierte Volkswirt war zuvor Referatsleiter bei der Arbeitskammer des Saarlandes.

Tipp

***Buch:* Roland Köstler, Matthias Müller, Sebastian Sick: *Aufsichtsratspraxis – Handbuch für die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat*, Bund-Verlag, 819 Seiten, 79,90 Euro**

Für neugewählte Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten gilt es, viele Fragen zu klären. Welche Rechte und Pflichten habe ich? Wie offen darf ich nach außen kommunizieren? Der Band „Aufsichtsratspraxis" klärt umfassend die Grundlagen für die Arbeit im Aufsichtsrat. Hier finden Aufsichtsräte alle rechtlichen Hintergründe, um ihr Amt verantwortungsvoll wahrzunehmen.

Schlusspunkt

„Es ist eine traditionelle Übung in dieser Republik, vor den Wahlen Wahlversprechen zu machen, die dann anschließend in Regierungskoalitionsverhandlungen wieder wegrationalisiert werden. (...) Die Wähler wissen seit 50 Jahren, dass es so ist."

Kurt Lauk, Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, in den „Tagesthemen" vom 23. Juni über die Wahlversprechen von CDU/CSU.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma, Meike Schwabe **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Die nächste *einblick*-Ausgabe erscheint am 19.August 2013.

Gesetzliche Krankenversicherung

Krankenkasse zahlt keine Spezialdecke

Feuchtigkeitsregulierende Bettdecken für starke Schwitzer sind im Regelfall Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens und als solche nicht Leistungsgegenstand der gesetzlichen Krankenversicherung, selbst wenn das starke Schwitzen auf einer Krankheit beruht.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 23. August 2010 - L 16 KR 329/10 B ER

Unterhaltsvorschuss

Auch wenn das Kind im Ausland lebt

Unterhaltsvorschuss ist eine staatliche Sozialleistung. Anspruch darauf hat ein Kind eines alleinerziehenden Elternteils, wenn es vom familienfernen Elternteil keinen Kindesunterhalt bekommt. Ein minderjähriges Kind, das mit seiner sorgeberechtigten Mutter in Spanien lebt, hat einen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss, sofern der im Bundesgebiet lebende arbeitslose Vater in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert ist.

Verwaltungsgericht Darmstadt,
Urteil vom 12. März 2013 - 5 K 409/11.DA

Gleichbehandlungsgesetz

Benachteiligung muss bewiesen werden

Wird ein Arbeitnehmer wegen seiner Weltanschauung oder wegen bei ihm vermuteter Weltanschauung benachteiligt, kann dies Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz auslösen. Voraussetzung in beiden Fällen ist, dass Indizien vorgetragen und bewiesen werden, die auf die Benachteiligung wegen einer (vermuteten) Weltanschauung hindeuten. Persönliche Einstellungen, Sympathien oder Haltungen sind keine „Weltanschauung".

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 20. Juni 2013 - 8 AZR 482/12

Hilfsmittel

Mobilität ist sehr wichtig

Die Krankenkassen müssen unter Umständen elektrische Schiebe- und Bremshilfen für Kinderrollstühle bezahlen. Das gilt insbesondere, wenn durch diese Hilfsmittel wichtigen Grundbedürfnissen des Kindes Rechnung getragen wird. Dazu gehören die Bewegungsmöglichkeit außerhalb der Wohnung und die Integration im Kreis Gleichaltriger.

Sozialgericht Frankfurt am Main,
Urteil vom 12. März 2013 – S 25 KR 525/12

Gesetzliche Unfallversicherung

Wegeunfall auch bei Verabschiedung

Ein Arbeitnehmer, der morgens vor dem Weg zur Arbeit bei der Verabschiedung von seinem Hund umgestoßen wird und sich dabei verletzt, hat Anspruch auf Anerkennung des Unfalls als Arbeitsunfall. Denn in diesem Fall stellt die Verabschiedung vom Hund eine unerhebliche und geringfügige Unterbrechung des Arbeitsweges dar.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt,
Urteil vom 16. Mai 2013 - L 6 U 12/12

Gesetzliche Unfallversicherung

„Luftschnappen" kann geschützt sein

Ein Unfall, der sich während des „Luftschnappens" und Eisessens aufgrund starker Hitze vor einer Montagehalle ereignet, ist von der Berufsgenossenschaft als Arbeitsunfall anzuerkennen.

Der Fall: Der 37-jährige Arbeitnehmer war als Kfz-Mechaniker bei einem großen Automobilkonzern beschäftigt. Sowohl in als auch vor der Fertigungshalle war es an jenem Tag um die 30 Grad. In der Halle, die über keine Klimaanlage verfügt, wurden Neufahrzeuge im Stand bis auf 125 km/h „hochgefahren". Auch waren die Arbeiter aufgrund des Hallenglasdachs Sonneneinstrahlung ausgesetzt. Während eines mehrminütigen Leerlaufs des Montagebands holte der Arbeitnehmer am rund 20 Meter von der Halle entfernten Kiosk ein Eis, das er unmittelbar vor der Hallenaußentür verzehrte. Kurz darauf stieß ein anderer Mitarbeiter die Tür auf und traf hierdurch den Arbeitnehmer an der linken Ferse. Er erlitt einen Riss der Achillessehne und eine 4 cm lange Schnittwunde am Sprunggelenk. Die Berufsgenossenschaft übernahm zunächst die Behandlungskosten, lehnte aber die weitere Kostenübernahme und die Anerkennung als Arbeitsunfall ab: Das Eisessen habe nicht dazu gedient, die Arbeitskraft zu erhalten. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Berufsgenossenschaft ist verpflichtet, den Unfall als Arbeitsunfall anzuerkennen: Entscheidend sei dabei, dass der Arbeitnehmer sich nicht nur von seinem Arbeitsplatz entfernt habe, um sich ein Eis zu holen, sondern auch, weil er ohne Luftschnappen aufgrund der Hitze in der Halle und der schlechten Raumluft seine schwere Arbeit bis zum Schichtende nicht durchgehalten hätte.

Sozialgericht Heilbronn,
Urteil vom 8. März 2013 - S 13 U 1513/11

Übernahme von Heimkosten

Hausverkauf nicht immer zwingend

Der Sohn einer im Pflegeheim untergebrachten Frau ist nicht verpflichtet, das von seiner Mutter geschenkte Haus zu verkaufen, um die Heimkosten zu zahlen, wenn er selbst Notbedarf geltend macht.

Der Fall: Die Stadt Düsseldorf hatte den Sohn einer Heimbewohnerin verklagt. Sie verlangte von ihm Ersatz der Kosten für die Heimunterbringung der Mutter. Er sollte das Eigenheim verkaufen, das die Heimbewohnerin dem Sohn 2003 geschenkt hatte. Der Sohn weigerte sich, das Haus zu verkaufen, und berief sich auf Notbedarf. Seine kranke Ehefrau sei auf eine behindertengerechte Wohnung des besagten Hauses angewiesen. Mit seinem Einwand hatte er Erfolg.

Das Landgericht: Die Voraussetzungen für die Geltendmachung eines Rückforderungsanspruches liegen zwar vor. Denn die Schenkerin ist nicht in der Lage, die Kosten ihrer Unterbringung selbst aufzubringen, und muss aus diesem Grund Sozialhilfeleistungen in Anspruch nehmen. Ihr Sohn ist jedoch momentan außerstande, das Geschenk herauszugeben. Er muss seiner an Multipler Sklerose leidenden Ehefrau Unterhalt leisten, die auf eine behindertengerechte Wohnung angewiesen ist. Das entsprechend eingerichtete Siedlungshaus ermöglicht ein solches behindertengerechtes Wohnen und erfüllt damit den durch die Erkrankung gesteigerten Bedarf des Ehepaars. Zudem handelt es sich um ein einfaches Siedlungshaus, das der Vater des Beklagten, ein Handwerker, teilweise selbst errichtet hat und in dem der Sohn auch selbst aufgewachsen ist.

Landgericht Düsseldorf,
Urteil vom 28. März 2013, - 14c O 205/11

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 13/2013

einblick

GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR. 14** VOM 19.8.2013

Auf dem Holzweg

Öffentliche Daseinsvorsorge kann nicht ohne negative Folgen auf Profit getrimmt werden, wie das Beispiel Deutsche Bahn zeigt.

Privatisierung. Über Jahre hat die Deutsche Bahn AG Personal abgebaut, um Kosten zu senken. Am Ende reichen Urlaub und Krankheit weniger Beschäftigter aus, um den Bahnhof einer Landeshauptstadt lahmzulegen. Der Vorstand der Deutschen Bahn scheint das Problem nun ernst zu nehmen. Auf Druck der EVG soll die Personalplanung bei der Bahn gemeinsam mit der Belegschaft und den Betriebsräten überprüft werden. „Unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort wissen am besten, warum es brennt und können tragfähige Lösungen aufzeigen", so der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner. DGB-Mobilitätsexpertin Marion Jungbluth unterstreicht, welche gesellschaftliche Bedeutung die Deutsche Bahn hat: „Öffentliche Verkehrsmittel müssen funktionieren, ansonsten können sie nicht eine tragende Säule in der Verkehrswende sein."

Aber nicht nur bei der Bahn gilt: Die negativen Folgen einer profitorientierten Schrumpfkur von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge tragen vor allem die Beschäftigten und die VerbraucherInnen. Das zeigt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zur Privatisierung und Liberalisierung der Telekommunikations- und Energiemärkte. ArbeitnehmerInnen aus beiden Sparten bestätigen, dass Beschäftigungsniveau und Einkommen oft gesunken sind, die Tarifbindung zurückgegangen ist. Auch von guter Arbeit kann nicht überall mehr die Rede sein.

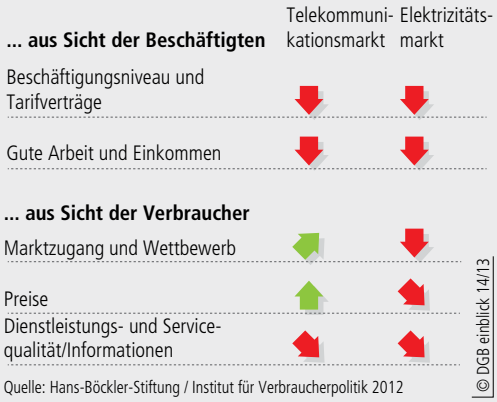
Die Gewerkschaften stehen deshalb Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen weiterhin kritisch gegenüber. So wirbt ver.di mit der Kampagne „Öffentlich ist wesentlich" für einen aktiven Staat. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erklärt: „Die Probleme der Bahn zeigen, dass der Weg der Privatisierung falsch ist – nicht nur bei der Bahn. Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht kurzfristigen Renditezielen unterworfen werden, sondern muss personell und finanziell so ausgestattet sein, dass qualitativ hochwertige und verlässliche Dienstleistungen für die Bevölkerung gewährleistet sind."

Ziel von DGB und Gewerkschaften ist es, die Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen zu stärken, damit es auch künftig öffentliche Daseinsvorsorge und eine leistungsfähige Infrastruktur gibt. Wachsamkeit ist angesagt. Die FDP kündigt in ihrem „Bürgerprogramm" zur Bundestagswahl an: „Unser Ziel ist es, die Staatsquote weiter zu senken. Dazu dient das Gebot, Projekte auf Möglichkeiten der Privatisierung zu prüfen."

www.dgb.de/btw2013

Negative Folgen

Folgen von Privatisierung und Liberalisierung am Telekommunikations- und Elektrizitätsmarkt …



Für Beschäftigte hat die Privatisierung und Liberalisierung der Telekommunikations- und Energiemärkte vor allem negative Folgen.

INHALT

2 *Kinderbetreuung*
Quantität braucht Qualität

3 *Vermögensteuer*
Kein Teufelswerk

5 *Tariftreuegesetze*
Marktmacht Bundesland

6 *Landtagswahlen*
DGB-Bezirke für Politikwechsel

7 *Wirtschaftswachstum*
Deutschland ein Wundermärchen

In eigener Sache

Die Redaktion des einblick und der Herausgeber DGB waren sich einig: Nach 15 Jahren oder 347 Ausgaben hat der einblick ein Facelifting verdient. Deshalb haben wir in diesem Jahr die Sommerpause genutzt, um aufzuräumen und mehr Farbe ins Blatt zu bringen. Das Ergebnis der Schönheitskur liegt nun vor Ihnen und euch. Wir sind gespannt, wie es unseren Leserinnen und Lesern gefällt, und freuen uns über jedes Feedback. Am besten per Mail an: *redaktion@einblick.info*

PLUS/MINUS

+ ***Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der nicht mehr zur Wahl antritt, wünscht sich vom neu gewählten Bundestag „interessantere Parlamentsdebatten".***

− ***„Durch einen Preisdeckel wird keine einzige neue Wohnung geschaffen", begründet der liberale Bundeswirtschaftsminister und FDP-Vorsitzende Philipp Rösler das strikte Nein seiner Partei zur Mietpreisbremse.***

Beilage

DGB-Wahl-Info:
Wählen gehen für einen Politikwechsel!

Quantität braucht Qualität

Kinderbetreuung. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kleinkinder ist am 1. August in Kraft getreten, aber noch fehlen bundesweit rund 100 000 Plätze. Der DGB befürchtet, dass diese nun aus dem Boden gestampft werden – auf Kosten der Qualität. Bundesweite Standards fordert DGB-Vorstandsmitglied Elke Hannack: „Wir brauchen eine verlässliche Qualität in der frühkindlichen Bildung." Bislang gebe es noch einen „föderalen Flickenteppich".
Der DGB mutmaßt, dass es in vielen Kommunen künftig Angebote geben wird, die zulasten der frühkindlichen Bildung gehen. Größere Gruppen, schlechte Arbeitsbedingungen und eine unzureichende Ausbildung der ErzieherInnen könnten die Folgen sein. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) legte Anfang August eine Broschüre vor, die den Fachkräftebedarf in der Kleinkinderbetreuung beziffert. Die vorsichtige Schätzung des BA-Vorstandsmitglieds Heinrich Alt: Bis 2016 werde es einen zusätzlichen Bedarf von rund 20 000 Fachkräften geben.

Die Jobcenter, heißt es bei der BA, würden bereits versuchen, Arbeitslose für eine Umschulung zu ErzieherInnen zu motivieren. Allerdings würden dafür „zertifizierte Schulungsangebote, entsprechende Ausbildungskapazitäten und die Ko-Finanzierung durch die Länder" benötigt. Auch der DGB betont, dass gute Standards Geld kosten. Mittel wären da: „Die zwei Milliarden Euro für das Betreuungsgeld müssen in die Qualität der Kitas investiert werden", fordert Elke Hannack.

www.dgb.de/-/NXe | bit.ly/BAErzieher

Vorbild Schweiz

Managergehälter. Die Schweizer Dienstleistungsgewerkschaft Unia plakatiert derzeit Zahlen: „1:12" – illustriert mit einem Turm aus zwölf Burgern. Dabei geht es nicht um Ernährung, sondern um die Deckelung von Managergehältern. Das Zwölffache des geringsten Einkommens in einem Betrieb sollte auch der Spitze reichen, findet die Gewerkschaft. Mit dieser Forderung steht sie nicht allein. Voraussichtlich im November werden die Schweizer darüber abstimmen, ob die Forderung Gesetz werden soll. Die Unia hat einen Trost für die möglichen Betroffenen bereit: Wenn der von ihr geforderte Monatsmindestlohn von 4000 Franken ebenfalls Gesetz würde, hätten auch die Firmenlenker mehr in der Tasche. Im Rahmen der Kampagne melden sich auch Beschäftigte zu Wort. So stellt ein Fahrer der UBS Investmentbank fest: „Für mein Gehalt muss der CEO lächerliche 26 Minuten arbeiten."

www.unia.ch

www.mindestlohn.de

Foto: DGB/Marco Urban

„Mit Mindestlohn fährt Deutschland besser" – verkünden bis zur Bundestagswahl etliche Taxen in Berlin. *„Ohne Umwege zum Mindestlohn" sei auch die DGB-Forderung an die nächste Bundesregierung, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki, „und zwar mindestens 8,50 Euro, gesetzlich verankert und flächendeckend".*

Manager-Votum

Mindestlohn. Nach einer Forsa-Umfrage sprechen sich 57 Prozent der Manager für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,88 Euro pro Stunde aus. Das Meinungsforschungsinstitut befragte im Auftrag des Handelsblatt 700 Führungskräfte deutscher Unternehmen. Die größte Zustimmung – 60 Prozent – kam von den Chefs mittelgroßer Betriebe, mit 500 bis 5000 Beschäftigten. Noch beliebter ist die Mindestlohn-Regelung in der Dienstleistungsbranche: Hier lag die Zustimmung bei 61 Prozent. Das bei Gegnern beliebte Argument, dass ein Mindestlohn Arbeitsplätze koste, bestätigten die Manager nicht. Nur sieben Prozent gaben an, dass die Einführung in ihrem Unternehmen zu Arbeitsplatzabbau führen könnte.
Ein weiteres Ergebnis der Umfrage: 59 Prozent der Führungskräfte registrieren ein zunehmendes soziales Gefälle. Zudem räumten sie ein, dass sich die Aufstiegschancen für junge Menschen aus sozial schwachen Familien verschlechtert haben.

Endspurt Wasserinitiative

Die europäische Bürgerinitiative gegen die Liberalisierung der Wasserversorgung ist mit derzeit 1,7 Millionen Unterschriften äußerst erfolgreich gelaufen. Nun droht jedoch neues Ungemach. Im Zuge des Freihandelsabkommens zwischen Europa und der USA (TTIP) könnte die EU-Kommission, sozusagen durch die Hintertür, einen weiteren Liberalisierungsvorstoß machen. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki fordert deshalb dazu auf, noch mehr Druck über die Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht" aufzubauen. Das heißt, weiter Unterschriften sammeln, denn, so Matecki, die Unterschriften werden benötigt, „damit Wasser von der Liberalisierungsagenda der EU ausgenommen und nicht vom Freihandelsabkommen erfasst wird". Noch bis zum 9. September kann unterschrieben werden. Die Initiative will möglichst die Zwei-Millionen-Marke erreichen.

www.wasser-ist-menschenrecht.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsames Denken & solidarisches Handeln.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

TELEGRAMM

Eine Pflegereform *wird zunehmend dringlicher, mahnt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: „Angehörige und Kommunen müssen immer höhere Lasten für die Pflege tragen, weil die Pflegeleistungen seit Jahren entwertet werden." Sie betont: „Durchwurschteln" geht nach der Bundestagswahl nicht mehr. Pflegebedürftige und Pflegekräfte benötigten eine Reform aus einem Guss.*

Steigende Strompreise *können nicht allein den erneuerbaren Energien angelastet werden. „Die EEG-Umlage taugt nicht als Preisschild für die Energiewende", sagt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Nach der Wahl müsse der Gesetzgeber schnell einen Gesetzentwurf für die Weiterentwicklung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) vorlegen.*

www.dgb.de/-/sMc

Die konjunkturelle Entwicklung *in der Eurozone bietet keinen Grund aufzuatmen, stellt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki fest. Im Vorjahresvergleich sinkt das Wirtschaftswachstum auch im zweiten Quartal um 0,7 Prozent. Die Krise ist nicht überwunden, folgert der DGB, sie muss vielmehr aktiv mit einem europäischen Investitions- und Wachstumsprogramm bekämpft werden.*

Kein Teufelswerk

Vor allem mittelständische Unternehmen machen im Wahlkampf mobil gegen die Wiedereinsetzung der Vermögensteuer, die alle Oppositionsparteien wollen.

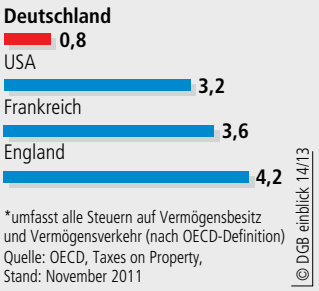
Vermögensteuer. Seit 1997 müssen Reiche keine Steuern mehr auf ihr Vermögen zahlen. Das Bundesverfassungsgericht hatte 1995 nicht die Steuer selbst, sondern die Art ihrer Erhebung – insbesondere die unterschiedliche Behandlung von Immobilien- und Geldbesitz – für verfassungswidrig erklärt. Alle Oppositionsparteien und die Gewerkschaften sprechen sich dafür aus, die Vermögensteuer wieder zu beleben. Damit haben sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich – laut einer infratest/dimap-Umfrage wollen 62 Prozent der BundesbürgerInnen ihre Wiedereinführung. Selbst potenziell Betroffene machen sich in einer „Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe" dafür stark, dass Steuern auf ihren Besitz wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Doch kaum lagen die Vorschläge von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Linke für eine neue Vermögensteuer auf dem Tisch, rauschte es mächtig im Blätterwald. In *Bild*, *Welt* und *Handelsblatt* schlugen vor allem mittelständische UnternehmerInnen mit Horrorszenarien Alarm. Ihr Vorwurf: Eine Vermögensteuer vernichte Arbeitsplätze und verhindere Investitionen, weil den Unternehmen Kapital entzogen würde. Aus Sicht von DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki lassen sich diese Argumente leicht entkräften. So fordere der DGB etwa in seinem Modell, die Vermögensteuer als eine Sollertragssteuer auszugestalten. „Das bedeutet, dass Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten keine finanzielle Mittel entzogen werden", stellt Matecki klar und betont: „Das Steuerrecht muss für solche Fälle selbstverständlich vorsehen, dass die Steuerzahlungen auf spätere, gewinnträchtigere Jahre verteilt werden können – es braucht also großzügige Stundungsregeln." Das Modell der Gewerkschaften sieht eine Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent ab einem Vermögen von einer Million Euro bei Freistellung des selbstgenutzten Wohneigentums vor. Nach vorsichtigen Schätzungen würden den Landeshaushalten, denen die Einnahmen aus dieser Steuer zustehen, pro Jahr 17 Milliarden Euro mehr zufließen.

Für die Gewerkschaften ist die Wiedereinführung der Vermögensteuer eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die jahrzehntelange Umverteilung von unten nach oben habe dazu geführt, dass Massenkaufkraft und Investitionsfähigkeit des Staates drastisch zurückgegangen sind, so Matecki. „Die Gewinner dieser Entwicklung, insbesondere Reiche und Superreiche, haben mangels Nachfrage die angehäuften Gewinne zunehmend spekulativer investiert, um ihre Renditeziele zu erreichen. Eine Vermögensteuer würde hier entgegenwirken." Das Kapital würde zur Finanzierung einer modernen Infrastruktur, guter Bildung und nachhaltiger Energiepolitik herangezogen. „Das schafft eine verlässliche Nachfrage und stabilisiert die Wirtschaft", betont Matecki.

Deutschland schont die Reichen

Vermögensbezogene Steuern* im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten OECD-Ländern (in Prozent)



*umfasst alle Steuern auf Vermögensbesitz und Vermögensverkehr (nach OECD-Definition)
Quelle: OECD, Taxes on Property, Stand: November 2011

Im internationalen Vergleich sind die Steuern auf Vermögen in Deutschland deutlich geringer als in den meisten anderen Industriestaaten..

DATEN UND FAKTEN

Das Vermögensgefälle ist in Deutschland größer *als in den meisten anderen EU-Staaten. Das geht aus einer Erhebung der Deutschen Bundesbank hervor. Die reichsten zehn Prozent besitzen in Deutschland mit 59,2 Prozent des Nettovermögens weitaus mehr als in den Nachbarländern. Im Euroraum ohne Deutschland sind es 46,5 Prozent.*

Rund 71 Milliarden Euro betragen die Mindereinnahmen des Staates *in Folge der Steuer- und Sozialreformen seit 1999 pro Jahr. Die Reformen haben die Einkommensungleichheit hierzulande weiter vertieft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo). Nach den Wifo-Berechnungen sanken die Einnahmen aus Einkommens- und Unternehmenssteuern um 91,7 Milliarden Euro, die Belastung des Verbrauchs stieg dagegen um 40,7 Milliarden Euro.*

Am stärksten entlastet wurde das Kapital. *Laut der der Wifo-Studie sank die durchschnittliche effektive Belastung von Arbeitseinkommen zwischen 2000 und 2010 um 1,7 Prozentpunkte auf 37,4 Prozent. Der effektive Steuersatz auf Vermögen und Kapitaleinkünfte ging dagegen um 6,3 Prozentpunkte zurück. Der Beitrag der Steuern auf Vermögen zum Staatshaushalt hat sich laut Wifo deutlich verringert, während die Vermögen gleichzeitig gestiegen und ungleicher verteilt sind.*

Der Trend zu indirekten Steuern, die Geringverdiener stärker belasten, setzt sich fort. *Die Mehrwertsteuer trägt mittlerweile rund ein Drittel zum Gesamtsteueraufkommen bei und ist damit die Einzelsteuer mit dem größten Ertrag. Zusammen mit anderen indirekten Steuern wie der Ökosteuer macht sie sogar mindestens 40 Prozent des Gesamtsteueraufkommens aus. Die direkten Steuern haben dagegen kontinuierlich an Bedeutung verloren. Das Wifo sieht in diesem Trend eine „Schwächung des Leistungsfähigkeitsprinzips", da indirekte Steuern geringe Einkommen überdurchschnittlich stark belasten. Das Wifo schlägt vor, das Steuersystem wieder stärker zur Umverteilung zu nutzen.*

MEHR ZUM THEMA

UmFAIRteilen am 14. September

Eine Woche vor der Bundestagswahl – am 14. September – will das Bündnis umFAIRteilen von GEW, NGG, ver.di, attac und vielen anderen Organisationen in Berlin und Bochum für eine gerechte Steuerpolitik demonstrieren. Große Vermögen sollen wieder angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden.

Wie in kaum einer anderen Region, so der Demo-Aufruf, zeige sich in Bochum, im Herzen des Ruhrgebietes, wie ungerecht der Reichtum in der Gesellschaft verteilt ist. Auf der einen Seite die Firmensitze der reichsten deutschen Milliardäre – auf der anderen Seite Städte, die zu arm sind, um wichtige öffentliche Angebote zu sichern.

Und in Berlin wollen die Demonstranten mit kreativen Aktionen den Reichtum symbolisch neu verteilen.

IM NETZ

www.dgb.de/-/s8l
www.umfairteilen.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Schützen, helfen und gestalten. Wir statt ich.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Zwischen Bühne und Flüchtlingsalltag

Filmstart. Der Film erinnert ein wenig an Ry Cooder und den Buena Vista Social Club – und doch ist er anders. „Can't be silent", ein Musik- und Dokumentarfilm, zeigt Sänger, Musiker, Rapper, die mit ihrer Musik Tausende zusammenbringen, selbst aber nicht einmal die Grenze zum nächsten Bezirk übertreten dürfen. Nuri (Dagestan), Jacques (Elfenbeinküste), Hosain (Afghanistan), Sam (Gambia) und Revelino (Elfenbeinküste) haben ihr Land verlassen auf der Suche nach einer neuen Heimat. In Deutschland angekommen, lernen sie einen bedrückenden Flüchtlingsalltag kennen.

In ihrem Dokumentarfilm begleitet Julia Oelkers das gemeinsame Bandprojekt von Heinz Ratz, von seiner Band „Strom & Wasser" und von Flüchtlingen, die nach erfolgreicher Bühnenshow wieder hinter die Mauern des Flüchtlingslagers zurück müssen. Oelkers dokumentiert ein Bandprojekt, das für die MusikerInnen die einzige Chance ist, dem bedrückenden Alltag für wenige Stunden zu entkommen. Julia Oelkers ist mit dem Film ein beeindruckendes Werk gelungen, das mit dem diesjährigen Filmpreis des DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt ausgezeichnet wurde. „Can`t be silent" läuft seit dem 15. August bundesweit in den Kinos.

www.cant-be-silent.de

www.niedersachsen.dgb.de/-/wmB

DGB für den Frieden

Antikriegstag. Seit 1957 erinnert der DGB alljährlich am Antikriegstag an die Schrecken der beiden Weltkriege. „Nie wieder Krieg" heißt es seither am 1. September. Im DGB-Aufruf für 2013 steht deutlich: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen, es darf keinen neuen Militarismus geben und keine Rüstungsexporte in Krisenländer. Der DGB erwartet, dass „Gewalt nicht mit Gewalt eingedämmt" wird. Die Gewerkschaften leisten auch Widerstand gegen „jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus".

www.dgb.de/-/sg2

Vom Minijob in die Armutsrente

Sieben Millionen Minijobs gibt es heute. Tendenz steigend. Die DGB-Broschüre „Sackgasse Minijob – Betroffene berichten" räumt mit Mythen auf, die von den Befürwortern dieser prekären Jobs gerne angeführt werden – von der Brückenfunktion in den ersten Arbeitsmarkt bis zum Minijob als Wunschbeschäftigung. Zwei Drittel der Frauen in Minijobs würden ihre Arbeitszeit gern aufstocken, finden aber keinen sozialversicherten Job. In der Broschüre berichten MinijobberInnen von ihren zumeist negativen Erfahrungen mit den Arbeitgebern, von Niedriglöhnen und miesen Arbeitsbedingungen. Auch die Jobcenter setzen manchen zu, etwa wenn sie mit Sanktionen drohen, wenn Arbeitssuchende einen Job mit sittenwidrigem Lohn nicht annehmen wollen. „Sackgasse Minijob" belegt aber auch: Es geht anders. Kurz und übersichtlich wird das DGB-Konzept zur notwendigen Reform der Minijobs dargestellt. Die Broschüre kostet 20 Cent plus Versandkosten. Bestellungen:

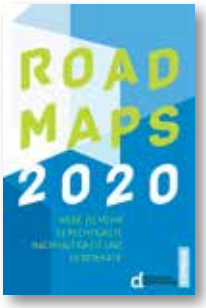
www.dgb-bestellservice.de

Mehr Respekt

Antirassismus. „Eine Million Schritte für mehr Respekt!" ist das Motto einer Wanderung am thüringischen Rennsteig, zu der die IG Metall und die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus" vom 23. bis 25. August einladen. Gemeinsam mit Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wollen die Initiatoren symbolisch eine Million Schritte in eine respektvollere Zukunft gehen. Im Mittelpunkt von Wanderung und Rahmenprogramm stehen die verschiedenen Facetten eines respektvollen Umgangs im Alltag und in der Arbeitswelt. Rund 150 TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet werden erwartet, darunter IG Metall-Vorstand Bertin Eichler und Fußballweltmeisterin Sandra Minnert, Schirmfrau der Initiative „Respekt!".

www.respekt.tv

BUCHTIPP



Denkwerk Demokratie (Hg.): Roadmaps 2020 – Wege zu mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie, Campus-Verlag 2013, 273 Seiten, 19,90 Euro

Wie könnte eine lebenswerte Welt im Jahr 2020 aussehen? Welche Politikansätze müssen verfolgt werden, um Arbeits- und Lebenswelt fair und gerecht zu gestalten? Wie vereint man nachhaltig Arbeit, Wirtschaft und Ökologie? Antworten will der 2011 gegründete Verein „Denkwerk Demokratie" mit dem Buch „Roadmaps 2020" liefern. Abseits von parteipolitischen Grabenkämpfen skizzieren ExpertInnen aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft innovative Wege für einen sozial-ökologischen Kurswechsel. Die Beiträge beleuchten aktuelle politische Herausforderungen wie die Energiewende, die Eurokrise oder die mögliche Funktion der digitalen Technik beim Umbau zu mehr Gerechtigkeit und Demokratie.

Mindestlöhne

Datenbank. Weltweit gibt es in über 100 Ländern einen gesetzlichen Mindestlohn, in den 28 EU-Mitgliedstaaten haben bislang 21 eine gesetzliche Regelung. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hat eine Datenbank aufgebaut, die derzeit für 30 Staaten detaillierte Ergebnisse liefert. Darüber hinaus bietet das WSI zusätzliche Informationen über Kaufkraftstandards oder die Entwicklung der nationalen Verbraucherpreise.

www.wsi.de/mindestlohndatenbank

INTERREGIO

*Eine neue Ordnung der Arbeit hat Doro Zinke, Bezirksvorsitzende des **DGB Berlin-Brandenburg**, im Vorfeld des **4. Berliner Sozialgipfels** am 21. August gefordert. Die Themen der Konferenz im Gewerkschaftshaus an der Keithstraße: Pflege, Rente, Inklusion, Mindestlohn, Eingrenzung prekärer Arbeit, Mieten und Daseinsvorsorge. Im Berliner Sozialgipfel wirken Gewerkschaften, Sozialverbände und andere Organisationen mit. Ziel des Bündnisses ist es, soziale Risiken der Menschen in Berlin zu thematisieren und die Weiterentwicklung angemessener Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle BerlinerInnen mit zu gestalten.*
www.berlin-brandenburg.dgb.de

*Seit Mitte August verhandelt die **IG Metall Küste** mit der Meyer-Werft in Papenburg über einen Tarifvertrag, der soziale Mindeststandards und bessere Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Betriebsrates bei **Werkverträgen** festschreibt.*
www.ig-metall-kueste.de

*Der **DGB Hamburg** begrüßt, dass Hamburg im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern den **Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst** auch für die BeamtInnen in voller Höhe übernehmen will. „Der Erste Bürgermeister hat Wort gehalten", sagt Hamburgs DGB-Vorsitzender Uwe Grund.*

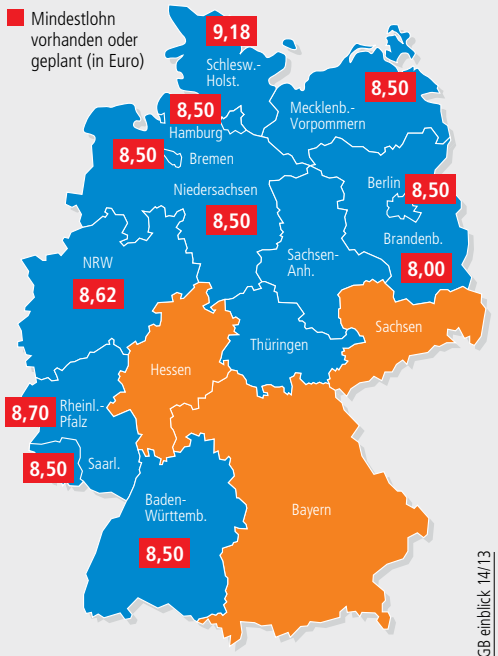
Marktmacht Bundesland

Gute Arbeit und guter Lohn sollten gerade bei der Vergabe öffentlicher Aufträge selbstverständlich sein. Doch noch nicht alle Bundesländer haben entsprechende Gesetze verabschiedet.

Tariftreue. Für bis zu 400 Milliarden Euro jährlich kaufen Bund, Länder und Kommunen ein oder vergeben Aufträge. Vom neuen Feuerwehrhelm über die Büroausstattung bis hin zu Großbauprojekten reicht das Spektrum. Aber nicht alle Landesregierungen nutzen ihre Marktmacht. Über Vergabegesetze können in den Bundesländern Lohndumping verhindert, Tariftreue und ein vergabespezifischer Mindestlohn festgeschrieben werden. Auch Lieferanten können sie verpflichten, ihre Ware auf die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen zu überprüfen.

Tariftreue-Regelungen in Deutschland

Bundesländer ■ mit gültigen Tariftreue-Regelungen und ■ ohne Tariftreue-Regelungen



Quelle: WSI Tarifarchiv 2013, Hans-Böckler-Stiftung 2013

Bei den Mindestlöhnen stehen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz noch Änderungen an. Brandenburg will nicht länger Schlusslicht sein und wird den Mindestlohn anheben.

Mittlerweile haben sich die meisten Bundesländer dafür entschieden, ihre Auftragsvergabe an gesetzliche Vorgaben zu binden. Und nicht zuletzt die Gewerkschaften sind es, die vor Ort mit am Tisch sitzen und bei der Ausformulierung der Bedingungen helfen. Für Thorsten Schulten, Experte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, ist klar: „Die Gewerkschaften waren die treibende Kraft in den Ländern."

Wenn sie eine Chance hatten. In Bayern gab es eine solche Chance nicht. Ludwig Maier, zuständig für Wirtschaftspolitik beim DGB-Bezirk Bayern, spricht von einer „völligen Blockade". Die CSU-FDP-Regierung verweigert sich nicht nur einem Gesetz, sondern schon den Gesprächen darüber. Selbst im aktuellen Landtagswahlkampf hält der DGB-Bayern einen erneuten Anlauf für eine entsprechende Gesetzgebung für sinnlos. Maier: „Die FDP spricht nicht mit uns." Mehr Hoffnung machen sich die Hessen. Ihr neues „Schwarzbuch Vergabe" wollen sie im laufenden Landtagswahlkampf verstärkt einsetzen. Bislang verweigert sich auch hier die CDU-FDP-Regierung einer Tariftreue-Regelung.

Stefan Körzell, Bezirksvorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, fordert einen Mindestlohn im hessischen Vergabegesetz, um dem Lohndumping im Land einen Riegel vorzuschieben. Sein Wirtschaftsexperte Kai Eicker-Wolf bestätigt, dass von der Landesregierung beim Thema Tariftreue-Regelung nur Absagen kommen. Das Ergebnis ist, dass in Hessen Unternehmen Aufträge erhalten, „die ihre Beschäftigten unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten lassen". Ein weiteres Sorgenkind ist für den WSI-Experten Schulten das Land Sachsen. Auch hier regiert Schwarz-Gelb. Die zuständige DGB-Referentin Heidi Becherer spricht von einer „Luftnummer", die sich das Land als öffentlicher Auftraggeber leistet. „Mindestlohn, Tariftreue – das spielt alles keine Rolle", ärgert sich die Gewerkschafterin. Der DGB startete deshalb eine „Aktion Luftnummer" und eine weitere unter dem Namen „Billig kommt teurer". Nach der Bundestagswahl wollen die Sachsen noch einmal richtig Gas geben, denn im kommenden Jahr stehen die Landtagswahlen an.

Die Nordländer hingegen haben derzeit die Nase vorn. Allen voran Schleswig-Holstein. Das neue Gesetz – seit dem 1. August 2013 in Kraft – ist derzeit das Vorzeigemodell. Schulten räumt jedoch ein, dass die noch recht junge rot-grüne Landesregierung (mit Beteiligung der SSW) auch schon auf gute Vorbilder zurückgreifen konnte. Mit seinem vergabespezifischen Mindestlohn von 9,18 Euro liegt das Land an der Spitze. Für Olaf Schwede vom DGB-Bezirk Nord ist es ein „Vorzeigegesetz". Aber auch andere Länder wie Hamburg oder Nordrhein-Westfalen haben ebenfalls gute Vorlagen geliefert.

Ein Problem aller Gesetze ist jedoch die Kontrolle. Hamburg und Schleswig-Holstein haben hierzu einem engen Austausch vereinbart. Inwieweit die geplanten Kontrollmechanismen greifen, ist noch offen. Beim WSI läuft derzeit ein Forschungsprojekt, bei dem die Umsetzung der Kontrolle im Mittelpunkt steht. Unterschiede gibt es auch bei den Auftragssummen, ab denen die Gesetze greifen, und nicht alle Länder haben geregelt, dass beispielsweise beim Einkauf von Arbeitskleidung sicher gestellt sein muss, dass bei der Herstellung anständig bezahlt und keine Kinderarbeit zugelassen wurde. ●

● MEHR ZUM THEMA

Die Details entscheiden

Ein gutes Vergabegesetz bietet mehr als Tariftreue-Regelungen. Entscheidend ist unter anderem, ab welcher Auftragshöhe die Vorgaben greifen. In Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine Vorgaben. In den anderen Ländern bewegt sich das Mindestauftragsvolumen zwischen 10 000 und 25 000 Euro bis zu 50 000 bei Bauaufträgen.

Unterschiede gibt es ebenfalls, ob Ausbildungsbetriebe bevorzugt werden oder die ILO-Kernarbeitsnormen im Gesetz stehen. Bei einigen gibt es Equal-Pay-Regelungen für LeiharbeiterInnen oder Frauenförderung, und die Beschäftigung Behinderter wird mitbewertet.

Die Unterschiede hat das WSI in einer Analyse zusammengestellt.

Im Schwarzbuch des DGB Hessen-Thüringen werden die Nachteile eines nicht durchdachten Vergabegesetzes ausführlich geschildert. Interviews geben einen Einblick in die Konsequenzen, die fehlende tarifliche Standards mit sich bringen.

Mit den ILO-Kernarbeitsnormen setzt sich vor allem eine Synopse der „Arbeitsgemeinschaft der eine welt landesnetzwerke" (agl) in Zusammenarbeit mit der „Christlichen Initiative Romero" (CIR) auseinander.

● IM NETZ

www.tariftreue.de
www.hessen-thüringen.dgb.de/-/sM6
www.dgb.de/-/3eC.
www.agl-einewelt.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Aus Prinzip gerecht und solidarisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

KURZ & BÜNDIG

*Mit einer Unterschriftenaktion wollen ver.di und Mitarbeitervertreter*Innen der Diakonie den Druck auf die Evangelische Kirche in Deutschland erhöhen, demokratische Grundrechte anzuerkennen. ver.di fordert unter anderem reguläre Tarifverhandlungen sowie Streik- und Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen.*

Die NGG will mit dem Projekt „Gute Arbeit! Chancengleichheit, Beschäftigungssicherung und Aufstiegsförderung von (und für) Frauen im Gastgewerbe" für mehr Chancengleichheit im Gastgewerbe sorgen. Gemeinsam mit Arbeitgebern, Betriebsräten und Beschäftigten sollen Perspektiven für Frauen entwickelt und umgesetzt werden.

Die GEW hat Bund und Länder aufgefordert, die Grundfinanzierung der Hochschulen auszubauen. „Immer mehr Studienberechtigte strömen an die Hochschulen, immer komplexer werden die Zukunftsaufgaben, die in der Forschung zu bewältigen sind", so GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller. Nötig sei eine nachhaltige Finanzierung guter Forschung und Lehre in der Fläche.

Mit dem gemeinsamen Pilotprojekt „Berufsstart Bau" von IG BAU und Bauwirtschaft sollen junge Menschen auf eine Ausbildung in der Baubranche vorbereitet werden. Bis zu drei Millionen Euro stehen als Finanzierung zur Verfügung. Geplant ist zunächst eine Laufzeit von zwölf Monaten.

Handwerksinnungen, die Mitgliedschaften ohne Tarifbindung, so genannte OT-Mitgliedschaften, anbieten, handeln rechtswidrig. Zu diesem Schluss kommt ein Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung. Qua Gesetz haben die öffentlich-rechtlichen Handwerksinnungen eine Sonderstellung – sie sind tariffähig, weil der Gesetzgeber damit Tarifverträge im durch kleine und mittelständische Betriebe geprägten Handwerk fördern will. „Eine Rückkehr zu Tarifverträgen mit fairen, verbindlichen Regeln würde den Wettbewerb über niedrige Preise und Dumpinglöhne beenden", so DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mobilität ist kein Privileg für Reiche!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DGB-Bezirke für Politikwechsel

Landtagswahlen. Neben dem Bundestag werden im September auch die Landtage in Bayern und Hessen gewählt. Die DGB-Bezirke begleiten den Wahlkampf mit vielen Aktionen und Veranstaltungen. So hat der DGB Bayern die BewerberInnen um die Landtagsmandate zu einem Online-Kandidatencheck aufgerufen. Die Mehrheit von ihnen hat die zwölf Fragen zu den Themen Gute Arbeit, Gutes Leben und Gute Bildung bereits beantwortet. Die BürgerInnen können nun per Wahl-O-Mat eigene Positionen mit denen der KandidatInnen vergleichen.

Mit einer „Verfassungsschutz-Kampagne" greift der DGB Bayern einzelne Paragraphen der bayerischen Landesverfassung auf, um gewerkschaftliche Forderungen zu verdeutlichen. So fordert der DGB unter dem Motto „Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit" die Einführung einer Vermögensteuer. Der DGB-Bezirksvorsitzende Matthias Jena erklärt: „Verfassungsschutz bedeutet nicht Bürger ausspähen, sondern die Lebensbedingungen der Bürger zu verbessern."

Der DGB Hessen-Thüringen hat im März seine Forderungen an die künftige Landesregierung veröffentlicht. So fordert er unter anderem eine zukunftsfähige Dienstleistungspolitik, ein Vergabegesetz mit verbindlichem Mindestlohn sowie eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs. Zum 1. Mai ist der Sammelband „Hessen vorn?" erschienen, der die Politik der aktuellen Landesregierung detailliert analysiert. Am 7. September will der DGB Hessen mit einem „Fest für einen Politikwechsel" in Frankfurt / Main für seine Forderungen werben. Am gleichen Tag planen DGB und Gewerkschaften an verschiedenen Orten in Deutschland Aktionen zu Bundes- und Landtagswahlen. Mehr dazu gibt es im nächsten einblick.

www.bayern.dgb.de/-/5JC | www.hessen-thueringen.dgb.de/-/sAi

Plakatmotiv des DGB Bayern zur „Verfassungsschutz-Kampagne"

NACHGEFRAGT

Steffen Holz, Regionssekretär des DGB Niedersachsen-Mitte, über das Bürgerbündnis „Bad Nenndorf bleibt bunt", das in der ersten Augustwoche einen Neonaziaufmarsch am Bad Nenndorfer Wincklerbad verhinderte.

Foto: DGB

Der DGB hat das Bündnis aus Privatleuten, demokratischen Parteien, maßgeblichen örtlichen Vereinen wie dem Sportverein VFL mit 1800 Mitgliedern, der jüdischen Gemeinde und den Kirchen 2006 mit initiiert. Dabei geht es darum, dass die Neonazis aus dem Wincklerbad eine Pilgerstätte machen wollen und alljährlich dort aufmarschieren. Der britische Geheimdienst hatte nach dem Zweiten Weltkrieg ein Verhörgefängnis im Wincklerbad eingerichtet. Dort kam es zu schweren Misshandlungen, bis die britische Regierung das Lager nach eigenen Untersuchungen schloss.

Im Vorfeld der Aktionen in diesem Jahr hatten wir es vor allem mit juristischen Problemen zu tun: Wir mussten den Verlauf unserer Demonstration vor Gericht erstreiten. Bis auf die letzten 60 Meter waren wir erfolgreich, sodass die Nazis durch andere, kleinere Straßen ziehen mussten. Das Gericht hatte ihnen lediglich den Platz direkt vor dem Wincklerbad zugestanden, weshalb wir unsere Veranstaltung Punkt 14 Uhr beenden mussten. Dort sind die Neonazis nie angekommen, weil sich hunderte von Bürgern nach dem Ende unserer Veranstaltung spontan dort niederließen. Für uns war der Tag ein Etappensieg. Die Zahl der Nazis ist von einst 1000 auf unter 300 geschrumpft. Und nur rund 150 sind in der Nähe ihres Ziels angekommen. Als DGB sind wir auch im nächsten Jahr wieder dabei und bereiten das jetzt schon juristisch vor, indem wir das Recht auf unsere ursprünglich angemeldete Demonstrations-Route beim Verwaltungsgericht einklagen.

Nicht dauerhaft

Leiharbeit. Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat klargestellt, dass Leiharbeit nur vorübergehend und nicht dauerhaft in einem Betrieb eingesetzt werden darf. „Dieses Urteil ist ein Paukenschlag. Jetzt steht auch juristisch fest: Wer Stammbelegschaft durch günstigere Leiharbeiter ersetzen will, handelt unrechtmäßig", erklärt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

Ein Unternehmen hatte gegen die Ablehnung des Betriebsrats geklagt, eine Leiharbeitnehmerin ohne zeitliche Begrenzung anstelle einer Stammkraft einzusetzen. In den ersten beiden Instanzen bekam das Unternehmen Recht. Die Erfurter Richter hingegen beriefen sich auf das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das den Einsatz von Leiharbeitskräften nur vorübergehend zulässt. Wetzel fordert die Arbeitgeber auf, das Urteil umzusetzen. „Wir weden mit Argusaugen darauf achten, Umgehungsstrategien mittels Werkverträgen aufzudecken und zu verhindern."

Deutschland – ein Wundermärchen

Hat die Wirtschaft hierzulande tatsächlich die Leistungsfähigkeit, die ihr zugeschrieben wird, oder ist diese nicht eher nur eine Mär? Bei genauerer Betrachtung verliert das deutsche „Wirtschaftswunder" an Glanz, stellt Wirtschaftsexperte Michael Dauderstädt fest. So stehen die gesamte EU und die USA langfristig besser da.

Wirtschaftswachtum. Politik und Medien überschlagen sich mit Lobeshymnen auf die deutsche Wirtschaft, seitdem diese sich 2010 und 2011 rasch von dem tiefen Konjunktureinbruch nach der Finanzmarktkrise 2009 erholt hat. Deutschland gilt als die Wirtschaftslokomotive Europas mit geringer Arbeitslosigkeit, gesunden Staatsfinanzen und robustem Wachstum. Als eines weniger Länder der Eurozone blieb es von der Staatsschuldenpanik und den hektischen Sparprogrammen samt ihren katastrophalen Folgen verschont. Dieses Image kontrastiert scharf mit dem Deutschlandbild, das vor gut zehn Jahren Politik und Medien beherrschte, als das Land als der kranke Mann Europas galt. Aber hat sich tatsächlich Deutschlands Wirtschaft so dramatisch erholt oder hat sich durch die Krise nur die Messlatte, also die Lage in vielen anderen OECD-Staaten, gesenkt?

Die Stimmung ist besser als die Lage: Vergleicht man die aktuelle wirtschaftliche Lage mit der vor zehn Jahren, so fallen zwei deutliche Verbesserungen auf: Die Arbeitslosenquote ist gegenwärtig niedriger (etwa sieben Prozent gegenüber rund zehn Prozent vor zehn Jahren), und der Staatshaushalt ist nahezu ausgeglichen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um etwa 1,4 Millionen gesunken, die der Beschäftigten um rund 2,5 Millionen gewachsen. Beim Wirtschaftswachstum fällt die Verbesserung deutlich schwächer aus. Zwar gab es in den Jahren 2002/03 kein Wachstum, aber 2012 und 2013 dürfte es auch unter einem Prozent liegen. Die hohen

„Beim Wirtschaftswachstum fällt die Verbesserung deutlich schwächer aus."

Raten 2010-2011 gleichen nur den besonders tiefen Einbruch von 2009 aus. Jenseits aller konjunkturellen Schwankungen und trotz aller Exporterfolge wächst die deutsche Wirtschaft im langjährigen Durchschnitt (1997-2012) langsamer als in der EU insgesamt und erst recht in den USA. In anderen Bereichen hat sich das Bild noch weniger verbessert oder sogar verschlechtert. Die Preisstabilität ist weitgehend unverändert, wenn man von den Vermögenspreisen (Immobilien, Aktien) absieht. Investitionen und Exportwachstum schwächeln. Die Einkommensverteilung ist in den letzten fünfzehn Jahren deutlich ungleicher geworden. Der Niedriglohnsektor hat sich stark ausgedehnt.

Während in fast allen Ländern die Arbeitslosigkeit im Zuge der großen Rezession zunahm, blieb sie in Deutschland dank Kurzarbeit und Abbau von Zeitkonten nahezu stabil und ging im Aufschwung bald weiter zurück. Aber das Volumen der in Deutschland insgesamt geleisteten Arbeitsstunden hatte 2012 gerade mal ungefähr das Niveau, das in etwa 1994 oder 2000 schon mal erreicht war. Der Beschäftigungszuwachs lässt sich im Kern darauf zurückführen, dass Vollzeitarbeitsplätze in Arbeitsplätze mit einem geringeren Stundenvolumen (oftmals prekäre geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) zerlegt wurden. Dahinter verbirgt sich ein langfristiger Trend zu immer weniger geleisteten Arbeitsstunden pro Person. Die schwache Entwicklung des Arbeitsinputs ist eine Hauptursache des wenig berauschenden Wachstums. Die zweite Hauptursache ist das – auch im internationalen Vergleich – ebenfalls geringe und abnehmende Wachstum der Arbeitsproduktivität.

„In Deutschland sparen nicht nur die vermögenden Haushalte, sondern auch in zunehmendem Maße die Unternehmen."

Angesichts hoher Staatsverschuldung und hartnäckigen Defiziten in vielen OECD-Ländern erscheint der deutsche Haushalt ein Wunder an Stabilität. Das positive BIP-Wachstum und die sinkende Neuverschuldung haben die in der Krise stark gestiegene Schuldenquote ab 2011 leicht sinken lassen. Allerdings kann von Sparen weder im Sinne von Ausgabenkürzungen (was populär fälschlich als „Sparen" bezeichnet wird) noch gar im Sinne eines nominellen Schuldenabbaus die Rede sein.

Das ist volkswirtschaftlich betrachtet auch gut so. Denn wenn der Staat wirklich sparen würde, fiele das Wachstum noch schwächer aus. In Deutschland sparen nicht nur die vermögenden Haushalte, sondern auch in zunehmendem Maße die Unternehmen. Von letzteren sollte man eigentlich erwarten, dass sie Ersparnisse absorbieren, um damit Investitionen zu finanzieren. Aber weder Unternehmen noch Staat nutzen die Spielräume, um in Bildung, Innovation oder Infrastruktur zu investieren, womit sie auch für das nachlassende Produktivitätswachstum verantwortlich sind. Damit bleibt den deutschen Ersparnissen unterm Strich nur das Ausland als Anlagesphäre.

Diesem inländischen Konsum- und Investitionsdefizit entspricht auch der Exportüberschuss, der der realwirtschaftliche Ausdruck des Kapitalexports ist. Dabei ist der scheinbare Wohlstand, der in Form von Auslandsforderungen angehäuft wird, leicht vergänglich. Wie eine Studie zeigt, ging etwa ein Fünftel des so angesparten deutschen Auslandsvermögens in der Krise verloren. Statt in den deutschen Kapitalstock zu investieren oder durch anständige Löhne mehr Konsum zu ermöglichen, haben die reicheren Sparer den Gegenwert der Mehrproduktion und damit wichtige Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten verspielt.

Foto: FES

Michael Dauderstädt, 65, ist seit 2006 Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Der Ökonom wechselte 1980 von der Stiftung für internationale Entwicklung zur FES und arbeitete mehrere Jahre für internationale Bereiche der Stiftung.

MEHR ZUM THEMA

Höhere Einkommen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) empfiehlt Deutschland in seinem aktuellen Länderbericht eine Erhöhung der Reallöhne. Auch die internationalen Währungshüter warnen vor einer zu geringen Binnennachfrage und einem zu rigiden Sparkurs der Bundesregierung.

Der DGB sieht sich bestätigt: Fordert er doch schon seit Jahren höhere Reallöhne und Änderungen am Sparkurs der Bundesregierung.

Bereits 2010 warnte der DGB, dass Deutschlands Wirtschaftskraft überwiegend auf dem Exportübergewicht beruht. Es seien nicht nur höhere Löhne und ein gesetzlicher Mindestlohn, sondern auch mehr Investitionen in Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur notwendig.

IM NETZ

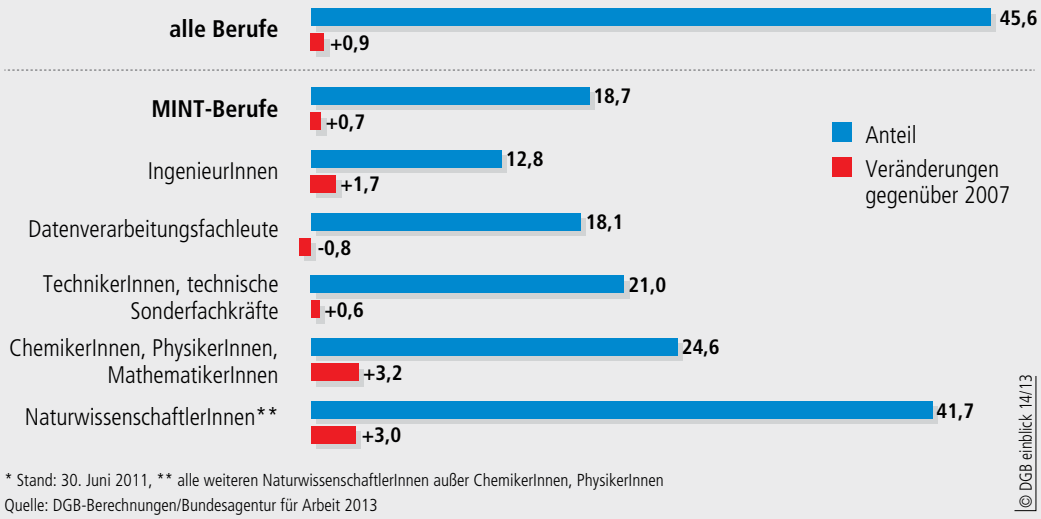
www.dgb.de/-/s8C
www.bit.ly/FESWiSo
www.bit.ly/IWFbericht

DIE DGB-GRAFIK

Der Anteil von Frauen in den MINT-Berufen – also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik – ist weiterhin deutlich geringer als im Durchschnitt aller Berufe. So zeigt eine DGB-Analyse, dass der Frauenanteil beispielsweise bei den IngenieurInnen nur 12,8 Prozent beträgt. Auch im Bereich der Datenverarbeitung ist der Anteil mit 18,1 Prozent gering. Um mehr Frauen in MINT-Berufe zu bringen, fordert der DGB, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der gesamten Arbeitswelt weiter zu verbessern, sowie eine „tiefgehende Änderung der Unternehmenskultur".

MINT-Berufe: Weiterhin nur wenig Frauen

Anteil von Frauen in ausgewählten Berufen* und Veränderungen gegenüber 2007 (in Prozent)



* Stand: 30. Juni 2011, ** alle weiteren NaturwissenschaftlerInnen außer ChemikerInnen, PhysikerInnen

Quelle: DGB-Berechnungen/Bundesagentur für Arbeit 2013

PERSONALIEN

Harm-Berend Wiegmann, 30, ist seit 1. August neuer politischer Referent beim DGB-Bundesvorstand. Er ist in der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik zuständig für europäische Energiepolitik und Energieeffizienz.

Als Mitglieder für die Atommüll-Endlagerkommission sind für den DGB ver.di-Vorstand **Erhard Ott,** 60, sowie IG BCE-Vorstand **Edeltraud Glänzer,** 57, benannt worden. Stellvertreter soll das für Energiepolitik zuständige DGB-Vorstandsmitglied **Dietmar Hexel,** 63, sein.

BUCHTIPP

Kai Eicker-Wolf, Gunter Quaißer, Ulrich Thöne (Hg.): Bildungschancen und Verteilungsgerechtigkeit – Grundlagen für eine sachgerechte Bildungs- und Finanzpolitik, metropolis-Verlag, 221 Seiten, 24,80 Euro

Deutschland belegt im internationalen Vergleich bei der Höhe der Bildungsausgaben nur einen hinteren Platz. Außerdem gilt weiterhin: Junge Menschen aus armen Familien sind eher die Ausnahme an deutschen Hochschulen. Die Politik lässt trotzdem kaum Initiative erkennen, daran etwas zu ändern. In dem Buch „Bildungschancen und Verteilungsgerechtigkeit" befassen sich ExpertInnen aus Wissenschaft und Gewerkschaften mit der Finanzierung von Bildung. Sie analysieren die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte, zentrale Fragen der Bildungsfinanzierung und den Einfluss von Einkommen und Vermögen auf Bildungschancen.

TERMINE

20.8.
DGB Hessen-Thüringen und Landeswohlfahrtsverband Hessen, Tagung „aktiv ² - gemeinsam Handeln im Betrieb", Frankfurt am Main

21.8.
DGB-Region SüdOstNiedersachsen, DGB-Wahlforum zur Landratswahl, Wolfenbüttel

23.-25.8.
IG Metall-Jugend Küste, Aktiven-Camp 2013, Kiel-Falckenstein

23.-25.8.
IG Metall, Aktion „Eine Million Schritte für mehr Respekt!", Thüringen am Rennsteig

26.8.-1.9.
DGB-Jugend & ver.di-Jugend, Schwules Sommercamp 2013, Bodensee

27.8.-1.9.
Dortmunder DGB-Gewerkschaften und Koordinierungsstelle für Vielfalt, „Toleranz und Demokratie – Dortmunder Friedensfestival 2013", Dortmund

27.8.
DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Tagung „Zukunft des Öffentlichen Dienstes – Demografischer Wandel", Hannover

27.8.
DGB Berlin-Brandenburg, DGB Sachsen, Lausitzkonferenz „Gute Arbeit erfordert Mitbestimmung – Mitarbeiterorientierte Personalpolitik ein Schlüssel für die Zukunft der Lausitz!", Cottbus

30.8.
DGB, Podiumsdiskussion „Sichere Rente – Für uns alle", Berlin

1.9.
Antikriegstag

SCHLUSSPUNKT

„Wenn ihr Las Vegas spielen wollt, dann macht das mit eurem eigenen Geld."

Martin Hellwig, Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, begründet im „Spiegel" vom 5. August, warum Banken ein Eigenkapital von 20 bis 30 Prozent benötigen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout und Infografik: Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Beilagenhinweis: Der Gesamtauflage des einblick liegt das „Wahl-Info" des DGB als Beilage bei.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kündigung

Alkoholsucht kann Arbeitsplatz kosten

Einem alkoholkranken Arbeitnehmer kann unter bestimmten Bedingungen fristgerecht gekündigt werden. Erforderlich ist eine negative Zukunftsprognose bezogen auf alkoholbedingte Pflichtverstöße oder Ausfälle. Von Bedeutung ist auch, ob bereits erfolglos eine längere Entwöhnungsbehandlung stattgefunden hat. Auch muss der Arbeitgeber prüfen, ob nicht mildere Mittel – etwa eine Versetzung – möglich sind.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 20. Dezember 2012 – 2 AZR 32/11

Betriebsratsmitglied

Hitler-Vergleich kostet das Amt

Wenn ein Betriebsratsmitglied im Streit über den Führungsstil des Betriebsratsvorsitzenden eine Anspielung auf Hitler macht, kann dies eine schwerwiegende Pflichtverletzung darstellen. Die Äußerung „33 hat sich schon mal so jemand an die Macht gesetzt mit solchen Methoden" rechtfertigt den Ausschluss aus dem Betriebsrat.

Hessisches Landesarbeitsgericht, Beschluss vom 23. Mai 2013 - 9 TaBV 17/13

Unfallversicherung

Klo ist kein Arbeitsplatz

Erleidet ein Beamter einen Unfall in den Toilettenräumen seiner Behörde, so kann dies nicht als Dienstunfall anerkannt werden. Was üblicherweise auf der Toilette geschieht, ist privatwirtschaftlicher und nicht dienstlicher Art.

Verwaltungsgericht München, Urteil vom 8. August 2013 – M 12 K 13.1024

Arbeitnehmerüberlassung

Darf nur vorübergehend sein

Bei einer Arbeitnehmerüberlassung muss der Arbeitgeber des Entleiherbetriebes den Betriebsrat vor der Übernahme beteiligen. Der Betriebsrat kann seine Zustimmung zum Einsatz von Leiharbeitnehmern verweigern, wenn diese dort dauerhaft eingesetzt werden sollen. Denn nach dem Gesetz dürfen Leiharbeitnehmer nur vorübergehend überlassen werden.

Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 10. Juli 2013 - 7 ABR 91/11

Verhaltensbedingte Kündigung

Nur eigenes Fehlverhalten zählt

Beleidigt der Ehemann einer Arbeitnehmerin in einem Telefonat die Vorgesetzte seiner Frau, rechtfertigt dies in aller Regel keine Kündigung; denn es ist nicht ohne Weiteres anzunehmen, dass der Ehemann als Sprachrohr seiner Frau auftritt.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 5. April 2013 - 10 Sa 2339/12

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 14/13

Private Pflegeversicherung

Muss elektrisches Pflegebett zahlen

Pflegebedürftige Menschen, die privat versichert sind, können sich die Kosten für ein elektrisches Pflegebett von ihrer privaten Pflegeversicherung erstatten lassen.

Der Fall: Der 1,91 Meter große Mann leidet an einer genetisch bedingten Muskelschwunderkrankung. Er muss über eine Maske beatmet werden. Seine private Pflegeversicherung hatte die Pflegestufe II anerkannt. Die Versicherung war bereit, den Patienten mit einem Standard-Pflegebett zu versorgen. Die Übernahme eines besonderen elektrischen Pflegebettes lehnte sie dagegen ab. Ein Standard-Bett sei völlig ausreichend, zumal auch darin die Angehörigen die Pflege gewährleisten könnten. Die Erhöhung der Selbstständigkeit des Pflegebedürftigen sei nicht im Versicherungsschutz der Pflegepflichtversicherung enthalten. Vielmehr sei die Krankenkasse verpflichtet, den Behinderungsausgleich sicherzustellen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die private Pflegeversicherung muss das elektrische Pflegebett zahlen. Es dient vor allem dazu, die Pflege zu erleichtern und die Beschwerden zu lindern. Mit dem vom Patienten gewünschten Bett kann dieser sich besser lagern und damit pflegerische Maßnahmen erleichtern. Zwar wird auch seine Selbstständigkeit erhöht – beispielsweise indem er nachts selbst und ohne Hilfe auf die Toilette kann. Aber auch dies stellt eine Erleichterung der Pflege dar. Das An- und Ausziehen durch die pflegenden Angehörigen wird ebenfalls erleichtert, da dies im elektrischen Pflegebett sitzend möglich ist. Darüber hinaus ist die Prophylaxe gegen Wundliegen und Thrombosen nur mit diesem besonderen Pflegebett möglich.

Bayerisches Landessozialgericht, Urteil vom 7. November 2012 - L 2 P 66/11

Unterrichtsverbot

Anzüglicher Chat mit Schülerin

Ein Lehrer darf nicht länger unterrichten, wenn er privaten Kontakt über soziale Netzwerke zu einer Schülerin pflegte und hierbei auch Anzüglichkeiten austauschte. Bereits verbaler sexueller Kontakt rechtfertige ein Unterrichtsverbot.

Der Fall: Der 40-jährige Lehrer hatte über Monate private Nachrichten mit einer 16-jahrigen Schülerin ausgetauscht und schließlich auch sein sexuelles Interesse bekundet. Als es der Schülerin zu viel wurde, wandte sie sich an die Schulleitung. Die Bezirksregierung verbot dem Lehrer im Anschluss die Führung der Dienstgeschäfte und kündigte die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis an. Der Lehrer gestand vor Gericht seinen Fehler ein. Er hielt aber das Unterrichtsverbot und die wohl folgende Entlassung aus dem Beamtenverhältnis für unverhältnismäßig. Schließlich habe sich das Verhältnis mit der Schülerin ausschließlich über soziale Netzwerke abgespielt. Das Gericht schloss sich seiner Auffassung nicht an.

Das Verwaltungsgericht: Es ist für ein Unterrichtsverbot nicht erforderlich, dass der Lehrer auch körperlichen Kontakt mit seiner Schülerin hatte. Schon der verbale sexuelle Kontakt lässt nicht zu, dass der Mann weiterhin unterrichtet.

Verwaltungsgericht Aachen, Beschluss vom 1. Juli 2013 - 1 L 251/13.

Vorstand

Die IG Metall ist eine große und moderne Gewerkschaft mit rund 2,2 Millionen Mitgliedern. Sie vertritt die Interessen der Beschäftigten aus den Bereichen der Metall- und Elektroindustrie und der industrienahen Dienstleistungs- und Entwicklungsunternehmen sowie des Handwerks und der Branchen Textil, Holz und Kunststoff.

Zur Verstärkung unserer Arbeitsteams starten wir im Rahmen unserer Nachwuchsausbildung in 2014 jeweils im Mai und November ein

Trainee-Programm

Unser Angebot

- Ein zwölfmonatiges Programm mit Praxiseinsätzen auf allen Organisationsebenen (Vorstand, Bezirke, Verwaltungsstellen) und Seminar- und Trainingsphasen
- Systematische Verzahnung von Theorie und Praxis
- Individuelle Planung der Einsätze, die auf einen erfolgreichen Berufseinstieg vorbereiten und Einblick in die Gewerkschaftsarbeit geben
- Eine Berufsperspektive mit spannenden Aufgaben bei der aktivierenden Mitgliederarbeit sowie der Betreuung und professionellen Beratung betrieblicher Interessenvertreter/innen bei gewerkschaftlichen Kampagnen und der Werbung neuer Mitglieder

Ihr Idealprofil

- Entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung, Berufspraxis und praktische Erfahrungen in der betrieblichen Interessenvertretung, ergänzt durch berufliche und gewerkschaftliche Weiterbildung
- oder/und ein Studienabschluss (Technik-, Sozial-, Rechts-, Wirtschafts- oder Humanwissenschaften, Abschluss der Europäischen Akademie der Arbeit) und Erfahrung mit politischem oder sozialem Engagement, z.B. in sozialen Bewegungen oder Initiativen
- Sehr gute Kommunikationsfähigkeiten, Organisationstalent, Eigeninitiative und Durchsetzungsfähigkeit, Teamfähigkeit und überzeugendes Auftreten
- Hohe Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit und bundesweite Mobilität
- Neben der perfekten Beherrschung der deutschen Sprache gute Englischkenntnisse
- Eine Verbundenheit mit den Werten und Zielen der Gewerkschaftsbewegung setzen wir voraus

Bewerbungen mit aussagefähigen und vollständigen Unterlagen für das Trainee-Programm 2014 nehmen wir bis zum 7. Oktober 2013 gern entgegen.

IG Metall Vorstand
FB Organisation und Personal
Petra Behrendt
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt

einblick

GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR. 15** VOM 2.9.2013

Beitragssenkung unerwünscht

Beim Thema Rente scheinen die Deutschen immun gegen vollmundige Wahlversprechen. Wie die Ergebnisse einer aktuellen DGB-Umfrage zeigen, geht bei der Altersvorsorge die Sicherheit vor.

Rentenversicherung. Die große Mehrheit lehnt die von der schwarz-gelben Bundesregierung initiierten Rentenbeitragssenkungen ab. Das Meinungsforschungsinstitut Forsa befragte im Auftrag des DGB am 26. und 27. August 1000 Deutsche dazu. Das Ergebnis der repräsentativen Umfrage: 84 Prozent wollen die aktuellen Beitragssenkungen nicht, sondern favorisieren das DGB-Modell, nach dem die Überschüsse in der Rentenkasse verbleiben, um die Altersvorsorge zukunftssicher zu gestalten. Dies ist gegenüber 2012 noch einmal eine Steigerung von vier Prozentpunkten.

Die Bundesregierung hat zuletzt in einem außergewöhnlichen Verfahren durch das Beitragssatzgesetz eine Senkung des Rentenbeitrags von 19,6 auf 18,9 Prozent durchgesetzt. Auch für das nächste Jahr würde eine weitere Senkung auf voraussichtlich 18,4 Prozent anstehen. Die BürgerInnen, das belegt die Umfrage, halten jedoch nicht viel von diesem Mechanismus. Im Gegenteil, quer durch alle Parteien gibt es eine große Mehrheit, die eine Reserve und stabile Renten will.

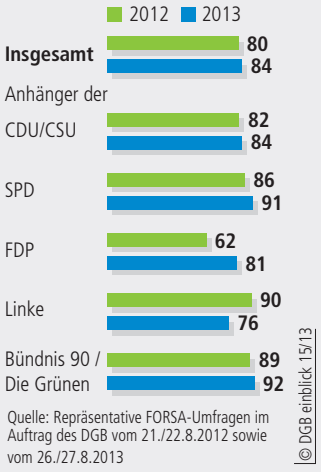
DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach mahnt deshalb die Regierungskoalition, das Vertrauen, das die Deutschen in ihre Rentenversicherung haben, nicht länger aufs Spiel zu setzen: „Die Beitragssenkungen widersprechen den demografischen Herausforderungen, weil die notwendigen Spielräume zur Stabilisierung künftiger Renten pulverisiert werden."

Die Senkungsbefürworter sind sowohl bei den CDU/CSU-Anhängern mit elf Prozent als auch bei den Getreuen der Liberalen mit 17 Prozent deutlich in der Minderheit. Aufgeschlüsselt nach Altersklassen zeigt sich, dass es bei dieser Einschätzung keine großen Unterschiede gibt. Bei den 14- bis 29-Jährigen entschieden sich 84 Prozent gegen die Reduzierung, bei den über 60-Jährigen sind es 88 Prozent. Auch der Bildungsgrad ist bei dieser Grundhaltung nicht ausschlaggebend. 85 Prozent der HauptschulabsolventInnen sind gegen die Senkung, ebenso 90 Prozent derjenigen mit Abitur oder abgeschlossenem Studium.

Pluspunkte im Wahlkampf wird es deshalb mit diesem Konzept für Schwarz-Gelb kaum geben. Buntenbach: „Die Parteien, allen voran die CDU/CSU, sollten sich nicht länger von dem Irrglauben leiten lassen, sie könnten die Menschen in Deutschland mit einer Senkung der Rentenbeiträge ködern." ●

Mehrheit gegen Beitragssenkung wächst

Anteil der Bundesbürger nach Parteipräferenz, die wollen, dass die Überschüsse in der Rentenversicherung nicht für Beitragssenkungen genutzt, sondern aufgespart und für die Stabilisierung der Rentenversicherung verwendet werden (in Prozent)



Quelle: Repräsentative FORSA-Umfragen im Auftrag des DGB vom 21./22.8.2012 sowie vom 26./27.8.2013

© DGB einblick 15/13

Bereits 2012 gab es schlechte Noten für die Senkung der Rentenbeiträge. Die aktuelle Umfrage aus 2013 zeigt, dass das schwarz-gelbe Modell immer weniger Zustimmung findet.

INHALT

2 *Rechte Gewalt*
Umfassende Strategie notwendig

3 *IG BAU-Kongress*
Interview mit dem scheidenden Vorsitzenden Klaus Wiesehügel

5 *Ausbildungsplätze*
Zahlenschiebereien in Nürnberg

7 *Kommunalfinanzen*
Die Zukunft für alle ist finanzierbar

Für einen Politikwechsel

DGB-Wahlaufruf. Der DGB ruft alle BürgerInnen auf, am 22. September 2013 wählen zu gehen. Die Bundestagswahl sei eine Chance, für einen Politikwechsel zu sorgen. „Deutschland braucht eine neue Ordnung der Arbeit." Dazu gehören unter anderem ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine Stärkung der Tarifautonomie sowie mehr Mitbestimmung. Zudem fordert der DGB sichere Renten, ein soziales Europa und einen aktiven Staat. ●

| *www.dgb.de/-/NyG*

PLUS/MINUS

− ***Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) will – kurz vor der Wahl – die Geschäftsgrundlage der privaten Krankenversicherung verbessern. Bahr in der Rhein-Zeitung: „Ich möchte, dass alle Menschen selbst entscheiden können, wie und wo sie sich versichern können."***

+ ***SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles konterte, Bahr locke Viele in die Armutsfalle und mache sich zum „obersten Cheflobbyisten der Privaten Krankenversicherung". „Viele PKV ködern mit Billig-Tarifen – doch dann steigen die Preise und am Ende können sich die Versicherten die Beiträge nicht mehr leisten."***

IM NETZ

www.DubistdieWahl.de

Unter diesem Motto hatte der Bundestag aufgerufen, eigene Werbespots zu drehen, die zur Wahlbeteiligung aufrufen. Am 1. September endete das Projekt. Das Ergebnis kann jetzt besichtigt werden.

Gewalt von rechts

Kriminalität. Die Zahl ist erschreckend: Im Juni 2013 registrierte das Bundesinnenministerium insgesamt 865 Straftaten „politisch motivierter Kriminalität" aus der rechten Szene. Und diese Zahl ist nur ein erster Blick auf die Aktivitäten Rechter. Sie könne sich, so das Ministerium, aufgrund von Nachmeldungen noch „teilweise erheblich" verändern. Abgeordnete der Fraktion Die Linke wollten wissen, welche rechtsextremistischen Aktivitäten im Juni der Bundesregierung bekannt waren.

Von den 865 Straftaten zählen 45 zu „Gewalttaten". Auch die Frage nach „Festnahmen" wurde beantwortet: Es gab 461 Tatverdächtige, drei Personen wurden vorläufig festgenommen, Haftbefehle wurden keine erlassen. Als „Teilmenge" der Gesamtstatistik weist die Bundesregierung noch „Hasskriminialität" aus. Taten, deren „Umstände auf die Einstellung des Täters schließen lassen". Hier lauten die vorläufigen Zahlen: 223 Taten, darunter 29 Gewalttaten.

Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach heißt die Schlussfolgerung aus der Antwort der Bundesregierung: „Wir brauchen eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus." Darüber hinaus müsse der Opferschutz ausgebaut und die Auseinandersetzung mit Rassismus verstärkt werden. ●

www.bit.ly/BTAntwort

Fehlzeiten

AOK-Umfrage. Die Menschen funktionieren, auch bei hoher Arbeitsbelastung und steigenden Ansprüchen an Flexibilität und Leistung. Doch viele bewältigen ihren Arbeitsalltag nur mit Aufputschmitteln wie Alkohol oder Tabletten. Der AOK-Fehlzeiten-Report 2013 meldet alarmierende Zahlen: In den vergangenen zehn Jahren stieg die Zahl der Fehltage aufgrund der Einnahme von Suchtmitteln um rund 17 Prozent.

AOK-Geschäftsführer Uwe Deh geht davon aus, dass diese Zahlen zu niedrig liegen, da die Ärzte zwar die psychischen Auffälligkeiten erfassen, nicht aber körperliche Schäden – beispielsweise als Folge des Alkoholmissbrauchs – in diese Statistik eingehen. Schnellere und zielgenaue Hilfe gegen den Psychostress am Arbeitsplatz fordert der DGB schon lange. Eine Umfrage des DGB-Index Gute Arbeit ergab im Januar, dass 56 Prozent der Beschäftigten unter „starker oder sehr starker" Arbeitshetze leiden. ●

www.dgb.de/-/taf *www.wido.de/fzr_2013*

Foto: Meike Schwabe/einblick

Die Erinnerung wach zu halten, ist Michael Sommer wichtig. *Der DGB-Vorsitzende besuchte im August in Berlin-Kreuzberg die Büsten von drei herausragenden Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung: Carl Legien, Wilhelm Leuschner und Hans Böckler (Foto). Die Büsten sind nach einer aufwändigen Restauration wieder aufgestellt worden.* *www.dgb.de/-/NqN*

Liberale Lobby

Krankenversicherung. „Blinder Lobbyismus" ist für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach der Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP), die private Krankenversicherung (PKV) für alle zu öffnen. Diese Pläne seien „ein neues Förderprogramm für die PKV". Schon jetzt sind die Beiträge der Privaten für viele ihrer Versicherten nicht mehr bezahlbar. Eine Öffnung à la FDP gehe zu Lasten der gesetzlich Versicherten. Die Folge wären Entsolidarisierung, Kopfpauschalen und teure private Zusatzversicherungen.

In den vergangenen 15 Jahren stiegen die Prämien der PKV um bis zu 60 Prozent. Für 2014 ist eine Erhöhung von rund zehn Prozent geplant. Buntenbach: „Es wäre unverantwortlich, dieses marode System auszuweiten." Notwendig seien vielmehr eine Ausweitung der solidarischen Finanzierung und bessere Wahlmöglichkeiten innerhalb der PKV. ●

www.dgb.de/-/N6i

Wohnungspolitik: Investieren statt spekulieren

Eine Mietpreisbremse, bezahlbare neue Wohnungen und ein durchdachtes Sanierungskonzept für Bestandsbauten fordert der DGB von der künftigen Bundesregierung. Schwarz-Gelb hat nichts für bezahlbare Mieten getan. Stattdessen wurden die Mieterrechte geschwächt und der soziale Wohnungsbau immer stärker zurückgefahren.

Derzeit explodieren die Mieten in Groß- und Universitätsstädten. Investoren kaufen und sanieren – für Normalverdiener bleibt oft nur noch der Umzug, verbunden mit dem Verlust ihres sozialen Umfelds. Aus dem sozialen Wohnungsbau hat sich der Bund weitgehend zurückgezogen. Rund 500 Millionen Euro erhalten die 16 Länder derzeit für diese Aufgabe. Das KfW-Programm „Altersgerechtes Umbauen" endete 2011.

Die neue Mietrechtsnovelle nimmt Rücksicht auf die Investoren – nicht die Mieter. Deshalb muss das Mietrecht geändert, der soziale Wohnungsbau stärker gefördert und die Mietpreisbremse eingeführt werden.

www.dgb.de/-/Nwn

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Stark für die Schwachen im Verkehr.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

TELEGRAMM

Gegen Rechtsextremismus und Rassismus *muss mehr getan werden. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fordert einen Aktionsplan. Nachdem der NSU-Untersuchungsausschuss zu Versäumnissen der Sicherheitsbehörden bei den NSU-Morden seine Arbeit abgeschlossen hat, müssten die Empfehlungen des Ausschusses nun konsequent umgesetzt werden.*
www.dgb.de/-/Njc

Selbstzufriedenheit *sei nicht angebracht, stellt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) angesichts der Milliarden-Überschüsse im deutschen Bundeshaushalt fest. Die OECD hält trotz guter Kassenlage eine Erhöhung der im internationalen Vergleich sehr geringen Vermögens- und Immobiliensteuer für sinnvoll, um die unteren Einkommen zu entlasten.*

Es ist DEINE Wahl. *Mit diesem Slogan haben die Diakonie und der DGB Berlin-Brandenburg eine Facebook-Aktion für eine höhere Wahlbeteiligung gestartet. Die InitiatorInnen gehen mit gutem Beispiel voran und erklären, warum sie auf jeden Fall von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Wer mitmacht, soll begründen, warum Wählen für ihn oder sie wichtig ist.*
www.berlin-brandenburg.dgb.de/-/NwM

„Ich bin noch nie vor Verantwortung weggelaufen“

Nach 18 Jahren als Vorsitzender der IG BAU tritt Klaus Wiesehügel nicht mehr an. Als Mitglied im SPD-Kompetenzteam will er nach der Bundestagswahl neuer Arbeitsminister werden. Im einblick-Interview zieht er Bilanz.

Du trittst als Vorsitzender nicht mehr an. Wieso?

■ *Wer A sagt, muss auch B sagen. Als ich der Berufung ins SPD-Kompetenzteam folgte, war mir klar, dass das eine Zäsur für mich bedeutet.*

Das zeigt, dass du an den Erfolg glaubst. Die Meinungsforscher geben Rot-Grün aber kaum Chancen. Gibt es einen Plan B?

■ *Nein. Ich mache mir keinerlei Gedanken derzeit darüber, was wäre, wenn es nicht klappt. Wer einkalkuliert, dass er verlieren kann, ist schon fast auf der Verliererstraße. Ich glaube, dass der Wahlkampf erst jetzt richtig losgeht.*

Falls du Arbeitsminister wirst, welche drei Maßnahmen stünden ganz oben auf deiner Agenda?

■ *Am wichtigsten ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Dann muss das Betriebsverfassungsgesetz so geändert werden, dass die Betriebsräte bei Leiharbeit und Werkverträgen mitbestimmen können. Und es muss Schluss sein mit sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverhältnissen.*

Deine Amtszeit als IG BAU-Vorsitzender war auch geprägt durch einen Niedergang der Baubranche. Welche Folgen hatte das?

■ *Das war eine Katastrophe, die über uns ab Mitte der 1990er Jahre hereinbrach. Die steuerlichen Sonderabschreibungen von 50 Prozent beim Erwerb einer Immobilie im Osten wurden gestrichen, darauf brachen die Firmen und damit die Arbeitsplätze im Osten reihenweise ein. Der Bauboom im Osten war eine Blase, wie wir heute wissen. Gleichzeitig kam die Öffnung des Europäischen Binnenmarktes.*

Wie wirkte sich das aus?

■ *Wir wurden regelrecht überlaufen von ArbeitnehmerInnen, die per Werkvertrag auf unsere Baustellen kamen und unter deutlich schlechteren Bedingungen als den von uns ausgehandelten dort arbeiteten. Die anderen Gewerkschaften erleben das erst jetzt. Wenn sie per Tarifvertrag den Missbrauch der Leiharbeit eingefangen haben, weichen die Unternehmer auf Werkverträge aus. Auf dem Bau ist Leiharbeit schon seit Anfang der 1990er Jahre verboten. Das hat aber auch dazu geführt, dass wir den Missbrauch von Werkverträgen als illegale Arbeitnehmerüberlassung schon sehr früh kennengelernt haben und seitdem bekämpfen. Eine befriedigende Lösung gibt es bis heute nicht.*

Wie reagierte die IG BAU auf die Baukrise?

■ *Die Zahl der Bau-Arbeitsplätze ist von gut 1,4 Millionen auf unter 700 000 eingebrochen. Das hatte natürlich Folgen für die Mitgliederentwicklung der IG BAU. Es ist enorm schwer für eine Gewerkschaft, dann die gesamte Bandbreite ihrer Leistungen aufrecht zu erhalten. Wir haben uns entschieden, nicht mit einer der beiden großen Gewerkschaften zu fusionieren, sondern den Weg allein mühsam zu gehen. Wir haben einige Strukturveränderungen innerhalb unserer Organisation vollzogen, die wehgetan haben.*

Ihr seid dabei, die IG BAU zur Mitmachgewerkschaft umzubauen. Bedauerst du es, dass du an diesem Prozess nicht mehr beteiligt bist?

■ *Es ist sehr schwierig, den Schwerpunkt in einer Organisation auf das Ehrenamt zu verlagern. Dass ich das nicht mehr zu Ende führen kann, bedauere ich. Ich habe selbst als Mentor eine Region betreut und vor Ort Projekte initiiert. Damit ist am 10. September Schluss. Aber es wäre Weglaufen vor der Verantwortung, die Chance nicht zu ergreifen, möglicherweise ein Ministerium zu übernehmen, in dem die Gesetze gemacht werden, die für meine IG-BAU-Kollegen und für alle Beschäftigten von entscheidender Bedeutung sind. Ich bin noch nie vor Verantwortung weggelaufen.*

Wo hättest du gern als IG BAU-Vorsitzender mehr erreicht?

■ *Ganz klar bei der Mitgliederentwicklung. Ich hatte erwartet, dass wir mit den neuen Methoden der Mitgliedergewinnung wie dem Organizing mehr erreichen. Damit kann ich mich nicht abfinden.*

Was ist aus deiner Sicht der größte Erfolg in deiner Amtszeit?

■ *Das ist das Saisonkurzarbeitergeld. Das ist besser als das alte Schlechtwettergeld, das die Kohl-Regierung abschaffen wollte, weil es auch gezahlt wird, wenn wirtschaftliche Gründe für die reduzierte Arbeit vorliegen. Letztendlich war das die Blaupause für die Regelung zum Kurzarbeitergeld, die dafür gesorgt hat, dass Deutschland besser als andere Länder ohne massive Entlassungen durch die Krise gekommen ist. Der zweite große Erfolg war, dass ich 1997 als erster Gewerkschaftsvorsitzender einen allgemeinverbindlichen tariflichen Mindestlohn durchgesetzt habe.*

Bist du also sozusagen der Vater des Mindestlohns in Deutschland?

■ *Wenn man so will, ja. Morgens um sieben habe ich damals gemeinsam mit dem Arbeitgeberpräsidenten Dieter Hundt bei Arbeitsminister Norbert Blüm am Schreibtisch um den Mindestlohn gefeilscht. Vorausgegangen war eine große Auseinandersetzung darüber, ob es überhaupt einen Mindestlohn gibt. Seitdem sind die tariflichen Mindestlöhne in unseren Branchen ausgebaut worden. Mit meiner Berufung ins Kompetenzteam der SPD schließt sich der Kreis: Ich könnte der erste Arbeitsminister sein, der einen gesetzlichen Mindestlohn erlässt.* ●

Foto: IG BAU

18 Jahre lang hat Klaus Wiesehügel, 60, die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) auch durch schwierige Zeiten – von der Baukrise bis zum Mitgliederrückgang – geführt. Der Dank der Organisation: 2009 wurde er mit über 94 Prozent als Vorsitzender wiedergewählt.

● MEHR ZUM THEMA

Gewerkschaftstag der IG BAU

Unmittelbar vor der Bundestagswahl stellt die IG BAU auf ihrem Gewerkschaftstag in Berlin vom 9. bis 12. September die Weichen für die Gewerkschaftsarbeit der nächsten vier Jahre. Das Motto: „Arbeit. Leben. Gerechtigkeit. Wann, wenn nicht jetzt!“ Neben Klaus Wiesehügel kandidiert auch das bisherige Vorstandsmitglied Bärbel Feltrini nicht mehr, da sie ins SPD-Kompetenzteam zur Wahl in Hessen berufen wurde. Als neuen Vorsitzenden hat der Gewerkschaftsbeirat Robert Feiger, bisher einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden, vorgeschlagen. Neben den Wahlen beraten die Delegierten über rund 90 Anträge. Einer der Schwerpunkte: faire Arbeit.

| *www.igbau.de*

● IM NETZ

www.einblick.dgb.de
Langfassung des Interviews

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Vereinsmitglied statt Shareholder.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Flagge zeigen für den Politikwechsel

Aktionstag. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl wollen DGB und Gewerkschaften am 7. September mit Demonstrationen, Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen ein starkes Signal für einen Politikwechsel setzen. Während in Frankfurt/Main und Hannover Kundgebungen und Demonstrationen geplant sind, veranstaltet die IG Metall vor dem Brandenburger Tor ein „Metall-Parlament", und die IG BCE hat zur Betriebsräte- und Funktionärskonferenz nach Mannheim eingeladen.

„Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Aktiver Staat" ist das Motto von DGB und Gewerkschaften in Hannover. Die Demonstration beginnt um 11 Uhr mit Auftaktkundgebungen am Steintor- und am Schützenplatz. Bei der Abschlusskundgebung reden unter anderem der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer.

Unter dem Motto „Flagge zeigen für den Politikwechsel" steht der Aktionstag der Gewerkschaften in Frankfurt/Main von den DGB-Bezirken Hessen-Thüringen und West. Die Demonstration startet um 12 Uhr am Baseler Platz. Mit Samba-Rhythmen, Themenwagen und Aktionskunst geht es durch die Frankfurter Innenstadt mit Zwischenkundgebung vor der EZB zum Frankfurter Römer. Hier beginnen ab 14 Uhr die Hauptkundgebung und ein Familienfest. Ab 18 Uhr lädt die Gewerkschaftsjugend zum Konzert ein.

Rund 2000 aktive MetallerInnen wollen in Berlin vorm Brandenburger Tor im „Metall-Parlament" der Politik ab 12 Uhr zeigen, worauf es den Beschäftigten tatsächlich ankommt. Jede/r Interessierte ist eingeladen, sich an der Aktion zu beteiligen. „Wahljahr 2013 – Gute Politik ist messbar" ist das Motto der IG BCE auf ihrer Auftaktveranstaltung zur heißen Wahlkampfphase. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis fasst zusammen, was die Gewerkschaft von der Politik erwartet. Danach stehen PolitikerInnen der im Bundestag vertretenen Parteien Rede und Antwort.

www.dgb.de/-/NwW

Jetzt bestellen!

DGB-Kalender 2014. Auch im nächsten Jahr informiert der bewährte DGB-Taschenkalender kurz, präzise und aktuell über wichtige Politikfelder und Projekte des DGB und der Gewerkschaften. Dazu gibt es in den neun Bezirksausgaben einen umfangreichen Adressteil mit Kontakten zu Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Institutionen. Der Kalender ist ab November 2013 kostenlos in den DGB-Büros vor Ort erhältlich. Erstmals kann man sich in diesem Jahr den Kalender per Post zustellen lassen. Der Kalender kostet dann einen Euro plus Versandkosten.

Vorbestellungen: www.dgb-bestellservice.de

Gesichter statt Politik

Bundestagswahl. Personalisierte Wahlkampagnen ohne Inhalt, stimmungsbildende „bad campaigns" in den Massenmedien, weniger Politik, stattdessen mehr Entertainment und Privates – das sind die Trends, die Thomas Leif und Gerd Mielke im Bundestagswahlkampf 2013 sehen. In zehn Thesen haben die beiden Publizistik-Professoren ihre Sicht auf das Wahlkampfgeschehen in einem Arbeitspapier der Otto-Brenner-Stiftung zusammengefasst. „Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013" basiert auf einer Konferenz über die Wahlstrategien der Parteien von Otto-Brenner-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung.

www.bit.ly/obs_wahl2013

BUCHTIPP

Chrystia Freeland: Die Superreichen – Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite, Westend Verlag 2013, 368 Seiten, 22,99 Euro

Der Riss zwischen den Plutokraten und der restlichen Bevölkerung wird immer breiter. Die oberen 0,1 Prozent bestimmen zunehmend über das Leben der Menschen ohne Supereinkommen. Die kanadische Wirtschaftsjournalistin Chrystia Freeland spricht in ihrem Buch von einer Herrschaft der Geldelite. Eine Elite, die sich nicht auf geerbtem Wohlstand ausruht, sondern globale Unternehmen steuert. Der Wohlstand ihrer Heimatländer ist Nebensache. Freeland versucht zu klären, welche moralischen Werte für diese Oberschicht zählen. Ihr bitteres Fazit: Oberstes Ziel ist das eigene Wohlergehen, verbunden mit hohem Einfluss auf die Regierungen, um die eigenen Einnahmen zu sichern. Ein gut lesbares Buch, das die Lebenswelt und das Selbstverständnis dieser Elite beschreibt.

Reisekosten im Fokus

Schon jetzt sollten sich Betriebsräte mit den ab 1. Januar 2014 geltenden neuen Reisekostenregeln befassen, rät der DGB. Denn mit Beginn des neuen Jahres soll nicht mehr wie bisher das Finanzamt festlegen, wo die „regelmäßige Arbeitsstätte" ist, sondern der Arbeitgeber. Um Probleme zu vermeiden, sollten Betriebsräte das Thema jetzt aufgreifen und sich beteiligen. Dazu können die ArbeitnehmervertreterInnen bei Bedarf Expertenwissen bei ihren Gewerkschaften einholen. Mit dem neuen Reisekostenrecht will der Gesetzgeber Prozesse vereinfachen und vereinheitlichen. So sieht das neue Gesetz auch Veränderungen bei den Fahrkosten, Verpflegungsmehraufwand, Übernachtungskosten und doppelter Haushaltsführung vor.

www.einblick.dgb.de

INTERREGIO

Mehreinnahmen von jährlich 893 Millionen Euro ließen sich für Land und Gemeinden in Rheinland-Pfalz durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, eine Reform der Erbschaftsteuer und die Wiedereinführung der Vermögensteuer erzielen. Das ist das Ergebnis einer ***Studie*** *des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) im Auftrag des* ***DGB Rheinland-Pfalz.*** *Infolge der Steuersenkungen seit 1998 nehmen das Land Rheinland-Pfalz und die Kommunen allein im Jahr 2013 knapp 1,4 Milliarden Euro weniger ein. „Die Studie bestätigt uns in unseren Forderungen", erklärt der DGB-Bezirksvorsitzende Dietmar Muscheid. „Land und Kommunen wären mit diesen Steuerreformen wieder handlungsfähig und könnten dringend erforderliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder öffentliche Sicherheit vornehmen und Schulden abbauen. Derzeit zehrt das Land seine Substanz auf."*

www.west.dgb.de

Der ***DGB Nord*** *und die italienische Partnergewerkschaft CGIL wollen ihre Zusammenarbeit vertiefen und* ***gemeinsam Impulse für die ArbeitnehmerInnen in Europa*** *setzen. Eine entsprechende Vereinbarung haben der DGB-Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn und Alfonso Viola von der CGIL-Region Campania in Süditalien unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht einen engen Informations- und Erfahrungsaustausch vor. „Grenzüberschreitende Solidarität und Know-how-Transfer werden angesichts der globalen Herausforderungen in der Krise immer nötiger – wir wollen voneinander lernen und eine europäische gewerkschaftliche Good-Practice-Strategie entwickeln", erklärt Uwe Polkaehn.*

www.nord.dgb.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Verkehrssicherheit vor Motorsport!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Blick in die Röhre

Jedes Jahr gibt es tausende junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) belegen, dass es auch in diesem Sommer keine guten Nachrichten vom Ausbildungsmarkt gibt.

Junge Generation. Am 1. September beginnt das neue Ausbildungsjahr. Laut Statistik der BA waren im Juli 2013 noch rund 323 538 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Das sind 8500 Jugendliche mehr als im Vorjahr. Die DGB-Jugend beurteilt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt weiterhin als schwierig. DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller kritisiert: „Der Anteil der ausbildenden Betriebe sinkt seit Jahren, und die Wenigen, die überhaupt noch ausbilden, betreiben eine Bestenauslese." So liegt der Anteil der ausbildenden Betriebe nur noch bei knapp 22 Prozent.

Auch die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze sank um rund 11 000 auf knapp 470 000 Plätze. Die Folge: Nur gerade einmal jede/r zweite Ausbildungsinteressierte kommt überhaupt noch in Ausbildung. Haggenmiller kritisiert, dass viele der „unversorgten" BewerberInnen anschließend in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems landen. Für ihn ist das ein „Abstellgleis". 2012 waren davon mehr als 266 000 junge Menschen betroffen.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack betont: „Die Wirtschaft ist in der Verantwortung und nimmt sie nicht wahr. Gerade nach der Krise wäre es logisch, vermehrt auszubilden." Hannack fordert eine Ausbildungsumlage. „Wir haben immer gesagt: Wer nicht ausbildet, soll zahlen." Haggenmiller will die Betriebe in die Pflicht nehmen, ihrer Verantwortung nachzukommen und genügend gute Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Schließlich gehe es um Fachkräfte und um die Zukunft der jungen Menschen.

Kritik des DGB gibt es auch an den Zahlenschiebereien der Bundesagentur für Arbeit. So zählt die BA 45 960 BewerberInnen als versorgt („Bewerber mit Alternative"), obwohl sie ausdrücklich weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen. Weitere 120 340 BewerberInnen befinden sich in Maßnahmen („andere ehemalige BewerberInnen") und werden deshalb nicht mitgezählt. Eine Folge: Rund 1,4 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine qualifizierende Berufsausbildung.

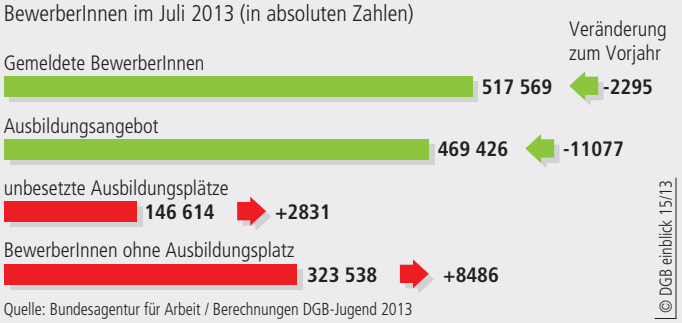
Neue Welt

Ausbildung. Für tausende junge Frauen und Männer beginnt am 1. September ein neuer Lebensabschnitt. Mit Beginn der Ausbildung ergeben sich viele Fragen. Wie lang darf meine Probezeit sein? Muss ich mich beim Arbeitgeber abmelden, wenn ich während der Berufsschule krank werde? Was für Tätigkeiten muss ich im Betrieb machen und welche gehören nicht zur Ausbildung? Hilfe bietet die DGB-Jugend. Mit Broschüren, Flyern und dem Online-Beratungstool Dr. Azubi liefert die DGB-Jugend wertvolle Tipps zur Ausbildung. Mit dem jährlich erscheinenden Ausbildungsreport zeigt die Gewerkschaftsjugend zudem, wo es in den Betrieben und Berufsschulen Nachbesserungsbedarf gibt.

www.jugend.dgb.de/ausbildung

Mangelware Ausbildungsplatz

Ausbildungsplatzangebot, unbesetzte Ausbildungsplätze und unversorgte BewerberInnen im Juli 2013 (in absoluten Zahlen)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Berechnungen DGB-Jugend 2013

© DGB einblick 15/13

Im Juli 2013 gab es 8500 mehr Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, als im Vorjahr. Insgesamt gibt es rund 1,4 Millionen junge Menschen (20 bis 29 Jahre) ohne Berufsausbildung.

MEHR ZUM THEMA

Zweite Chance

Rund 1,4 Millionen junge Menschen in Deutschland haben keinen qualifizierten Berufsabschluss. Für DGB und Gewerkschaften steht fest: Diese jungen Menschen haben eine zweite Chance verdient. Mit Erfolg hat sich der DGB deshalb im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit für die Initiative „AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht" eingesetzt.
Ziel in den nächsten drei Jahren ist es, bis zu 100 000 junge Erwachsene auszubilden. Teilnehmen können 25- bis 34-jährige Geringqualifizierte – unabhängig davon, ob sie aktuell einen Job haben oder nicht. Die Ausbildung soll vor allem betrieblich über abschlussorientierte Weiterbildungsmaßnahmen erfolgen. Vorgesehen sind eine gute Beratung der jungen Menschen und eine solide Förderung der Betriebe. Alleinerziehende haben die Chance, die Qualifizierung in Teilzeit anzutreten.

Anzeige

Bei der GEW NRW
(Nünningstr. 11, 45141 Essen)
ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt
unbefristet folgende Stelle (100%)
in Essen zu besetzen:

Referent/Referentin (Gewerkschaftssekretär/in) für das Arbeitsfeld Tarifpolitik, Kinder- und Jugendhilfe sowie Erwachsenenbildung

Aufgaben:

- **Organisation von tarifpolitischen Initiativen und Tarifauseinandersetzungen – vorwiegend im Bereich der Tarifverträge TV-L und TVöD sowie bei freien Trägern**
- **Beratung der Mitglieder und fachliche Begleitung der GEW-Gremien in tariflichen Fragen und zu Themen aus den Organisationsbereichen Kinder und Jugendhilfe sowie Erwachsenenbildung**
- **politische Arbeit in den o.a. Tätigkeitsfeldern**

Wir wünschen uns eine gut organisierte, teamfähige und engagierte Kollegin bzw. einen Kollegen mit abgeschlossener Hochschulausbildung.

Die Eingruppierung sowie die Sozialleistungen des Arbeitgebers ergeben sich aus der auf den Allgemeinen Anstellungsbedingungen des DGB basierenden Betriebsvereinbarung des GEW Landesverbandes NRW.

Bewerbungen sind bitte per Post oder E-Mail bis zum **15. September 2013** an die GEW NRW, zu Hd. M Schulte, Nünningstr. 11, 45141 Essen (michael.schulte@gew-nrw.de) einzureichen.

Eine vollständige Ausschreibung finden Sie unter: **www.gew-nrw.de**

KURZ & BÜNDIG

Die EVG fordert, dass die gesamte Dividende, die die Deutsche Bahn (DB AG) an den Bund abführt, ins Schienennetz investiert wird. Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner betont: „Das Geld, das die DB AG erwirtschaftet hat, ist nicht dazu da, um irgendwo im Haushalt zu versickern."

Der IG Metall-Bezirk Niedersachsen / Sachsen-Anhalt hat die vom Bundesrat angekündigte Initiative zur Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen begrüßt. Wäre sie erfolgreich, könnten Betriebsräte alle Beschäftigten, die mehr als vier Wochen auf dem Betriebsgelände arbeiten, vertreten.

ver.di und der Sozialverband Deutschland (SoVD) haben gemeinsame Forderungen für eine „verantwortungsvolle Sozialpolitik für Frauen" vorgelegt. Allem voran sollen Minijobs in sozialversicherte Teilzeit umgewandelt werden.

ver.di hat die Verleger bei den aktuellen Tarifverhandlungen für ZeitungsredakteurInnen aufgefordert, Vorschläge für qualitativ hochwertigen Journalismus vorzulegen. Die Arbeitgeber wollen stattdessen mit regionalen Regelungen den Flächentarifvertrag unterlaufen.

Beim Konflikt mit der Burger King GmbH zeigt sich die NGG zuversichtlich, dass die vom Unternehmen eingeleiteten Kündigungen gegen 15 Betriebsräte gegenstandslos sind. Die Kündigungsgründe würden einer gerichtlichen Prüfung kaum standhalten, so die NGG.

Als Mitglied im Bündnis „Klimaallianz" ruft die IG BAU zum Klima-Aktionstag am 14. September auf. Ziel ist es, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, um unter anderem die Treibhausgase in Deutschland zu senken.

Die GEW-Vorsitzende Marlies Tepe schlägt vor, ein „inklusives Schulwesen als Staatsziel in den Schulgesetzen zu verankern". Die Bundesrepublik müsse sich endlich von einem überholten selektiven Bildungs- und Schulsystem verabschieden.

Anzeige

Ulrike
Steinert-Dietrich
Fachreferentin
für Arbeitsrecht (IHK)
Mediatorin
Kölnerstraße 75
51702 Bergneustadt
0160/99197714

Jugend unter Druck

Studien. Junge Menschen leiden zusehends unter prekärer Beschäftigung, geringer beruflicher Sicherheit und steigendem Leistungsdruck in der Arbeitswelt. Das zeigen aktuelle Studien von IG Metall und IG BCE.

So belegt die Studie von TNS-Infratest im Auftrag der IG Metall, wie stark prekäre und unsichere Beschäftigung junge Menschen belastet. Demnach arbeiten mittlerweile 23 Prozent der unter 35-Jährigen in befristeten Jobs. Eine Folge: 87 Prozent der jungen Menschen fühlen sich psychisch belastet und klagen, dass ihre Lebens- und Familienplanung beeinträchtigt ist. Zum Beispiel können sich acht von zehn StudienteilnehmerInnen eine eigene Wohnung kaum leisten. Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, warnt: „Mit Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen für junge Beschäftigte steuern Unternehmen und Politik in die falsche Richtung." Es wundert nicht, dass jede/r Dritte der 1000 Befragten angibt, unzufrieden mit der Politik zu sein. Wetzel fordert: „Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, die Verhältnisse wieder gerade zu rücken."

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Umfrage der IG BCE unter rund 2700 jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren. Viele schauen pessimistisch in die Zukunft. So fürchten 70 Prozent niedrige Löhne, 60

Das Cover der IG BCE-Studie

Prozent befristete Arbeitsverträge. Als negativen Einfluss empfinden die Befragten vor allem steigenden Erfolgsdruck und drohende Arbeitslosigkeit. Die IG BCE-Studie zeigt aber auch, wo die junge Generation in der Arbeitswelt ihre Schwerpunkte setzt. 81 Prozent ist ein sicherer Arbeitsplatz sehr wichtig. Eine gute Atmosphäre spielt für 72 Prozent eine große Rolle. Über die Hälfte der Befragten findet Weiterbildung „sehr wichtig". Kreativität, Ansehen der Beschäftigung und flexible Arbeitszeiten folgen auf den weiteren Plätzen. Erfreulich ist, dass rund 80 Prozent der Jugendlichen die Gewerkschaft positiv wahrnehmen. Ein sehr guter Wert – Bürgerinitiativen (40 Prozent), Parteien (26 Prozent) und die Bundesregierung (25 Prozent) schneiden schlechter ab.

Die Studien gibt es unter: www.einblick.dgb.de/hintergrund

NACHGEFRAGT

Der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow, 50, erklärt,wie wichtig gesellschaftlicher Konsens für die Polizeiarbeit ist.

Foto: GdP

„Schicht um Schicht erfüllen die Beschäftigten in der Polizei ihren Dienst für die Bürger. Der Erfolg ihres Engagements resultiert im hohen Ansehen, das die Polizei in der Bevölkerung genießt. Die GdP wird weiterhin maßgeblich daran mitwirken, dass polizeiliches Handeln verlässlich, transparent und nachvollziehbar ist. Wir sind eine rechtsstaatlich orientierte Bürgerpolizei, wollen es bleiben und noch besser werden. Das ist auch Ziel der GdP. Deshalb werden wir weiterhin kein Blatt vor den Mund nehmen. Nur so gelingt es, einen breiten Konsens für die Polizeiarbeit herzustellen und Verständnis bei den Bürgern für die Anliegen der Beschäftigten zu finden. Die Polizeibeschäftigten auf den Straßen, in den Wachen, Laboren, Werkstätten und Büros, die einen erfüllenden, aber auch sehr schwierigen und anstrengenden Beruf ausüben, verdienen große Anerkennung. Diese muss sich trotz föderaler Strukturen in vergleichbaren Lebens- und Arbeitsverhältnissen ausdrücken. Davon kann heute nicht die Rede sein. Darum steht das Thema auf meiner Agenda weit oben.

Die GdP hat sich über die Jahrzehnte einen guten Ruf als kompetente und engagierte Arbeitnehmervertretung erarbeitet. Unsere Sozialpartner wissen, dass man mit uns konstruktiv, sachlich und fair verhandeln kann. Dienstherr und Politik wissen aber auch, dass wir uns nicht scheuen, heiße Eisen anzufassen. Wir lassen nicht locker, bis wir für unsere Kolleginnen und Kollegen ein annehmbares Ergebnis erzielt haben. Starke Gewerkschaften sind ein wichtiges und notwendiges Sprachrohr der Beschäftigten. Als GdP wissen wir, dass wir mit dem DGB einen starken Rückhalt für unsere Gewerkschaftsarbeit besitzen. Auch der DGB kann auf uns zählen."

Gewerkschaften helfen

Hochwasser. Die Flut von Elbe, Donau und ihren Nebenflüssen ist mittlerweile abgelaufen. Zurückgeblieben sind Schätzungen zu Folge Schäden in Höhe von sieben Milliarden Euro. Auch DGB und Gewerkschaften haben den Flutopfern ihre Hilfe zugesagt. Jetzt liegen erste Zahlen vor. So hat allein der Verein „Gewerkschaften helfen" bisher in 220 Fällen finanzielle Unterstützung geleistet. Insgesamt sind 81 400 Euro an Geschädigte verteilt worden. Die eingegangenen Spenden belaufen sich auf rund 118 000 Euro (Stand Anfang August).

Anträge auf Unterstützung können von Betroffenen der Flutkatastrophe auch weiterhin an den Verein „Gewerkschaften helfen e. V." gerichtet werden. IG Metall, ver.di, GEW und die EVG sowie der ACE haben Initiativen gestartet, um ihren Mitgliedern unbürokratisch und schnell zu helfen *(einblick 12/2013)*.

www.dgb.de/-ls5s

Am Rande des Bankrotts

Die Nachrichten zur finanziellen Situation der Kommunen klingen verwirrend. Hohe Einnahmen und kein Geld in der Kasse: Zahlreiche Städte und Gemeinden können sich trotz verbesserter Haushaltseinnahmen notwendige Investitionen nicht leisten. Die ver.di-Wirtschaftsexpertin Sabine Reiner erklärt den Widerspruch.

Kommunale Haushalte. „De facto bankrott" – so interpretierte die Süddeutsche Zeitung die Ergebnisse einer aktuellen Kommunalstudie der Wirtschaftsprüfer Ernst & Young. Gleichzeitig meldete das Statistische Bundesamt, die öffentlichen Haushalte hätten im ersten Halbjahr einen Überschuss von über acht Milliarden Euro erzielt. Die Kommunen konnten sich schon im letzten Jahr über ein Plus von knapp zwei Milliarden Euro freuen, für dieses Jahr werden vier erwartet. Wie passt das zusammen?

Städte und Gemeinden haben seit 1991 nur in sieben Jahren keine Defizite gemacht. Dies ist aber keine Folge unsoliden Wirtschaftens, sondern weil wegen mehrfacher Steuersenkungen seit der Jahrtausendwende Einnahmen ausblieben. Ohne sie lägen die Steuereinnahmen der Kommunen heute jährlich acht Milliarden Euro höher. Wegen fehlender Einnahmen wurde bereits gekürzt, „bis es quietscht". So sind die öffentlichen Investitionen von gut 30 Milliarden Euro Anfang der 1990er auf heute 20 Milliarden Euro abgestürzt. Die Zahl der Beschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst der Kommunen ist von knapp zwei Millionen 1991 auf gut 1,2 Millionen gesunken, die der Vollzeitbeschäftigten hat sich sogar von 1,6 Millionen auf 750 000 mehr als halbiert.

Stark angestiegen sind dagegen die Sozialausgaben der Kommunen: Innerhalb von zehn Jahren haben sie sich von 25 auf 46 Milliarden nahezu verdoppelt. Der Anstieg dieser Ausgaben liegt nicht in der Verantwortung von Städten und Gemeinden, sondern an Aufgabenübertragung ohne entsprechende finanzielle Kompensation. „Investitionshaushalte wurden zu Sozialhaushalten", formulierte der Städte- und Gemeindebund treffend.

Wie schon in der Vergangenheit reagieren Kommunen mit der Reduzierung von Leistungen. Die Nummer Eins bei den Kürzungen ist nach der Umfrage von Ernst & Young mit 16 Prozent die Jugend- und Seniorenarbeit. Erhöht wurden dafür vor allem die Grundsteuern (43 Prozent der Kommunen) und Gebühren für Kita und Ganztagsschule (39 Prozent). Es gibt Gemeinden, die Parkbänke abbauen, um deren Pflege nicht mehr finanzieren zu müssen. Trotzdem erwartet die Hälfte der Kommunen, dass ihre Schulden in den nächsten drei Jahren weiter steigen werden. 30 Prozent gehen davon aus, dass sie diese nicht mehr werden tilgen können. Die Spaltung zwischen Städten und Gemeinden, die gerade so über die Runden kommen und anderen, die in einem Teufelskreis von Verschuldung und Haushaltsdefiziten stecken, nimmt immer weiter zu.

„Wie schon in der Vergangenheit reagieren Kommunen mit der Reduzierung von Leistung."

Schon mehr als die Hälfte der Kommunen mussten Haushaltssicherungskonzepte aufstellen, 15 Prozent sind unter kommunalen Rettungsschirmen. Dabei müssen sie sich zu weiteren Kürzungen verpflichten. Wegen der Schuldenbremse erwarten zwei Drittel der Gemeinden, dass die Bundesländer Auflagen der Kommunalaufsicht verschärfen und Zuweisungen kürzen.

Andererseits verspricht der Bund Kompensation bei den Sozialausgaben. Die schrittweise Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter läuft bereits. Zusätzlich haben die Länder für ihre Zustimmung zum Fiskalvertrag im Bundesrat Zugeständnisse für die Kommunen erreicht. Was der Bund übernimmt, soll erst nach der Wahl verhandelt werden. Ob sich die Finanzlage der Kommunen dauerhaft entspannt, ist noch unklar. Denn die Sozialausgaben der Kommunen wachsen weiterhin stark.

„Wir sind heute viel reicher – aber auch ungleicher."

Die Bertelsmann-Stiftung hat kürzlich ebenfalls einen umfangreichen kommunalen Finanzreport veröffentlicht. In der Einleitung heißt es, weil die Haushalte insgesamt klamm seien, ist keine Hilfe zu erwarten. Die notwendige Konsolidierung müssten die Kommunen aus eigener Kraft schaffen. Und ein offener Brief des ver.di-Bezirksvorstands Berlin an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses zitiert den Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum: „Es gibt keine Alternative zu dem aufgezeigten Konsolidierungspfad. Wir werden die Schuldenregeln des Grundgesetzes einhalten."

Natürlich gibt es Alternativen! Warum konnten wir uns in den 1960er- und 70er-Jahren Schwimmbäder leisten, Musikschulen und Sportplätze, wieso wurde der Straßenbelag auch mal richtig erneuert, statt immer nur Löcher zu flicken? Wir sind heute viel reicher – aber auch viel ungleicher. Den zwei Billionen Euro öffentlichen Schulden stehen 3,4 Billionen Euro privates Geldvermögen gegenüber – private Schulden sind abgezogen. Von diesem Geldvermögen besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung allein ein Drittel. Statt die Reichsten der Reichen weiter zu hätscheln, müssen wir dafür sorgen, dass sie wieder ihren Teil an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beitragen. Investitionen in eine Zukunft für alle sind finanzierbar. Man muss nur wollen.

Foto: ver.di

Sabine Reiner, 51, ist promovierte Politologin und studierte Politik und Volkswirtschaft. Sie arbeitet heute als Bereichsleiterin Wirtschaftspolitik bei ver.di.

MEHR ZUM THEMA

Finanzmisere

„Unter den deutschen Kommunen ist längst eine Zweiklassengesellschaft entstanden", bilanziert die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young in ihrer Studie „Kommunen in der Finanzkrise". Den Stadt- und Gemeinderäten der überschuldeten Kommunen werde nichts anderes übrig bleiben, als die Gebühren zu erhöhen und weitere Leistungen zu kürzen. Die zusätzlichen Mittel, die der Bund den Kommunen zugesagt hat, würden „an der grundsätzlichen Finanzmisere" nichts ändern. Die Angaben basieren auf der Befragung von 300 Kommunen.

Unter der Überschrift „Aktiver Staat" fordert der DGB eine nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Hand und insbesondere der Kommunen. Auch bei ver.di gilt schon lange: Die Kommunen brauchen eine solide Finanzausstattung.

IM NETZ

www.dgb.de/-/NyL
www.oeffentlich-ist-wesentlich.verdi.de
www.bit.ly/KommunenEY

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gelebte Demokratie mit 5 Buchstaben? ACE e.V.

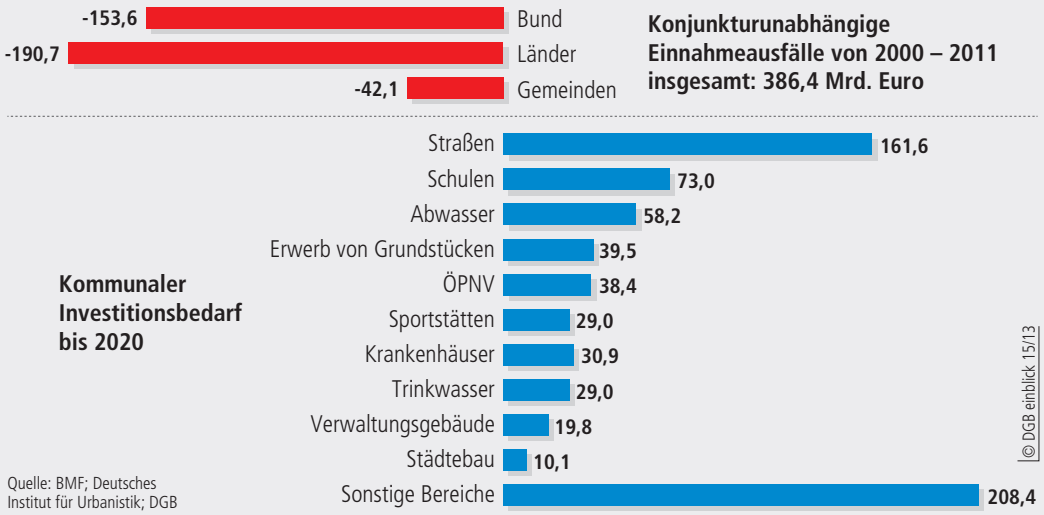
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DIE DGB-GRAFIK

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat bis 2020 einen kommunalen Investitionsbedarf von insgesamt 700 Milliarden Euro ermittelt. Das können die Kommunen allein nicht bewältigen. Die Einnahmen aus Steuern sind gesunken, die Ausgaben vor allem für Soziales extrem gestiegen. Der DGB fordert die Politik auf, gegenzusteuern. Ziel der Gewerkschaften ist ein aktiver Staat, der solide finanziert ist. Zahlreiche Argumente dazu gibt es in der Broschüre „Der aktive Staat: investiert – sichert – gestaltet". Sie kann im Internet unter *www.dgb.de/-/3Cg* heruntergeladen werden.

Den Kommunen fehlen Hunderte Milliarden Euro

Einnahmeausfälle seit 2000 und kommunaler Investitionsbedarf bis 2020 (in Milliarden Euro)



Quelle: BMF; Deutsches Institut für Urbanistik; DGB

ONLINE-TIPP

Wahl-O-Mat 2013
www.bit.ly/wahlomat13

Auch zur kommenden Bundestagswahl am 22. September können sich alle Bürgerinnen und Bürger wieder mit dem Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung informieren. An Hand von 38 Fragen zu aktuellen Themen können die User vergleichen, welche Partei am besten zu ihnen passt. Insgesamt haben sich 28 Parteien am Wahl-O-Mat beteiligt. Vielfältige und detailierte Hintergrundinfos wie zum Beispiel „Fakten zur Wahl" runden das Portal ab.

BUCHTIPP

Wiebke Friedrich, Christoph H. Schwarz, Sebastian Voigt (Hrsg.): Gewerkschaften im demokratischen Prozess: 10 internationale Beiträge, Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Staat und Zivilgesellschaft, Band 278, 2013, 236 Seiten, 29 Euro

Gewerkschaften kämpfen weltweit für Demokratie und Freiheit – auch in Krisenregionen. Sowohl im „arabischen Frühling", im Sudan, in Marokko und in Spanien stehen GewerkschafterInnen in der ersten Reihe, um sich für die Rechte der BürgerInnen einzusetzen. Mit dem Band „Gewerkschaften im demokratischen Prozess" will die Hans-Böckler-Stiftung den Fokus auf die innovative Gestaltungskraft der Gewerkschaften richten. Verschiedene AutorInnen analysieren Strategien und Positionen der Gewerkschaften in Umbruchsituationen. Andere Beiträge untersuchen die Rolle der gewerkschaftlichen Dachverbände in Industriestaaten, etwa in Deutschland oder den USA.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout und Infografik: Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

TERMINE

1.9.
Antikriegstag

4.9. Betr. Bundestagswahl
DGB NRW, Konferenz „Neue Ordnung der Arbeit", Herne

5.9.
DGB Nord, Vortrag von Christoph Butterwegge zum Thema „Altersarmut", Hamburg

7.9. Betr. Bundestagswahl
DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Demonstration „Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Aktiver Staat.", Hannover

7.9. Betr. Bundestagswahl
DGB Hessen-Thüringen und West, Gewerkschaften, Aktionstag „Flagge zeigen für den Politikwechsel", Frankfurt / Main

7.9. Betr. Bundestagswahl
IG Metall, Aktionstag am Brandenburger Tor „Metall-Parlament", Berlin

7.9. Betr. Bundestagswahl
IG BCE, Betriebs- und Funktionärskonferenz „Wahljahr 2013: Gute Politik ist messbar", Mannheim

9.-13.9.
Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Hauptsache Arbeit!? - Arbeits- und Beschäftigungspolitik vor neuen Aufgaben", Bonn

9.-12.9.
IG BAU, 21. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG BAU, Berlin

11.-12.9.
Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Unternehmensstrategie als Thema im Aufsichtsrat", Düsseldorf

14.9. Betr. Bundestagswahl
Bündnis umFAIRteilen (ver.di, GEW, NGG, attac und andere), Demonstration „umFAIRteilen – Reichtum besteuern", Berlin und Bochum

SCHLUSSPUNKT

„Ich bin in Sachen Pressefreiheit der Toleranteste und Großzügigste in der aktuellen Politik!"

Horst Seehofer, CSU, bayrischer Ministerpräsident, laut „Abendzeitung" vom 27.8. im Streit mit dem ARD-Magazin Monitor, bei dem er ein Kamerateam aus Bayern „ausweisen" wollte.

URTEILE

Drohung mit Krankschreibung

Führt nicht immer zur Kündigung

Wenn ein Arbeitnehmer mit Krankschreibung droht, falls ihm kein Urlaub gewährt wird, muss er mit fristloser Kündigung rechnen, wenn er gesund ist. Ist er allerdings zum Zeitpunkt der Krankschreibung tatsächlich krank, ist das kein Kündigungsgrund.

Der Fall: Der Arbeitnehmer erklärte an einem Freitag, er sei kaputt und brauche eine Woche Urlaub. Er wolle nicht zum Arzt gehen. Sein Urlaubsantrag wurde jedoch am selben Tag abgelehnt. Nachdem er montags darauf nicht im Betrieb erschien, kündigte ihm der Arbeitgeber fristlos. Am Dienstag wurde der Arbeitnehmer rückwirkend ab Montag arbeitsunfähig krankgeschrieben. Die Kündigungsschutzklage war erfolgreich.

Das Landesarbeitsgericht: Es kommt darauf an, ob der Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Ankündigung der Erkrankung objektiv erkrankt ist. Die Ankündigung einer Erkrankung kann zwar in jedem Fall eine Pflichtwidrigkeit darstellen, doch wirkt diese bei objektiver Erkrankung anders. Bei einer „angekündigten Krankheit" im Falle eines gesunden Arbeitnehmers bedarf es in der Regel keiner vorhergehenden Abmahnung. Ist der Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Ankündigung aber bereits krank, ist sie erforderlich. Da hier der Arbeitgeber nicht behauptet hatte, dass die Krankschreibung vorgetäuscht war, ist er als Kündigender darlegungs- und beweispflichtig auch dafür, dass der Arbeitnehmer nicht schon am vorausgegangenen Freitag arbeitsunfähig gewesen ist. Insoweit hatte der Arbeitgeber im Prozess ausgesagt, der Arbeitnehmer habe freitags noch voll gearbeitet. Deshalb könne er nicht arbeitsunfähig gewesen sein. Dabei übersieht er, dass nicht jeder Arbeitnehmer, der seine Arbeitsleistung erbringt, zugleich arbeitsfähig ist. Bei der Beurteilung ist darauf abzustellen, welche Bedingungen die bisherige Tätigkeit konkret geprägt haben.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 15. März 2013 - 10 Sa 2427/12

Kleinkinderbetreuung

Kein Anspruch auf Kita-Platz

Eltern müssen sich beim Rechtsanspruch auf Betreuung ihrer unter 3-jährigen Kinder unter Umständen mit einer Tagesmutter abfinden. Die Stadtverwaltung ist nicht in jedem Fall verpflichtet, einen Platz in einer Kindertagesstätte (Kita) zur Verfügung zu stellen.

Der Fall: Die Eltern eines unter 3-jährigen Kindes verlangten, ihrem Kind einen Platz in einer Kita in der Nähe der elterlichen Wohnung zuzuweisen. Die Stadt Köln war jedoch bereit, dem Kind einen Platz in einer 5,8 km entfernt gelegenen Kita zuzuweisen; als Alternative wurde ein Platz bei einer wohnortnahen Tagesmutter angeboten. Das Gericht entschied zugunsten der Stadt Köln.

Das Oberverwaltungsgericht: Die Eltern können zwar grundsätzlich zwischen den gleich geeigneten und gleichwertigen Arten der frühkindlichen Förderung in einer Kindertagesstätte und bei einer Tagesmutter wählen. Dem Wunsch der Eltern muss allerdings nicht entsprochen werden, wenn in der gewünschten Betreuungsform kein Platz vorhanden ist. Steht ein freier Platz nur bei einer Tagesmutter und nicht in der gewünschten Kita zur Verfügung, erfüllt der Träger der Jugendhilfe den Rechtsanspruch auf U3-Betreuung mit dem Angebot des freien Platzes. Ein Anspruch auf Kapazitätserweiterung besteht nicht.

Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 14. August 2013 - 12 B 793/13

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 15/13

Leiharbeitnehmer

Gleiches Arbeitsentgelt

Leiharbeitnehmer haben nach den dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz Anspruch auf das gleiche Entgelt wie Arbeitnehmer des Entleiherbetriebs (equal pay). Das gilt auch für Sonderleistungen wie Weihnachtsgeld. Wird das Weihnachtsgeld an eine Stichtagsregelung geknüpft, ist der Anspruch nur gegeben, wenn der Leiharbeitnehmer am Stichtag in dem betreffenden Unternehmen eingesetzt war.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 21. Mai 2013 - 2 Sa 398/12

Teilhabe am Arbeitsleben

Träger zahlt Reparaturkosten

Der Sozialversicherungsträger, der einem Schwerbehinderten als Hilfsmittel zur Teilhabe am Arbeitsleben einen höhenverstellbaren Rollstuhl bewilligt, muss auch die anfallenden Reparaturkosten der gewährten Hilfsmittel übernehmen.

Sozialgericht Stuttgart, Urteil vom 21. Februar 2013 - S 15 AL 1035/11

Gesetzliche Unfallversicherung

Bei Pflege auch auf dem Weg zur Bank

Pflegende Angehörige stehen unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Versichert ist neben der Pflege zu Hause auch das Einkaufen für den Pflegebedürftigen. Wer dazu Bargeld vom Konto des Pflegebedürftigen abhebt, erhält Unfallversicherungsschutz auch für den Weg zum Geldautomaten.

Bayerisches Landessozialgericht, Urteil vom 27. März 2013 – L 2 U 516/11

Hartz IV

Zweimal 30 % sind nicht 60 %

Eine Minderung von Hartz-IV-Leistungen in Höhe von 60 Prozent durch zwei Sanktionsbescheide in Höhe von jeweils 30 Prozent für denselben Leistungszeitraum ist gesetzwidrig. Nach dem Gesetz hat die erste Pflichtverletzung eine Minderung von 30 % des maßgebenden Regelbedarfes und die erste wiederholte Pflichtverletzung eine Minderung von 60 % des maßgebenden Regelbedarfes zur Folge. Eine weitere wiederholte Pflichtverletzung lässt das Arbeitslosengeld II insgesamt entfallen.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 17. Juni 2013 - L 7 AS 332/13 B ER

Schülerfahrtkosten

Übernahme nur zur nächsten Schule

Schüler haben keinen Anspruch auf Übernahme der Beförderungskosten zu einem weiter entfernt liegenden Gymnasium, nur weil dieses eine spezielle Sportförderung anbietet. Die Kosten werden vielmehr nur bis zur nächstliegenden Schule des gleichen Schultyps übernommen.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 23. Juli 2013 - 2 A 10634/13.OVG

einblick

GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR. 16** VOM 16.9.2013

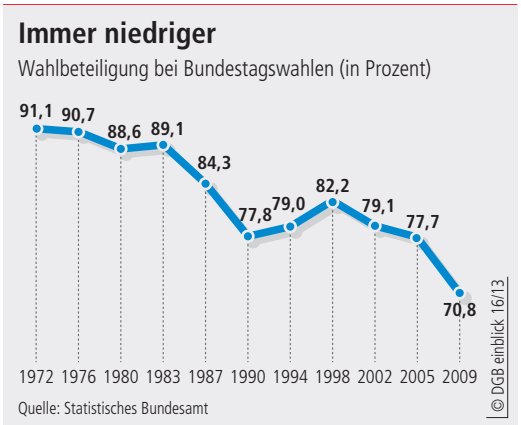
Jede Stimme zählt

Am 22. September entscheidet sich, wie der politische Kurs der kommenden Jahre aussehen wird – die WählerInnen haben es in der Hand. Mit zahlreichen Aktionen zeigen die DGB-Gewerkschaften, was bei dieser Bundestagswahl auf dem Spiel steht.

Bundestagswahl. Die heiße Phase des Wahlkampfs hat begonnen, doch der Funke ist noch nicht übergesprungen. Viele Wahlberechtigte scheinen bisher nicht mal willig, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. 2009 sind rund 18 Millionen Wahlberechtigte der Bundestagswahl fern geblieben. Die Wahlberechtigten haben es in der Hand: Eine höhere Wahlbeteiligung als vor vier Jahren könnte alle bisherigen Vorhersagen der Demoskopen zum Ausgang der Wahl komplett über den Haufen werfen.

Am 22. September entscheiden sie immerhin über den grundlegenden Kurs der Politik in den nächsten vier Jahren. „Für die Beschäftigten geht es um viel bei der Bundestagswahl – nämlich darum, die Weichen für einen Politikwechsel zu stellen. Und dafür zählt jede Stimme", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Der DGB hat alle BürgerInnen aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Vieles ist aus Sicht der Gewerkschaften in den letzten Jahren aus dem Ruder gelaufen: Altersarmut wächst, die Lasten der Krise tragen vor allem die ArbeitnehmerInnen, und der Arbeitsmarkt ist in Unordnung geraten. Zunehmend prägen schlechte Arbeit – Leiharbeit, Werkverträge, Mini-Jobs und befristete Beschäftigungsverhältnisse – die Arbeitswelt. Auch in Sachen Stabilisierung des Euros oder Regulierung der Finanzmärkte ist in den letzten Jahren wenig passiert. Statt ein tragfähiges Programm für Wachstum und Beschäftigung in Europa aufzulegen, wurden die Menschen in den Euro-Krisenländern mit rigiden Sparprogrammen drangsaliert, die Innovation und Wachstum im Keim ersticken.



91,1 Prozent aller Wahlberechtigten gaben bei der Bundestagswahl 1972 ihre Stimme ab – Wählerrekord in der Geschichte der Bundesrepublik. Von da an ging es bergab. Nur bei der Bundestagswahl 1998, die nach über 16 Jahren Kohl-Regierung zur ersten rot-grünen Bundesregierung führte, ließen sich noch einmal mehr Deutsche als bei der Wahl zuvor motivieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Bisheriger Tiefpunkt: die letzte Bundestagswahl mit einer Wahlbeteiligung von gerade mal 70,8 Prozent.

Die Gewerkschaften geben keine Wahlempfehlung, aber sie mischen sich in den Wahlkampf ein. Bereits im Herbst 2012 hat der DGB seine Erwartungen an die neue Bundesregierung formuliert. Es geht um gute Arbeit, eine sichere Rente, ein soziales Europa und einen handlungsfähigen Staat. Deutschland braucht einen politischen Kurswechsel. Das haben am ersten September-Wochenende noch mal über 20 000 GewerkschafterInnen in vielen Aktionen klargestellt.

INHALT

3 *Gesundheitsschutz*
Psychostress beenden

5 *Energiewende*
Schlechte Noten für Schwarz-Gelb

7 *Ungleichheit*
Staatlich geförderte Umverteilung

Alles schon entschieden?

IG Metall-Wahlaufruf. Mit bereits jetzt über einer Million Klicks auf Youtube ist es das meistgesehene Wahlvideo dieses Bundestagswahlkampfes – der Wahlaufruf der IG Metall. Die Nachricht ist klar: Geh wählen, es ist noch nichts entschieden. In knapp drei Minuten ruft der Spot die wichtigsten Punkte zur Wahl in Erinnerung: gute Arbeitsplätze, bessere Bildung, soziale Gerechtigkeit, ausreichende Kinderbetreuung und eine menschenwürdige Rente. Klar ist: Wer nicht wählt, entscheidet auch nicht mit über die Zukunftsthemen. Die Botschaft „Du hast eine Stimme, nutze sie!" richtet sich in erster Linie an junge Menschen und ErstwählerInnen, um sie an die Wahlurne zu bringen.

www.bit.ly/Wahlspot_IGMetall

PLUS/MINUS

− *Volker Kauder,* *Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, glaubt den Zusagen der US-Geheimdienste in der NSA-Affäre. In einem n-tv-Interview sagte er: „Die Skandalisierung der NSA-Debatte, die ist vorbei. Wir können heute sagen, dass in Deutschland deutsches Recht eingehalten wird."*

+ *Diese Versprechen reichen Thomas Oppermann (SPD) nicht: „Die Bundesregierung lässt sich von der NSA mit nichtssagenden Erklärungen und geschwärzten Dokumenten abspeisen." Die Datensicherheit aller BürgerInnen sei gefährdet, wenn die NSA planmäßig Sicherheitslücken in die Computer einbaue.*

IM NETZ

www.bit.ly/kandidcheck2013
Im Kandidatencheck zeigt sich, welche Positionen die DirektkandidatInnen in den 299 Wahlkreisen vertreten. Ihre Antworten zu 24 Thesen können die WählerInnen mit ihren eigenen Einstellungen abgleichen.

Nur bedingt für den Export geeignet

Duales System. Die deutsche Berufsausbildung ist gut. Doch ein „Exportschlager", wie es die schwarz-gelbe Koalition gerne formuliert, ist sie nicht. Mitte September wurde eine neue „Zentralstelle für internationale Bildungskooperation" beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) eingerichtet, um den „Export" zu stärken.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack betonte zur Eröffnung, dass der DGB die Einrichtung begrüße. Doch von „Exportschlager" mag die Bildungsexpertin nicht sprechen. Solche „vollmundigen Ankündigungen" seien realitätsfern. Der DGB, der in bilateralen Gremien mitarbeitet, die sich mit dem Export dieses Systems in andere Länder beschäftigen, warnt vor zu hohen Erwartungen.

Elke Hannack verweist auf die aktuelle Situation der Berufsausbildung in den Krisenländern. In Portugal wollen die Arbeitgeber sich nicht beteiligen, in Griechenland beschränkt sich die betriebliche Ausbildung auf ein freiwilliges Praktikum, in Spanien liegt das Projekt derzeit auf Eis. Für Elke Hannack ist deshalb wichtig, klar zu stellen, dass es hier nicht um „schlichten Export" geht. Der DGB empfiehlt, sich über Mindeststandards betrieblicher Elemente zu verständigen. Es sei wenig sinnvoll, zu glauben, eine Kopie des deutschen Systems sei „der Königsweg". ●

Zusatzeinkommen

Abgeordnete. Knapp 400 000 Euro verdient ein Bundestagsabgeordneter in einer Legislaturperiode. Rund 30 Prozent von ihnen verbuchen darüber hinaus noch erkleckliche Nebeneinkünfte. Sie kommen zusammen auf ein zusätzliches Einkommen von – geschätzt – 32 Millionen Euro. Das geht aus einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung über die „Nebenverdiener im Bundestag" hervor. In der Realität könnte das Zusatzeinkommen noch höher liegen, denn die Einnahmen müssen nicht präzise angegeben werden. Den Hauptanteil, mit 70 Prozent, kassieren die Mitglieder der Regierungsfraktionen. Bei der Opposition liegt die SPD vorn. Hier sind es überwiegend Honorare für Vorträge, die sich auf insgesamt knapp zwei Millionen Euro addieren. Der Autor der Studie, der Sozialwissenschaftler Herbert Hönigsberger, kommt zum Fazit: „Das Parlament ist nicht gekauft", aber es „suggeriere", mit solchem Verhalten käuflich zu sein. ●

| www.otto-brenner-shop.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Verkehrspolitik mit Zukunft: sozial und ökologisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Foto: Udo Böhlefeld/einblick

Ein Auffangnetz, damit die Löhne nicht ins Bodenlose fallen: *Mit einer spektakulären Aktion in Berlin hat der DGB die notwendige Einführung eines Mindestlohns untermauert. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki: „Frau Merkel blockiert mit ihrem ‚Als-ob-Mindestlohn' vernünftige Regelungen." Deshalb mache der DGB vor der Wahl noch einmal Druck mit seiner Mindestlohnkampagne.* | *www.dgb.de/-/Nuy*

Managergehälter: Gesetz stoppen

Im Juni verabschiedete die schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit einen Gesetzentwurf, nachdem künftig statt des Aufsichtsrats die Hauptversammlung die Vergütung festlegen soll. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel warnt, auf diese Weise blieben die ArbeitnehmeInnen „außen vor". Von institutionellen Anlegern, wie großen Fonds, sei kaum zu erwarten, dass sie „einen Beitrag zur Begrenzung der Vorstandsvergütungen leisten". Stattdessen fordert der DGB, dass der mitbestimmte Aufsichtsrat die maximale Höhe der Vorstandsvergütung durch eine von ihm festzulegende feste Relation zur durchschnittlichen Vergütung der ArbeitnehmerInnen im Unternehmen begrenzen muss.

Kritik kommt nicht nur von DGB und Gewerkschaften: Nach einer Meldung der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fordern auch der amtierende und der künftige Vorsitzende der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex den Bundesrat auf, das Gesetz zu verhindern. Der federführende Rechtsausschuss hatte sich bereits gegen das Gesetz ausgesprochen.

Studium und Arbeit

Nebenjobs. Jeder dritte Studierende muss während des Studiums Geld verdienen. Im Durchschnitt arbeiten die angehenden AkademikerInnen für 8,80 Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der studentischen Arbeitsvermittlung Studitemps in Zusammenarbeit mit der Universität Maastricht. 12 000 Studierende in Deutschland wurden zu ihrer Lebenssituation befragt.

Die Stundenlöhne für die Nebenjobs reichen von 8,16 Euro in Sachsen bis zu 9,62 Euro in Hamburg. Die wöchentliche Arbeitszeit für die Nebenjobs liegt bei 16 Stunden. Die Umfrage setzte auch das Einkommen in Relation zur Miete. Danach müssen in Thüringen gut 30 Stunden gearbeitet werden, um die Miete zu bezahlen, in Hamburg über 38,5 Stunden. Das positive Ergebnis der Befragung: Bei den Nebenjobs gibt es, im Gegensatz zum späteren Beruf, keine Einkommensunterschiede zwischen Studentinnen und Studenten. ●

| www.fachkraft2020.de

● TELEGRAMM

965 Millionen Euro weniger *stehen auf der Einnahmeseite des Bundeshaushaltes für 2014, heißt es im aktuellen Subventionsbericht der Bundesregierung. Diese Mindereinnahme geht auf das Konto der sogenannten „Mövenpick-Steuer". Die Umsatzsteuerermäßigung für Hotelübernachtungen setzten die Liberalen 2010 durch. Die CSU unterstützte die FDP-Forderung.*

Ein Schnäppchen für Gutverdiener *ist nach einer Studie des Berliner Wirtschaftsinstituts DIW das Wahlversprechen der Union, über ein Familiensplitting und Kindergelderhöhung die Familie zu stärken. Die Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis: Die Kosten von rund acht Milliarden Euro sollten besser in die Kinderbetreuung investiert werden.*

Steuergerechtigkeit statt „Angstmache vor Steuererhöhungen" *fordert der DGB und kritisiert die Regierungsparteien, die vor Steuererhöhungen warnen. Der DGB erinnert an das Grundgesetz. Dort heißt es nicht nur, „Eigentum verpflichtet", sondern auch „Belastung nach Leistungsfähigkeit".*

| www.dgb.de/-/NFQ

Psychostress beenden

Ständiger Druck und Hetze am Arbeitsplatz machen krank. DGB und Gewerkschaften fordern deshalb eine Anti-Stress-Verordnung. Im Wahlkampf wird diese Forderung nur von SPD, Linken und Grünen unterstützt.

Gesundheitsschutz. Die Fehlzeiten wegen psychischer Erkrankungen steigen. Etwa 13 Prozent aller Krankmeldungen haben mittlerweile diese Ursache. Depressionen und andere psychische Leiden sind häufigster Grund für Frühverrentung. Umfragen und Studien zeigen: Die Ursachen sind oft Dauerbelastung, Arbeitsverdichtung und häufige Unterbrechungen bei der Arbeit. Das belegen auch Zahlen des DGB-Index Gute Arbeit. 56 Prozent der Beschäftigten geben an, „starker" und „sehr starker" Arbeitshetze ausgesetzt zu sein. Unter anderem fordern DGB und Gewerkschaften seit Langem eine Anti-Stress-Verordnung.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) haben mit dem DGB eine gemeinsame Erklärung zum Thema veröffentlicht. Darin enthalten ist das Bekenntnis, psychischen Krankheiten in der Arbeitswelt vorzubeugen und erkrankte Beschäftigte wieder einzugliedern.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach stellt klar: „Die gemeinsame Erklärung mit den Arbeitgebern entlässt die nächste Regierung nicht aus der Pflicht, schnellstens mit einer Anti-Stress-Verordnung und besseren Mitbestimmungsrechten für klare gesetzliche Regeln im Kampf gegen Psychostress am Arbeitsplatz zu sorgen." Die Erklärung sei ein Handlungsauftrag und kein Ruhekissen. „Wir erwarten, dass die Grundlagen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz direkt nach der Wahl deutlich verbessert werden. CDU/CSU und FDP haben gegen den Boom bei psychischen Erkrankungen in der Arbeitswelt zu wenig getan."

Auch Hans-Jürgen Urban, Mitglied im geschäftsführenden IG Metall-Vorstand, betont: „Eine Anti-Stress-Verordnung, so wie sie Gewerkschaften, alle Oppositionsparteien im Bundestag und der Bundesrat fordern, muss nun zügig erlassen werden." Ansonsten dränge sich der Verdacht auf, dass die Erklärung eher aus wahltaktischen Überlegungen denn aus arbeitspolitischen Motiven zustande gekommen sei.

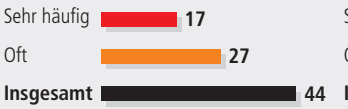
Eine Analyse der Wahlprogramme zeigt, wie wichtig den Parteien das Thema ist. Bei der FDP werden psychische Erkrankungen oder Dauerstress in der Arbeitswelt nicht erwähnt. Die Union geht in einem kurzen Absatz auf die Entwicklungen ein. Dort heißt es: Mit Sorge sehe man die Zunahme von psychischen Erkrankungen in Folge von Stress, Überlastung und Druck. Vorbeugende Konzepte seien erforderlich. Allerdings sollen diese nicht rechtlich verankert werden. „Wir sind davon überzeugt, dass auch hierbei die besten Lösungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern partnerschaftlich gefunden werden müssen."

SPD, Linke und Grüne kündigen eine Anti-Stress-Verordnung an. So will die SPD die Gefährdungsbeurteilungen in den Betrieben stärker kontrollieren. Über eine Verordnung im Arbeitsschutzrecht will sie mehr Verbindlichkeit schaffen. Beschäftigte, Betriebsräte und Arbeitgeber sollen auf diesem Weg mehr Rechtssicherheit erhalten. Die Linke will den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und den Jugendarbeitsschutz verbessern. Neben einer Anti-Stress-Verordnung fordert sie ein individuelles Veto-Recht bei der Umgestaltung von Arbeitsaufgaben. Zudem will sie die Arbeitszeit verkürzen. „Sechs Stunden sind genug." Für Bündnis 90/Die Grünen gilt: „Gut ist Arbeit nur dann, wenn sie nicht krank macht." Die Grünen bekennen sich zur Anti-Stress-Verordnung und planen, Aufsichtsbehörden und Sozialpartner zu sensibilisieren, um Gesundheitsrisiken zu erkennen. „Wir wollen Gesundheitsförderung vorantreiben, auch dort, wo prekäre Beschäftigung, Teilzeit und Leiharbeit dominieren."

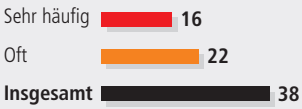
Für den DGB stehen auch die Arbeitgeber in der Pflicht. So erwarten die Gewerkschaften, dass sie die im Arbeitsschutzgesetz vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilungen endlich flächendeckend umsetzen. Laut DGB-Index Gute Arbeit geben nur 33 Prozent der Beschäftigten an, dass ihre Arbeitsbedingungen auf psychische Belastungen untersucht wurden.

Ausgebrannt und kaum erholt

Anteil von Beschäftigten, die sich „sehr häufig" oder „oft" nach der Arbeit leer und ausgebrannt fühlen (in Prozent)



Anteil von Beschäftigten, die sich „sehr häufig" oder „oft" nach der Arbeit nicht richtig erholen können (in Prozent)



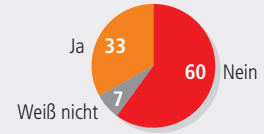
Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2012

© DGB einblick 16/13

44 Prozent der Beschäftigten gaben bei der Befragung zum DGB-Index Gute Arbeit an, sich nach der Arbeit „sehr häufig" oder „oft" ausgebrannt und leer zu fühlen. 38 Prozent können sich nach der Arbeit nicht richtig erholen.

Stress spielt keine Rolle

Anteil von Gefährdungsbeurteilungen, bei denen Beschäftigte nach psychischen Stressfaktoren gefragt wurden (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2012

© DGB einblick 16/13

Gefährdungsbeurteilungen vernachlässigen psychische Stressfaktoren im Betrieb.

MEHR ZUM THEMA

Programme gegen Stress ausweiten

Der DGB fordert angesichts der wachsenden Bedeutung psychischer Belastungen in der Arbeitswelt, dass die Arbeitgeber ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen. Nötig ist dafür auch mehr Unterstützung durch die Sozialversicherungen und wirkliche Kontrolle durch die Gewerbeaufsicht. In die Richtung geht für den DGB deshalb das neue Programm der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) „Schutz und Stärkung der Gesundheit bei arbeitsbedingter psychischer Belastung". Ziel ist es, Stress in der Arbeitswelt zu reduzieren und die Arbeitsorganisation zu verbessern.

Doch trotzdem fehle es an politischem Umsetzungswillen, kritisiert der DGB. Die Bundesregierung lehne die notwendige Anti-Stress-Verordnung ab und versäume es, das Problem psychischer Belastungen wirklich zu lösen. So seien als allgemeiner Etat für Öffentlichkeitsarbeit beim Thema psychische Belastungen gerade einmal 1000 Euro pro Jahr eingeplant. Der DGB fordert deshalb mehr Geld und das volle Engagement der Politik, um gesundheitliche Gefährdungen durch psychische Belastungen effizient zu reduzieren. Hierzu gehören auch Neueinstellungen bei der Gewerbeaufsicht und mehr Betriebsbesichtigungen.

IM NETZ

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Wer sichere Autos und gute Straßen baut, braucht sichere Arbeit und gute Löhne.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Menschenwürdige Arbeit weltweit

Aktionstag. Sieben Prozent der Arbeitenden weltweit sind gewerkschaftlich organisiert, wesentlich mehr hoffen auf soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Mit dem diesjährigen Motto „Organisiert Euch!" zum Welttag für menschenwürdige Arbeit (World Day for Decent Work – WDDW), am 7. Oktober zeigt der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), worauf es aus seiner Sicht ankommt. Sich gewerkschaftlich zu organisieren, sei der zentrale Weg, um den Anliegen der ArbeitnehmerInnen weltweit Gehör zu verschaffen. Besonders angesprochen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, werden in diesem Jahr die Hausangestellten, die in vielen Ländern unter sklavenartigen Bedingungen arbeiten.

Der DGB-Bundesvorstand lädt gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des WDDW 2013 zu einer internationalen Mindestlohnkonferenz in Berlin ein. Unter dem Motto „Mindestlohn hilft – allen und überall" werden Modelle aus aller Welt vorgestellt und diskutiert. Dabei geht es darum, wie Mindestlöhne in Krisenzeiten die Binnenkonjunktur stärken, wie sie Armut eingrenzen und welche Modelle der Mindestlohnanpassung sich bewährt haben. Ein Blick zu den europäischen Nachbarn lohnt sich: 21 von 28 EU-Staaten haben bereits einen gesetzlichen Mindestlohn. Auf der Konferenz wird analysiert, wie die Mindestlöhne in anderen Ländern gewirkt haben. ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Praxis – aus Griechenland, Brasilien, Frankreich, Schweden, Israel und Kambodscha – berichten von ihren Erfahrungen.

Mit den Forderungen der Konferenz nach einem gesetzlichen Mindestlohn und adäquaten Anpassungsmechanismen richtet sich der DGB auch an die künftige Bundesregierung, die sich voraussichtlich Anfang Oktober in den Koalitionsverhandlungen befindet.

| www.dgb.de/wddw

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Hilfe für Menschen statt Kommerz für Konsumenten.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Schlüssel-Qualifikationen

Betriebliche Weiterbildung. Gemeinsam mit dem Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg hat ver.di eine „Sozialpartnervereinbarung zur beruflichen Weiterbildung" geschlossen. Auf ihrer Grundlage läuft das Projekt „Überfachliche Schlüsselqualifikationen in der Sozialwirtschaft". Zu Beginn wurde der Weiterbildungsbedarf der Beschäftigten im Rahmen einer Mitarbeiterbefragung ermittelt. Nun behandeln 16 Seminare die Themen Sozial-, Kommunikations- und Medienkompetenz sowie Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Alle MitarbeiterInnen haben die Möglichkeit, kostenfrei und abteilungsübergreifend teilzunehmen. Die erste Zwischenbilanz ist positiv: 64 Prozent der Beschäftigten beteiligten sich.

| www.kes-verbund.de/web/projekte

BUCHTIPP

Karl Christian Führer, Jürgen Mittag, Axel Schildt, Klaus Tenfelde (Hrsg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, 466 Seiten, 39,95 Euro

Die Revolution von 1918 und 1919 galt unter Historikern lange als erfolglos. Dabei ist die Liste der Errungenschaften für Arbeiter, Angestellte und Gewerkschaften aus diesem Umbruch lang. Dazu gehören zum Beispiel die Anerkennung der Gewerkschaften durch das Stinnes-Legien-Abkommen, die Sicherung des Streikrechts und das Frauenwahlrecht. Mit dem Band „Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918 bis 1920" zeichnen renommierte HistorikerInnen ein differenziertes und dem aktuellen Forschungsstand entsprechendes Bild der Revolution. Unter anderem werden Funktion und Bedeutung von Arbeiterausschüssen, Betriebsräten und Gewerkschaften in den Jahren 1916 bis 1920 neu bewertet.

Gleichstellung: Selbstbestimmt arbeiten

Die Rollenbilder von Frauen und Männern in Familie und Beruf ändern sich zunehmend. In der Gleichstellungspolitik der letzten Jahre spiegelt sich das nicht wider. Viele Frauen arbeiten unfreiwillig in Teilzeit, Männer wünschen sich hingegen mehr Zeit für Familie und Privatleben. Der DGB liefert vor der Bundestagswahl mit der Broschüre „Selbst. Bestimmt. Sicher". Argumente für eine moderne Gleichstellungspolitik, die den Weg in eine geschlechtergerechte Zukunft ebnet. Dafür braucht es mehr Arbeitszeitsouveränität, Entgeltgleichheit für gleiche Arbeit, eine gerechte Besteuerung ohne Ehegattensplitting und eine gute Rente für Frauen. Die Broschüre ist kostenlos beim DGB-Bestellservice erhältlich, es fallen nur Versandkosten an.

| www.dgb-bestellservice.de

Download:
| www.bit.ly/Gleichstellungspolitik

INTERREGIO

*Leiharbeit, Lohnprellerei und Abzocke – damit sind Beschäftigte immer häufiger konfrontiert. Mit dem Buch **Arbeit unter Druck** sensibilisieren der **DGB Hessen-Thüringen** und die Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen für diese Missstände. ArbeitnehmerInnen erzählen, wie sie um ihren Lohn gebracht werden, oder berichten von den Schwierigkeiten im Einzelhandel, Familie und Beruf zu vereinbaren.*

Download:
| www.hessen-thueringen.dgb.de/-/NfK

*Der **DGB NRW** lädt als Mitglied der Initiative „Zukunft durch Industrie" gemeinsam mit IG BCE und IG Metall zur **Langen Nacht der Industrie** in der Region Rhein-Ruhr ein. Am 17. Oktober können Interessierte an 39 organisierten Touren teilnehmen. Insgesamt stellen sich 68 Unternehmen vor. Die Lange Nacht zeigt, wie moderne und zukunftsfähige Industrie an Rhein und Ruhr aussieht.*

| www.bit.ly/nrw_nacht

*Die **DGB-Bezirke Berlin-Brandenburg** und **Sachsen** haben ihre **Solidarität mit den polnischen Gewerkschaften** Solidarnosc, OPZZ und FZZ erklärt. Sie unterstützen deren „Kampf für die Einhaltung sozialer Grundrechte und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse", heißt es in der Erklärung, die von den Interregionalen Gewerkschaftsräten Elbe-Neiße und Viadrina mitgetragen wird. Die Aktionen in Polen richten sich gegen Angriffe der polnischen Regierung auf Gewerkschaftsrechte und gegen eine unsoziale Rentenreform.*

*Der **DGB Nord** warnt vor einer gigantischen Welle der Altersarmut in Norddeutschland. Laut Statistikamt Nord müssen immer mehr Senioren Grundsicherungsleistungen beim Sozialamt beantragen. 2012 waren es in Schleswig-Holstein gut ein Viertel mehr als vor fünf Jahren. 63 Prozent der Unterstützten in Schleswig-Holstein waren Frauen. „Niedriglöhne, befristete Anstellungen und Minijobs führen zu Minirenten, die zum Leben nicht reichen. Die aktuellen Zahlen sind nur die halbe Wahrheit, die Dunkelziffer ist hoch", erklärt Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord.*

Anzeige

ACE Auto Club Europa

**Von Gewerkschaftern gegründet.
Diese Wurzeln geben uns Halt seit 1965.**

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Akzeptanz nicht verspielen

Die Akzeptanz für die Energiewende ist groß. Ebenso die Kritik am Management durch Schwarz-Gelb. Der aktuelle Energie-Kompass zeigt: Die Bundesregierung hat bei der Steuerung versagt.

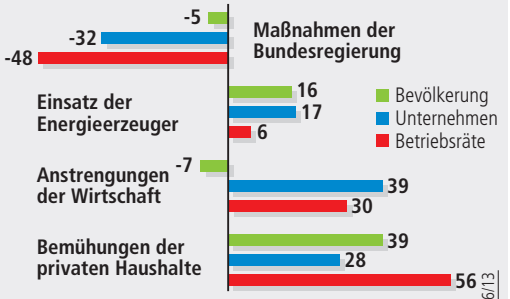
Energiewende. „An den Menschen und Unternehmen wird die Energiewende nicht scheitern", betont der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Die repräsentative Umfrage von TNS Infratest im Auftrag des von der IG BCE initiierten Innovationsforums Energiewende (If.E) bestätigt, dass die Zustimmung unvermindert groß ist – bei der Bevölkerung, in den Unternehmensvorständen und bei den Betriebsräten. Sie ist unabhängig vom Alter, Einkommen oder Geschlecht. So eindeutig dieses Bekenntnis ist, so einhellig ist aber auch die Kritik an ihrer Umsetzung.

Die BürgerInnen kritisieren nicht nur die fehlende politische Steuerung. Aus ihrer Sicht könnte auch die Wirtschaft mehr tun. Für Michael Vassiliadis ist das ein Beleg dafür, dass es „den Unternehmen bislang nicht gelungen ist, ihre Beiträge zur Energiewende so darzustellen und zu kommunizieren, dass das auch bei den Menschen ankommt". Die Bereitschaft der Wirtschaft an der Energiewende weiter mitzuwirken, werde stark davon abhängen, wie künftig Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Die Umfrage zeigt: Die neue Bundesregierung hat einen eindeutigen Auftrag. Sie muss in Sachen Energiewende schneller und besser arbeiten. Für Michael Vassiliadis heißt das Fazit: „Die Energiewende muss Wettbewerbsfähigkeit sichern und Planungssicherheit schaffen. Sie muss gute Arbeit ermöglichen und sozial ausgewogen finanziert werden." ●

| www.innovationsforum-energiewende.de

Schlechte Noten für die Bundesregierung

Bewertung der Umsetzung der Energiewende durch Bevölkerung, Unternehmen und Betriebsräte*



* der Bewertungsgrad wurde errechnet aus den Prozentwerten von sehr gut/gut – abzüglich schlecht/sehr schlecht, die Werteskala reicht von -100 (schlechtester Wert) bis + 100 (bester Wert)

Quelle: Deutscher Energie-Kompass 2013 – eine Untersuchung von TNS Infratest im Auftrag der If.E

Falsche Kritik

Erneuerbare Energien. Eine Fortsetzung der „ideologischen Grabenkämpfe" rund um das Gesetz für erneuerbare Energien (EEG) sind für DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel die Vorschläge des Sondergutachtens der Monopolkommission. Die Wettbewerbsexperten, die im Regierungsauftrag die Energiewende untersuchen, empfehlen die Abschaffung des EEG zugunsten eines Quotenmodells. Hexel: „Die Kritik geht an der Realität vorbei." Die Quotenregelungen hätten sich nicht bewährt, um die Technologiekosten von Wind und Sonne in einem vergleichbaren Umfang zu senken. Der DGB erwartet, dass das Gesetz „weiterentwickelt" wird. „Wir brauchen künftig mehr Anreize für eine bedarfsgerechte Einspeisung, für Systemverantwortung und innovative Anwendungen", betont Hexel. ●

Anzeige

Debeka Lebensversicherungsverein a. G.

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

UNTERNEHMENSQUALITÄT
A++
ASSEKURATA EXZELLENT
Debeka Lebensversicherungsverein a. G. (03/2013)
Debeka Krankenversicherungsverein a. G. (03/2013)
Debeka Allgemeine Versicherung AG (03/2013)

Kennen Sie Ihre Versorgungsansprüche?

– bei Dienstunfähigkeit durch Krankheit oder Dienstunfall und im Ruhestand

Die oftmals komplizierten Regelungen der Beamtenversorgung sind nicht immer leicht zu verstehen. Wir berechnen daher für Sie Ihre individuellen Versorgungsansprüche und bieten für Ihren persönlichen Bedarf die passenden Lösungen.

Sprechen Sie uns an, wir informieren Sie gerne.

anders als andere

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98 - 0

www.debeka.de

Debeka

KURZ & BÜNDIG

Die EVG kritisiert, dass die Deutsche Bahn trotz Personalproblemen Ausbildungsplätze streichen will. Es sei „absurd", in einigen Bereichen praktisch ganze Ausbildungsberufe wegfallen zu lassen. Die EVG will nun mit einer Auszubildenden-Umfrage die Ausbildungsqualität ermitteln.

Für die IG BAU steht fest: Ist das Image einer Branche beschädigt, finden sich immer weniger junge Menschen, die eine Ausbildung anfangen wollen. Um diesen Trend in der Baubranche zu stoppen, fordert die IG BAU das Engagement von Betrieben, Kammern und Politik für höhere Qualitätsstandards in der Ausbildung.

Die GEW hat die Parteien aufgefordert, im neuen Bundestag ein einheitliches Gesetz zur Hochschulzulassung zu verabschieden. Bisher gleiche das Verfahren der „Studienplatzbörse" einem „Online-Basar". Der Bund müsse endlich eingreifen und das verfassungsrechtlich verbürgte Grundrecht auf Hochschulzulassung durchsetzen.

Die NGG sieht in der hohen Quote von Ausbildungsabbrüchen im Gastgewerbe von über 50 Prozent, ein „Armutszeugnis für die ganze Branche". Bei den „miesen Bedingungen" sei das auch kein Wunder, kritisiert NGG-Vize Michaela Rosenberger. Zudem sind 20 bis 30 Prozent der Ausbildungsplätze unbesetzt.

Die IG BCE fordert eine Modernisierungsoffensive für Deutschland, die auch die sozialen Sicherungssysteme und die Betriebsverfassung einschließt. Der Investitionsstau müsse aufgelöst und die Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion verbessert werden.

Falsche Eintragungen, Verwechslungen und Zahlendreher – die GdP warnt, dass das nationale Waffenregister drohe, zum „Schuss in den Ofen" zu werden. Die gespeicherten Daten hätten mit dem tatsächlichen Waffenbesitz nur wenig zu tun. Dies sei ärgerlich und gefährlich. Es fehlten Fachleute mit waffentechnischen Kenntnissen, erklärt die GdP.

Anzeige

Ulrike
Steinert-Dietrich
Fachreferentin
für Arbeitsrecht (IHK)
Mediatorin
Kölnerstraße 75
51702 Bergneustadt
0160/99197714

NACHGEFRAGT

Der neue IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger erklärt, welche politischen Akzente er in den nächsten Jahren setzen will.

Foto: IG BAU/Dietmar Gust

Den Weg, den die IG BAU vor einigen Jahren beschlossen hat, will ich weitergehen. Eine starke, politisch mündige und selbstständige IG BAU ist unser Ziel. Das heißt, wir setzen noch stärker den Fokus auf die Mitglieder. Dazu gehört, nah an ihren Problemen zu sein und die aktivierende Gewerkschaftsarbeit vor Ort und in den Betrieben zu stärken. Wir wollen das Prinzip der Mitmachgewerkschaft weiter ausbauen und verstärkt die Themen, die unsere Ehrenamtlichen bewegen, aufgreifen.

Das ist einmal der Kampf gegen die Altersarmut. Die IG BAU wird sich auch in Zukunft eindeutig gegen die Rente mit 67 stellen. Wir streben für unsere Branchen eine „Flexi-Lösung" an, die denjenigen, die nicht bis 67 durchhalten können, einen durch Tarif und Gesetze gesicherten Ausstieg aus dem Arbeitsleben ermöglicht, ohne dass sie um ihre Existenz fürchten müssen. Es kann nicht angehen, dass diejenigen, die sich kaputtgearbeitet haben, mit nicht existenzsichernden Erwerbsminderungsrenten abgespeist werden.

Vor allem geht es darum, für faire Arbeitsbedingungen zu sorgen. Durch die Niedriglohnpolitik der Bundesregierung ist die ganze Arbeitswelt in Deutschland in Unordnung geraten. Wie Unkraut breiten sich schlechte und unfaire Arbeitsbedingungen aus und werden zur Regel. Es reicht nicht, Mindestbedingungen, ob gesetzlich oder tariflich, zu vereinbaren. Sie müssen besser kontrolliert und durchgesetzt werden. Neben dem Staat sind auch die Sozialpartner, also auch die Arbeitgeber in der Pflicht. Gemeinsam mit ihnen können wir Verbesserungen erreichen.

Studie: Flexible Übergänge in die Rente

Werkfeuerwehrleute gehören zu den Berufsgruppen, die die Rente mit 67 besonders trifft. Die Studie „Rentenzugangsmöglichkeiten für hauptberufliche Feuerwehrleute" der Hans-Böckler-Stiftung zeigt die großen Unterschiede beim Renteneintritt, die für verbeamtete Feuerwehrleute im öffentlichen Dienst und privatwirtschaftlich angestellte Werkfeuerwehrleute gelten. Während erstere – je nach Bundesland – mit 60 oder 62 die Regelaltersgrenze erreichen, ist das Renteneintrittsalter für Werkfeuerwehrleute – wie für alle Beschäftigten – schrittweise auf 67 Jahre angehoben worden.

Feuerwehrleute arbeiten unter großen körperlichen und psychischen Belastungen. Schon heute sind die meisten Werkfeuerwehrleute kaum in der Lage, bis zum 60. Lebensjahr im Einsatzdienst zu bleiben. Scheiden sie vor der gesetzlichen Altersgrenze aus, drohen ihnen erhebliche finanzielle Einbußen. Feuerwehrleute, die 35 Jahre sozialversichert sind, können mit 63 in Rente gehen – pro Monat müssen sie aber Rentenabschläge von 0,3 Prozent hinnehmen, bis zu 14,4 Prozent insgesamt.

Für Edeltraud Glänzer, Vorstandsmitglied der IG BCE, ist das nicht hinnehmbar: „Menschen, die unter besonders belastenden Bedingungen gearbeitet haben, dürfen im Alter dafür nicht auch noch mit Rentenabzügen bestraft werden." Es müssten Wege gefunden werden, insbesondere gesundheitlich beeinträchtigten Feuerwehrleuten einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben zu anständigen Bedingungen zu ermöglichen.

| www.bit.ly/hbs-studie

Mehr Kontrolle

IG BAU-Kongress. Die IG BAU will den Kampf für faire Arbeit ausweiten und macht das Thema zu ihrem langfristigen Schwerpunkt. Das erklärte der neu gewählte IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger auf dem IG BAU-Kongress Mitte September in Berlin. Um faire Arbeit umzusetzen, will die IG BAU Scheinselbstständigkeit bekämpfen, ausbeuterische Leiharbeit beenden, sachgrundlose Befristungen abschaffen und Minijobs zu gleichwertigen „kleinen" Arbeitsverhältnissen umformen. Auf EU-Ebene dürften Beschäftigte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zudem fordert die IG BAU, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soziale Kriterien zwingend zu berücksichtigen. Schließlich bräuchten Beschäftigte mehr Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten, und das Tarifvertragssystem müsse gestärkt werden – etwa durch eine erleichterte Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sowie durch die Aufnahme von allen Branchen ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz.

L20-Gipfel

Zentrale Forderungen. Menschenwürdige Arbeitsplätze, Mindestlöhne, der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und nachhaltige Investitionen in Infrastruktur und grüne Wirtschaft sind zentrale Anliegen der Gewerkschaften der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (L20). Sie erwarten außerdem effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht und zur Regulierung der Finanzmärkte sowie eine globale Finanztransaktionssteuer. Formuliert haben die L20 ihre Forderungen anlässlich des G20-Gipfels in St. Petersburg – mit bescheidener Resonanz. Zwar wurden nachhaltige Infrastrukturinvestitionen in der Schlusserklärung des G20-Gipfels verankert. Vereinbart wurde, dass Steuerbetrug besser bekämpft werden soll. Bei der Regulierung der Finanzmärkte einigten sich die Staatslenker jedoch nur auf einen Zeitplan.

| www.g20.org/labour_20

Staatlich geförderte Umverteilung

Immer mehr Menschen arbeiten in Minijobs oder Leiharbeit, eine steuerliche Entlastung gab es in den vergangenen Jahren aber nur für die oberen Einkommen. IMK-Direktor Gustav Horn warnt vor zunehmenden Einkommensunterschieden und ungleichen Lebenschancen.

Ungleichheit. Einkommen und Vermögen in Deutschland sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten stärker auseinandergedriftet als in den meisten anderen wohlhabenden Ländern. Vorbei sind die Zeiten, in denen unsere Gesellschaft als materiell relativ ausgeglichen galt. Das hat sogar die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) vor knapp zwei Jahren mit durchaus besorgtem Unterton vermeldet.

Unsere aktuelle Untersuchung bestätigt das. So signalisiert beispielsweise der Gini-Koeeffizient, der bekannteste statistische Maßstab für Ungleichheit, dass diese hierzulande bei den bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1991 und 2010 um knapp 13 Prozent gestiegen ist. Das lag vor allem an der langjährigen Zunahme der atypischen Beschäftigung, also von Minijobs, befristeten Stellen, Leih- und Teilzeitarbeit. Hinzu kamen höhere Kapitaleinkommen, die überwiegend Wohlhabenden zuflossen. Gleichzeitig sank die Ausgleichswirkung des Steuersystems, weil Steuersenkungen vor allem höhere Einkommen und Vermögen entlastet haben. Und dabei ist die Mehrwertsteuererhöhung von 2007, die Menschen mit kleineren Einkommen überproportional belastet hat, mangels statistischer Daten noch nicht einmal berücksichtigt.

Neueste Zahlen zeigen: Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hat den Trend zu wachsender Ungleichheit in jüngster Zeit zwar aufgehalten, aber nicht umgekehrt. Arbeitgebernahen Forschern und der Bundesregierung reicht das schon, um das Problem für

„Der Bundesregierung reicht das schon, um das Problem für erledigt zu erklären."

erledigt zu erklären. Zu Unrecht. Natürlich ist es gut, wenn sich die Schere nicht weiter öffnet. Der Aufbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und stärkere Lohnsteigerungen, wie wir sie in den letzten Jahren gesehen haben, wirken sich also positiv aus. Doch angesichts des Beschäftigungszuwachses hätten sich eigentlich die Einkommen deutlich spürbarer in Richtung mehr Gleichheit entwickeln müssen als das bislang geschehen ist.

Wer sich jetzt zurücklehnt, handelt daher fahrlässig. Wie ein Bauherr, der schon zufrieden ist, wenn sich die kräftigen Risse im Fundament nicht weiter vergrößern. Es ist noch eine Menge zu tun, um den langjährigen Negativtrend zu korrigieren. Das wird nicht ohne mehr Ausgleich im Steuersystem und bessere Regeln auf dem Arbeitsmarkt gehen, um beispielsweise den Niedriglohnsektor einzudämmen. Solche Reformen nützen nicht nur den davon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die gegenwärtige Stabilität der deutschen Wirtschaft, der relativ kräftige private Konsum und die solide Einnahmesituation der Sozialkassen wären kaum denkbar, wenn die Ungleichheit weiter anstiege.

Das sind ökonomische Argumente, die leider allzu oft vernachlässigt werden. Sie unterstreichen die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger: Zahlreiche Umfragen belegen, dass eine Polarisierung von Einkommen und Vermögen von Vielen als ungerecht

„Eine Gesellschaft, deren wirtschaftliche Ressourcen sehr ungleich verteilt sind, vergibt sehr ungleiche Startchancen."

empfunden wird. Auch wenn Gerechtigkeit ein schillernder Begriff ist, weil nicht frei von subjektiven Wertungen, spricht vieles für diese Auffassung. Es hat zum einen mit Chancengerechtigkeit zu tun. Eine Gesellschaft, deren wirtschaftliche Ressourcen sehr ungleich verteilt sind, vergibt sehr ungleiche Startchancen. Jene mit hohen ererbten Vermögen können beispielsweise ohne eigene Leistung viele Möglichkeiten nutzen, die Menschen ohne Vermögen von vorneherein gar nicht offen stehen. Solche Konstellationen können zu verkrusteten Gesellschaftsstrukturen führen, die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ökonomisch nicht sehr erfolgreich sind.

Die Ungleichheit verletzt aber auch allgemeine Vorstellungen über Ergebnisgerechtigkeit. Damit ist gemeint, dass das Ergebnis wirtschaftlichen Handelns allen Mitgliedern der Gesellschaft eine angemessene Teilhabe verschaffen sollte. Der Ökonom und Philosoph John Rawls formuliert dies so, dass Ungleichheit nur insofern gerechtfertigt sei, als sie die ökonomische Situation der wirtschaftlich Schwächsten besonders verbessert. Schaut man sich die Entwicklung der Einkommensverteilung des vergangenen Jahrzehnts an, wurde gegen dieses Prinzip klar verstoßen. Deutschland hat also über etliche Jahre einen Pfad ökonomischer Ungerechtigkeit beschritten. Im Moment halten wir inne. Und haben die Chance, neu zu entscheiden, wohin es künftig gehen soll. ●

IM NETZ

www.bit.ly/IMKUngleicheEinkommen
www.die-aengste-der-deutschen.de

Foto: Hans-Böckler-Stiftung

Professor Dr. Gustav A. Horn, 58, ist seit Januar 2005 Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Er lehrt an der Universität Duisburg-Essen.

Wenig Optimismus

Risiken. Die ungleichen Einkommen wirken sich auch in der Bewertung künftiger Risiken aus. Die Umfrage, „Die Ängste der Deutschen", die seit 20 Jahren von der R+V Versicherung jährlich vorgelegt wird, bestätigt das. 61 Prozent der Deutschen fürchten sich vor steigenden Lebenshaltungskosten. Für den Heidelberger Politologen Professor Manfred Schmidt, der die Umfrage begleitet, ist der erste Platz unter den Ängsten erklärlich: „Trotz Lohnerhöhungen haben viele Arbeitnehmer real weniger Geld zur Verfügung."

Die Hälfte der insgesamt 2500 Befragten befürchtet eine Verschlechterung der Wirtschaftslage. 40 Prozent erwarten einen „sinkenden Lebensstandard im Alter", und 39 Prozent rechnen mit steigender Arbeitslosigkeit. ●

Der Gini-Koeffizient

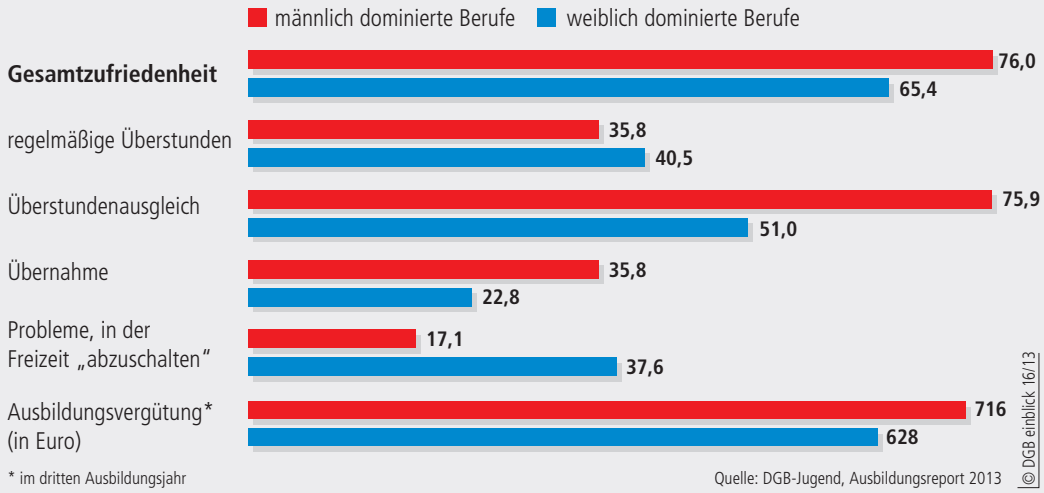
Gemessen wird die Ungleichheit am sogenannten Gini-Koeffizienten, dessen Wert zwischen 1 und 0 liegen kann. Bei einem Wert von 0 haben alle das gleiche Einkommen, bei einem Wert von 1 besteht maximale Ungleichheit. Gemessen am bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen stieg der Gini-Koeffizient in Deutschland bis 2005 um 13 Prozent auf 0,29; 2010 lag er bei 0,25.

DIE DGB-GRAFIK

Der Ausbildungsreport 2013 der DGB-Jugend zeigt: Die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben beginnt bereits in der Ausbildung. So leisten Beschäftigte in weiblich dominierten Ausbildungsberufen häufiger Überstunden, erhalten aber seltener einen Ausgleich als in männlich dominierten Berufen. Zudem ist die Vergütung im Schnitt rund 100 Euro geringer, und nicht einmal ein Viertel der Ausgelernten wird übernommen. Das Resultat: Nur zwei Drittel der Auszubildenden in den weiblich dominierten Berufen sind zufrieden. *www.dgb.de/-/Nur*

Frauen schon in der Ausbildung benachteiligt

Unterschiede zwischen männlich und weiblich dominierten Berufen in der Ausbildung (in Prozent) sowie die durchschnittliche Ausbildungsvergütung* (in Euro)



* im dritten Ausbildungsjahr

Quelle: DGB-Jugend, Ausbildungsreport 2013

PERSONALIEN

Robert Feiger, 50, ist auf dem 21. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) in Berlin mit 83,1 Prozent der Stimmen zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt worden. Er folgt **Klaus Wiesehügel,** 60, der nach 18 Jahren als Vorsitzender nicht mehr kandidierte, weil er ins SPD-Kompetenzteam für die Bundestagswahl berufen wurde. Feiger, seit 2007 Vorstandsmitglied und seit 2009 stellvertretender Vorsitzender, war bisher für Finanzen, Jugend und Personal zuständig. **Dietmar Schäfers,** 58, ebenfalls bisher stellvertretender IG BAU-Vorsitzender, wurde mit 91,3 Prozent im Amt bestätigt. Neu als zweiter stellvertretender Vorsitzender wurde **Harald Schaum,** 53, mit 81,1 Prozent gewählt. Schaum gehört dem Vorstand seit 2009 an. Neu in den Vorstand wählten die Delegierten **Ulrike Laux,** 53, mit 56,3 Prozent und **Carsten Burckhardt,** 40, mit 53,6 Prozent. Laux war zuvor Fachreferentin für strategische Planung und Controlling in der IG BAU-Bundesvorstandsverwaltung, Burckhardt IG BAU-Regionalleiter in Westfalen.

Das bisherige Vorstandsmitglied **Bärbel Feltrini,** 48, trat nicht mehr zur Wahl an, weil sie Mitglied im SPD-Kompetenzteam für die Landtagswahl in Hessen ist.

Michael Wagner, 25, verstärkt seit dem 1. September die Abteilung Jugend und Jugendpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Der Vermessungstechniker und Sozialökonom war zuvor ehrenamtlich in ver.di und in der DGB-Jugend aktiv. Wagner ist u.a. zuständig für die Themen Praktika, prekäre Beschäftigung und Internationales.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout und Infografik: Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

TERMINE

16.9.
DGB-Bildungswerk, Arbeit und Leben Berlin, Auftaktveranstaltung „MENTO – Kollegiales Netzwerk für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt", Berlin

16./17.9.
Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Personalstrategie im Aufsichtsrat", Bad Münder

16.9. **Betr. Bundestagswahl**
DGB Leipzig-Nordsachsen, Diskussion „Nachgefragt – Bundestagskandidaten auf der roten DGB-Couch", Leipzig

18.9.
DGB Sachsen, 11. Sächsischer Seniorentag „Altersarmut verhindern – Seniorenmitwirkung stärken", Dresden

19.9.
ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, Workshop zur Betriebsratswahl „Betriebsräte vor der Wahl", Hannover

19./20.9.
ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, Fachtagung „Dabei sein ist alles", Hannover

22.9. **Betr. Bundestagswahl**
Wahl zum 18. Deutschen Bundestag

22.9.
Landtagswahl in Hessen

23.9.
DGB Hamburg und KDA, Fachkonferenz „Ich habe Rücken – Rückenleiden im Stress", Hamburg

24.9.
DGB Bautzen, Diskussion „Fairer Handel, faire Löhne, faire Preise", Bautzen

26./27.9.
Friedrich-Ebert-Stiftung, Seminar zum Arbeits- und Sozialrecht, Rostock

SCHLUSSPUNKT

„Das Wahlversprechen [wurde] tatsächlich umgesetzt – nicht der Form, sondern dem Inhalt nach."

Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) in einem Beitrag des Buches „Wahlversprechen" zu der FDP-Forderung von 2009, das Entwicklungshilfeministerium abzuschaffen, das er heute führt.

Einkünfte bei Hartz IV

Keine Leistung bei Zweifeln

Bestehen erhebliche Zweifel am Hilfebedarf eines Empfängers von Hartz-IV-Leistungen, so sind erhöhte Anforderungen an die Glaubhaftmachung der Bedürftigkeit zu stellen; dies gilt insbesondere dann, wenn der Betroffene bereits einmal Einnahmen verschwiegen hat.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 5. August 2013 - L 2 AS 546/13

Hartz IV

Umgebauter VW-Bus ist keine Unterkunft

Ein mit einer Schlafstelle eingerichteter und im Übrigen als Stauraum genutzter VW-Bus mit Anhänger stellt keine Unterkunft dar, für deren Kosten das Jobcenter Arbeitslosengeld II (Hartz IV) leisten muss. Anders als bei einem Wohnmobil, das in der Rechtsprechung als Unterkunft anerkannt wurde, stellt der umgebaute PKW keine Unterkunft dar, weil eine Privatsphäre darin nicht gewährleistet ist.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 7. März 2013 - L 3 AS 69/13 B ER

Gebärdensprachkurs

Keine Kostenübernahme für Eltern

Eltern gehörloser Kinder können vom Sozialhilfeträger nicht die Übernahme der Kosten für das Erlernen der Gebärdensprache verlangen. Die zu gewährenden Leistungen der Eingliederungshilfe umfassen zwar die Unterrichtung des behinderten Kindes selbst, nicht aber die Finanzierung eines Gebärdensprachkurses für dessen Eltern.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 18. Juli 2013 – L 7 SO 4642/12

Wahlvorstand

Auf Kandidatenzahl ist zu achten

Sind mehr Kandidaten für die Wahl des Wahlvorstands vorgeschlagen, als der Wahlvorstand Mitglieder hat, muss zwingend eine Abstimmung darüber erfolgen, wer dem Wahlvorstand angehören soll. Erfolgt eine solche Abstimmung nicht, ist der Wahlvorstand nicht wirksam bestellt worden.

Landesarbeitsgericht Nürnberg, Beschluss vom 17. Mai 2013 - 5 TaBVGa 2/13

Betriebsbedingte Kündigung

Weiterbeschäftigung nur im Inland

Nach dem Kündigungsschutzgesetz ist der Arbeitgeber verpflichtet, zur Vermeidung einer betriebsbedingten Kündigung dem Arbeitnehmer eine Weiterbeschäftigung zu geänderten, möglicherweise auch zu erheblich verschlechterten Arbeitsbedingungen anzubieten. Gegebenenfalls hat er eine Änderungskündigung auszusprechen. Diese Verpflichtung bezieht sich grundsätzlich auf inländische Betriebe und nicht auf freie Arbeitsplätze in einem im Ausland gelegenen Betrieb des Arbeitgebers.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 29. August 2013 - 2 AZR 809/12

Arbeitsverhältnis

Kein Hund am Arbeitsplatz

Ein Arbeitnehmer hat keinen Anspruch, seinen Hund zur Arbeit mitzubringen; das gilt vor allem, wenn das Tier eine Bedrohung ist.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin einer Werbeagentur durfte drei Jahre lang ihren dreibeinigen Hund mitbringen, den sie von der Tierhilfe aus Russland hatte. Nachdem das Tier anfing, ein gefährliches soziales Verhalten zu zeigen, untersagte der Arbeitgeber das. Als Grund gab er an, der Hund sei zutiefst traumatisiert, er knurre andere Mitarbeiter an, die sich deshalb nicht mehr in das entsprechende Büro trauten. Auch gehe von ihm eine Geruchsbelästigung aus. Die Arbeitnehmerin berief sich auf den Grundsatz der Gleichbehandlung, da auch andere ihre Hunde mitbringen dürften. Ihr Hund bedrohe niemanden. Die Klage gegen das Verbot hatte keinen Erfolg.

Das Gericht: Nach der Zeugenvernehmung ist erwiesen, dass sich Mitarbeiter und einer der Geschäftsführer von dem Hund bedroht fühlten. Es sind Arbeitsabläufe gestört worden. Zu den Besonderheiten einer Werbeagentur gehört, dass eine rege Kommunikation und damit viel Bewegung in den Räumen stattfindet. Eine Einschränkung der Kommunikation aufgrund der Ängste vor dem Hund muss der Arbeitgeber nicht hinnehmen. Auch die Fürsorgepflicht den Arbeitnehmern gegenüber ist ein Grund, dem Hund der Frau den Zutritt zum Büro zu versagen. Für den von der Frau gestellten Hilfsantrag auf Durchführung eines weiteren Trainings am Arbeitsplatz mit einem Hundetrainer fehlt es an einer Anspruchsgrundlage. Der Arbeitgeber ist auch nicht verpflichtet, der Frau die Mitnahme des Hundes zu gestatten, wenn er in einem Gitterlaufstall gehalten, bzw. an einer Leine geführt und mit einem Maulkorb versehen würde.

Arbeitsgericht Düsseldorf, Urteil vom 4. September 2013 - 8 Ca 7883/12

Grippeschutzimpfung

Kann dienstliche Veranstaltung sein

Lässt sich ein Beamter bei einer vom Dienstherrn organisierten Impfung gegen die Virusgrippe impfen und führt dies zu gesundheitlichen Schäden, können diese als Dienstunfall anerkannt werden.

Der Fall: Der pensionierte Polizeivollzugsbeamte hatte sich noch während seiner Dienstzeit beim polizeiärztlichen Dienst gegen die Virusgrippe impfen lassen. Auf die kostenlose Schutzimpfung war der Beamte durch einen Aushang im Polizeirevier aufmerksam geworden. Im Jahr darauf trat bei ihm eine Störung der gesamten Motorik der rechten Körperhälfte auf. Ursache war eine Entzündung des Rückenmarks, die der Polizeibeamte auf die Schutzimpfung zurückführt. Die Behörde hat den Antrag auf Anerkennung als Dienstunfall abgelehnt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundesverwaltungsgericht: Nach dem Gesetz ist ein Beamter auch geschützt, wenn er an einer dienstlichen Veranstaltung wie einem Betriebsausflug teilnimmt. Die Schutzimpfung ist als eine solche Veranstaltung anzusehen. Der Dienstherr hatte die Impfung seinen Bediensteten angeboten, den Impfstoff bestimmt, Personal und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und die Kosten übernommen. Außerdem lag die Impfung im dienstlichen Interesse, da so ein geringeres Risiko für krankheitsbedingten Ausfall bestand. Das Gericht hat noch zu klären, ob die Schutzimpfung wesentliche Ursache für die erheblichen gesundheitlichen Probleme des Polizeibeamten ist.

Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 29. August 2013 - 2 C 1.12

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 16/13

einblick

GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR.17** VOM 30.9.2013

Messlatte Mindestlohn

Aus Sicht der Gewerkschaften ist der Handlungsauftrag für die neue Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel eindeutig: Eine neue Ordnung der Arbeit muss her. Erste Messlatte für einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns.

Wahl-Bewertungen. „Die künftige Regierung muss umsteuern hin zu einer sozial gerechten Politik", stellt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack klar. Die FDP wurde abgestraft. Das zeige, dass „der neoliberale Zeitgeist kaum noch Freunde hat", sagt Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall. Die zentrale Botschaft der Wahl laute: „Es gibt kein ‚Weiter so' der neoliberalen Verweigerung bei der Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen." Der Auftrag an die neue Bundesregierung sei eindeutig: „Ja zum gesetzlichen Mindestlohn, nein zum Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, mehr Mitbestimmung, Möglichkeiten, flexibel aus dem Arbeitsleben aussteigen zu können – und zwar bei einem stabilen Rentenniveau." Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske fordert: „Nach diesem Wahlkampf muss jetzt ernst gemacht werden mit dem gesetzlichen Mindestlohn, der erleichterten Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, mit einer Pflegepersonalverordnung und mit Regeln, wie die Versorgungssicherheit bei der Energiewende gewährleistet wird."

Der DGB fordert seit langem eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Auch die WählerInnen haben mit der Abwahl von Schwarz-Gelb ihre Unzufriedenheit deutlich gemacht. Nach dem Scheitern der FDP sei „der Weg frei für eine Regierung, die eindeutig den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet ist und diese auch im politischen Handeln umsetzt", erklärt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. „Die CDU/CSU kann und muss nun liefern." Die neue Bundesregierung müsse den Interessen der ArbeitnehmerInnen einen hohen Stellenwert einräumen, erklärt der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger. Die Inhalte zählten, nicht die Konstellation. Berthold Huber betont, dass die Gewerkschaften nicht für bestimmte Parteien und Koalitionen werben, sondern „für praktische Lösungen im Sinne der Beschäftigten". Mehr auf Seite 3

INHALT

2 *Analyse*
Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern

5 *Sozial gerecht*
Erwartungen an die neue Bundesregierung

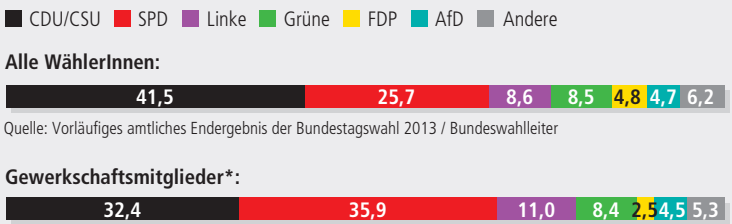
7 *Finanzkrise*
Versprechen ohne Wirkung

Alle in einem Boot

Video. Nach der Bundestags- ist vor der Europawahl. Um was es im Mai 2014 geht, zeigt das Video „MS Europa – Wir sitzen alle in einem Boot". Ein spanischer Bauarbeiter, eine spanische Journalistin und eine griechische Sekretärin erzählen, wie dramatisch sich die Finanzkrise auf ihr Leben auswirkt.

GewerkschafterInnen: SPD vor Union

Zweitstimmen bei der Bundestagswahl vom 22. September 2013 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Bundestagswahl 2013 / Bundeswahlleiter

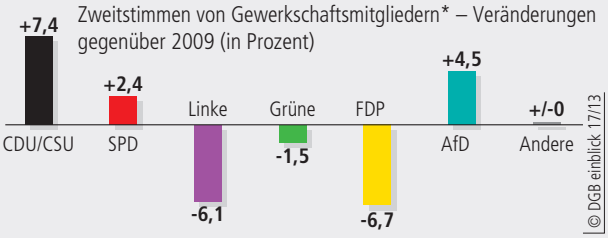
*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

© DGB einblick 17/13

Die SPD hat bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen ihren „ersten Platz" behauptet. Insgesamt votierten die Gewerkschaftsmitglieder entsprechend des Gesamttrends – die beiden großen Parteien gewinnen, die kleinen Parteien müssen Verluste hinnehmen.

GewerkschafterInnen: Hohe Gewinne für CDU/CSU, große Verluste für FDP und Linke

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* – Veränderungen gegenüber 2009 (in Prozent)



***Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)**
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

© DGB einblick 17/13

Mit einem Plus von 7,4 Prozentpunkten können CDU und CSU auch unter den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen überproportional zulegen. Besonders hoch sind die Verluste für die FDP und Die Linke.

PLUS/MINUS

+ *Angelika Graf* (SPD) fordert – angesichts des Alters der Betroffenen – dringende Rehabilitierungsmaßnahmen für nach 1945 verfolgte homosexuelle Männer. „Der Paragraph 175 StGB war von Anfang an verfassungswidrig." Ihre Verfolgung sei menschenrechtswidrig gewesen.

– *Norbert Geis* (CSU) geht davon aus, dass die Schaffung von Kita-Plätzen für 40 Prozent der Zwei- und Dreijährigen ausreicht, da „60 Prozent der Eltern ihre Kinder eben nicht in die Kita geben, weil sie sie lieber daheim oder anderweitig erziehen wollen".

IM NETZ

www.bit.ly/MSEuropa
Das Europa-Video des DGB zeigt: Die Krise ist nicht nur ein Problem der Beschäftigten in Südeuropa. Den Film gibt es nicht nur im Netz, sondern auch als DVD (Kosten: 3 Euro + Versand). Zu beziehen über: *www.dgb-bestellservice.de*

So haben GewerkschafterInnen gewählt

Im Rahmen ihrer Wahltagbefragung hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen in einer Teilerhebung auch das Wahlverhalten nach Berufsgruppen oder Gewerkschaftszugehörigkeit abgefragt. Insgesamt wurden 23 054 WählerInnen dazu interviewt. Knapp 13 Prozent von ihnen gehören Arbeitnehmerorganisationen an, dazu gehört neben den DGB-Gewerkschaften zum Beispiel auch der Beamtenbund.

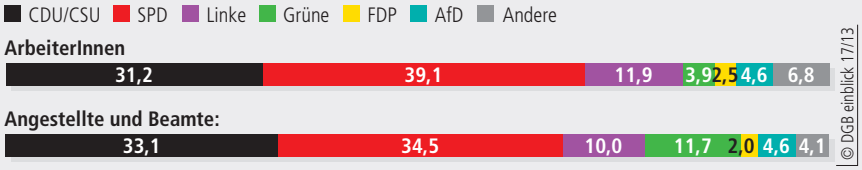
Analyse. Der Trend seit der Agenda 2010, dass die SPD bei den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen an Boden verliert, hat sich nicht fortgesetzt. 2013 entschieden sich zum Beispiel 39,1 Prozent der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen für die SPD – ein Plus von fünf Prozent gegenüber 2009 (34,1 %). Dank ihrer – wenn auch geringen – Zuwächse bleibt die SPD in allen **Berufsgruppen** bei den Gewerkschaftsmitgliedern vorn.

Bei den Gewerkschaftsfrauen hingegen hat 2013 die Union am besten abgeschnitten. Bis 2005 waren sie eine feste Bank für Rot-Grün, beim Vergleich des Wahlverhaltens nach **Geschlecht** war die Zustimmung der Gewerkschafterinnen für SPD und Grüne regelmäßig signifikant höher als bei ihren männlichen Kollegen. Das lässt sich 2013 nicht mehr feststellen.

Auch bei den **Altersgruppen** der 18- bis 29-Jährigen und der 30- bis 44-Jährigen liegen CDU und CSU vor der SPD. Punkten kann die SPD bei den Älteren. Das gilt auch für Die Linke. Dagegen sinkt die Attraktivität der Alternative für Deutschland (AfD) im Alter, und die über 60-jährigen GewerkschafterInnen können auch mit den Grünen wenig anfangen.

SPD in allen Berufsgruppen vorn

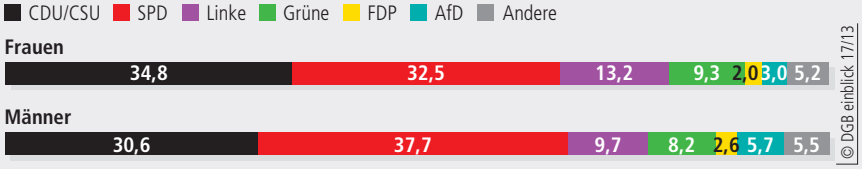
Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Bundestagswahl 2013 nach Berufsgruppen (in Prozent)



© DGB einblick 17/13

Merkel punktet bei Gewerkschaftsfrauen

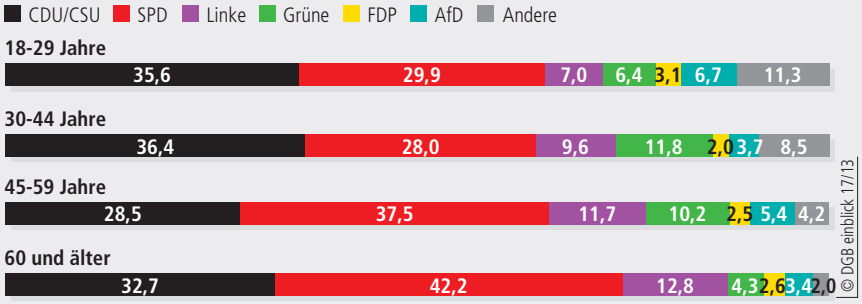
Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Bundestagswahl 2013 nach Geschlecht (in Prozent)



© DGB einblick 17/13

Unter 45-Jährige bevorzugen Union

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei der Bundestagswahl 2013 nach Altersgruppen (in Prozent)



© DGB einblick 17/13

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z.B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

Gewinnerinnen

Frauenanteil. Im neuen Bundestag sitzen mehr Frauen als bisher: In allen Parteien ist der Anteil weiblicher Abgeordneter gestiegen. Den Spitzenplatz hat Die Linke. Sie liegt mit 57,8 Prozent Frauenanteil jetzt vor Bündnis 90/Die Grünen mit 55,6 Prozent. Die SPD steigerte ihren Frauenanteil von 38,4 auf 41,6 Prozent. In der CDU-Fraktion gab es einen leichten Anstieg von 21,6 auf 24,7 Prozent. Die CSU hat rund zehn Prozent mehr Frauen in ihrer Fraktion als zuvor, bildet aber dennoch mit nur 23,2 Prozent das Schlusslicht. Der neue Bundestag hat insgesamt einen Frauenanteil von 36,2 Prozent. In der letzten Legislaturperiode waren es 32,8 Prozent.

IM NETZ

www.bundestag.de
Ob Bundestagsnovize oder erfahrene Abgeordnete: Alle Mitglieder des 18. Deutschen Bundestags werden samt Biografie auf der Internetseite des Parlaments vorgestellt. Eine App macht es möglich, sich auch unterwegs zu informieren.

Im neuen Bundestag

einblick stellt die wieder- oder neu gewählten Parlamentarier vor, die vor ihrer Abgeordnetentätigkeit

Ulrike Bahr, Personalrätin, ehrenamtliche GEW-Kreisvorsitzende und Vorstandsmitglied DGB-Region Augsburg, SPD, eingezogen über Landesliste Bayern. Als Direktkandidatin im Wahlkreis (WK) erreichte Erststimmen 25,1 %

Heinz-Joachim Barchmann, ehem. DGB-Regionsvorsitzender Süd-Ost-Niedersachsen, SPD, eingezogen über Landesliste Niedersachsen. (WK 38,7 %)

Doris Barnett, ehem. ÖTV- und DGB-Rechtsschutzsekretärin, SPD, Landesliste Rheinland-Pfalz (WK 35,6 %)

Klaus Barthel, ehem. ÖTV-Gewerkschaftssekretär, SPD, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA),Landesliste Bayern (WK 17,6 %)

Herbert Behrens, ehem. Gewerkschaftssekretär im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie bei ver.di Bremen, Die Linke, Landesliste Niedersachsen (WK 5,0 %)

Karin Binder, ehem. Gewerkschaftssekretärin bei Handel-Banken-Versicherungen (jetzt ver.di), ehem. DGB-Regionsvorsitzende Mittelbaden, Die Linke, Landesliste Baden-Württemberg (WK 4,9 %)

Willi Brase, bis 2012 DGB-Regionsvorsitzender Südwestfalen, SPD, Landesliste Nordrhein-Westfalen (WK 36,5 %)

Eva Bulling-Schröter, ehemalige Betriebsrätin und aktiv bei der IG BAU, Die Linke, Landesliste Bayern (3,9 %)

Martin Burkert, EVG-Vorstandsmitglied, SPD, Landesliste Bayern (WK 32,3 %)

Klaus Ernst, ehem.1. Bevollmächtigter IG Metall Schweinfurt, Die Linke, Landesliste Bayern (WK 5,4 %)

Ulrich Freese, stellv. IG BCE-Vorsitzender, SPD, Landesliste Brandenburg (WK 23,9 %)

Von der Symbolpolitik verabschieden

Vieles ist in den letzten Jahren in der Politik aus dem Ruder gelaufen. Nicht nur in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Statt Symbolpolitik erwarten die Gewerkschaften konkrete Maßnahmen im Sinne der ArbeitnehmerInnen.

Wahl-Bewertungen. „Auch wenn die Wahlbeteiligung leicht auf 72 Prozent gestiegen ist, ist es sehr beunruhigend, dass die Symbolpolitik im Wahlkampf jeden vierten Wahlberechtigten nicht erreicht hat", erklärt der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. Genauso beunruhigend sei, „dass eine europafeindliche Partei aus dem Stand fast den Einzug in den Bundestag geschafft hätte", so Möllenberg. Sein Appell an die neue und alte Bundeskanzlerin: „Die FDP-Bremser sind weg, jetzt muss Merkel liefern."

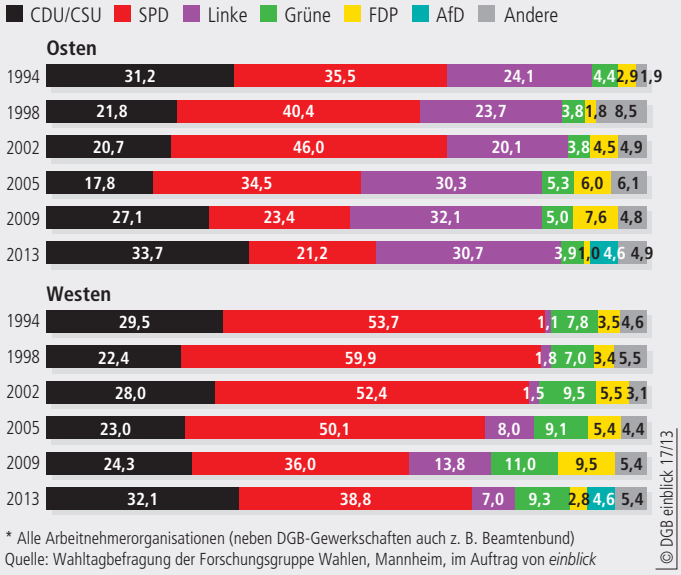
„Die Union, die nur in einer Koalition regierungsfähig ist, muss ihre Positionen nicht nur in der Verkehrspolitik überdenken", fordert der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner. Die EVG setzt darauf, dass dabei die Chancen, die der umweltfreundliche Verkehrsträger Schiene bietet, neu bewertet werden. Für Jörg Radek, stellvertretender GdP-Vorsitzender, ist entscheidend, dass das künftige Kabinett die Chance neu ergreift, „den festgefahrenen Karren im Streit um wirksamere Methoden zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in Deutschland wieder in Schwung zu bringen". Parteipolitische Grabenkämpfe dürften nicht auf dem Rücken der BürgerInnen und der PolizistInnen ausgetragen werden.

Mehr Geld für Bildung fordert die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. „Wir erwarten nach den erfolglosen Gipfeln der Vergangenheit ernsthafte und greifbare Fortschritte bei der Bildungsfinanzierung" – etwa durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Außerdem müsse das Kooperationsverbot aufgehoben werden: „Eine Beteiligung des Bundes am qualitativen Ausbau des Bildungswesens ist unerlässlich."

Der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger erwartet von der neuen Bundesregierung konkrete Maßnahmen, die körperlich hart arbeitenden Menschen flexible, finanziell abgesicherte Übergänge in den Ruhestand ermöglichen. Zudem fordert der IG BAU-Vorsitzende mehr Kontrolle, damit Mindestbedingungen in der Arbeitswelt auch eingehalten werden. „Es ist ein Skandal, dass beispielsweise rund 600 Planstellen in der Finanzkontrolle Schwarzarbeit nicht besetzt sind." ●

GewerkschafterInnen: Union gewinnt in Ost wie West, SPD nur im Westen

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* bei den Bundestagswahlen von 1994 bis 2013 in Ost- und Westdeutschland (in Prozent)



* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

Die Unterschiede im Wahlverhalten der Menschen in Ost- und Westdeutschland sind nach wie vor groß. Das gilt auch für die gewerkschaftlich organisierten WählerInnen. Während im Westen die SPD vor CDU/CSU liegt und alle anderen Parteien eine untergeordnete Rolle spielen, hat die CDU im Osten 2013 die Linke überflügelt. Die SPD folgt mit deutlichem Abstand auf dem dritten Rang.

— ● NACHGEFRAGT —

***Klaus Wiesehügel,** bis Mitte September Vorsitzender der IG BAU, war im Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig. einblick fragte ihn nach seiner Bewertung des Wahlergebnisses.*

„Natürlich bin ich enttäuscht. Ich hatte erwartet, dass die Wählerinnen und Wähler die Unterschiede in den Programmen der beiden großen Parteien erkennen, etwa beim Thema Mindestlohn. Über 80 Prozent der Deutschen wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, und dennoch haben sie in der Mehrheit eine Partei gewählt, die nicht dafür steht. Es reicht auch nicht, dass die FDP, deren Markenzeichen neoliberale Politik ist, aus dem Bundestag herausgewählt wurde.

Jetzt wird in der SPD über eine mögliche Koalition mit der Union debattiert. Wir dürfen uns diesen Gesprächen nicht verweigern. Demokratie heißt auch, ein schlechtes Ergebnis zu akzeptieren. Aber wir dürfen unser Wahlziel, einen Politikwechsel herbeizuführen, nicht aufgeben. Die Inhalte zählen. Ein Regierungswechsel ohne gesetzlichen Mindestlohn, ohne mehr Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen, ohne die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und ohne eine Trendwende bei der Rente ist zu wenig." ●

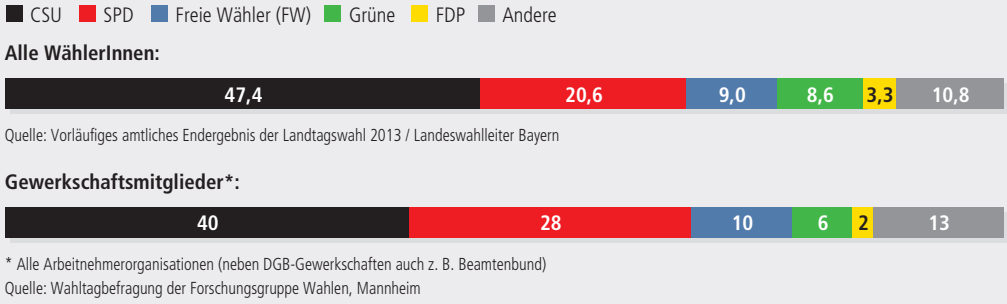
gewerkschaftspolitisch aktiv waren – oder noch sind (in alphabetischer Reihenfolge):

Michael Gerdes, ehem. freigestellter Betriebsrat im Bergwerk Prosper-Haniel, Vorstandsmitglied der IG BCE Batenbrock, SPD, direkt gewählt im Wahlkreis Bottrop-Recklinghausen III mit 45,8 %
Ulrich Hampel, IG BCE-Bezirksleiter Münster-Bielefeld, SPD, Landesliste Nordrhein-Westfalen (WK 26,8 %)
Inge Höger, ehem. Mitglied des ver.di-Landesfachbereichsvorstand Sozialversicherung in NRW und Mitglied der ver.di-Bundestarifkommission und Tarifverhandlungskommission für die AOK, ehem. Vorsitzende des DGB-Frauenausschusses, Die Linke, Landesliste Nordrhein-Westfalen (WK 5,4 %)
Josip Juratovic, freigestellter Betriebsrat bei Audi, Vertrauensperson des IG-Metall-Bundesvorstandes für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, IG-Metall, SPD, Landesliste Baden-Württemberg (WK 27,1 %)
Gabriele Katzmarek, IG BCE-Bezirksleiterin Rhein-Main, SPD, Landesliste Baden-Württemberg (WK 23,0 %)
Marina Kermer, ehem. Gewerkschaftssekretärin, zuletzt bei der IG BCE, SPD, Landesliste Sachsen-Anhalt (WK 17,6 %)
Cansel Kiziltepe, ehem. freie Mitarbeiterin beim DGB, Abteilung Wirtschaftspolitik, SPD, Landesliste Berlin (WK 18,0 %)
Daniela Kolbe, ehem. Jugendbildungsreferentin Arbeit und Leben Sachsen, SPD, Landesliste Sachsen (WK 21,6 %)
Jutta Krellmann, Gewerkschaftssekretärin der IG Metall in Hameln, Die Linke, Landesliste Niedersachsen (WK 4,6 %)

weiter auf Seite 4

Bayern: Keine absolute CSU-Mehrheit unter den GewerkschafterInnen

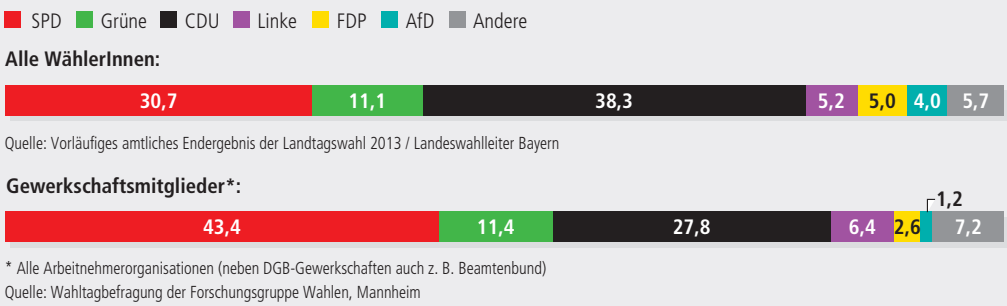
Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Bayern vom 15. September 2013 (in Prozent)



Gewerkschaftsmitglieder im Trend: *Bei der bayrischen Landtagswahl konnten die beiden großen Volksparteien auch unter den GewerkschafterInnen verlorenes Terrain zurückgewinnen und ihre Stimmenanteile ausbauen. Die CSU holte vier Prozentpunkte mehr als 2008, die SPD zwei. Der wieder gewählte Ministerpräsident Horst Seehofer, sei jetzt gefordert, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, sagt der DGB-Bezirksvorsitzende Michael Jena. „Der Bremsklotz FDP ist weg, jetzt setzen wir darauf, dass Horst Seehofer das soziale ‚S' in der CSU stärkt."*

Hessen: GewerkschafterInnen für Rot-Grün

Stimmenanteile bei der Landtagswahl in Hessen vom 22. September 2013 (in Prozent)



Politikwechsel: *Bei der Landtagswahl in Hessen haben die gewerkschaftlich organisierten WählerInnen mehrheitlich für Rot-Grün votiert. SPD und Grüne erreichten zusammen knapp 55 Prozent in dieser Wählergruppe. Gegenüber 2009 verbesserte sich die SPD um zehn Prozentpunkte. „Ganz gleich, wer am Ende eine Regierung bilden wird", erwarte der DGB einen Politikwechsel hin zu einer sozial gerechten Politik, betont Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen. Die Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft und eine neue Ordnung der Arbeit stünden jetzt auf der Tagesordnung.*

INTERREGIO

Kommunen sind Arbeit- und Auftraggeber und bieten den BürgerInnen soziale Dienstleistungen. Der ***DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** *zeigt in der* ***Broschüre „Unterfinanziert und ausgelaugt",*** *wie die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beendet werden kann. Damit die Kommunen ihre Aufgaben wahrnehmen können, müssten „hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne endlich angemessen besteuert werden", so der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle.*
| www.niedersachsen.dgb.de/-/NrE

Der ***DGB Baden-Württemberg*** *fordert von der Landesregierung den* ***Aufbau einer „kleinen Bürgerversicherung".*** *Neu berufenen BeamtInnen solle der Weg in die gesetzliche Krankenversicherung geöffnet werden, um Pionierarbeit für ein solidarisches Gesundheitswesen zu leisten, fordert der Bezirksvorsitzende Nikolaus Landgraf. Die Kritik der FDP-Landtagsfraktion an der Bürgerversicherung sei „Lobbyistengeschrei".*

Unter den 20 bei Männern beliebtesten Berufen findet sich keiner aus den Bereichen Gesundheit, Pflege, Soziales und Bildung. Damit Jungen ab der 5. Klasse Gelegenheit haben, sich über Berufe in diesen Feldern zu informieren, laden der ***DGB Nord*** *und die Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern (MV) zum dritten* ***JungsTag MV*** *am 2. Oktober ein. Einen Tag lang lernen die Schüler verschiedene Ausbildungsberufe kennen und erfahren, welche fachlichen und persönlichen Voraussetzungen sie mitbringen müssen.*
| www.jungstag-mv.de

Missbrauch verhindern

Werkverträge. Der Bundesrat will auf Initiative der rot-grün geführten Länder klare Vorschriften gegen den Missbrauch von Werkverträgen und bessere Informations- und Mitbestimmungsrechte für den Betriebsrat qua Gesetz festschreiben. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hält die Vorlage „für ein wichtiges Signal", um dem Lohndumping durch Werkverträge einen Riegel vorzuschieben. Sie erwartet, dass die neue Bundesregierung handelt: „Auch bei Werkverträgen muss das Prinzip, ‚Gleiche Arbeit – gleicher Lohn' gelten, eine betriebliche Zwei-Klassen-Gesellschaft kann nicht akzeptiert werden." Die rot-grüne Mehrheit der Länderkammer hatte die Gesetzesvorlage, die jetzt an die Bundesregierung geht, in ihrer letzten Sitzung vor der Bundestagswahl verabschiedet.

Anzeige

Fortsetzung von Seite 3

Uwe Lagosky, Konzernbetriebsratsvorsitzender BS|ENERGY, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Betriebsräte der VEOLIA Wasser GmbH, ver.di- und CDA-Mitglied, CDU, Landesliste Niedersachsen (WK 37,0 %)
Sabine Leidig, ehem. DGB-Regionsvorsitzende Mittelbaden, Die Linke, Landesliste Hessen (WK 5,7 %)
Steffen-Claudio Lemme, DGB-Gewerkschaftssekretär, ehem. stellv. Bezirksvorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, SPD, Landesliste Thüringen (WK 17,1 %)
Ralph Lenkert, ehem. stellv. Betriebsratsvorsitzender SyproOptics (Jena), Die Linke, Landesliste Thüringen (WK 27,0 %)
Beate Müller-Gemmeke, Bundessprecherin GewerkschaftsGrün, ver.di, Bündnis 90/Die Grünen, Landesliste Baden-Württemberg (WK 12,4 %)
Markus Paschke, DGB-Gewerkschaftssekretär, ehem. Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall, SPD, Landesliste Niedersachsen (WK 31,2 %)
Stefan Rebmann, DGB-Regionsvorsitzender Nordbaden, SPD, Landesliste Baden-Württemberg (WK 32,4 %)
Andreas Rimkus, Betriebsrat der Stadtwerke Düsseldorf, ver.di, SPD, Landesliste NRW (35,0 %)
Hans-Joachim Schabedoth, bis 2009 Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, Referent beim Vorstand der IG Metall, SPD, Landesliste Hessen (WK 28,1 %)
Michael Schlecht, ehem. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand, Die Linke, Landesliste Baden-Württemberg (WK 6,6 %)
Uwe Schummer, ehem. Mitglied des CDA-Bundesvorstands, IG Metall, CDU, direkt gewählt im Wahlkreis Viersen mit 53,0 %

Wir brauchen eine sozial gerechte Politik in Deutschland und in Europa

DGB und Gewerkschaften werden die neue Bundesregierung daran messen, welche Verbesserungen sie für die Beschäftigten durchsetzt. Das bekräftigt Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende von DGB und CDA.

Erwartungen. Diese Bundestagswahl kennt zwei Gewinner: Zum einen ist das Ergebnis ein persönlicher Erfolg von Angela Merkel. Wir gratulieren Frau Merkel zu ihrem Abschneiden. Andererseits waren angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen sowie eine gute Absicherung im Alter die wahlentscheidenden Themen. Das ist nicht zuletzt den Gewerkschaften zu verdanken. Damit ist klar: Die gewerkschaftlichen Themen stehen jetzt ganz oben auf der Tagesordnung – wir brauchen jetzt eine neue Ordnung der Arbeit.

Das Ergebnis ist ein klarer Handlungsauftrag an die Regierung unter Führung von Frau Merkel. Ein Durchwurschteln und ein ‚Weiter so' kann es nicht geben. Die künftige Regierung muss umsteuern hin zu einer sozial gerechten Politik. Eine neue Ordnung der Arbeit, soziale Gerechtigkeit und die Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft sind die Themen, die die Menschen bewegen. Die Zeiten von kalter, neoliberaler Politik müssen endgültig vorbei sein. Die Partei, die das Mantra marktradikaler Politik gesungen und soziale Regulierung konsequent verweigert hat, die FDP, hat für ihre Politik gegen die Interessen der Menschen die verdiente Quittung bekommen. Das ist auch ein klares Resultat dieser Wahl. Eine Politik gegen die Interessen der Menschen hat Konsequenzen.

> ***„Eine Politik gegen die Interessen der Menschen hat Konsequenzen."***

Bereits im letzten Jahr haben die Gewerkschaften sich aufgestellt und gute Arbeit, sichere Renten, ein soziales Europa und einen aktiven Staat gefordert. Das ist unsere Marschroute auch für die Koalitionsverhandlungen.

- Die Gewerkschaften und die ArbeitnehmerInnen erwarten, dass die Missstände auf dem Arbeitsmarkt beseitigt werden. Wir brauchen endlich den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, eine wirksame Regulierung der Leiharbeit und mehr Mitbestimmung bei Werkverträgen. Hier liegt der Handlungsauftrag ganz klar bei der Regierung. Die Blockadepolitik der FDP hat dazu geführt, dass die letzten vier Jahre in diesen Punkten verlorene Jahre waren. Noch in diesem Jahr muss darum der allgemeine gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro/Stunde im Gesetzblatt stehen. Die Menschen, die davon profitieren, sind über jeden Monat froh, den der Mindestlohn früher kommt.
- Die ArbeitnehmerInnen in Deutschland erwarten eine Politik, die Altersarmut bekämpft und für sichere Renten sorgt. Arm im Erwerbsleben und dann im Alter darf nicht die Lebensperspektive von vielen Menschen, insbesondere von Frauen, sein.
- Wir fordern eine Politik, die Europa nicht kaputt spart, sondern die Wirtschaft ankurbelt und die sozialen Rechte der EuropäerInnen nicht aus dem Blick verliert. Es ist insbesondere die junge Generation, die eine Zukunft in ihren Heimatländern verdient. Statt einer falschen Kürzungspolitik braucht Europa ein Investitions- und Konjunkturprogramm, um die Volkswirtschaften wieder anzukurbeln. Zu einem sozialen Europa gehört auch, dass das Prinzip ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort' in allen Rechtsakten verankert und faire Mobilität sichergestellt wird.
- Die ArbeitnehmerInnen in Deutschland erwarten einen aktiven Staat, der handlungsfähig ist, in die Zukunft investiert und vor allem eine gerechte Steuerpolitik umsetzt. Unser Staat hat mitnichten ein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem.

Die Koalitionsverhandlungen werden spannend. Wir haben uns im Wahlkampf parteipolitisch unabhängig aufgestellt und werden diesen richtigen Kurs fortführen. Wir bewerten am Ende der Verhandlungen den Koalitionsvertrag anhand der Verbesserungen, die für die ArbeitnehmerInnen erreicht werden. Daran wird sich die neue Bundesregierung von den Gewerkschaften messen lassen müssen. ●

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Elke Hannack, 52, ist seit 1. Juni stellvertretende DGB-Vorsitzende. Im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand ist sie zuständig für Beamtenpolitik, den Öffentlichen Dienst, Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik, Jugend- sowie Bildungspolitik. Hannack ist seit 1992 für den DGB und die Gewerkschaften im Einsatz. Bevor sie in den DGB-Bundesvorstand gewählt wurde, war sie von 2007 bis 2013 Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. Elke Hannack ist zudem stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und Mitglied der CDU.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das verkehrspolitische Herz am „richtigen" Fleck.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Norbert Spinrath, ehem. GdP-Bundesvorsitzender, SPD, Liste Nordrhein-Westfalen (WK 28,3 %)
Martina Stamm-Fibich, freigestellte Betriebsrätin Siemens Healthcare, IG Metall, Landesliste Bayern (WK 26,3 %)
Kerstin Tack, ehem. DGB-Jugendbildungsreferentin in Hannover, SPD, direkt gewählt im Wahlkreis Hannover I mit 43,5 %
Frank Tempel, ehem. Landesvorstand der Jungen Gruppe der GdP, Die Linke, Landesliste Thüringen (WK 24,3 %)
Franz Thönnes, ehem. Geschäftsführer IG Chemie-Papier-Keramik Hamburg (heute IG BCE), SPD, Landesliste Schleswig-Holstein (WK 35,3 %)
Alexander Ulrich, ehem. Betriebsrat Opel AG, Geschäftsführer und 2. Bevollmächtigter der IG Metall Kaiserslautern, Die Linke, Landesliste Rheinland-Pfalz (WK 7,4 %)
Gabi Weber, DGB-Regionsvorsitzende Koblenz, SPD, Landesliste Rheinland-Pfalz (WK 31,0 %)
Harald Weinberg, ehem. Regionalleiter Bayern bei der ver.di Bildung + Beratung gGmbH, DIE LINKE, Landesliste Bayern, (WK 6,2 %)
Bernd Westphal, seit 2005 IG BCE-Vorstandssekretär in Hannover (Hauptverwaltung) für Sozialpolitik, Arbeitsschutz, Betriebsverfassung, Migration/Integration und Mitbestimmung, SPD, Landesliste Niedersachsen (WK 41,3 %)
Heinz Peter Wichtel, ehem. Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied Fraport AG, ver.di, CDU, direkt gewählt im Wahlkreis Offenbach mit 45,5 %
Sabine Zimmermann, DGB-Regionsvorsitzende Südwestsachsen, Die Linke, Landesliste Sachsen (WK 24,6 %)

KURZ & BÜNDIG

Stefanie Nutzenberger, ver.di-Vorstandsmitglied für den Handel, fordert vom Karstadt-Konzern die Rückkehr in die Tarifbindung und einen Tarifvertrag über Standort- und Beschäftigungssicherung. Die Beschäftigten bräuchten nach der Zerschlagung des Unternehmens durch den Verkauf der Sport- und Premiumhäuser eine Zukunftsperspektive.

Die GEW sieht dringenden Handlungsbedarf bei befristeten Verträgen im Bildungsbereich. Die Politik müsste diese eindämmen. Junge, hoch qualifizierte Menschen bräuchten planbare Berufsperspektiven, um sie für Tätigkeiten in Erziehung, Unterricht und Wissenschaft zu gewinnen, so die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

Angesichts der aktuellen Personalsituation bei der Deutschen Bahn AG hat die EVG die „Fuldaer Erklärung zur Personalplanung" verabschiedet. In dem Acht-Punkte-Papier wird gefordert, den Personalbedarf an der Arbeitsmenge zu orientieren. Überstunden müssten abgebaut, Ruhe- und Urlaubstage gewährt werden.

Die NGG begrüßt die Ankündigung der vier größten Fleischkonzerne Deutschlands, mit der Gewerkschaft über die Einführung eines Mindestlohns und die Festlegung einheitlicher Sozialstandards zu verhandeln. „Endlich wird verhandelt", so NGG-Vize Claus-Harald Güster.

Die IG BCE und der Mineralölwirtschaftsverband haben sich auf eine gemeinsame Erklärung zur Zukunft der Mineralölwirtschaft in Deutschland verständigt. Darin wird die langfristige Bedeutung des Energieträgers und Rohstoffs Mineralöl für den Industriestandort hervorgehoben. Er müsse Teil des Energie-Mix der Energiewende bleiben. www.bit.ly/mineraloel

Nach dem Daten-Klau bei Vodafone sieht die GdP die Unternehmen in der Pflicht, die Daten der Internet-User zu schützen. Gleichzeitig warnt sie vor dem leichtfertigen Umgang mit E-Mail-Anhängen, PIN-Nummern und Passwörtern. Datendiebe setzten auf unvorsichtige Nutzer, warnt die GdP.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mitreden, mitbestimmen und Einfluss nehmen.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Gerechtere Studienfinanzierung

BAföG-Reform. Nur 23 Prozent der Kinder, deren Eltern keine akademische Ausbildung haben, studieren in Deutschland. Bei den Akademiker-Familien sind es 77 Prozent. Oft entscheidet die Frage nach der Finanzierung über die Aufnahme eines Studiums. Der DGB und das Deutsche Studentenwerk (DSW) fordern daher unverzüglich eine BAföG-Reform. Zu den gemeinsamen „10 Eckpunkten für ein modernes BAföG" gehört eine Erhöhung der Förderbeträge um zehn Prozent. „Damit Studierende aus ärmeren Familien nicht die Leidtragenden des föderalen Gegeneinanders bleiben, muss ein verlässlicher Inflationsausgleich festgeschrieben werden", fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. 2012 seien der durchschnittliche Förderbetrag und der Anteil der Geförderten trotz gestiegener Studierendenzahlen gesunken. Rund ein Viertel der Studierenden erhält BAföG. Von ihnen geben 80 Prozent an, sie könnten sich sonst kein Studium leisten. Insgesamt haben 61 Prozent der Studierenden einen Nebenjob, für den sie durchschnittlich sieben Stunden in der Woche aufwenden.

www.dgb.de/-/Nrm

Soziale Standards

Werkverträge. Als erste Gewerkschaft hat die IG Metall Küste bei der Papenburger Meyer Werft einen bundesweit einmaligen Tarifvertrag gegen den Missbrauch von Werkverträgen abgeschlossen. Er legt einen Mindestlohn von 8,50 Euro sowie mehr Rechte für Beschäftigte und Betriebsrat fest. Die Einhaltung der vereinbarten Sozialstandards überwacht künftig eine Arbeitsgruppe von Betriebsrat und Geschäftsführung. Sie kann bei Verstößen gegebenenfalls Verträge mit Werkvertragsunternehmen auflösen. „Neu sind eine Beratung der Beschäftigten mit Werkvertrag und Informationen in ihrer Landessprache", betont Evelyn Gerdes, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Leer-Papenburg.

Foto: Mike Auerbach/attac

Unterschreiben für die Finanztransaktionssteuer: *Mit einer Online-Unterschriften-Kampagne wirbt die Initiative „Steuer gegen Armut" für die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Das Bündnis, dem auch der DGB angehört, setzt sich seit 2009 für die Steuer ein. Mit den Mehreinnahmen soll die Armut bekämpft und der Klimaschutz gefördert werden. Mit Aktionen vor Ort wie im August in Berlin (Foto), wirbt die Initiative für ihr Anliegen..* *www.dgb.de/-/N4n*

Mehr Geld für Leiharbeitskräfte

Deutlich mehr Lohn und eine Angleichung der Einkommen in Ost und Westdeutschland – darauf hat sich die DGB-Tarifgemeinschaft mit den Leiharbeitgeberverbänden IGZ und BAP geeinigt. Danach soll das Entgelt vom 1. Januar 2014 an in drei Stufen um insgesamt 9,6 Prozent im Westen und 12,8 Prozent im Osten steigen. Der Mindestlohn soll im Westen auf 8,50 Euro zum 1. Januar 2014, zum 1. April 2015 auf 8,80 Euro und zum 1. Juni 2015 auf neun Euro angehoben werden. Im Osten steigt er im gleichen Zeitraum auf 8,50 Euro. Zudem dürfen LeiharbeiterInnen nicht mehr als Streikbrecher eingesetzt werden. Ein Punkt, der für die DGB-Tarifgemeinschaft von zentraler Bedeutung war.

Zusammen mit den Branchenzuschlägen sei dies ein wichtiger Pfeiler auf dem Weg zu einer neuen Ordnung der Arbeit, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki, Verhandlungsführer der DGB-Tarifgemeinschaft Leiharbeit. DGB und Gewerkschaften fordern weiterhin eine gesetzliche Regelung mit dem Ziel gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

www.dgb.de/-/3Ca

TELEGRAMM

Die Höhe der Managergehälter *muss der neue Bundestag regeln. Der Bundesrat stoppte das Gesetz in seiner letzten Sitzung vor der Wahl. Für DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel war diese Entscheidung „vernünftig", da das Gesetz die Mitbestimmung der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat „auf kaltem Wege" ausgehebelt hätte. Der neue Bundestag müsse nun schnell eine neue Regelung finden, wie Managergehälter tatsächlich wirksam begrenzt werden können.*

www.dgb.de/-/NOX

Todesdrohungen *gegen GewerkschafterInnen in Kolumbien nehmen zu. Die Internationale Gewerkschaftsunion (IUL) appelliert an die Regierung, „die Ausübung politischer Opposition" zu gewährleisten. Sie bittet weltweit um Unterstützung ihrer Forderung. Möglichst viele Menschen sollen per Mail eine Botschaft an die Regierung senden.*

www.bit.ly/Kolumbien

Versprechen ohne Wirkung

Vor fünf Jahren ging die amerikanische Bank Lehman Brothers in die Insolvenz. Seither hat sich auf den Finanzmärkten viel bewegt – gebessert hat sich jedoch wenig.

Finanzkrise. Vollmundige Versprechen und zahlreiche Gesetzgebungsakte der Bundesregierung begleiten seit 2008 die Finanzkrise. Der DGB wartet allerdings noch immer auf durchgreifende Maßnahmen. Was bis heute fehlt: Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist zwar in elf EU-Ländern als notwendig erkannt worden, ihre Umsetzung verzögert sich jedoch Jahr um Jahr. Einen brauchbaren Finanz-TÜV, der VerbraucherInnen vor unseriösen und riskanten Bank-Produkten schützt, gibt es bis heute nicht. Ein funktionierender Haftungsverbund für die Privatbanken ist noch immer nicht realisiert. Steuer- und Regulierungsoasen verbuchen weiterhin beste Geschäfte. Einen erneuten Anlauf, hier stärker einzugreifen, versprachen die Regierungschefs der 20 größten Industrieländer (G20) wieder einmal auf ihrem letzten Treffen im September in St. Petersburg.

Bereits sehr schnell nach dem Ausbruch der Finanzkrise gab es Diskussionen über die Macht der Rating-Agenturen. Verändert wurde an deren Status nichts. Bis heute noch können die Urteile der drei Großen, Moody's, Standard & Poors und Fitch, Staaten, Banken und Unternehmen in den Ruin treiben. Die Gründung einer europäischen Rating-Agentur scheiterte. Und die neue EU-Verordnung, die den Einfluss der Agenturen begrenzen sollte, hat sie nach Ansicht des DGB eher noch aufgewertet. Für ihre Bewertungsfehler in der Vergangenheit wurden und werden sie nicht zur Rechenschaft gezogen.

Bereits zum dritten Jahrestag der Lehman-Pleite, 2011, mahnte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, endlich die versprochene Regulierung des Bankensektors umzusetzen. Bis heute aber gilt der Satz „too big to fail" (zu groß, um zu scheitern) weiter. Auch ein bereits 2010 beschlossenes Abwicklungsverfahren mit dem dazu gehörenden und von den Banken finanzierten Restrukturierungsfonds hat daran nichts geändert. Nach der Theorie sollen diese zwei Instrumente sicherstellen, dass auch Banken insolvent werden können, ohne gleich ganze Staaten mit in den Abgrund zu reißen. Dennoch wird der aus dem Steuertopf finanzierte Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) zur Stützung kriselnder Banken weiter offen gehalten. Der DGB-Finanz- und Steuerexperte Raoul Didier schließt daraus, dass die Bundesregierung offenbar ihrem eigenen Gesetz nicht über den Weg traut. Trotzdem hätte es die Bundesregierung gerne europaweit umgesetzt.

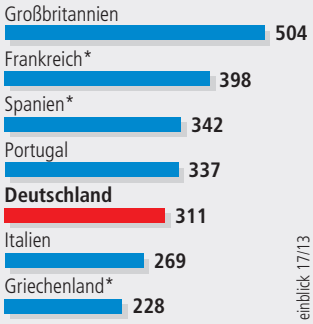
Unterdessen wachsen die Banken weiter. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank lag die Bilanzsumme der deutschen Banken zu Beginn der Finanzkrise 2008 bei knapp acht Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr lag sie bei 8,3 Milliarden Euro. Bei den drei größten europäischen Banken, der britisch-asiatischen HSBC, der Deutschen Bank und der französischen BNP Paribas zeigt sich beim Vergleich der ersten Halbjahre von 2007 und 2012 ebenfalls ein Anstieg der Bilanzsumme. Mit dem Ergebnis: Fünf Jahre nach Lehman sind die Banken immer noch zu groß, um zu scheitern. Darüber hinaus gibt es bis heute keinen Ansatz, die hochspekulativen Geschäfte der Finanzbranche zu verhindern. So erreicht das Marktvolumen des Geschäftes mit Finanzderivaten in der Spitze den astronomischen Umfang von bis zu 700 Billionen US-Dollar.

Auch beim Verbraucherschutz hat sich nicht viel geändert. Die sogenannten „Finanzprodukte" werden weder ausreichend überwacht noch hinreichend reguliert. Für den DGB lautet deshalb das Fazit: „Der Verbraucherschutz wird zum Wettlauf zwischen Hase und Igel. Finanzaufsicht und die Kunden haben das Nachsehen." Denn den „Finanz-TÜV", wie er bereits vor fünf Jahren angedacht wurde, um eine geprüfte Zulassung der Finanzprodukte zu erreichen, hat die Branche bislang erfolgreich verhindert. Die frisch gewählte Bundesregierung hat mit Beginn der Koalitionsverhandlungen nun die Chance, die Versprechen einzulösen, die sie teilweise bereits vollmundig 2006 formuliert hat.

www.dgb.de/-/NrC

Risiken für den Staat

Bilanzsumme der Banken ausgewählter europäischer Länder in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) – (Stand 2012, in Prozent)



Banken sollten, so war es einmal angedacht, in Zukunft auch in die Insolvenz gehen können, statt mit staatlicher Hilfe vor einem Bankrott gerettet zu werden. Die (aggregierten) Bilanzsummen zeigen, dass dies nicht funktionieren wird. In den ausgewählten Ländern liegen die Bilanzsummen weit über der Wirtschaftsleistung des jeweiligen Landes. Damit wären sie eben doch zu groß, um zu scheitern.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsame Werte & politisches Denken verbinden.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

MEHR ZUM THEMA

Krisen-Chronik

Herbst 2006: *In den USA platzt die Immobilienblase. Millionen von Häusern werden zwangsversteigert.*

Sommer 2007: *Als erste Bank in Deutschland ist die IKB Industriebank AG von dem US-Immobiliencrash betroffen, sie erhält staatliche Hilfen.*

14. September 2007: *Lehman Brothers geht in die Insolvenz; in Deutschland steht die Hypo Real Estate vor dem Ruin.*

November 2008: *Die europäischen Finanzminister beschließen, Banken auf jeden Fall zu retten.*

Dezember 2008: *Die Konjunktur bricht ein. In den USA bitten die Automobilhersteller um staatliche Sanierungshilfen.*

Januar 2009: *Der deutschen Automobilindustrie brechen die Exporte weg. Die Regierung beschließt den „Pakt für Beschäftigung" mit den Konjunkturpaketen I und II. Dazu gehören die Abwrackprämie und die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes. Immer mehr Unternehmen melden Kurzarbeit an.*

Frühjahr 2010: *Griechenland kann seine Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen und bittet die EU um Hilfe. Es folgen Irland und Portugal, deren Staatskassen mit der Bankenrettung überfordert waren.*

Oktober 2010: *In Deutschland wird das „Restrukturierungsgesetz" verabschiedet. Es soll eine geordnete Abwicklung von Banken ermöglichen.*

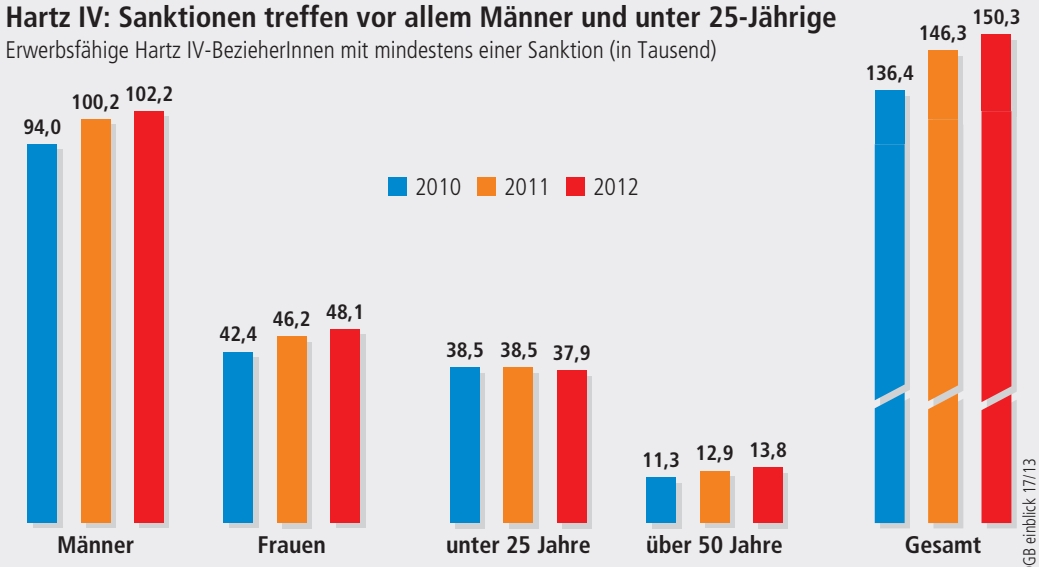
Sommer 2012: *Italien und Spanien geraten finanziell immer mehr unter Druck. Die EZB verspricht finanzielle Hilfen für die Euro-Länder – ohne eine Höhe der Begrenzung vorzugeben.*

DIE DGB-GRAFIK

Im Jahr 2012 sind rund eine Million Sanktionen gegen Hartz-IV-BezieherInnen erlassen worden. Hauptgrund waren in den meisten Fällen Meldeversäumnisse. Das zeigt eine DGB-Analyse. Besonders Männer und Menschen unter 25 Jahren waren betroffen. Der DGB fordert, die Sanktionen grundlegend zu überarbeiten. So sollen MitarbeiterInnen in Jobcentern größeren Entscheidungsspielraum erhalten. Zum Beispiel, indem sie positive Anreize mit „Durchhalte- oder Erfolgsprämien" bei Eingliederungsmaßnahmen setzen können. *www.dgb.de/-/NrD*

Hartz IV: Sanktionen treffen vor allem Männer und unter 25-Jährige

Erwerbsfähige Hartz IV-BezieherInnen mit mindestens einer Sanktion (in Tausend)



Quelle: DGB „Arbeitsmarkt aktuell" September 2013

PERSONALIEN

Die stellvertretende NGG-Vorsitzende **Michaela Rosenberger,** 53, wird auf dem Gewerkschaftstag der NGG (11. bis 14. November) in Berlin als Vorsitzende kandidieren. Das hat der NGG-Hauptvorstand beschlossen. Zur Wiederwahl als stellvertretender NGG-Vorsitzender tritt **Claus-Harald Güster,** 53, an. Ein weiterer stellvertretender Vorsitzender wird noch gesucht. Der jetzige Vorsitzende **Franz-Josef Möllenberg,** 60, hatte im März 2013 erklärt, nach 20-jähriger Amtszeit nicht wieder zur Wahl anzutreten.

VERANSTALTUNG

DGB und Gewerkschaften rufen am 11. Oktober zum **„Tag der betrieblichen Entgeltgleichheit"** auf. So wollen sie Betriebs- und Personalräte, Unternehmer und Beschäftigte in den Betrieben auf die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern hinweisen. Unter anderem sollen Entgeltanalysen zeigen, wo es Differenzen bei der Bezahlung gibt. So setzt ver.di in zwei Betrieben das Prüfinstrument eg-check ein, um Differenzen zu ermitteln. Die IG Metall wird im Rahmen der Initiative „Auf geht's – faires Entgelt für Frauen" präsent sein. Die Gewerkschaften wollen auf die vielen kleinen Schritte hinweisen, die nötig sind, um gleiche Bezahlung von Frauen und Männern durchzusetzen. Hierzu gehören unter anderem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein Ausbau der Kinderbetreuung und eine soziale Absicherung aller Arbeitsverhältnisse ab der ersten Stunde.

ENTGELTGLEICHHEIT IM BETRIEB
DIE LÜCKE SCHLIESSEN

TERMINE

6.10.
DGB Sachsen, Arbeit und Leben Sachsen, Verein "jobben ohne mobben", „2. Dresdner Werteforum – für berufliche und unternehmerische Perspektiven" anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit, Dresden

7.10.
6. Welttag für menschenwürdige Arbeit

7.10.
DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung, „Internationale Mindestlohnkonferenz zum Welttag für menschenwürdige Arbeit", Berlin

9.-12.10.
GEW, „7. GEW-Wissenschaftskonferenz", Berlin

11.10.
DGB, Aktion „Tag der betrieblichen Entgeltgleichheit: Die Lücke schließen!"

11.10.
Hans-Böckler-Stiftung, Universität Hamburg, Fachtagung „Das Recht der Internationalen Arbeitsorganisation – als aktueller Bezugspunkt in Deutschland und Europa", Hamburg

11.10.
Hans-Böckler-Stiftung, ver.di, INEP Institut Oldenburg, Fachtagung „Die soziale Seite der Energiewende gestalten – Kooperation zwischen Gewerkschaften und Zivilgesellschaft", Walsrode

13.-18.10.
IG BCE, 5. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG BCE, Hannover

21./22.10.
ver.di, Workshop „Werkstatt zur Guten Arbeit", Berlin

22.10.
DGB, Workshop „Krisenerfahrung und Politikvertrauen im Betrieb", Berlin

SCHLUSSPUNKT

„Ein Betriebsrat wäre ein Verlust an Meinungsvielfalt. Denn dann könnte nicht mehr jeder sagen, was ihm nicht passt."

So erklärt Frank Kohl-Boas, Personalleiter von Google Deutschland, in der Wochenzeitung „Die Zeit" vom 19. September sein Verständnis von Mitbestimmung.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout und Infografik: Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Gesetzlich Unfallversicherung

Kein Schutz bei Verlassen des Weges

Wird der Weg zu oder von der Arbeitsstätte durch eine private Besorgung mehr als geringfügig unterbrochen, besteht während der Unterbrechung kein Versicherungsschutz.

Der Fall: Der Arbeitnehmer wollte auf dem Heimweg von der Arbeit links in ein Privatgrundstück einbiegen, um dort Erdbeeren zu kaufen. Aufgrund des Gegenverkehrs musste er bis zum Stillstand abbremsen. Nach wenigen Sekunden fuhr die Unfallverursacherin ungebremst auf seinen Pkw auf. Die Fahrerin gab an, sie habe versucht, zu bremsen, die Kollision aber nicht vermeiden können. Der bei dem Auffahrunfall leicht verletzte Arbeitnehmer erlitt eine Stauchung und Zerrung der Halswirbelsäule und war eine Woche arbeitsunfähig. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die durch den Auffahrunfall verursachten gesundheitlichen Einwirkungen auf den Körper begründeten keinen Arbeitsunfall, weil sie nicht „infolge" des Zurücklegens des versicherten Wegs auftraten. Der Arbeitnehmer handelte ausschließlich aus dem privatwirtschaftlichen Beweggrund, Erdbeeren zu kaufen. Diese Absicht schlug sich unmittelbar im vollständigen Abbremsen des Fahrzeugs nieder. Das Kaufen der Erdbeeren stand als rein privatwirtschaftliche Handlung nicht unter dem Schutz der Wegeunfallversicherung. Begonnen hat der Arbeitnehmer mit dieser Handlung in dem Moment, in dem er seine Absicht in ein von außen erkennbares „objektives" Handeln umgesetzt hat. Damit war die rein private Handlung in Gang gesetzt.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 4. Juli 2013 - B 2 U 3/13 R

Gesetzliche Unfallversicherung

Private Ursache ohne Schutz

Eine Gewalttat auf dem Weg zur Arbeit, die keinen Bezug zur Arbeit aufweist, kann nicht als Arbeitsunfall anerkannt werden.

Der Fall: Die Angestellte hatte 1993 einen Mann kennengelernt, der nach einer mehrjährigen Freiheitsstrafe erneut Kontakt zu ihr aufnehmen wollte. Die Frau lehnte aber eine Fortsetzung der Beziehung ab. Eines Tages reiste der Mann zum Wohnort der Frau, um nochmals mit ihr zu sprechen. Als die Frau das Haus verließ und die Garage betrat, überwältige sie der Mann, fesselte sie und vergewaltigte sie schließlich in ihrem Kraftfahrzeug. Die Frau begehrte die Anerkennung der Gewalttat als Arbeitsunfall, sie hätte sich auf dem Weg zur Arbeit befunden. Mit ihrer Klage hatte sie keinen Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die Gefahr, aufgrund eigener privater Beziehungen, Kontakte oder sonstiger aus dem persönlichen Bereich stammender Umstände Opfer eines Überfalls (unabhängig vom Ort der Tat) zu werden, fällt nicht in den Schutzbereich der Wegeunfallversicherung. Die persönliche Beziehung zwischen der Frau und dem Täter war sowohl für den Ort als auch für den Zeitpunkt und die Art und Weise des Überfalls prägend. Das Opfer selbst hat ausgeführt, dass dem Täter aufgrund der in der Vergangenheit bestehenden Kontakte die örtlichen Gegebenheiten, der Zeitpunkt und die Umstände des Antritts des Weges zur Arbeitsstätte bekannt waren. Auch der Grund und die konkrete Art des Angriffs waren durch die Besonderheit der privaten Kontakte des Täters zur Frau wesentlich bedingt.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 18. Juni 2013 – B 2 U 10/12 R

URTEILE

Elterngeld

Im Gefängnis kein Anspruch

Anspruch auf Elterngeld hat nur, wer mit Kind in einem Haushalt lebt. Einer Mutter, die mit Kind in einer Mutter-Kind-Einrichtung des geschlossenen Strafvollzuges untergebracht ist, steht kein Elterngeld zu. Denn sie lebt nicht in einem Haushalt, wie ihn das Gesetz verlangt. Ein derartiger Haushalt setzt eine häusliche, wohnungsmäßige, familienhafte Wirtschaftsführung voraus. Die Justizvollzugsanstalt als öffentliche Einrichtung ist aber kein Haushalt in diesem Sinne.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 4. September 2013 - B 10 EG 4/12 R

Reha

Krankenkasse bestimmt Einrichtung

Wenn die Krankenkasse stationäre medizinische Rehabilitationsmaßnahmen (Reha) bewilligt, bestimmt sie die Reha-Einrichtung. Das geschieht nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der medizinischen Erfordernisse und des Wirtschaftlichkeitsgebots. Wählen Versicherte eine teurere als die von der Krankenkasse rechtmäßig bestimmte Vertragseinrichtung, können sie weder volle noch teilweise Kostenerstattung beanspruchen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 7. Mai 2013 - B 1 KR 12/12 R

Sozialleistungen

Nicht für schulische Zwecke

Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien haben Anspruch auf Übernahme der Kosten für einen Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Diese Unterstützung wird nur gezahlt, wenn es sich um eine außerschulische Veranstaltung handelt. Wird eine Leihgebühr für ein Musikinstrument erhoben, das nur für schulische Zwecke eingesetzt wird, so hat der Schüler keinen Anspruch auf Kostenerstattung.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 10. September 2013 - B 4 AS 12/13 R

Facebook

Betriebsrat hat nicht mitzubestimmen

Weist der Arbeitgeber seine Mitarbeiter darauf hin, der Unternehmensseite auf Facebook folgen zu können, so löst diese Aufforderung keine Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats aus. Der reine Betrieb einer Facebook-Seite enthält keine Regelungen zum Verhalten der Beschäftigten mit- und zueinander.

Arbeitsgericht Düsseldorf,
Beschluss vom 21. Juni 2013 - 14 BVGa 16/13

Versetzungen

Auswahl darf nicht willkürlich sein

Will ein Arbeitgeber Beschäftigte aus dienstlichen Gründen versetzen, so hat er bei der Auswahl die Grundsätze billigen Ermessens zu beachten. Eine Auswahl, die nur Beschäftigte einbezieht, die vorher befristete Arbeitsverträge hatten, ist unzulässig.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 10. Juli 2013 - 10 AZR 915/12

einblick

GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR.18** VOM 14.10.2013

Das 100-Tage-Programm

Die Gewerkschaften hatten einen klaren Forderungskatalog an die Parteien. Nach der Wahl erwarten sie nun, dass sich die entscheidenden Punkte in einem Regierungsprogramm wiederfinden.

Neue Ordnung der Arbeit. Die Gewerkschaften erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie sich vorrangig für eine neue Ordnung der Arbeit einsetzt. In einer Resolution hat der DGB-Bundesausschuss klar formuliert: Ein „Weiter so" darf es nicht geben. „In den ersten 100 Tagen" müsse die neue Regierung handeln. Vorrangig gilt dies für den flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Dazu gehört aber auch, dass Allgemeinverbindlicherklärungen erleichtert und auf alle Branchen ausgeweitet werden. Der Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit muss wirksam verhindert sowie die sachgrundlose Befristung abgeschafft werden.

Zu einer neuen Ordnung der Arbeit gehört, gute Arbeit zu schützen und prekäre zu bekämpfen. Für langjährig Versicherte gilt es, sichere und flexible Übergänge in die Rente zu ermöglichen. Statt die Rentenbeiträge – wie geplant – abzusenken, soll eine Demographie-Reserve angelegt werden. Darüber hinaus müssen die Sozialversicherungen gestärkt und gesichert werden. Die Rentenpolitik muss Altersarmut verhindern und ein Altern in Würde ermöglichen.

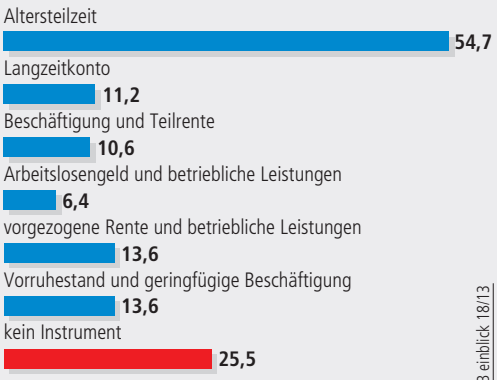
Die künftige Regierung hat jetzt die Chance, eine Politik umzusetzen, die wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Ein aktiver Staat muss die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Dies kann aber nicht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen gehen. Der Standort Deutschland gewinnt nicht mit einer Billiglohnstrategie, sondern mit guter Bildung und Ausbildung, mit innovativen Gütern und Dienstleistungen. Mehr Rechte für Betriebs- und Personalräte unterstützen diesen Weg. Auch eine gerechte Steuerpolitik, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sicherstellt, gehört dazu, wie auch klare Regeln und schärfere Kontrollen der Finanzmärkte.

Einen Richtungswechsel braucht die Europapolitik. Die gescheiterte Sparpolitik darf nicht noch weiter gehen. Benötigt werden Programme, die die Wirtschaft ankurbeln und die sozial-ökologische Modernisierung vorantreiben. Eine soziale Fortschrittsklausel gehört in die EU-Verträge. Die Gewerkschaften haben den Weg zu einer sozialen, wettbewerbsfähigen EU in ihrem Marshall-Plan für Europa vorgestellt.

| www.dgb.de/-/Ngz

Flexible Übergänge von der Arbeit in die Rente

Anteil der betrieblichen Angebote an Übergangsinstrumenten (in Prozent)



Quelle: Norbert Fröhler, Thilo Fehmel, Ute Klammer: „Flexibel in Rente", Berlin 2013, S. 169

© DGB einblick 18/13

Die Gewerkschaften fordern bessere politische Rahmenbedingungen, um vorzeitig sozial abgesichert in Rente gehen zu können, wenn ältere ArbeitnehmerInnen ihren Job aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr bewältigen können. Bisher sind die Möglichkeiten nicht ausreichend. In vielen Unternehmen mangelt es an sozial abgesicherten, flexiblen Übergängen. Nach einer WSI-Betriebsrätebefragung gibt es in einem guten Viertel der befragten Unternehmen keine Angebote für einen gleitenden Übergang von der Arbeit in die Rente.

INHALT

3 ***Mindestlohn***
Signal für Europa

5 ***IG BCE-Kongress***
Interview mit dem Vorsitzenden Michael Vassiliadis

7 ***Mitbestimmung***
Die Betriebsverfassung stärken

Armut bekämpfen

Videowettbewerb. Nach Angaben der EU-Kommission sind in Europa 120 Millionen Menschen von Armut bedroht. Über einen Videowettbewerb werden jetzt Ideen gesammelt, wie sich diese Armut bekämpfen lässt. Teilnehmen können 13- bis 24-Jährige. Die Visionen, wie eine Welt ohne Armut 2030 aussehen könnte, werden auf einer Facebook-Seite im Internet präsentiert. Bis zum 1. November können die Videos eingereicht werden. Die EU selbst will mit ihrer Wachstumsstrategie „Europa 2020" für mindestens 20 Millionen Menschen das Armutsrisiko abbauen. Weltweit – so das Versprechen der europäischen EntwicklungsministerInnen – soll die Armut „innerhalb einer Generation" verschwinden.

| www.bit.ly/EuArmutVideo

PLUS/MINUS

+ ***„Die Flüchtlingskatastrophe ist eine Schande für Europa" heißt es bei Christoph Strässer. Er ist der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.***

– ***Das „Flüchtlingsdrama von Lampedusa stimmt uns nachdenklich", überschreibt hingegen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Günter Krings (CDU) seine Pressemitteilung zu dem Unglück.***

IM NETZ

www.solvit.eu
Welche Rechte haben EU-BürgerInnen? Der Service-Dienst „SOLVIT" beantwortet persönliche Anfragen per E-Mail.

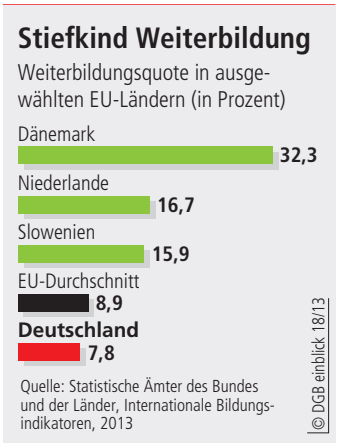
Zwei-Klassen-Gesellschaft

Bildungsstudie. „Mittelmaß" lautet das vernichtende Ergebnis für Deutschland nach der internationalen PIAAC-Studie zur Bildungskompetenz Erwachsener. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) untersuchte in 24 Ländern Schlüsselkompetenzen der 16- bis 65-Jährigen. In Deutschland, das zeigt die Studie, hängt der Bildungserfolg weitgehend von der sozialen Herkunft ab. „In kaum einem anderen Land" sei dieser Unterschied so stark ausgeprägt, stellt die OECD-Bildungsdirektorin Barbara Ischinger fest. „Die soziale Spaltung ist die Achillesferse des deutschen Bildungswesens", betont auch die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Wenn die Eltern weder Abitur noch einen Berufsabschluss haben, tendieren auch die Chancen der Kinder gegen Null. „Wir leben in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft", kritisiert Hannack und fordert, „die künftige Regierungskoalition muss diese Probleme entschlossen anpacken". Auch die OECD stellt fest, Länder wie Korea oder Finnland hätten gezeigt, „was mit gezielter politischer Förderung möglich ist". Beide Staaten hätten in der Vergangenheit „enorme Fortschritte erzielt".

Schlechte Noten gibt es auch für die Weiterbildung. Viele Betriebe nutzen die Kompetenzen ihrer Beschäftigten zu wenig. Eine DGB-Expertise bestätigt, dass es auch in der beruflichen Weiterbildung eine soziale Spaltung gibt. Je höher der Berufsabschluss und je besser die Position im Unternehmen, um so eher bieten sich auch Weiterbildungsmöglichkeiten. Das Fazit der DGB-Analyse: „Gut ausgebildete junge Männer mit Vollzeitstellen können ihr Wissen ständig auffrischen. Wer Teilzeit arbeitet, geringfügig beschäftigt ist, wenig verdient und keinen guten Berufsschulabschluss hat, bekommt auch später deutlich weniger die Chance zur Weiterbildung." *(einblick 7/13)*

| www.dgb.de/-/NEs
| www.gesis.org/piaac



Ehrgeizige Ziele hatte sich die EU gesetzt: Bis 2010 sollten 12,5 Prozent aller 25- bis 64-Jährigen an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Diese Quote haben die EU-Staaten insgesamt nicht erreicht. Deutschland liegt sogar noch unter dem EU-Durchschnitt.

Faire Verfahren

Flüchtlinge. Unabhängig von der aktuellen Debatte über die Flüchtlingskatastrophe vor der Insel Lampedusa appelliert das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) an die Bundesregierung: In Deutschland müsse schnell eine flüchtlingsfreundliche Umsetzung der europarechtlichen Richtlinie erfolgen. Zudem vermisst die Organisation „faire und effiziente" Asylverfahren. Auch bei steigenden Zahlen der Asylsuchenden müsste eine „hohe Qualität der Verfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen" sichergestellt werden. Insgesamt hält das UNHCR die Hürden in Europa für zu hoch und erwartet von der deutschen Regierung, dass sie „ihr politisches Gewicht einsetzt, um den Schutzsuchenden den legalen Zugang nach Europa zu erleichtern".

| www.unhcr.de

Investitionsstau

Infrastruktur. Marode Straßen, gesperrte Autobahnbrücken: Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland braucht eine Investitionsoffensive. Der DGB erwartet von der neuen Bundesregierung, dass entsprechende Mittel eingeplant werden. Noch 2008 konnte sich Deutschland rühmen, ein Wirtschaftsstandort mit hervorragender Verkehrsinfrastruktur zu sein. Weltweit lagen die Deutschen auf dem dritten Platz. Mittlerweile steht das Land auf Platz Neun. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist aber nicht nur für die Wirtschaft wichtig, sie gehört auch zur Lebensqualität der BürgerInnen.

Investiert wird seit Jahren zu wenig. Der DGB warnt vor weiterer Untätigkeit, denn „jeder an der Instandhaltung gesparte Euro vernichtet zwei Euro an Vermögenswert". So könne das aufgebaute gesamtgesellschaftliche Vermögen von künftigen Generationen nicht mehr genutzt werden. Der DGB arbeitet mit der Initiative „Damit Deutschland vorne bleibt" zusammen. Das Bündnis will die gesellschaftliche Auseinandersetzung anstoßen und Druck auf die Politik ausüben.

| www.dgb.de/-/NBV

EU-Kommission: Vorschläge reichen nicht

Die Vorschläge der EU-Kommission, um die Wirtschafts- und Währungsunion sozial ausgewogen zu gestalten, reichen nicht aus. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: „Es ist unverantwortlich, dass keine verbindlichen sozialpolitischen Sicherungen verankert sind, während Arbeitnehmerrechte, Löhne und Renten in den Krisenländern wie mit dem Bulldozer platt gewalzt werden." Die Austeritätspolitik benötigt dringend ein wirksames Korrektiv, stellt der DGB klar, um eine wirtschaftliche, fiskalische und soziale Balance zu erreichen. Die Schadensbilanz fünf Jahre nach Ausbruch der Wirtschaftskrise ist katastrophal. Ein „substanzieller Politikwechsel" sei jetzt notwendig, betont Buntenbach. Denn mittlerweile sind über 25 Millionen Menschen in der EU arbeitslos, und fast ein Viertel der Bevölkerung ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

| www.dgb.de/-/NB3

Anzeige

ACE Auto Club Europa
Überzeugende Leistungen & überzeugende Positionen.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

TELEGRAMM

Gerechtigkeit *erwartet der DGB bei der Steuergesetzgebung. Es gehe nicht um eine Steuererhöhung für alle, sondern um eine gerechte Besteuerung der Einkommen und Vermögen. Das Geld werde dringend benötigt, um die notwendigen Investitionen in Bildung oder auch Infrastruktur zu finanzieren.*
| www.dgb.de/-/NE9

27 Milliarden Euro *fehlen dem Fiskus hierzulande durch entgangene Mehrwertsteuereinnahmen. Nach Berechnungen der EU beträgt das Defizit EU-weit 193 Milliarden Euro. In erster Linie sind es Betrüger, die den Staatskassen schaden. Der zuständige Kommissar Algirdas Šemeta macht aber auch Steuerschlupflöcher für die Mindereinnahmen verantwortlich.*

Bezahlbaren Wohnraum *für die wachsende Zahl der Studierenden fordert der DGB zum Semesterstart. Preisgünstige Mieten seien nur mit öffentlicher Förderung möglich. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack erwartet von der Bundesregierung jetzt einen bundesweiten Aktionsplan.*
| www.dgb.de/-/NnP

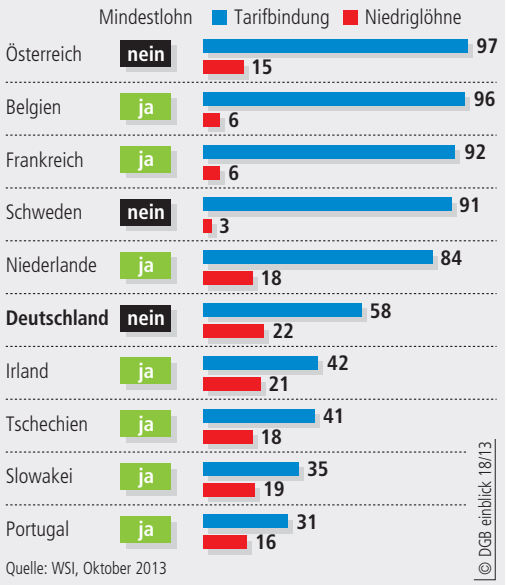
Ein Signal für Europa

Die europäischen Nachbarländer bauen auf einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland. Insbesondere die Krisenländer erhoffen sich davon ein Ende der rigiden Sparmaßnahmen und ein sozialeres Europa.

Mindestlohnkonferenz. Am 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, hatten DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung GewerkschafterInnen aus aller Welt nach Berlin eingeladen, um gemeinsam Erfahrungen mit Mindestlöhnen auszutauschen. Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, betonte zu Beginn der Konferenz, dass ein gesetzlicher Mindestlohn zentral für menschenwürdige Arbeit ist. „Lohn ist mehr als Geld. Lohn hat auch etwas mit Würde und Gerechtigkeit zu tun." Deswegen habe Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn dringend nötig. Das ist auch das Signal, das von der Konferenz an die Parteien ausging, die sich in ersten Sondierungsgesprächen zur Bildung der neuen Bundesregierung befinden.

Mit Mindestlohn und Tarifbindung gegen Niedriglöhne

Anteil der Beschäftigten mit Tariflohn und der Niedriglohnbezieherlnnen in Ländern mit und ohne allgemeinen Mindestlohn (in Prozent)



Quelle: WSI, Oktober 2013

Bei hoher Tarifbindung werden auch ohne allgemeinen Mindestlohn angemessene Löhne gezahlt. In Ländern wie Deutschland mit sinkender Tarifbindung muss ein gesetzlicher Mindestlohn her, um den Niedriglohnsektor einzudämmen.

Besonders die europäischen GewerkschafterInnen machten deutlich, dass ihre Hoffnungen auf einem gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland liegen. In Griechenland und Irland wurde der Mindestlohn auf Druck der Troika abgesenkt. Während das irische Verfassungsgericht diese Entscheidung kassierte, sank der griechische Mindestlohn im letzten Jahr um fast 23 Prozent. Andreas Stoimenidis, Präsidiumsmitglied des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE, hält die Absenkung für falsch. Gerade in Krisenzeiten sei ein stabiler Mindestlohn ein Zeichen dafür, dass die Lage sich wieder bessern kann. John Douglas, Vorsitzender des irischen Gewerkschaftsbundes ICTU, betont: „Ein Mindestlohn in Deutschland würde allen Hoffnung geben, dass das soziale Europa noch existiert." Er würde bestätigen, dass die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften in den europäischen Krisenstaaten falsch waren. Auch Stoimenidis sieht im deutschen Mindestlohn „ein zentrales Projekt für ganz Europa". Dann könnte in anderen Ländern nicht mehr die drastische Absenkung der Entgelte gefordert werden.

Frankreich hat mit 48 Prozent des Durchschnittslohns einen der höchsten Mindestlöhne, der regelmäßig automatisch an die Preis- und Lohnentwicklung angepasst wird. Doch auch Frankreich schaut auf die Entwicklungen hierzulande. In vielen Bereichen erwartet Jérôme Gautié vom Arbeits- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Pariser Universität Sorbonne direkte Auswirkungen eines deutschen Mindestlohns. So werde etwa auf die Entgelte in der französischen Fleisch- und Schlachtindustrie durch Dumpinglöhne in Deutschland massiver Druck ausgeübt. Ein Problem, auf das die NGG schon lange hinweist. Claus-Harald Güster, stellvertretender NGG-Vorsitzender, kritisiert, dass Deutschland „zum Schlachthaus Europas geworden und dabei zum Billiglohnland verkommen ist". Er sieht die Vorteile eines Mindestlohns vor allem darin, die Ausbeutung über Werkverträge zu stoppen. In der Fleischindustrie und in den Schlachtereien würden an Werkvertragsbeschäftigte, deren Anzahl die der Stammbelegschaft in den vier großen Unternehmen der Branche bei Weitem überschreitet, nur 3,50 Euro in der Stunde gezahlt. Eine gesetzliche Lohnuntergrenze würde das ändern. „Die Schlupflöcher für Lohndumping müssen in allen Branchen geschlossen werden", so Güster. Dies könne nur ein gesetzlicher Mindestlohn. Zudem muss die Einhaltung der Mindestlöhne durch mehr Kontrollen gesichert werden.

„Wo Überprüfungen unwahrscheinlich sind, wittern kriminelle Arbeitgeber ihre Chance, den Mindestlohn risikolos zu unterlaufen", warnt Harald Schaum, stellvertretender Vorsitzender der IG BAU. Gerade in den Krisenländern Irland und Griechenland ist die Zahl der Kontrolleure in den letzten Jahren massiv abgebaut worden. Claus-Harald Güster betonte zum Abschluss der Konferenz noch einmal: „Wir erwarten von der neuen Regierung, egal wie sie sich zusammensetzt, dass sie dieses Thema auf die Agenda setzt und einen gesetzlichen Mindestlohn einführt." ●

● IM NETZ

www.bit.ly/WSI_Mindestlohn
WSI-Mindestlohn-Datenbank

www.2013.wddw.org
Welttag für menschenwürdige Arbeit

● MEHR ZUM THEMA

Aktionen für gute Arbeit

Mit einem Hürdenparcours vor dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin hat die IG Metall am Welttag für menschenwürdige Arbeit, dem 7. Oktober, ihre Ansprüche an eine neue Bundesregierung deutlich gemacht: „Prekäre

Foto: IG Metall

Beschäftigung ist die größte Hürde für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Wer in der neuen Regierung Arbeitsministerin oder Arbeitsminister werden möchte, muss sie überspringen und den Weg frei machen für sichere und faire Arbeit", erklärt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Die Gewerkschaft fordert die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Auf der Homepage des Welttages für menschenwürdige Arbeit wurden 153 Aktionen in 57 Ländern registriert. Überall auf der Welt folgten Menschen dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und kamen unter dem Motto „Organisiert Euch" zusammen, um sich für mehr Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stark zu machen.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das Mitglied im Blick, der Mensch im Mittelpunkt.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Neuer WM-Austragungsort gefordert

Internationaler Gewerkschaftsbund. 44 WanderarbeiterInnen sind allein in diesem Sommer auf den Baustellen in Katar, dem Austragungsort der Fußball-WM 2022, ums Leben gekommen. Bis zu 1,2 Millionen WanderarbeiterInnen arbeiten dort unter katastrophalen Bedingungen. Der IGB hat den Weltfußballverband aufgefordert, einen neuen Austragungsort zu wählen. Mit der Kampagne „Re-run the Vote" will der IGB die FIFA zum Umlenken bewegen, damit die WM nicht „in einem Land stattfindet, in dem moderne Sklaverei Realität ist". IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow befürchtet, dass bis zu 4000 ArbeiterInnen ihr Leben verlieren könnten, „wenn nichts unternommen wird, um die Rechte der Wanderarbeiter zu stärken". Für den Bau der WM-Infrastruktur werden in den nächsten Jahren schätzungsweise 500 000 bis eine Million WanderarbeiterInnen in Katar gebraucht. Der DGB-Bundesausschuss unterstützt die Forderungen des IGB und hat eine eigene Resolution verabschiedet. Darin heißt es: „Die andauernden Verletzungen fundamentaler Arbeitnehmerrechte und die Missachtung des Rechtes auf körperliche Unversehrtheit sind unerträglich für eine Sportart, die eigentlich der Völkerverständigung dienen sollte."

| www.rerunthevote.org

BUCHTIPP

Stephan Siemens, Martina Frenzel: Burnout – eine Folge der neuen Organisation der Arbeit. Ein Leitfaden zum Verständnis für Interessenvertretungen und Beschäftigte, Arbeit und Leben DGB/VHS Herford, 100 Seiten, 6,50 Euro.

Burnout ist zum Volksleiden Nummer eins geworden. Eine Ursache sind die tiefgreifenden Umbrüche in der Arbeitswelt. Durch Umstrukturierungen und Neuordnungen sind die Beschäftigten zunehmend der maximalen Gewinnorientierung ausgeliefert. Stephan Siemens und Martina Frenzel analysieren in ihrer Publikation Ursachen und Folgen des Burnouts. Sie stellen fest, dass den meisten Erkrankten nicht bewusst ist, welche Faktoren auf ihre Psyche einwirken. Diese Unbewusstheit ermöglicht den Prozess des Burnouts. Der Rat der AutorInnen: Um dem „Ausbrennen" der Beschäftigten entgegenzuwirken, müssen ihnen die neuen Formen der Arbeitsorganisation bewusst gemacht werden. Dann können sie sich schützen, und Betriebsräte können wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen.

Ausbildung verbessern

Auszubildende in Hotels und Gaststätten klagen sehr häufig über die schlechten Ausbildungsbedingungen in ihrer Branche. Das belegt Jahr für Jahr der DGB-Ausbildungsreport. Die NGG-Region Rhein-Main hat ein beteiligungsorientiertes Projekt gestartet, um zu erfahren, welche Kritik, aber auch welche Verbesserungsvorschläge Auszubildende selbst haben. Sie können sich auf Facebook und in einem eigens eingerichteten Diskussionsforum zu Wort melden und diskutieren. Die Ergebnisse werden in einen Forderungskatalog übernommen. Im nächsten Schritt sollen die Arbeitgeber mit den Forderungen konfrontiert werden. Ziel ist es, tarifliche Lösungen für die Probleme zu finden. Unabhängig von dieser Initiative sind die Auszubildenden eingeladen, sich in Gremien der NGG zu beteiligen.

Facebook: | www.tinyurl.com/HoGa-Ausbildung
NGG-Forum: | www.gute-ausbildung-im-gastgewerbe.de

Vernetzt für gute Arbeit

Gesellschaftliche Teilhabe. Die gewerkschaftsnahen Beratungseinrichtungen für MigrantInnen im DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg haben sich zum Internationalen Zentrum für Migration und gute Arbeit zusammengeschlossen. Auf Initiative von DGB und Arbeit und Leben wollen sich die Stellen so enger vernetzen, um die gesellschaftliche Teilhabe von MigrantInnen zu verbessern. Zu dem Zentrum gehören unter anderem das Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte, der Arbeitskreis undokumentierte Arbeit und das DGB-Beratungsprojekt „Faire Mobilität". Dieses berät an insgesamt sechs Standorten in Deutschland mobile ArbeitnehmerInnen aus Mittel- und Osteuropa in ihren Landessprachen.

Datenschutz gestalten

Konferenz. Der DGB und die Datenschutz-und Technologieberatung (dtb) laden ArbeitnehmervertreterInnen vom 5. bis zum 7. November zu einem Datenschutz-Forum nach Berlin ein. Unter dem Motto „global – digital - total" werden führende ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft über den Datenschutz im Internetzeitalter referieren und diskutieren. So werden in vier unterschiedlichen Workshops Aspekte internationaler Datenschutzregeln oder die Rechte und Pflichten von Betriebs- und Personalräten erläutert.

| www.bit.ly/dtb_2013

INTERREGIO

*Die **DGB-Jugend NRW** ruft SchülerInnen ab der 5. Klasse auf, an ihrem **Fotowettbewerb** gegen Rassismus und Diskriminierung an Schulen teilzunehmen. Unter dem Motto „Empört euch, engagiert euch!" soll alltägliche Ausgrenzung sichtbar gemacht werden. Bis Mitte Dezember können Fotos oder kurze Fotostrecken ein gereicht werden.*
| www.nrw-jugend.dgb.de/fotowettbewerb

*Das **DGB-Bildungswerk Hessen** feiert sein 40-jähriges Bestehen. Die **Festschrift** blickt unter dem Motto „Lernen. Verändern. Zukunft gestalten" auf vier Jahrzehnte Engagement für das Recht auf politische (Weiter-) Bildung zurück. Birgit Groß, Leiterin des Bildungswerks, fordert bessere Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme von Bildungsarbeit.*
| www.dgb-bildungswerk-hessen.de

*Der **DGB Sachsen-Anhalt** hat eine **Petition** im Internet gestartet, damit die schwarz-rote Landesregierung ihre Sparpolitik beendet. Kürzungspolitik eröffne dem Land keine positiven Zukunftsperspektiven, erklärt der DGB. Alle BürgerInnen sind aufgerufen, sich an der Petition auf der Plattform openPetition zu beteiligen. Die Petition läuft noch bis Anfang 2014.*
| www.bit.ly/petition_dgb_sa

IN EIGENER SACHE

***Tolle Resonanz.** Viele LeserInnen haben der Redaktion ein Feedback zum neuen einblick-Layout gegeben. Dafür herzlichen Dank. Neben den überwiegend lobenden Zuschriften gab es auch Kritik. Insbesondere die in manchen Teilen des Heftes zu kleine Schrift wurde häufiger bemängelt. Wir haben reagiert und in dieser Ausgabe die kritischen Textbereiche angepasst.*

„Wir müssen Gestaltungskraft bleiben“

Der IG BCE-Kongress in Hannover stellt die Weichen für die Politik der Gewerkschaft in den nächsten vier Jahren. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis im einblick-Interview.

Wie sieht deine Bilanz der ersten vier Jahre als IG BCE-Vorsitzender aus?

Es waren turbulente Zeiten. Vieles, was uns in den letzten Jahren sehr gefordert hat, war 2009 noch nicht vorhersehbar – die Eurokrise, der Versuch aus Brüssel, das deutsche Gesetz zum Ausstieg aus der Steinkohle zu kippen, die Energiewende. Angetreten war ich, um einerseits Kontinuität in den bewährten Politikformen der IG BCE zu wahren, andererseits die IG BCE aber auch für neue Themen oder Diskurse zu öffnen – auch mit Organisationen und Parteien, die uns eher fern stehen. Beides, denke ich, ist gelungen. Die IG BCE ist in ihren Branchen, in den Unternehmen und mit der Politik weiterhin gut vernetzt. Themen wie Nachhaltigkeit werden in der Organisation nun breit diskutiert. Für viele Gruppen etwa aus der Ökologiebewegung sind wir mittlerweile ein respektierter, wenn auch kritischer Gesprächspartner. Das hat sowohl uns als auch der Debatte gut getan.

Was versteht die IG BCE unter Nachhaltigkeit?

Nachhaltigkeit wird oft nur mit ökologischer Verträglichkeit gleichgesetzt. Für mich ist das aber mehr – es geht um eine ausgewogene Balance von Ökologie, Ökonomie und sozialen Aspekten. Nur so lassen sich die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Die IG BCE setzt sich mittlerweile auch für den gesetzlichen Mindestlohn ein. Wieso?

Angesichts der zunehmenden Prekarisierung vieler Bereiche der Arbeitswelt brauchen wir mehr staatlichen Schutz, dazu gehört der gesetzliche Mindestlohn. Ich habe in den Debatten im DGB aber auch davor gewarnt, nicht den Fehler zu machen, dass Gewerkschaften ihre Forderungen vor allem beim Staat abgeben. Wir müssen weiterhin selbst Gestaltungskraft bleiben. Wir müssen Konzepte entwickeln, um in den nicht nur sozial, sondern auch gewerkschaftlich prekären Bereichen wieder geordnete Strukturen zu schaffen. Dazu brauchen wir mehr Beteiligungsrechte.

Wie lautet dein Fazit zur Organisationsentwicklung der IG BCE?

Es ist uns gelungen, den Trend in der Mitgliederentwicklung in den Bereichen zu drehen, auf die es besonders ankommt. Bei den Frauen, bei der Jugend, bei den Betriebstätigen insgesamt haben wir Zuwächse. Unsere Zielgruppenarbeit hat sich bewährt. Die Erfolge sind Ergebnis eines systematischen Prozesses. Wir haben in der gesamten Organisation über unsere strategischen Schwerpunkte und deren Umsetzung diskutiert und waren uns einig: Wir wollen neue Mitglieder gewinnen und in den Betrieben stärker werden. Dazu haben die Bezirke phantastische eigene Aktivitäten entwickelt, die vom Vorstand mit Geld und Personal unterstützt werden. Entstanden sind eine ganze Reihe neuer Angebote, die wirklich gut angenommen werden. Unser Organisationsprojekt „Zukunftsgewerkschaft 2020“ werden wir weiter vorantreiben. In den letzten vier Jahren ist der Optimismus gewachsen, dass wir unsere strukturellen Probleme gut bewältigen können. Es herrscht Aufbruchstimmung. Das freut mich sehr.

„Zeit, weiter zu denken“ ist das Motto des Kongresses. Was folgt daraus für die Schwerpunkte eures Kongresses – Europa, Arbeit, Energie?

Wir wollen das soziale Europa konkret machen. Wir wollen deutlich machen, dass die bisherigen Krisenbewältigungsstrategien vor allem zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Südeuropa gehen. Die Beschäftigten sind aber nicht für die Krise verantwortlich. Dazu kommt: Deutschland lebt vom Export – und kann nur exportieren, wenn die Waren auch bezahlt werden. Deshalb liegt eine gute Entwicklung in den Krisenstaaten auch in unserem wohlverstandenen eigenen Interesse. Diese Zusammenhänge wollen wir verdeutlichen und dem immer wieder gemalten plumpen chauvinistischen Bild etwas entgegensetzen.

Um was geht es beim Thema Arbeit?

Es geht sowohl um die Gestaltung von guter Arbeit als auch um die Eindämmung schlechter Arbeit. Die zunehmende Destabilisierung und überbordende Flexibilisierung der Arbeitswelt machen uns große Sorgen. Wir brauchen eine neue Ordnung der Arbeit. Da muss der Gesetzgeber liefern, auch damit wir tarifpolitisch andocken können. Mit Tarifverträgen, etwa zur Demografie, zur Ausbildung, zur Altersvorsorge, sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen. Aber das reicht nicht aus, die Bundesregierung muss mit ins Boot. Ohne vernünftige Rahmenbedingungen wird es nicht gehen.

Welche Schwerpunkte setzt ihr in der energiepolitischen Debatte?

Fast alle unsere Branchen sind energieintensiv. Bezahlbare Energie ist eine Standortfrage. Alle freuen sich darüber, dass wir Exportweltmeister sind, aber man muss auch etwas tun, dass es so bleibt. Das Management der Energiewende ist schlicht mangelhaft. Steigende Energiekosten mindern nicht nur unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch den Verhandlungsspielraum in Tarifrunden und verstärken den Rationalisierungsdruck. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat man ein extrem teures System geschaffen, um die Erneuerbaren zu fördern. Das war am Anfang im Sinn einer Starthilfe richtig, ist heute aber nicht mehr tragbar. Würden die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen gestrichen, wäre das der unmittelbare Todesstoß beispielsweise für die Aluminiumindustrie. Wir setzen uns für bezahlbare Energie für Verbraucher und Industrie und eine EEG-Reform ein. Wir wollen eine Reform, weil wir den Erfolg der Energiewende wollen.

Foto: IG BCE

Michael Vassiliadis, 49, ist seit Oktober 2009 Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

MEHR ZUM THEMA

IG BCE-Kongress

„Zeit, weiter zu denken“ ist das Motto des 5. Ordentlichen Gewerkschaftskongresses der IG BCE vom 13. bis 18. Oktober 2013 in Hannover. Europa, Arbeit und Energie sind die inhaltlichen Schwerpunkte des Kongresses. Die 400 Delegierten beraten über 396 Anträge. Daneben stehen auch Vorstandswahlen an. Einstimmig hat der Hauptvorstand Michael Vassiliadis zur Wiederwahl als Vorsitzender vorgeschlagen. IG-BCE-Vize Ulrich Freese, gerade für die SPD in den Bundestag gewählt, kandidiert nach 14 Jahren nicht mehr. Als neue stellvertretende Vorsitzende wurde Edeltraud Glänzer vorgeschlagen, die dem Vorstand seit 2005 angehört. Zur Wiederwahl sind Egbert Biermann und Peter Hausmann benannt. Als neues Vorstandsmitglied wurde Ralf Sikorski, bisher Landesbezirksleiter der IG BCE Rheinland-Pfalz/Saarland, nominiert.

www.igbce.de

IM NETZ

www.einblick.dgb.de
Die Langfassung des Interviews

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsames Denken & solidarisches Handeln.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

KURZ & BÜNDIG

Die IG BAU hat die Politik aufgefordert, mehr in die Infrastruktur zu investieren. So unterstützt sie die Finanzierungsvorschläge einer von den Verkehrsministern eingesetzten Kommission. Diese schlägt unter anderem ein Sondervermögen mit mindestens 2,7 Milliarden Euro vor, um Verkehrswege zu sanieren. Die IG BAU fordert, gesetzliche und tarifliche Arbeitsbedingungen bei Baumaßnahmen einzuhalten.

ver.di hat die geplanten Stellenstreichungen beim Verlag M. DuMont Schauberg scharf kritisiert. „Die Zerschlagung des Verlags M. DuMont Schauberg mittels Kündigungen und Tarifflucht ist der falsche Weg", so der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. In dem Verlag erscheinen unter anderem die Berliner Zeitung und der Kölner Stadt-Anzeiger.

Die GEW unterstützt die Forderung der Bildungsinternationalen, weltweit 1,5 Millionen Lehrkräfte einzustellen. „Gute Bildung braucht gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer." ErzieherInnen und Lehrkräfte müssten den Anforderungen von inklusiver Bildung und multiethnischen Klassen gerecht werden, erklärt die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Die Bildungsinternationale hat ein Aktionsjahr für gute Bildung ausgerufen.

Die EVG protestiert gegen das von EU-Verkehrskommissar Siim Kallas geplante so genannte vierte Eisenbahnpaket. Vor allem die Trennung von Infrastruktur und Betrieb steht in der Kritik. Die EVG werde weiterhin dafür kämpfen, dass die Deutsche Bahn AG nicht zerschlagen wird. Ansonsten stünden viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Schützen, helfen und gestalten. Wir statt ich.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Neues DGB-Vorstandsmitglied gewählt

DGB-Bundesausschuss. Reiner Hoffmann, 58, wird neues Mitglied im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. 91,3 Prozent der Delegierten des DGB-Bundesausschusses wählten den Leiter des IG-BCE-Landesbezirks Nordrhein am 1. Oktober in den Vorstand. Er tritt das Amt am 1. Februar 2014 an. Reiner Hoffmann wird die Arbeitsbereiche von Claus Matecki übernehmen, der im Januar 65 wird und aus dem DGB-Vorstand ausscheidet. Hoffmann ist damit für die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, den DGB-Haushalt und innere Finanzangelegenheiten sowie für die Abteilung Veranstaltungen und Innenservice verantwortlich. „Der DGB kann sich glücklich schätzen, mit Reiner Hoffmann einen erfahrenen und versierten Gewerkschafter als neues Mitglied im Vorstand begrüßen zu können", erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Seit vier Jahren leitet Reiner Hoffmann den Landesbezirk Nordrhein der IG BCE. Zuvor war er unter anderem bei der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und 16 Jahre beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) in Brüssel tätig. Dort hatte Reiner Hoffmann zuletzt das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs inne. „Die Zustimmung zu meiner Wahl in den geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand freut mich sehr", so Hoffmann. Seine Europa-Kompetenz will er in die Arbeit des DGB einbringen: „Gerade in der Wirtschafts-, Struktur- und Finanzpolitik der EU brauchen wir einen Kurswechsel, um das soziale Europa zu stärken." Hoffmann versteht sich als „Brückenbauer". „Bei der HBS ging es darum, Brücken zwischen den Gewerkschaften und der Wissenschaft zu bauen, beim EGB darum, unterschiedliche Gewerkschaftskulturen, Traditionen und Strukturen zu verstehen und sie für eine konstruktive europäische Zusammenarbeit der Gewerkschaften zu nutzen", erklärte er vor dem DGB-Bundesausschuss.

Foto: DGB/Steinle

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, gratuliert Reiner Hoffmann zur Wahl in den geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand.

Ausbeutung stoppen

Entsendegesetz. IG BAU, NGG und die GdP warnen gemeinsam vor den Folgen der „Durchsetzungsrichtlinie" zur Entsendung. „Die geplante Regelung öffnet Ausbeutung und Menschenhandel Tür und Tor." Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek betont: „Wir sehen in den geplanten Regelungen einen Rückfall auf das Herkunftslandprinzip und die Einschränkungen der Kontrollmöglichkeiten für die Mitgliedstaaten."

In einem gemeinsamen Brief an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen (CDU) weisen die drei DGB-Gewerkschaften darauf hin, dass Menschenhandel als typisches grenzüberschreitendes Phänomen in Deutschland nur erfolgreich bekämpft werden könne, wenn die zuständigen Behörden eng zusammenarbeiten. Kämen die geplanten Regeln zur Entsendung zustande, würde der wirkungsvolle Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung behindert.

Tarifrunde 2014: Kündigungstermine

Im kommenden Jahr laufen Entgelttarifverträge für rund 10,8 Millionen Beschäftigte aus. Darauf weist das WSI-Tarifarchiv hin. So endet im Januar der Tarifvertrag bei der Deutschen Telekom AG, im Februar der Vertrag für den öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden). Es folgen Ende April die Tarifverträge im Bauhaupt- und dem Bankgewerbe. Ende Mai laufen die Verträge für die Eisen- und Stahlindustrie, Ende Juli bei der Deutschen Bahn aus. Im Dezember stehen die Kündigungstermine für die Metall- und Elektroindustrie sowie den öffentlichen Dienst der Länder an. Die Internetseite des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts informiert über alle Termine.

I www.boeckler.de/14_44127.htm

ArbeiterInnen ohne Rechte

Orangensaftproduktion. Eine gemeinsame Studie von ver.di und der Christlichen Initiative Romero (CIR) hat die gesamte Orangensaft- Lieferkette von den Plantagen Brasiliens bis in die deutschen Supermärkte unter die Lupe genommen und hier wie dort prekäre Arbeitsbedingungen festgestellt. ver.di kritisiert unter anderem die Verantwortungslosigkeit der Unternehmen Edeka und Rewe. Sie hätten auch die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen am Anfang der Lieferkette. Doch auch am Ende, in Deutschland, werden die Arbeitsbedingungen schlechter. „Durch Ausgründung entstehen nahezu betriebsratsfreie und tariflose Bereiche, in dem die Kaufleute nach eigenem Ermessen entscheiden", so ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger.

I www.bit.ly/orange2013

Gute Unternehmensführung durch Mitbestimmung

Die neue Bundesregierung muss die betriebliche Mitbestimmung stärken. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel fordert eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes.

Betriebsverfassung. Die betriebliche Mitbestimmung wird allseits gelobt, auch von der Bundeskanzlerin. Dennoch weiten sich die „weißen Flecken" auf der Landkarte der Mitbestimmung aus. Die gesetzlich geforderten Betriebsratswahlen sind keine Selbstverständlichkeit mehr. Auch die sich stets ändernden ökonomischen Verhältnisse und neuen Technologien machen klar: Zwölf Jahre nach der rot-grünen Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ist eine neue Reform überfällig.

Die Chancen für echte Verbesserungen stehen gut. Im neuen Bundestag sind ausschließlich Abgeordnete aus Parteien vertreten, die die betriebliche Mitbestimmung positiv bewerten. Nun müssen Worten Taten folgen. Ich fordere die Parteien auf, die betriebliche Mitbestimmung nicht nur in Sonntagsreden zu loben, sondern sie zu stärken und zu sichern. In den Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen gehört die Reform der Betriebsverfassung auf die Tagesordnung. Entsprechende gewerkschaftliche Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Bessere Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Personalplanung und -auswahl: Leiharbeit kann ebenso wie der explosionsartig steigende Einsatz von Werkverträgen zu einer Gefährdung des Betriebsfriedens und der Stammbelegschaft führen. Gleiche Arbeit wird nicht mehr gleich bezahlt. ArbeitnehmerInnen mit gleichen Aufgaben haben sehr unterschiedliche Rechte. Die Betriebsräte brauchen deshalb bei der Planung und Vergabe von Werkverträgen, inklusive Honorar- und Dienstverträgen, sowie der Leiharbeit verstärkte Informations- und Beratungsrechte und ein Zustimmungsverweigerungsrecht.

Ausweitung des „vereinfachten Wahlverfahrens" bei Betriebsratsgründungen: Das aktuelle IAB-Betriebspanel zeigt, dass 2012 in Westdeutschland nur noch 43 Prozent der Beschäftigten in der Privatwirtschaft in einem Betrieb mit Betriebsrat arbeiteten. In Ostdeutschland sind es sogar nur 36 Prozent. Diese Erosion hat Gründe. Die Wahlen sind nicht mehr ausreichend geschützt, aus Unkenntnis und Angst wird nicht gewählt. Damit Beschäftigte bei Betriebsratsgründungen besser geschützt werden, muss das Wahlverfahren weiter vereinfacht werden. Das vereinfachte Wahlverfahren für Betriebe mit bis zu 50 wahlberechtigten Beschäftigten muss auf Betriebe mit bis 100 Wahlberechtigten ausgeweitet werden. Außerdem sollte der Kündigungsschutz für den Wahlvorstand für die gesamte Wahlperiode gelten. Das stärkt den Mut, gegen den Widerstand eines Managements demokratische Rechte wahrzunehmen. Auch eine öffentliche Berichtspflicht, ob Betriebsräte nach dem Gesetz gewählt wurden, kann helfen.

Grenzüberschreitende Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen: Die Wirtschaft ist längst international unterwegs. Trotzdem kann in transnationalen Konzernen kein Konzernbetriebsrat gegründet werden, sofern der Sitz der Konzernspitze im Ausland ist und in Deutschland keine Unterkonzernspitze existiert. Die Bildung eines Konzernbetriebsrats muss künftig verpflichtend sein. Auch dann, wenn das Mutterunternehmen seinen Sitz im Ausland hat. Um eine angemessene grenzüberschreitende Interessenvertretung zu ermöglichen, müssen Betriebsräte das Recht erhalten, sich mit den internationalen Vertretungsgremien zu treffen. Die Kosten dafür muss der Arbeitgeber tragen.

Besserer Schutz gegen die Verhinderung von Betriebsratswahlen und die Behinderung der Betriebsratstätigkeit: Immer häufiger werden Fälle bekannt, in denen Betriebsratswahlen verhindert oder Mitglieder bestehender Gremien systematisch durch den Arbeitgeber unter Druck gesetzt werden. Eine Befragung des WSI unter hauptamtlichen GewerkschafterInnen hat ergeben, dass mehr als der Hälfte der Befragten Fälle bekannt sind, in denen Unternehmen versucht haben, die Gründung eines Betriebsrats zu verhindern. Gut ein Drittel kennt Betriebe, in denen bereits existierende Betriebsräte vom Management behindert werden. Es sind also längst nicht mehr wenige Einzelfälle, Tendenz steigend. Fragwürdige Angebote von JuristInnen, für einen betriebsrats- und gewerkschaftsfreien Betrieb zu sorgen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Notwendig wären entsprechende Schulungen und Weisungen an die Staatsanwaltschaften, um dem Recht in solchen Fällen zum Durchbruch zu verhelfen. Die Einrichtung entsprechender Schwerpunktstaatsanwaltschaften könnte ein wunderbares Signal sein. Bund und Länder sind hier gefordert.

Natürlich gibt es noch weitere unaufschiebbare Reforminhalte, etwa zur Frage, wie Arbeitsplätze und -zeiten sowie Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten bei der Einführung von digitalen Vernetzungstechniken nach den Vorstellungen der Industrie 4.0 gestaltet werden. Ebenso muss die Unternehmensmitbestimmung weiter entwickelt werden. Eine Umgehung der Mitbestimmung durch die Umwandlung in eine Europäische Aktiengesellschaft SE oder in andere ausländische Rechtsformen darf nicht länger möglich sein. Da ist die Bundesregierung in der Pflicht. Zudem sind die Möglichkeiten für eine echte Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenskapital ohne die FDP gewachsen. Auch die Stärkung des Arbeitsdirektors in allen Kapitalgesellschaften und eine niedrigere Schwelle als 2000 Beschäftigte für die paritätische Unternehmensmitbestimmung sind in einer beteiligungsorientierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft überfällig.

Foto: DGB/Simone M. Neumann

Dietmar Hexel, 63, ist im DGB-Bundesvorstand unter anderem für Mitbestimmungspolitik, Corporate Governance und CSR zuständig.

MEHR ZUM THEMA

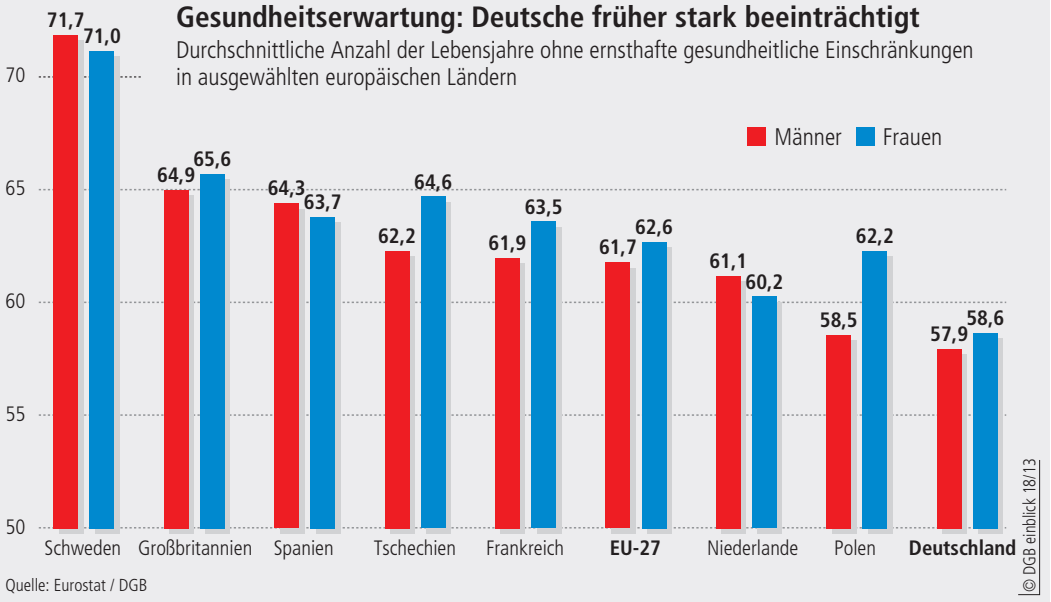
Betriebsratswahlen 2014

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2014 finden die turnusgemäßen Betriebsratswahlen statt. Unter dem Motto „Deine Wahl – Deine Stimme – Betriebsratswahlen" mobilisieren DGB und Gewerkschaften für eine hohe Wahlbeteiligung und haben gemeinsame Materialien zu den Betriebsratswahlen 2014 erstellt. Nach der erfolgreichen Kooperation 2006 und 2010 stehen auch 2014 Printmaterialien sowie ein elektronischer Wahlhelfer mit gemeinsamem Motto, Logo und Design zur Verfügung. Außerdem wurden Kurzhinweise und Merkblätter in 19 Sprachen erstellt. Die Wahlleitfäden für das normale bzw. vereinfachte Wahlverfahren bieten eine praxisorientierte Anleitung zur Wahl. Darüber hinaus gibt es Flyer zur Betriebsratswahl, zur Erstwahl und zur Leiharbeit.

Die DGB-Materialien richten sich an die DGB-Gliederungen. Die Gewerkschaften haben darüber hinaus weiteres Informationsmaterial erstellt, das auf die Besonderheiten ihrer Branche eingeht. Sie beraten die Beschäftigten vor Ort und unterstützen sie bei der Wahl eines Betriebsrats.

DIE DGB-GRAFIK

Die Lebenserwartung steigt. Deshalb hat die Politik die Rente mit 67 durchgesetzt. Allerdings hat sie dabei ausgeblendet, wie es um die Gesundheit der Menschen steht. Daten von Eurostat zeigen: Viel früher als ArbeitnehmerInnen in anderen europäischen Ländern leiden Männer und Frauen hierzulande unter gesundheitlichen Einschränkungen, die die Bewältigung des Alltags nicht mehr in gewohnter Weise zulassen. Für alle, die wegen gesundheitlicher Belastungen am Arbeitsplatz ihren Job aufgeben müssen, ist die Rente mit 67 eine Rentenkürzung.



Quelle: Eurostat / DGB

FILMTIPP

Bottled Life – Das Geschäft mit dem Wasser

Große Konzerne sichern sich weltweit Zugriff auf Quellen und verkaufen Wasser als teures Lifestyle-Produkt. Auch die EU hat Ambitionen, den Wassermarkt zu liberalisieren. Erst kürzlich haben sich knapp zwei Millionen Menschen in Europa gegen die Privatisierung von Wasser ausgesprochen. Der Film „Bottled Life" zeigt, wie große Konzerne vorgehen, um sich Vorteile am Wassermarkt zu sichern.

| www.bit.ly/bottle_film

SERVICE

Ab November liegt der **DGB-Taschenkalender 2014** wieder kostenlos in den Gewerkschaftshäusern vor Ort bereit. Neben allen wichtigen Terminen, Jahrestagen und Kongressen bietet der Taschenkalender präzise Informationen über den DGB und die Gewerkschaften. So gibt es die Mitgliedszahlen sowie umfassende Kontaktdaten zu den Gewerkschaften. Zudem werden Projekte, Medien und Kampagnen des DGB und der Gewerkschaften vorgestellt und Links zu weiterführenden Informationen geliefert. Hinweise im Kalendarium erinnern an herausragende historische Ereignisse, etwa den Beginn des Ersten Weltkrieges 1914. Der Kalender kann auch online im DGB-Bestellservice bestellt werden. Ein Exemplar kostet dann einen Euro plus Versandkosten.

| www.dgb-bestellservice.de

TERMINE

15.10.
IG Metall NRW, Arbeit und Leben Bielefeld, Fachtagung „Wie gestalten wir die Industrie 4.0", Paderborn

15.10.
DGB-Jugend NRW, Lesung „Mutterkorn", Köln

16./17.10.
[m]5-consulting in Kooperation mit DGB und Gewerkschaften, Deutscher Betriebsräte-Tag, Bonn

17.10.
Arbeitsrecht im Betrieb, DGB, Otto-Brenner-Stiftung, Verleihung des Deutschen Betriebsräte-Preises 2013, Bonn

17.10.
Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut

19.10.
Friedrich-Ebert-Stiftung, Workshop „BarCampFrauen", Berlin

21./22.10.
ver.di, Workshop „Werkstatt zur Guten Arbeit", Berlin

21.10.
Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachkonferenz „Duale Berufsausbildung – Auslaufmodell oder Exportschlager", Berlin

22.10.
DGB, Workshop „Krisenerfahrung und Politikvertrauen im Betrieb", Berlin

24.10.
ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, 10. Arbeitsschutzkonferenz „Fit in die Rente", Hannover

24.10.
Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall, Tagung „Ökonomische Bildung", Frankfurt/Main

SCHLUSSPUNKT

„Die Flüchtlinge sind nicht illegal, sie werden illegalisiert."

Heribert Prantl kritisiert in der Süddeutschen Zeitung vom 7. Oktober die Flüchtlingspolitik der EU.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Gesetzliche Unfallversicherung

Kein Schutz bei Privattelefonaten

Persönliche oder eigenwirtschaftliche Verrichtungen wie Essen oder Einkaufen während der Arbeitszeit können den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz unterbrechen. Dies gilt auch für privates Telefonieren während der Arbeitszeit, wenn damit die versicherte Tätigkeit nicht lediglich geringfügig unterbrochen wird.

Der Fall: Ein Lagerarbeiter, der mit seiner Frau mit dem Handy telefonieren wollte, verließ zu diesem Zweck die Lagerhalle. Als er nach dem zwei- bis dreiminütigen Telefonat in die Halle zurückkehrte, verdrehte er sich an einem Begrenzungswinkel der Laderampe das Knie und erlitt einen Kreuzbandriss. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab, privates Telefonieren sei nicht gesetzlich unfallversichert. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der gesetzliche Unfallversicherungsschutz setzt voraus, dass der Unfall infolge einer versicherten Tätigkeit eintritt. Persönliche oder eigenwirtschaftliche Verrichtungen unterbrechen regelmäßig den Unfallversicherungsschutz. Nur bei zeitlich und räumlich geringfügigen Unterbrechungen bleibt der Versicherungsschutz bestehen. Dies ist der Fall, wenn die private Tätigkeit „im Vorbeigehen" oder „nebenher" erledigt wird. Hiervon ist im konkreten Fall nicht auszugehen. Da die Unterbrechung der versicherten Tätigkeit bis zur Rückkehr an den Arbeitsplatz angedauert habe, ist der nach dem Telefonat eingetretene Unfall nicht der versicherten Tätigkeit zuzurechnen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 17. September 2013 – L 3 U 33/11

Persönlichkeitsrecht

Recht auf eigenes Bild nicht vorrangig

Das Recht des Arbeitnehmers auf das eigene Bild muss zurücktreten, wenn dem Arbeitgeber schutzwürdigere Interessen zur Seite stehen.

Der Fall: Der als Produktionshelfer beschäftigte Arbeitnehmer war vier Wochen arbeitsunfähig krankgeschrieben. Während der Arbeitsunfähigkeit traf der Abteilungsleiter und Vorgesetzte den Arbeitnehmer an einer Autowaschanlage an. Er reinigte gemeinsam mit seinem Vater einen Pkw. Der Abteilungsleiter war über die Tätigkeiten und körperliche Verfassung des Arbeitnehmers erstaunt und fertigte mit seinem Handy Fotos, um seine Beobachtung zu dokumentieren. Damit war der Arbeitnehmer nicht einverstanden und beantragte, dem Abteilungsleiter einstweilen zu untersagen, ihn, den Arbeitnehmer, zu filmen oder zu fotografieren. Mit diesem Antrag hatte er keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmer hat keinen Anspruch auf Unterlassung. Hier hat zwar ein Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht vorgelegen. Denn dieses Recht umfasst auch das Recht am eigenen Bild. Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht können jedoch durch Wahrnehmung schutzwürdiger Interessen des Arbeitgebers gerechtfertigt sein. Hier bestand aus Sicht des Vorgesetzten der konkrete Verdacht, dass der Arbeitnehmer seine Arbeitsunfähigkeit vorgetäuscht und damit einen Entgeltfortzahlungsbetrug begangen haben könnte. Zudem ist zu berücksichtigen gewesen, dass keine heimliche Überwachung vorgenommen wurde.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 11. Juli 2013 – 10 SaGa 3/13

URTEILE

Pädagogische Mitarbeiter

Abrechnung erfolgt stundenweise

Es besteht kein allgemeiner Rechtssatz, wonach die Zuweisung von Arbeitseinsätzen von weniger als einer Stunde unzulässig ist. Ist eine pädagogische Mitarbeiterin in einer Schule für den „stundenweisen Einsatz" eingestellt, ist jeder einzelne Arbeitseinsatz – eben auch eine einzelne Unterrichtsstunde – in vollen Stunden abzurechnen.

Landesarbeitsgericht Niedersachsen,
Urteil vom 16. Juli 2013 – 11 Sa 142/13

Sozialhilfe

Erfasst auch Ruheraum für Pflegekraft

Behinderte und pflegebedürftige Menschen können unter bestimmten Voraussetzungen ihre Betreuung rund um die Uhr im sogenannten Arbeitgebermodell selbst organisieren.
Ist das der Fall, dann können sie für ihre notwendige häusliche Pflege die anteiligen Kosten für einen Aufenthalts- und Ruheraum ihrer angestellten Pflegekräfte von der Sozialhilfe erstattet bekommen.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 28. Februar 2013 – B 8 SO 1/12 R

Haftung im Pflegeheim

Besondere Sorgfalt ist erforderlich

Wird vom Pflegeheimpersonal heißer Tee in Thermoskannen unbeaufsichtigt in einem Raum mit pflegebedürftigen und auch demenzkranken Heimbewohnern zurückgelassen, so haftet der Heimbetreiber, wenn sich eine im Rollstuhl sitzende pflegebedürftige Heimbewohnerin mit heißem Tee verbrüht.

Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht,
Urteil vom 31. Mai 2013 – 4 U 85/12

Gründungszuschuss

Wird mit Lohnanspruch verrechnet

Der Gründungszuschuss sichert den Lebensunterhalt in der Gründungsphase einer selbstständigen Tätigkeit nach Beendigung der Arbeitslosigkeit. Er ersetzt damit als Sozialleistung bestehende Entgeltansprüche gegenüber dem Arbeitgeber aufgrund einer unwirksamen Kündigung. Bestehen in der Zeit der Leistung noch Entgeltansprüche des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber, so gehen diese auf den Leistungsträger über.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 16. Juli 2013 – 16 Sa 383/13

Krematorium

Zahngold ist herrenlos

Das Zahngold in der Asche Verstorbener ist herrenlos. Nimmt aber ein Arbeitnehmer das Zahngold an sich, kann der Krematoriumsbetreiber als Geschäftsherr Herausgabe verlangen. Bei verschuldeter Unmöglichkeit der Herausgabe haftet der Arbeitnehmer auf Schadensersatz.

Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 26. Juni 2013 – 5 Sa 110/12

einblick

GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR.19** VOM 28.10.2013

Deutsche wollen aktiven Staat

Eine gerechtere Steuerpolitik und einen flächendeckenden Mindestlohn – das erwartet die Mehrheit der Deutschen von der künftigen Regierungskoalition. Unterstützung für beides gibt es auch von internationalen Organisationen.

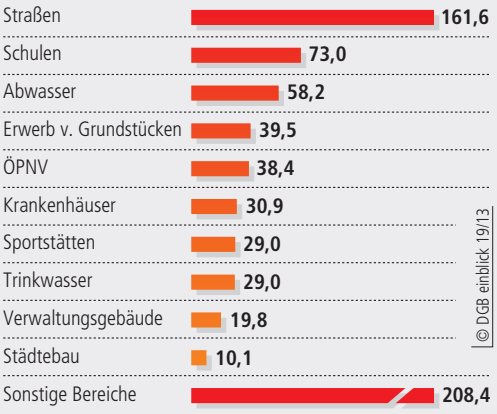
Koalitionsverhandlungen. Die Verhandlungen zwischen Union und SPD für eine große Koalition haben begonnen. Laut ZDF-Politbarometer vom 18.Oktober halten 61 Prozent aller Deutschen ein schwarz-rotes Bündnis für am besten geeignet, die anstehenden Probleme in Deutschland zu lösen. Inhaltlich steht die Mehrheit der Befragten dabei hinter den gewerkschaftlichen Forderungen: Für 83 Prozent ist ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro ein Muss, 69 Prozent sprechen sich zudem für einen höheren Spitzensteuersatz aus. Die Deutschen wollen einen aktiven Staat. Das hat auch eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag von attac und Campact ergeben. Statt öffentliche Leistungen zu kürzen, will die große Mehrheit der Befragten, 69 Prozent, höhere Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen. Selbst 61 Prozent der UnionswählerInnen sind dieser Meinung.

Auch aus Sicht des DGB sind eine gerechtere Besteuerung der Einkommen und Vermögen und ein flächendeckender Mindestlohn unverzichtbar. „Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durchsetzt", betont die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. Die Gewerkschaften fordern von Union und SPD in ihren Koalitionsverhandlungen unter anderem, Arbeitnehmerrechte zu stärken und die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sicherzustellen (*einblick 18/13*).

Unterstützung für den Mindestlohn und eine gerechtere Steuerpolitik kommt nun auch von ungewohnter Seite. Die Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hält einen gesetzlichen Mindestlohn hierzulande in Höhe von 8,50 Euro in der Stunde für „ganz vernünftig", wie OECD-Ökonom Mark Keese gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters erklärte. Und der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht Spielraum für höhere Steuern für Spitzenverdiener. Das Potenzial bei den Staatseinnahmen werde derzeit nicht ausgenutzt, heißt es in einer aktuellen IWF-Studie. Es gäbe Möglichkeiten, „mehr Einnahmen an der Spitze der Einkommensverteilung zu erzielen, falls dies gewünscht ist". Würde Deutschland in der Steuerbelastung mit anderen europäischen Ländern gleichziehen, könnten Mehreinnahmen von rund 80 Milliarden Euro jährlich erreicht werden. Diese Mehreinnahmen werden gebraucht, um dringend erforderliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Energiewende zu finanzieren.

Infrastruktur: 700 Milliarden Euro gesucht

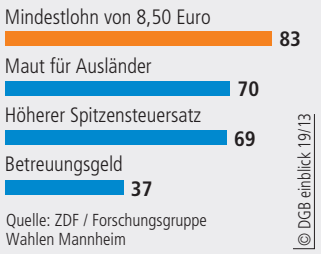
Kommunaler Investitionsbedarf bis 2020 (in Mrd. Euro)



Quellen: BMF, Deutsches Institut für Urbanistik, IMK, DGB

Deutsche wollen Mindestlohn

Wichtige Themen für Koalitionsverhandlungen aus Sicht der Bevölkerung laut ZDF-Politbarometer vom 18.10.2013 (Anteile in Prozent)



Quelle: ZDF / Forschungsgruppe Wahlen Mannheim

Der Mindestlohn steht nach dem Willen der Bevölkerung ganz oben auf der Agenda für Koalitionsverhandlungen.

Auf rund 700 Milliarden Euro beziffert das Deutsche Institut für Urbanistik den Investitionsbedarf allein in die Infrastruktur der Kommunen bis 2020.

INHALT

3 *DGB-Index Rente*
Keine hohen Erwartungen

4 *Betriebsrätepreis 2013*
Auszeichnung für Standortsicherung

5 *Übernahme*
Klinik-Monopoly mit Folgen

7 *Internationale Solidarität*
Ägyptens Weg zur Demokratie

PLUS/MINUS

− *Mit 300 000 Anträgen von ausländischen Fachkräften auf berufliche Anerkennung hatte die Bundesregierung gerechnet. Eingereicht wurden erheblich weniger, anerkannt nur 7500. Obwohl das Gesetz offensichtlich floppt, spricht der CSU-Bundestagsabgeordnete Albert Rupprecht von einem „vollen Erfolg".*

+ *Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Swen Schulz liegt der Fehler beim Gesetz selbst. Die Antragsteller müssten sich durch einen Regelungswust arbeiten, auch fehlten Beratungsansprüche. Es sei „an der Zeit, die nächsten Schritte zu gehen" und das Gesetz zu reformieren.*

IM NETZ

www.dgb.de/-/N2b
Wie muss eine Steuerpolitik zur gerechten Finanzierung öffentlicher Investitionen aussehen?
Der DGB stellt seine Konzepte im Newsletter „Klartext" vor.

NACHGEFRAGT

Dietmar Schäfers, stellvertretender IG BAU-Vorsitzender, hat mit einer Delegation der Internationalen Bau- und Holzarbeitervereinigung die Arbeitsbedingungen von Wanderarbeitern in Katar, dem Austragungsort der Fußball-WM 2022, untersucht.

Foto: IG BAU

Eine Delegation der Internationalen Bau- und Holzarbeitervereinigung (BWI) informierte sich vor Ort über die Situation der Wanderarbeiter in Katar. Zur Delegation gehörte auch Dietmar Schäfers (4.v.l.)

„Unsere Delegation hat vielerorts bedrückende Lebens- und Arbeitsverhältnisse vorgefunden. Viele der Arbeiter kommen aus Nepal oder Indien. Schleuserbanden haben ihnen im Heimatland hohe Löhne versprochen, von denen in Katar nicht mehr die Rede ist. Ihnen werden die Pässe abgenommen, um sie an der Ausreise zu hindern. Sie werden nachts um halb drei abgeholt und zu den Baustellen gefahren. Zurück kommen sie erst spätabends. Verpassen sie einen Transport, wird ihnen der Lohn für zwei, drei Tage abgezogen. Es gibt auch Baustellen, auf denen Sicherheitsstandards eingehalten werden. Aber der Großteil der 1,2 Millionen Wanderarbeiter lebt und arbeitet unter menschenunwürdigen Bedingungen. Zehn Personen teilen sich einen Raum, zum Teil ohne Betten. Es herrschen teilweise desolate hygienische Bedingungen. Nepalesische Arbeiter berichteten uns, dass in den vergangenen sechs Jahren zehn ihrer Kollegen gestorben sind, acht an den Folgen der massiven Hitze und zwei bei Unfällen. Wir haben kein Verständnis für das Verhalten der FIFA, die jegliche Verantwortung von sich weist. Wer eine Fußball-WM vergibt und bis ins letzte Detail Rechte und Pflichten vorschreibt, hat auch die Macht, Arbeitsstandards vertraglich festzuschreiben. Solange die FIFA diese nicht durchsetzt, werden wir für menschenwürdige Bedingungen in Katar kämpfen." ●

| www.dgb.de/-/JJS

Europas Sklaven

Sonderausschuss. Ein Jahr lang beschäftigte sich ein Sonderausschuss des EU-Parlaments mit der Untersuchung organisierter Kriminalität. Von Sklavenarbeit seien Hunderttausende betroffen, die wirtschaftlichen Schäden liegen in Milliardenhöhe, stellten die Ausschussmitglieder fest. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek erwartet, dass die nationalen Regierungen tätig werden. Auch in Deutschland sieht die Gewerkschaft Defizite bei der Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Sklavenarbeit. Für Radek sind die Ergebnisse der Untersuchung „erschreckend" und „eine dringende Aufforderung, die nationalen Sicherheitsbehörden zu stärken und eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu ermöglichen". ●

Rente plus Sozialhilfe

Altersarmut. Die Zahl der Menschen, die von ihrer Rente nicht leben können, nimmt zu. Nach einer aktuellen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes stieg die Anzahl der über 65-Jährigen, die Sozialhilfe bezogen, um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt sind das 465 000 Personen. Insbesondere Frauen mussten stärker auf die staatliche Unterstützung zurückgreifen. In Westdeutschland waren dies im vergangenen Jahr 3,3 Prozent Frauen und 2,2 Prozent Männer der über 65-Jährigen. In den neuen Ländern, einschließlich Berlin, betraf es 2,1 Prozent Frauen und 1,8 Prozent Männer. Zusätzlich bezogen 435 000 der über 65-Jährigen die Grundsicherung wegen dauerhafter Erwerbsminderung. Damit bezogen Ende 2012 bundesweit knapp 900 000 Menschen die Leistungen der Grundsicherung im Alter.

Bezogen auf die Einwohnerzahlen sind vor allem die Menschen in den drei Stadtstaaten betroffen. Die meisten Hilfeempfänger leben in Hamburg (6,2 Prozent), in Bremen liegt der Anteil bei 5,5 und in Berlin bei 5,3 Prozent. In Sachsen und Thüringen gibt es die wenigsten Hilfeempfänger. Hier waren im vergangenen Jahr nur ein Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre auf die Grundsicherung angewiesen. ●

| www.destatis.de

Beiträge werden zweckentfremdet

Knapp 3,4 Milliarden Euro wurden 2012 aus dem Etat der Bundesagentur für Arbeit für andere gesellschaftliche Aufgaben verwendet. So sind die Kosten der Berufsberatung, Aufwendungen für Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) oder Schulabschlüsse für Arbeitslose alleine von den Beitragszahlern finanziert worden. Die Ausgaben machen rund zehn Prozent der Gesamtausgaben der Bundesagentur für Arbeit aus.

Immer wieder greift der Bund in das System der Arbeitslosenversicherung ein und verwendet die Einzahlungen der Beitragszahler für andere gesellschaftliche Aufgaben. So werden zwar Steuerzahler entlastet, gleichzeitig steigt jedoch die Belastung der weitaus kleineren Gruppe der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung. Wilhelm Adamy, Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik beim DGB Bundesvorstand, bringt das auf den Punkt: „Sozialbeiträge werden zweckentfremdet, wodurch die mit den Steuerreformen der letzten Jahre verbundene Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt wird."

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Aus Prinzip gerecht und solidarisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

TELEGRAMM

Das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik *könnte von einer großen Koalition gekippt werden, ist sich die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sicher. Es sei Unsinn, den Bund weiter als Geldgeber auszugrenzen. Die Länder sind seit langem mit der Finanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen überfordert. Erforderlich sei eine umfassende Bildungsreform.*

Hände weg von den Sozialkassen *fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach von einer neuen Regierung. Die aktuellen hohen Überschüsse sowohl in der gesetzlichen Renten- wie auch in der Krankenversicherung dürften nicht für Vorhaben wie zum Beispiel die geplante Ausweitung der Mütterrente ausgegeben werden.*

| www.dgb.de/-/N2Y

Erneuerbare Energien *dürfen nicht zum Sündenbock für die belastenden Preissteigerungen gemacht werden, warnt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Die Energiewende dürfe nicht gestoppt werden. Vielmehr müsse die neue Bundesregierung schnell das EEG reformieren und eine „Gesamtarchitektur" für die Energiewende entwickeln.*

| www.dgb.de/-/NHZ

Keine hohen Erwartungen

Nur 18 Prozent der Beschäftigten rechnen damit, dass ihre Rente im Alter ausreicht. Und die meisten sind nur unzureichend durch eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge abgesichert. Das zeigt die aktuelle Repräsentativumfrage zum DGB-Index Gute Arbeit 2013. Für den DGB steht deshalb die Rentenreform ganz oben auf der Liste der dringlichsten Regierungsaufgaben.

DGB-Index Gute Arbeit. „Die neue Regierung muss die Notbremse ziehen und den Absturz des Rentenniveaus stoppen", fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Der DGB hatte mehrfach an die Bundesregierung appelliert, die geplanten Rentenbeitragssenkungen zu stoppen und stattdessen eine solidarische Demografie-Reserve aufzubauen. Die schwarz-gelbe Koalition blieb jedoch bei ihrem Beschluss, die Überschüsse in der Rentenkasse durch niedrigere Beiträge aufzubrauchen.

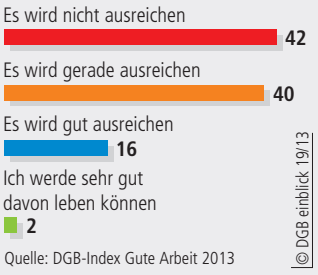
Die aktuelle Umfrage des DGB-Index Gute Arbeit zeigt, dass die Menschen der aktuellen Rentenpolitik wenig Vertrauen schenken. 42 Prozent aller Befragten sind sich sicher, dass ihre Rente im Alter nicht zum Leben reichen wird. Mit zusätzlichem Geld aus einer betrieblichen Altersversorgung kann nur rund ein Drittel der Beschäftigten rechnen. 69 Prozent geben an, dass sie entweder keine (31 Prozent) oder nur in sehr geringem Umfang (38 Prozent) Angebote der Arbeitgeber für eine betriebliche Altersvorsorge wie Betriebsrenten oder finanzielle Beihilfen erhalten.

Wer heute in den unteren Einkommensklassen festsitzt, kann kaum mit einem auskömmlichen Rentenbescheid rechnen. Doch selbst bei Einkommen ab 3000 Euro brutto glaubt ein Viertel, dass es später mit dem Ruhegeld nicht auskommt. Auch eine gute Ausbildung sichert keinen komfortablen Lebensabend. Zwar sehen die ArbeitnehmerInnen mit einem Fach- oder Hochschulabschluss optimistischer in Zukunft. Aber auch von ihnen rechnen 28 Prozent damit, dass die Rente nicht reichen wird. Auf der Verliererseite sehen sich vor allem Teilzeitbeschäftigte und Leiharbeitskräfte. Bei den Vollzeitbeschäftigten erklären 37 Prozent, dass ihre Rente „nicht ausreichen" wird, bei den Teilzeitkräften sind es 54 Prozent, und in der Leiharbeit liegt der Anteil bei 57 Prozent.

Unterteilt nach Branchen gehören die Beschäftigten aus Handel und Gastgewerbe zu denen mit der geringsten Rentenerwartung. Hier rechnet mehr als die Hälfte nicht damit, mit der gesetzlichen Altersvorsorge auszukommen. Sie gehören auch zu der Gruppe, die gar nicht oder nur selten von ihren Arbeitgebern unterstützt werden, um eine weitere Vorsorge aufzubauen. Der DGB erwartet von der neuen Bundesregierung einen raschen Kurswechsel. Annelie Buntenbach: „Die neue Wahlperiode ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Rente." Wenn die in Zukunft ohnehin anstehende Beitragsanhebung jetzt in kleinen, paritätischen Schritten vorgezogen werde, könne zumindest das heutige Rentenniveau auf lange Sicht finanziert und die Erwerbsminderungsrente armutsfest gemacht werden. Wenn sich in den kommenden vier Jahren nichts ändere, gerate das „gesamte Rentensystem auf lange Sicht in eine folgenschwere Krise".

Kein Auskommen

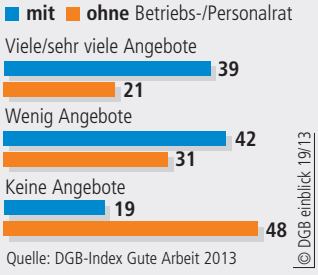
Aussagen von Beschäftigten zur Einschätzung ihrer späteren Rente (Anteile in Prozent)



Rund 5800 abhängig Beschäftigte wurden in der Umfrage des DGB-Index Gute Arbeit nach ihrer Einschätzung zur gesetzlichen Rente befragt.

Vorteil Betriebsrat

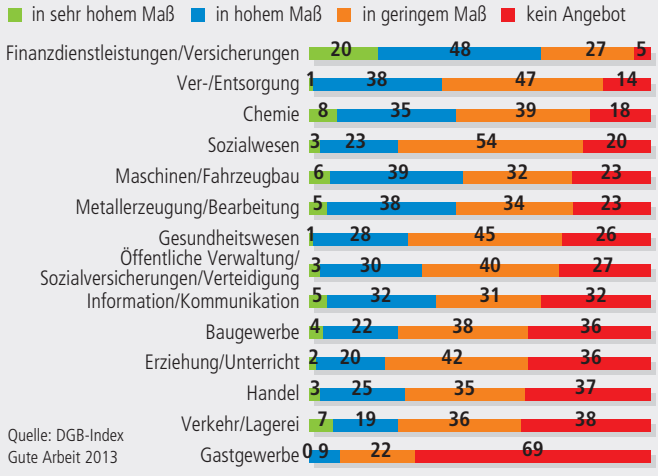
Anteil der Beschäftigten, die über betriebliche Angebote ihre Rente verbessern können (in Prozent)



Ob Betriebsrente, Beihilfen zur Altersversorgung oder zur Vermögensbildung: Beschäftigte in Unternehmen mit Betriebsrat sind im Vorteil.

Schlusslicht Gastgewerbe

Anteil der Beschäftigten nach Branchen, deren Arbeitgeber eine zusätzliche Altersvorsorge anbieten (in Prozent)



Wer schon mit wenig Rente rechnet, hat oft auch keine Chance, über den Arbeitgeber seine Zukunft besser abzusichern.

MEHR ZUM THEMA

Stabile Rente hat Vorrang

Die Mehrheit der Deutschen unterstützt die Forderung des DGB, auf eine Senkung des Rentenbeitrags zu verzichten. Das ergab eine Forsa-Umfrage im Auftrag des DGB vom August diesen Jahres. 84 Prozent der Befragten sprachen sich gegen die Absenkung des Rentenbeitragssatzes aus (einblick 15/2013). Gegenüber einer früheren Befragung erhöhte sich der Anteil der Gegner der Absenkung noch einmal um vier Prozent. Die Ablehnung gilt unabhängig von der Parteipräferenz der Befragten. Auch Altersunterschiede und Bildungsgrad haben keinen Einfluss auf die ablehnende Haltung. Die BürgerInnen favorisieren den DGB-Vorschlag mit großer Mehrheit, nach dem die Überschüsse in der Rentenkasse verbleiben. Kurzfristige Beitragssenkungen vermindern den Spielraum zur Stabilisierung künftiger Renten, warnt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

IM NETZ

www.dgb.de/-/NCd
www.dgb.de/-/JLB

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mobilität ist kein Privileg für Reiche!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Betriebsräte als Krisenmanager

Betriebsrätepreis. Für sein Projekt „Papierpark Zanders: Proaktive Standort- und Beschäftigungssicherung" wurde der Betriebsrat der Metsä Board Zanders GmbH mit dem Deutschen Betriebsräte-Preis (DBRP) 2013 in Gold ausgezeichnet. Nachdem die Konzernleitung 2011 bekannt gegeben hatte, die Papierproduktion in Bergisch Gladbach einzustellen, regte der Betriebsrat an, einen „Papierpark" zu gründen, in dem sich mehrere Firmen die Infrastruktur – wie Kraftwerk, Maschinen und Kläranlage – teilen. So verhinderte er das Aus des ehemaligen Familienunternehmens. „Es ist dem kreativen Krisenmanagement des Betriebsrates zu verdanken, dass heute immer noch 500 Menschen in der Papierfabrik beschäftigt sind", betonte Reiner Hoffmann, Landesbezirksleiter der IG BCE Nordrhein und ab Februar 2014 Mitglied im DGB-Bundesvorstand, in seiner Laudatio. Den DBRP in Silber erhielt der Gesamtbetriebsrat der Finanz Informatik GmbH aus Frankfurt für seinen innovativen Tarifsozialplan „Ein neuer Weg!".

Die Bronze-Auszeichnung ging an den Betriebsrat der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH, Duisburg, der sich in besonderem Maße für die Gleichstellung von Frauen, MigrantInnen, Schwerbehinderten und älteren MitarbeiterInnen einsetzt. Mit dem Publikumspreis, der in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben wurde, wurden die Betriebsräte der CineStar-Kinos in Bamberg und Mainz mit ihrem Projekt „Aufbau von Betriebsratsstrukturen in atypischen Beschäftigungssituationen" ausgezeichnet. Weitere Sonderpreise wurden in den Kategorien „Beschäftigungssicherung", „Europa mitbestimmen", „Gute Arbeit" und „Innovative BR-Arbeit" verliehen. Der DBRP ist eine Initiative der Fachzeitschrift *Arbeitsrecht im Betrieb* und wurde zum fünften Mal vergeben.

I www.deutscherbetriebsraete-preis.de

Foto: Bund-Verlag

Reiner Hoffmann (rechts), IG BCE-Bezirksvorsitzender Nordrhein, *überreicht den Betriebsräte-Preis an Frank Eschenauer (2. von rechts), Betriebsratsvorsitzender von Metsä Board Zanders. Der Betriebsrat wurde für sein Projekt „Papierpark Zanders" ausgezeichnet.*

Zukunft des Gastgewerbes

Studie. Setzen sich die aktuellen Trends fort, könnte 2017 über die Hälfte der Beschäftigten im Gastgewerbe geringfügig beschäftigt sein. Nur rund ein Drittel wäre dann noch sozialversicherungspflichtig in Vollzeit tätig. Das ist ein Ergebnis der Studie „Die Zukunft des Gastgewerbes" der Hans-Böckler-Stiftung. Schon jetzt ist die beschäftigungsintensive Branche mit zwei Millionen Beschäftigten geprägt von einem hohen Niedriglohnanteil, vielen Minijobs und befristeten Arbeitsverträgen. Rund 30 Prozent der Beschäftigten im Gastgewerbe arbeiten zu Niedriglöhnen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Knapp neun Prozent müssen „aufstocken". Abhilfe kann nur ein gesetzlicher Mindestlohn schaffen, denn weniger als 40 Prozent der Beschäftigten sind noch durch Tarifverträge geschützt.

I www.bit.ly/Gast2013

Kritischer Journalismus ausgezeichnet

Michael Obert erhält den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus" für seine Reportage „Im Reich des Todes" (*Süddeutsche Zeitung Magazin*, 19. Juli). Darin beleuchtet er ein grausames, aber weitgehend unbeachtetes Netzwerk des Menschenhandels auf der Sinai-Halbinsel. Obert zeigt, wie kriminelle Gewalt, Armut, Weltpolitik und Rassismus gegen schwarze Flüchtlinge zusammenhängen. Der 2. Preis geht an John Kantara und Michael Fräntze für ihre ARD-Dokumentation „Töten per Joystick" (22. Juli) über die Kriegsführung mit Drohnen. Mit dem 3. Preis werden Marc Brost, Mark Schieritz und Wolfgang Uchatius für ihren Artikel „Verrechnet" (*Die Zeit*, 27. Juni) ausgezeichnet. Sie erzählen, wie eine ökonomische Studie zur Blaupause für die Eurokrisenpolitik wurde – bis ein Student die Rechenfehler aufdeckte.

I www.otto-brenner-preis.de

Inklusion ohne Grenzen

Tagung. Wie ist es im zusammenwachsenden Europa um die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen mit Behinderung bestellt? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Tagung „Inklusion grenzüberschreitend leben" vom DGB und Arbeit und Leben Sachsen am 30. November. Am Beispiel der Europastadt Görlitz wird beleuchtet, ob und inwiefern eine barrierefreie Mobilität für ArbeitnehmerInnen im Dreiländereck Deutschland – Tschechien – Polen gegeben ist.

I www.sachsen.dgb.de/-/NhP

INTERREGIO

*Der **DGB NRW** und die Hans-Böckler-Stiftung laden zum **Kongress „Gute Arbeit und ökologischer Wandel"** am 26. November in Düsseldorf ein. Diskutiert wird, wie sich ökologischer Wandel mit guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit verbinden lässt. Die Veranstaltung greift die Fragestellungen des Berliner Transformationskongresses von Gewerkschaften, Naturschutzverbänden und kirchlichen Organisationen vom Juni 2012 auf und führt den Prozess fort.*

I www.nachhaltige-arbeit.de

*Der **DGB Hessen-Thüringen** fordert von Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) ein Ende der Verzögerungstaktik beim **Bildungsfreistellungsgesetz**. Der von Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) vorgelegte Gesetzentwurf könnte schon längst umgesetzt sein. Darin ist das Recht auf fünf Tage Weiterbildung im Jahr festgeschrieben. „Was in anderen Bundesländern geht, muss auch in Thüringen möglich sein", betont Stefan Körzell, DGB-Bezirksvorsitzender.*

*Der **DGB Bayern** begrüßt die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) zu **Werkverträgen.** Ein Beschäftigter, der zehn Werkverträge für den Freistaat Bayern erfüllte, bekam Recht. Laut BAG bestand ein Arbeitsverhältnis, da er täglich an einem zur Verfügung gestellten Arbeitsplatz tätig war. Matthias Jena, DGB-Bezirksvorsitzender, kritisiert, dass der Freistaat als Arbeitgeber Werkverträge einsetzt.*

*Die neue Bundesregierung muss das **Einbürgerungsrecht** vereinfachen, fordert der **DGB Baden-Württemberg.** Gabriele Frenzer-Wolf, stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende, begrüßt die neue Einbürgerungskampagne des Landes Baden-Württemberg. Sie appelliert an MigrantInnen, die Chance zu nutzen. Die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit biete neue Möglichkeiten demokratischer Teilhabe.*

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Stark für die Schwachen im Verkehr.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Klinik-Monopoly mit Folgen

Der Krankenhauskonzern Fresenius-Helios hat der Rhön Klinikum AG 43 Krankenhäuser und weitere Einrichtungen abgekauft. ver.di und Betriebsräte warnen vor schlechteren Bedingungen für Beschäftigte und PatientInnen.

Krankenhauskonzern. 3,07 Milliarden Euro investiert die Fresenius-Tochtergesellschaft Helios in den Kauf. Damit steigt der Konzern mit dann insgesamt 117 Kliniken, 28 500 Betten und 73 000 Beschäftigten zum größten privaten Krankenhausbetreiber in Europa auf. Der Deal soll über Schulden finanziert werden. Auch wenn das Bundeskartellamt der Übernahme noch zustimmen muss, kritisieren ver.di und der Konzernbetriebsrat der Rhön Klinikum AG das Vorgehen. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler befürchtet, dass der Preis vornehmlich von den Beschäftigten erwirtschaftet werden muss: „Das bedeutet eine höhere Arbeitsverdichtung und mehr Druck auf Löhne."

Im letztem Jahr war eine Übernahme noch am Widerstand des Krankenhaus-Konkurrenten Asklepios und dem Produzenten von Medizinbedarf B. Braun gescheitert. Beide Konzerne kauften jeweils fünf Prozent der Rhön-Aktien und verhinderten mit ihrer Sperrminorität eine Übernahme. Hinter verschlossenen Türen haben die Konzernspitzen von Helios und Rhön sich nun auf den Kauf von 43 Kliniken geeinigt. Anders als bei einer kompletten Übernahme ist der Klinik-Kauf ohne Zustimmung der Aktionäre möglich. Die Rhön-Anteilseigner sollen mit insgesamt zwei Milliarden Euro belohnt werden. Die Aufsichtsräte haben die Transaktion bereits genehmigt. „In Zukunft wird die Mehrheit der Menschen in Deutschland binnen einer Stunde eine Helios Klinik erreichen können", kündigt der neue Marktführer an.

Sylvia Bühler warnt vor der drohenden Monopolstellung, die Helios einnehmen will. Übernahmen und Privatisierungen sorgen für immer größere Wettbewerbsverzerrungen auf dem Krankenhaus-Markt. Die mit diesem Deal fortschreitende Unternehmenskonzentration bedroht die gemeinnützigen Träger. So könnten die privaten Marktriesen ihren „Größenvorteil bei Verhandlungen mit den Krankenkassen oder bei Patientenlenkungen in den eigenen Konzern ausspielen", erklärt Bühler.

Der Rhön-Konzernbetriebsrat (KBR) bemängelt, dass die Mitbestimmung komplett umgangen worden ist. Scharf kritisieren die Betriebsräte, dass es keine Vorkehrungen gibt, um die rund 44 000 Rhön-Arbeitsplätze in Zukunft zu schützen. Weder für die 30 000 zu Helios wechselnden noch für die in der Rhön-Gesellschaft verbleibenden 14 000 Beschäftigten gebe es Regeln. Der KBR hat Helios und Rhön aufgefordert, umgehend Verhandlungen mit ver.di aufzunehmen, um Beschäftigte und Standorte per Tarifvertrag zu schützen. Betriebsbedingte Kündigungen müssten ausgeschlossen werden. Geltende Tarifverträge dürften nicht durch „gesellschaftsrechtliche Tricks" ausgehebelt werden, fordert der KBR. Dieser Forderung hat sich auch die Helios-Tarifkommission von ver.di angeschlossen.

In einer Sitzung der Tarifkommission berichteten Helios-Beschäftigte bereits von ersten Vorboten eines rigiden Sparkurses auf Kosten von ArbeitnehmerInnen und PatientInnen. Demnach häufen sich Kündigungen während der Probezeit. Es würden mehr krankheitsbedingte Kündigungen ausgesprochen, befristete Arbeitsverträge nicht verlängert. Freie Stellen bleiben unbesetzt. In einem Fall sei gar die Personaldecke einer Intensivstation reduziert worden. ArbeitnehmerInnen vieler Kliniken berichten von „Maßnahmenkatalogen", in denen Instandhaltungen gestoppt werden.

Auch die PatientInnen bleiben von Sparmaßnahmen nicht verschont. So werden in vielen Einrichtungen Pflegekräfte eingespart. Statt examinierter Fachkräfte kümmern sich angelernte Beschäftigte um die PatientInnen. ver.di-Experte Uwe Ostendorff warnt vor weiteren Einsparungen beim Personal: „Der Druck auf die Beschäftigten ist bereits sehr hoch. Massive Arbeitsverdichtung, Stress und noch mehr Verantwortung für immer weniger examinierte Pflegekräfte gefährden das Wohl der Patienten."

Ostendorff verweist auf Ausgliederungen, die Helios in dem 2001 gekauften Klinikum Berlin-Buch durchführte. Alle in der Therapie tätigen Berufsgruppen, wie PhysiotherapeutInnen oder PsychotherapeutInnen, sind in eine eigene Gesellschaft ausgelagert worden. Die Folge: Mehr Arbeit, Stress und Druck zu schlechteren Bedingungen. Für Ende Oktober haben die Arbeitgeber nun einem Treffen mit den Betriebsräten und ver.di zugestimmt. ●

Privater Marktführer

Anzahl von Kliniken, stationären Betten und MitarbeiterInnen sowie der Umsatz (in Milliarden Euro) von Fresenius-Helios und der Rhön Klinikum AG

Vor dem Kauf

	Kliniken	Betten	MitarbeiterInnen	Umsatz
Rhön Klinikum AG	54	16 000	44 000	2,6
Fresenius-Helios	74	18 500	43 000	2,5
Nach dem Kauf				
Fresenius-Helios	117	28 500	73 000	5,5*
Rhön Klinikum AG	11	6000	14 000	k. A.

* Umsatzerwartung für 2013; Quelle: ver.di/eigene Berechnung 2013

© DGB einblick 19/13

Die Fresenius-Tochtergesellschaft Helios wird Marktführer unter den privaten Krankenhausträgern.

Personalmangel in Kliniken

Protest. Mit einer Aktion vor dem Reichstag und der CDU-Bundesgeschäftsstelle haben Anfang Oktober ver.di und Krankenhausbeschäftigte auf den dramatischen Personalmangel aufmerksam gemacht. Nach Erhebungen von ver.di fehlen in Krankenhäusern bundesweit insgesamt 162 000 Vollzeitstellen. Allein im Pflegebereich der Einrichtungen gibt es dringenden Bedarf von rund 70 000 Stellen. Zusätzlich seien 92 000 Stellen in den Bereichen ärztlicher Dienst, Funktionsdienste, medizinisch-technischer Dienst und in Verwaltung und Service erforderlich. Besonders Nachtdienste sind knapp besetzt. So müsste eine examinierte Krankenschwester gemeinsam mit einer Hilfskraft bis zu 70 PatientInnen versorgen.

Auch bei der Reinigung macht sich der Mangel bemerkbar. Reinigungskräften blieben im Durchschnitt nur drei Minuten pro Zimmer. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler fordert: „Die neue Bundesregierung muss, egal wie sie aussieht, mit gesetzlichen Regelungen sicherstellen, dass in den Krankenhäusern ausreichend Personal vorhanden ist." Maßstab müsse wieder das Wohlergehen der PatientInnen sein. „Der Wettbewerbsdruck bei den Krankenhäusern, der ausschließlich auf Kosteneinsparung setzt und dabei das Patientenwohl vernachlässigt, ist ein Irrweg." PatientInnen und Beschäftigte bräuchten dringend eine gesetzliche Personalbemessung, fordert Sylvia Bühler. ●

● IM NETZ

www.gesundheit-soziales-verdi.de
Die ver.di-Homepage für das Gesundheitswesen

www.der-druck-muss-raus.de
ver.di-Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus

KURZ & BÜNDIG

Die IG Metall will mit dem kostenlosen Ratgeber „Mobiles Arbeiten und Desk-Sharing" Beschäftigte unterstützen, die keinen festen Arbeitsplatz haben.
www.bit.ly/igm_mobil

Die IG Metall hat die große Verbreitung von Werkverträgen in der Werftindustrie kritisiert. „Mit einem Anteil von 30 Prozent haben Werkverträge einen erschreckend hohen Anteil an der Gesamtbeschäftigung", warnt IG Metall-Bezirksleiter Küste, Meinhard Geiken.

Die EVG hat angekündigt, ab dem kommenden Jahr wieder Tarifverträge für Lokführer abschließen zu wollen. Ab 1. Juli fallen die Beschränkungen, die der EVG durch den Grundlagentarifvertrag auferlegt wurden. Ab der zweiten Jahreshälfte 2014 werde die EVG wieder die Interessen der Lokführer vertreten, kündigte der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner an.

Die GdP fordert, PolizeibeamtInnen besser auf den Umgang mit Tatverdächtigen und Opfern, die 60 Jahre und älter sind, vorzubereiten. Täter oder Opfer im Seniorenalter seien nach Straftaten oft hilflos oder emotional angegriffen. Die GdP plädiert zudem dafür, dass Gerichte die Lebenssituation von älteren Straftätern besser berücksichtigen.

Schnelle und mobile Antworten rund um das Thema Ausbildung – eine App der ver.di-Jugend liefert ab sofort nützliche Tipps und Tricks. Von Abmahnung bis Zeugnis werden alle relevanten Begriffe in einem Glossar erläutert. Die App gibt es unter dem Titel „Ausbildung von A bis Z" im iTunes-Store.

Der Personalvorschlag für den künftigen NGG-Vorstand ist nun komplett. Burkhard Siebert wird auf dem 16. Ordentlichen NGG-Gewerkschaftstag (11.-14. November) als stellvertretender Vorsitzender kandidieren. Das hat der NGG-Hauptvorstand einstimmig beschlossen. Als neue Vorsitzende stellt sich die bisherige Vize Michaela Rosenberger zur Wahl. Der zweite stellvertretende NGG-Vorsitzende Claus-Harald Güster tritt zur Wiederwahl an.

Zoll verstärken

Mindestlohnkontrolle. ver.di und die IG BAU fordern massive personelle Verstärkung für den Zoll. „Wer Regeln aufstellt, muss dafür sorgen, dass sie eingehalten werden. Das gilt auch beim Mindestlohn", erklärt der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger. Die vakanten Stellen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit müssten schnellstens besetzt werden. „Sowohl die Einhaltung der für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlöhne als auch eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns müssen effizient überwacht werden", bekräftigt ver.di-Vorstandsmitglied Achim Meerkamp. Dafür müssten die Zollbehörden personell deutlich aufgestockt werden. Die aktuell rund 6000 Stellen reichten nicht aus. Bereits jetzt würden 1200 BeamtInnen fehlen, um Kontrollen im erforderlichen Umfang durchführen zu können. „Sollte künftig ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn überwacht werden müssen, steigt der Personalbedarf um weitere 2000 Stellen an", erklärt Meerkamp. ●

Foto: MEV Verlag

Sozial-orientierte Innovationen für Europa

Die europäische Innovationspolitik muss sich stärker als bisher an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren. Der DGB unterstützt den Ansatz, dass die EU sich stärker auf soziale Innovationen und die Lösung gesellschaftlicher Probleme ausrichten will. Es gebe ein „riesiges Potenzial für umweltschonende Verfahren, neue Produkte und Dienstleistungen, bessere Organisationsabläufe und gute Arbeit und damit für den sozial-ökologischen Wandel, den wir dringend brauchen", betont DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.

Eine solche Politik sei aber nur „erfolgreich, wenn man die Sozialpartner einbezieht", appelliert Hexel an die europäischen Staats- und Regierungschefs, die das Thema auf der Sitzung des Europäischen Rats diskutieren. Hexel: „Wir fordern gleichzeitig im Rahmen der Innovationsunion auch die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen besonders zu fördern."

Betriebsratsgründung erleichtern

IG BCE-Kongress. Die IG BCE will eine Mitbestimmungsoffensive starten. Das hat der wieder gewählte Vorsitzende Michael Vassiliadis in Hannover angekündigt (s. Seite 8). Politik und Arbeitgeber müssten ihren Bekenntnissen zur sozialen Marktwirtschaft und zur wichtigen Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften Taten folgen lassen. Es gehe darum, die Gründung von Betriebsräten zu erleichtern. „Wir wollen, dass künftig die Gründung von Betriebsräten schnell und ohne überflüssige Hürden möglich ist – gerade in Betrieben, in denen Arbeitgeber auf Zeit spielen und versuchen, uns auszubremsen", erklärte Vassiliadis. Wie sozial die Marktwirtschaft sei, entscheide sich auf dem Arbeitsmarkt, so der IG BCE-Vorsitzende. Es gelte, wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Notwendig seien unter anderem der Mindestlohn und die Begrenzung flexibler Beschäftigung auf ihre eigentliche Bestimmung. ●

NACHGEFRAGT

Anlässlich ihrer 7. Wissenschaftskonferenz hat die GEW den Köpenicker Appell für den „Traumjob Wissenschaft" verabschiedet. Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender und Leiter des Organisationsbereichs Hochschule und Forschung, erläutert die zentralen Forderungen.

Foto: GEW/Kay Herschelmann

„Die wichtigsten Punkte, um die sich die Politik jetzt kümmern muss, sind die Zeitverträge und die Vergabepolitik. Von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 90 Prozent befristet beschäftigt, mehrheitlich mit einer Laufzeit von unter einem Jahr. Das macht die Berufswege in der Wissenschaft völlig unberechenbar. Wir haben mit dem Köpenicker Appell ein 100-Tage-Programm für die neue Bundesregierung formuliert. Der Bund muss zum einen dringend das Wissenschaftszeitvertragsgesetz überarbeiten. Er muss sich zum anderen fragen lassen, ob ihm egal ist, welche Beschäftigungsbedingungen in von ihm finanzierten Hochschulen und Forschungseinrichtungen herrschen. Der gesamte außeruniversitäre Forschungsbereich weigert sich, einem Arbeitgeberverband beizutreten. Damit gelten für Forscherinnen und Forscher auch keine Tarifverträge. Außerdem treten wir für den Grundsatz ein: Stelle vor Stipendium! Wenn Stipendiaten in ihrer Einrichtung wie Arbeitnehmer tätig sind, müssen sie sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden.

Wir sehen, dass wir mit unserer Kampagne für den ‚Traumjob Wissenschaft', die 2010 mit dem Templiner Manifest anfing, den Nerv getroffen haben. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind aufgewacht, engagieren und organisieren sich in der GEW. Hinzu kommt: Auch Bund und Länder leugnen die Probleme nicht mehr – wir streiten uns nur noch über den Weg, der zum ‚Traumjob Wissenschaft' führt." ●

www.gew.de/Koepenicker_Appell.html

Ägyptens Weg zur Demokratie

Seit einigen Monaten ist Ägypten wieder täglich in den Schlagzeilen. Peter Senft, Sozialreferent der Deutschen Botschaft in Kairo, sieht noch zahlreiche ungelöste Probleme in dem Land.

Internationale Solidarität. Zurzeit gibt es täglich Demonstrationen mit Gewaltausbrüchen. Die alten Kräfte festigen ihre Positionen, die sie im Hintergrund nie aufgegeben hatten. Die Aufbauarbeit der Gewerkschaften ist zermürbend und noch lange nicht abgeschlossen. Sie beginnen nun mit zaghaften Versuchen, in einem ihnen feindlich gesonnenen Umfeld den sozialen Dialog zu entwickeln. Für die säkularen Parteien wird es Zeit, sich zusammenzuschließen, um ein liberales und säkulares Gegengewicht gegen die Muslimbruderschaft (MB) und die Salafisten zu schaffen.

„In Ägypten gibt es drei Machtblöcke: das Militär, das als Staat im Staate 40 Prozent der Wirtschaftsmacht kontrolliert; die Oligarchie der „Familien" und die Bürokratie."

Am 25. Januar 2011 sprang der Funke des Arabischen Frühlings auf Ägypten über. Junge, gut ausgebildete Ägypter und unzufriedene, bürgerliche Kräfte stürzten 18 Tage später den Diktator Husni Mubarak. Seit 2004 organisierten Arbeiteraktivisten betrieblichen Widerstand gegen harte Arbeitsbedingungen, Hungerlöhne und Willkür von Militär und Polizei. Diese Arbeiteraktionen in den Industrieorten des Nildeltas, am Suezkanal und Kairo waren die Vorstufe zum Januar 2011. Beide Strömungen hatten jedoch kein gemeinsames Konzept.

Sechs Wochen nach der Revolution stieß die MB in dieses Vakuum. Zwei Jahrzehnte hat sie in den Armenvierteln Lebensmittel verteilt, den Kindern eine Grundschulbildung ermöglicht und Wohnraum geschaffen. Dabei hat sie darauf geachtet, dass diese Sozialarbeit mit den Moscheen in Verbindung gebracht wurde. Wie sich zeigte, eine gute Investition für die Wahlen.

Bei den Präsidentschaftswahlen setzte sich Mohammed Mursi, der Kandidat der MB, durch. Die Wahlen waren für ein Schwellenland auf einem hohen Niveau; die Wahlergebnisse wurden akzeptiert, und Präsident Mursi trat sein Amt am 30. Juni 2012 an. Er schaffte es aber nicht, zum Präsidenten aller Ägypter zu werden. Obwohl er das Militär zurück in die Kasernen schickte, außenpolitische Meriten mit dem Waffenstillstand zwischen Israel und Gaza erwarb und sich so die USA zum Partner machte.

Die muslimisch geprägte Verfassung vom November 2012 war Ausdruck der Unfähigkeit der säkularen Parteien, der Mehrheit der muslimischen Parteien in Parlament und Verfassungskonvent eine liberale Alternative gegenüber zu stellen. Unfähig, sich in der Opposition zusammenzuschließen, verließ eine säkulare Partei nach der anderen den Verfassungskonvent, ohne eine außerparlamentarische Alternative zu entwickeln.

In Ägypten gibt es drei Machtblöcke: das Militär, das als Staat im Staate 40 Prozent der Wirtschaftsmacht kontrolliert; die Oligarchie der „Familien" und die Bürokratie. In diese drei Blöcke kam die MB nicht hinein. Sie bekämpften die MB mit Investitionszurückhaltung, Verknappung von Benzin und Stromausfällen. So wurde der Unmut der Massen geschürt. Durch Inflation und Arbeitslosigkeit verschärfte sich die wirtschaftliche Lage, und der Protest gegen Mursi wurde auf die Straße getragen. Da das Parlament seit Oktober 2012 aufgelöst ist und im Verfassungskonvent keine Opposition mehr aktiv war, gab es keine gewählte Institution, um gegen die Regierung zu demonstrieren. Der verständliche Unmut wurde durch Kreise des Militärs und der Oligarchie für ihre Interessen genutzt, und es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, fast zum Bürgerkrieg.

Die Absetzung von Präsident Mursi durch das Militär, die Einsetzung des Übergangspräsidenten Adli Mansour, dem bis dahin höchsten Richter, und die Ernennung einer Übergangsregierung durch ihn waren geschickte Schachzüge. Damit waren Militär und Oligarchie wieder an der Macht. Die Rebellionsbewegung hatte ihre Schuldigkeit getan und wurde an den Rand gedrängt. Im Ausnahmezustand, der weiterhin anhält, konnte man die Führung der MB einsperren. Sie und ihre über zehn Millionen WählerInnen ließen sich aber nicht mundtot machen.

„Der Weg in die Demokratie in Ägypten ist noch hart und steinig."

Der Rat der 50, eine vom Übergangspräsidenten eingesetzte Verfassungskommission, soll bis November einen Verfassungsvorschlag vorlegen, der nach einer vierwöchigen Beratung im ganzen Land zu einem Referendum führen soll. Im Rat der 50 fehlen die Jugendlichen vom Januar 2011 und die Vertreter der neuen, demokratischen Gewerkschaftsbewegung. Bei Mursi hat das Ausland, auch Deutschland, vergeblich die Einbeziehung aller politischen Gruppen gefordert. Die jetzt mit Hilfe des Militärs Regierenden setzen diese Politik der Ausgrenzung fort. Bisher haben die Salonpolitiker die Jugendlichen und Gewerkschafter allein gelassen. Der Weg in die Demokratie ist in Ägypten noch hart und steinig. ●

Foto: einblick/Graef

Peter Senft, 64, Bankkaufmann, Jurist und lange Zeit IG Metall-Sekretär, ist seit November 2011 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Kairo (Ägypten), seit Januar 2013 auch an der Botschaft in Tunis (Tunesien). Zuvor war er im Sekretariat des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) in Brüssel tätig.

Neue Gruppe

IGB. Gewerkschafter aus 17 arabischen Ländern haben sich zusammengetan, um im Rahmen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) eine regionale Sub-Organisation zu bilden. Die demokratisch orientierten Gewerkschaften haben eine wichtige Rolle in den politischen Umbrüchen in der arabischen Welt gespielt. Sie wollen nun enger zusammenarbeiten, um sich gemeinsam für Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte einzusetzen und einen sozialen Dialog zu führen. So wollen sie die demokratischen und progressiven Kräfte in ihren Ländern stärken. Die neue Regionalgruppe wird auf dem IGB-Kongress in Berlin im Mai 2014 offiziell eingesetzt. Interimspräsident ist Houcine Abbassi, Generalsekretär der tunesischen UGTT. ●

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Vereinsmitglied statt Shareholder.

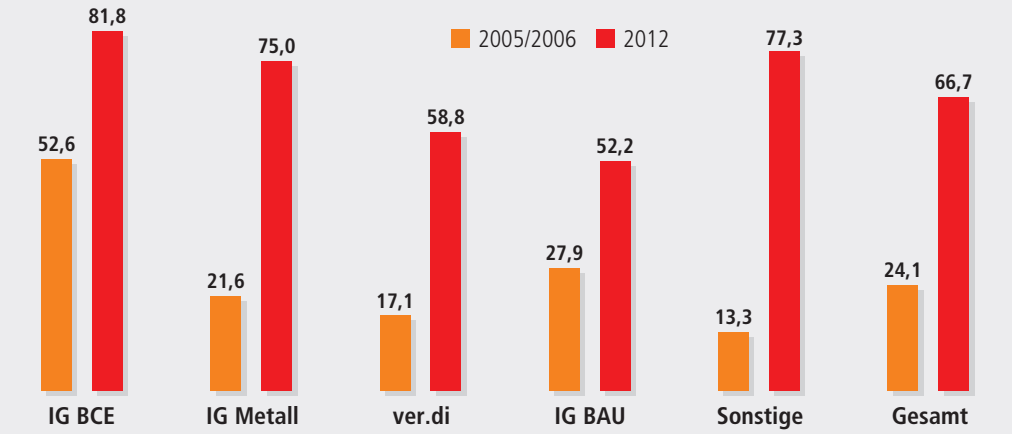
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DIE DGB-GRAFIK

Die Sozialpartnerschaft wird von VertreterInnen der Arbeitgeberverbände heute deutlich positiver bewertet als noch vor sieben Jahren. Das zeigt eine aktuelle Analyse des WSI. Die Wissenschaftler bescheinigen der Sozialpartnerschaft eine „erstaunliche Renaissance".
So sahen 2005/2006 im Organisationsbereich von ver.di gerade einmal 17,1 Prozent der VerbandsvertreterInnen die Sozialpartnerschaft positiv. 2012 waren es 58,8 Prozent. Ein Grund: die konsensorientierte und erfolgreiche Krisenpolitik der Gewerkschaften.

Sozialpartnerschaft: Arbeitgeberverbände schätzen Zusammenarbeit

Anteil der GeschäftsführerInnen* von Arbeitgeberverbänden nach gewerkschaftlichen Organisationsbereichen, die der Aussage „Die deutsche Sozialpartnerschaft ist ein Vorteil im internationalen Wettbewerb" zustimmen (in Prozent)



© DGB einblick 19/13

* 2005/2006 wurden insgesamt 174 GeschäftsführerInnen befragt, 2012 insgesamt 114.
Quelle: „Wirtschaftsverbände in Deutschland 2005/2006; 2012 / WSI-Mitteilungen 7/2013

PERSONALIEN

Michael Vassiliadis, 49, ist auf dem 5. Ordentlichen Kongress der IG Bergbau, Chemie, Energie als Vorsitzender der IG BCE im Amt bestätigt worden. Er wurde mit 99,2 Prozent der gültigen Stimmen gewählt. Damit hat Vassiliadis sein Wahlergebnis von 2009 (97,1 %) noch einmal übertroffen. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde **Edeltraud Glänzer,** 57, mit 97,7 Prozent gewählt. Glänzer gehört seit 2005 dem geschäftsführenden Hauptvorstand an und ist unter anderem für Mitglieder, Zielgruppen und Bildung zuständig. Ihr Vorgänger als stellvertretender IG BCE-Vorsitzender, **Ulrich Freese,** 62, gerade für die SPD in den Bundestag gewählt, kandidierte nach 14 Jahren im Vorstand nicht mehr. **Peter Hausmann,** 59 (92,7 %), und **Egbert Biermann,** 59 (77,6 %), wurden als Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE wiedergewählt. Neu im geschäftsführenden Hauptvorstand ist **Ralf Sikorski,** 52, bisher Landesbezirksleiter der IG BCE Rheinland-Pfalz/Saarland. Sikorski erhielt 94 Prozent der Stimmen.

Norbert Kluge, 58, ist seit Anfang Oktober neuer Leiter der Abteilung Mitbestimmungsförderung bei der Hans-Böckler-Stiftung. Zuletzt koordinierte er die Betriebsratsarbeit beim Edelstahlhersteller Outokumpu Nirosta, davor die Arbeit des Eurobetriebsrates von ThyssenKrupp. Zuvor war Kluge beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) in Brüssel und bei der Hans-Böckler-Stiftung beschäftigt. Unter anderem leitete er Mitte der 1990er Jahre das wissenschaftliche Sekretariat der „Kommission Mitbestimmung".

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

TERMINE

29./30.10.
ver.di, JAV- und Personalräteforum 2013 „Neue Arbeitsformen versus gute Arbeit?! – Gute Arbeit im öffentlichen Dienst", Magdeburg

30.10.
DGB, Tagung „Aufbruch für eine bessere Pflege", Berlin

4.11.
DGB NRW und Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Nachhaltigkeit in der Lebensmittelindustrie. Umweltschutz und Arbeitsschutz in der Gestaltung von ressourceneffizienten Produktionsprozessen", Kreuztal

6.11.
DGB Sachsen und Arbeit und Leben, Konferenz: Vernünftige Personalentwicklung – Motivation für die Beschäftigten, Dresden

7.11.
DGB und Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (Basi), A+A Tag der Betriebs- und Personalräte, Düsseldorf

7./8.11.
Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachtagung „Repräsentationen der Arbeit. Neue Perspektiven auf die Gewerkschaftsgeschichte IV", Düsseldorf

8.-10.11.
DGB-Jugend, 19. DGB-Bundesjugendkonferenz, Berlin

9.11.
DGB und Gewerkschaften, Veranstaltungen „9. November – ein deutscher Gedenktag", bundesweit

9.11.
DGB-Chor Hannover, 3. Chöre-Festival gegen rechts „Aufstehen und Widersetzen", Hannover

SCHLUSSPUNKT

„Damit hast du für die neue große Koalition Rechtsschutz bei uns."

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis zum SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, nachdem Gabriel während des IG BCE-Kongresses am 18. Oktober in die IG BCE eingetreten war.

URTEILE

Rentenversicherung

Pflegetagebuch kann hilfreich sein

Wer einen Pflegebedürftigen in seiner häuslichen Umgebung nicht erwerbsmäßig pflegt, ist rentenversicherungspflichtig. Die Beiträge zahlt die Pflegeversicherung.

Der Fall: Die 62-jährige Frau pflegte ihre mittlerweile verstorbene Schwiegermutter, die Pflegegeld nach Pflegestufe I bezog. Sie beantragte die Prüfung ihrer Rentenversicherungspflicht und die Zahlung von Versicherungsbeiträgen durch die Pflegekasse. Die Rentenversicherung lehnte den Antrag ab, da der wöchentliche Pflegeaufwand unter 14 Stunden liege. Die pflegende Frau hingegen berief sich darauf, dass der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) keine individuellen Feststellungen getroffen habe, um den tatsächlichen Pflegeaufwand zu ermitteln. Zum Beleg, dass der Aufwand über 14 Stunden liege, legte sie ein Pflegetagebuch sowie eine Aufstellung über die hauswirtschaftliche Versorgung vor. Ihre Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Rentenversicherungspflicht ist gegeben. Nach den Begutachtungsrichtlinien sind der tatsächlich anfallende individuelle Hilfebedarf zu bewerten und der Zeitaufwand in Stunden abzuschätzen. Dennoch hat der MDK keine eigenen Feststellungen zur tatsächlichen Hilfeleistung im Rahmen des medizinisch und pflegerisch Notwendigen getroffen. Stattdessen hat er nicht maßgebliche Pauschalen herangezogen. Daher sind die Angaben der pflegenden Frau – soweit schlüssig – heranzuziehen. Neben dem unstreitigen Grundpflegebedarf von täglich 51 Minuten sind danach mindestens eine Stunde und 16 Minuten täglich für die Hauswirtschaft nötig gewesen. Damit hat der Pflegebedarf von mehr als 14 Stunden wöchentlich vorgelegen.

Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 26. September 2013 - L 1 KR 72/11

Raucherpause

Ohne Versicherungsschutz

Wer sich auf dem Rückweg von der Raucherpause zum Arbeitsplatz verletzt, steht nicht unter dem Schutz der Unfallversicherung.

Der Fall: Die 46-jährige Pflegehelferin ging wegen des im Gebäude geltenden Rauchverbots auf eine Zigarette vor die Tür. Auf dem Rückweg stieß sie in der Eingangshalle mit dem Hausmeister zusammen. Dieser verlor einen Eimer Wasser, die Frau rutschte aus und brach sich den rechten Arm. Die Arbeitnehmerin begehrte die Anerkennung als Arbeitsunfall. Die Klage gegen die anderslautende Entscheidung der Berufsgenossenschaft blieb ohne Erfolg.

Das Sozialgericht: Der Weg von und zur Raucherpause ist nicht der unfallversicherungsrechtlich geschützten Tätigkeit zuzurechnen. Es ist die freie Privatentscheidung der Frau gewesen, ob sie zum Rauchen geht oder nicht. Das Rauchen hat keinen sachlichen Bezug zur Berufstätigkeit. Deshalb besteht bei einer Verletzung kein Anspruch auf Heilbehandlung, Verletztengeld oder Rente gegen die gesetzliche Unfallversicherung. Das Rauchen ist insbesondere nicht mit der Nahrungsaufnahme vergleichbar. Essen und Trinken sind notwendig, um die Arbeitskraft aufrechtzuerhalten. Beim Rauchen handelt es sich hingegen um den Konsum eines Genussmittels und damit um eine Handlung aus dem persönlichen, nicht dem beruflichen Lebensbereich. Deshalb ist zwar der Weg zur Kantine versichert, nicht aber der Weg zur Raucherpause.

Sozialgericht Berlin, Urteil vom 23. Januar 2013 - S 68 U 577/12

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 19/13

Kündigungsschutzprozess

Arbeitsloser muss verfügbar sein

Auch während der Dauer eines Kündigungsschutzverfahrens muss ein Arbeitsloser den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erhalten.

Sozialgericht Stuttgart, Urteil vom 15. Februar 2013 - S 5 AL 4769/12

Bekenntnisschule

Religionsunterricht ist Pflicht

Eine katholische Schule darf einen muslimischen Schulanfänger ablehnen, wenn seine Eltern die Teilnahme am katholischen Religionsunterricht und an Schulgottesdiensten verweigern. Der Schulleiter einer Bekenntnisgrundschule darf die Aufnahme eines bekenntnisfremden Schülers von einer ausdrücklichen Einverständniserklärung der Eltern mit der Teilnahme am Religionsunterricht und an den Schulgottesdiensten dieses Bekenntnisses abhängig machen.

Oberverwaltungsgericht NRW, Beschluss vom 4. September 2013 - 19 B 1042/13

Opferentschädigungsgesetz

Doping kann tätlicher Angriff sein

Die Verabreichung von Dopingmitteln durch den Trainer einer DDR-Kinder- und Jugendsportschule an eine damals 16 Jahre alte Sportlerin stellt einen vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriff dar. Es ist – jedenfalls im konkreten Einzelfall – davon auszugehen, dass keine Einwilligung in das Doping vorgelegen hat. Wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen ist der Sportlerin eine Rente nach dem Opferentschädigungsgesetz zu gewähren.

Sozialgericht Berlin, Urteil vom 27. September 2013 - S 181 VG 167/07

HIV-Infektion

Kündigung verletzt Menschenrechte

Wird einem Arbeitnehmer mit der Begründung gekündigt, er sei HIV-infiziert, so verstößt diese Kündigung gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Das gilt auch, wenn ein Teil der Belegschaft aus Angst vor Ansteckung die Kündigung verlangt hat. Der gekündigte Arbeitnehmer hat Anspruch auf eine Entschädigung.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Urteil vom 3. Oktober 2013 – 552/10

Gesetzliche Unfallversicherung

Verfolgung eines Diebes ist geschützt

Wer sich bei der Verfolgung eines Taschendiebs verletzt, steht grundsätzlich unter dem Schutz der Gesetzlichen Unfallversicherung. Dies gilt auch, wenn sich das Geschehen im Ausland abspielt, zum Beispiel im Spanienurlaub. Kein versicherter „Arbeitsunfall" im Sinne des Gesetzes liegt allerdings vor, wenn es dem Verfolger nicht in erster Linie um die Festnahme des Straftäters, sondern um die Wiedererlangung des Diebesguts geht.

Sozialgericht Berlin, Urteil vom 12. März 2013 – S 163 U 279/10

einblick

GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR.20** VOM 11.11.2013

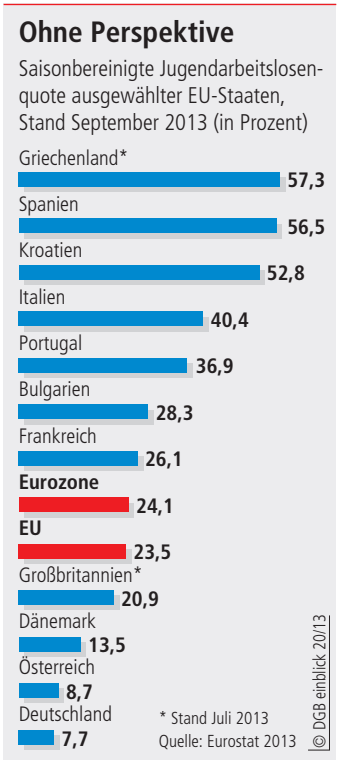
Hilfe für Europas Jugend

Ende Juni haben die europäischen Regierungen mehr Engagement im Kampf gegen die massive Jugendarbeitslosigkeit in Europa zugesagt (einblick 13/2013). Anlässlich des EU-Gipfels in Paris fordern die Gewerkschaften effektivere und schnellere Maßnahmen.

Arbeitslosigkeit. Noch immer ist rund ein Viertel der jungen Menschen unter 25 Jahren in Europa ohne Arbeit. Die europäischen Gewerkschaften fordern schnelle und effektive Hilfe. Das wollen sie einmal mehr am Rande des EU-Gipfels in Paris vom 11. bis 13. November deutlich machen. In Gesprächen mit RegierungsvertreterInnen, aber auch mit Aktionen vor Ort. „Die im Juni zugesagten Mittel wie etwa die Jugendgarantie wirken bestenfalls mittelfristig", betont die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. Sie stellt fest: „Das Thema ist von den europäischen Regierungen erkannt worden – mehr aber auch nicht." Schnelle und direkte Hilfe sehe anders aus. „Die jungen Menschen brauchen jetzt Unterstützung. Jeder weitere Tag ohne Arbeit ist eine Katastrophe für die Jugendlichen."

„Die Zeit drängt", bekräftigt DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller. Er nimmt vor allem die deutsche Politik in die Pflicht. „Ich habe nicht den Eindruck, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in den letzten Monaten mit dem Thema befasst hat." Umso dringender müsse sich die kommende Bundesregierung um Europas Jugend kümmern. Haggenmiller warnt mit Blick auf die Europawahl 2014, weiter Zeit verstreichen zu lassen. „Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit sind eine Gefahr für Europa." Die aufstrebenden rechten Parteien, etwa in Griechenland und Ungarn, setzten auch auf den Frust der Jungen. Und das Potenzial ist groß. Noch immer sind europaweit knapp 5,6 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Job, davon 3,5 Millionen im Euroraum. Aber auch diejenigen, die einen Job haben, können oft nicht langfristig planen. Befristungen, Dauerpraktika, Teilzeit und Minijobs sind weit verbreitet. Auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatten sich Ende Juni im Berliner Kanzleramt die europäischen Regierungen mit dem Thema beschäftigt. Zugeständnisse gab es bei der vom Europäischen Gewerkschaftsbund geforderten Jugendgarantie. Sechs Milliarden Euro will die Politik ab 2014 dafür bereitstellen. Der DGB fordert ein Zukunfts- und Investitionsprogramm für die Jugend.

In einer gemeinsamen Erklärung fordern französische und deutsche Gewerkschaften freien Zugang zu einer qualifizierenden Ausbildung. Um Missbrauch zu verhindern, sollen Praktika auf europäischer Ebene geregelt werden. Der Wettbewerb um die niedrigsten Sozialstandards in Europa soll beendet und Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten eingeführt werden.



Jugendliche in Griechenland und Spanien sind besonders häufig ohne Arbeit.

INHALT

3 ***NGG-Kongress 2013***
Interview mit dem scheidenden Vorsitzenden Franz-Josef Möllenberg

5 ***Transfergesellschaften***
Mehr Zeit für die Beschäftigten

7 ***Bezahlbarer Wohnraum***
Der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger über den drängenden Reformbedarf

Kein Sonderweg

Kirchen. Fehlende Streikrechte und Vorschriften für das Privatleben von Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen sind nach einem Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung nicht gerechtfertigt. Der Bonner Sozialethiker Professor Hartmut Kreß hat die Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts untersucht. Bei den Kirchen habe sich „eine Art Nebenrechtsordnung" entwickelt, die aber wenig „mit dem christlichen Ideal der Liebe und Versöhnung" zu tun hätte. Für Kreß ist es „unstimmig", wenn dieses Ideal „einseitig gegen das Streikrecht" angewendet werde.

PLUS/MINUS

+ ***„Auf der Höhe der Zeit" sieht der SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling seine Partei, nachdem auch der Internationale Währungsfonds eine Vermögensabgabe forderte. Sie werde benötigt, um die Einnahmen zu verbessern und „die klaffende Gerechtigkeitslücke in Deutschland zu schließen".***

– ***Eine doppelte Staatsbürgerschaft kommt für Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nicht in Frage. Denn dies bedeute, so der Minister gegenüber dem „Münchner Merkur", „eine langfristige Veränderung der Identität der deutschen Gesellschaft".***

IM NETZ

www.boeckler.de/14_44638.htm

Das Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass der arbeitsrechtliche Sonderweg der Kirchen sozialethisch und theologisch nicht zu rechtfertigen ist.

Beschäftigte besser schützen

Datenschutz. Der zuständige Fachausschuss des Europäischen Parlaments hat der veränderten europäischen Datenschutzgrundverordnung zugestimmt. Der DGB ist grundsätzlich damit zufrieden, dass künftig in den EU-Ländern die alte Regelung von 1995 angepasst wird. Allerdings sehen die Gewerkschaften noch Verbesserungsbedarf beim Arbeitnehmerdatenschutz. In der finalen Verordnung, die nun zwischen Parlament, Kommission und EU-Rat verhandelt werden muss, will der DGB noch Änderungen durchsetzen.

So ist bislang vorgesehen, dass die Arbeitgeber Beschäftigtendaten verarbeiten dürfen, wenn eine „freiwillige" Einwilligung vorliegt. Dies hält der DGB für bedenklich. Denn in einem bestehenden Abhängigkeitsverhältnis könne kaum von Freiwilligkeit ausgegangen werden, wenn ein Arbeitgeber etwa die Zustimmung zu einer Videoüberwachung verlangt. Dazu kommt, dass die ArbeitnehmerInnen im Zweifel selbst nachweisen müssten, dass die Einwilligung nicht freiwillig gegeben wurde. Nach Ansicht des DGB-Rechtsexperten Ralf-Peter Hayen ist dies kaum möglich. Darüber hinaus wünscht sich der DGB eine Formulierung, die klarstellt, dass es keine Abweichung nach unten durch Betriebs- oder Dienstvereinbarungen geben darf.

Gerecht finanzieren

Rente. Erziehungszeiten werden bei der Rente unterschiedlich angerechnet. Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, erhalten weniger Rente als Frauen, die später Mütter wurden. Der DGB fordert, diese Ungleichbehandlung zu beenden. Die rentenrechtliche Anerkennung für Erziehungszeiten müsse verbessert werden. Auch in den Koalitionsverhandlungen von SPD und CDU/CSU geht es um die sogenannte Mütterrente. Der DGB spricht sich dafür aus, diese – wie andere familienpolitische Leistungen – aus Steuern zu finanzieren. Eine Finanzierung über die Rentenbeiträge ist für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach „Etikettenschwindel": „Am Ende bezahlen die Versicherten die Zeche mit höheren Beiträgen oder Leistungskürzungen." Eine beitragsfinanzierte Mütterrente würde die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung erhöhen und die Handlungsspielräume verringern, beispielsweise für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente.

| www.ichwillrente.de

Pure Ideologie

Mindestlohn. Die Kritik des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) am gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro ist für DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki eher Ideologie als Wissenschaft: „Hier wird alles zusammengekramt, was den Mindestlohn irgendwie in Verruf bringen könnte." Das DIW ignoriere nicht nur die Wünsche der Betroffenen, sondern auch die mögliche Entlastung der öffentlichen Kassen und dass damit „endlich die Subventionierung von Billigbuden ein Ende hätte".

| www.mindestlohn.de

Weniger Verträge

Ausbildung. Trotz stabiler Bewerberzahlen finden immer weniger junge Menschen einen Ausbildungsplatz. Derzeit sind über 80 000 Ausbildungswillige registriert – bei knapp 34 000 offenen Stellen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen bilden immer weniger aus, kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack das Verhalten der Arbeitgeber. „Der bisherige Ausbildungspakt wurde seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht." Eine Ausbildungsgarantie ist deshalb für Hannack „nötiger denn je".

| www.dgb.de/-/Ncx

Bessere Bedingungen für Wanderarbeiter

Die FIFA soll sich in Katar engagieren, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiter zu verbessern. Der DGB-Vorsitzende und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer und Wolfgang Niersbach, Präsident des Deutschen Fußballbundes (DFB), haben dazu eine gemeinsame Aktion beschlossen. Bei den Gewerkschaftsvorsitzenden aus den Heimatländern der 24 Mitglieder des FIFA-Exekutivkomitees haben sie um Unterstützung für ihre Forderung geworben. Der DGB fordert, dass sich die Arbeitsbedingungen an den Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO orientieren. Danach müssen Diskriminierung und Zwangsarbeit beendet und den Gewerkschaften freier Zugang zu den Baustellen garantiert werden (*einblick 19/2013*). Eine erste positive Rückmeldung gibt es nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa: FIFA-Präsident Joseph Blatter will bei seinem nächsten Treffen mit dem Emir von Katar die „Arbeitsrechte und -bedingungen ansprechen". Um den Druck auf die FIFA zu erhöhen,hat der IGB eine weitere Aktion gestartet. Weltweit sollen die jeweiligen FIFA-Vertreter angemailt werden mit dem Hinweis, die Rechte der Arbeiter zu schützen.

| www.dgb.de/-/JJS

| www.act.equaltimes.org/de/exco

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Verkehrssicherheit vor Motorsport!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

IN AKTION

„REFIT: Fit für Wachstum" *nennt die EU-Kommission ihr Programm zum Bürokratieabbau. Was so sportlich angekündigt wird, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als massiver Angriff auf Arbeitnehmerrechte, kritisiert der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB). Mit einer Plakataktion machen DGB und EGB auf die Folgen aufmerksam. Die Kommission will vor allem Rechte beim Gesundheitsschutz und bei der Mitbestimmung einschränken.*

| www.etuc.org/a/11685

| www.dgb.de/-/NbL

TELEGRAMM

Verlässliche Rahmenbedingungen *für die Energiewende fordert DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel von der Politik. Ziel der Koalitionsverhandlungen müsse ein besseres Management der Energiewende und Planungssicherheit für alle Beteiligten sein.*

| www.dgb.de/-/NIo

Mit gut zwei Millionen Euro *will die EU-Kommission die ehemaligen Beschäftigten der First Solar GmbH unterstützen. Das Unternehmen ist insolvent. Aufgrund der hohen Arbeitslosenquote in der strukturschwachen Region um Frankfurt/Oder gibt es nun Geld aus dem EU-Globalisierungsfonds.*

Soziale Gerechtigkeit *war das Thema im Bundestagswahlkampf, in den laufenden Koalitionsverhandlungen sei dies kaum noch wahrnehmbar, stellt der DGB fest. Statt über Steuergerechtigkeit zu reden, werde über die Pkw-Maut gestritten. Wichtig wäre vor allem, „die im letzten Jahrzehnt geübte Reichtumspflege" zu beenden.*

| www.dgb.de/-/NUc

Die Arbeit geht uns nicht aus

Nach 21 Jahren als Vorsitzender der NGG tritt Franz-Josef Möllenberg nicht mehr an. Im einblick-Interview zieht er Bilanz.

Wie lautet dein Fazit der letzten 21 Jahre?

Am Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit hat sich nichts geändert. Das heißt, wir brauchen auch in Zukunft starke Gewerkschaften und eine starke NGG.

Was hat deine Zeit als Vorsitzender geprägt?

Politisch hat sich in dieser Zeit eine Menge getan. Nach der Erstarrung der Kohl-Zeit gab es 1998 mit Rot-Grün die große Hoffnung auf einen Politikwechsel. In der Tat gab es positive Ansätze. Wir sollten das über all die negativen Folgen der Agenda 2010 nicht vergessen. Arbeitsminister Walter Riester hat Einiges in unserem Sinn bewegt – von der Reform der Betriebsverfassung bis zur Deckelung der geringfügigen Beschäftigung. Riester und die SPD haben dafür viel Gegenwind erhalten, von den Verlegern, auch vom Hotel- und Gaststättenverband. Im Rückblick sehe ich es als Fehler an, dass die Gewerkschaften ihm nicht die Unterstützung gegeben haben, die notwendig gewesen wäre. Man darf nicht immer nur die Schuld bei anderen suchen, wenn etwas schief gelaufen ist.

Union und SPD verhandeln über die große Koalition. Ist aus Sicht der NGG der gesetzliche Mindestlohn ein Muss?

Es gibt keine Veranlassung, Abstriche an unserer Forderung zu machen. Wie notwendig ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn ist, zeigen unsere Bemühungen, in der Fleischwarenindustrie einen Mindestlohn tariflich zu regeln. Die Arbeitgeber beharren auf unterschiedlichen Mindestlöhnen in Ost und West. 23 Jahre nach der deutschen Einheit ist das aus unserer Sicht falsch. Die Produktivität ist in Ost und West, in Nord und Süd praktisch gleich. Fakt ist: Unsere Mindestlohn-Kampagne ist eine der erfolgreichsten Kampagnen der Gewerkschaften. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Forderung nach dem Gesetzgeber rührt auch daher, dass die Gewerkschaften in einigen Branchen und Regionen nicht allein in der Lage sind, gute Löhne und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Sie ist deshalb letztlich auch ein Ausdruck von Schwäche. Aber es geht uns nicht nur um den Mindestlohn, wir fordern von der Politik insgesamt eine neue Ordnung der Arbeit.

Was muss in einer neuen Ordnung der Arbeit geregelt werden?

Werkverträge sind das neue Krebsgeschwür. Wir wollen verhindern, dass sie dazu missbraucht werden, tariflich geregelte Arbeitsbedingungen zu unterlaufen. Da führt kein Weg an einer Erweiterung der Mitbestimmung der Betriebsräte vorbei. Das gilt auch für die Leiharbeit. Es muss verhindert werden, dass Leiharbeitskräfte als Streikbrecher eingesetzt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss für alle Arbeitsverhältnisse gelten.

Wie siehst du die Zukunft der Gewerkschaften und der NGG?

Die wichtigste Aufgabe von Gewerkschaften, nicht nur der NGG, bleibt die Mitgliederwerbung. Wir brauchen engagierte Mitglieder, die sich für ihre Interessen einsetzen. Es geht darum, durchsetzungsfähig in Arbeitskämpfen zu bleiben. Allein auf die Politik zu setzen, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen, greift zu kurz. Wir haben in der NGG seit einigen Jahren erfreuliche Entwicklungen, was die Zahl unserer Mitglieder angeht. Das verdanken wir dem Engagement von vielen Tausend Kolleginnen und Kollegen. Sie vertreten mit Herzblut in unserer kleinen, aber feinen Gewerkschaft jeden Tag Arbeitnehmerinteressen und bieten ihren Arbeitgebern die Stirn.

Was sind die inhaltlichen Schwerpunkte des Gewerkschaftstags?

Ein Schwerpunkt ist die demografische Entwicklung. Das ist ein Thema, mit dem wir uns schon länger beschäftigen. Arbeitgeber und Politik haben ein Problem mit älter werdenden Belegschaften. Wir werden auf dem Gewerkschaftstag deutlich machen: Wir haben die Lösungen dafür. Ein weiterer Schwerpunkt ist Lebensmittelpolitik. Der Umgang mit Lebensmitteln wird in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung an Bedeutung gewinnen. Es kann nicht sein, dass man immer nur sagt „mehr, mehr, mehr" und keine Rücksicht nimmt auf die Qualität der Produkte. Gute Qualität kann es nur mit guten Arbeitsbedingungen geben.

Was sind die zentralen Herausforderungen bei der demografischen Entwicklung?

Der größte Fehler war das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters auf 67. Wir sind nach wie vor dagegen. Wir müssen stattdessen über flexible Übergänge in den Ruhestand nachdenken und Altersarmut verhindern. Die Rente mit 67 blendet die Realitäten des Produktionsbetriebes aus, die Einflüsse am Arbeitsplatz wie Hitze, Lärm, Nässe und Kälte. Sie verkennt, was Schichtarbeit bedeutet und was eine Bäckereiverkäuferin leistet, die von morgens bis abends an sechs Tagen in der Woche hinter der Ladentheke steht. Sie berücksichtigt nicht, wieviel Gewicht eine Kollegin oder ein Kollege im Service des Gastgewerbes schleppt und wie viele Kilometer er oder sie läuft. Ein Umdenken bei der Rente kann die NGG natürlich kaum allein bewirken. Das machen wir gemeinsam mit unseren Schwestergewerkschaften im DGB. Also, die Arbeit geht uns nicht aus.

Nicht nur bei der NGG, auch in anderen Gewerkschaften und im DGB gibt oder gab es Führungswechsel.

Ja, die Gewerkschaften erhalten ein neues Gesicht. In fünf der acht Mitgliedsgewerkschaften gibt es neue Vorsitzende, auch Michael Sommer wird 2014 nicht mehr für den DGB-Vorsitz kandidieren. Sie alle haben viel für die Gewerkschaften geleistet. Ich bin mir aber sicher: Jeder Wechsel bietet auch eine Chance.

Foto: NGG

21 Jahre war Franz-Josef Möllenberg, 60, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Beim Gewerkschaftstag in Berlin tritt er nicht mehr zur Wiederwahl an. Bei den internationalen und europäischen Gewerkschaftsverbänden IUL und EFFAT ist Möllenberg Vizepräsident.

MEHR ZUM THEMA

Gewerkschaftstag der NGG

Unter dem Motto „Zukunft gestalten – Gerechtigkeit schaffen" versammeln sich 172 Delegierte vom 11. bis 14. November zum 16. Ordentlichen Gewerkschaftstag der NGG in Berlin. Als Gäste werden der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel erwartet. Auch Ron Oswald, Generalsekretär der IUL, und Harald Wiedenhofer, Generalsekretär der EFFAT, sprechen zu den Delegierten.

Der Gewerkschaftstag der NGG fällt mitten in die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD. Die NGG will ihn deshalb auch zu einer Art „Lackmustest" für Schwarz-Rot machen und überprüfen, inwieweit die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen. Neben der Beratung von 163 Anträgen steht auch die Wahl eines neuen geschäftsführenden Hauptvorstandes auf dem Programm. Um den Vorsitz bewirbt sich ***Michaela Rosenberger,*** *53, derzeit stellvertretende NGG-Vorsitzende. Als stellvertretende Vorsitzende für den dreiköpfigen Vorstand kandidieren* ***Claus-Harald Güster,*** *54, bereits seit 2008 NGG-Vize, und* ***Burkhard Siebert,*** *49, Geschäftsführer der NGG-Region Heilbronn. Auch die Vertretungen der NGG-Frauen und der jungenNGG werden neu gewählt.*

www.gewerkschaftstag-ngg.de

Gewerkschaft und Tarifbindung entscheidend

Weihnachtsgeld. Beschäftigte, die Gewerkschaftsmitglied sind oder durch Tarifbindung ihres Arbeitgebers geschützt sind, erhalten eher Weihnachtsgeld als ihre Kollegen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht unter einen Tarifvertrag fallen. Das zeigt eine Online-Umfrage des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung, an der sich rund 15 000 Beschäftigte beteiligten. Danach erhalten 64 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Weihnachtsgeld gegenüber 52 Prozent bei den Nicht-Mitgliedern. Gilt ein Tarifvertrag, erhalten 71 Prozent der Beschäftigten eine Jahressonderzahlung, ohne Tarifbindung sind es nur 41 Prozent. Insgesamt gaben 54 Prozent der Befragten an, Weihnachtsgeld zu beziehen. Bei den Männern ist ihr Anteil mit 57 Prozent höher als bei den Frauen (51 Prozent). Große Unterschiede bestehen weiterhin zwischen West (58 Prozent) und Ost (39 Prozent) und zwischen unbefristet und befristet Beschäftigten mit 56 bzw. 45 Prozent.

Im Bankgewerbe, in der Süßwarenindustrie, in der westdeutschen Chemieindustrie und in der Druckindustrie wird mit bis zu 100 Prozent eines Monatsentgelts das prozentual höchste „13. Gehalt" gezahlt. Im Bauhauptgewerbe Ost und im Gebäudereinigerhandwerk gehen die Beschäftigten hingegen leer aus. Wer Weihnachtsgeld erhält, profitiert auch bei der Jahressonderzahlung von höheren Tarifabschlüssen. So gab es zwischen Juli 2012 und August 2013 Erhöhungen von bis zu 3,4 Prozent. Zudem werden rund 17 Prozent aller Beschäftigten am Gewinn des Unternehmens beteiligt, und 21 Prozent erhalten sonstige Sonderzahlungen. ●

| www.lohnspiegel.de

Die Gewerkschaftsmitgliedschaft und die Tarifbindung des Arbeitsgebers sind ausschlaggebend für den Bezug von Weihnachtsgeld.

Jugendbildung

Seminarprogramm. Die DGB-Jugend und das DGB Bildungswerk bieten mit dem Jugendbildungsprogramm 2014 zahlreiche Seminare für ehren- und hauptamtlich Aktive der Gewerkschaftsjugend an. Engagierte Jugendliche können sich in sieben Bereichen weiterbilden, darunter Gesellschaftspolitik, Internationales, Berufsschul- und Studierendenarbeit. ●

| www.dgb-jugendbildung.de

Themenheft „Atypische Beschäftigung"

Immer weniger junge Menschen beginnen ihr Arbeitsleben im klassischen Normalarbeitsverhältnis. Befristungen und prekäre Beschäftigung sind an der Tagesordnung. Das Themenheft „Atypisch, flexibel, gut? Neue Trends in der Arbeitswelt" der Hans-Böckler-Stiftung bringt SchülerInnen im Unterricht diese neuen Herausforderungen nahe. Sie können erarbeiten, wie sie später arbeiten wollen und was die Veränderungen in der Arbeitswelt für sie bedeuten. Das 30-seitige Heft ist im Rahmen des Projekts „Böckler Schule" erschienen und kann online kostenlos bestellt werden.

| www.boeckler-schule.de

BUCHTIPP

Sibylle Plogstedt: „Wir haben Geschichte geschrieben" Zur Arbeit der DGB-Frauen (1945-1990). Mit einem Vorwort von Michael Sommer, Psychosozial-Verlag, 519 Seiten, 19,90 Euro.

Von Anfang an haben tatkräftige Frauen den DGB mit ihrem Engagement geprägt. Sie setzten sich in der jungen Bundesrepublik für die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen ein. Auch in den Gewerkschaften mussten sie kämpfen – um ihre Stellung im Vorstand und die Anzahl weiblicher Delegierter. Für die Autorin waren das frühe Kämpfe für die Quote. Sibylle Plogstedt greift für ihren umfassenden Rückblick auf ausführliche Protokolle des DGB-Bundesfrauenausschusses zurück. Sie stellt herausragende Gewerkschafterinnen von Maria Weber bis Irmgard Blättel vor, die den DGB bis zur Wiedervereinigung mitgeprägt haben. Ergänzt werden diese Porträts durch Interviews mit 15 Kolleginnen, die in DGB und Gewerkschaften Führungspositionen innehatten.

Gegen rechts

Workshop. Der Gelbe-Hand-Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!" lädt Aktive in der Arbeitswelt Ende November zum zweitätigen Workshop „Haben wir versagt? Konsequenzen aus der NSU-Affäre für die Zivilgesellschaft" ein. Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, stellt die Untersuchungsergebnisse vor. Anschließend diskutieren Fachleute aus Gewerkschaften und Politik die Bedeutung für die Zivilgesellschaft. In drei Workshops werden Konzepte gegen rechts für die Arbeitswelt entwickelt. ●

| www.gelbehand.de

INTERREGIO

*Der **DGB Nord** ruft die Landesregierung von Schleswig-Holstein dazu auf, die Einrichtung einer **Pflegekammer** zu überdenken. Das Projekt bedeute erheblichen bürokratischen Aufwand und sei unnötig. „Für gute Arbeit und Pflege kann man auf anderen Wegen viel erfolgreicher sein", sagt der DGB-Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn.*

*Der **DGB Mülheim-Essen-Oberhausen,** die IG Metall und die IG BAU Essen laden mit dem Bundesverband Arbeitsorientierter Beratung (BAB) am 3. Dezember zur **Buchpräsentation** „Mitbestimmung braucht Beratung – Stand und Perspektiven Arbeitsorientierter Beratung" in die Buchhandlung „buchkontext" in Essen (Girardetstr. 2-38) ein. Prof. Dr. Klaus Kost, Vorsitzender des BAB, stellt das Buch vor, das im Graewis Verlag (19,95 Euro, verlag@graewis.de) erschienen ist.*

*Die öffentlichen Investitionen in Hessen sind eingebrochen. Dies zeigt der **Kommunalfinanzbericht,** den ver.di und der **DGB Hessen-Thüringen** vorgestellt haben. Ursächlich seien die geringen Steuereinnahmen. Höhere Steuern für reiche Haushalte und hohe Vermögen könnten die Einnahmebasis der öffentlichen Hand stärken, erklärt Gerhard Abendschein von ver.di Hessen. Stefan Körzell, DGB-Bezirksvorsitzender, betont: „Wir brauchen keinen schlanken Staat, sondern einen leistungsfähigen Wohlfahrtsstaat".*

| www.hessen-thueringen.dgb.de

*Für den **DGB Niedersachsen** bedeutet das neue **Landesvergabegesetz,** das einen Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde festschreibt, „einen wichtigen Schritt im Kampf gegen niedrige Löhne und prekäre Beschäftigung". Die Warnungen des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes vor hohen Folgekosten bezeichnet der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle als „entlarvend und kurzsichtig". Durch Lohndumping entstünden gesellschaftlich weit höhere Kosten, z.B. durch die Aufstockung von Löhnen durch Hartz IV.*

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gelebte Demokratie mit 5 Buchstaben? ACE e.V.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Mehr Zeit für die Beschäftigten

Auf dem Weg in die Insolvenz gelang es, bei den Praktiker- und Max-Bahr-Baumärkten in einem neuartigen Kooperationsmodell Transfergesellschaften auszuhandeln. Im deutschen Einzelhandel ist das eher eine Ausnahme.

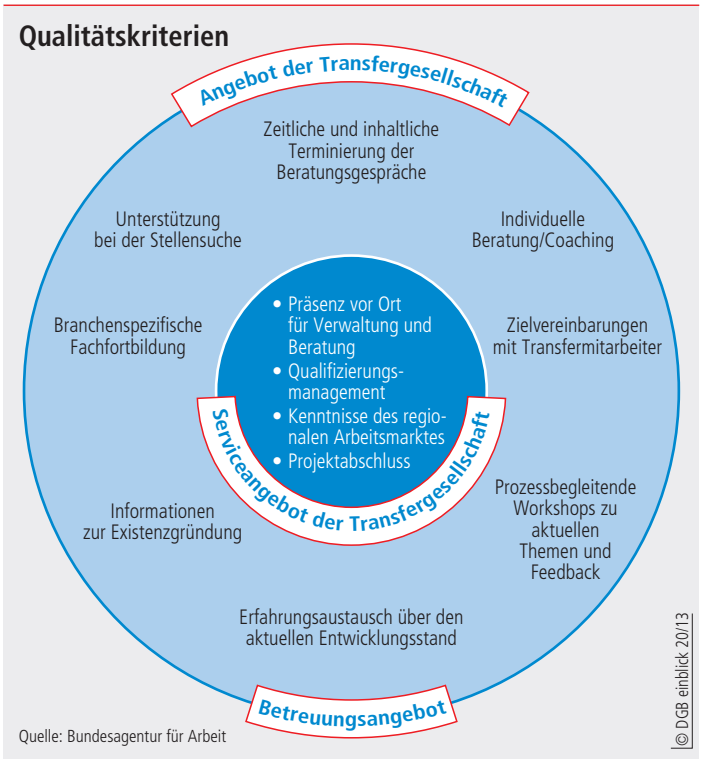
Transfergesellschaften. In der Marktwirtschaft ist es kaum anders als im Sport: Am Ende feiern immer die Sieger, die Verlierer bleiben weitgehend unbekannt. Das war bei Schlecker, Hertie und vielen anderen Unternehmen im Handel so. Im Einzelhandel sind die Verlierer darüber hinaus oft genug Frauen – Woolworth und Schlecker lassen grüßen. Indes gibt es bei den Praktiker- und Max-Bahr-Baumärkten ein neues Signal in einer Branche, die im Ruf steht, Märkte und deren Belegschaften wie Schachfiguren zu verschieben, und die Lohn- und Sozialdumping als normales Wettbewerbsinstrument einsetzt. Eine Transfergesellschaft (TG), die die Arbeitslosigkeit hinausschiebt und etwas mehr Geld in der Tasche bietet.

Ein Erfolgsfaktor, der die TG im Fall Praktiker ermöglichte, war die regelmäßige Kommunikation aller Beteiligten, von den Gläubigern über den Insolvenzverwalter bis hin zu ver.di, wie sie der Geist des neuen Insolvenzrechts vorsieht. Dabei ist es kein Zufall, dass mit Praktiker ein gewerkschaftlich gut organisiertes Handelsunternehmen für die Branche den Vorreiter macht. Insgesamt arbeiten sechs selbstständige TGs zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen daran, rund 12 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten den Wechsel in die TG anzubieten. Bereits Anfang November haben sich knapp „80 Prozent der Beschäftigten zu dem Angebot geäußert – weit überwiegend positiv", bestätigt Nicol von Neumann-Cosel von der Berliner Niederlassung der federführenden Unternehmensberatung Project Consult GmbH (PCG). Insgesamt sind sechs regionale TGs eingerichtet worden.

Für die Beschäftigten sind die TGs immerhin ein „Schlauchboot nach der Havarie, viel besser wäre natürlich ein neues Schiff", betont Neumann-Cosel. So gilt im Insolvenzfall ein verkürztes Kündigungsrecht von maximal drei Monaten, diejenigen, die in eine der TGs wechseln, haben drei Monate mehr Zeit, einen neuen Job zu suchen. Der Praktiker-Transfersozialplan sieht eine Verweildauer in der TG von maximal sechs Monaten vor. Auch beim Thema „Geld" wurde gut verhandelt: Insolvenzverwalter und Gläubiger stimmten zu, dass die monatlichen Zahlungen des Transferkurzarbeitergeldes in Höhe von 60 bzw. 67 Prozent aus der Konkursmasse auf 75 Prozent des letzten Nettolohns aufgestockt wird. „In langwierigen, harten Verhandlungen", lobt auch ver.di das Ergebnis, „konnte eine Vereinbarung zur Einrichtung einer Transfergesellschaft für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geschlossen werden."

Dabei nutzen TGs keineswegs nur den von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten, wie es neoliberale KritikerInnen gerne behaupten. Den Arbeitgebern entstehen geringere Kosten: Die Bundesagentur für Arbeit zahlt seit der Änderung des Sozialgesetzbuchs (SGB III) 1998 ein Transferkurzarbeitergeld, sofern der Vertrag zwischen Arbeitgeber, Betriebsrat und Gläubigern zustande kommt. Mehrmonatige Kündigungsfristen entfallen, da die ArbeitnehmerInnen umgehend in die TG wechseln können – und es drohen weniger Kündigungsschutzklagen. Zudem, sollte eine der beiden Marken Praktiker oder Max-Bahr erhalten bleiben, winkt auch der Imagegewinn, dass es sich um ein Unternehmen handelt, das im Krisenfall sozial handelt.

„Fast immer bringt die TG für Arbeitnehmer im Krisenfall deutliche Vorteile", ist das Fazit von Neumann-Cosel. „Das Transferkurzarbeitergeld wird nicht auf den Zeitraum des Bezuges von Arbeitslosengeld angerechnet. Im Falle Praktiker bringt es durch die Aufstockung auch deutlich mehr Geld in die Tasche jedes einzelnen sozialversicherten Beschäftigten." ●



Die Erstellung eines individuellen Profils von jedem Betroffen durch die Transferagentur gehört zu den Kriterien, die die Bundesagentur für Arbeit für die Bezuschussung von Transfergesellschaften zugrunde legt. Auch darf der Arbeitgeber durch die Bezuschussung nicht von bestehenden Verpflichtungen befreit werden.

● MEHR ZUM THEMA

Zweitbestes Mittel

Transfergesellschaften (TG) können den betroffenen Arbeitnehmern helfen, eine neue Existenz aufzubauen. Sie sind nach dem Erhalt des Arbeitsplatzes jedoch immer nur das zweitbeste Mittel. Die IG Metall hat für die Gründung von TGs Qualitätskriterien aufgestellt:

- *Die Errichtung einer TG darf nicht zu Lasten des Sozialplanes gehen.*
- *Die Verweildauer des Arbeitnehmers in der TG sollte mindestens doppelt so lang sein, wie die individuelle Kündigungsfrist.*
- *Die Verwendung der für die TG bereitgestellten Mittel sollten durch die IG Metall und den Betriebsrat kontrolliert werden. Dazu ist ein Beirat einzurichten.*
- *Bei der Einsetzung der TG sollte das Budget eigene Mittel des ehemaligen Arbeitgebers in Höhe von mindestens zehn Prozent des Arbeitnehmerbruttos erreichen. Mindestens zehn Prozent sollten für ein zweckgebundenes Aktivitätenbudget sowie mindestens 1000 Euro pro Arbeitnehmer für ein zusätzliches Qualifizierungsbudget zur Verfügung stehen.*
- *Das Budget für die TG sollte bereits beim Start komplett zur Verfügung stehen.*

● IM NETZ

http://bit.ly/transferges

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Verkehrspolitik mit Zukunft: sozial und ökologisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

KURZ & BÜNDIG

In einem Brief an Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und an die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles (SPD) fordern NGG und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG), die tarifliche Altersvorsorge zu stärken. Die beiden Politikerinnen leiten die Koalitionsarbeitsgruppe „Arbeit und Soziales".
I www.bit.ly/ngg_ang

Für die bevorstehende Tarifrunde in der chemischen Industrie hat der IG BCE-Hauptvorstand eine Erhöhung der Entgelte um 5,5 Prozent empfohlen. Jetzt wird in den Betrieben beraten. Ende November wird die Bundestarifkommission die endgültige Forderung beschließen. „Wir wollen eine gerechte Verteilung", kündigte IG BCE-Vorstandsmitglied Peter Hausmann an.

Die IG BAU und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) haben die Abschaffung der Meisterpflicht im Fliesenlegerhandwerk als „Fehlentscheidung" kritisiert. IG BAU und ZDB: „Die Qualität in dem einstigen Vorzeige-Handwerk ist drastisch gesunken, die Ausbildungsleistung eingebrochen."

In jedem vierten Betrieb der insgesamt 300 Unternehmen der Deutschen Bahn und deren Tochtergesellschaften hat die EVG keine Einigkeit mit den Arbeitgebern über den Personalbedarf erzielen können. Die EVG hat weitere Gespräche angekündigt, um zu klären, wie viele Beschäftigte nötig sind, um den Bahnbetrieb reibungslos zu garantieren.

GdP-Bundesschriftführer Jörg Bruchmüller, 54, ist in den Vorstand des Europäischen Polizeigewerkschaftsbundes (EuroCOP) gewählt worden. Er folgt dem ehemaligen GdP-Vorsitzenden Bernhard Witthaut, 58.

ver.di will sich für bessere Maßnahmen gegen Belastungen und Stress im Einzel- und Versandhandel einsetzen. Eine Befragung zeigt: Nur wenige Beschäftigte glauben, gesund die Rente zu erreichen. Die Studie soll in ein Demografieprojekt von Handelsverband Deutschland und ver.di einfließen.

NACHGEFRAGT

Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und Mitglied im Aufsichtsrat von Volkswagen, erklärt, wieso das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum VW-Gesetz so wichtig ist.

Foto: IG Metall

Das Volkswagen-Gesetz ist vom Europäischen Gerichtshof abschließend als europarechtskonform anerkannt. Das ist ein Erfolg, nicht nur für die rund 40 000 Volkswagen-Beschäftigten, die 2008 vor der Konzernzentrale in Wolfsburg demonstriert haben. Es ist der Erfolg eines breiten Bündnisses von Betriebsrat, IG Metall, alter und neuer Landesregierung sowie der Bundesregierung. Ein Erfolg, mit dem klar ist, dass es weiterhin einen wirksamen Schutz vor Standortverlagerungen und Werksschließungen bei Volkswagen gibt.

Eine starke IG Metall, ein starker Betriebsrat und das VW-Gesetz sind zentrale Säulen des Erfolgs von Volkswagen. Sie sind die Grundlage dafür, dass Beschäftigungssicherung und Wirtschaftlichkeit bei Volkswagen gleichrangige Unternehmensziele sind. Mit dem EuGH-Urteil sind die Arbeitnehmerrechte gegenüber den Interessen der Kapitalseite gestärkt worden. Das reicht aber nicht aus: Die Europäische Union muss endlich faire Spielregeln für den europäischen Binnenmarkt schaffen. Wir benötigen innerhalb der EU mehr Wirtschaftsdemokratie. Es bedarf eines erweiterten Mitspracherechts für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das VW-Gesetz kann innerhalb der EU eine Blaupause für eine beschäftigtenorientierte Unternehmenspolitik sein. Europa braucht mehr soziale Verantwortung. Mit Blick auf die Europa-Wahlen im kommenden Jahr benötigen wir dringend eine Korrektur des neoliberalen Kurses der EU-Kommission. ●

Erweiterter Zugriff auf Daten

Überwachung. Mehr statt weniger Daten zu sammeln, scheint die Konsequenz der deutschen Politik aus dem NSA-Überwachungsskandal zu sein. Nach Erkenntnissen von ver.di gibt es einen Vorschlag für die möglicherweise künftigen Partner einer großen Koalition, der vorsieht, die Überwachung an wichtigen Internetknotenpunkten auszuweiten. An solchen Netzknoten tauscht auch die Deutsche Telekom Internetdaten mit anderen Anbietern aus. Diese Forderung steht laut ver.di in einem internen Papier der Union, das als Grundlage für die Koalitionsverhandlungen geschrieben wurde. Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske steht „ein solch weitgehender Eingriff im krassen Widerspruch zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung und der informationellen Selbstbestimmung". ●
I www.verdi.de/presse

Auf dem Vormarsch

DGB-Frauen. Vom 21. bis 23. November laden die Gewerkschaftsfrauen zur 18. Ordentlichen Bundesfrauenkonferenz nach Berlin ein. Unter dem Motto „Wir sind dran! Selbst. Bestimmt. Sicher." treffen sich die Delegierten, um eine moderne Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik voranzubringen, die Frauen und Männern ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen, die unter anderem dazu führen, dass Frauen immer öfter zu Familienernährerinnen werden. Der Leitantrag „Von der eigenständigen Existenzsicherung zur selbstbestimmten Erwerbsbiografie von Frauen und Männern" zeigt, was getan werden muss, um die Arbeitswelt geschlechtergerecht zu gestalten. Dazu gehören grundlegende Veränderungen der politischen und institutionellen Rahmenbedingungen. ●
I www.frauen.dgb.de

Schöneberger Forum: Gute Arbeit im öffentlichen Dienst

DGB und Hans-Böckler-Stiftung laden auch in diesem Jahr zum Schöneberger Forum nach Berlin ein. Am 26. und 27. November analysieren und diskutieren ExpertInnen aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Für den DGB steht fest: Gute Arbeit in der öffentlichen Verwaltung braucht faire Bedingungen. Die sechs Foren widmen sich unter anderem den Themen Befristung, demografischer Wandel und Arbeitsverdichtung. Im Rahmen des Forums wird auch der Personalräte-Preis 2013 vergeben. Ausnahmsweise findet das Schöneberger Forum nicht im Berliner Rathaus in Schöneberg sondern im Stadtteil Friedrichshain statt.
I www.schoeneberger-forum.de/-/3DB

Chile – 40 Jahre nach dem Putsch

Veranstaltung. Der DGB Hessen-Thüringen und der DGB Bremen laden gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Partnern zu Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des Putsches in Chile ein. Am 23. November (Frankfurt/Main) und am 27. November (Bremen) spricht Maya Fernández Allende, die Enkelin des 1973 von den Militärs gestürzten Präsidenten Salvador Allende, zum Thema „Vergangenheitsbewältigung und die Zukunft der Demokratie in Chile". Begleitet wird sie von Christián Cuevas Zambrano, Mitglied im Bundesvorstand des Chilenischen Gewerkschaftsbundes und Vorsitzender der größten Einzelgewerkschaft, er informiert über die Situation der Gewerkschaften in Chile. ●
I www.bremen.dgb.de/-/NTC

Die Mietpreisbremse ist ein Anfang

Welche Reformen die neue Bundesregierung angehen muss, um bezahlbare Wohnungen für alle zu sichern, beschreibt der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

Bezahlbarer Wohnraum. Zu Recht hat sich die anbahnende Koalition aus SPD und Union gleich zu Beginn der Sondierungen der Wohnungsnot angenommen. Dies ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die Parteien gesehen haben, dass dieses Thema zunehmend Wahlen entscheidet. Ein Dach über dem Kopf ist eben kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis. Unaufhaltsam steigende Mieten in der Neuvermietung treiben die Bestandsmieten ebenfalls in die Höhe. Renditegetriebene Premiumsanierungen vernichten einst günstigen Wohnraum. Die bisherigen MieterInnen, Gering- und selbst DurchschnittsverdienerInnen, werden aus ihren Stadtteilen verdrängt. Doch mangels Alternativen ist vielerorts ein Umzug keine Lösung. In manchen Gegenden arbeitet inzwischen ein Partner in Haushalten mit zwei Verdienern ausschließlich für die Miete. Von der jahrzehntelang geltenden Faustformel, ein Drittel des Einkommens für die Miete aufzuwenden, können viele Menschen in Ballungsräumen oder Uni-Städten nur träumen. In Berlin stiegen die Mieten seit 2007 um 35 Prozent, in Hamburg um 25 Prozent, in München und Frankfurt/Main von einem bereits sehr hohen Niveau um 20 Prozent. Die Einkommen können da nicht mithalten. Deshalb ist die beabsichtigte Mietpreisbremse und die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Anlagen im Mietwohnungsbau (degressive Afa) ein richtiger Anfang.

> ***„Mangel besteht in erster Linie bei günstigen und zunehmend auch bei altersgerechten Wohnungen."***

Doch diese Instrumente reichen allein noch nicht aus, um die gravierendsten Missstände zu beheben. Mangel besteht in erster Linie bei günstigen und zunehmend auch bei altersgerechten Wohnungen. Mit dem Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau und aus der Förderung von altersgerechtem Umbau haben Bund und Länder dieses Problem selbst geschaffen. Sie stehen nun in der Verantwortung, für Abhilfe zu sorgen. Gleichzeitig darf sich die Politik bei der Förderung der klimagerechten Sanierung von Häusern nicht aus der Verantwortung stehlen, wobei die Belange der Mieter berücksichtigt werden müssen. Anreize zum Neu- und Umbau sind schon allein wegen ihrer sozialen Wirkungen gut investiertes Geld. Unter dem Strich reduzieren zudem Rückflüsse an den Fiskus und in die Sozialkassen sowie ersparte Kosten der Unterbringung alter Menschen in Pflegeheimen die Ausgaben deutlich.

Vor allem Familien und Geringverdienern fehlt bezahlbarer Wohnraum. Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft jährlich um rund 100 000. Bundesweit sank der Neubau von Sozialwohnungen von 23 600 im Jahr 2009 auf 19 300 Einheiten 2011. Dramatisch verschärft hat sich auch der Druck bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Von den benötigten 130 000 Einheiten pro Jahr wurde zuletzt nur knapp die Hälfte fertiggestellt. Städte wie München oder Hamburg haben sich dem Trend mit vorbildlichen Projekten entgegen gestellt. Das Münchener Modell schreibt Investoren vor, mindestens ein Drittel der neu erstellten Wohnungen mit niedrigen Mieten anzubieten. Hamburg hat zugesichert, jährlich 2000 neue Sozialwohnungen zu schaffen. Andere Kommunen sollten diesen Initiativen nacheifern, wobei sie darauf achten müssen, dass der Zweck nicht durch teure Zusatzvereinbarungen wie etwa eine Extra-Miete für Parkplatz oder gar Keller unterlaufen wird. Auch die neue Bundesregierung muss zur Entlastung der sozial Schwächsten beitragen. Derzeit zahlt der Bund jährlich 518 Millionen Euro an die Länder zur Förderung von Sozialwohnungen. Diesen Betrag sollte die Koalition nicht nur aufstocken, sie muss die Länder auch dazu drängen, die Mittel ausschließlich zweckgebunden zu investieren. Dies ist derzeit nicht der Fall, sodass viele Kommunen angesichts ihres hohen Schuldenstands das Geld lieber für andere Projekte verwenden.

Unabhängig von der Mietpreisproblematik zeichnet sich angesichts einer alternden Bevölkerung eine graue Wohnungsnot ab. Es gibt zu wenig altersgerechten Wohnraum. Gebrechliche Menschen müssen in Alten- oder Pflegeheime ausweichen, obwohl sie mittels einiger Umbauten gut in ihren vier Wänden und damit ihrem gewohnten sozialen Umfeld wohnen bleiben könnten. Hier hatte der Bund über die KfW-Förderung „Altersgerechtes Umbauen" einen sinnvollen Anreiz gesetzt. Allerdings sind die Fördermittel des Bundes für dieses Programm bereits 2011 ausgelaufen. Union und SPD sollten sich dieses Ansatzes erinnern und ihn ausbauen. Um den bundesweit absehbaren Bedarf von 2,5 Millionen barrierearmer Wohnungen zu decken, muss der Bund die KfW-Fördermittel auf mindestens 200 Millionen Euro jährlich in Form von Zuschüssen und Kreditprogrammen bereit stellen. Nach vier verlorenen Jahren schwarz-gelber Koalition besteht ein hoher Nachholbedarf. Die neue Regierung muss sich der Wohnungsnot mit ganzem Elan stellen.

> ***„Nach vier verlorenen Jahren schwarz-gelber Koalition besteht ein hoher Nachholbedarf."***

Foto: IG BAU

Robert Feiger, 51, ist seit September Bundesvorsitzender der IG BAU.

MEHR ZUM THEMA

Mietpreise im Fokus

In ihren Koalitionsverhandlungen haben sich Union und SPD bereits auf ein „Paket für bezahlbares Bauen und Wohnen" geeinigt. Danach sollen Vermieter zum Beispiel in Großstädten Bestandsmieten in vier Jahren nur maximal um 15 Prozent anheben dürfen. Bei einem Mieterwechsel sollen Mieten maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen dürfen. Union und SPD wollen zudem den Bau günstiger Mietwohnungen fördern. Sollte es zu einer großen Koalition kommen, dürfen Kosten für die energetische Gebäudesanierung nur noch zu zehn Prozent auf die Miete umgelegt werden. Auch das Wohngeld wollen Union und SPD anheben.

Gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund, dem Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau und weiteren Verbänden der Bau- und Immobilienbranche fordert die IG BAU seit langem eine Kehrtwende im Wohnungsbau. Angesichts von Wohnungsknappheit in Ballungsräumen sei die neue Bundesregierung gezwungen, sofort zu handeln. Deutschland habe hier eine seiner größten „politischen Baustellen".

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Wer sichere Autos und gute Straßen baut, braucht sichere Arbeit und gute Löhne.

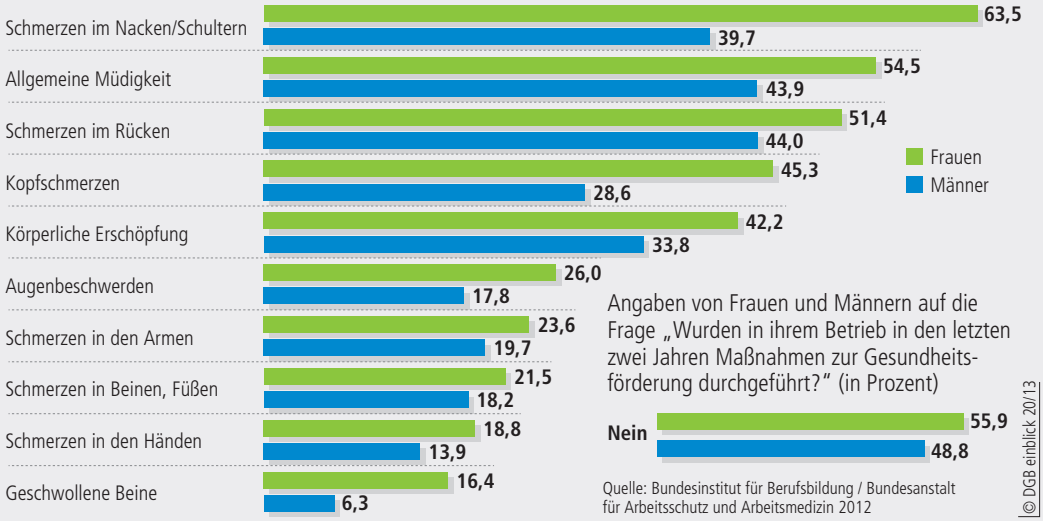
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DIE DGB-GRAFIK

Frauen sind durch Belastungen am Arbeitsplatz stärker körperlich beeinträchtigt als Männer. So leiden fast zwei Drittel der Frauen gegenüber knapp 40 Prozent der Männer unter Schulter- und Nackenschmerzen, wie eine aktuelle Befragung zeigt. Frauen haben zudem weniger Chancen, an gesundheitsfördernden Maßnahmen teilzunehmen. „Branchen wie der Handel müssen stärker auf die gesundheitlichen Belange ihrer Beschäftigten eingehen", fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Gesundheitsschutz: Frauen stärker körperlich belastet

Angaben von Frauen und Männern zu körperlichen Beschwerden am Arbeitsplatz (in Prozent)



Angaben von Frauen und Männern auf die Frage „Wurden in ihrem Betrieb in den letzten zwei Jahren Maßnahmen zur Gesundheitsförderung durchgeführt?" (in Prozent)

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung / Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2012

© DGB einblick 20/13

PERSONALIEN

Sonja König, 29, verstärkt ab 1. November die Abteilung Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Gemeinsam mit Referatsleiter **Knut Lambertin,** 42, ist sie zuständig für Gesundheitspolitik und Krankenversicherungen.

Katja Karger, 44, ist neue Vorsitzende des DGB Hamburg. Sie folgt **Uwe Grund,** 61, der nicht wieder zur Wahl angetreten ist. Karger ist gelernte Industriekauffrau und hat Philosophie und Kulturwissenschaft studiert. Von 2002 bis 2007 war sie Gewerkschaftssekretärin beim ver.di-Projekt connex.av.

BUCH-TIPP

Siegfried Mielke, Stefan Heinz (Hrsg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, Schriftenreihe „Gewerkschafter im Nationalsozialismus", Band 6, Metropol Verlag, Berlin, 2013, 869 Seiten, 36 Euro.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 durch die Nazis war von Verhaftungswellen begleitet. Das biografische Handbuch „Gewerkschafter im Nationalsozialismus" beschreibt die Schicksale der in den KZs Oranienburg und Sachsenhausen inhaftierten GewerkschafterInnen. Viele haben das KZ nicht überlebt. Der Band stellt auch das Engagement der Überlebenden beim Neuaufbau der Gewerkschaften vor. Ziel der gesamten Schriftenreihe ist es, dem gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Nazis zu mehr Beachtung zu verhelfen.

TERMINE

11.11.
Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft, DGB, AOK u.a. „Demografiekongress 2013: Gemeinsam stark für Niedersachsen", Hannover

11.-14.11.
NGG, 16. Ordentlicher Gewerkschaftstag der NGG, Berlin

12.11.
IG Metall-Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Betriebsrätinnenkonferenz, Hannover

12.11.
Otto-Brenner-Stiftung, Medienpolitische Tagung und Verleihung des Otto-Brenner-Preises, Berlin

13.11.
ver.di, Fachtagung „10 Jahre Hartz-Gesetze: Was ist aus der beruflichen Weiterbildung geworden?", Berlin

14.11.
DGB, GEW, IG Metall, Tagung „Wirtschaft in der Schule – was sollen unsere Kinder lernen?", Hannover

14.-16.11.
GEW, Tagung „GEW-Herbstakademie 2013", Weimar

15./16.11.
GEW, Fachtagung „FrauenStärken 2013", Berlin

20./21.11.
DGB-Bildungswerk, Tagung „Wie (a)sozial sind soziale Netzwerke? Solidarität im Zeitalter von Vereinzelung und Vernetzung", Hattingen

21.-23.11.
DGB, 18. DGB-Bundesfrauenkonferenz, Berlin

24./25.11.
IG Metall, Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Frankfurt am Main

SCHLUSSPUNKT

„Wir wissen nicht, unter welchem Druck diese Konzerne stehen. Aber dass sie sich zu Hilfsermittlern des Staates haben machen lassen, ist erschreckend."

Der frühere EU-Industriekommissar Günter Verheugen (SPD) über die Datensammlung der NSA bei großen Konzernen wie Google, „Tagesspiegel" vom 4.11.2013

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Polizeidienst

Keine Ablehnung eines Tätowierten

Mit Beschluss vom 12. September 2013 hat das Verwaltungsgericht Aachen das Land NRW verpflichtet, einen tätowierten Bewerber zur Ausbildung für den gehobenen Polizeidienst zuzulassen und ihn zum Beamten auf Widerruf zu ernennen. Weil das Land sich weigert, dem Gerichtsbeschluss nachzukommen, wird dem Land NRW ein Zwangsgeld von 10.000,- Euro angedroht.

Verwaltungsgericht Aachen, Beschluss vom 23. Oktober 2013 – 1 M 17/13

Homo-Ehe

Kindergeld wie bei Ehepartnern

Bei der Berechnung des Kindergeldes in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft müssen die Kinder beider Partner zusammengezählt werden. Gleichgeschlechtliche Lebenspartner haben somit ab dem dritten Kind Anspruch auf ein höheres Kindergeld, genauso wie Ehepartner.

Bundesfinanzhof, Urteil vom 8. August 2013 - VI R 76/12

Gesetzliche Unfallversicherung

Rentner als „Quasi-Beschäftigter"

Ein Rentner, der für einen Jagdpächter nach dessen Vorgaben und unter dessen Aufsicht mehrere Hochsitze gebaut hat, steht als „Quasi-Beschäftigter" unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung.

Sozialgericht Stuttgart, Urteil vom 19. Juni 2013 - S 6 U 2479/10

Hörgerät

Rentenversicherung übernimmt Kosten

Der Leiter einer Küche ist in seinem Beruf auf eine besonders gute Hörfähigkeit angewiesen. Ist diese behinderungsbedingt nicht vorhanden und lässt sie sich auch nicht durch ein Hörgerät zum Festbetrag herstellen, kann der Rentenversicherungsträger verpflichtet sein, die von der Krankenkasse nicht übernommenen Kosten für ein höherwertiges Hörgerät zu übernehmen, wenn dadurch die Erwerbsfähigkeit erhalten werden kann.

Sozialgericht Gießen, Urteil vom 29. September 2013 – S 4 R 651/11

Ausbildungskosten

Arbeitnehmer nicht benachteiligen

Wenn der Arbeitgeber Ausbildungskosten trägt, kann er mit dem Arbeitnehmer vereinbaren, dass dieser die Ausbildungskosten unter bestimmten Voraussetzungen zurückerstattet. Eine solche Vereinbarung darf aber den Arbeitnehmer nicht unangemessen benachteiligen. Eine Benachteiligung liegt vor, wenn der Arbeitnehmer sich verpflichtet, in jedem Fall einer eigenen Kündigung die Kosten zurückzuzahlen. Denn damit wird nicht unterschieden, ob der Grund für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses beim Arbeitgeber oder beim Arbeitnehmer liegt.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 28. Mai 2013 - 3 AZR 103/12

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 20/13

Schadenshaftung

Im Betrieb auch private Haftung

Das Herumwerfen von Wuchtgewichten in einem Kfz-Betrieb ist dem persönlich-privaten Bereich zuzuordnen. Für die Folgen muss also der Arbeitnehmer selbst aufkommen.

Der Fall: Während der Arbeitszeit in einer KFZ-Werkstatt warf ein Auszubildender ein etwa 10 Gramm schweres Wuchtgewicht in Richtung eines anderen Auszubildenden (18). Er traf ihn am linken Auge, am Augenlid und an der linken Schläfe. Der Getroffene musste wegen einer Hornhaut- und einer Oberlidrandverletzung mehrfach operiert werden. Ihm wurde eine künstliche Augenlinse eingesetzt. Wegen der verbliebenen Hornhautnarbe leidet er an einer dauerhaften Sehverschlechterung und dem Verlust des räumlichen Sehvermögens. Er verklagte den Arbeitskollegen deshalb auf Schmerzensgeld und die Feststellung, dass der Verursacher auch zukünftig jeden Schaden aus dem Ereignis ersetzen muss. Das Gericht hat den Schädiger zu einem Schmerzensgeld von 25 000 Euro verurteilt.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmer hat den 18-jährigen fahrlässig geschädigt. Er hätte wissen müssen, dass der Wurf mit einem Wuchtgewicht eine solche Verletzung hervorrufen kann. Er ist auch nicht von der Haftung befreit, weil es sich bei dem Wurf nicht um eine betriebliche Tätigkeit gehandelt hat, bei der für Personenschäden nur für Vorsatz, nicht aber für Fahrlässigkeit gehaftet wird. Das Werfen von Wuchtgewichten in einem KFZ-Betrieb ist vielmehr dem persönlich-privaten Bereich zuzuordnen, für den ein Arbeitnehmer in vollem Umfang haftet. Bei der Höhe des Schmerzensgeldes ließ sich das Gericht insbesondere von den erlittenen Schmerzen, der dauerhaften Beeinträchtigung und dem Risiko weiterer Verschlechterungen des Augenlichts leiten. Das Begehren des Verletzten auf eine zusätzliche monatliche Schmerzensgeldrente wurde abgewiesen.

Hessisches Landesarbeitsgericht, Urteil vom 20. August 2013 - 13 Sa 269/13

Hartz IV

Jobcenter übernimmt Energieschulden

Das Jobcenter muss bei der Schuldentilgung für Haushaltsenergie helfen, wenn sonst die Wohnung ohne Energie verbleiben würde.

Der Fall: Das Jobcenter hatte dem Hartz IV-Empfänger schon Abschläge für die Gasheizung gezahlt. Er hatte die Zahlungen aber nur teilweise an die Stadtwerke weitergeleitet und war auch mit den Abschlägen für Strom in Rückstand geraten. Dadurch hatten sich Schulden von rund 3000 Euro angehäuft. Das Jobcenter weigerte sich, diese Schulden zu übernehmen. Die Klage dagegen hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Obwohl die Verschuldung des Leistungsbeziehers durch eigene Pflichtverletzungen entstanden ist, wird das Jobcenter verpflichtet, ihm ein Darlehen zur Tilgung von Strom- und Gasschulden zu bewilligen. Es ist keine andere Möglichkeit ersichtlich, die Wohnung des Arbeitssuchenden wieder mit Energie zu versorgen. Ein Anbieterwechsel kam wegen hoher Schulden nicht in Betracht; Prepaid-Zähler waren nicht verfügbar. Der Leistungsberechtigte, der zunächst alle Möglichkeiten der Selbsthilfe ausschöpfen muss, hatte sich vergeblich um einen Vergleich mit den Stadtwerken bemüht; die Beschaffung eines Privatdarlehens scheiterte.

Das Gericht geht davon aus, dass es dem Leistungsbezieher in Zukunft gelingen wird, die Raten für das Darlehen regelmäßig zu zahlen und seinen sonstigen Verpflichtungen nachzukommen.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 13. Mai 2013 - L 2 AS 313/13 B ER

einblick

GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR.21** VOM 25.11.2013

Zukunft gestalten

Am 25. Mai 2014 wird ein neues Europäisches Parlament gewählt – eine große Chance für ein demokratisches und soziales Europa. Der DGB-Bundesvorstand ruft die Parteien zu einem Politikwechsel in der EU auf.

Europa-Wahl. Fünf Jahre nach Beginn der Wirtschafts- und Schuldenkrise steht Europa weiterhin vor vielen Herausforderungen. Wie nachhaltige Lösungen für ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa aussehen, hat der DGB-Bundesvorstand mit seinen europapolitischen Forderungen deutlich gemacht. Drei Punkte hebt der DGB in seinem Bundesvorstandsbeschluss hervor, um einen Politikwechsel für die ArbeitnehmerInnen zu erreichen: Gute Arbeit, Investitionen in die Zukunft und demokratische Reformen.

Bisher handelt die EU nicht immer im Sinn der ArbeitnehmerInnen. So blockiert die EU-Kommission momentan die Umwandlung der Sozialpartnervereinbarung für das Friseurhandwerk in eine verbindliche Richtlinie. Gleichzeitig versucht sie, bereits erlangte Rechte und Regeln – unter dem Mäntelchen des Bürokratieabbaus – einzuschränken. Der DGB will mit gestärkten Arbeitnehmerrechten und mehr Tarifautonomie gute Arbeitsbedingungen europaweit durchsetzen. Dazu gehört die Stärkung der Europäischen Betriebsräte.

Die Krisenpolitik der letzten Jahre ist aus Sicht der Gewerkschaften gescheitert. Der Fokus auf Sparen und Strukturreformen führt nicht zu mehr Wohlstand und Beschäftigung für Europas BürgerInnen. Der DGB setzt sich für den Ausbau der EU zu einer Sozial- und Wirtschaftsunion ein. Denn „wirtschaftliche Prosperität und soziale Teilhabe bedingen sich gegenseitig". Das erfordert Zukunftsinvestitionen, wie sie der DGB in seinem Marshallplan und der Europäische Gewerkschaftsbund in seinem Investitionsplan (siehe Seite 2) formuliert hat. Zudem müssen die Verursacher die Kosten der Krise tragen. Deshalb ist eine Finanztransaktionssteuer wichtig. Eine Gerechtigkeitssteuer auf Vermögen ist ebenfalls zwingend erforderlich.

Foto: DGB-Jugend

Die DGB-Jugend zeigt anlässlich des EU-Gipfels in Paris Flagge. Der DGB fordert ein Zukunftsprogramm für die Jugend Europas mit einer Jugendbeschäftigungsgarantie.

Die Krise hat aber auch Europas Demokratiedefizite offen gelegt. Der DGB kritisiert, dass der zwischenstaatliche Fiskalvertrag ein „völkerrechtliches Nebenregime" geschaffen habe, „mit dem bestehende demokratische Regelungen und Kontrollen ausgehebelt" wurden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente wurden an den Entscheidungen nicht beteiligt. Deshalb fordert der DGB einen Konvent mit Beteiligung der Sozialpartner für das Jahr 2015, um einen neuen Vertrag zu verhandeln, der die EU demokratischer und sozialer macht.

| www.dgb.de/-/FXG

INHALT

3 *Kompetenzen verbessern*
Ein Projekt für Analphabeten in der Arbeitswelt

5 *Mensch und Maschine*
Potenziale und Risiken von Industrie 4.0

7 *Kompass nutzen*
Der erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber über künftige Herausforderungen

Katar muss handeln

Arbeitnehmerrechte. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erwartet, dass sich bei den unmenschlichen Arbeitsbedingungen der Wanderarbeiter in Katar etwas ändert. Nach einem Treffen mit den Spitzenvertretern von FIFA und DFB geht Michael Sommer davon aus, dass sich die Fußballorganisationen für die Beschäftigten auf den WM-Baustellen einsetzen: „Katar muss alle ILO-Kernarbeitsnormen ratifizieren und nachprüfbar umsetzen". Sommer, der auch Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist, warnte: „Der Atem der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist lang – und wir werden nicht ruhen, bis sich die Arbeitsbedingungen in Katar grundlegend verbessert haben.

| www.dgb.de/-/Fwh

PLUS/MINUS

− Der CDU-Bundestagsabgeordnete Joachim Pfeiffer stimmt der These der Wirtschaftsweisen zu, die Flexibilität des Arbeitsmarktes dürfe „nicht durch restriktive regulatorische Eingriffe" – wie einen gesetzlichen Mindestlohn „ohne Ausnahmemöglichkeiten" – unterlaufen werden.

+ Sahra Wagenknecht, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken bezeichnete das Wirtschaftsgutachten der Sachverständigen als den „Quatsch der Weisen". Sie verteidigten die falschen Konzepte. Es sei eine Aufforderung, die Lohn- und Sozialdumpingpolitik ohne Korrekturen fortzuführen.

IM NETZ

www.explore-poverty.org

Die Internetseite informiert in interaktiver Form über Armut in den USA, Finnland, Luxemburg, Österreich, Deutschland und der Türkei

Europäische Sparpolitik beenden

Investitionsprogramm. Der DGB lieferte mit seinem Marshallplan für Europa die Blaupause, jetzt hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) einen Zukunftsplan verabschiedet, der sich an der DGB-Vorlage orientiert. Kernforderung des EGB-Investitionsplans ist es, privates Kapital in die Realwirtschaft umzuleiten. Von Investitionen in Energieproduktion und -effizienz, Infrastrukturprojekte oder auch Bildung erwarten die europäischen Gewerkschaften langfristig bis zu elf Millionen zusätzlicher Vollzeitstellen.

Um dies zu erreichen, soll jährlich eine Summe in Zukunftsfelder gesteckt werden, die rund zwei Prozent des EU-Bruttoinlandprodukts entspricht. Dies wären derzeit rund 260 Milliarden Euro. Die Europäische Investitionsbank (EIB) oder auch eine neue Einrichtung – ähnlich dem DGB-Vorschlag zu Zukunftsfonds – könnte dann beispielsweise Anleihen mit zehnjähriger Laufzeit auflegen. Anleger könnten so in diese Zukunftsprojekte investieren. Die anfallenden Zinskosten könnten über die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer finanziert werden.

Eine „echte Alternative zur Austeritätspolitik" sieht DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki in dem vom EGB einstimmig beschlossenen Vorschlag. Auch seine Vorstandskollegin Annelie Buntenbach wirbt für die schnelle Umsetzung dieses Zukunftsprojekts: Ohne eine solche Perspektive für die Menschen, wird es bei der Europawahl 2014 „eine Abstimmung mit den Füßen geben, die extremen Nationalisten zugute käme".

www.dgb.de/-/Fq3 | www.etuc.org

Gegen Rassismus

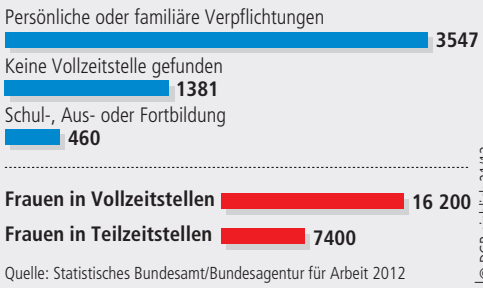
Gemeinsame Erklärung. Der DGB und der Zentralrat der Juden in Deutschland (ZdJ) fordern ein Bundesprogramm gegen Rassismus und Rechtsextremismus. „Die gesellschaftliche Arbeit gegen Rassismus muss aufgewertet und politisch stärker gefördert werden", begründet DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die Erwartungen der beiden Organisationen. Wichtig ist vor allem eine kontinuierliche Finanzierung. Die derzeit unterschiedlichen Vorhaben könnten in einem „transparenten" Gesamtprogramm zusammengeführt werden. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entwicklung und Steuerung eines solchen Bundesprogramms halten DGB und ZdJ für notwendig. Die aktuelle Entscheidung des Bundesfamilienministeriums, das Bundesprogramm bis 2014 fortzuführen und die Mittel aufzustocken, ist aus Sicht des DGB nur eine unbefriedigende Übergangslösung.

www.dgb.de/-/FH3

DATEN UND FAKTEN

Frauen in Teilzeit

Gründe für die Teilzeitarbeit von Frauen (in Tausend)



Quelle: Statistisches Bundesamt/Bundesagentur für Arbeit 2012

© DGB einblick 21/13

Weniger Einkommen und weniger Rente gehören zur Teilzeitarbeit. *Betroffen sind in erster Linie die Frauen. Vor allem gilt für sie oft: „Einmal Teilzeit, immer Teilzeit". In keinem anderen EU-Land ist der Unterschied zwischen tatsächlicher und gewünschter Arbeitszeit so groß wie in Deutschland, stellt der DGB fest. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack setzt darauf, dass sich dies zukünftig ändert, denn Beschäftigte benötigten mehr Arbeitszeitsouveränität. „Wir brauchen einen gesetzlich geregelten Anspruch auf befristete Teilzeit, damit Beschäftigte ihre Arbeitszeit nach Bedarf reduzieren und wieder aufstocken können." Dieses Mehr an Flexibilität könnte auch dazu führen, dass sich „auch Männer trauen, in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit zu reduzieren".* www.dgb.de/-/FGt

Unsinnige Warnung

Wirtschaftsweise. Das neue Jahresgutachten des Sachverständigenrates ist für den DGB inakzeptabel. Die Ökonomen warnen vor dem Mindestlohn und lehnen ebenso eine gerechtere Besteuerung ab, selbst die Mietpreisbremse wird kritisiert. Ausnahmen von der Rente mit 67 sollten nach Ansicht der Wirtschaftsweisen ebenso wenig beschlossen werden, wie die Aufstockung niedriger Alterseinkommen. Der Aufschwung werde sonst verspielt, orakeln die Wirtschaftsweisen. Für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer sind die Empfehlungen der Regierungsberater „Ratschläge aus der Mottenkiste des Frühkapitalismus". „Verkürzte Analysen" und „falsche Behauptungen" wirft DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki den Sachverständigen vor.

www.dgb.de/-/FHL

Managergehälter: Unverdiente Höhenflüge

Einkommen, die pro Tag das Monatsgehalt einer Krankenschwester noch toppen, stoßen in der Gesellschaft zu Recht auf Widerspruch. Wie groß die Unterschiede bei der Bezahlung der Beschäftigten eines Unternehmens und dessen Topmanagern sind, hat die Hans-Böckler-Stiftung untersucht. Im Jahr 2011 lag das durchschnittliche Einkommen der Vorstandsvorsitzenden der DAX-30-Konzerne 53-mal höher als das Durchschnittsgehalt der Beschäftigten. Für DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel hat das „mit Leistung oder Verantwortung nicht mehr viel zu tun". In den letzten Jahren wurde „aus der Todsünde Gier eine Managertugend gemacht", kritisiert Hexel. Der DGB spricht sich dafür aus, dass der Aufsichtsrat jährlich festlegt, welche Relation die Gesamtvergütung der Manager im Vergleich zum durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen maximal erreichen darf. Im Mai diesen Jahres hatte bereits der Deutsche Corporate Governance Kodex empfohlen, die Aufsichtsräte sollten das Vergütungsverhältnis im Blick behalten.

www.dgb.de/-/FLL

TELEGRAMM

Der Kita-Ausbau *fordert mehr Zeit. Deshalb legte der Bundesrat jetzt einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Fördergelder des Bundes länger als vorgesehen zur Verfügung stehen sollen. Die Länderkammer fürchtet, dass die Kommunen ihre Baupläne für die Kinderbetreuungseinrichtungen nicht im bisher geplanten Zeitraum umsetzen können.*

bit.ly/KitaBuRat

Die Niedrigzinspolitik *der Europäischen Zentralbank (EZB) soll eine Deflation verhindern. Doch als Mitglied der so genannten Troika ist die EZB auch an den Kürzungsdiktaten in den Krisenländern beteiligt. Diese Sparvorgaben wiederum nähren eher die Deflation. Für den DGB wäre es deshalb logisch, wenn die EZB stärker ihren Einfluss innerhalb der Troika geltend machen würde.*

www.dgb.de/-/FXn

Der Beschäftigtendatenschutz *ist nach Ansicht des Bundesdatenschützers Peter Schaar nicht ausreichend geregelt. Im EVG-Mitgliedermagazin „imtakt" setzt Schaar darauf, dass eine neue Bundesregierung „einen guten Entwurf" vorlegt, der „schärfer" formuliert ist als der schwarz-gelbe Entwurf der alten Bundesregierung.*

Kompetenzen verbessern

Rund 7,5 Millionen Menschen in Deutschland zwischen 18 und 65 Jahren sind sogenannte funktionale Analphabeten. Über die Hälfte von ihnen ist erwerbstätig. Das DGB-Projekt MENTO sucht den Weg in die Betriebe, um die Betroffenen besser zu erreichen.

Alphabetisierung. „Ich will deutlich machen, dass ich aktiv für alle Probleme der Beschäftigten da bin – auch wenn es um fehlende Kompetenzen geht". Rudolf Schoen, Betriebsrat im Klinikum Frankfurt Hoechst will den KollegInnen, die Lese- und Schreibprobleme haben, künftig besser helfen können. Er gehört zu den Ersten, die über das DGB Bildungswerk an dem Projekt MENTO teilnehmen. Seine Samstage opfert er gerne, um mehr darüber zu lernen, was „mir bisher nie wirklich klar geworden ist". Damit meint er KollegInnen, die ihn bitten, etwas zu schreiben, „weil Du besser formulieren kannst". Oder mit Antworten wie „ich habe die Brille vergessen" andere um Hilfe bitten. Er habe dies einfach hingenommen. Dass sich hinter einem solchen Verhalten ein großes Problem verbergen kann, habe er nicht richtig wahrgenommen. Funktionale Analphabeten bewältigen ihren Alltag mit vielen kleinen Ausreden und Ausweichmanövern. Sie unterschreiben Arbeitsverträge, ohne ihren genauen Inhalt zu kennen. Möglicherweise arbeiten sie an Maschinen, deren Warnhinweise sie nicht lesen können. Aus Scham über ihre Schwächen nehmen sie auch selten am gesellschaftlichen Leben teil.

Das Bundesbildungsministerium (BMBF) fördert Alphabetisierungsprogramme. Seit Ende vergangenen Jahres gibt es eine Vereinbarung über eine „nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener". Dazu gehört auch der Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt „Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung". Der DGB unterzeichnete als Partner die Vereinbarung. Lesen und Schreiben sind der Schlüssel zum Arbeitsmarkt. Denn wer nicht mithalten kann, landet meist im Niedriglohnbereich, Aufstiegschancen können sie gar nicht wahrnehmen. Für die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack ist es deshalb wichtig, die „Interessen dieser Kolleginnen und Kollegen zu vertreten".

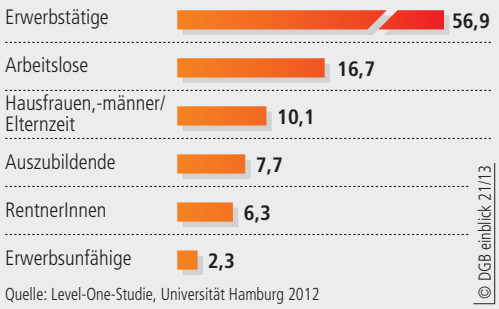
Aus der Zusage wurde mittlerweile ein zukunftsweisendes Projekt. Das DGB-Bildungswerk BUND entwickelte „MENTO". In Zusammenarbeit mit den DGB-Bezirken werden Interessierte zu Mentoren geschult. Sie sollen künftig in ihrem Umfeld nicht nur KollegInnen mit Schreib- und Leseschwächen besser erkennen, sondern vor allem Wege finden, sie zum Weiterlernen zu animieren. Da die Anforderungen der Arbeitswelt steigen und sogenannte einfache Tätigkeiten stetig abnehmen oder zunehmend mit höheren Anforderungen verbunden sind, die ein Mindestmaß an Lese- und Schreibfertigkeiten notwendig machen, ist MENTO eine wichtige Brücke zu den Beschäftigten. Die Arbeitgeberseite, die zwar gerne davon spricht, wie wichtig Bildung und Weiterbildung gerade im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel ist, beteiligte sich über ihre Verbände nicht an der nationalen Strategie. Elke Hannack ärgert sich, dass es sich die Arbeitgeberlobby so einfach macht und auf die Schulen verweist. Allerdings weiß MENTO-Projektleiter Jens Nieth, dass es durchaus einzelne Unternehmen gibt, die viel Einsatz zeigen.

Einsatz zeigen auch Betriebsräte und Vertrauensleute, die sich über MENTO ehrenamtlich schulen lassen und dafür ihre Freizeit opfern. Zudem sind in das Projekt auch Betroffene eingebunden. „Lerner-Experten" heißen sie. Eine solche Expertin ist Rosi Vogel. Sie ist mittlerweile eine begeisterte Leserin. Die 57-Jährige hat die klassische Laufbahn von Menschen mit fehlender Grundbildung hinter sich: Grundschule, Sonderschule, abgebrochene Ausbildung und viele Gelegenheitsjobs. Weder ihrem Mann noch ihren Kindern oder Freunden gestand sie ein, dass sie nicht richtig lesen und schreiben konnte. Jetzt gehört sie zum MENTO-Team. Sie kann aus selbst erlebter Praxis berichten – und vor allem auch von dem Problem, sich selbst zu diesen fehlenden Kompetenzen zu bekennen. Das ist, wie Rosi Vogel weiß, „ungemein schwierig". Die Mentoren sollen lernen, die Schwächen zu erkennen und Vertrauen zu den Beschäftigten aufbauen, damit diese ihre Hürde vielleicht schneller überwinden als es Rosi Vogel gelungen ist.

MENTO wird, wie viele weitere Projekte des Strategieplans, vom BMBF gefördert. Rund 20 Millionen Euro sind dafür bis 2014 eingeplant. Dies ist für viele Experten auch der Schwachpunkt. Für den Münsteraner Erziehungswissenschaftler Professor Rainer Brödel sind diese Förderpläne zwar „eine schöne Marketingstrategie, aber nicht sehr nachhaltig". Die Praxis leide unter den häufig zeitlich befristeten Projektfinanzierungen. Er würde sich eine „institutionell abgesicherte grundlegende Neuregelung der Alphabetisierungsarbeit" wünschen. ●

Hohe Beschäftigungsquote

Anteil der funktionalen AnalphabetInnen nach Erwerbsstatus (in Prozent)



Quelle: Level-One-Studie, Universität Hamburg 2012

Die leo.Level-One-Studie der Universität Hamburg erfasste erstmals das Ausmaß von Analphabetismus in Deutschland. Dabei wurde auch untersucht, welcher Anteil der funktionalen Analphabeten erwerbstätig ist.

● MEHR ZUM THEMA

Unterstützung im Betriebsalltag

Analphabetismus unterteilt die Wissenschaft in unterschiedliche Level. Nach der Hamburger Level-One-Studie stellen die funktionalen Analphabeten die größte Gruppe. Sie sind zwar in der Lage, einzelne Wörter zu lesen oder auch zu schreiben, doch sie sind nicht fähig, aus einem einfachen Text „eine oder mehrere direkt enthaltene Informationen sinnerfassend zu lesen".

Um diese Menschen kümmert sich das Projekt MENTO. In vier DGB-Bezirken (Berlin-Brandenburg, Hessen-Thüringen, Nord, Nordrhein-Westfalen) ist die Ausbildung für LernmentorInnen angelaufen. Das DGB Bildungswerk BUND sucht weitere engagierte Kolleginnen und Kollegen, die Interesse an dieser Ausbildung haben. Angeboten wird eine qualifizierte Ausbildung als LernmentorIn, die das nötige Wissen vermittelt, um „Kolleginnen und Kollegen mit Grundbildungsbedarf im Betrieb gezielt zu unterstützen. MENTO bietet neben Information im Netz auch einen direkten Kontakt über die Rufnummer: 0211 43 01 111

● IM NETZ

www.dgb-mento.de
www.alphabund.de
www.bit.ly/NationaleStrategie

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Hilfe für Menschen statt Kommerz für Konsumenten.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Familien unterstützen, Kommunen entlasten

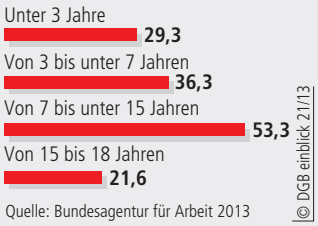
Sozialausgaben. Steigende Miet- und Nebenkosten werden vor allem für Familien mit geringem Einkommen zunehmend zu einer Belastung. Die Entwicklung trifft überwiegend Alleinerziehende und Paare mit Kindern, die dann mit Hartz IV aufstocken müssen. Die Kommunen sind aufgrund der Ausgaben gezwungen, an anderer Stelle Mittel einzusparen: „In vielen Städten, besonders in strukturschwachen Regionen, ist die Anzahl der Sozialleistungsempfänger hoch und gleichzeitig die Finanzlage dramatisch", sagt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. In einer gemeinsamen Erklärung fordern DGB und Deutscher Städtetag Entlastung für Familien und Kommunen. Die beiden Organisationen schlagen vor, den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einzuführen, um so die steigenden Energiepreise aufzufangen. Darüber hinaus soll der Kinderzuschlag angepasst werden.

„Der DGB hat ein Konzept zur Verbesserung des Kinderzuschlags erarbeitet, mit dem etwa zwei Millionen Kinder und Jugendliche in einkommensarmen Familien besser unterstützt werden können", betonte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Beide Leistungen sind dem Hartz-IV-System vorgelagert und kämen Familien zugute, die bisher ihr Einkommen aufstocken müssen. Insgesamt würden so auch für die Kommunen geringere Zuschüsse zu Miet- und Nebenkosten entstehen. Der DGB sieht diese Änderungen als Ergänzung zu einem flächendeckenden Mindestlohn. ●

I www.dgb.de/-/FpM

Kinder in Hartz IV

Anteil der Kinder nach Altersgruppen in Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren (2012, in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2013

© DGB einblick 21/13

2012 lebten 1,87 Millionen Kinder in Familien, die Hartz-IV-Leistungen beziehen.

IN EIGENER SACHE

Die Politik richtet sich nicht nach den Erscheinungsterminen des einblick. Um die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen in der letzten Ausgabe des Jahres berücksichtigen zu können, verlassen wir unseren üblichen 14-täglichen Erscheinungsrhythmus. ***Die einblick-Ausgabe 22/2013 erscheint daher am 16. Dezember.***

Vereinbarkeit stärken

Tagung. Beschäftigte müssen sich nach immer flexibleren Arbeitszeiten richten. Die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben verschwimmen. Dies erschwert für viele die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wie muss die Arbeitswelt gestaltet werden, damit ArbeitnehmerInnen beides besser vereinbaren können? Dieser Frage widmen sich DGB und IG BCE auf der gemeinsamen Fachtagung „Leben im Takt der Arbeitswelt" am 3. Dezember in Hannover. ExpertInnen aus Gewerkschaften und Unternehmen diskutieren eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung. In Workshops werden Lösungen für familien- und pflegesensible Arbeitszeiten und „Work in Balance" erarbeitet. ●

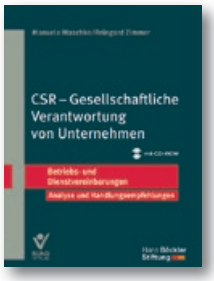
I www.familie.dgb.de/-/NS9

Frauenpotenziale in Betrieben nutzen

Trotz Fachkräftemangels und demografischen Wandels werden wertvolle Kompetenzen in den Unternehmen vernachlässigt, die der Frauen über 50. Das Projekt „Female Professionals" von Arbeit und Leben DGB/VHS richtete sich an kleine und mittlere Unternehmen, um ihnen zu helfen, die Potenziale ihrer erfahrenen Mitarbeiterinnen besser zu nutzen. Im Rahmen des Projekts wurden zwei Instrumente – der FrauenKomPass und der FrauenPotenzialCheck – entwickelt und in der Praxis getestet. Während der FrauenKomPass die Kompetenzen der Frauen analysiert, werden im FrauenPotenzialCheck die Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Unternehmen betrachtet. Die Ergebnisse sind nun die Grundlage für individuelle Personalentwicklungs- und Weiterbildungskonzepte. Der Erfahrungsbericht des Projekts kann als Broschüre online heruntergeladen werden.

I www.female-professionals.de/aktuelles/

BUCHTIPP



Manuela Maschke, Reingard Zimmer: CSR – Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Analyse und Handlungsempfehlungen. Bund Verlag, 136 Seiten, mit CD-Rom, 12,90 Euro.

Global agierende Unternehmen betonen gerne ihre Tätigkeiten im sozialen oder ökologischen Bereich. Dafür steht der Begriff Corporate Social-Responsibility (CSR). Um eine gewisse Verbindlichkeit der Selbstverpflichtungen zu erreichen, schließen Gewerkschaften mit Unternehmen Rahmenvereinbarungen. Dass der gewerkschaftliche Druck notwendig ist, zeigen Tragödien wie die Brände in Textilfabriken in Bangladesh. Der vorliegende Band analysiert 56 dieser betrieblichen Vereinbarungen. Sie zeigen die aktuelle Regelungspraxis in verschiedenen Branchen und sollen als Anleitung für die Gestaltung einer eigenen Vereinbarung dienen.

INTERREGIO

Seit August besteht der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für unter Dreijährige. Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** *hat aus diesem Anlass eine gemeinsame Erklärung zur besseren* ***Vereinbarkeit von Familie und Beruf*** *mit der IHK, der Handwerkskammer, den Unternehmensverbänden Berlin-Brandenburg und dem Berliner Beirat für Familienfragen verabschiedet. DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke betont, familienfreundliche Arbeitsplätze würden immer wichtiger.*

Der ***DGB Bayern*** *unterstützt die Einrichtung von gebundenen Ganztagsschulen mit einem pädagogischen Gesamtkonzept. Dies sei eine Chance für eine* ***neue Lernkultur.*** *„Dort werden Kinder am Nachmittag nicht einfach nur betreut, sondern auch schlauer", erklärt der Vorsitzende des DGB-Bayern, Matthias Jena. Die gebundenen Ganztagsschulen erhöhten die Bildungsgerechtigkeit, weil sie Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern mehr Teilhabe bieten.*

Der ***DGB Nord*** *fordert die Finanzministerien in Kiel, Hamburg und Schwerin auf, die Zahl der* ***Steuerprüfer im Außendienst*** *deutlich zu erhöhen. „Jeder Steuerprüfer bringt jährlich rund eine Million Euro als zusätzliche Einnahme für die Staatskasse ein" und wirke präventiv gegen Steuerhinterziehung, erklärt der DGB-Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn. Das niedersächsische Finanzministerium hatte angekündigt, 100 neue Steuerprüfer einzustellen.*

Der ***DGB NRW*** *sieht in dem von der Landesregierung vorgelegten* ***Hochschulgesetzentwurf*** *wichtige gewerkschaftliche Forderungen berücksichtigt – wie Gute Arbeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern. DGB-Bezirksvorsitzender Andreas Meyer-Lauber erklärte jedoch, dass der Entwurf nicht weit genug gehe. Es fehlten rechtsverbindliche Regelungen für die Beschäftigten und die Demokratisierung der Hochschulen werde nicht konsequent vorangetrieben.*

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Von Gewerkschaftern gegründet.
Diese Wurzeln geben uns Halt seit 1965.
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Mensch und Maschine

Die Zukunft der Arbeit ist in Wirtschaft und Gewerkschaften seit langem Thema. Doch mit „Industrie 4.0" und dem „Internet der Dinge" erhält die Debatte um die Zukunft der Arbeit völlig neue Aspekte.

Industrie 4.0. Gut 50 Milliarden Geräte und Dinge werden, so prognostizieren Fachleute, im Jahr 2020 im Internet der Dinge miteinander kommunizieren. Dabei kann man sich die Vorboten dessen, was wie Science Fiction klingt, in der Automobilproduktion oder in Logistikzentren bereits heute ansehen. Und eines ist klar: Wenn Produktionsgüter künftig selbst wissen wie sie bearbeitet werden wollen, dann bleibt das nicht ohne Auswirkungen auf die menschliche Arbeitskraft.

Der Ursprung der vierten industriellen Revolution, die unter dem Motto „Industrie 4.0" derzeit ihren Lauf nimmt, liegt ein gutes Jahrzehnt zurück. Mit der Produktion eines winzigen Chips, genannt RFID (Radiofrequenz Identifikation), nahm diese Entwicklung Fahrt auf. Heute ist daraus ein mikrometergroßer Computer geworden, der über eine eigene Adresse im weltweiten Computernetzwerk verfügt. Mit seiner Hilfe sollen Werkstoffe und Produktionsteile, Autos, Maschinen, Transportcontainer, Kleidungsstücke oder Pizzaschachteln kommunizieren können. So verbindet die IG Metall – im Arbeitskreis „Industrie 4.0" der Bundesregierung vertreten – mit dieser Veränderung auch einen grundsätzlichen Trend zur Veränderung der Produktion. „Neue Infrastrukturen und Interaktionsstrukturen" werden Kleinstauflagen an hochwertigen Produkten ermöglichen. Man erwarte veränderte Qualifikationsanforderungen, verstärkte Komplexitäts- und Problemlösungsanforderungen sowie die zunehmende Fähigkeit zur Selbstorganisation im Produktionsprozess. Doch Technik- und Arbeitsgestaltung müssten zusammengedacht werden. Die Arbeits- und Technik-soziologin der IG Metall, Constanze Kurz warnt: „Die Beschäftigten dürfen keine Rädchen in der cyber-physischen Fabrik sein, die Menschen müssen die Systeme steuern nicht umgekehrt."

Das Potenzial von Industrie 4.0 für den Standort Deutschland ist groß – das ist unbestritten. Industriearbeit könne so attraktiver, verantwortungsvoller und abwechslungsreicher werden, beschied eine Fachkonferenz der IG Metall auch Mitte Oktober in Paderborn. Aber damit Industrie 4.0 auch im Sinne der ArbeitnehmerInnen gestaltet wird und gute Arbeit entstehen kann, bedarf es der Beteiligung – auf der betrieblichen wie auf der politischen Ebene. Einen nicht unwesentlichen Teil aktueller Entwicklung blendet dagegen Professor Dr. Wolfgang Wahlster vom Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz aus. So schreibt er in den Umsetzungsempfehlungen des Bundesministers für Bildung und Forschung zur Initiative Industrie 4.0: „Mit Industrie 4.0 ermöglichen wir auch einen Paradigmenwechsel in der Mensch-Technik-Interaktion: Die Maschinen passen sich den Menschen an – und nicht umgekehrt." Das allerdings ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte illustriert das Beispiel Benetton, fast auf den Tag zehn Jahre alt. Der italienische Kleidungshersteller beabsichtigte 2003, seine gesamte Ware mit RFID-Chips auszurüsten. So sollten Kundinnen bereits beim Betreten der Filialen identifizierbar sein und ihnen nur noch die Ware in Größe, Form und Farbe angeboten werden, für die sich bereits in der Vergangenheit interessiert hatten.

Forderungen nach Sicherheit der Daten und der Schutz der Privatsphäre spielen schon heute, noch vor dem endgültigen Übergang zum Internet der Dinge, kaum eine Rolle oder stoßen auf verbreitetes

Als die drei größten Herausforderungen für die Umsetzung der Vision werden die Themen Standardisierung, Arbeitsorganisation und verfügbare Produkte gesehen.

Unverständnis – und auf Hilflosigkeit. Intelligente Algorithmen etwa vermögen schon jetzt, aus den Datenbeständen, die wir mit unseren elektronischen Spuren per Payback-, Rabatt- und Kreditkarte sowie im weltweiten Netz hinterlassen, annähernd genaue Vorhersagen zu erstellen: Risikoprofile, Lageanalysen und Berechnungen von Verhaltensprofilen.

Bei wachsenden Datenmengen und immer größeren und schnelleren Rechnerkapazitäten ist mit immer genaueren Verhaltensanalysen zu rechnen. Yvonne Hofstetter, Geschäftsführerin der Teramark Technologies, eines Unternehmens, das sich auf die intelligente Auswertung großer Datenmengen spezialisiert hat, schrieb dazu am 17. Juli 2013 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Besonders die Steuerung des Bürgers durch Kontrollstrategien wird eine völlig neue Qualität der Mensch-Maschine-Beziehung erreichen. Heute sind wir „nur" Dienstleister unserer Maschinen (...) Morgen werden wir integraler Bestandteil der Maschinen sein, die uns Entscheidungshilfen geben, uns anleiten und steuern – und uns dann kontrollieren, ob wir ihren Handlungsanweisungen nachkommen."

● MEHR ZUM THEMA

Fit für die Zukunft

Das Zukunftsprojekt „Industrie 4.0", vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, will Prozesse, Produkte und Dienste in der Produktion verbessern. Es stellt dafür 200 Millionen Euro an Fördermitteln bereit.

„Industrie 4.0", so beschreibt es die gleichnamige Online-Plattform, „steht für die vierte industrielle Revolution, einer neuen Stufe der Organisation und Steuerung der gesamten Wertschöpfungskette über den Lebenszyklus von Produkten. Dieser Zyklus orientiert sich an den zunehmend individualisierten Kundenwünschen und erstreckt sich von der Idee, dem Auftrag über die Entwicklung und Fertigung, der Auslieferung eines Produkts an den Endkunden bis hin zum Recycling, einschließlich der damit verbundenen Dienstleistungen."

Die Industrie hat dazu Anfang des Jahres die Online-Plattform „Industrie 4.0" unter der Regie des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, des Zentralverbandes Elektrotechnik und Elektronikindustrie und des Hightech-Verbandes BITKOM ins Leben gerufen. Die Plattform bilde die Brücke zwischen realer und virtueller Welt und sie soll helfen, die grundlegende Umgestaltung, die innovative IT-Systeme mit sich bringen, zu entwickeln.

| www.plattform-i40.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Damit Lohnzuwächse nicht an der Zapfsäule bleiben.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

KURZ & BÜNDIG

ver.di hat Entwürfe der Evangelischen Kirche Deutschlands zum Kirchenrecht kritisiert. Diese würden weit hinter den Anforderungen des Bundesarbeitsgerichts – unter anderem zu den Rechten der Gewerkschaften und zum Streikrecht – zurückbleiben. ver.di betont, Arbeitnehmerrechte und das Selbstordnungsrecht der Kirche könnten gleichrangig existieren.

Die EVG hat europaweit einheitliche Rahmenbedingungen für den Schienengüterverkehr gefordert. In der „Mannheimer Erklärung" kritisiert die Gewerkschaft, dass Investitionen vor allem in den Straßenverkehr fließen würden, die Schiene finde als umweltfreundlicher Verkehrsträger keine fairen Wettbewerbsbedingungen vor.

Die GdP fordert mehr Einsatz im Kampf gegen häusliche Gewalt. Zudem müsse es eine stärkere gesellschaftliche Ächtung geben. Die GdP betont: Auch wenn die Bilanz der polizeilichen Ermittlungen positiv sei, dürfe man nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Am 25. November, dem Internationalen Gedenktag „Nein zu Gewalt gegen Frauen", stellt die GdP ein neues Positionspapier vor.

Bei der Nachwuchsgewinnung soll die Bundeswehr zukünftig die Kinderrechte achten. Das hat die GEW gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) deutlich gemacht. So soll das Rekrutierungsalter für Soldaten auf 18 Jahre angehoben werden. Minderjährige dürften nicht mehr angeworben werden.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das verkehrspolitische Herz am „richtigen" Fleck.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

NACHGEFRAGT

Die neue Vorsitzende der NGG Michaela Rosenberger, 53, stellt die wichtigsten Ziele ihrer Gewerkschaft vor.

Foto: NGG

Wir haben klare Forderungen an SPD-Chef Gabriel und Arbeitsministerin von der Leyen formuliert. Beide waren unsere Gäste auf dem NGG-Kongress. Die Zeit ist reif für eine „neue Ordnung der Arbeit". Es muss endlich einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro geben: bundesweit und mit Haftung der Firmen auch für an Subunternehmen vergebene Aufträge. Minijobs sind ein Synonym für Altersarmut. Ihre Reform darf bei den Koalitionsverhandlungen nicht auf der Strecke bleiben.

Die Werbung neuer Mitglieder werden wir verstärken und dafür Ressourcen bündeln. Mitgliederstärke ist ein Beitrag zur Bekämpfung prekärer Arbeit. Unser gewerkschaftlicher Einfluss in den Betrieben ist die Basis, um in der Gesellschaft Druck auszuüben. Dabei gilt die Maxime: Stärken ausbauen, Schwächen abbauen.

Verbraucher müssen anders mit Lebensmitteln umgehen. Kaum eine andere Bevölkerung spart so sehr beim Lebensmittelkauf wie die Deutschen. Wir schütten teures Öl in unsere Motoren und gießen billiges auf unseren Salat. Hier ist ein Umdenken notwendig. Auch dafür wird sich die NGG stark machen.

Immer wieder ist die Lebensmittelindustrie von Skandalen gebeutelt. Wir fordern den Schutz von Informanten und klare gesetzliche Regelungen, damit Beschäftigte Missstände anonym anzeigen können, ohne dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder stigmatisiert werden.

Last but not least, gilt es, das Image im Gastgewerbe zu polieren – mit besseren Sozialstandards. Wir werden die besten Arbeitgeber mit einem sozialen Gütesiegel auszeichnen. Nur mit besserem Image kann das Gastgewerbe Nachwuchs und damit gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen. ●

Behinderte Jugendliche fördern

Ausbildung. Viel zu selten bekommen behinderte Jugendliche die Chance, eine betriebliche Ausbildung zu absolvieren. Das zeigt eine Analyse des DGB. Demnach sind von den rund 1,5 Millionen Auszubildenden 6100 schwerbehindert. Das entspricht einer Quote von 0,4 Prozent. In der Altersgruppe von 15 bis 25 Jahren liegt ihr Anteil bei 1,7 Prozent. Der Großteil der Jugendlichen absolviere zwar eine Ausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung, doch diese bringe „Probleme beim Berufseinstieg" mit sich, kritisiert der DGB. In den Unternehmen gelte die außerbetriebliche Ausbildung als Manko. Um die betrieblichen Ausbildungschancen behinderter Jugendlicher zu verbessern, fordert der DGB unter anderem, das Schulsystem inklusiv zu gestalten. Zudem plädiert der DGB dafür, diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe über Steuermittel zu finanzieren. Zur Zeit kommt das Geld aus der Arbeitslosenversicherung. ●

Weihnachtsgeld unverzichtbar

Umfrage. Nur rund 46 Prozent der Beschäftigten bekommen Weihnachtsgeld, ein 13. Monatsgehalt oder eine Jahressonderzahlung. Das zeigt eine repräsentative Umfrage von TNS Infratest im Auftrag von ver.di. Jede/r dritte Beschäftigte gibt an, dass das Weihnachtsgeld unverzichtbar bei der finanziellen Planung des eigenen Haushaltes ist. So nutzen 16 Prozent die Extra-Zahlung, um Schulden und Konto-Überziehungen abzudecken. Die Umfrage ist Teil der ver.di-Themenwoche „Am Ende ist mehr drin", die über die Rolle der Gewerkschaften bei der Vereinbarung solcher Zusatzleistungen informieren will. Ziel ist es, Menschen aktiv anzusprechen und sie von den Vorteilen einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zu überzeugen. ●

| www.bit.ly/verdi_we_geld

Internationale Solidarität: Gewerkschafter helfen

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen zu Spenden für die Opfer des Taifun Haiyan auf. Auf der philippinischen Insel Leyte sind weiterhin Hunderttausende ohne Obdach. Die Regionalhauptstadt Tacloban ist dem Erdboden gleichgemacht. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser kommt nur schleppend in Gang. Der Verein „Gewerkschaften helfen" wurde vom DGB und den Gewerkschaften nach dem Elbe-Hochwasser 2002 gegründet. **Spendenkonto: Gewerkschaften helfen e.V. Konto: 015 201 1490, Bankleitzahl: 250 500 00 Stichwort: Taifun-Philippinen**

Goethe-Institut unter Druck

Prekäre Beschäftigung. Mit bundesweiten Aktionen haben die MitarbeiterInnen des Goethe-Instituts gegen schlechte Arbeitsbedingungen und die Zunahme von befristeten Verträgen mobil gemacht. Der Sprachkursbetrieb, mit dem das Goethe-Institut im Inland sein Geld verdient, wird überwiegend von Honorarlehrkräften getragen. Der Tarifexperte und stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller kritisiert, dass diese freien MitarbeiterInnen hoch qualifizierte Bildungsarbeit ohne soziale Absicherung, ohne Kündigungsschutz und ohne angemessene Bezahlung leisteten. Bisher lehnt das Institut tarifvertragliche Regelungen ab. ●

Die Beschäftigten sind unser Kompass

Der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber erklärt, warum die Gewerkschaften die soziale, ökologische und ökonomische Zukunft gestalten müssen.

Kurswechsel. Deutschland ist im Moment so etwas wie eine europäische Ausnahme. Während sich die südeuropäischen Staaten in einer Depression befinden, strotzt unser Land vor Selbstbewusstsein. Der Export boomt, das Bruttoinlandsprodukt steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt. Kurzum: Deutschland geht es gut! Unter dieser Überschrift lässt sich die aktuelle politische Debattenlage in Deutschland zusammenfassen.

Diese positive Einschätzung hält einem kritischen Blick nicht stand. Trotz guter Stimmung dürfen wir die Anzeichen für problematische Entwicklungen in unserer Gesellschaft und Wirtschaft nicht übersehen: Ökonomisches Wachstum stößt an ökologische Grenzen; die Finanzmärkte haben sich von der Realwirtschaft entkoppelt; die Spaltung des Arbeitsmarktes in fair

„Es ist deshalb Aufgabe der Gewerkschaften, betriebs- und tarifpolitisch für konkrete Verbesserungen zu sorgen."

bezahlte und prekäre Beschäftigung spaltet auch die Gesellschaft; die Schere zwischen Arm und Reich klafft weiter auseinander. Unsere Demokratie befindet sich angesichts dieser Entwicklungen in einer Vertrauens- und Legitimationskrise. Das verschärft die Dringlichkeit einer Diskussion über einen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfad.

Die Gewerkschaften sind näher dran an den Menschen, als die meisten anderen politischen Großorganisationen. Es ist deshalb Aufgabe der Gewerkschaften, betriebs- und tarifpolitisch für konkrete Verbesserungen zu sorgen. In Anbetracht der großen Herausforderungen – mit Klimawandel und Globalisierung seien nur zwei genannt – können Gewerkschaften gerade durch ihr Wissen aus Betrieben und Gesellschaft zur Diskussion alternativer Entwicklungspfade Wertvolles beitragen.

Die IG Metall führt diese Diskussion unter dem Leitbegriff „Kurswechsel". Dieser Kurswechsel erfordert mehr als ein Nachjustieren weniger Stellschrauben. Wir brauchen grundlegende politische, gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen, die sich am Ziel eines „guten und gelingenden Lebens" für alle Menschen orientieren und ein produktives Zusammenspiel von wirtschaftlicher Dynamik, sozialer Gerechtigkeit, Innovationen und ökologischer Nachhaltigkeit ermöglichen. Für die IG Metall geht es um die Frage einer „humanen Ökonomie". Es geht darum, wie es gelingen kann, qualitatives Wachstum, gute Arbeit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und demokratische Teilhabe für alle miteinander zu verbinden. Eine Veränderung zum Besseren ist möglich. Fünf Handlungsfelder stehen dabei im Zentrum:

ERSTENS: Den Wert der Arbeit erhalten und schützen. Die Arbeits- und Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre muss „Gute Arbeit" wieder zum Maßstab machen. Gute Arbeit ist die Voraussetzung für Integration in die Gesellschaft und Grundlage dafür, dass Menschen sich engagieren. Gute Arbeit ist auch für die Unternehmen und Betriebe von großem Vorteil. Im globalen Innovationswettbewerb werden sie nicht mit Billigarbeit, sondern nur mit einer Strategie, die auf „besser statt billiger" setzt, bestehen können.

ZWEITENS: Den Kapitalismus in gerechtere Bahnen lenken. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Dafür brauchen wir ein geregeltes Finanzsystem und einen aktiven Staat. Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten durch hochspekulative Geschäfte stehen im grundsätzlichen Widerspruch zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise.

DRITTENS: Bildung für alle sicherstellen. Sie ist der Schlüssel für Fortschritt, Wachstum und Innovationen. Bildung fördert Potenziale und ist die richtige Antwort auf den drohenden Fachkräftemangel.

VIERTENS: Teilhabe sichern. Demokratie lebt von der Beteiligung der Menschen am politischen Prozess. Teilhabe in der Gesellschaft ist erst dann vollständig und lebendig, wenn sie auch in den Betrieben herrscht. Starke Betriebsräte und Mitbestimmung sind ein Erfolgsfaktor unserer industriellen Entwicklung. Die Demokratisierung der Wirtschaft muss deshalb ausgebaut werden.

FÜNFTENS: Den ökologischen Wirtschaftsumbau beschäftigungsfördernd und zügig vorantreiben. Werden die Beschäftigten beteiligt, kann er auf eine breite Basis gestellt und sozial gestaltet werden.

Wer einen Kurswechsel will, muss wissen, wo er hin will. Wir wollen ein Land das wirtschaftlich stark, dynamisch und innovativ ist, weil es gerecht ist. Ein

„Teilhabe in der Gesellschaft ist erst dann vollständig und lebendig, wenn sie auch in den Betrieben herrscht."

Land, in dem es gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung gibt. Ein Land, in dem die Gesellschaft zusammenhält und jeder Mensch die gleichen Chancen bekommt – unabhängig von Elternhaus, Hautfarbe oder Geschlecht. Unser Kompass sind Millionen Beschäftigte, zu denen wir wie kaum eine andere politische Organisation direkten Zugang haben, und die uns ihre Anliegen direkt mitteilen. Lasst uns diese Anliegen – mit und für die Menschen – gewissenhaft verfolgen. Dann werden wir auch als Organisationen weiter erfolgreich sein.

Foto: IG Metall

Berthold Huber, 63, ist seit 2007 Erster Vorsitzender der IG Metall. Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall am 24. und 25. November in Frankfurt am Main tritt er nicht mehr zur Wahl an.

Verjüngung

IG Metall-Vorstand. Unter dem Motto „Kurswechsel: Gemeinsam für ein gutes Leben" findet am 24. und 25. November in Frankfurt am Main der 6. außerordentliche IG Metall-Gewerkschaftstag statt. Ziel ist die auf dem 22. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Karlsruhe beschlossene Verjüngung des IG Metall-Vorstands. Demnach soll der Zweite Vorsitzende der IG Metall **Detlef Wetzel,** 60, für das Amt des Ersten Vorsitzenden kandidieren. Er folgt dann **Berthold Huber**. Für das Amt des Zweiten Vorsitzenden soll **Jörg Hofmann,** 57, Bezirksleiter des IG Metall Bezirks Baden-Württemberg, antreten. Als Hauptkassierer soll Vorstandsmitglied **Jürgen Kerner,** 44, **Bertin Eichler,** 60, folgen. Auch **Helga Schwitzer,** 62, stellt ihr Mandat vor Ablauf der Wahlperiode zur Verfügung. Als weitere geschäftsführende Vorstandsmitglieder stehen **Irene Schulz,** 49, Bezirkssekretärin aus Berlin-Brandenburg-Sachsen sowie **Wolfgang Lemb,** 51, Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Erfurt, zur Wahl. Die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder **Christiane Benner,** 45, und **Hans-Jürgen Urban,** 52, bleiben im Amt.

● IM NETZ

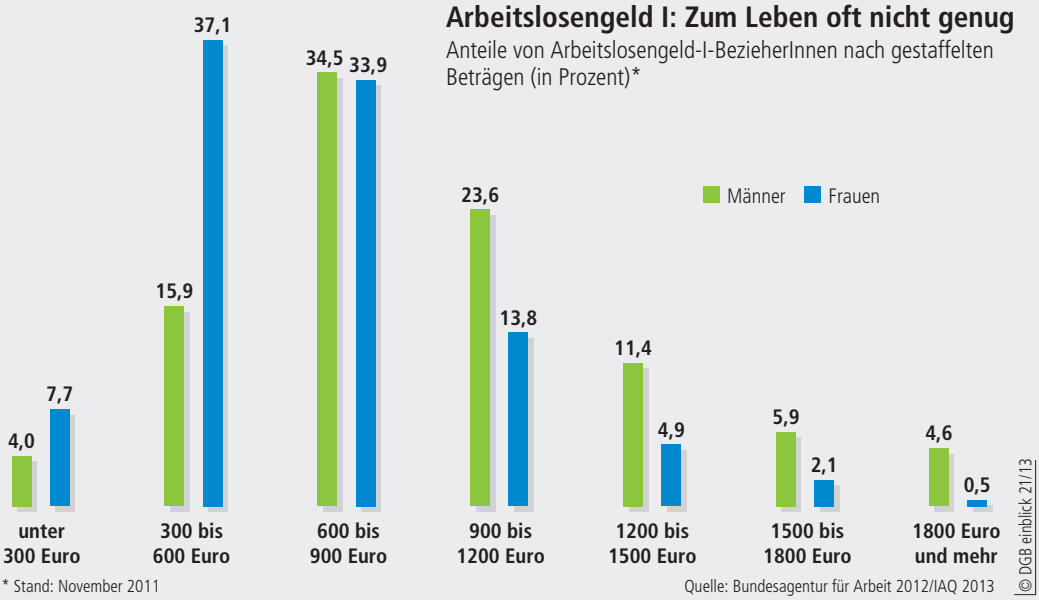
www.bit.ly/igm_2013
Weitere Infos, aktuelle Meldungen sowie den Livestream vom IG Metall-Gewerkschaftstag

DIE DGB-GRAFIK

Als „bescheiden" bezeichnet das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) die durchschnittliche Höhe des ausgezahlten Arbeitslosengeldes I im Jahr 2012. Demnach bekamen Männer im Schnitt 924 Euro, Frauen 697 Euro im Monat. Zahlen aus dem Jahr 2011 zeigen zudem: 78,7 Prozent der Frauen und 54,4 Prozent der Männer erhielten maximal 900 Euro im Monat. Seit 2004 haben sich die Leistungen nur leicht erhöht, von 866 auf 924 Euro bei den Männern beziehungsweise von 610 auf 697 Euro bei den Frauen.

Arbeitslosengeld I: Zum Leben oft nicht genug

Anteile von Arbeitslosengeld-I-BezieherInnen nach gestaffelten Beträgen (in Prozent)*



* Stand: November 2011

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2012/IAQ 2013

© DGB einblick 21/13

PERSONALIEN

Die Delegierten des 16. Ordentlichen NGG-Gewerkschaftstags haben **Michaela Rosenberger,** 53, mit 87 Prozent zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie folgt **Franz-Josef Möllenberg,** 60, der nach 21 Jahren in dieser Funktion nicht mehr zur Wahl angetreten ist. Rosenberger ist gelernte Hotelfachfrau und Berufsschulfachlehrerin. Seit 2003 war sie stellvertretende NGG-Vorsitzende. **Claus-Harald Güster,** 54, wurde mit 62 Prozent der Stimmen im Amt des Stellvertreters bestätigt. Als neuen stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Delegierten **Burkhard Siebert,** 49. Er erhielt 96 Prozent. Siebert war bislang Geschäftsführer der NGG-Region Heilbronn und stellvertretender Vorsitzender des NGG-Landesbezirks Südwest.

Julia Böhnke, 25, ehrenamtlich aktiv bei der DGB-Jugend, ist von der Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt worden. Böhnke vertritt im DBJR die Interessen der Gewerkschaftsjugend. Sie studiert Politikwissenschaft in Berlin.

BUCHTIPP

Wolfgang Däubler, Thomas Klebe, Peter Wedde, Thilo Weichert: Bundesdatenschutzgesetz – Kompaktkommentar zum BDSG, 2014, 902 Seiten, Bund-Verlag, 89,90 Euro

Arbeitnehmerdatenschutz ist ein komplexes und umfassendes Thema. Mit dem Kompaktkommentar zum Bundesdatenschutzgesetz erläutern ausgewiesene Experten die rechtlichen Feinheiten. Unter anderem beleuchten sie neueste Entwicklungen zu den Themen Videoüberwachung, Social Media und Auftragsdatenverarbeitung.

TERMINE

26.11.
DGB und TU Berlin, Start der Ringvorlesung „Smart Economy für nachhaltige Arbeit und nachhaltigen Wohlstand?", Thema „Nachhaltigkeit und Neue Arbeit (Industrie 4.0)", Berlin

26.11.
Hans-Böckler-Stiftung und DGB NRW, Internationale Konferenz „Gute Arbeit und ökologischer Wandel", Düsseldorf

26./27.11.
DGB und Hans Böckler-Stiftung, Schöneberger Forum 2013„Gute Arbeit – Faire Bedingungen", Berlin

27./28.11.
WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Herbstforum 2013 „Aufbau statt Abbruch in Europa. Beschäftigung, soziale Sicherheit und industrielle Beziehungen in einem neuen Europa", Berlin

28.11.
DGB Berlin-Brandenburg, Berlinkonferenz zur Tarifpolitik „Loch an Loch und halten tut es doch? Ansätze zur Stabilisierung des Tarifvertragssystems", Berlin

29.11.
Gelber-Hand-Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!", Diskussion „NSU-Affäre – was bedeutet sie für die Zivilgesellschaft?", Hattingen

30.11.
dju in ver.di, dju-Journalistentag 2013, Berlin

30.11.
DGB Sachsen und Arbeit und Leben, Konferenz „Inklusion grenzüberschreitend leben", Görlitz

3.12.
DGB und TU Berlin, Ringvorlesung „Nachhaltigkeit, gute Arbeit und Innovation", Berlin

SCHLUSSPUNKT

„Ich habe noch keinen einzigen Sklaven in Katar gesehen. Die laufen alle frei herum."

Franz Beckenbauer, Vorsitzender der FIFA Task Force Football, über seinen Eindruck von den Arbeitsbedingungen im WM-Land Katar, heute journal vom 17.11.2013

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kopftuchverbot

Gilt nicht in der Verwaltung

Anders als bei einer Lehrerin im Schuldienst ist das Tragen eines Kopftuchs aus religiösen Gründen kein Hindernis, um als Beamtin im allgemeinen Verwaltungsdienst zu arbeiten.

Verwaltungsgericht Düsseldorf, Urteil vom 8. November 2013 - 26 K 5907/12

Vermögenswirksame Leistungen

Dürfen Mindestlohn nicht verringern

Vermögenswirksame Leistungen dürfen nicht dem tariflichen Mindestlohn hinzugerechnet werden. Sie müssen zusätzlich zum Mindestlohn gezahlt werden. Denn vermögenswirksame Leistungen sind zwar von der Arbeitsleistung nicht trennbar. Sie unterscheiden sich aber vom Lohn im eigentlichen Sinne, denn sie tragen zur Bildung von Vermögen bei, in dessen Genuss der Arbeitnehmer binnen einer mehr oder weniger langen Frist kommen wird. Vermögenswirksame Leistungen zielen darauf ab, ein sozialpolitisches Ziel zu verwirklichen. Das hat der Europäische Gerichtshof auf entsprechende Fragen des Bundesarbeitsgerichtes geantwortet.

Europäischer Gerichtshof, Urteil vom 7. November 2013 - C-522/12

Arbeitsgerichtsverfahren

Bei Versäumnisurteil Frist beachten

Die Prozesspartei, gegen die ein Versäumnisurteil ergangen ist, kann dagegen Einspruch einlegen. Dieser Einspruch muss innerhalb einer Woche nach Zustellung erfolgen. Das gilt auch, wenn die Partei nicht oder nicht ordnungsgemäß geladen war. Ob dies der Fall ist, kann nämlich nur bei zulässigem, insbesondere fristgerechtem Einspruch geprüft werden.

Landesarbeitsgericht Nürnberg, Urteil vom 16. Juli 2013 - 6 Sa 230/13

Fristlose Kündigung

Muss unmissverständlich sein

Die ordentliche (fristgerechte) Kündigung ist der Regelfall einer Kündigung. Will der Arbeitgeber außerordentlich (fristlos) kündigen, so muss er dies dem Arbeitnehmer unmissverständlich mitteilen. Eine außerordentliche Kündigung aus betriebsbedingten Gründen ist nur ausnahmsweise zulässig.

Landesarbeitsgericht München, Urteil vom 10. September 2013 - 32 Ca 5656/13

Überwachungseinrichtung

Konzernbetriebsrat zuständig

Der Konzernbetriebsrat ist für Regelungen zur Anwendung von Überwachungseinrichtungen zuständig, wenn Beschäftigte mehrerer Konzernunternehmen bei dem vorgesehenen Betriebsablauf von den Einrichtungen erfasst werden können. Damit hat das LAG Berlin-Brandenburg die begehrte gerichtliche Feststellungsklage eines Krankenhauskonzerns zurückgewiesen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 31. Juli 2013 – 17 TaBV 222/13

Spätehenklausel

Auch bei Heirat mit früherer Ehefrau

Eine Bestimmung in der Versorgungsordnung einer Unterstützungskasse, wonach ein Anspruch auf eine Witwen-/Witwerversorgung nur besteht, wenn die Ehe geschlossen wurde, bevor beim versorgungsberechtigten Mitarbeiter ein Versorgungsfall eingetreten ist (sogenannte Spätehenklausel), ist wirksam.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war bei einer Firma beschäftigt, die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung über eine Unterstützungskasse (UK) zugesagt hatte. Der Mann, seit Januar 1993 im Ruhestand, bezieht von der UK Leistungen der betrieblichen Altersversorgung nach deren Versorgungsordnung. Nach dieser Versorgungsordnung wird der hinterlassenen Ehefrau beim Tod eines Rentners Witwenrente gewährt, wenn die Ehe vor Eintritt des Versorgungsfalls geschlossen und bis zum Tod fortbestanden hat. Die Ehe, die im September 1959 geschlossen wurde, wurde im Dezember 1993 geschieden. Seit Juni 2008 war der Mann wieder mit seiner früheren Ehefrau verheiratet. Die UK teilte dem Mann mit, seine Ehefrau habe bei seinem Versterben keinen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung, da die zweite Ehe mit ihr erst nach Eintritt in den Ruhestand geschlossen worden sei. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Die zweite, gegebenenfalls zur Witweneigenschaft führende Ehe, wurde erst nach Eintritt des Versorgungsfalls des Mannes geschlossen. Dass der Mann bereits während des Arbeitsverhältnisses in erster Ehe mit seiner jetzigen Ehefrau verheiratet war, ist unerheblich. Die Spätehenklausel ist wirksam. Sie ist weder eine unzulässige Diskriminierung wegen des Alters, noch verstößt sie gegen den arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 15. Oktober 2013 - 3 AZR 294/11

Weihnachtsfeier

Kein Anspruch auf „Weihnachtsgeschenk"

Hat ein Arbeitnehmer an einer betrieblichen Weihnachtsfeier nicht teilgenommen, hat er keinen Anspruch auf das bei diesem Anlass an die Mitarbeiter verschenkte iPad Mini.

Der Fall: Der Arbeitgeber, ein Handelsunternehmen mit etwa 100 Mitarbeitern, wollte mit dieser nicht angekündigten Geschenkaktion die in der Vergangenheit geringe Teilnehmerzahl an Betriebsfeiern steigern und hat das iPad deshalb nur an die anwesenden ca. 75 Mitarbeiter bei der Weihnachtsfeier 2012 vergeben. Der klagende Arbeitnehmer verlangte die Herausgabe eines iPad mit der Begründung, er sei zum Zeitpunkt der Weihnachtsfeier arbeitsunfähig krank gewesen. Er berief sich auf die Gleichbehandlung und sah das iPad zudem als Vergütung an, die ihm auch während seiner Krankheit zustehe. Mit seiner Klage hatte er keinen Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Der Arbeitgeber hat mit seiner „Überraschung" ein freiwilliges Engagement außerhalb der Arbeitszeit belohnen wollen. Deshalb handelt es sich um eine Zuwendung eigener Art, die nicht mit einer Vergütung für geleistete Arbeit zu vergleichen ist. Der Arbeitgeber ist bei solchen Zuwendungen auch berechtigt, die Mitarbeiter unterschiedlich zu behandeln, wenn er damit das Ziel verfolgt, die Betriebsfeiern attraktiver zu gestalten und die Mitarbeiter zur Teilnahme zu motivieren.

Arbeitsgericht Köln, Urteil vom 9. Oktober 2013 – 3 Ca 1819/13

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 21/13

einblick

GEWERKSCHAFTLICHER INFO-SERVICE **NR.22** VOM 16.12.2013

Die Richtung stimmt

Stärkung des Tarifsystems, Mindestlohn und Verbesserungen bei der Rente: Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD greift Interessen der ArbeitnehmerInnen auf. Die Gewerkschaften werden die Umsetzung kritisch begleiten.

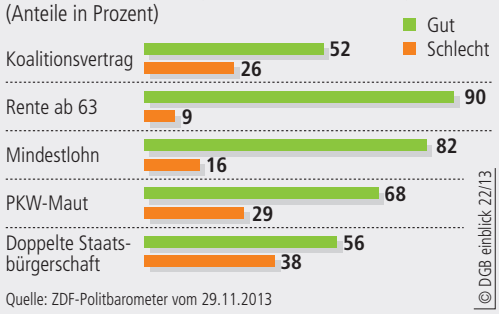
Koalitionsvertrag. CDU und CSU haben bereits zugestimmt, das Votum der SPD-Mitglieder stand bei Redaktionsschluss noch aus. Vieles deutet darauf hin, dass Angela Merkel am 17. Dezember erneut zur Kanzlerin einer großen Koalition gewählt wird. Aus Sicht der Gewerkschaften enthält der Koalitionsvertrag wichtige Weichenstellungen, wie die beabsichtigte Stärkung des Tarifsystems, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die abschlagsfreie Rente mit 63 ab 45 Beitragsjahren. „Die Handschrift der Gewerkschaften" finde sich im Koalitionsvertrag wieder, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Bei einigen Themen gebe es aber „einen deutlichen Nachbesserungsbedarf". Eine Koalitionsvereinbarung ist noch kein Gesetz, betont der DGB, und den Weg, bis aus der Absichtserklärung eine bindende Vorschrift wird, werden die Gewerkschaften kritisch begleiten.

Für Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, ist das Papier „ein Anfang". Die Gewerkschaft werde die künftige Regierung daran messen, ob die gewerkschaftlichen Ziele erreicht würden. Ein Jahrzehnt der „Entsicherung der Arbeitsverhältnisse" werde vor allem mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns beendet, meint der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Die Finanzpolitik bleibe aber eine „Dauerbaustelle", weil Aussagen zur Finanzierung der dringend notwendigen öffentlichen Investitionen fehlen. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis sieht im Vertrag „eine Reihe von Vorhaben, die unserem Land gut tun". Vieles sei aber noch nicht klar genug definiert.

Die GEW vermisst den „bildungspolitischen Gestaltungswillen". Die Vorsitzende Marlis Tepe hofft auf „Nachbesserungen". Es sei noch nicht „der große Wurf", aber eine „wesentliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Politik", stellt der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner fest. Zu viele Absichtserklärungen moniert auch der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow. Wer die „wirksame Bekämpfung der Kriminalität" verspreche, der müsste die „Sparpolitik beenden und den eklatanten Personalmangel beheben". Die NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger stellt fest: „Die Richtung stimmt". Sie vermisst allerdings eine Passage zum Informantenschutz, vor allem „im Hinblick auf die Lebensmittelskandale der vergangenen Monate". Bei der IG BAU ist die Freude über den gesetzlichen Mindestlohn ein wenig getrübt. Sie befürchtet, dass die ersten vorgeschlagenen Ausnahmen, etwa für Erntehelfer, „zu Begehrlichkeiten führen". Und damit zu weiteren Ausnahmen.

Große Zustimmung

Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD sowie einzelner Regelungen durch die Bevölkerung (Anteile in Prozent)



Quelle: ZDF-Politbarometer vom 29.11.2013

Positiv bewerten die BundesbürgerInnen am Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vor allem, die Regelungen zur abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren und den Einstieg in den gesetzlichen Mindestlohn.

INHALT

2 *Koalitionsvertrag*
Chancen für eine neue Ordnung der Arbeit

3 *Koalitionsvertrag*
Das ist vorgesehen in den Bereichen Rente, Bildung, Gesundheit und Pflege

5 *Freihandelsabkommen*
Das geplante Abkommen zwischen den USA und der EU gefährdet soziale Rechte

7 *Das Amazon-Prinzip*
Das Versandunternehmen lehnt Gewerkschaften und Tarifverträge ab

Der DGB und das einblick-Team wünschen allen Leserinnen und Lesern erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr.

PLUS/MINUS

+ *Die Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke spricht sich für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung aus. Sie bemängelt, dass „jeder zweite neue Job ein Verfallsdatum" hat. Die ständige Unsicherheit belaste die Menschen. Sie bräuchten vielmehr soziale Sicherheit.*

− *Der geschäftsführende Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) warnte in Brüssel davor, dass die EU-Freizügigkeit „missbraucht wird von denen, die von einem Land ins andere gehen, um Sozialleistungen zu bekommen". Er will gegen die „Armutseinwanderung" vorgehen.*

IM NETZ

www.bit.ly/EP-Wahl2014

Im Download-Center des Europäischen Parlaments stehen die Materialien zur Europa-Wahl 2014 bereit, darunter auch das Wahlvideo „Humanifesto".

Ein Stück vorangekommen

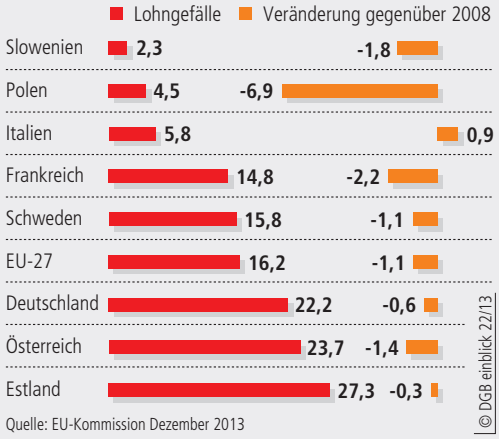
Neuordnung der Arbeit. Zentrale Bedeutung hat das Thema Arbeit bei der der Bewertung des Koalitionsvertrags durch die Gewerkschaften. „Seit Jahren haben wir uns darum bemüht, der Deregulierung von Arbeit etwas entgegenzusetzen – nämlich eine neue Ordnung der Arbeit", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Sein Fazit: „Wir sind mit dieser Koalitionsvereinbarung bei der neuen Ordnung der Arbeit ein großes Stück vorangekommen – insbesondere bei der Stärkung der Tarifautonomie." Das sei nicht zuletzt ein Verdienst der Gewerkschaften, die den Parteien frühzeitig Vorschläge für eine sozial gerechte Politik gemacht haben.

Viele Gespräche haben die Vorsitzenden von DGB und Mitgliedsgewerkschaften auch während der Koalitionsverhandlungen mit CDU, CSU und SPD geführt. Dass alle drei Parteien gewillt sind, der Tariferosion „einen Riegel vorzuschieben", begrüßt der DGB-Vorsitzende „außerordentlich". Das sei nicht immer so gewesen. Gestärkt soll das Tarifsystem dadurch werden, dass die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtert, das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Branchen ausgeweitet und ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird. Längst nicht alles, was die Gewerkschaften gefordert haben, findet sich im Vertrag wieder. So wollen die Koalitionäre weder die betriebliche noch die Unternehmensmitbestimmung ausbauen. Sie sehen auch keine Notwendigkeit für eine Abschaffung von Kettenbefristungen oder einen Ausbau des Kündigungsschutzes.

DATEN UND FAKTEN

Wenig Fortschritte

Geschlechtsspezifisches Lohngefälle in der EU 2011 – Differenz zwischen dem durchschnittlichen Stundenlohn von Frauen und Männern in der EU-27 und in ausgewählten EU-Staaten / Veränderungen gegenüber 2008 (in Prozent)



Quelle: EU-Kommission Dezember 2013

© DGB einblick 22/13

Im Schnitt verdienen Europas Frauen 16,2 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. *Das geht aus einem aktuellen EU-Bericht hervor. Zwar ist das Lohngefälle von 2008 bis 2011 um 1,1 Prozentpunkte gesunken. Grund für Jubel ist das nicht. Zumal sich „die Veränderungen weniger auf einen Lohnanstieg bei den Frauen als vielmehr auf einen Rückgang der Männerlöhne zurückführen lassen", wie EU-Grundrechtekommissarin Viviane Reding betont. Größer als in Deutschland (22,2 Prozent) ist die geschlechtsspezifische Gehaltslücke nur noch in Österreich und in Estland. Die Gewerkschaften begrüßen es, dass die Großkoalitionäre gegen die Lohndiskriminierung von Frauen vorgehen wollen. Im Gesetzgebungsverfahren will der DGB auf eine stärkere Verpflichtung der Unternehmen hinwirken.*
Profitieren werden Frauen auch von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns – ihr Anteil ist in den Niedriglohnbranchen hoch. Ebenso nutzt das Vorhaben, Teilzeitbeschäftigten, die vor der Teilzeit Vollzeit gearbeitet haben, ein Rückkehrrecht in eine Vollzeittätigkeit einzuräumen, vor allem Frauen. Die Gewerkschaften vermissen allerdings eine Reform der Minijobs im Vertrag von Union und SPD. Ziel der DGB-Gewerkschaften bleibt weiterhin eine Reform der geringfügigen Beschäftigung, die alle Arbeitsverhältnisse gleich behandelt.

Dauerbaustelle

Finanzpolitik. In der Haushalts- und Finanzpolitik hat Schwarz-Rot die Chance für einen Kurswechsel verpasst. Die Koalition bekennt sich zu Konsolidierung und Schuldenbremse, anstatt mit Steuererhöhungen für Reiche und Vermögende für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen und die Einnahmeseite nachhaltig zu verbessern. Der Finanzierungsbedarf ist hoch, ob in der Bildung, für die Infrastruktur, im Gesundheitswesen oder bei der Umsetzung der Energiewende. Die Finanzpolitik bleibt deshalb „eine Dauerbaustelle", so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Tarifsystem wird gestärkt

SPD und Union haben sich darauf verständigt, die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen erheblich zu erleichtern. Tarifverträge können künftig für allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn ein besonderes öffentliches Interesse dafür besteht. Das liegt dann vor, wenn durch die AVE wirtschaftlichen Fehlentwicklungen vorgebeugt werden kann. Als eine solche Fehlentwicklung sehen die Koalitionäre auch die Aushöhlung des Tarifvertragssystems an – das haben sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel gegenüber den Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften ausdrücklich bestätigt.

Auch der Plan von SPD und Union, das Arbeitnehmerentsendegesetz für alle Branchen zu öffnen, stärkt das Tarifsystem. Künftig werden im Ausland ansässige Arbeitgeber verpflichtet sein, branchenspezifische Mindestentgelte, die meist über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, an die Beschäftigten hierzulande zu zahlen.

Millionen profitieren

Mindestlohn. Millionen Menschen werden ab 1. Januar 2015 von der Einführung eines allgemeinen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro in der Stunde profitieren. Das ist ein Erfolg der Gewerkschaften, die viele Jahre für einen solchen Mindestlohn gestritten haben. Noch bis kurz vor Abschluss der Verhandlungen schien die Einführung nicht sicher, groß war der Widerstand aus der Union. Um einigen Branchen den Einstieg zu erleichtern, kann es befristete Übergangsregelungen geben, wenn sie in Tarifverträgen repräsentativer Tarifpartner geregelt werden. Kritisch sehen die Gewerkschaften sowohl die Möglichkeit von Ausnahmen etwa für SaisonarbeiterInnen als auch das Einfrieren der Höhe auf 8,50 Euro bis 2018. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens werden sie sich für eine frühere Erhöhung einsetzen.

Unzureichend

Werkverträge und Leiharbeit. Unzureichend sind für die Gewerkschaften die Pläne der Koalition, den Missbrauch von Werkverträgen einzudämmen. Zwar erhalten Betriebsräte Informations-, allerdings keine Mitbestimmungsrechte, wie vom DGB gefordert. Werkvertrags- wie auch Leiharbeitskräfte brauchen ebenso den Schutz von Betriebsräten wie Stammbelegschaften. Dafür werden sich die Gewerkschaften weiter stark machen. Künftig sollen LeiharbeiterInnen maximal 18 Monate in einem Betrieb eingesetzt werden. Spätestens nach neun Monaten sollen sie das gleiche Entgelt wie die Stammbeschäftigten erhalten. Die Gewerkschaften begrüßen es, dass Leiharbeit strenger reguliert werden soll, halten aber die neunmonatige Frist für Equal Pay für zu lang. Begrüßt wird, dass die Koalition den Einsatz von Leiharbeitskräften als Streikbrecher verbieten will.

Erste notwendige Verbesserungen

Rente. Im Bereich der Rente sieht der Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU grundlegende Veränderungen vor, die ab dem 1. Juli 2014 gelten sollen. Eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen wurde dabei berücksichtigt. Für den DGB ist zentral, dass „Lücken bei der Alterssicherung geschlossen werden und Altersarmut vermieden wird". Die Vertrauensschutzregelung für langjährig Versicherte wird erweitert, sodass sie nach 45 Beitragsjahren mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können. Dazu zählen auch Zeiten der Arbeitslosigkeit. Die Zurechnungszeiten zur Erwerbsminderungsrente werden von 60 auf 62 Jahren angehoben. Die Rentenansprüche von Erwerbsgeminderten erhöhen sich damit so, als hätten sie bis zum vollendeten 62. Lebensjahr gearbeitet. Der DGB erwartet, dass diese Verbesserungen in einem Schritt und nicht stufenweise eingeführt werden.

Ab 2017 soll es für Versicherte, die 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, eine „solidarische Lebensleistungsrente" geben. Dadurch sollen niedrige Renten rückwirkend aufgewertet beziehungsweise aufgestockt werden. „Die Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln", heißt es im Koalitionsvertrag. Gleiches fordert der DGB auch für die rentenrechtliche Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten vor 1992, die sogenannte Mütterrente. Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, erhalten einen zusätzlichen Rentenpunkt für ihre Erziehungsleistung. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe darf die Rentenversicherung nicht belasten, um ihre stabile Finanzsituation nicht zu gefährden, fordert der DGB.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe hat außerdem angekündigt, dass Union und SPD den Rentenbeitragssatz von 18,9 Prozent beibehalten und nicht senken wollen. Dies ist aus Sicht des DGB wichtig, um eine Demografiereserve aufzubauen und das Rentenniveau zu stabilisieren. Darüber hinaus halten die Gewerkschaften eine moderate Beitragssteigerung bereits in dieser Wahlperiode für notwendig, um die ab 2018 erforderlichen Erhöhungen abzufedern. Die rentenpolitischen Entscheidungen sind erste Schritte, um der drohenden Altersarmut von Millionen Menschen entgegenzuwirken. Weitere müssen folgen.

Foto: DGB-Jugend

Die DGB-Jugend hat während der Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD auf die gewerkschaftlichen Forderungen aufmerksam gemacht.

Soziales Europa fehlt

Sparpolitik. In der Europapolitik setzt der Koalitionsvertrag auf eine Fortsetzung des Krisenmanagements der letzten Jahre. Es bleibt also bei der rigiden Sparpolitik und Strukturreformen. „Investitionen in die Zukunft Europas scheinen kein Thema zu sein", kritisiert die DGB-Jugend. Im Vertrag mangelt es aus Sicht des DGB an Ansätzen für ein soziales Europa. Zwar wird die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als „Priorität europäischer Politik" genannt, die vorgeschlagenen Maßnahmen sind jedoch unzureichend. Die Koalitionäre wollen ein Europäisches Investitionsprogramm, doch die Finanzierung bleibt unklar. Die Gewerkschaften begrüßen, dass die sozialen Grundrechte in Zukunft gleichrangig mit der Binnenmarktfreiheit, die bisher Vorrang genoss, sein sollen. Ziel sei jedoch, dass die sozialen Rechte vorrangig gegenüber der Binnenmarktfreiheit werden.

Pflege: Begriff neu definiert

Erste positive Ansätze enthält der Koalitionsvertrag für den Bereich Pflege. Die Gewerkschaften begrüßen die geplante Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Dieser müsse so schnell wie möglich eingeführt werden, betont der DGB. Auch den vorgesehenen Rechtsanspruch auf die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sieht der DGB positiv. Die geplante zehntägige Auszeit entlastet pflegende Angehörige, die in der Zeit einen Lohnersatz analog zum Kinderkrankengeld erhalten sollen. Weitere Verbesserungen sind die Förderung der Ausbildung in der Pflege, die Stärkung der ambulanten Versorgung und der Ausbau von Betreuungsleistungen. Fraglich bleibt für den DGB, ob die geplante Anhebung des Pflegebeitrags um 0,5 Prozent ausreicht.

Durchwachsene Bilanz

Gesundheitspolitik. Zwar wird die sozial ungerechte Kopfpauschale – ein einkommensunabhängiger Zusatzbeitrag – abgeschafft, es gibt jedoch keine Rückkehr zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung. Der Arbeitgeberanteil soll weiterhin bei 7,3 Prozent festgeschrieben bleiben. Der DGB kritisiert, dass die Versicherten künftige Kostensteigerungen in Form von einkommensabhängigen, kassenindividuellen Zusatzbeiträgen zahlen müssen. DGB und Mitgliedsgewerkschaften fordern, Mehrbelastungen nicht einseitig auf die Versicherten zu übertragen und setzen weiterhin auf eine Bürgerversicherung.

Nachbesserungen nötig

Bildung. DGB, DGB-Jugend und GEW vermissen in den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen einen „bildungspolitischen Gestaltungswillen", so die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Sie bedauert, dass Union und SPD die zunächst vorgesehene BAföG-Reform in letzter Minute aus dem Vertrag gestrichen haben. „Die längst überfällige und versprochene BAföG-Erhöhung soll offenbar ausbleiben", kritisiert auch der DGB. Als „bildungspolitischen Lichtblick" bezeichnet Tepe, dass der Bund verlässliche Karrierewege für das wissenschaftliche Personal schaffen will. Die Großkoalitionäre wollen das Kooperationsverbot von Bund und Ländern nicht lockern. Hier sehen die Gewerkschaften dringenden Handlungsbedarf, um den Bund nicht bei der Finanzierung großer Bereiche des Bildungssystems außenvor zu lassen.

Im Bereich Aus- und Weiterbildung und beim Übergang von Schule in den Beruf bietet der Koalitionsvertrag einige Chancen, hat die GEW festgestellt. Die DGB-Jugend sieht das Vorhaben, die Qualität der Ausbildung zu verbessern und eine Ausbildungsgarantie umzusetzen, als richtigen Schritt. „Dies bleibt aber weit hinter einer notwendigen gesetzlich geregelten Ausbildungsgarantie zurück", betont der DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller.

IM NETZ

www.dgb.de/-/Ngz
DGB-Bundesausschuss zu den Anforderungen an die neue Bundesregierung
www.dgb.de/-/Fyp
DGB-Bewertung des Koalitionsvertrags

Ihr Kinderlein lernet

Video. Pünktlich zum Fest folgt die Fortsetzung des Wahlvideos „Metallmix 2013" der IG Metall, das mit 1,8 Millionen Klicks ein echter Internet-Erfolg war. Das neue Video mit dem Titel „Ihr Kinderlein kommet" greift treffend und ironisch die ungleichen Bildungschancen in Deutschland auf. Zunächst tollen zehn Babys umher, doch plötzlich ist eines weg. Es ist im ungerechten Bildungssystem auf der Strecke geblieben. In zehn Strophen eines bekannten Abzählreims bleibt so ein Kind nach dem anderen zurück. Ein Kind wird im überfüllten Klassenraum übersehen, ein anderes bleibt sitzen, weil es „nicht so gut" deutsch spricht. „Der Clip zeigt die harte Realität unseres selektiven Bildungswesens", sagt IG Metall-Bundesjugendsekretär Eric Leiderer. Die Kinder würden aussortiert, weil sie bestimmten Normen nicht entsprechen. Bei guter Bildung stünde dagegen die Persönlichkeitsentwicklung im Mittelpunkt. Das Video ist Teil der Kampagne „Revolution Bildung", mit der die IG Metall seit März auf Missstände im Bildungssystem aufmerksam macht.

I www.revolutionbildung.de/ihrkinderleinkommet

Foto: kpworks

Zehn Babys spielen die Hauptrolle im neuen IG Metall-Video. Eins nach dem anderen scheitert an den Ungerechtigkeiten im Bildungssystem.

Verfolgung 1933-1945

Ausstellung. Bis 31. Januar 2014 ist im IG BCE-Haus in Berlin-Mitte noch die Ausstellung „Seid Wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht" über das Schicksal von GewerkschafterInnen in Konzentrationslagern von 1933 bis 1945 zu sehen. Lebensgroße Schautafeln und szenische Lesungen machen das Leben und das Leiden der Verfolgten erfahrbar. Das heutige Haus der IG BCE war bis 1933 der Sitz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und wurde am 2. Mai 1933 bei der Zerschlagung der Gewerkschaften von den Nazis gestürmt. Die Ausstellung eröffnet die Reihe „Kultur im Gewerkschaftshaus".

I www.bit.ly/Seid_wachsam

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Gemeinsame Werte & politisches Denken verbinden.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Personalrätepreis verliehen

Mit dem Deutschen Personalräte-Preis 2013 in Gold wurde die Interessenvertretung des Klinikums Aschaffenburg für ihr Projekt „Arbeit im Wandel – Wissenstransfer" ausgezeichnet. Der Personalrat entwickelte ein „Lerntandem" zum strukturierten Wissenstransfer, um Erfahrungswissen zu erhalten, wenn ältere Beschäftigte in Rente gehen. Den zweiten Platz belegte der Personalrat der Kaufmännischen Schulen in Marburg für seine Dienstvereinbarung zur Aufsichts- und Vertretungsregelung. Den Preis in Bronze erhielt der Gesamtpersonalrat des Landkreises Diepholz, der sich für die Umwandlung von prekären in reguläre Beschäftigungsverhältnisse einsetzt. Die DGB-Jugend zeichnete mit ihrem Sonderpreis den Personalrat der Stadtverwaltung Köthen aus, der ein bezahltes Auslandspraktikum für Auszubildende aushandelte.

I www.deutscherpersonalraete-preis.de

BUCHTIPP

Rolf Haubl, Brigitte Hausinger, G. Günter Voß (Hg.): Riskante Arbeitswelten. Zu den Auswirkungen moderner Beschäftigungsverhältnisse auf die psychische Gesundheit und die Arbeitsqualität. Campus Verlag 2013, 202 Seiten, 24,99 Euro.

Die AutorInnen beleuchten die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Arbeitswelt. Seit den 1980er Jahren hat sich der Strukturwandel beschleunigt und durchdringt alle Dimensionen der Arbeit. Flexibilisierung und Deregulierung haben zu einer Entgrenzung und Erosion der Arbeit geführt. Die ArbeitnehmerInnen leiden zunehmend unter psychosozialen Belastungen, Stress, Erschöpfung und Unzufriedenheit. Diese Prozesse werden aus wissenschaftlicher und institutioneller Perspektive betrachtet. Für die Gewerkschaften beschreibt IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban den Gegenentwurf der Guten Arbeit, der sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientiert.

INTERREGIO

*Der **DGB-Bezirk West** heißt künftig **DGB Rheinland-Pfalz – Saarland.** Das gilt ab 1. Januar 2014.*

*Die Interregionalen Gewerkschaftsräte Elbe-Neiße und Viadrina haben mit einer **gemeinsamen Strategie** auf die Drohung von Amazon reagiert, neue Versandzentren in Polen und Tschechien zu eröffnen, um dem Druck der deutschen Gewerkschaften zu entgehen. Der **DGB Sachsen**, ver.di, die polnische Solidarnosc und die tschechische OSPO wollen verhindern, dass die ArbeitnehmerInnen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Thomas Schneider (ver.di): „Amazon ist global aufgestellt, wir sind es auch."*

*Der **DGB Nord** hat mit den Energieministern und -senatoren der norddeutschen Bundesländer sowie ver.di Nord und Hamburg, der IG BCE Nord und der IG Metall Küste den **Wilhelmsburger Appell zur Energiewende** verabschiedet. Schwerpunkte sind die Windenergie und die Beschäftigungssituation in der Branche. Die neu entstehenden Arbeitsplätze müssten „dem Leitbild der Guten Arbeit entsprechen", fordert der DGB-Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn.*

I www.nord.dgb.de

*Der **DGB Berlin-Brandenburg** unterstützt gemeinsam mit anderen Partnern den **Franz-Bobzien-Preis für Demokratie und Toleranz**. Der neue Name des ehemaligen „Oranienburger Toleranzpreis" erinnert an den im KZ Sachsenhausen inhaftierten Bobzien anlässlich des 69. Jahrestags der Befreiung des KZs. Ausgezeichnet werden Projekte, die zur historisch-politischen Bildung und Demokratieentwicklung beitragen. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2014.*

I www.berlin-brandenburg.dgb.de

*Der **DGB Niedersachsen** und die Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften laden zur **Ringvorlesung „Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik"** an der Universität Hannover ein. An drei Abenden im Dezember und Januar geht es um die Rolle des öffentlichen Sektors und des Mindestlohns bei der Niedriglohnbekämpfung sowie um die wachsende Prekarisierung der Arbeit.*

I www.niedersachsen.dgb.de

*Die **DGB-Jugend Hessen-Thüringen** hat anlässlich der Koalitionsverhandlungen in Hessen einen **offenen Brief** an CDU und Bündnis 90/Die Grünen verfasst. 100 junge GewerkschafterInnen fordern darin einen Politikwechsel. „Wir brauchen endlich wieder eine Politik für die Interessen der jungen Generation", betont Bezirksjugendsekretär Fabian Wagner.*

I www.ansagen-fuer-hessen.de

Freier Welthandel gefährdet soziale Rechte

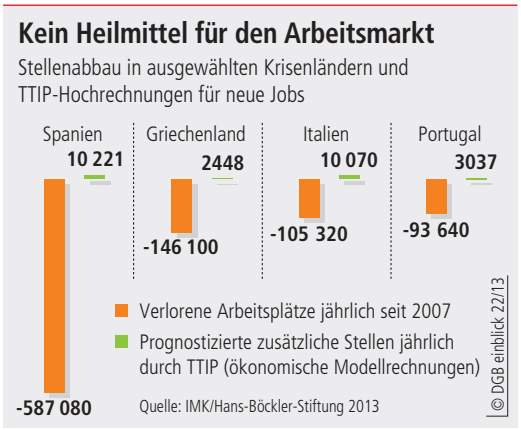
Handelsabkommen. Kurz vor der dritten Verhandlungsrunde für ein Freihandelsabkommen zwischen der USA und der EU sind immer noch wenige Fakten bekannt. Informationen kommen bei dem intransparenten Verfahren nur häppchenweise an die Öffentlichkeit. Es soll eine Partnerschaft der Superlative werden, heißt es. Neue Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum werden versprochen. Für den DGB stecken in der „Transatlantic Trade and Investment Partnership", kurz TTIP, derzeit mehr Risiken als Chancen.

Die Studien der Wirtschaftsexperten, die Wachstumseffekte vorhersagen, seien „mit hohen Risiken belastet". Zudem kommen sie zu unterschiedlichen Ergebnissen. Ein gutes Abkommen könnte Vorteile bringen, glauben auch die Gewerkschaften. Positiv wären beispielsweise einheitliche Standards oder eine transatlantische Kooperation gegen Steuerflucht. Doch so wird es vermutlich nicht kommen. Vielmehr könnte der Druck zunehmen, öffentliche Dienstleistungen zu liberalisieren und zu privatisieren. Auch Arbeits- oder Umweltstandards könnten sich verschlechtern, indem gute Bedingungen als Handlungshemmnis definiert werden.

Die Sorgen sind nicht unbegründet. Zurzeit steht ein EU-Handelsabkommen mit Kanada kurz vor dem Abschluss. Sollte es unverändert unterschrieben werden, könnten künftig Unternehmen Regierungen vor einem undurchsichtigen internationalen Schiedsgericht verklagen, um Gesetze zu Fall zu bringen. Solche Verfahren, „Investor-State Dispute Settlement" genannt, seien „ein Angriff auf die Demokratie" warnt der DGB. In einem vergleichbaren Verfahren steht derzeit beispielsweise in Ägypten eine Erhöhung des Mindestlohns unter Beschuss.

„Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards sind nicht verhandelbar", dies gelte sowohl für den Handelsvertrag mit Kanada wie auch für TTIP, stellt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki klar.

| www.dgb.de/-/FAJ



Wie hoch die Beschäftigungseffekte durch ein Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) tatsächlich sein werden, ist unklar. Die EU wirbt mit prognostizierten Zahlen für das Abkommen, die keinesfalls die krisenbedingten Arbeitsplatzverluste ausgleichen würden.

Qualitätsoffensive für die Bildung

Die letzte PISA-Studie bestätigte noch einmal die Schwachstelle des deutschen Bildungssystems: „Die soziale Spaltung bleibt die Achillesferse", ist das Fazit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Elke Hannack. Der Bildungserfolg der Kinder hängt weiter vom Geldbeutel der Eltern ab, belegen die PISA-Ergebnisse. Nicht nur in diesem internationalen Vergleich zeigen sich die Schwächen des deutschen Systems. Der Erziehungswissenschaftler Professor Klaus Klemm analysierte für den DGB, welche Ziele des Dresdner Bildungsgipfels der Bundesregierung seit 2008 erreicht wurden. Das Ergebnis ist mäßig.

So sollte die Zahl der Schulabbrecher halbiert werden. Eine gleich hohe Vorgabe hatte sich die Bundesregierung für die jungen Menschen ohne Berufsabschluss gegeben. Doch beide Ziele wurden bislang nicht erreicht. Bei der Zahl der Studierenden wurde die Zielvorgabe hingegen übererfüllt. Für Klemm ist das aber „mit einem hohen Maß sozialer Chancenungleichheit" verbunden. Der DGB will eine „Qualitätsoffensive". Das heißt, mehr Ganztagsschulen, mehr Schulsozialarbeiter in Brennpunktschulen und eine bessere frühkindliche Bildung. Zudem müsse endlich das Kooperationsverbot fallen und zwar „für das gesamte Bildungssystem".

| www. dgb.de/-/FJW
| www.dgb.de/-/5ZP

Missbrauch stoppen

Entsendung. Eine „Einladung zum Lohn- und Sozialdumping" ist für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach das Verhandlungsergebnis der europäischen Arbeits- und Sozialminister zur Neufassung der Entsenderichtlinie. Die Rechte entsandter Beschäftigter würden stark beeinträchtigt, da Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt wurden. Die Minister sollten eigentlich mit einer Durchsetzungsrichtlinie die Vorgaben der Entsenderichtlinie konkretisieren. Mit dem nun vorliegenden Ergebnis werde jedoch das Gegenteil erreicht: Die Beschäftigten werden nicht vor Ausbeutung geschützt, sondern die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern vor Kontrollen. Buntenbach erwartet, dass das EU-Parlament sich umgehend für Verbesserungen einsetzt.

| www.dgb.de/-/FuV

Arm trotz Vollzeit

Working Poor. Jeder zehnte Hauptverdiener ist von Armut bedroht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. In den vergangenen Jahren ist die Quote der Working Poor deutlich gewachsen. Im Jahr 2012 gehörten 9,5 Prozent der Hauptverdiener zu dieser Gruppe. Überdurchschnittlich betroffen sind die Beschäftigten im Handel, in der Gastronomie aber auch in Heimen oder im Bereich Kunst und Unterhaltung.

| www.bit.ly/Armutsrisiko

TELEGRAMM

Ein NPD-Verbot *erhofft sich der Bundesrat in einem zweiten Anlauf. Die Länderkammer hat einen neuen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Auf 250 Seiten begründen die Antragsteller ihr Anliegen. Der Bundesrat glaubt, dass ausreichend Material gesammelt wurde, um ein Verbot zu rechtfertigen.*

Die Kürzung bei den Fördermaßnahmen *für schwerbehinderte Arbeitslose ist für den DGB nicht nachvollziehbar. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach: „Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Unterstützung". Schließlich hätten gerade diese Menschen Probleme auf dem Arbeitsmarkt.*

| www.dgb.de/-/FtQ

Leitlinien für PraktikantInnen *hat die EU-Kommission erarbeitet. Sie sollen – wie in der Jugendgarantie formuliert – bessere Bedingungen sicherstellen. Danach müssten Praktika schriftlich vereinbart werden. Der Vertrag müsste Arbeitsbedingungen und Lerninhalte enthalten.*

| www.bit.ly/PraktikaLeitlinien

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mitreden, mitbestimmen und Einfluss nehmen.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

KURZ & BÜNDIG

ver.di hat die Trendwende geschafft. Erstmals seit Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft 2001 kann sie zum Jahresende ein leichtes Mitgliederplus von rund 1700 Mitgliedern vorweisen. Einen Mitgliederzuwachs, so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, habe es bei der größten Vorläuferorganisation ÖTV zuletzt 1992 gegeben.

Die GEW begrüßt, dass die Kultusministerkonferenz auch in Fächern mit Lehrkräftemangel an fachlichen und pädagogischen Qualifikationsstandards festhält. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe warnte davor, den Ländern Verabredungen zu erlauben, die die Standards aufweichen können. Dies gehe zu Lasten der Lehrkräfte und der SchülerInnen.

Die Delegierten des 3. Weltkongresses der Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI), deren Mitglied die IG BAU ist, haben die Bangkok-Erklärung verabschiedet. Darin vereinbaren sie eine engere internationale Kooperation der Gewerkschaften und fordern, dass Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte weltweit geachtet werden.

Die NGG fordert die Arbeitgeber in der Ernährungswirtschaft auf, bessere Arbeitsbedingungen für ältere ArbeitnehmerInnen zu schaffen und die Arbeitsplätze „demografiesicher" zu machen. Eine NGG-Umfrage unter Betriebsräten hatte große Missstände offenbart. Der Beschäftigungsrealität mit ständigen Überstunden und Schichtarbeit seien ältere ArbeitnehmerInnen nicht gewachsen.

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Überzeugende Leistungen & überzeugende Positionen.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

NACHGEFRAGT

Detlef Wetzel, 60, Erster Vorsitzender der IG Metall, erklärt, wie die Gewerkschaft durch Beteiligung noch stärker werden will.

Foto: IG Metall

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist stark. Unsere Konzepte sind in Politik und Gesellschaft sichtbar angekommen. Wie wird die IG Metall diesen Erfolg ausbauen? Mit zeitgemäßer Tarif- und Betriebspolitik, die sich noch enger auf die Bedürfnisse der Belegschaften abstimmt. Wir nehmen die Beschäftigten mit auf diesen Weg. Wichtigstes Instrument dabei: die Ergebnisse aus der IG Metall-Beschäftigtenbefragung. Die Meinungen von 514 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu Arbeitsbedingungen, zur Arbeitspolitik und zu gewerkschaftlichen Handlungsfeldern sind jetzt Grundlage für Diskussionen, die vor allem in den Betrieben stattfinden. Die Betroffenen zu Beteiligten zu machen, stärkt die Demokratie in der Wirtschaft.

Die IG Metall will den selbstbestimmten Bürger am Arbeitsplatz. Dafür braucht es mehr Mitsprachemöglichkeiten für die Beschäftigten. Leider findet sich zum Ausbau der Mitbestimmung nichts im Koalitionsvertrag. Aber mit dem Mindestlohn, der Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit oder den Verbesserungen bei der Leiharbeit gibt es richtige Ansätze für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Das Normalarbeitsverhältnis ist der zentrale Hebel für eine gerechtere Verteilung und gegen verschiedene Klassen von Beschäftigten. Die IG Metall will möglichst viele Betriebe in die Tarifbindung holen und tarifpolitisch gegen den Missbrauch von Werkverträgen vorgehen. Unser Ziel: eine Wertschöpfungskette – ein Tarifvertragssystem – eine IG Metall.

Die neue Regierung werden wir daran messen, ob sie das „Soziale" wieder ernst nimmt. Das muss sie, denn eine alles dominierende, marktradikale Wirtschaft bietet keinen Antworten auf drängende Themen wie Fachkräftesicherung und Investitionsstau oder die großen europäischen Fragen wie Jugendarbeitslosigkeit und Demokratiekrise.

Demokratisch und solidarisch

IG Metall. Die rund 500 Delegierten des 6. Außerordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall haben eine demokratische und solidarische Gesellschaft gefordert, die auf Teilhabe, Fairness und sozialer Integration beruht. In ihrer „Frankfurter Erklärung" nimmt die Gewerkschaft die Politik in die Pflicht, gute Arbeit wieder zum Maßstab der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu machen. Unter anderem fordert die IG Metall eine neue Balance zwischen Flexibilitätsanforderungen von Beschäftigten und Unternehmen, betriebliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, Weiterbildungsmaßnahmen für alle Beschäftigten, alters- und alternsgerechte Arbeit und flexible Rentenübergänge.
Um die Energiewende erfolgreich zu gestalten schlägt die IG Metall eine Plattform „Industriepolitik und Energiewende" vor. Dort könnten Politik, Unternehmen, Gewerkschaften, Umweltverbände und Wissenschaft zusammen arbeiten.

www.igm-gewerkschaftstag-2013.de

Selbstbestimmt leben

Gleichstellungspolitik. Die 18. DGB-Bundesfrauenkonferenz hat den Gesetzgeber aufgefordert, verbindliche Regelungen zu schaffen, um Frauen in allen Lebensphasen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Einige der Forderungen stehen bereits im Koalitionsvertrag – wie ein Entgeltgleichheitsgesetz, um die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen zu schließen. Doch es gibt weitere Baustellen. DGB-Vize Elke Hannack erklärt: „Eine moderne Gleichstellungspolitik muss sich am Leitbild von Erwerbstätigen mit Fürsorgeaufgaben orientieren". Dazu sei eine größere Arbeitszeitsouveränität nötig. Im Leitantrag fordern die Gewerkschaftsfrauen daher für pflegende Angehörige einen Rechtsanspruch auf Teilzeit analog zur Elternzeit.

www.bit.ly/dgb-bfk2013

Mehr Betriebsräte

IG BCE. Im Januar will die IG BCE eine Offensive für mehr Mitbestimmung starten. „Wir wollen in all unseren Betrieben und Branchen den Anspruch auf Mitbestimmung und Mitgestaltung durch Betriebsräte und Gewerkschaft durchsetzen", erklärt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Das sei der beste Schutz vor prekären Arbeitsbedingungen und Voraussetzung für faire Teilhabe und gute Arbeit. Zusätzliche Sekretäre wurden eingestellt, um zunächst in der Kunststoff- und Kunststoff verarbeitenden Industrie systematisch klein- und mittelständische Unternehmen zu erschließen, die bislang ohne Betriebsräte und Tarifverträge sind. Die IG BCE fordert vom Gesetzgeber, die Gründung von Betriebsräten zu erleichtern. Zunächst sei das an der Union gescheitert, aber die IG BCE bleibt am Ball.

Zukunftsfähig durch Innovationen

Der DGB, der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) laden am 30. Januar 2014 zum Innovationskongress nach Berlin ein. Unter dem Motto „Wie Deutschland zukunftsfähig bleibt" soll mit der neuen Bundesregierung die innovationspolitische Agenda der nächsten Jahre diskutiert werden. In drei hochkarätig besetzten Podiumsrunden besprechen die Teilnehmenden, wie Innovationen Wachstum fördern können, welche Innovationen die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts prägen und welche Rolle die Energiewende spielt.

www.bit.ly/inno_kongress2014

Klima der Angst

Mechthild Middeke, ver.di-Sekretärin im Fachbereich Handel, über die Auseinandersetzungen bei Amazon und die Forderungen an die Politik.

Amazon. Im April 2013 gab es in Bad Hersfeld den ersten Warnstreik. Zuvor hatten wir Amazon im November vergangenen Jahres aufgefordert, in Tarifverhandlungen einzutreten, die Amazon bis heute ablehnt. Das Unternehmen hat in der Vergangenheit immer davon gesprochen, sogenannte „Wettbewerbslöhne" zu zahlen, sich also an den Gegebenheiten der jeweiligen Region zu orientieren. Seit ver.di einen Tarifvertrag nach dem Einzel- und Versandhandel fordert, behaupten sie nun, sich an den Löhnen der Logistik-Tarifverträge auszurichten.

In Zahlen heißt das: Ein Einsteiger bekommt 10,01 Euro die Stunde, das macht 1631 Euro im Monat. Nach zwei Jahren landet man bei 11,71 Euro oder 1909 Euro brutto im Monat. Das ist der Verdienst, bei dem die Amazon-Beschäftigten über die Jahre hinweg hängen bleiben. Es gibt keine weitere Steigerung mehr, und es gibt auch nur ganz begrenzt Aufstiegsmöglichkeiten. Mit solchen Einkommen ist es schwer, vor allem mit Familie über die Runden zu kommen. Nur zum Vergleich: Der aktuelle Einzel- und Versandhandelstarif liegt bei 1985 Euro im Monat, hinzu kommen Zuschläge und Urlaubs- und Weihnachtsgeld von jeweils über 1000 Euro. Immerhin hat Amazon in diesem Jahr erstmals auch 400 Euro Weihnachtsgeld gezahlt. Urlaubsgeld gibt es nicht.

Das Unternehmen nutzt die Regelungen aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz voll aus. So sind in Leipzig erst nach langen Auseinandersetzungen nun zwei Drittel der Normalbelegschaft unbefristet. Immer noch ein Drittel befindet sich regelmäßig in einer Befristungsschleife. Dabei ist die Befristungsquote an neueren Standorten erheblich höher. Diese Beschäftigungsstruktur fördert ein Klima der Angst. Oft stattfindende „Feedback-Gespräche", bei denen darauf

„Amazon nutzt die Regelungen aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz voll aus."

hingewiesen wird, dass man zu den „Low-Performern" gehöre, schüren diese Ängste der befristet Beschäftigten. Darüber hinaus ist der Leistungsdruck hoch: „Picker" oder Komissionierer legen am Tag um die 15 Kilometer zurück – zu Fuß. Per Handscanner und Überwachungskameras besteht die totale Kontrolle. Die perfide Adaption vergangen geglaubter Stasi-Mechanismen: Zwischen Überwachtem und Überwacher besteht ein „besonderes" Vertrauensverhältnis. Alle bis hin zum obersten Chef duzen sich untereinander.

In Bad Hersfeld ist die Streikbereitschaft nach 15 Streiktagen ungebrochen. Man ist der Ansicht, dass der Arbeitskampf etwas gebracht habe, die 400 Euro Weihnachtsgeld seien zum Beispiel ein erster Schritt. Und auch wenn derzeit nur eine Minderheit streikbereit ist, wächst der Organisationsgrad in den Amazon-Betrieben stetig.

Auslöser von allem war unser Organizing-Projekt 2011. Seit 2012 haben wir die Strukturen weiter entwickelt, betriebliche Vertrauensleute eingesetzt, Tarifkommissionen gebildet. Durch das Projekt hat sich ein Aktivenkreis gebildet, wir konnten viele neue Gewerkschaftsmitglieder gewinnen. Leider gibt es durchaus eine Spaltung in der Belegschaft. Denn da sind auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Amazon der beste Arbeitgeber ist, den sie je hatten. Viele von ihnen kommen aus prekären Ar-

„Steuervermeider wie Amazon dürfen nicht auch noch Steuervergünstigungen und Subventionen erhalten."

beitsverhältnissen oder aus der Arbeitslosigkeit. Sie haben oft in befristeten Jobs angefangen und sind teilweise noch befristet eingestellt. Sie zu aktivieren, ist schwer. Es gibt aber auf der anderen Seite auch viele Beschäftigte, die vorher etwa in der Metallindustrie gearbeitet haben und andere Arbeitsbedingungen und gewerkschaftliche Strukturen aus früheren Arbeitsverhältnissen kennen. Letztere sind eher bereit, sich zu engagieren und zu streiken.

Bei all dem zahlt Amazon kaum Steuern in Deutschland, lässt sich aber sehr gerne in strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit nieder. Dort geht's dann um hohe Fördersummen. Nach bisher bekannt gewordenen Zahlen sind das öffentliche Gelder in Höhe von knapp 7,1 Millionen Euro. Dabei hat Amazon für das Jahr 2012 an Vorsteuern 10,2 Millionen Euro ausgewiesen. Bei einem Umsatz von 6,5 Milliarden Euro hat der Versandriese gerade einmal 3,2 Millionen Euro Steuern gezahlt.

Die Forderung nach einem Eingreifen der Politik ist nicht neu, sie ist aber mehr als angebracht. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Hessen und der Bundestagswahlen gab es des Öfteren Besuch von PolitikerInnen. Dabei haben wir nicht nur das Thema Tarifverträge angesprochen, sondern auch die befristete Beschäftigung. Denn das ist es, was Politik aus unserer Sicht verändern kann und sollte. Jetzt, wo der Koalitionsvertrag bald unter Dach und Fach ist, muss die Forderung nach Abschaffung der sachgrundlosen Befristung wieder auf die Tagesordnung. Und Maßnahmen, die verhindern, dass Steuervermeider wie Amazon dennoch Steuervergünstigungen und Subventionen erhalten. ●

Foto: privat

Mechthild Middeke, 56, Sekretärin im Fachbereich Handel im ver.di-Bezirk Nord- und Ost-Hessen, ist zuständig für Amazon in Bad Hersfeld.

Das Amazon-Prinzip

Arbeitsbeziehungen. Seit über einem Jahr kämpft ver.di für die Anerkennung des Tarifvertrags für den Versandhandel in den deutschen Niederlassungen des Global Player Amazon. Im November 2012 wurde Amazon in Bad Hersfeld und Leipzig zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Nach drei Gesprächsrunden – um das Weihnachtsgeschäft zu sichern – wurde im Januar 2013 von Amazon erklärt, man habe kein Interesse an einem Tarifvertrag. Seitdem gab es insgesamt 15 Streiktage. Der längste zusammenhängende Streik dauerte drei Tage. Amazon reagierte darauf mit der Erklärung: „Tarifverträge sind für uns keine Frage des Geldes, sondern des Prinzips." Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske geht es in dieser Auseinandersetzung auch um die grundsätzliche Frage, wie Arbeitsbeziehungen gestaltet werden – mitbestimmt und sozialpartnerschaftlich oder nach US-amerikanischen Vorbild, nach dem Gewerkschaften als Störfaktor gelten. ●

I www.amazon-verdi.de

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Das Mitglied im Blick, der Mensch im Mittelpunkt.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DIE DGB-GRAFIK

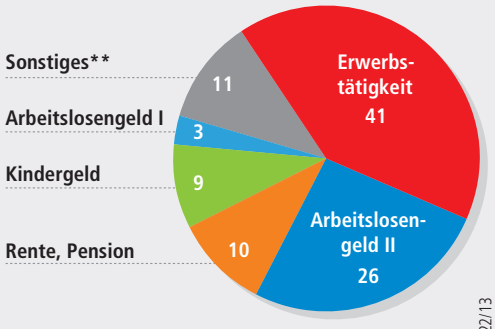
Eine Studie des Statistischen Bundesamtes belegt, dass Arbeitslosigkeit der häufigste Grund für die Überschuldung von Privatpersonen ist. Besonders häufig betroffen sind alleinlebende Männer und alleinerziehende Frauen. Aber auch Familien mit drei oder mehr Kindern häufen durch Arbeitslosigkeit Schulden an. Weitere Ursachen für Überschuldung sind Trennung, Scheidung oder der Tod des Partners/der Partnerin. Insgesamt belief sich 2012 die durchschnittliche Schuldensumme auf 34 000 Euro.

Überschuldung: Arbeitslosigkeit ist Hauptauslöser

Auslöser privater Überschuldung 2012 (in Prozent)

Quelle: Statistisches Bundesamt 2013

Durchschnittliche Zusammensetzung des Haushaltsnettoeinkommens überschuldeter Personen* (in Prozent)



* Datenbasis: 85 000 Menschen, die sich an Schuldnerberatungsbüros gewendet haben

** Hierzu gehören unter anderem Ausbildungsvergütungen, Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Unterhaltszahlungen

© DGB einblick 22/13

TERMINE

11.1.
DGB Nordwürttemberg, Arbeitnehmerseelsorge, KAB, Seminar „Neue Bundesregierung und neuer Papst – Auswirkungen für Gesellschaft und Christen in sozialen Fragen", Tauberbischofsheim

14.1.
DGB und TU Berlin, Ringvorlesung „Smart Economy für nachhaltige Arbeit und nachhaltigen Wohlstand?", Thema „Nachhaltigkeit und Neue Arbeit II (smarte Dienstleistungen)", Berlin

16.1.
Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Politik als Spielball der Märkte? Argumente für eine neue Wirtschaftspolitik!", Stuttgart

18.1.
DGB Berlin-Brandenburg, Bezirkskonferenz, Berlin

PERSONALIEN

Detlef Wetzel, 60, ist neuer Erster Vorsitzender der IG Metall. Die Delegierten des 6. Außerordentlichen IG Metall-Gewerkschaftstags wählten ihn mit 75,5 Prozent zum Nachfolger von **Berthold Huber,** 63. Nachfolger von Wetzel als Zweiter Vorsitzender ist **Jörg Hofmann,** 57, bisher Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg. Er wurde mit 77,7 Prozent gewählt. Zum neuen Hauptkassierer wählte der Gewerkschaftstag **Jürgen Kerner,** 44. Er erhielt 97,1 Prozent der Stimmen und löst **Bertin Eichler,** 60, im Amt ab. Neu im geschäftsführenden IG Metall-Vorstand sind **Irene Schulz,** 49 (83,9 %), und Wolfgang Lemb, 51 (85,5 %). **Helga Schwitzer,** 62, ist aus dem geschäftsführenden IG Metall-Vorstand ausgeschieden. Zum neuen Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg hat der IG Metall-Vorstand **Roman Zitzelsberger,** 47, bestellt. Zuvor war er Erster Bevollmächtigter der IG Metall Gaggenau.

Martina Perreng, 53, bisher Referatsleiterin in der Abteilung Recht beim DGB-Bundesvorstand, ist seit 1. Dezember Referatsleiterin in der Abteilung Personal. Die Juristin folgt **Wolfgang Baumgartner,** 63, der nun Projekte zur Personalentwicklung beim DGB, unter anderem zum Aufbau eines Traineeprogramms, leitet und am 1. Juli 2014 in den Ruhestand geht. Verstärkt wird die Rechtsabteilung seit 1. Dezember von **Marta Böning,** 32. Die promovierte Juristin war zuvor im Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte in Berlin und an der Universität Oldenburg tätig. Zudem übernimmt ab 1. Januar 2014 **Jean Baptiste Abel,** 33, vom DGB-Rechtsschutz Aufgaben in der Abteilung Recht. Er ist seit 2009 Rechtssekretär.

Michael Guggemos, 57, ist ab 1. Januar 2014 neuer Sprecher der Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung. Das hat der HBS-Vorstand Mitte November beschlossen. Er folgt **Nikolaus Simon,** 63, der in den Ruhestand geht. Guggemos leitete von 1999 bis 2007 das Hauptstadtbüro der IG Metall. Seit 2008 koordiniert er die Vorstandsaufgaben beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im *einblick* geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.
Die nächste Ausgabe des einblick erscheint am 20. Januar 2014.

SCHLUSSPUNKT

„Bildung ist die mächtigste Waffe, um die Welt zu verändern."

Der verstorbene frühere südafrikanische Staatspräsident Nelson Mandela bei der Verleihung des Friedensnobelpreises 1993.

URTEILE

Gesetzliche Unfallversicherung

Einfache Vereinsmitglieder ohne Schutz

Gesetzlich unfallversichert sind Beschäftigte und Personen, die »wie Beschäftigte« tätig werden. Dies kann auch für Vereinsmitglieder gelten, wenn sie für den Verein Tätigkeiten verrichten, die üblicherweise in einem Beschäftigungsverhältnis ausgeübt werden. Das gilt allerdings nicht, wenn das Mitglied im Rahmen seiner Mitgliedspflichten tätig wird.

Der Fall: Der 1939 geborene Mann gehörte im Heimatverein dem sogenannten Zeltausschuss an, der für den entgeltlichen Verleih des vereinseigenen Zeltes zuständig ist. Beim Aufbau dieses Zeltes für einen anderen Verein stürzte der Mann aus ca. 4 Meter Höhe von der Leiter und verletzte sich tödlich. Die von der Witwe beantragte Anerkennung als Arbeitsunfall lehnte die Berufsgenossenschaft ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Wird jemand im Rahmen seiner Vereinspflichten tätig, so ist er hierbei nicht gesetzlich unfallversichert. Die Mitgliedspflichten können sich aus der Vereinssatzung oder aufgrund allgemeiner Vereinsübung ergeben und sind nicht notwendig für alle Mitglieder gleich. Der Verstorbene war Vorsitzender des Zeltausschusses des Heimatvereins und seit ca. 20 Jahren Aufbauleiter gewesen. Damit ist ihm eine herausragende ehrenamtliche Vereinsfunktion übertragen worden, aufgrund derer er qualitativ und quantitativ andere Mitgliedspflichten als »einfache Vereinsmitglieder« hatte. Zu diesen Pflichten hat auch der Zeltaufbau gehört.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 30. April 2013 - L 3 U 231/10

Lizenzfußballer

Meniskusschaden ist Berufskrankheit

Berufskrankheiten werden – wie Arbeitsunfälle – von der gesetzlichen Unfallversicherung entschädigt. Als Berufskrankheit zählen auch Meniskusschäden nach mehrjährigen andauernden oder häufig wiederkehrenden, die Kniegelenke überdurchschnittlich belastenden Tätigkeiten.

Der Fall: Der 1977 geborene Profifußballer erlitt nach mehrjähriger Tätigkeit als Lizenzspieler einen Meniskusschaden. Die Berufsgenossenschaft lehnte die beantragte Anerkennung als Berufskrankheit ab. Die Meniskuserkrankung sei nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit auf die berufliche Tätigkeit des Fußballspielers zurückzuführen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Berufsgenossenschaft ist zur Anerkennung der Meniskuserkrankung als Berufskrankheit verpflichtet. Der unter professionellen Bedingungen betriebene Fußballsport stellt zumindest in den oberen vier Spielklassen eine überdurchschnittlich belastende Tätigkeit dar. Aufgrund der sportartspezifischen Kniebelastung reicht in der 1. bis 4. Liga eine Expositionsdauer von drei Jahren, damit eine Meniskuserkrankung mit ausreichender Wahrscheinlichkeit auf die sportliche Betätigung zurückgeführt werden kann. Dies gilt insbesondere für Fußballspieler der 3. und 4. Liga, die – ebenso wie die Spieler der 1. und 2. Bundesliga – nahezu täglich trainieren. Auch ist davon auszugehen, dass die Kniebelastung in den niedrigeren Spielklassen aufgrund der geringeren technischen Fertigkeiten, der schlechteren Trainingsbedingungen sowie der stärker kampf- und körperbetonten Spielweise eher höher ist.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 30. September 2013 – L 9 U 214/09

Betriebsrente

Höchstaltersgrenze ist zulässig

Eine Bestimmung in einem Leistungsplan einer Unterstützungskasse, nach der ein Anspruch auf eine betriebliche Altersversorgung nicht mehr erworben werden kann, wenn der Arbeitnehmer bei Eintritt in das Arbeitsverhältnis das 50. Lebensjahr vollendet hat, ist wirksam. Sie verstößt nicht gegen das Verbot der Diskriminierung wegen des Alters und bewirkt auch keine unzulässige Benachteiligung wegen des Geschlechts.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 12. November 2013 - 3 AZR 356/12 -

Diskriminierung

Nur wenn Schwangerschaft bekannt ist

Wird einer Arbeitnehmerin gekündigt, ohne dass Kenntnis von ihrer Schwangerschaft bei Zugang der Kündigungserklärung besteht, so ist die Kündigung kein Anzeichen dafür, dass die Arbeitnehmerin wegen des Geschlechts benachteiligt wurde. Der Frau steht deshalb keine Entschädigung zu.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 17. Oktober 2013 - 8 AZR 742/12

Altersrente wegen Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist nachzuweisen

Wer Altersrente wegen Arbeitslosigkeit beantragt, muss die Arbeitslosigkeit nachweisen. Fehlt eine Meldung bei der Arbeitsagentur, muss ein überzeugender Nachweis ernsthafter und ständiger Bemühungen um eine Arbeitsstelle geführt werden. Nicht ausreichend ist die bloße Behauptung, die Stellenangebote in Zeitung und Internet gesichtet, jedoch keine geeigneten Stellen gefunden zu haben.

Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 19. Juni 2013 - S 2 R 6661/12

Sexuelle Belästigung

Ist nicht immer Kündigungsgrund

Die sexuelle Belästigung eines Arbeitskollegen kann einen wichtigen Grund »an sich« für eine außerordentliche Kündigung eines Arbeitsverhältnisses darstellen. Maßgeblich sind aber die konkreten Umstände des Einzelfalls. Gegebenenfalls kann auch eine Abmahnung als Reaktion auf eine solche Pflichtwidrigkeit ausreichen, sodass sich eine Kündigung als unverhältnismäßig erweist.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 17. Juli 2013 - 13 Sa 141/12

Hinterbliebenenrente

Versicherungsfall ist zu beweisen

Anspruch auf Hinterbliebenenleistungen besteht nur, wenn der Tod infolge eines Versicherungsfalls eingetreten ist. Der Versicherungsfall muss im Vollbeweis belegt sein. Mutmaßungen über genaue Umstände ersetzen nicht den Nachweis des inneren oder sachlichen Zusammenhangs zu einer versicherten Tätigkeit.

Sozialgericht Gießen,
Gerichtsbescheid vom 17. Oktober 2013 – S 3 U 82/09

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 22/13